

Geographie

Herausforderung Klimawandel: Möglichkeiten und Grenzen der inhaltlichen und prozessualen Integration der Anforderungen des Klimawandels in informelle Instrumente der Raumentwicklung. Eine Evaluation der ländlichen Regionalentwicklung am Beispiel von LEADER und ILE.

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des Doktorgrades
der Philosophischen Fakultät
der Westfälischen Wilhelms-Universität
zu Münster (Westf.)

vorgelegt von
Lena Neubert
aus Minden (Westf.)

2016

Geographie

**Herausforderung Klimawandel: Möglichkeiten und Grenzen
der inhaltlichen und prozessualen Integration der
Anforderungen des Klimawandels in informelle Instrumente
der Raumentwicklung. Eine Evaluation der ländlichen
Regionalentwicklung am Beispiel von LEADER und ILE.**

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des Doktorgrades
der Philosophischen Fakultät
der Westfälischen Wilhelms-Universität
zu Münster (Westf.)

vorgelegt von
Lena Neubert
aus Minden (Westf.)

2016

Tag der mündlichen Prüfung: 02.11.2016
Dekan der Philosophischen Fakultät: Prof. Dr. Tobias Leuker
Erstgutachterin: Prof. Dr. Ulrike Grabski-Kieron (Westfälische
Wilhelms-Universität Münster)
Zweitgutachter: Prof. Dr. Ingo Mose (Carl von Ossietzky
Universität Oldenburg)

Danksagung

Die Arbeit an meiner Dissertation war wie eine lange Reise, die mich an verschiedene Orte geführt hat und auf der mich viele Personen begleitet haben. Bei ihnen möchte ich mich an dieser Stelle bedanken:

Mein erster Dank gilt meiner Erstbetreuerin Frau Prof. Dr. Ulrike Grabski-Kieron, die mich stets auf meinem Weg ermutigt und die Arbeit von Anfang bis Ende mit fachlichem Rat begleitet hat.

Herrn Prof. Dr. Ingo Mose danke ich für die Übernahme der Zweitbetreuung. Herrn Prof. Dr. Tillmann Buttschardt für die Betreuung im Nebenfach.

Den Mitarbeitern¹ und Doktoranden des Instituts für Geographie herzlichen Dank für die hilfreichen Ratschläge, die Motivation, fürs Zuhören und den fachlichen Austausch.

Der Geschäftsstelle der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) in Hannover bin ich mit großem Dank für die guten Rahmenbedingungen zum Promovieren verbunden. Allen Mitarbeitern, besonders meinen Mitdoktoranden, herzlichen Dank. Ich denke immer gerne an meine Zeit in Hannover und unsere vielen Fachdiskussionen zurück!

Allen, insbesondere meinen Freunden, die dafür gesorgt haben, dass ich mich - v.a. in der intensiven Endphase - auch mal ablenken konnte und die mich immer wieder motiviert haben, vielen Dank.

Am Ende möchte ich denjenigen Personen danken, die immer an meiner Seite standen und immer an mich geglaubt haben: Meinen Eltern, meiner Schwester, meinen Schwiegereltern, und meiner Schwägerin dafür herzlichen Dank. Ein letzter Dank gilt meinem Mann: Deine unendliche Liebe und Geduld haben mir immer wieder die Kraft gegeben, um weiterzuarbeiten. Vielen Dank für die Zeit und den Raum, den du mir gelassen hast.

¹ Aus Gründen der Lesbarkeit und Anonymisierung der Interviewquellen werden in dieser Arbeit nur männliche Formen verwendet, Männer und Frauen sind aber in gleicher Weise angesprochen.

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung	1
1.1 Problemaufriss	1
1.2 Einordnung in den Forschungskontext.....	4
1.3 Auswirkungen des Klimawandels unter besonderer Berücksichtigung ländlicher Räume	11
1.3.1 Klimawandel, Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel	11
1.3.2 Auswirkungen des Klimawandels auf ländliche Räume	15
1.3.2.1 Forschungskontext ländliche Räume.....	15
1.3.2.2 Regionale Auswirkungen des Klimawandels	17
1.4 Forschungsziele und Aufbau der Arbeit.....	21
2 Räumliche Entwicklung im (Klima)Wandel	24
2.1 Raumplanung und ländliche Entwicklung.....	24
2.1.1 Zwischen Planen und Entwickeln	24
2.1.2 Einordnung der ländlichen Entwicklung in die räumliche Planung und Entwicklung	26
2.2 Klimawandel als Thema der räumlichen Planung und Entwicklung	30
2.2.1 Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel in der räumlichen Planung und Entwicklung	31
2.2.2 Herausforderungen für die räumliche Planung und Entwicklung.....	34
2.3 Diskurse um Klimawandel und Raumplanung / -entwicklung: Ableitung der Bewertungsziele	39
3 Aktuelle Konzeptionen in der räumlichen Planung und Entwicklung vor dem Hintergrund des Klimawandels	41
3.1 Regional Governance	41
3.1.1 Regional Governance in der räumlichen Planung und ländlichen Entwicklung	42
3.1.1.1 Merkmale und Typen von Regional Governance	43
3.1.1.2 Governance im Klimadiskurs	48
3.1.2 Regional Governance als Analyseansatz	51
3.1.3 Zwischenfazit: Mehrwert und Grenzen des (Regional) Governance-Ansatzes	54
3.2 Partizipation: Akteure im Fokus	55
3.2.1 Beteiligungsformen	56
3.2.2 Beteiligungsfunktionen.....	57
3.2.3 Akteursgruppen und Rollen von Akteuren	62
3.2.4 Zwischenfazit: Einordnung in die Forschungsarbeit	64
3.3 Strategische Planung in der räumlichen Planung und Entwicklung	65
3.3.1 Zum Begriff der strategischen Planung	66
3.3.2 Klimaschutz und Anpassung: Strategien durch Kooperationen	70
3.3.3 Zwischenfazit: Einordnung in die Forschungsarbeit	73
3.4 Zusammenfassung: Operationalisierung der Ansätze für die Methodik.....	74

4	Forschungsdesign und Methodik	76
4.1	Einordnung in die planungswissenschaftliche Evaluationsforschung	76
4.2	Analyse und Bewertung	78
4.2.1	Kriterien- und Indikatorenset für die Analyse	79
4.2.2	Bewertungsrahmen	80
4.3	Handlungsfelder für Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel in ländlichen Räumen	84
4.3.1	Land- und Forstwirtschaft	85
4.3.2	Siedlung und Verkehr	88
4.3.3	Tourismus	89
4.3.4	Natur, Freiraum und Landschaft	91
4.3.5	Anwendung der Handlungsfelder	92
4.4	Angewendete Methoden der qualitativen Sozialforschung	94
4.4.1	Prinzipien qualitativer Sozialforschung	94
4.4.2	Fallstudien	95
4.4.3	Dokumentenanalyse	97
4.4.4	Leitfadengestützte (Experten)Interviews	97
4.4.5	Auswertungsmethode	100
5	Politikfeld Ländliche Entwicklung (Analyse I)	102
5.1	Ländliche Raumentwicklung in Deutschland	102
5.1.1	Politik der ländlichen Entwicklung	102
5.1.2	Instrumente: LEADER und ILE	104
5.1.2.1	LEADER	105
5.1.2.2	Integrierte ländliche Entwicklung (ILE)	106
5.1.3	Umsetzung von LEADER und ILE in den untersuchten Bundesländern	106
5.2	Analyse I: Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel in der Politik zur ländlichen Entwicklung auf europäischer und nationaler Ebene	107
5.3	Zwischenfazit: Rahmenbedingungen der ländlichen Entwicklung auf europäischer und nationaler Ebene für Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel	114
6	Fallstudien (Analyse II)	116
6.1	LEADER Nordschwarzwald	116
6.1.1	Kurzvorstellung der Region (situative Rahmenbedingungen)	116
6.1.2	Institutionelle Rahmenbedingungen (extern)	119
6.1.3	Institutionelle Rahmenbedingungen (intern)	123
6.1.4	Thematische Ausrichtung der LEADER-Region	125
6.1.5	Akteure und Akteurskonstellationen	128
6.1.6	Strategiebildung LEADER / Regionalplanung	132
6.2	LEADER Storchenland Prignitz	133
6.2.1	Kurzvorstellung der Region (situative Rahmenbedingungen)	133
6.2.2	Institutionelle Rahmenbedingungen (extern)	136

6.2.3	Institutionelle Rahmenbedingungen (intern)	140
6.2.4	Thematische Ausrichtung der LEADER-Region	142
6.2.5	Akteure und Akteurskonstellationen	146
6.2.6	Strategiebildung LEADER / Regionalplanung	151
6.3	ILE Südliches Osnabrücker Land	154
6.3.1	Kurzvorstellung der Region (situative Rahmenbedingungen)	154
6.3.2	Institutionelle Rahmenbedingungen (extern)	156
6.3.3	Institutionelle Rahmenbedingungen (intern)	160
6.3.4	Thematische Ausrichtung der ILE-Region	162
6.3.5	Akteure und Akteurskonstellationen	166
6.3.6	Strategiebildung ILE / Regionalplanung	170
6.4	ILE Zwönitztal-Greifensteinregion	171
6.4.1	Kurzvorstellung der Region (situative Rahmenbedingungen)	171
6.4.2	Institutionelle Rahmenbedingungen (extern)	174
6.4.3	Institutionelle Rahmenbedingungen (intern)	178
6.4.4	Thematische Ausrichtung der ILE-Region	179
6.4.5	Akteure und Akteurskonstellationen	182
6.4.6	Strategiebildung ILE / Regionalplanung	187
6.5	Zwischenfazit: Übergreifende Betrachtung der Fallstudien	189
7	Bewertung: Anforderungen an informelle Instrumente der Raumentwicklung	192
7.1	Inhaltliche Integration von Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel	192
7.1.1	LEADER Nordschwarzwald	193
7.1.1.1	Ausprägung der inhaltlichen Integration	193
7.1.1.2	Einflussfaktoren	193
7.1.2	LEADER Storchenland Prignitz	196
7.1.2.1	Ausprägung der inhaltlichen Integration	196
7.1.2.2	Einflussfaktoren	196
7.1.3	ILE Südliches Osnabrücker Land	198
7.1.3.1	Ausprägung der inhaltlichen Integration	198
7.1.3.2	Einflussfaktoren	199
7.1.4	ILE Zwönitztal-Greifensteinregion	201
7.1.4.1	Ausprägung der inhaltlichen Integration	201
7.1.4.2	Einflussfaktoren	201
7.2	Beteiligungsfunktionen	203
7.2.1	LEADER Nordschwarzwald	205
7.2.1.1	Ausprägung der Beteiligungsfunktionen	205
7.2.1.2	Einflussfaktoren	205
7.2.2	LEADER Storchenland Prignitz	207

7.2.2.1	Ausprägung der Beteiligungsfunktionen	207
7.2.2.2	Einflussfaktoren.....	207
7.2.3	ILE Südliches Osnabrücker Land.....	208
7.2.3.1	Ausprägung der Beteiligungsfunktionen	208
7.2.3.2	Einflussfaktoren.....	209
7.2.4	ILE Zwönitztal-Greifensteinregion	210
7.2.4.1	Ausprägung der Beteiligungsfunktionen	210
7.2.4.2	Einflussfaktoren.....	211
7.3	Kooperation ILE / LEADER mit der Regionalplanung im Sinne einer regionalen Strategiebildung	212
7.3.1	LEADER Nordschwarzwald.....	213
7.3.1.1	Ausprägung der regionalen Strategiebildung.....	213
7.3.1.2	Einflussfaktoren.....	213
7.3.2	LEADER Storchenland Prignitz.....	214
7.3.2.1	Ausprägung der regionalen Strategiebildung.....	214
7.3.2.2	Einflussfaktoren.....	215
7.3.3	ILE Südliches Osnabrücker Land.....	215
7.3.3.1	Ausprägung der regionalen Strategiebildung.....	215
7.3.3.2	Einflussfaktoren.....	216
7.3.4	ILE Zwönitztal-Greifensteinregion	216
7.3.4.1	Ausprägung der regionalen Strategiebildung.....	216
7.3.4.2	Einflussfaktoren.....	216
7.4	Zwischenfazit	217
8	Synopse: Möglichkeiten und Grenzen informeller Instrumente vor dem Hintergrund des Klimawandels.....	219
8.1	Fallstudienübergreifende Reflexion der Forschungsziele	219
8.1.1	Inhaltliche Integration von Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel	219
8.1.2	Beteiligungsfunktionen	225
8.1.2.1	Legitimation von Entscheidungen und Konsensbildung	225
8.1.2.2	Informationsfunktion	228
8.1.3	Kooperation LEADER / ILE mit der Regionalplanung im Sinne einer regionalen Strategieentwicklung	229
8.2	Handlungsempfehlungen.....	232
8.2.1	Inhaltliche Integration	233
8.2.2	Prozessuale Integration: Beteiligungsfunktionen	236
8.2.3	Prozessuale Integration: regionale Strategiebildung.....	237
9	Fazit	239
10	Literatur.....	242
11	Anhang	301

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Forschungsziele.....	22
Abb. 2: Aufbau der Arbeit nach Kapiteln.....	23
Abb. 3: Kontinuum des Governancebegriffes	45
Abb. 4: Merkmale von Regional Governance	47
Abb. 5: Faktoren des analytischen Regional Governanceansatzes	53
Abb. 6: Beteiligungsformen	57
Abb. 7: Merkmale strategischer Planung	66
Abb. 8: Typen regionaler Strategieentwicklung in Deutschland	69
Abb. 9: Kriterien für die Auswahl der Fallstudienregionen.....	95
Abb. 10: Lage der Fallstudien	96
Abb. 11: Mehrstufige Programmplanung des ELER im Zusammenhang mit der GAK	103
Abb. 12: Die Schwerpunkte des ELER	105
Abb. 13: Organisations- und Entscheidungsstrukturen der LAG NSW	124
Abb. 14: Anzahl der Projekte in der LEADER-Region Nordschwarzwald nach Handlungsfeldern.....	127
Abb. 15: Organisations- und Entscheidungsstrukturen in der LEADER-Region Storchenland- Prignitz.....	141
Abb. 16: Anzahl der Projekte nach Handlungsfeldern in der LEADER-Region Storchenland Prignitz.....	146
Abb. 17: Organisations- und Entscheidungsstrukturen der ILE-Region SOL.....	161
Abb. 18: Anzahl der regionalen Projekte nach Themenbereichen	164
Abb. 19: Organisations- und Entscheidungsstrukturen in der ILE-Region Zwönitztal- Greifensteine	179
Abb. 20: Anzahl der Projekte nach Themenbereichen	181

Tabellenverzeichnis

Tab. 1: Beispielhafte Konflikte und Synergien bei Klimaschutz und Anpassung	14
Tab. 2: Internationale und (supra-) nationale Klimapolitik.....	14
Tab. 3: 3 Problemkomplexe der Klimawandelbetroffenheitsraumtypen.....	18
Tab. 4: Gegenüberstellung LEADER und die Prinzipien der integrierten ländlichen Entwicklung.....	28
Tab. 5: Merkmale eines REK	29
Tab. 6: Herausforderungen des Klimawandels für die Raumplanung	34
Tab. 7: Bewertungsziele der Evaluation: Anforderungen an informelle Instrumente vor dem Hintergrund des Klimawandels	40
Tab. 8: Gegenüberstellung ausgewählter klimabezogener Governanceansätze	50
Tab. 9: Beteiligungsfunktionen und ihre Ziele	58
Tab. 10: Operationalisierung der Theorien / Konzeptionen für die Analyse und Bewertung	75
Tab. 11: Bewertungskriterien inhaltliche Integration	81
Tab. 12: Bewertungskriterien Beteiligungsfunktion	83
Tab. 13: Bewertungskriterien Beteiligungsfunktion	84
Tab. 14: Klimaschutz- und Anpassungsmöglichkeiten im Handlungsfeld Land- und Forstwirtschaft.....	87
Tab. 15: Klimaschutz- und Anpassungsmöglichkeiten im Handlungsfeld Siedlung und Verkehr.....	88
Tab. 16: Klimaschutz- und Anpassungsmöglichkeiten im Handlungsfeld Tourismus.....	90
Tab. 17: Klimaschutz- und Anpassungsmöglichkeiten im Handlungsfeld Natur, Freiraum und Landschaft.....	92
Tab. 18: Kernkriterien qualitativer Forschung und ihre Darstellung in der Arbeit	94
Tab. 19: Anzahl der Interviewpartner	100
Tab. 20: Umsetzung von LEADER und ILE in den untersuchten Bundesländern	107
Tab. 21: Regionalprofil der LEADER-Region Nordschwarzwald	117
Tab. 22: Analyse der externen institutionellen Rahmenbedingungen.....	120
Tab. 23: Angebotene Maßnahmen im MEPL II mit Klimabezug	122
Tab. 24: Analyse der thematischen Ausrichtung.....	125
Tab. 25: Analyse der Akteure und Akteurskonstellationen	129
Tab. 26: Analyse der Strategiebildung	132
Tab. 27: Regionalprofil LEADER-Region Storcheland Prignitz.....	134
Tab. 28: Analyse der externen institutionellen Rahmenbedingungen.....	137
Tab. 29: Klimabezug der geförderten Maßnahmen	139
Tab. 30: Analyse der thematischen Ausrichtung.....	142
Tab. 31: Analyse der Akteure und Akteurskonstellationen	147
Tab. 32: Analyse der Strategiebildung	152
Tab. 33: Regionalprofil der ILE-Region SOL.....	154
Tab. 34: Analyse der externen institutionellen Rahmenbedingungen.....	157

Tab. 35: Angebotene Maßnahmen in PROFIL mit Klimabezug.....	159
Tab. 36: Analyse der thematischen Ausrichtung	162
Tab. 37: Analyse der Akteure und Akteurskonstellationen	166
Tab. 38: Analyse der Strategiebildung.....	170
Tab. 39: Regionalprofil der Zwönitz-Greifensteinregion	171
Tab. 40: Analyse der externen institutionellen Rahmenbedingungen	174
Tab. 41: Angebotene Maßnahmen im EPLR SN mit Klimabezug	177
Tab. 42: Analyse der thematischen Ausrichtung	180
Tab. 43: Analyse der Akteure und Akteurskonstellationen	183
Tab. 44: Analyse der Strategiebildung.....	187
Tab. 45: Bewertungskriterien inhaltliche Integration.....	192
Tab. 46: Einflussfaktoren auf die inhaltliche Integration von Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel in der LEADER-Region Nordschwarzwald.....	195
Tab. 47: Einflussfaktoren auf die inhaltliche Integration von Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel in der LEADER-Region Storchenland Prignitz.....	198
Tab. 48: Einflussfaktoren auf die inhaltliche Integration von Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel in der ILE-Region Südliches Osnabrücker Land.....	200
Tab. 49: Einflussfaktoren auf die inhaltliche Integration von Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel in der ILE-Region Zwönitztal-Greifensteine	202
Tab. 50: Bewertungskriterien Beteiligungsfunktion.....	204
Tab. 51: Einflussfaktoren auf die Beteiligungsfunktionen in der LEADER-Region Nordschwarzwald	206
Tab. 52: Einflussfaktoren auf die Beteiligungsfunktionen in der LEADER-Region Storchenland-Prignitz	208
Tab. 53: Einflussfaktoren auf die Beteiligungsfunktionen in der ILE-Region Südliches Osnabrücker Land	210
Tab. 54: Einflussfaktoren auf die Beteiligungsfunktionen in der ILE-Region Zwönitztal- Greifensteine	212
Tab. 55: Bewertungskriterien Kooperation / Strategiebildung	212
Tab. 56: Möglichkeiten und Grenzen der inhaltlichen Integration von Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel in die ländliche Entwicklung.....	222
Tab. 57: Möglichkeiten und Grenzen der prozessualen Integration von Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel in die ländliche Entwicklung: Beteiligungsfunktionen.....	228
Tab. 58: Möglichkeiten und Grenzen der prozessualen Integration von Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel in die ländliche Entwicklung: regionale Strategiebildung.....	231

Fotoverzeichnis

Foto 1: Blick auf die Gemeinde Baiersbronn.....	117
Foto 2: Hochmoore (hier: Wildseemoor).....	118
Foto 3: Problemkomplex Offenhaltung der Landschaft.....	126
Foto 4: Projektbeispiel „Glashütte Buhlach“.....	128
Foto 5: Siedlung in der LEADER-Region.....	133
Foto 6: Biogasanlage in der Prignitz.....	134
Foto 7: Der Maisanbau hat sich als Folge der Biogasnutzung stark ausgeweitet.....	134
Foto 8: Der Landkreis Prignitz bzw. der Nordwesten Brandenburgs ist einer der Schwerpunkte von Windenergieanlagen in Deutschland.....	134
Foto 9: Flusslandschaft Elbe.....	136
Foto 10: Projektbeispiel: Schweizer Haus an der Plattenburg.....	144
Foto 11: Projektbeispiel: Radknotenpunktkonzeption.....	145
Foto 12: Blick über den Solarpark Schwege in Richtung Teutoburger Wald.....	154
Foto 13: Landwirtschaftliche Flächen im Süden der Region.....	156
Foto 14: Projektbeispiel Feuchtbiotop in Glandorf-Schwege.....	165
Foto 15: Projektbeispiel E-Bike-Ladestation.....	165
Foto 16: Erzgebirgslandschaft.....	172
Foto 17: Gemeinde Burkhardtsdorf.....	172
Foto 18: Beengte Lage im Siedlungsraum: Der Fluss Zwönitz in Burkhardtsdorf.....	173

Verzeichnis der Anlagen im Anhang

Anlage 11.1 Kategorisierung ländlicher Räume und Einordnung der Fallstudien.....	301
Anlage 11.2 Zentrale Begriffe des akteurzentrierten Institutionalismus nach Mayntz und Scharpf.....	303
Anlage 11.3 Indikatoren der Analyse.....	304
Anlage 11.4 Analyisierte Dokumente.....	307
Anlage 11.5 Leitfäden.....	309
Anlage 11.6 Interviewte Experten.....	313
Anlage 11.7 Maßnahmen des ELER nach dem Health Check.....	315

Abkürzungsverzeichnis

AG	Arbeitsgruppe
AK	Arbeitskreis
ARL	Akademie für Raumforschung und Landesplanung - Leibniz-Forum für Raumwissenschaften
AUM	Agrar- und Umweltmaßnahmen
BauGB	Baugesetzbuch
BfN	Bundesamt für Naturschutz
BBSR	Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung
BMEL	Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (ab 2013)
BMELV	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (bis 2013)
BMUB	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
CH ₄	Methan
CLLD	Community-Led Local Development
CO ₂	Kohlendioxid
CMEF	Common Monitoring and Evaluation Framework (Gemeinsamer Begleitungs- und Bewertungsrahmen)
DAS	Deutsche Anpassungsstrategie an den Klimawandel
DeGEval	Gesellschaft für Evaluation e.V.
DVS	Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
EE	Erneuerbare Energien
ELER	Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums
ELR	Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum (Förderrichtlinie in Baden-Württemberg)
EnEV	Energieeinsparverordnung
EPLR	Entwicklungsprogramm ländlicher Raum
EPLR BB	Entwicklungsplan für den ländlichen Raum Brandenburgs und Berlins
EPLR SN	Entwicklungsprogramm für den ländlichen Raum im Freistaat Sachsen
ESI-Fonds	Europäische Struktur- und Investitionsfonds
FNP	Flächennutzungsplan
FuE	Forschung und Entwicklung

GAK	Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“
GAP	Gemeinsame Agrarpolitik
GLES	Gebietsbezogene lokale Entwicklungsstrategie
GRW	Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur
GSR	Gemeinsamer Strategischer Rahmen
IKT	Informations- und Kommunikationstechnologien
ILAG	Initiativen der LEADER-Aktionsgruppen (Sonderprogramm in Baden-Württemberg)
ILE	Integrierte ländliche Entwicklung
ILEK	Integriertes ländliches Entwicklungskonzept
IPCC	International Panel on Climate Change (dt.: Zwischenstaatlicher Ausschuss für Klimaänderungen)
KK	Koordinierungskreis (Entscheidungsgremium der ILE-Region Zwönitztal-Greifenebene)
KW	Klimawandel
LAG	Lokale Aktionsgruppe
LAG NSW	LEADER-Aktionsgruppe Nordschwarzwald
LEADER	Liaison entre actions de développement de l'économie rurale
LPR	Landschaftspflegeleitlinie (Förderrichtlinie in Baden-Württemberg)
LSN	Landesamt für Statistik Niedersachsen
MEPL II	Maßnahmen- und Entwicklungsplan Ländlicher Raum 2007-2013 Baden-Württemberg
MKRO	Ministerkonferenz für Raumordnung
MKULNV	Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen
ML	Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (ab 2013); Niedersächsisches Ministerium für ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (bis 2013)
MLR	Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg (ab 2011); Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum Baden-Württemberg (bis 2010)
NI	Niedersachsen
NSL	Niedersächsisches Landesamt für Statistik
N ₂ O	Dioxidstickstoffmonoxid / Lachgas

OECD	Organisation für Entwicklung und Zusammenarbeit in Europa
PROFIL	Programm zur Förderung im ländlichen Raum Niedersachsen und Bremen 2007 - 2013
REK	Regionales Entwicklungskonzept
REMO	RegionalModel (regionales Klimamodell des Max-Planck-Instituts für Meteorologie, Hamburg)
RM	Regionalmanagement
ROB	Raumordnungsbericht
ROG	Raumordnungsgesetz
SMUL	Sächsisches Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft
SOL	Südliches Osnabrücker Land (ILE-Region)
UNFCCC	United Nations Framework Convention on Climate Change (dt.: Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen)
ZWG	ILE-Region Zwönitztal-Greifensteine

1 Einleitung

1.1 Problemaufriss

Meldungen zu Extremwetterereignissen, Abweichungen von der mittleren Temperatur etc. lassen den Klimawandel in der Öffentlichkeit zu allererst als ein rein naturwissenschaftliches Thema erscheinen. Doch die Forschungen nach den Gründen des Klimawandels, seinen Auswirkungen, den Wechselwirkungen zwischen verschiedenen Treibern und Einflussfaktoren im Klimasystem usw. sind nur die eine Seite. Geht es um die Risiken der Auswirkungen des Klimawandels für unsere Gesellschaft und um die Handlungsmöglichkeiten, Maßnahmen zu ergreifen, um dem Klimawandel entgegenzusteuern oder sich an die unausweichlichen Folgen anzupassen, bedarf es auf der anderen Seite der Sozialwissenschaften. Nach CHRISTMANN (2013)

„betrachten Sozialwissenschaften wie das, was Naturwissenschaftler als physische Realität des Klimawandels prognostizieren, eine gesellschaftliche Realität wird, wie Gesellschaften damit umgehen“ (Christmann 2013, S. 10).

Gesellschaften können unterschiedlich auf diese prognostizierten Klimaänderungen reagieren (vgl. EBD.), denn die Bewertung von Risiken ist akteursabhängig (vgl. BECKER ET AL. 2008, S. 349). Darüber hinaus werden sowohl sozioökonomische als auch ökologische Systeme nicht allein von klimatischen bzw. Umweltfaktoren beeinflusst, sondern auch von technologischen, politischen, kulturellen und ökonomischen Faktoren (vgl. SMITHERS, SMIT 1997, S. 23; SMIT ET AL. 2000, S. 81). Zum Beispiel ist die Anfälligkeit von Raumnutzungen gegenüber Klimaänderungen nicht nur von den Änderungen selbst abhängig, sondern u.a. auch von der gesellschaftlichen Handlungsfähigkeit im Umgang mit den Auswirkungen des Klimawandels (vgl. BIRKMANN ET AL. 2010, S. 16-17). Daher nimmt eine sozialwissenschaftlich ausgerichtete Klimaforschung Akteure in den Fokus und „[...] liefert [...] wichtige Antworten auf die Fragen, wer vom Klimawandel betroffen werden könnte, wie diese Betroffenheit wahrgenommen und verarbeitet wird, welche Verhaltensänderungen erforderlich sind und welche Anreizmechanismen diese fördern könnten“ (Moss 2012, S. 3).

Die von Christmann beschriebene gesellschaftliche Realität des Klimawandels ist in der räumlichen Planung und Entwicklung seit einigen Jahren gegeben. Dies gilt sowohl für die Wissenschaft als auch für die Praxis: Zahlreiche Forschungsarbeiten, Forschungsprojekte (KlimaMORO, KLIMZUG) und auch die Aufnahme von Aspekten des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel in Raumordnungspläne

zeugen von der Bedeutung des Themas innerhalb dieser Disziplin. Bei der Beschäftigung mit der klimabezogenen Literatur in der räumlichen Planung und Entwicklung wird deutlich, dass sich hier viele Diskurse widerspiegeln bzw. verstärkt werden, die ohnehin schon die Raumplanung prägen. Hierbei handelt es sich u.a. um Fragen nach dem Einsatz des formellen / informellen Instrumentariums, der Kooperation von Regionen bzw. Institutionen, der Beteiligung von Akteuren und Entscheidungen unter Unsicherheit (vgl. z.B. DILLER, HEBECKER 2008; FLEISCHHAUER, BORNEFELD 2006; FLEISCHHAUER ET AL. 2013; FROMMER 2010A; FROMMER ET AL. 2013; GREIVING, FLEISCHHAUER 2008; OVERBECK ET AL. 2009; RANNOV, FINKE 2008; SCHLIPF ET AL. 2008). Gemein ist vielen Forschungsarbeiten, dass besonders die Akteure und ihre unterschiedliche Wahrnehmung, verschiedenen Handlungslogiken etc. in den Blick genommen werden (vgl. z.B. BALGAR, MAHLKOW 2012; CHRISTMANN 2012; FROMMER 2010A, B; KLEMME 2011). In diesem Zusammenhang werden Theorien und Konzeptionen aufgegriffen, die derzeit gewissermaßen zum ‚Mainstream‘ in der Raumplanung gehören: Dies betrifft v.a. (Regional) Governance und Strategische Planung (vgl. z.B. BAASCH ET AL. 2012; BIRK ET AL. 2011; BUCHHOLZ ET AL. 2010; CORMONT, FRANK 2011; FROMMER 2010A; FROMMER ET AL. 2011A; FRANCK ET AL. 2013; HUTTER 2012; WIECHMANN 2011).

Raumplanung und -entwicklung werden als wichtig im Umgang mit den Folgen des Klimawandels erachtet (vgl. z.B. BEIRAT FÜR RAUMORDNUNG 2008, S. 2; GREIVING, FLEISCHHAUER 2008, S. 62; KOM 2007, S. 14). Informellen Instrumenten wird in der Diskussion um den Klimawandel ein hoher Stellenwert zugesprochen. Die Argumente hierfür fokussieren sich im Wesentlichen auf drei Bereiche:

- Akteursbeteiligung: Bedeutung des Konsenses zur Legitimierung von Entscheidungen unter Unsicherheit (vgl. GREIVING, FLEISCHHAUER 2008, S. 65)
- thematische Erfordernisse: die Notwendigkeit sich mit Bereichen abzustimmen, auf die die formelle Raumplanung keinen Einfluss ausüben kann (vgl. z.B. SCHLIPF ET AL. 2008, S. 80-81) und die geringen Möglichkeiten zur Einflussnahme auf den Bestand (vgl. z.B. GREIVING, FLEISCHHAUER 2008, S. 64; ROGGEMA 2009, S. 61)
- Entwicklung von Strategien: Koordination relevanter Instrumente und Akteure (vgl. FLEISCHHAUER, BORNEFELD 2006, S. 170), besonders die Kooperation formeller und informeller Instrumente der räumlichen Planung und Entwicklung (vgl. z.B. ARL 2012, S. 3; BMVBS 2010B, S. 4; FROMMER 2010A, S. 42; SCHLIPF ET AL. 2008, S. 77)

Diese Diskurse stellen somit Anforderungen dar, die sich an das informelle Instrumentarium der räumlichen Planung und Entwicklung im Allgemeinen richtet. Das Spektrum informeller Instrumente ist dagegen in der Praxis breit gefächert und reicht

von losen Netzwerken bis hin zu stärker institutionalisierten Formen. Es umfasst verschiedenste Fachdisziplinen bzw. -politiken, von denen das informelle Instrumentarium der Raumplanung nicht immer eindeutig abgegrenzt ist (vgl. BMVBS 2010A, S. 14). Von diesen informellen Instrumenten werden Regionale Entwicklungskonzepte (REK) und Regionalmanagement (RM), auch speziell der ländlichen Entwicklung, als geeignet im Umgang mit dem Klimawandel angesehen (vgl. BMVBS, BBSR 2009A, S. 30). Sie erfahren über die agrarpolitischen Förderinstrumente LEADER und Integrierte ländliche Entwicklung (ILE)² eine breite Anwendung. LEADER und ILE sind somit zwar nicht originär Instrumente der Raumordnung, tragen aber zur räumlichen Entwicklung bei und bieten somit Ansatzpunkte für Klimaschutz und Anpassung in ländlichen Räumen. Diese sehen sich mit einer Vielzahl von Auswirkungen des Klimawandels konfrontiert, z.B. Folgen für die Landwirtschaft, Wasserressourcen, Ökosysteme, Tourismus (vgl. KOM 2009B, S. 5). Zusätzlich spielt der Umgang mit dem Klimawandel in der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union und damit auch in der Politik zur Entwicklung der ländlichen Räume eine immer wichtigere Rolle. Der Klimawandel zählt zu den im „Health Check“ (Überprüfung der GAP-Reform) benannten „neuen Herausforderungen“ und soll zukünftig eine wichtigere Rolle in der Politik zur Förderung der ländlichen Räume von EU und Bund einnehmen. In der neuen Förderperiode der EU (2014-2020) ist der Klimaschutz eines der langfristigen strategischen Ziele der Politik zur ländlichen Entwicklung und zählt mit der Anpassung an den Klimawandel zu den sechs Förderprioritäten des „Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums“ (ELER) (vgl. DG AGRI 2015). Diese politischen Rahmenbedingungen bestärken die Relevanz des Themas für die ländlichen Räume und demzufolge für die ländliche Entwicklung. Die ländliche Entwicklung ist als ein Handlungsfeld innerhalb der räumlichen Planung und Entwicklung zu sehen, welches stark durch den Einsatz informeller Instrumente geprägt ist. Daher sind die formulierten Anforderungen auch im Kontext der ländlichen Entwicklung relevant.

Vor dem Hintergrund der planerischen Anforderungen an informelle Instrumente hinsichtlich des Umgangs mit dem Klimawandel auf der einen und der ländlichen Entwicklung als informelles planerisches Handlungsfeld auf der anderen Seite, bilden LEADER und ILE als Instrumente der (informellen) ländlichen Entwicklung den Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit. Sie werden einer planungswissenschaftlichen Evaluierung hinsichtlich der genannten Anforderungen unterzogen, die besonders die

² Instrumente der ländlichen Regionalentwicklung gefördert aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds zur ländlichen Entwicklung (ELER) und der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK), s. Kap. 2.1.2, 5.1.2).

politischen und programmatischen Rahmenbedingungen für die ländliche Entwicklung sowie die Akteure und ihre Wahrnehmung in den Blick nimmt.

1.2 Einordnung in den Forschungskontext

Die Beschäftigung mit dem Klimawandel als Mensch-Umwelt-Interaktion bedarf einer interdisziplinären Herangehensweise (vgl. FUCHS 2010, S. 46 zit. in SOBOLL, SCHMUDE 2011, S. 128). Diese Arbeit wählt einen planungswissenschaftlichen Zugang der ländlichen Raumforschung und wird innerhalb der Geographie verortet, welche sich dem Zusammenwirken von Gesellschaft und Umwelt widmet (z.B. bei Themen des Globalen Wandels) (vgl. GEBHARDT ET AL. 2007A S. 68-70, 74-75) und somit für ein interdisziplinäres Verständnis, gerade im Bereich der ländlichen Raumforschung (vgl. BRÖCKLING ET AL. 2004, S. 1-2) besonders geeignet ist. Das Thema der Forschungsarbeit weist Bezüge zu verschiedenen Forschungsdisziplinen auf: Neben der Geographie und hier v.a. der ländlichen Raumforschung (1), der klimabezogenen Forschung der Raumplanung werden planungstheoretische Betrachtungen (Strategische Planung, Partizipation) herangezogen (2). Darüber hinaus bestehen Bezüge hinsichtlich der Beschäftigung mit den Auswirkungen des Klimawandels auf ländliche Räume und den Handlungsmöglichkeiten für Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel zu diversen anderen Fachdisziplinen, wie den Agrarwissenschaften, dem Naturschutz, der (Kultur-) Landschaftspflege, den Tourismus- und Verkehrswissenschaften und weiteren Disziplinen (3).

(1) In der (deutschsprachigen) Geographie hat sich eine „Geographie des ländlichen Raumes“ als eigenständige Disziplin noch nicht klar herausbilden können (vgl. BRÖCKLING ET AL. 2004, S. 1; GRABSKI-KIERON 2007A, S. 603; HENKEL 2004, S. 30). Sie ist eng mit der Agrar- und (ländlichen) Siedlungsgeographie verbunden, wurde aber durch weitere Forschungsperspektiven ergänzt (vgl. GRABSKI-KIERON 2007A, S. 602; HENKEL 2004, S. 30)³. Die *ländliche Entwicklung* als Forschungsfeld lässt sich nicht nur in der Geographie verorten, sondern findet innerhalb eines interdisziplinären Rahmens statt. Disziplinen, die sich mit ländlichen Räumen beschäftigen, sind neben der Geographie z.B. die Agrarwissenschaften, Soziologie, Geschichte und Raumplanung (vgl. HENKEL 2004, S. 21-25). In der ländlichen Raumforschung gewannen im Laufe der Zeit anwendungs- und planungsorientierte Fragestellungen zunehmend an Einfluss (vgl. GRABSKI-

³ ARNOLD unterscheidet die Geographie des ländlichen Raumes deutlich von der Agrargeographie, da sie nach seiner Meinung vollkommen unterschiedliche Fragestellungen bearbeiten (vgl. ARNOLD 1997, S. 12).

KIERON 2007A, S. 603; HENKEL 2004, S. 25-26; KLOHN, VOTH 2010, S. 4; LIENAU 1997, S. 36; SICK 1997, S. 12-13). Die „Politik für die ländlichen Räume wird heute längst nicht mehr allein als Aufgabengebiet der Agrarstrukturpolitik angesehen“ (GRABSKI-KIERON 2007B, S. 28). Die Entwicklung des ländlichen Raumes als planungs- und anwendungsorientierte Disziplin findet auch eine starke Berücksichtigung in der (Geographischen) Entwicklungsforschung (z.B. das Konzept der integrierten ländlichen Entwicklung bei DAMS ET AL. 1985, S. 31). In dieser Arbeit steht aber die ländliche Entwicklung, wie sie sich mit dem Konzept der integrierten ländlichen Entwicklung in der ländlichen Raumforschung und im Rahmen der europäischen und nationalen (Agrar-) Strukturpolitik in Deutschland herausgebildet hat, im Fokus.

In der ländlichen Raumforschung hat eine systematische Betrachtung der Themenfelder Klimaschutz und Anpassung bisher nicht stattgefunden. Zwar bestehen Arbeiten zu Fragestellungen, die den Klimawandel betreffen bzw. für den Klimaschutz und die Anpassung in ländlichen Räumen relevant sind. Diese fokussieren sich aber zumeist auf bestimmte Sektoren (z.B. Land- und Forstwirtschaft, Tourismus, erneuerbare Energien) (vgl. z.B. CHMIELEWSKI 2007, 2009; HIRSCHFELD 2008; SCHLEYER ET AL. 2011; DEUTSCHE VERNETZUNGSSTELLE LEADER+ 2007; DVS 2008; MULLER ET AL. 2015; ZINK 2013) oder auf Extremereignisse (vgl. DVS 2013). Erste Schritte zur Integration des Themenfeldes Anpassung an den Klimawandel in die ländliche Entwicklung erfolgten in dem Projekt KLARANet, wo Projekte zur Anpassung in LEADER- und Dorferneuerungsprozesse eingebracht wurden (vgl. KEMPER, SCHLIPF 2011). MULLER ET AL. machen aber für die ländliche Entwicklung insgesamt deutlich, dass eine ausschließlich projektbasierte ländliche Entwicklung nicht in der Lage ist, die Erfordernisse zur Anpassung vollständig zu erfassen (u.a. Entwicklung langfristiger Strategien) (vgl. EBD. 2015, S. 33). Ansätze für Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel in den ELER-Entwicklungsprogrammen ländlicher Raum (EPLR) der Bundesländer in der Förderperiode 2007-2013 wurden bei STRATMANN (2008A-C) analysiert. Eine dezidierte Untersuchung der Förderinstrumente der ländlichen Entwicklung, LEADER und ILE, hinsichtlich Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel lässt sich bisher aber nicht ausmachen. Eine Ausnahme bildet eine Studie von FRELIH-LARSEN ET AL. (2014), die EU-weit untersucht haben, wie durch LEADER klimabezogene Maßnahmen unterstützt werden können. Die Studie stützt sich aber vorwiegend auf best practice-Beispiele (vgl. EBD., S. 42) und unterscheidet sich in ihrer grundlegenden Fragestellung deutlich von der vorliegenden Forschungsarbeit, die ansetzend an Fallstudien den gesamten LEADER- und ILE-Prozess sowie das Zusammenspiel der handelnden Akteure und der institutionellen Rahmenbedingungen in den Fokus nimmt.

Die Forschung zu ländlicher Entwicklung verfügt über die Ausrichtung auf Governanceaspekte Verbindungen zu politik- und sozialwissenschaftlichen Fragestellungen, die für diese Arbeit relevant sind. Im Vordergrund dieser Arbeiten steht z.B. die Untersuchung der Kooperations- und Partizipationsformen (Netzwerke, Partnerschaften) sowie der Steuerungsansätze (vgl. z.B. BÖCHER, TRÄNKNER 2008; LACQUEMENT 2012; MOSE ET AL. 2014; POLLERMANN ET AL. 2014). Dieses Forschungsfeld umfasst auch die Untersuchung der Legitimierung regionaler Kooperationen, die kontrovers diskutiert wird (vgl. MOSE, BRODDA 2002, S. 272-273). Die Legitimierung regionaler Kooperationen wird z.B. bei BRYDEN (1994 zit. in SHORTALL, SHUCKSMITH 1998), BÖCHER (2008), DERICHS (2007), FURMANKIEWICZ ET AL. (2010 zit. in MACKEN-WALSH, CURTIN 2013, S. 248), GIESSEN (2010), SHORTTALL UND SHUCKSMITH (1998) UND THUESEN (2010, 2011) kritisch hinterfragt. Zugleich wird informellen Instrumenten mit ihren Beteiligungsverfahren in der Diskussion um Klimawandel und räumliche Planung und Entwicklung ein hoher Stellenwert eingeräumt und es werden hohe Erwartungen an die Legitimierung und Konsensbildung gestellt (vgl. z.B. ARL 2007, S. 7; BMVBS, BBSR 2009A, S. 29; BMVBS 2010A, S. 85; GREIVING, FLEISCHHAUER 2008, S. 65). Neben der Legitimierung können Beteiligungsprozess vielfältige Funktionen einnehmen. Ein umfassender Blick auf unterschiedliche Funktionen der Beteiligung wie z.B. bei WALK (2008) wird selten vorgenommen.

(2) Aus dem Blickwinkel der räumlichen Planung und Entwicklung ist der Umgang mit dem Klimawandel Gegenstand zahlreicher Arbeiten und Forschungsprojekte: ARL (2009), BIRKMANN ET AL. (2010), BULKELEY (2006, 2009), BULKELEY UND KERN (2006) UND DAVOUDI ET AL. (2009) stellen die Notwendigkeit der Raumplanung zur Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen und von Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels heraus. Eine Untersuchung des formellen und z.T. des informellen Instrumentariums der räumlichen Planung und Entwicklung in Deutschland auf seine Möglichkeiten und Grenzen für Klimaschutz und Anpassung erfolgt u.a. bei DILLER UND HEBECKER (2008), FLEISCHHAUER UND BORNEFELD (2006), FLEISCHHAUER ET AL. (2013), FROMMER ET AL. (2013), GREIVING UND FLEISCHHAUER (2008), OVERBECK ET AL. (2009), RANNOV UND FINKE (2008) UND SCHLIPF ET AL. (2008). Es wird deutlich, dass schon heute zahlreiche Ansatzpunkte für die Umsetzung von Anpassung und Klimaschutz bestehen, die Autoren stellen aber auch Defizite heraus. Dabei wird auf die Notwendigkeit und Wichtigkeit informeller Instrumente u.a. aufgrund bestimmter Grenzen formeller Instrumente verwiesen (vgl. z.B. OVERBECK ET AL. 2008, S. 375; GREIVING, FLEISCHHAUER 2008, S. 62-63; PÜTZ, KRUSE 2011, S. 70; SCHLIPF ET AL. 2008, S. 80-81). Eine umfassende Analyse des informellen Instrumentariums bleibt aber aus, häufig wird nur ein Einbezug informeller Instrumente zur Netzwerkbildung vorgenommen. Zwar gibt es auch Arbeiten, die bestimmte informelle Instrumente in den Blick nehmen (bspw. Wettbewerbe bei

BUCHHOLZ, RIECHEL 2009; marktbasierende Instrumente bei SCHLEYER ET AL. 2011), zumeist werden sie aber allgemein angesprochen und eher undifferenziert betrachtet. Um die vielfältigen Anforderungen untersuchen zu können, ist es aber wichtig, die Unterschiede dieser Instrumente zu beachten, z.B. welchen Politiken sie entstammen. Im Bereich der räumlichen Planung und Entwicklung bestehen zahlreiche Forschungsprojekte, die die Themen Klimaschutz und Anpassung aufgreifen. Eine Ausrichtung auf die Anpassung an die Folgen des Klimawandels, die Schaffung von Netzwerken und der hohe Stellenwert von Partizipation und Kommunikation kennzeichnet Forschungsprojekte auf nationaler, europäischer und auch internationaler Ebene, u.a. „ESPACE – Planning in a Changing Climate“, KLIMZUG-Projekte DynAKlim, nord-west2050, klimazwei-Projekt KLARANet. Häufig weisen diese Projekte eine sektorale Ausrichtung auf (z.B. Wasserwirtschaft) (vgl. FiW o.J.; BMBF 2011A; BMBF 2011B; THE ENVIRONMENT DEPARTMENT HAMSHIRE COUNTY COUNCIL o.J.; TU DARMSTADT o.J.). Einen expliziten Bezug zum raumordnerischen Instrumentarium hat das Modellvorhaben der Raumordnung „Raumentwicklungsstrategien zum Klimawandel“ (KlimaMORO). Ziel des Modellvorhabens war es, auf Grundlage formeller und informeller Instrumente der Raumplanung regionale Anpassungsstrategien zu entwickeln und umzusetzen (vgl. MKRO 2010, S. 4). Dabei standen vor allem die Regionalplanung und die Weiterentwicklung ihrer Instrumente im Vordergrund (vgl. KLIMAMORO 2010). In der Modellregion Oberes Elbtal / Osterzgebirge erfolgte explizit der Einbezug von Integrierten ländlichen Entwicklungskonzepten (ILEKs)⁴ in das KlimaMORO zur Umsetzung regionalplanerischer Festlegungen, v.a. im Bereich der Wassererosion (vgl. BMVBS 2010B, S. 14-15; BMVBS, BBSR o.J., S. 20). Einen engen Bezug zur ländlichen Raumforschung nimmt das Teilprojekt „Steuerungs- und Regelungssysteme“ des Verbundprojekts CC-LandStraD vor, welches umwelt- und planungsrechtliche Steuerungsinstrumente sowie sozioökonomische Anreizinstrumente hinsichtlich ihres Beitrags zu Klimaschutz und Anpassung in Bezug auf das Landmanagement analysiert (vgl. GRABSKI-KIERON, NAIM o.J.). Weitere Projekte mit Raumplanungsbezug sind z.B. inClimChAlp und KLIFF-Implan zu finden (vgl. HILLER, PROBST 2008; SPIECKERMANN, FRANCK 2014). Die Beschäftigung mit dem Klimawandel innerhalb der räumlichen Planung und Entwicklung findet meistens aus Sicht der Anpassung an den Klimawandel heraus statt (vgl. z.B. BAASCH ET AL. 2012; BAUSCH, HÖRMANN 2013; BIRKMANN ET AL. 2012; BUCHHOLZ, RIECHEL 2009; FROMMER 2010A; FROMMER ET AL. 2011B; SCHLIPF ET AL. 2008). Zwar existieren auch Arbeiten, die sich mit dem Klimaschutz beschäftigen bzw. die sich sowohl der

⁴ REK im Rahmen der ILE-Förderung

Anpassung als auch dem Klimaschutz widmen (vgl. BIRKMANN ET AL. 2013A; FLEISCHHAUER, BORNEFELD 2006; RITTER 2007). Aufgrund der vielfältigen Synergien und Konflikte zwischen Klimaschutz und Anpassung sollte aber eine integrierte Betrachtung beider Handlungsansätze stattfinden (vgl. HOWARD 2009, S. 19). Zudem ist für viele Akteure außerhalb der Wissenschaft die Trennung von Klimaschutz und Anpassung schwierig (vgl. z.B. ARL 2009, S. 6; KEMPER, SCHLIPF 2011, S. 235; RANNOV, FINKE 2008, S. 45), so dass hierdurch die Fokussierung auf nur einen Bereich erschwert wird.

Ein hoher Stellenwert kommt der Entwicklung von Strategien zur Gewährleistung eines abgestimmten Vorgehens bzgl. Klimaschutz und Anpassung in der räumlichen Planung und Entwicklung zu. Hier besteht eine enge Verbindung zu der planungstheoretisch orientierten Forschung zu strategischer (Raum-)Planung, auf die u.a. WIECHMANN 2011, FROMMER 2010A, FRANCK ET AL 2013, HUTTER 2012 explizit verweisen. Welche Akteure, Ebenen, Instrumente etc. in eine solche Strategieentwicklung einbezogen werden sollten, ist dabei relativ offen. Häufig wird aber auf die Notwendigkeit zur Kooperation von formellen und informellen Instrumenten (auf regionaler Ebene) im Sinne eines strategischen Vorgehens bzw. einer strategischen Regionalentwicklung verwiesen (vgl. z.B. FROMMER 2010A, S. 50-51; HUTTER 2012, S. 34; SCHLIPF ET AL. 2008). Die Möglichkeiten und Grenzen der Strategiebildung zwischen formellen und informellen Instrumenten hinsichtlich *klimarelevanter* Fragestellungen sind aber bisher nicht untersucht worden. Die Kooperation von ländlicher Entwicklung und formeller Raumplanung bzw. die Schnittstellen zwischen den Instrumenten allgemein wurde bereits in Forschungsarbeiten untersucht (vgl. GRABSKI-KIERON ET AL. 2000; WEICK ET AL. 2012). Dabei werden Schnittstellen aufgezeigt (GRABSKI-KIERON ET AL. 2000, S. 134-315) und fördernde und hemmende Faktoren benannt (vgl. EBD., S. 128-129; WEICK ET AL. 2012). Die Arbeit von WEICK ET AL. (2012) zeigt dabei für die Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen der Regionalplanung und LEADER, dass in den untersuchten Fällen keine Kooperation dieser Instrumente erfolgte.

(3) Aus Sicht vieler Fachdisziplinen findet eine Auseinandersetzung mit Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel für im ländlichen Raum relevante Sektoren statt. Diese sind nicht auf den ländlichen Raum speziell gerichtet, was aber im Sinne einer tiefergehenden Analyse der Sektoren auch nicht möglich erscheint. Diese sektoralen Analysen wurden bisher nicht einer integrativen Betrachtung in der ländlichen Entwicklung unterzogen. Im Themenfeld *Landwirtschaft* wurden die Auswirkungen des Klimawandels bzw. die Klimawirkung der Landwirtschaft und die Möglichkeiten für Klimaschutz und Anpassung u.a. bei CHMIELEWSKI (2007, 2009), CIPRA INTERNATIONAL

(2011A), HIRSCHFELD (2008), HIRSCHFELD ET AL. (2009), LFULG (2009), MKULNV (2011), NABU (2010) und NIGGLI UND FLIEßBACH (2009) untersucht. Möglichkeiten für den Klimaschutz liegen z.B. im Düngemanagement, Anpassungsmöglichkeiten z.B. in der Sortenwahl und Wassermanagement. Die positiven Auswirkungen des ökologischen Landbaus auf den Klimaschutz sind dagegen umstritten (vgl. NIGGLI UND FLIEßBACH 2009). Auch die *Forstwirtschaft* ist für die ländlichen Räume bedeutend (s. z.B. CIPRA INTERNATIONAL 2012A). Von Wäldern gehen viele positive Wirkungen für den Klimaschutz aus, neben der Speicherung von CO₂ ist auch die Nutzung von Biomasse (unter der Berücksichtigung bestimmter Bedingungen) ein wichtiger Beitrag für den Klimaschutz (vgl. CIPRA INTERNATIONAL 2012A, S. 22-23; WBGU 2009, S. 87-90). Für die Anpassung an den Klimawandel ist in der Forstwirtschaft v.a. der Waldumbau bedeutend (vgl. CHMIELEWSKI 2007, S. 84; CIPRA INTERNATIONAL 2012A, S. 14).

Untersuchungen der Auswirkungen des Klimawandels auf den *Tourismus*, besonders des Wintertourismus, und mögliche Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen im Tourismus finden sich bei CIPRA INTERNATIONAL (2011B), KREILKAMP (2011), MÜLLER UND LEHMANN FRIEDLI (2011), PRÖBSTL (2011), SCOTT ET AL. (2012), SIEGRIST, GESSNER (2011), TRAWÖGER UND STEIGER (2009). Speziell auf die Belange ländlicher Räume wird nicht eingegangen, einige Aspekte des Winter- und Naturtourismus bedient aber auch die Erfordernisse anderer Tourismusarten in ländlichen Räumen (z.B. Radtourismus), wenn es z.B. um die Klimaschutz- und Anpassungsmöglichkeiten bei Unterbringung sowie bei der An- und Abreise geht.

Weitere wichtige Themenfelder für ländliche Räume sind die *Landschaftsplanung* und der *Naturschutz* bzw. die Erhaltung, Sicherung und Entwicklung von Lebensräumen. Untersuchungen wie z.B. von CIPRA INTERNATIONAL (2009A), HEILAND ET AL. (2008) und SRU (2008) weisen auf die positiven Auswirkungen des Naturschutzes für den Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel (z.B. besonders für die Erhaltung der Biodiversität) hin. Landschaftsplanung und Naturschutz müssen sich nicht nur mit den direkten Folgen des Klimawandels auseinandersetzen, der es z.B. erforderlich macht, bestehende Schutzkonzepte und die Ziele des Naturschutzes zu überdenken (vgl. HEILAND, KOWARIK 2008, S. 417; KRAUS, OTT 2014, S. 108), sondern sind über z.B. Maßnahmen zum Klimaschutz wie dem Ausbau erneuerbarer Energien mittelbar betroffen (vgl. HEILAND ET AL. 2008, S. 38).

Eng verbunden mit Land- und Forstwirtschaft, Natur und Umwelt, Tourismus usw. ist die Notwendigkeit für Anpassungsmaßnahmen im *Wassermanagement*, um einerseits mit zunehmenden als auch abnehmenden Wassermengen aufgrund veränderter Niederschlagsregime umgehen zu können (vgl. CIPRA INTERNATIONAL 2012B).

Weitere, auch für die ländlichen Räume relevante Themenfelder, sind Möglichkeiten zum Klimaschutz und zur Anpassung im Siedlungsbestand und der Infrastruktur. Hierzu bestehen v.a. auf städtische Regionen gerichtete Arbeiten, die einen engen Bezug zur räumlichen Planung aufweisen (s. z.B. ENDLICHER, KRESS 2008; FRERICHS ET AL. 2011; HENSOLD 2013; LÜLF 2008). Wichtige Maßnahmen für den Klimaschutz sind in der energetischen Sanierung und der Schaffung emissionsmindernder Siedlungs- und Verkehrsstrukturen zu sehen. Anpassungsmaßnahmen richten sich z.B. auf den Schutz vor Überhitzung (für ländliche Räume nicht so relevant wie für Städte) und auf den Schutz vor Überflutungen (vgl. EBD.).

Diese Ausführungen zeigen, dass die Forschung zu dem Themenfeld Klimawandel / räumliche Planung und Entwicklung breit aufgestellt ist, die in Kapitel 1 dargestellte Bedeutung informeller Ansätze und die Notwendigkeit von Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel in ländlichen Räumen jedoch nicht ausreichend abgebildet wird. Aus planungswissenschaftlicher Sicht werden die Instrumente der ländlichen Entwicklung, LEADER und ILE, häufig allgemein als informelles Instrumentarium behandelt. Eine Fokussierung auf das Politikfeld der ländlichen Entwicklung und die Einbeziehung dieser spezifischen Rahmenbedingungen bei der Untersuchung des informellen Instrumentariums der ländlichen Entwicklung findet bisher nicht statt. Gerade hinsichtlich der Erfordernisse des Klimaschutzes und der Anpassung sowie der Beteiligungsfunktionen in regionalen Kooperationen besteht daher weiteres Forschungspotential. Es zeigt sich, dass zwischen den empirischen Erkenntnissen und den formulierten Erwartungen an die Beteiligung (Erhöhung der Legitimation regionaler Kooperationen) Diskrepanzen vorhanden sind. Trotz bestehender Forschungsarbeiten ist eine weitergehende Untersuchung der Kooperationsmöglichkeiten von LEADER / ILE und der Regionalplanung - gerade hinsichtlich Klimaschutz und Anpassung - notwendig, da bisher ein gesamter LEADER - / ILE-Prozess von der Konzepterstellung bis zur Umsetzung nicht untersucht wurde. Darüber hinaus findet häufig keine integrative Betrachtung von Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel in der räumlichen Planung und Entwicklung statt.

Weiterer Forschungsbedarf ergibt sich aus dem Umstand, dass viele planungstheoretisch ausgerichtete Arbeiten im Bereich der strategischen Planung und besonders der Partizipation auf den städtischen Raum ausgerichtet sind. Strategische Planung wird auch auf regionaler Ebene diskutiert (s. z.B. FROMMER 2010A; VALLÉE 2012A; WIECHMANN 2008), aber selten auf die ländliche Regionalentwicklung (s. z.B. HUTTER 2012) bezogen. Zwar findet eine Beschäftigung mit Partizipation auch im Kontext der ländlichen Räume statt, diese Arbeiten sind aber meist angewandter Natur. Die fehlende

theoretische Fundierung der Beteiligungsforschung im ländlichen Raum ist als Forschungslücke anzusehen.

Die Arbeit ist eingebunden in die planungswissenschaftliche Evaluationsforschung. Die ländliche Entwicklung ist eng mit der Evaluation verbunden, die bei der EU-Förderung ein verpflichtender Bestandteil ist (vgl. GRABSKI-KIERON 2007B, S. 42). Diese Evaluierungen dienen nicht nur zur Überprüfung einer effektiven Mittelverwendung, sondern wandeln sich zu Lernprozessen (vgl. GRABSKI-KIERON 2007B, S. 42; SEDLACEK 2004, S. 20). Evaluationen sind auch wichtig, um vor dem Hintergrund sich ändernder Rahmenbedingungen das Instrumentarium der ländlichen Entwicklung auf eine notwendige Weiterentwicklung zu prüfen (vgl. GRABSKI-KIERON 2007B, S. 42). Daher ist vor dem Hintergrund des Klimawandels und die sich daraus ergebenden Anforderungen an die räumliche Planung und Entwicklung die ländliche Raumentwicklung auf seine Möglichkeiten und Grenzen hin einer Evaluation zu unterziehen.

1.3 Auswirkungen des Klimawandels unter besonderer Berücksichtigung ländlicher Räume

"Mitigate we might; adapt we must" (NORDHAUS 1994 zit. in SCHIPPER 2006, S. 364).

1.3.1 Klimawandel, Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel

Die Klimaänderungen haben in Deutschland Spuren in der Temperatur- und Niederschlagsentwicklung hinterlassen: seit dem Anfang des 20. Jahrhunderts hat die Temperatur um ca. 1° C zugenommen, jedoch mit regional unterschiedlicher Verteilung (vgl. BECKER ET AL. 2008, S. 341; s. auch GERSTENGARBE, WERNER 2007, S. 39FF.; STOCK 2013, S. 31)⁵. Auch die Niederschlagsmengen haben sich regional und saisonal verändert (u.a. Zunahme der Winterniederschläge, insgesamt eine Zunahme der Niederschläge in West- und Süddeutschland, sowie eine leichte Abnahme in Ostdeutschland), verbunden mit dem Trend zu Starkregenereignissen (vgl. BECKER ET AL. 2008, S. 341; GERSTENGARBE, WERNER 2007, S. 42; SCHÖNWIESE 2007, S. 65; STOCK 2013, S. 31). Wie auch schon der vorangegangene Sachstandsbericht (AR4), macht auch der fünfte Sachstandsbericht des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) deutlich, dass

⁵ Die durchschnittliche globale Erwärmung beträgt von 1880 bis 2012 im linearen Trend 0,85° C, die Oberflächentemperatur hat global fast überall zugenommen (vgl. IPCC 2014, S. 38).

die beobachteten Änderungen im Klimasystem sehr wahrscheinlich („extremely likely“)⁶ auf anthropogene Einflüsse zurückzuführen sind (vgl. IPCC 2014, S. 48).

Im Umgang mit denen sich aus diesen Klimaänderungen ergebenden Auswirkungen des Klimawandels (s. Kap. 1.3.2.2) werden grundsätzlich zwei Strategien unterschieden: Der **Klimaschutz** bzw. die Mitigation (engl.: mitigation) und die **Anpassung an den Klimawandel**⁷ bzw. die Adaptation (engl. adaptation) (vgl. IPCC 2007, S. 56; RAHMSTORF, SCHELLNHUBER 2007, S. 92).

Unter **Klimaschutz** wird die Reduzierung von Treibhausgasemissionen⁸ (THG-Emissionen) oder die Schaffung bzw. der Erhalt von THG-Senken verstanden (vgl. IPCC 2014, S. 84; FLEISCHHAUER, BORNEFELD 2006, S. 162). Während der Klimawandel auf die Verhinderung bzw. Minderung des Klimawandels abzielt, wird aufgrund der nicht mehr zu verhindernden Folgen eine Anpassung an den Klimawandel notwendig (vgl. ENDLICHER 2007, S. 125; HECHT 2009, S. 158; SCHNEIDER ET AL. 2001, S. 94; UBA 2005, S. 17).

Die **Anpassung an den Klimawandel** wird vom IPCC folgendermaßen definiert:

“In human systems, the process of adjustment to actual or expected climate and its effects, in order to moderate harm or exploit beneficial opportunities. In natural systems, the process of adjustment to actual climate and its effects; human intervention may facilitate adjustment to expected climate” (IPCC 2012, S. 5).

Kurz gefasst kann Anpassung als „Schutz der Gesellschaft vor Klimawirkungen und Verringerung der gesellschaftlichen Verwundbarkeit“⁹ (FLEISCHHAUER, BORNEFELD 2006, S. 162) verstanden werden, wobei auch potentielle positive Auswirkungen des Klimawandels berücksichtigt werden sollten, denn: „Anpassung an den Klimawandel ist nicht nur als Bewältigung von negativen Folgen zu verstehen, sondern ebenso als Wahrnehmung von Chancen“ (ARL 2007, S. 1).

Anpassung kann sowohl den *Prozess des Anpassens* als auch einen *Zustand* bezeichnen (vgl. SMIT ET AL. 2001, S. 882; SMIT ET AL. 1999, S. 203). In dieser Arbeit bezieht sich die Anpassung an den Klimawandel auf den Prozess des Entwickelns von Anpassungsstrategien und der Umsetzung entsprechender Maßnahmen. Es können

⁶ Nach der allgemeinen Regelung des IPCC zur Kommunikation von Wahrscheinlichkeiten entspricht dies einer 95 - 100 prozentigen Wahrscheinlichkeit (vgl. IPCC 2014, S. 36).

⁷ Häufig auch Klimaanpassung. Um Missverständnissen vorzubeugen („das Klima anpassen“) wird hier auf die längere Form Anpassung an den Klimawandel (auch Anpassung an die Folgen des Klimawandels) zurückgegriffen.

⁸ Zu den THG zählen neben Kohlendioxid (CO₂), auch CH₄ (Methan), FCKW, N₂O (Distickstoffoxyd - Lachgas). 55 % der Störung des Strahlungshaushaltes wird auf das CO₂ zurückgeführt, 40 % auf die anderen Treibhausgase (vgl. RAHMSTORF 2009, S. 22).

⁹ Nach KELLY und ADGER kann Vulnerabilität definiert werden als “[...] the ability or inability of individuals and social groupings to respond to, in the sense of cope with, recover from or adapt to, any external stress placed on their livelihoods and well-being (KELLY, ADGER 2000, S. 163)“.

weiter verschiedene Formen der Anpassung unterschieden werden, kurz gefasst sind dies reaktive und proaktive sowie geplante und ungeplante Anpassungen (vgl. ausführlicher SMIT ET AL. 2001, S. 883-884). Ein grundsätzliches Problem bei der Anpassung ist, dass das Erfordernis häufig erst bei Extremereignissen sichtbar wird (vgl. BURTON ET AL. 2002, S. 385), jedoch auch eine Anpassung an schleichende Veränderungen erfolgen muss (vgl. RANNOV, FINKE 2008, S. 51; SMIT ET AL. 2000, S. 81). Anpassung an sich ist kein neues Phänomen, sondern ein alltäglicher Vorgang; neu ist dagegen die Dimension und das Erfordernis einer proaktiven anstatt einer reaktiven Anpassung (vgl. BURTON 1996, S. 56; KROPP, DASCHKEIT 2008, S. 353; UBA 2005, S. 17). Der fünfte IPCC-Bericht stellt jedoch auch heraus, dass nicht alle Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel geplant sein müssen, um einen Beitrag zur Anpassung zu leisten (vgl. NOBLE ET AL. 2014, S. 836). Daher werden in dieser Arbeit auch Maßnahmen berücksichtigt, die vorrangig anderen Absichten dienen, zugleich aber zur Erhöhung der Anpassungsfähigkeit beitragen. Gleiches gilt auch für den Klimaschutz.

In der Vergangenheit wurden Klimaschutz und Anpassung häufig als gegensätzlich angesehen, heute herrscht dagegen die Meinung vor, Klimaschutz und Anpassung sollten nicht als konträr (entweder - oder), sondern als komplementär (sowohl - als auch) betrachtet werden, da beide auf die Reduzierung der Risiken und den Umgang mit den Risiken des Klimawandels zielen (vgl. BURTON 1996, S. 57; HEINRICHS, GRUNENBERG 2009, S. 45; HOWARD 2009, S. 20; IPCC 2014, S. 84; PIELKE 1998, S. 353).

In der wissenschaftlichen und politischen Diskussion und auch in der öffentlichen Wahrnehmung stand (und steht z.T. immer noch) der Klimaschutz im Vordergrund (vgl. HEINRICHS, GRUNENBERG 2009, S. 42; PETER, HEINRICHS 2007, S. 115; SCHULZE 2010, S. 125; SCHNEIDER ET AL. 2001, S. 87)¹⁰. In der Planungsliteratur hat sich seit ein paar Jahren ein „adaptation turn“ vollzogen (vgl. HOWARD 2009, S. 19-20). Howard kritisiert jedoch, dass dieser aktuelle Fokus auf die Anpassung die Betrachtung der Zusammenhänge zwischen beiden Handlungsstrategien vernachlässigt (vgl. EBD., S. 20). In dieser Arbeit erfolgt daher eine integrative Betrachtung von Klimaschutz und Anpassung. Dies ist notwendig, da die Effekte von Klimaschutz und Anpassung sowohl positiv als auch negativ sein und zu Konflikten zwischen Klimaschutz und Anpassung als auch zwischen Anpassungsmaßnahmen selbst führen können (vgl. HALLEGATTE 2009, S. 245-246; IPCC 2014, S. 84; s. Tab. 1). Zudem erweist sich die Trennung von Anpassung an den Klimawandel und Klimaschutz in der Praxis häufig als schwierig (vgl. BIRK ET AL.

¹⁰ Dies wird damit begründet, dass die Kommunikation der Vermeidung eines Risikos bzw. von Veränderungen einfacher ist (Klimaschutz), als die Anpassung daran (vgl. HEINRICHS, GRUNENBERG 2009, S. 44).

2011, S. 25; ARL 2009, S. 6; GREIVING, FLEISCHHAUER 2008, S. 62). Aus diesen Gründen werden in dieser Arbeit beide Handlungsansätze gleichberechtigt miteinbezogen, d.h. eine Fokussierung auf entweder den Klimaschutz oder die Anpassung, wie in vielen Fällen vorgenommen, wird nicht als förderlich gesehen.

Tab. 1: Beispielhafte Konflikte und Synergien bei Klimaschutz und Anpassung¹¹

Quelle: eigene Darstellung nach BIRKMANN ET AL. 2010, S. 42; HALLEGATTE 2009, S. 246; RITTER 2007, S. 535; SCHLEYER ET AL. 2011, S. 33; SRU 2008, S. 155

Maßnahme	Konflikt / Synergie
Anpassung: Schneekanonen aufgrund abnehmender Schneesicherheit in Wintersportgebieten	Klimaschutz: hoher Energieverbrauch / CO ₂ -Emissionen Anpassung: hoher Wasserverbrauch
Klimaschutz: Anbau von Biomasse / NawaRo	Klimaschutz: durch Grünlandumbruch und intensive Landnutzung negative THG-Bilanz Anpassung: intensive Landnutzung steht der Erhaltung von Lebensräumen / der Biodiversität entgegen
Klimaschutz: Dach- und Fassadenbegrünung	Klimaschutz / Anpassung: bessere Dämmung (weniger Heizbedarf, kühlend bei Hitzewellen)

Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel machen ein Handeln auf vielen Ebenen erforderlich. Die wesentlichsten Politiken auf globaler, europäischer und nationaler Ebene und ihre Verbindung zur Raumordnungspolitik und zur Politik für die Entwicklung ländlicher Räume zeigt Tabelle 2.

Tab. 2: Internationale und (supra-) nationale Klimapolitik

Quelle: eigene Darstellung nach BMUB 2014, S. 7; DIE BUNDESREGIERUNG 2008, S. 42; EBD. 2011, S. 11; DRÖGE 2009, S. 140, 146-151; KOM 2007, S. 16-23; EBD. 2009A, S. 9-12; EBD. 2013, S. 9-10; EBD. 2014, S. 7-8, 11-14; PRINS, RAYNER 2007, S. 973; RAHMSTORF, SCHELLNHUBER 2007, S. 87, 98, 102-107; WIGLEY 1998 zit. in PIELKE 2005, S. 551

Ebene	Institutionen / Politiken
Global	<i>IPCC – Intergovernmental Panel on Climate Change</i> <ul style="list-style-type: none"> • seit 1988 • Aufgabe: objektive und transparente Bündelung der wissenschaftlichen Erkenntnisse über den Klimawandel • Veröffentlichung der Ergebnisse in „Sachstandsberichten“ (2013/2014 5. Bericht erschienen)
	<i>UNFCCC – United Nations Framework Convention on Climate Change</i> <ul style="list-style-type: none"> • internationale Übereinkunft zum Klimaschutz • 1992 von 162 Staaten unterzeichnet • Umsetzung über Zusatzprotokolle, z.B. das Kyotoprotokoll (Klimaschutzwirkung des Kyotoprotokolls umstritten)

¹¹ BIRKMANN ET AL. sehen v.a. potentielle Konfliktfelder zwischen den Maßnahmen, so dass eine Abstimmung zwingend erforderlich ist (vgl. EBD. 2010, S. 42), die Koordination von Klimaschutz und Anpassungsmaßnahmen weist jedoch noch Defizite auf (vgl. LAUKKONEN ET AL. 2009, S. 290).

Europäische Union	<ul style="list-style-type: none"> • Klimaschutzziel: Reduzierung der CO₂-Emissionen um 20% bis 2020 (gegenüber 1990) • Maßnahmen und Strategien vorwiegend auf die Bereiche Steigerung der Energieeffizienz, Ausbau der erneuerbaren Energien, Emissionshandel und Förderung neuer Technologien gerichtet • Strategie zur Anpassung an den Klimawandel 2013 verabschiedet, baut auf entsprechendem Grün- und Weißbuch auf; Aktionsbereiche umfassen u.a. die Integration von Anpassungsbelangen in die EU-Politiken und -Förderprogramme (besonders in die Agrarpolitik) • Förderzeitraum 2014 - 2020: Verwendung von 20 % des EU-Haushalts in allen Politiken für auf den Klimawandel ausgerichtete Maßnahmen
Deutschland	<p><i>Aktionsprogramm Klimaschutz der Bundesregierung</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Ziel: Reduzierung der THG-Emissionen um 40% bis 2020 (gegenüber 1990); langfristig weitere Einsparungen geplant • wichtige Bestandteile: Ausbau erneuerbarer Energien und Steigerung der Energieeffizienz
	<p><i>Deutsche Anpassungsstrategie (2008) / Aktionsplan Anpassung (2011)</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Raumordnung und Bauleitplanung als Querschnittsthemen • Integration der Anpassung als „Mainstreaming“ in verschiedene Politikbereiche (u.a. Politik für ländliche Räume)

1.3.2 Auswirkungen des Klimawandels auf ländliche Räume

1.3.2.1 Forschungskontext ländliche Räume

Die Abgrenzung des räumlichen Forschungskontextes ist aus mehreren Gründen schwierig: Zum einen werden ländliche Räume sehr stark mit der Landwirtschaft in Verbindung gebracht, da sie hier den größten Flächennutzer darstellt - aber nur die wenigsten Menschen, die in ländlichen Räumen leben, arbeiten noch in der Landwirtschaft (vgl. MØLLER MADSEN, ADRIANSEN 2004, S. 486; GRABSKI-KIERON 2002A, S. 10). Zum anderen geschieht die Definition der ländlichen Räume auf Grundlage unterschiedlicher Kriterien, deren Relevanz sich im Laufe der Zeit verändert hat. Grund hierfür ist der Struktur- und Funktionswandel der ländlichen Räume seit Mitte des 20. Jahrhunderts (vgl. GRABSKI-KIERON 2007A, S. 604)¹². Des Weiteren sind ländliche Räume Forschungsgegenstand unterschiedlichster Disziplinen, die jeweils eigene inhaltliche Schwerpunkte setzen (vgl. HENKEL 2004, S. 21-25). Weiterhin werden zur Abgrenzung ländlicher Räume nach z.B. siedlungs- oder bevölkerungsstrukturellen Kriterien international unterschiedliche Schwellenwerte angesetzt (s. z.B. bei LIENAU 2000, S. 11).

Viele Abgrenzungen werden der Heterogenität der ländlichen Räume nicht (mehr) gerecht (vgl. MOSE 2005, S. 575). Der Begriff ‚Ländlicher Raum‘ an sich eignet sich

¹² Zum Struktur- und Funktionswandel ländlicher Räume s. z.B. MOSE 2005, S. 573-575; WOODS 2005, S. 29ff.

daher nicht für eine differenzierte Betrachtungsweise der jeweiligen Region (vgl. GRABSKI-KIERON 2008, S. 37). Da es keine einheitliche Definition des „Ländlichen“ gibt (vgl. WOODS 2005, S. 3), besteht heute eine Vielzahl unterschiedlicher Definitionen. Neben sozialgeographischen (v.a. im angelsächsischen Raum)¹³ erachtet GRABSKI-KIERON heute besonders die anwendungsorientierten Typisierungen ländlicher Räume als relevant, bei denen sie zwischen strukturell-analytischen und funktional-analytischen Definitionen unterscheidet (vgl. GRABSKI-KIERON 2007A, S. 604). Die strukturell-analytischen Definitionen bedienen sich demographischer, sozioökonomischer oder siedlungsstruktureller Kriterien (z.B. Typisierung ländlicher Räume nach der OECD), während die funktional-analytischen Definitionen Distanz- und Verflechtungsmerkmale (z.B. Erreichbarkeiten) verwenden (vgl. EBD. 2007A, S. 604; BORN 2011, S. 5). Unterschiedliche Abgrenzungen ländlicher Räume können verschiedenen Zwecken dienen, z.B. analytischen zum Zwecke der Raubeobachtung und programmatischen für die Bestimmung räumlicher Problemlagen und Handlungserfordernissen innerhalb der Raumordnung (vgl. Mose 2005, S. 575). Betrachtet man unterschiedliche Abgrenzungen ländlicher Räume aus der Agrarstrukturpolitik und der Raumordnung (s. Anlage 11.1.1), stellt man, trotz der Verwendung überwiegend demographischer und siedlungsstruktureller Kriterien, deutliche Unterschiede fest. Diese ergeben sich aus der Konkretisierung der Kriterien, der Schwellenwerte und der räumlichen Bezugsebene. Besonders deutliche Unterschiede bestehen zwischen der Gebietskulisse „Ländlicher Raum“ der EPLR und den Raumtypen 2010 des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR): Nach dieser raumordnungspolitischen Kategorisierung bestehen auch LEADER-Regionen in Deutschland in zentralen, städtisch geprägten Raumtypen (Lage der LEADER-Regionen in Deutschland vgl. DVS 2010A). Anlage 11.1.2 verdeutlicht diese Unterschiede für die Fallstudienregionen. Dies macht deutlich, dass in dieser Arbeit für die Abgrenzung der Fallstudienregionen (s. Kap. 4.4.2) keine Definition des ländlichen Raums nach einheitlich strukturellen oder funktionalen Kriterien vorgenommen werden kann. Dagegen folgt diese Arbeit einer *instrumentellen* Abgrenzung, d.h. orientiert sich an den Gebietskulissen der LEADER- und ILE-Förderung. Diese Gebietskulissen sind in den EPLR der vier betrachteten Bundesländer jeweils unterschiedlich als ländlicher Raum abgegrenzt (s.o. und Anlage 11.1.1).

¹³ z.B. „Rural as Social Representation“ (WOODS 2005, S. 10-13 in Anlehnung an HALFACREE 1993)

1.3.2.2 Regionale Auswirkungen des Klimawandels

Der Klimawandel wird sich regional sehr unterschiedlich auswirken, eine genaue Darstellung der Folgen in einer bestimmten Region erweist sich allerdings als schwierig: Um die Auswirkungen ermitteln zu können, werden zum einen **regionalisierte Klimaszenarien** benötigt, zum anderen tritt die **Vulnerabilität**, d.h. die Verwundbarkeit oder Anfälligkeit einer Region bzw. eines Systems hinzu (vgl. WALKENHORST, STOCK 2009, S. 2). Für das Konzept der Vulnerabilität gibt es unterschiedliche Ansätze, grundlegend kann das Vulnerabilitätskonzept der Klimafolgenforschung und der Risikoforschung unterschieden werden (vgl. BIRKMANN, FLEISCHHAUER 2013, S. 47-50; WALKENHORST, STOCK 2009, S. 2). Für eine ausführliche Auseinandersetzung mit den verschiedenen Konzepten wird auf BIRKMANN und FLEISCHHAUER (2013) verwiesen. Welche Auswirkungen sich nun für eine bestimmte Region ergeben, ist somit nicht nur von den Klimaänderungen selbst abhängig, sondern auch von der Vulnerabilität von Natur und Gesellschaft bzw. ihrer Anfälligkeit und Anpassungs- oder Bewältigungskapazität (vgl. BIRKMANN ET AL. 2013B, S. 25; SCHANZE, DASCHKEIT 2013, S. 69; STOCK 2013, S. 40), die regional sehr unterschiedlich ausfallen kann (vgl. SCHANZE, DASCHKEIT 2013, S. 69).

Regionale Klimaszenarien basieren auf globalen Klimamodellen und Emissionsszenarien¹⁴, deren Auflösung mit Hilfe eines regionalen Klimamodells erhöht wird (Regionalisierung) (vgl. WALKENHORST, STOCK 2009, S. 4). Ebenso wie es verschiedene globale Klimamodelle gibt (ComputermodeLL zur Abbildung der physikalischen und chemischen Prozesse in der Atmosphäre), existieren unterschiedliche Szenarien über die Entwicklung der globalen THG-Emissionen (vgl. EBD., S. 4-6). Für Deutschland können vier wichtige regionale Klimaszenarien benannt werden, die sich u.a. nach gewähltem Globalmodell und Regionalisierungsverfahren unterscheiden: REMO, WettREG, CLM und STAR (vgl. STOCK 2013, S. 31-32; WALKENHORST, STOCK 2009, S. 6, 10)¹⁵. In den Grundaussagen zu bestimmten Trends (z.B. Lufttemperatur) zeigen die regionalen Klimamodelle ähnliche Ergebnisse (vgl. MKULNV 2011, S. 11-12; WALKENHORST, STOCK 2009, S. 13). Als besonders unsicher werden aber die Aussagen der regionalen

¹⁴ Die Emission von Treibhausgasen ist stark von sozioökonomischen Faktoren wie u.a. Bevölkerungsentwicklung, Energieverbrauch, Landnutzung, wirtschaftlicher Entwicklung sowie der Klimapolitik abhängig (vgl. IPCC 2014, S. 8). Im vierten Sachstandsbericht (AR4) hat das IPCC die sog. SRES-Szenarien (Special Report on Emissions Scenarios) verwendet, denen verschiedene „Storylines“ zugrunde liegen, die jeweils andere mögliche sozioökonomische und technologische Entwicklungen beschreiben (vgl. BECKER ET AL. 2008, S. 342; JACOB 2009, S. 90; WALKENHORST, STOCK 2009, S. 4-5; ausführlicher z.B. IPCC 2007, S. 44). Für den aktuellen Bericht (AR5) wurden die sog. RCPs (Representative Concentration Pathways) erstellt, die auch die Klimapolitik berücksichtigen (vgl. IPCC 2014, S. 59).

¹⁵ Nähere Informationen zu den Unterschieden der vier regionalen Klimamodelle und Gegenüberstellung ihrer Ergebnisse s. STOCK 2013, S. 31-40; WALKENHORST, STOCK 2009, S. 10-13; BMVBS, BBSR 2013, S. 64-66.

Modelle nach WALKENHORST und STOCK bei Extremwetterereignissen (z.B. Starkniederschläge, Hitzewellen, Stürme) gesehen (vgl. EBD. 2009, S. 13).

Für die Beurteilung der Wirkfolgen in den ausgewählten Fallstudienregionen werden die Klimawandel-Betroffenheitsraumtypen nach BMVBS / BBSR (vgl. BMVBS 2010A) herangezogen. Die methodische Vorgehensweise zur Ermittlung der Betroffenheit wird als „möglichst einfaches aber robustes Herangehen [...]“ beschrieben (EBD., S. 45). Auf Grundlage von Klimawandel-Anfälligkeits-Raumtypen wurden im Vergleich mit ermittelten klimatischen Veränderungen (regionales Klimamodell REMO) regionale Betroffenheiten abgeleitet (zu der Methodik s. EBD., S. 43ff.). Die Betroffenheitsraumtypen werden nach drei Problemkomplexen unterschieden (s. Tab. 3). Die Klimawandelbetroffenheitsraumtypen, in die die Fallstudien eingeordnet werden, beziehen sich auf den Prognosezeitraum 2071 - 2100 (Referenzzeitraum 1961-1990, SRES A1B) (vgl. EBD., S. 45).

Tab. 3: 3 Problemkomplexe der Klimawandelbetroffenheitsraumtypen

Quelle: BMVBS 2010A, S. 50-53

Problemkomplex 1	Wirkfolgen, die vermehrt im Sommer aufgrund steigender Sommer-temperaturen und sinkende -niederschläge auftreten: <ul style="list-style-type: none"> • Hitzeperioden • Waldbrandgefahr • Einschränkung der Wasserressourcen • Gefährdung der Artenvielfalt
Problemkomplex 2	Wirkfolgen, die vermehrt im Winter aufgrund zunehmender Winter- und Extremniederschläge auftreten: <ul style="list-style-type: none"> • Flusshochwässer • Starkregenereignisse / Sturzfluten, Sturmwasserstände • Verlust des Oberbodens durch Wassererosion • gravitative Massenbewegungen
Problemkomplex 3	Häufigere Beeinträchtigung und Zerstörung der Infrastruktur

Diese Ermittlung von Auswirkungen des Klimawandels auf Basis von Betroffenheitsraumtypen wird für die Dissertation als *geeignet* angesehen, da raumplanerisch relevante Wirkfolgen einbezogen werden. Im Vergleich mit anderen Analysen zeigen sich zwar Abweichungen, aber auch Übereinstimmungen (vgl. BMVBS 2010A, S. 54). Ein Nachteil für die Beschäftigung mit ländlichen Räumen ist zwar der hohe Stellenwert der Indikatoren Siedlungs- und Infrastrukturdichte, der die negative Betroffenheit v.a. der stark verdichteten und verstäderten Regionen im Westen Deutschlands steigen lässt (vgl. EBD., S. 48). Als wesentlicher Vorteil wird aber die einheitliche Untersuchung regionaler Betroffenheiten in Gesamtdeutschland gesehen, die eine Vergleichbarkeit für die ausgewählten Fallstudien dieser Arbeit gewährleistet. In einigen Fällen umfassen die Anfälligkeits- und Betroffenheitstypen (Landkreise bzw. Planungsregionen)

ein deutlich größeres Gebiet und damit auch andere Naturräume als die Fallstudienregionen, so dass dadurch Unterschiede zu der tatsächlichen Situation bestehen können. Die Vorteile der Nutzung von Ergebnissen einer nach einer einheitlichen Methodik durchgeführten Analyse dürften diese Nachteile aber überwiegen.

Auswirkungen in ländlichen Räumen

Häufig wird der urbane Raum als wichtigster Raum für Klimaschutz benannt, weil hier die meisten Emissionen produziert werden (z.B. Lindner et al. 2009, S. 8). Auch werden städtische Räume häufig als besonders wichtig für Anpassungserfordernisse aufgrund ihrer Vulnerabilität angesehen. Ländliche Räume dürfen aber nicht vernachlässigt werden: Zum einen befinden sich auch in ländlichen Räumen wichtige THG-Emitenten, z.B. die in der Landwirtschaft und durch Landnutzungsveränderungen (letztere werden häufig in die Bilanzen nicht miteinbezogen). Zum anderen erweisen sich viele Bereiche in ländlichen Räumen als vulnerabel gegenüber den Auswirkungen des Klimawandels, die sie jedoch von städtischen Räumen unterscheiden.

Für ländliche Räume lässt sich keine pauschale Betroffenheit durch den Klimawandel identifizieren (vgl. NEUBERT 2015, S. 172). Dies hängt zum einen mit den unterschiedlichen Auswirkungen des Klimawandels auf Regionen und den unterschiedlichen Vulnerabilitäten von Regionen zusammen und gilt für ländliche Räume wie für städtische Räume gleichermaßen. Zum anderen gilt aber speziell für ländliche Räume, dass keine einheitliche Kategorie des ländlichen Raums besteht (s. Kap. 1.3.2), an denen Betroffenheiten ländlicher Räume festgemacht werden könnten, und somit ländliche Räume je nach z.B. naturräumlichen und sozioökonomischen Strukturen andere Anfälligkeiten aufweisen (vgl. EBD., S. 172). Trotzdem können für ländliche Räume typische, vom Klimawandel betroffene Bereiche identifiziert werden, die sich von Auswirkungen in eher städtisch geprägten Räumen abheben. In diesem Zusammenhang weisen KEMPER und SCHLIPF darauf, dass in ländlichen Räumen andere „Verwundbarkeiten und Wirkungsketten“ herrschen als in städtischen Räumen (vgl. KEMPER, SCHLIPF 2011, S. 217). Als wichtiger Unterschied ist der Außenbereich zu sehen, der im Gegensatz zu dem Siedlungsbereich in städtischen Räumen in ländlichen Räumen eine wichtige Bedeutung hat (vgl. EBD.). Hier wird als besonders vom Klimawandel betroffener (und beitragender) Sektor die Landwirtschaft benannt (vgl. KAPHENGST ET AL. 2009, S. 4; KOM 2009B, S. 5; SCHLEYER ET AL. 2011, S. 31). Daneben weist die Europäische Kommission auf die Zunahme von Risiken in folgenden Handlungsbereichen hin (vgl. KOM 2009B, S. 5):

- Hochwasser

- Infrastrukturschäden infolge von Extremereignissen
- knapper werdende Ressource Wasser (mit der Folge von Konkurrenzkämpfen)
- Störung von Ökosystemen
- negative Folgen für den Wintertourismus

Es werden aber auch positive Auswirkungen ausgemacht, wie etwa eine Erhöhung der Produktivität im Forstsektor oder eine mögliche Attraktivitätssteigerung für den Tourismus durch die Erwärmung von bestimmten Regionen (vgl. EBD.).

Neben den direkten Folgen des Klimawandels sehen sich ländliche Räume auch mit „indirekten“ Folgen konfrontiert, die sich aus den Reaktionen auf den Klimawandel und als Konsequenz z.B. der Energiepolitik ergeben (vgl. NEUBERT 2015, S. 172-173). So werden ländlichen Räumen als Standorte für den Ausbau der erneuerbaren Energien von DOSCH ET AL. eine Schlüsselrolle beigemessen (vgl. EBD. 2008, S. 389; auch SCHLEYER ET AL. 2011, S. 31). Es geht aber nicht nur um die Anfälligkeit des Ländlichen Raums gegenüber den Auswirkungen des Klimawandels. Ländliche Räume können wichtige Funktionen für Klimaschutz und Anpassung übernehmen:

- Klimaschutz: Ausbau der erneuerbaren Energien (s.o.) (Standortfunktion); große Potentiale zur Einsparung von THG-Emissionen oder im Bereich der Landnutzungsänderungen in der Landwirtschaft (vgl. HIRSCHFELD ET AL. 2009, S. 55; SCHLEYER ET AL. 2011, S. 31; SRU 2008, S. 158)
- Anpassung an den Klimawandel: Hochwasserschutz (Schaffung von Retentionsräumen), Frischluftentstehung für andere Regionen (vgl. NEUBERT 2015, S. 173).

Als Folge kommt es in ländlichen Räumen z.B. zu einem verstärkten Ausbau von Windkraftanlagen, Photovoltaik, Anbau von Biomasse, Flächenbedarfen z.B. für den Hochwasserschutz etc., so dass in Konkurrenz mit anderen Flächenansprüchen (z. B. Landwirtschaft, Siedlung etc.) in den ländlichen Räumen der Bedarf der Koordination und der Steuerung von Flächenansprüchen und -nutzungen steigt (vgl. EBD. 2015, S. 173; BEIRAT FÜR RAUMORDNUNG 2008, S. 5).

Verbunden mit der Bedeutung der Landwirtschaft für den Klimaschutz und der Vulnerabilität der Landwirtschaft selbst, wird der Agrarpolitik, also der GAP und der GAK, eine wichtige Rolle für Klimaschutz und Anpassung zugesprochen (vgl. BMVBS, BBSR 2009B, S. 13; KOM 2009A, S. 11; NABU 2010, S. 14; WEHRHEIM 2008, S. 24). Dieses Politikfeld beeinflusst auch die ländliche Entwicklung maßgeblich (s. Kap. 5.1.1). Die Politik zur ländlichen Entwicklung und LEADER wird daher als geeignet für die Umsetzung von Klimaschutz und Anpassung in ländlichen Räumen gesehen (vgl. BMVBS, BBSR

2009B, S. 13, 16). FLEISCHHAUER ET AL. kritisieren dagegen das mit der Politik zur Entwicklung ländlicher Räume verbundene Leitbild zur Stärkung des ländlichen Raums: Diese Politik, speziell LEADER und die GAK, würde kompakten und energieeffizienten Siedlungsstrukturen entgegenstehen (vgl. FLEISCHHAUER ET AL. 2013, S. 98). Auch wenn es durchaus Kritikpunkte an der Politik zur ländlichen Entwicklung hinsichtlich der Berücksichtigung von Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel geben mag, dürfte in dem Fall der kompakten Siedlungsstrukturen aber eher die Raumordnung und die konsequente Nutzung der Instrumente zur Siedlungssteuerung in der Pflicht gesehen werden.

1.4 Forschungsziele und Aufbau der Arbeit

Die vorliegende Dissertation untersucht vor dem in Kapitel 1.1 - 1.3 erläuterten Hintergrund die Fragestellung, inwieweit die Instrumente der ländlichen Regionalentwicklung, LEADER und ILE, den Anforderungen gerecht werden können, die in der Diskussion um den Klimawandel an informelle Instrumente der räumlichen Planung und Entwicklung gerichtet werden. Der hohe Stellenwert, der informellen Instrumenten in der Diskussion im Umgang mit dem Klimawandel in der räumlichen Planung und Entwicklung beigemessen wird, gliedert sich in *inhaltliche* und *prozessuale* Anforderungen: Zum einen besteht die Erwartung an informelle Instrumente, sich inhaltlich mit klimarelevanten Fragestellungen auseinanderzusetzen. Zum anderen werden Ansprüche an die Gestaltung der Prozesse der regionalen Kooperationen gestellt (bzgl. der Beteiligungsfunktionen und der Zusammenarbeit mit der formalrechtlichen Raumplanung). Die ländliche Entwicklung ist Teil eines umfassenden Planungs- und Entwicklungssystems, das auch raumrelevante Fachplanungen und -politiken umfasst. Wichtiger Bestandteil der ländlichen Entwicklung, die wesentliche Elemente informeller Instrumente der räumlichen Entwicklung trägt, sind LEADER und ILE (s. Kap. 2.1.2). Diese Arbeit untersucht daher im Rahmen einer Evaluation, inwieweit LEADER und ILE den Anforderungen entsprechen können, die Erfordernisse von Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel zu integrieren. Hieraus werden Möglichkeiten und Grenzen dieser Instrumente abgeleitet, über die sie hinsichtlich des Umgangs mit dem Klimawandel in der räumlichen Entwicklung verfügen.

Ausgehend von diesem übergeordneten Forschungsziel leiten sich Forschungsfragen ab, die nach der inhaltlichen und der prozessualen Ebene der regionalen Kooperationen unterschieden werden (s. Abb. 1):

- **inhaltliche Ebene:**
 - Welche inhaltliche Relevanz haben Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel in LEADER und ILE (Berücksichtigung in Projekten, Zielen)?
 - Welche fördernden und hemmenden Faktoren können zur Beeinflussung der inhaltlichen Relevanz identifiziert werden?
- **prozessuale Ebene:**
 - Legitimations- und Konsensbildungsfunktion: Können die Beteiligungsprozesse von LEADER und ILE zu den Anforderungen an Entscheidungsfindungen vor dem Hintergrund des Klimawandels beitragen?
 - Informationsfunktion: Können die Beteiligungsprozesse von LEADER und ILE zur Information über klimarelevante Fragestellung und der Sensibilisierung der Akteure beitragen?
 - Welche Faktoren beeinflussen die Beteiligung in LEADER und ILE?
 - Findet eine Zusammenarbeit zwischen LEADER / ILE und der Regionalplanung statt (besonders hinsichtlich klimarelevanter Fragestellungen)?
 - Trägt diese Zusammenarbeit zu einer Strategieentwicklung in der Region (hinsichtlich Klimaschutz und Anpassung) bei?
 - Welche fördernden und hemmenden Faktoren können zur Beeinflussung der Strategiebildung hinsichtlich klimarelevanter Fragestellungen identifiziert werden?

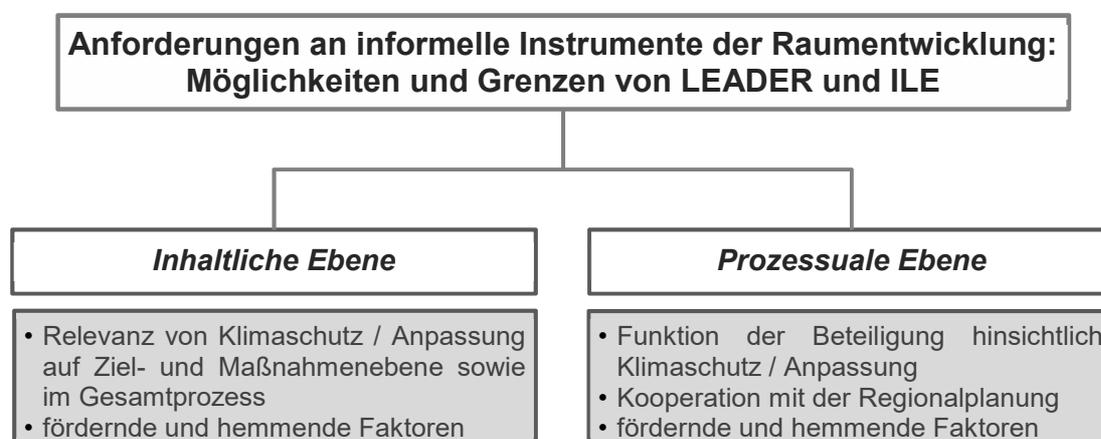


Abb. 1: Forschungsziele

Quelle: eigene Darstellung

Besonders die regionale Ebene wird als geeignete Handlungsebene für den Umgang mit dem Klimawandel genannt (s. Kap. 2.2.1), da hier verschiedene Politikfelder und Instrumente berücksichtigt sowie strategische Konzepte entwickelt werden können. Daher beschränkt sich der räumliche Kontext der vorliegenden Arbeit bei der Untersuchung des formalrechtlichen Instrumentariums auf die regionale Raumordnung. Die

Entwicklung ländlicher Räume im Rahmen der EU-Förderpolitik vollzieht sich in siebenjährigen Förderzeiträumen. Den zeitlichen Kontext der Untersuchung bildet die ELER-Förderperiode 2007-2013, in dem LEADER und ILE umgesetzt wurden. Im Sinne einer summativen Evaluation kann somit der gesamte Zeitraum von der Erstellung der regionalen Entwicklungskonzepte in LEADER und ILE bis zu ihrer Umsetzung erfasst werden.

Die Umsetzung der REKs / ILEKs im Rahmen der Förderung der ländlichen Entwicklung über LEADER bzw. ILE kann auch durch andere Förderungen als über die ländliche Entwicklung (z.B. EFRE) erzielt werden. Die vorliegende Arbeit fokussiert sich auf die ELER- und GAK-Förderung, da sie einen Schwerpunkt der Förderung in den Regionen darstellen.

Der Aufbau der Arbeit orientiert sich an der dargelegten Fragestellung: Die Arbeit ist in neun Kapitel gegliedert, die die Herleitung der Fragestellung (*Kapitel 1 und 2*), die theoretische Einbettung (*Kapitel 3*), die Methodik (*Kapitel 4*), die Analyse der EU- und nationalen Agrarpolitik (*Kapitel 5*), die Analyse der Fallstudienregionen (*Kapitel 6*), die Bewertung der Ergebnisse (*Kapitel 7*) und eine Synopse mit Handlungsempfehlungen (*Kapitel 8*) sowie ein Fazit (*Kapitel 9*) enthalten.

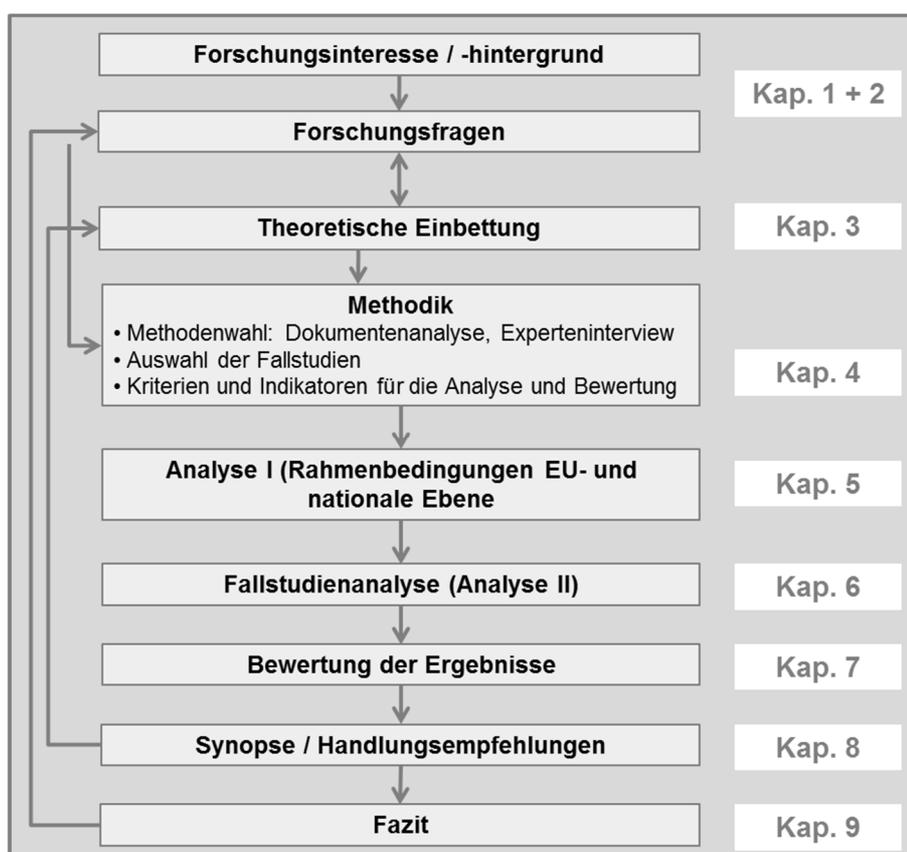


Abb. 2: Aufbau der Arbeit nach Kapiteln

Quelle: eigene Darstellung

2 Räumliche Entwicklung im (Klima)Wandel

„Gefragt sind also innovative Lösungsstrategien, die dazu verhelfen, die Gratwanderung zwischen Anpassungs- und Steuerungsfähigkeit zu bewältigen.“

(ADAM, WIECHMANN 1999, S. 661)

Diese Anforderung an die Raumplanung (im Zusammenwirken mit informellen Instrumenten) formulierten ADAM UND WIECHMANN vor mehr als anderthalb Jahrzehnten. Damals war der Klimawandel noch kein Thema innerhalb der räumlichen Planung und Entwicklung. Die Fragestellung, die mit dem Klimawandeldiskurs verbunden ist, war aber schon damals aktuell: Welche Rolle kann die (traditionelle) Raumplanung vor dem Hintergrund veränderter Herausforderungen einnehmen? Zu diesen Herausforderungen ist seit einigen Jahren der Klimawandel bzw. die hiermit verbundene Notwendigkeit zu Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel getreten. Für die Bewältigung der Folgen des Klimawandels ist jedoch nicht nur die Raumplanung, sondern sind verschiedenste Instrumente raumrelevanter Politikfelder erforderlich, wie auch der ländlichen Entwicklung. Ziel des Kapitels ist es, vor dem Hintergrund des Klimawandels zunächst das Spannungsfeld von *Raumplanung* und *-entwicklung* aufzuzeigen und die ländliche Entwicklung hierin einzuordnen. Danach werden die Anforderungen, die im Klimawandeldiskurs an die räumliche Planung und Entwicklung gestellt werden, und somit auch für die ländliche Entwicklung relevant sind, herausgearbeitet. Denn damals wie heute gilt: die Ergänzung der Ordnungsfunktion der Raumplanung durch ihre Entwicklungsfunktion sowie die Kombination von formellen und informellen Instrumenten wird als notwendig vor dem Hintergrund der vergangenen und aktuellen Herausforderungen erachtet.

2.1 Raumplanung und ländliche Entwicklung

2.1.1 Zwischen Planen und Entwickeln

Beschäftigt man sich mit „Planung“ und den hiermit verbunden formellen und informellen Instrumenten, die sowohl der Gesamtplanung als auch raumrelevanter Fachplanungen bzw. Sektorpolitiken entstammen, sieht man sich mit einem grundlegenden Problem konfrontiert:

„Wer sich anschickt, von »Planung« zu reden, muss vorweg als Ausgangslage zur Kenntnis nehmen: Es herrscht eine geradezu abenteuerliche Grenzenlosigkeit des

Planungsbegriffs vor. Damit einher geht ein Verlust an Bedeutsamkeit, der alle Überlegungen über Planung einzutrüben droht und sie dem allgemeinen Diskurs der Unverbindlichkeit aussetzt" (KELLER 2006, S. 352)¹⁶.

Neben die ‚traditionellen‘ Formen von Planung im Sinne von ‚Pläne machen‘ sind heute weitere Planungsformen hinzugetreten, z.B. Runde Tische, Konzepte und Strategien. Dies geht einher mit einer Veränderung des Verständnisses dessen, was *Planung* ist. In Anbindung an die Sozialwissenschaften beschreibt FÜRST diese Veränderung als Abkehr von Steuerung „[...] als intentionale Beeinflussung des Handelns anderer [...]“ hin zu einem Planungsverständnis als „[...] zielbezogener Interaktionsprozess der Anpassung von Denk- und Verhaltensweisen (Koordinationsprozess) [...]“ (EBD. 2006, S. 117; s. auch Kap. 3.1.1.1). Es findet eine Prozessorientierung statt, in der in Abkehr von einer technokratisch verstandenen Disziplin die Entwicklungsfunktion der Planung stärker betont wird (vgl. SCHÖNWANDT, JUNG 2006, S. 18; KNIELING 2006, S. 74; PETERS 2004, S. 5; PRIEBIS 2006, S. 101). Hiervon zeugt z.B. die gewachsene Bedeutung von kooperativen Verfahren in der Raumplanung und der Regionalentwicklung (vgl. LINDLOFF 2003, S. 15, 21). Diese Veränderungen spiegeln sich in der Geschichte der Raumplanung wieder¹⁷, die sich laut DILLER schon immer durch „[...] stärker informelle entwicklungsorientierte und stärker ordnungspolitisch orientierte Phasen [...]“ (2012A, S. 12) ausgezeichnet hat.

Mit dieser Aufweitung des Planungsbegriffs geht einher, dass zunehmend unklarer wird, was mit Planung eigentlich gemeint ist: Neben der eingangs zitierten Kritik von KELLER machen auch BIRKMANN ET AL. darauf aufmerksam, dass die Begriffe Raumplanung, -entwicklung und -ordnung nicht ausreichend voneinander abgegrenzt werden (vgl. EBD. 2013B, S. 16). **Raumplanung** und **-entwicklung** können folgendermaßen unterschieden werden:

In einer engeren Sichtweise können unter **Raumplanung** aus Sicht des Planungsrechts die Bundes- und Landesraumordnung (Landes- und Regionalplanung) sowie die kommunale Bauleitplanung gefasst werden (vgl. TUROWSKI 2005, S. 897; GREIVING 2009, S. 44). Neben dieser räumlichen Gesamtplanung bestehen die raumbedeutsamen Fachplanungen, die sich rechtlich, organisatorisch und inhaltlich unterscheiden (vgl. TUROWSKI 2005, S. 898). Der Begriff **Raumentwicklung** wird dagegen weiter gefasst und schließt auch informelle Instrumente¹⁸ ein, die sich nicht auf die räumliche

¹⁶ s. auch SELLE 2004A, S. 148-149

¹⁷ s. ausführlich ALBERS 1993 und SIEBEL (2006)

¹⁸ Unter informellen Instrumenten werden in Anlehnung an DANIELZYK Instrumente verstanden, die nicht im öffentlichen Recht verankert sind und deren Umsetzung auf der Selbstbindung der beteiligten Akteure beruht (vgl. EBD. 2005, S. 466).

Gesamtplanung beschränken müssen, sondern fachübergreifender Art sein bzw. anderen Fachdisziplinen angehören können (vgl. GREIVING 2009, S. 44; SINZ 2005 zit. in BIRKMANN ET AL. 2013B, S. 16-17; BMVBS 2010A, S. 14).

Daher wird im Folgenden in dieser Arbeit von räumlicher Planung **und / oder** Entwicklung gesprochen:

- Unter *Raumplanung* wird einer engen Begriffsauslegung folgend auf den öffentlich-administrativen Vorgang der Planung im Zusammenhang mit dem formellen Instrumentarium bzw. formalrechtlicher Prozesse der Raumordnung und Bauleitplanung hingewiesen (d.h. Umsetzung wird hier nicht miteinbezogen).
- *Raumentwicklung* umfasst dagegen als weite Begriffsauslegung alle formellen und informellen Instrumente sowie Prozesse, die die räumliche Entwicklung als Ganzes betreffen (d.h. auch Umsetzung, alle Politikbereiche). Hierin ist explizit auch die ländliche Entwicklung einbezogen.

2.1.2 Einordnung der ländlichen Entwicklung in die räumliche Planung und Entwicklung

Die ländliche Entwicklung ist nicht eindeutig definiert und zeichnet sich durch ein Zusammenwirken unterschiedlicher Politiken und Instrumentarien auf verschiedenen Ebenen aus (vgl. GRABSKI-KIERON 2007A, S. 613-614)¹⁹. Gleichwohl ist in der ländlichen Entwicklung die regionale Ebene am bedeutendsten (vgl. EBD., S. 615) und Regionalentwicklung als eine Form der ländlichen Entwicklung anzusehen (vgl. BRUCKMEIER 2000, S. 219). Regionalentwicklung, verstanden „[...] als systematische handlungsorientierte Aktivität zur Beeinflussung räumlicher Prozesse über strategische Konzepte [...]“ (DILLER 2012A, S. 11), ist innerhalb der Raumplanungsgesetzgebung nicht eindeutig definiert und wird hauptsächlich im Sinne von Planumsetzung auf die Instrumente REK und RM bezogen (vgl. WERNIG 2012, S. 20). Sie vollzieht sich in einem Spannungsfeld verschiedener Politiken (neben der Raumplanungspolitik z.B. Agrar-, Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik) sowie u.a. verschiedener administrativer Ebenen und regionaler Akteure und ist demzufolge mit verschiedenen Interessen konfrontiert (vgl. HEINTEL 2001, S. 194). Da in dieser Arbeit die ländliche Regionalentwicklung im

¹⁹ In dieser Arbeit wird der Begriff „Instrument“ in einem breiten Sinne verstanden, d.h. dass dieser sowohl Programme und gesetzliche Regelungen als auch Strategien, finanzielle Anreizsysteme etc. umfasst (vgl. GRABSKI-KIERON 2005, S. 29). In diesem Sinne sind auch LEADER und ILE bzw. REK und RM als Instrumente zu sehen.

Vordergrund steht, erfolgt eine Fokussierung auf die durch die Agrarpolitik induzierte Regionalentwicklung über LEADER und ILE.

Der ländliche Raum hat sich aufgrund des Struktur- und Funktionswandels und der Einflüsse anderer Veränderungsprozesse (z.B. demographischer Wandel) zu ländlichen Räumen mit unterschiedlichen Strukturen, Funktionen und Entwicklungsdynamiken gewandelt (vgl. MOSE 2005, S. 573; GRABSKI-KIERON 2007A, S. 606-607; ausführlich bei MOSE 1993, S. 19-25). Dieser Wandel ländlicher Räume ließ eine rein sektoral auf die Landwirtschaft ausgerichtete Politik zur ländlichen Entwicklung obsolet werden, sie setzt stattdessen an den Potentialen der Region (endogene Potentiale) an (vgl. BRÖCKLING 2004, S. 29-31; OECD 2006, S. 23). Im Laufe der Jahre hat daher ein Paradigmenwechsel nicht nur in der ländlichen Entwicklung, sondern innerhalb der Regionalentwicklung allgemein stattgefunden: War Regionalentwicklung in den 1960er und 1970er Jahren noch als top down ausgerichtete Förderung von Wirtschaftsstrukturen (in rückständigen Regionen) verstanden, wurde in den 1980er / 1990er Jahren die Beschränkung auf die wirtschaftliche Entwicklung zugunsten einer umfassenderen Sichtweise aufgegeben (vgl. DILLER 2012A, S. 11-12). Die Region als Handlungsebene wurde immer bedeutender (Aktivierung der endogenen Potentiale über bottom up-Ansätze) (vgl. EBD.). Für die ländliche Entwicklungspolitik hat die OECD diesen Wandel in dem „New Rural Paradigm“ zusammengefasst. Es beschreibt den Übergang von einer Politik der Subventionierung landwirtschaftlicher Betriebe hin zu einer Politik, die auf Investitionen in verschiedene Sektoren der Wirtschaft in ländlichen Räumen (z.B. Tourismus, Handwerk etc.) unter Einbeziehung verschiedener Steuerungsebenen sowie der regionalen und lokalen Akteure setzt (vgl. OECD 2006, S. 60). War es Ziel des ‚alten‘ Ansatzes die Einkommen und die Wettbewerbsfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe anzugleichen bzw. zu steigern, geht es im ‚neuen‘ Ansatz darum, die Wettbewerbsfähigkeit der ländlichen Räume über das Inwertsetzen der endogenen Potentiale zu steigern (vgl. EBD.).

Die ländliche Entwicklung verfolgt somit heute das Ziel einer eigenständigen / endogenen Regionalentwicklung²⁰. Weitreichende Impulse zur regionalen Kooperation im Sinne einer eigenständigen Regionalentwicklung kamen aus den ländlichen Räumen (vgl. DANIELZYK 1999, S. 577). Ziel der eigenständigen Regionalentwicklung ist die Förderung von endogenen Entwicklungsprozessen unter der Einbeziehung regionaler Akteure und die Verbesserung institutioneller Rahmenbedingungen (vgl. ARL 2008, S.

²⁰ Nach GRABSKI-KIERON und KÖTTER greift der Begriff eigenständig zu kurz, daher sollte die Bezeichnung endogene Regionalentwicklung vorgezogen werden (vgl. GRABSKI-KIERON, KÖTTER 2012, S. 94)

7; GORSLER 2002, S. 17ff. zit. in: DANIELZYK, KNIELING 2011, S. 487). Eine einheitliche Definition für die eigenständige Regionalentwicklung gibt es aber nicht (vgl. NIENABER 2007, S. 47). Das Konzept der endogenen Regionalentwicklung korrespondiert mit dem Ansatz der integrierten ländlichen Entwicklung, welcher wesentlich seit den 1980er Jahren gefördert und geprägt wurde (vgl. SHUCKSMITH 2010, S. 2). Als dessen Attribute können benannt werden (vgl. BMEL 2014c, S. 5-6; BÖCHER ET AL. 2008, S. 14; GRABSKI-KIERON 2005, S. 28-29, 32-33; GRABSKI-KIERON 2002b zit. in GRABSKI-KIERON 2005, S. 29; SHORTALL, SHUCKSMITH 1998, S. 75-77):

- gebietsbezogen (lokal, regional)
- sektorübergreifend
- partnerschaftlich
- langfristig
- strategisch

Tab. 4: Gegenüberstellung LEADER und die Prinzipien der integrierten ländlichen Entwicklung

Quelle: eigene Darstellung nach NEUBERT 2009, S. 57, verändert

Prinzipien integrierter ländlicher Entwicklung	LEADER / ILE
Territorialer Ansatz	Förderung der Entwicklung einer Region (funktional / territorial abgegrenzt)
Sektorübergreifender Ansatz	Einbezug verschiedener Sektoren in die Strategien und Projekte
Partizipation – Bottom up	Einbezug von Bürgern und regionalen Akteuren in die Strategieentwicklung und -umsetzung (bei LEADER mind. 50% WiSo-Partner)
Leitbildgesteuerte Entwicklung	Entwicklungsstrategie unterliegt einem übergeordnetem Thema
Nutzung endogener Potentiale	Entwicklungsstrategie setzt an den Stärken und Schwächen der Region an
Begleitung und Bewertung	Monitoring / Evaluation
Langfristigkeit	Beitrag der Projekte zur nachhaltigen und langfristigen Entwicklung der Region

LEADER und ILEK sind als Beispiele für eigenständige bzw. eine integrierte ländliche Entwicklung zu sehen (vgl. BÖCHER ET AL. 2008, S. 15; GRABSKI-KIERON, KÖTTER 2012, S. 96; HAHNE 2013, S. 70; MOSE, BRODDA 2004, S. 211; SHUCKSMITH 2010, S. 2). Die Ausprägung der dargestellten Merkmale können Tabelle 4 entnommen werden. Durch den Ansatz der endogenen bzw. integrierten ländlichen Entwicklung wird ein verändertes Steuerungshandeln zum Ausdruck gebracht und steht somit in Verbindung zu Rural bzw. Regional Governance (vgl. SHUCKSMITH 2010, S. 2-5; s. Kap. 3.1.1). Neben diesen

Merkmale sind REK und RM wesentliche Komponenten der Förderung der ländlichen Entwicklung über LEADER und ILE. Das Regionale Entwicklungskonzept als „am weitesten verbreitete Instrument“ der informellen räumlichen Planung und Entwicklung (DANIELZYK, KNIELING 2011, S. 476), hat seine Wurzeln aber nicht nur in der europäischen und nationalen Agrarstrukturpolitik bzw. Regional- und Strukturpolitik, sondern auch in der Raumordnung (vgl. KNIELING, WEICK 2005, S. 928; WIECHMANN 2005, S. 163; DANIELZYK, KNIELING 2011, S. 478) und kann daher Grundlage oder Vorbereitung für die formelle Regionalplanung sein (vgl. BIRKMANN ET AL. 2010, S. 31). Die Förderung u.a. über LEADER und die die GAK haben aber seit den 1990er Jahren wesentlich zur Verbreitung von informellen Instrumenten der Raumentwicklung bzw. REK in Deutschland beigetragen (vgl. GRABSKI-KIERON 2007A, S. 615; WIECHMANN 2005, S. 165). Die Merkmale eines REK zeigt Tabelle 5.

Tab. 5: Merkmale eines REK

Quelle: eigene Darstellung nach KNIELING, WEICK 2005, S. 928, 930-931; DANIELZYK, KNIELING 2011, S. 477; JACOBY 2011, S. 534-535

Räumliche Abgrenzung	problemorientiert
	„Region“ (Gebiet zwischen kommunaler und Landesebene)
Thematische Orientierung	sektorübergreifend: umfasst mehrere Themen (integrierter Ansatz)
	Ausrichtung an endogenen Entwicklungspotentialen
Elemente eines REK	Stärken-Schwächen-Analyse (SWOT-Analyse) als Basis, Leitbildentwicklung, Ableitung von Zielen und Maßnahmen (Konzentration auf die wichtigsten Themenbereiche, strategischer Ansatz)
	Umsetzungsorientierung: Benennung wichtiger Projekte (Leitprojekte)
Akteure und Arbeitsweise	Erarbeitung außerhalb der Strukturen der öffentlichen Verwaltung: Einbezug regionaler Akteure
	kooperative Arbeitsformen, konsensorientiert
	rechtlich nicht verbindlich

Unter *Regionalmanagement* wird nicht eine hierarchische Führung einer Region verstanden (vgl. LÖB 2005, S. 942; MAIER 2004, S. 202), sondern die „[...] gemeinsame Organisation und Koordination der regionalen Akteure [...]“ (MAIER 2004, S. 202). Ziel ist es, regionale Entwicklungskonzepte umzusetzen, Projektideen zu generieren und die Region im regionalen Wettbewerb zu positionieren (vgl. ebd.). Es existieren verschie-

dene Verständnisse, z.B. über Aufgaben und Organisationsformen eines Regionalmanagements (vgl. EBD., BUCHHOLZ 2006, S. 28; LÖB 2006, S. 57), so dass es eher als „Sammelbegriff für endogene Entwicklungsstrategien dient“ (LÖB 2006, S. 59)²¹.

REK und Regionalmanagement sind eng miteinander verbunden, da die Umsetzung eines REK vielfach durch ein RM begleitet wird (vgl. BIRKMANN ET AL. 2010, S. 31). Beide Instrumente weisen daher Ähnlichkeiten auf: Konsensorientierung, eher problemorientierte als administrative Abgrenzung, Einbezug regionaler Akteure, kooperative und sektorübergreifende Arbeitsformen u.ä. werden ebenfalls als Kennzeichen von RM genannt (vgl. MAIER 2004, S. 202-203; JACOBY 2011, S. 535-536). Das Verständnis von Regionalmanagement in dieser Arbeit folgt den o.g. Aspekten: Das RM dient der Umsetzung eines REK unter der Einbeziehung verschiedenster regionaler Akteure und Sektoren in kooperativen Arbeitsformen. Es handelt sich nach MAIER um eine freiwillige Zusammenarbeit (d.h. um ein informelles Instrument), da das RM keine hoheitliche Aufgabe ist (vgl. EBD. 2004, S. 204).

LEADER und ILE tragen somit wesentliche Charakteristika informeller Instrumente der räumlichen Entwicklung. Zwar liegen ihre Wurzeln nicht in der Raumordnung, aber die Regional- und Strukturpolitik auf europäischer und nationaler Ebene und die hiermit verbundenen finanziellen Anreize beeinflussen die räumliche Entwicklung in hohem Maße (vgl. GREIVING, FLEISCHHAUER 2012, S. 41).

2.2 Klimawandel als Thema der räumlichen Planung und Entwicklung

„Over the next few decades, the main change global warming will bring us may not be the change in climate itself. It may be the uncertainty regarding future climate conditions [...]“ (HALLEGATTE 2009, S. 246).

Wie die folgenden Kapitel zeigen, wird der Raumplanung eine wichtige Bedeutung im Umgang mit den Herausforderungen des Klimawandels zugesprochen und wird als „[...] ein Teil der Antworten auf die neuen Herausforderungen“ gesehen (LENK ET AL. 2008, S. 13). So wird in vielen Dokumenten und Berichten (z.B. Stern-Report, Grünbuch der EU) die besondere Rolle der Raumplanung im Umgang mit den Folgen des Klimawandels hervorgehoben (vgl. WILSON 2009, S. 223). Vor allem der Koordinierungsauftrag bzgl. verschiedener räumlicher Nutzungen und sektoraler Planungen, die Querschnittsfunktion der Raumplanung und die Lösung von Raumnutzungskonflikten werden als zentral im Umgang mit dem Klimawandel und seinen Auswirkungen

²¹ Für unterschiedliche Verständnisse und Organisationsformen s. z.B. BUCHHOLZ 2006, S. 29-35; DILLER 2012A, S. 17; LÖB 2005, S. 943-944.

gesehen (vgl. z.B. ARL 2007, S. 3; KOM 2007, S. 14, 23; LÜTZEN 2012, S. 28; PÜTZ, KRUSE 2011, S. 62; SCHLIPF ET AL. 2008, S. 77). Es gibt aber auch eine Reihe von Problemfeldern, so dass gleichzeitig vor einer Überschätzung der Raumplanung gewarnt wird (vgl. LÜLF 2008, S. 82). Das Zitat von HALLEGATTE (s.o.) umreißt gut die Diskussion des Klimawandels in der Raumplanung: Es geht nicht nur allein um die konkreten (räumlichen) Auswirkungen des Klimawandels und die Reaktion darauf, sowie um den Beitrag der räumlichen Planung zur Verhinderung des Klimawandels, sondern es geht auch um sich ändernde Rahmenbedingungen, die der Klimawandel mit sich bringt. Als Konsequenz der Probleme bzw. Hindernisse, mit denen sich die *formelle* Raumplanung bei der Beschäftigung mit Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel konfrontiert sieht, wird die Notwendigkeit von *informellen* Instrumenten der räumlichen Planung und Entwicklung (also auch der ländlichen Entwicklung) betont. Ziel des Kapitels ist es, den Klimawandel zunächst aus raumplanerischer Sicht zu beleuchten, um aus den Diskursen um die Grenzen des formalrechtlichen Instrumentariums heraus die Anforderungen an das informelle Instrumentarium abzuleiten. Sie bilden die Bewertungsziele der Evaluation in dieser Arbeit.

2.2.1 Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel in der räumlichen Planung und Entwicklung

Den Folgen des Klimawandels sowie den Strategien zum Umgang mit dem Klimawandel, also den Maßnahmen des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel, wird eine hohe räumliche Relevanz zugesprochen (vgl. BIESBROEK ET AL. 2009, S. 231; FLEISCHHAUER 2007, S. 83; PÜTZ, KRUSE 2011, S. 61). Der Raumbezug ist jedoch unterschiedlich: Während die Wirkung von Klimaschutzmaßnahmen nicht vom Ort ihrer Umsetzung abhängt (globale Wirkung), dienen Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel konkreten lokalen bzw. regionalen Verwundbarkeiten (vgl. BAASCH ET AL. 2012, S. 193). Der räumliche Bezug alleine ist jedoch nicht ausreichend für Regelungen in den Raumordnungsplänen, grundsätzlich muss eine Raumplanungsrelevanz vorhanden sein (vgl. ARL 2011B, S. 3; BIRKMANN ET AL. 2010, S. 8; GREIVING, FLEISCHHAUER 2008, S. 62; REIDT 2011, S. 795), die von GREIVING und FLEISCHHAUER unter Bezug auf das ROG und das Baugesetzbuch (BauGB) attestiert wird (vgl. GREIVING, FLEISCHHAUER 2008, S. 62; auch GREIVING 2009, S. 44-45; GREIVING 2011A, S. 23). Die Beurteilung der raumplanerischen Relevanz des Klimawandels, der Mitigation und der Adaption ist jedoch nicht abschließend geklärt und wird z.T. unterschiedlich gesehen bzw. gewichtet (s. z.B. FROMMER 2009, S. 132; GREIVING 2009, S. 44; GREIVING, FLEISCHHAUER 2008, S. 61; LÜLF 2008, S. 83; OVERBECK ET AL. 2008, S. 364; REIDT 2011, S. 795).

Die Integration von Belangen des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel ist auf allen Ebenen der Raumplanung erforderlich (vgl. FLEISCHHAUER, BORNEFELD 2006, S. 162; WILSON 2006, S. 610). Als Handlungsschwerpunkte für den Klimaschutz werden in der Wissenschaft und im politischen Kontext v.a.

- die energieeffiziente / verkehrsvermeidende Raum- und Siedlungsentwicklung²²,
- die Entwicklung und Sicherung von Flächen für erneuerbare Energien (und der benötigten Infrastruktur) sowie
- die Sicherung von Freiräumen / Freiraumschutz

gesehen (vgl. ARL 2009, S. 2; ARL 2012, S. 2-3; BEIRAT FÜR RAUMORDNUNG 2008, S. 2; DILLER, HEBECKER 2008, S. 67; Fleischhauer, Bornefeld 2006, S. 162-163; FLEISCHHAUER ET AL. 2013, S. 118; FRERICHS ET AL. 2011, S. 5-6; GREIVING 2009, S. 49; LINDNER ET AL. 2009, S. 11; MKRO 2009, S. 2; OVERBECK ET AL. 2008, S. 363; RITTER 2007, S. 531-532).

Für die Anpassung an den Klimawandel werden die folgenden Handlungsmöglichkeiten genannt (vgl. BEIRAT FÜR RAUMORDNUNG 2008, S. 2-3; FROMMER 2009, S. 133; FROMMER ET AL. 2013, S. 122ff.; GREIVING, FLEISCHHAUER 2008, S. 64; MKRO 2009, S. 2-4; SCHLIPF ET AL. 2008, S. 79):

- Mitwirkung bei räumlichen Anpassungsmaßnahmen im Bereich Tourismus
- Siedlungsbereiche: Verringerung / Vermeidung von Überhitzung (z.B. Verringerung der baulichen Verdichtung, Begrünung von Siedlungsstrukturen)
- Sicherung und Entwicklung von Freiräumen / Frischluftschneisen
- regionaler Wasserhaushalt (z.B. Sicherung von Wasserressourcen / Flächen für die Grundwasserneubildung)
- Schutz vor extremen Naturereignissen (z.B. Sicherung und Entwicklung von Flächen für Hochwasserrückhalt, Küstenschutz, Schutz vor Murgängen etc.; Standorte für soziale Infrastruktur; technische Maßnahmen wie Anpassung der Kanalisation, Regenrückhaltebecken etc.)
- Sicherung ökologisch bedeutsamer Freiräume und Entwicklung eines regionalen Biotopverbundes

Auf politischer Ebene wird zudem die Mitwirkung der Raumplanung in nicht raumplanungsrelevanten Bereichen (z.B. Tourismus) als wichtig erachtet (vgl. MKRO 2009, S.

²² Der Einfluss von Siedlungsstrukturen auf das individuelle Verkehrsverhalten ist umstritten: Während einige Quellen dies bezweifeln (s. SIEDENTOP, HESSE 2005 u. KAGERMEIER 1997 zit. in GREIVING, FLEISCHHAUER 2008, S. 62; s. auch WEGENER 2007 zit. in LÜLF 2008, S. 71), verweisen andere Quellen auf einen nachgewiesenen Zusammenhang zwischen abnehmender Siedlungsdichte und steigendem Energieverbrauch (s. BFLR 1996 zit. in FLEISCHHAUER, BORNEFELD 2006 S. 163).

4), in der Literatur aber eher als Schwäche der Raumplanung ausgemacht, da hier kaum Möglichkeiten zur Einflussnahme bestehen (s. Kap. 2.2.2).

Gemäß dem Aufbau der Raumplanung in Deutschland kann auf jeder Ebene ein Beitrag zu Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel geleistet werden (für ebenspezifische Handlungsmöglichkeiten s. ARL 2014, S. 9; BMVBS 2011A, S. 6; FROMMER ET AL. 2013, S. 124-131; FROMMER 2009, S. 133; KLINGER, WEGENER 2011, S. 905; MKRO 2014, S. 3, 18-20; OVERBECK ET AL. 2008, S. 373; V. SEHT 2010, S. 279; WAGNER 2013, S. 51; WICKEL 2009, S. 128-129). Für die Umsetzung diesbezüglicher Maßnahmen werden aber v.a. die lokale und die regionale Ebene hervorgehoben (vgl. BEIRAT FÜR RAUMORDNUNG 2008, S. 4; BMVBS 2010B, S. 4; DIE BUNDESREGIERUNG 2008, S. 60; DIE BUNDESREGIERUNG 2011, S. 9; PÜTZ, KRUSE 2011, S. 61; RITTER 2007, S. 535; SCHULZE 2010, S. 126; WILSON 2006, S. 610; WILSON 2009, S. 224). Die regionale Ebene wird auch besonders betont, um integrierte Strategien zur Anpassung an den Klimawandel zu erarbeiten, da die Region als intermediäre Ebene zwischen den (politischen) Vorgaben der höheren Ebenen und der lokalen Ebene als Umsetzungsebene steht (vgl. BEIRAT FÜR RAUMORDNUNG 2008, S. 4; DIE BUNDESREGIERUNG 2008, S. 46; FROMMER 2009, S. 129; FROMMER ET AL. 2013, S. 129; LENK ET AL. 2008, S. 14).

Dementsprechend wird auch der regionalen Raumordnung eine wichtige Rolle für den Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel zugesprochen. Die Gründe hierfür sind vielfältig und zeigen Parallelen zu den Anforderungen, die im Zusammenhang der Entwicklung zur „kooperativen Regionalplanung“ an die regionale Raumordnung gestellt werden (s. Kap. 3.3.2):

- Kompensation einer fehlenden Fachplanung (vgl. BMVBS, BBSR 2009A, S. 24)
- Koordinierung von räumlicher Gesamtplanung und raumbezogenen Fachplanungen (vgl. EBD., S. 23)
- Informations- und Beratungsfunktion (vgl. BIRKMANN ET AL. 2010, S. 28)
- Moderations- und Managementfunktion (vgl. DILLER, HEBECKER 2008, S. 68; MITSCHANG 2009, S. 38)
- Doppelfunktion: Entwicklung sowohl von regionalen Strategien als auch verbindendes Element zwischen Strategie und kommunaler Umsetzungsebene (vgl. SCHLIPF ET AL. 2008, S. 77)

Untersuchungen zu der Berücksichtigung von klimarelevanten Aspekten aus dem Jahr 2008 zeigen, dass diese in älteren Regionalplänen weniger (vgl. BMVBS, BBR 2006, S. 7 zit. in DILLER, HEBECKER 2008, S. 66), in neueren vermehrt aufgegriffen werden, zumeist jedoch der Klimaschutz im Vordergrund steht (vgl. DILLER, HEBECKER 2008, S. 66; BMVBS, BBR 2008b, S. 14-15; BMVBS 2010A, S. 73; OVERBECK ET AL. 2009).

2.2.2 Herausforderungen für die räumliche Planung und Entwicklung

Ausgangspunkt für die Evaluierung von LEADER und ILE in dieser Arbeit sind die Herausforderungen, die in der Diskussion von Klimawandel und Raumplanung benannt werden und die Konsequenzen, die aus dieser Diskussion für die gesamtäumliche als auch für andere raumrelevante Planungen und Entwicklungsansätze, wie die ländliche Entwicklung, gezogen werden. Die Herausforderungen des Klimawandels für die Raumplanung bestehen zum einen in den *Rahmenbedingungen* für die Raumplanung, da der Klimawandel u.a. eine hohe Komplexität und Unsicherheit mit sich bringt (vgl. DAVOUDI ET AL. 2009, S. 14). Zum anderen in den konkreten *Auswirkungen des Klimawandels*, die aufgrund ihrer Raumplanungsrelevanz Gegenstand der Raumplanung sind. Aufgrund der Komplexität und Unsicherheit wird der Klimawandel auch zu den „neuen Risiken“ gezählt (vgl. GREIVING, FLEISCHHAUER 2008, S. 64)²³.

Tab. 6: Herausforderungen des Klimawandels für die Raumplanung

Quelle: eigene Darstellung nach ARL 2007, S. 3; BEIRAT FÜR RAUMORDNUNG 2008, S. 3; BIESBROEK ET AL. 2009, S. 230; BIRKMANN ET AL. 2010, S. 32, 43; BIRKMANN, FLEISCHHAUER 2013, S. 52; BMVBS 2010A, S. 79; BMVBS, BBR 2008A, S. 24; BÖHM 2007, S. 2-3; BULKELEY 2006, S. 211; DANGSCHAT 2006, S. 381-382; FLEISCHHAUER, BORNEFELD 2006, S. 163, 169; FLEISCHHAUER ET AL. 2013, S. 96-97; FRANCK, PEITHMANN 2010, S. 16-17, 29; FRANCK ET AL. 2013, S. 155; FROMMER 2009, S. 129; FROMMER 2010A, S. 49, 96; FROMMER ET AL. 2011B, S. 260; FROMMER ET AL. 2013, S. 148; GREIVING, FLEISCHHAUER 2008, S. 65-66; GREIVING 2009, S. 50; GREIVING, FLEISCHHAUER 2012, S. 37; GROß 2010 ZIT. IN FRANCK, PEITHMANN 2010, S. 14; HABER ET AL. 2010, S. 382; HURLIMANN, MARCH 2012, S. 483; KABAT ET AL. 2005, S. 283; KOM 2007, S. 15; MKRO 2009, S. 1; KROPP, DASCHKEIT 2008, S. 356, 359; OVERBECK ET AL. 2008, S. 365, 375; OVERBECK ET AL. 2009, S. 195, 198; PIELKE 2005, S. 252; PÜTZ, KRUSE 2011, S. 73; RANNOV, FINKE 2008, S. 56; RITTER 2007, S. 532, 535; ROGGEMA 2009, S. 61; SCHLIPF ET AL. 2008, S. 80-81; STRAUß 2008, S. 88; WICKEL 2009, S. 129-130

Unsicherheit	<ul style="list-style-type: none"> • Klimamodelle und -szenarien (v.a. Regionalisierungen) • Auswirkungen des Klimawandels • Fehlende Datenverfügbarkeit bei den Planungsstellen
Wissen und Wahrnehmung	<ul style="list-style-type: none"> • unklar: Beitrag der Raumplanung zum und Kompetenzen der Raumplanung im Umgang mit dem Klimawandel • nicht ausreichendes / fehlendes Wissen • Klimaszenarien als zu abstrakt wahrgenommen • mangelnder Problemdruck
Komplexität	<ul style="list-style-type: none"> • Folgen des Klimawandels räumlich und sektorspezifisch sehr unterschiedlich • Umsetzung von Maßnahmen innerhalb verschiedener konkurrierender Interessen • Koordination verschiedener Politiken aller Ebenen erforderlich • vielfältige Wechselwirkungen / Einordnung in andere Veränderungsprozesse (z.B. demographischer Wandel, wirtschaftlicher Strukturwandel) • unterschiedliche Zeithorizonte der Auswirkungen des Klimawandels und der Planwerke / Konzepte

²³ Neue Risiken zeichnen sich u.a. durch geringe Erfahrungswerte mit ihren Ursachen, komplexen Ursachen-Wirkungsbeziehungen, Langfristigkeit aus (vgl. VAN ASSELT 2007 zit. in GREIVING, FLEISCHHAUER 2008, S. 64)

	<ul style="list-style-type: none"> • Raumplanung findet innerhalb administrativer Grenzen statt, die die Auswirkungen des Klimawandels überschreiten
Schwächen formeller Raumplanungsinstrumente	<ul style="list-style-type: none"> • fehlende Umsetzungsorientierung / kaum Wirkung auf bestehende Strukturen • keine allgemeine Bindungswirkung • inhaltlich eng zusammenhängende Themenbereiche (z.B. Land- und Forstwirtschaft, Naturschutz, Tourismus): kaum Einflussnahme möglich

In Tabelle 6 sind die in der Literatur genannten Herausforderungen, die der Klimawandel für die Raumplanung bedeutet, zusammengefasst. Sie hängen eng miteinander zusammen: Zu der *Unsicherheit*, die die Folgen des Klimawandels betreffen, tritt ein ungenügendes oder nicht ausreichendes *Wissen* von Akteuren: Beides wird häufig von vielen Akteuren als Begründung für ihr Nicht-Handeln herangezogen (vgl. BÖHM 2007, S. 2-3; PÜTZ, KRUSE 2011, S. 73). Eine Umfrage unter Regionalplanungsstellen zeigt allerdings, dass weniger die Unsicherheit als Hindernis gesehen wird, als mangelnde Datengrundlagen, fehlende politische Unterstützung und fehlender Problemdruck (vgl. OVERBECK ET AL. 2009, S. 198). Künftige Klimaänderungen sind aber schon jetzt bei langfristigen Planungsentscheidungen (z.B. Infrastruktur, Forstwirtschaft) mit zu berücksichtigen (vgl. DOSCH ET AL. 2008, S. 381; FRANCK, PEITHMANN 2010, S. 16). Die Unsicherheit und Komplexität des Klimawandels kommt nach BULKELEY und NEWELL einem Paradox gleich: Der Wissensstand über den Klimawandel nimmt weiter zu, aber dennoch sind die Herausforderungen nur schwer zu bewältigen (vgl. BULKELEY, NEWELL 2010, S. 1).

Als Herausforderungen sind nicht nur Problembereiche innerhalb der Rahmenbedingungen zu sehen, sondern auch „systemimmanente Schwächen“ (FRANCK ET AL. 2013, S. 155) des formalrechtlichen Instrumentariums. Hier wird besonders auf die geringen Möglichkeiten verwiesen, bestehende Strukturen zu beeinflussen:

„Die Städte sind gebaut, Straßen und Schienenwege gelegt. Raumordnungspolitik im Bestand ist kaum wirksam. Sie kann sich nur bei Veränderungen einschalten und ihre Wirkungen werden erst im Laufe von Jahrzehnten manifest“ (RITTER 2007, S. 532).

Dabei bildet z.B. der (ältere) Wohngebäudebestand ein sehr wichtiges Energieeinsparpotential (vgl. SRU 2008, S. 129), wie auch der öffentliche Gebäudebestand (z.B. Schulen, Kindertagesstätten) (vgl. LINDNER ET AL. 2009, S. 12).

Die Tatsache, dass neben gesamt-raumplanerischen Maßnahmen zum Klimaschutz auch fachplanerische, ordnungsrechtliche, regulative, finanzielle, investive und informatorische Maßnahmen zählen (vgl. BERGMANN ET AL. 1993 zit. in FLEISCHHAUER ET AL. 2013, S. 91), verdeutlicht, dass die formalrechtliche Raumplanung nur einen Teil dieser Maßnahmen bedienen kann (vgl. FLEISCHHAUER ET AL. 2013, S. 91). Das Beispiel der

Biomasse zeigt (starker Einfluss des EEG), dass hier weniger eine planerische Steuerung, sondern v.a. eine Steuerung über ökonomische Anreize erfolgt (vgl. OVERBECK ET AL. 2008, S. 373). Obwohl für Klimaschutz und Anpassung auch Änderungen der individuellen Verhaltensweisen wichtig sind (vgl. BULKELEY, NEWELL 2010, S. 70; DRACK 2008, S. 432), ist dies ein Bereich, den die Raumplanung kaum zu beeinflussen vermag und wo andere Instrumente gefordert sind.

Als Konsequenzen der ausgeführten Herausforderungen, die den Umgang mit dem Klimawandel in der Raumplanung betreffen, werden die Möglichkeiten des Planungsinstrumentariums diskutiert. Dabei wird darauf verwiesen, dass der Klimawandel keineswegs als ein bloßes Modethema zu sehen ist, denn viele Aspekte, die mit Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel verbunden sind (z.B. Energieeinsparung, kompakte Siedlungsentwicklung, Durchlüftung, Begrünung etc.), sind schon seit längerem v.a. im Zuge der Nachhaltigkeitsdebatte Thema der Raumplanung (vgl. KLEMME 2011, S. 123-124; RIECHEL 2011, S. 194). Ein Beispiel ist die Notwendigkeit zur Reduzierung des Flächenverbrauchs, die nun durch den Klimawandel verstärkt wird (vgl. BMVBS 2011A, S. 6). Dies zeigt, wie wichtig es ist, sich mit den Möglichkeiten des raumplanerischen Instrumentariums auseinanderzusetzen, und Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel aufzugreifen.

In der Diskussion über die Handlungsmöglichkeiten und aus der Konsequenz der genannten Schwächen des formalrechtlichen Instrumentariums, werden auch explizit die *informellen Instrumente der Raumentwicklung* mit in den Blick genommen. Das informelle Instrumentarium wird im Umgang mit dem Klimawandel als wichtig angesehen, um

- eine Einflussnahme auf eng zusammenhängende Themenbereiche ausüben zu können, für die die Raumplanung über keine eindeutigen Kompetenzen verfügt (vgl. BMVBS 2010A, S. 79; BIRKMANN ET AL. 2010, S. 32; SCHLIPF ET AL. 2008, S. 80-81),
- Entwicklungen in bestehenden räumlichen Nutzungsstrukturen zu ermöglichen (vgl. BIRKMANN ET AL. 2013c, S. 165; GREIVING, FLEISCHHAUER 2008, S. 64; FLEISCHHAUER ET AL. 2013, S. 118; OVERBECK ET AL. 2008, S. 370-371)
- über die Beteiligung verschiedenster Akteure die Legitimation von Entscheidungen über Konsensbildung zu erhöhen sowie zu einer Bewusstseins-schaffung und Verbreitung von Informationen beizutragen (vgl. BIRKMANN ET AL. 2010, S. 33; BMVBS, BBSR 2009A, S. 22-23; FROMMER ET AL. 2013, S. 148; FROMMER, SCHLIPF 2008, S. 17; KÜBLER, MERZ 2013, S. 126) und

- dem Problem der räumlichen Abgrenzung der Planung (administrativ) und des räumlichen Bezugs der Auswirkungen des Klimawandels (funktional, Naturräume) zu begegnen (vgl. BAUSCH, HÖRMANN 2013, S. 179; SCHLIPF ET AL. 2008, S. 81)

Einige dieser Punkte sollen im Folgenden näher erläutert werden.

Als Möglichkeit, der Unsicherheit und Komplexität zu begegnen und Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen eine höhere Akzeptanz und Legitimität zu verschaffen, wird die Beteiligung von Öffentlichkeit und Stakeholdern im Planungsprozess gesehen (vgl. ARL 2007, S. 7; BEIRAT FÜR RAUMORDNUNG 2008, S. 3; CARTER ET AL. 2007, S. 141; GREIVING, FLEISCHHAUER 2012, S. 39; KATO, AHERN 2008, S. 545). GREIVING und FLEISCHHAUER sehen aus diesem Grund sogar im Recht keine umfassenden Entscheidungskriterien mehr und stellen den Konsens als Grundlage für Legitimation in den Vordergrund:

„Dabei wird das Grundprinzip einer jeden Entscheidung der Konsens als Grundlage der Legitimation sein müssen, weil das Recht selber keine umfassenden Entscheidungskriterien mehr liefert, sondern auf außerrechtliche Bezüge zur Bewertung von Entscheidungsfolgen angewiesen ist. Der Konsens ist insofern das funktionale Äquivalent rechtlicher Normierung“ (GREIVING, FLEISCHHAUER 2008, S. 65).

Hierbei heben sie besonders die Bedeutung informeller Instrumente hervor, ohne diese jedoch weiter zu spezifizieren:

„Daher gewinnen informelle, auf Kooperation und Verhandlung setzende Formen der Entscheidungsfindung an Bedeutung. Der Diskurs wird dabei zum Instrument der Normgenerierung, weil im Zusammenspiel aller Interessen und Werte eine neue gemeinsame Orientierung, also die Ausrichtung an Gemeinsamkeiten bei Leitbild und Zielen, möglich wird“ (EBD.).

Der Konsens ersetzt dabei als „funktionales Äquivalent“ eine rechtliche Normierung (vgl. HILLER 1993, S. 151 zit. in GREIVING, FLEISCHHAUER 2008, S. 65). Auch OVERBECK ET AL. sehen aufgrund der Unsicherheit und Komplexität des Klimawandels einen „hierarchielosen politisch-gesellschaftlichen Diskurs“ als notwendig an (vgl. EBD. 2008, S. 377). Partizipation und Kommunikation sollen die Akzeptanz für Klimaschutz- und v.a. für Anpassungsmaßnahmen schaffen und so Konflikte minimieren und die Umsetzbarkeit steigern (vgl. ARBTER 2010, S. 123; BAASCH ET AL. 2012, S.199; BAURIEDL 2011, S. 11; BIRKMANN ET AL. 2010, S. 25; HEIMANN 2013, S. 22; UBA 2005, S. 18). Eine Abstimmung verschiedener Akteure wird zudem als erforderlich angesehen, da an der Anpassung an den Klimawandel verschiedenste Akteursgruppen beteiligt sind (vgl. BAURIEDL 2011, S. 11). Neben der Erhöhung der Legitimation und Schaffung von Akzeptanz können Partizipation und Kommunikation darüber hinaus dazu dienen, neue Wissensquellen zu erschließen (vgl. RIECHEL 2011, S. 198). Regionale Akteure können zudem als Multiplikatoren dienen, in dem sie Wissen, das sie in einem Netzwerk erlangt haben, in ihr normales Arbeitsumfeld weitertragen (Wissensdiffusion) (EBD.).

Die Verbindung des Klimawandels mit anderen Veränderungsprozessen, die Einbeziehung von und Abstimmung mit verschiedenen Akteuren und die Notwendigkeit zur Kooperation mit raumrelevanten Fachplanungen und anderen Politikbereichen lässt den Koordinationsaufwand für die Raumplanung steigen (vgl. FROMMER ET AL. 2013, S. 148; KNIELING ET AL. 2011, S. 36). Netzwerke und Kooperationen erscheinen allgemein als Antwort auf zunehmende Komplexität (vgl. HEINRICH 2003 zit. in SCHECK 2012, S. 25). Daher wird ein Instrumentenmix bzw. eine Kombination aus formellen und informellen Instrumenten als erforderlich angesehen, der von dem jeweiligen räumlichen Zusammenhang der Nutzungsstrukturen und weiteren Faktoren abhängig ist (vgl. KNIELING ET AL. 2011, S. 36; FRANCK ET AL. 2013, S. 161; FROMMER ET AL. 2011B, S. 261). Es handelt sich um eine Verzahnung formeller und informeller Instrumente, „um die jeweiligen Stärken abgestimmt nutzen zu können“ (FROMMER ET AL. 2013, S. 148). Dabei ist es wichtig, die Schnittstellen zwischen dem formellen raumordnerischen Instrumentarium und dem informellen Instrumentarium bzw. der Regionalentwicklung zu identifizieren (vgl. BMVBS, BBR 2008A, S. 25; OVERBECK ET AL. 2008, S. 375). Für die regionale Ebene wurden durch das BMVBS für den Klimaschutz und die Anpassung relevante formelle und informelle Instrumente der räumlichen Gesamtplanung und raumrelevanter bzw. -bezogener Fachplanungen identifiziert (vgl. BMVBS 2010A, S. 87). Aufgrund der Auswirkungen des Klimawandels auf die Land- und Forstwirtschaft wird explizit dem ILEK eine wichtige Rolle zugesprochen (vgl. EBD., S. 85).

Informellen Instrumenten wird somit insgesamt eine hohe Bedeutung zugesprochen. Es wird aber auch betont, dass ein regional abgestimmter und langfristiger Ansatz benötigt wird (vgl. FRANCK ET AL. 2013, S. 155) bzw. die Koordination der Instrumente „innerhalb eines konzeptionellen Rahmens“ (KÜBLER, MERZ 2013, S. 141) erforderlich ist. Daher wird eine Koordination bzw. eine Abstimmung im Sinne einer strategischen Planung gefordert (vgl. FRANCK ET AL. 2013, S. 155; FROMMER ET AL. 2013, S. 148; BIRKMANN ET AL. 2010, S. 33; FROMMER 2010A, S. 50). Für den ländlichen Raum benennt Hutter Regionalplan und ILEK als Beispiele für ein formelles und informelles Instrumentarium, dessen Zusammenspiel „ein zentrales Charakteristikum einer strategisch orientierten Regionalentwicklung“ darstelle (HUTTER 2012, S. 34). Vernetzung und Kooperation seien zwar „zentrale soziale Schlüsselprozesse, um umsetzungsfähige Lösungsansätze zum Klimawandel zu entwickeln [...] jedoch keine »Allheilmittel« für den Umgang mit dem Klimawandel. Sie bedürfen klarer Zielvorstellungen, damit Akteure nicht nur koordiniert handeln, sondern auch gemeinsam Ergebnisse produzieren“ (EBD., S. 31). Für strategische Prozesse bzw. regionale Kooperationen wird häufig die Raum- bzw. die Regionalplanung als Motor angesehen (vgl. MITSCHANG 2009, S. 38; s. Kap.

2.2.1). Dies wird bspw. von BUCHHOLZ ET AL. kritisiert, die auf die fehlenden notwendigen Ressourcen der Planung zur Erfüllung dieser Aufgabe hinweisen (vgl. EBD. 2010, S. 93).

Die Diskussion um die Eignung informeller Instrumente im Umgang mit dem Klimawandel führt aber nicht dazu, das formelle Instrumentarium als obsolet anzusehen: z.B. bei Verteilungsfragen und Konfliktregelungen wird es nach wie vor benötigt (vgl. GREIVING, FLEISCHHAUER 2008, S. 63). Zentraler Diskussionspunkt im Zusammenspiel von formellem und informellem Instrumentarium ist, wie viele Kompetenzen den Regionen selbst eingeräumt wird und wie viel Steuerung „von oben“ erfolgt (vgl. FRANCK, PEITHMANN 2010, S. 19). Beispielsweise ist zu diskutieren, ob in Anbetracht der Tatsache, dass Kommunikation und Partizipation sowie informellen Instrumenten eine hohe Bedeutung zugesprochen wird, deren Verbindlichkeit erhöht werden sollte (vgl. ARL 2011B, S. 9). Zwar können durch informelle Instrumente neue Themen schnell aufgegriffen werden (vgl. BAUSCH, HÖRMANN 2013, S. 180), sie könnten aber für diese neuartigen Problemlagen eine Übergangslösung darstellen, bis formelle Instrumente entwickelt oder entsprechende institutionelle Strukturen geschaffen wurden (vgl. ARL 1998, S. 14 zit. in RIECHEL 2011, S. 199; RANNO, FINKE 2008, S. 64). Einige Autoren weisen aber auch auf die Grenzen informeller Instrumente aufgrund mangelnder Effektivität und fehlender Sanktionsmöglichkeiten hin und fordern z.T. eine Stärkung des formalrechtlichen Instrumentariums (vgl. ARL 2011A, S. 3-4; MITSCHANG 2009, S. 38; RITTER 2007, S. 536).

2.3 Diskurse um Klimawandel und Raumplanung / -entwicklung: Ableitung der Bewertungsziele

Dieses Kapitel zeigt, dass informellen Instrumenten in der räumlichen Planung und Entwicklung im Zusammenhang mit dem Klimawandel eine hohe Bedeutung zugesprochen wird. Dies korrespondiert mit den Entwicklungen in der räumlichen Planung in den letzten Jahren / Jahrzehnten: Auch hier wird die Entwicklungs- und Umsetzungsfunktion und die Prozessorientierung der Raumplanung zunehmend betont (vgl. SCHÖNWANDT, JUNG 2006, S. 18). Das gleiche gilt für die Partizipation in Beteiligungsverfahren. VON WINTERFELD hat ‚Governance‘ und ‚Partizipation‘ als zentrale Begrifflichkeiten im Klimawandeldiskurs identifiziert und begründet dies u.a. auch mit der Hoffnung auf eine demokratischere Problembewältigung (vgl. EBD. 2012, S. 2).

Die Diskurse um Klimawandel und räumliche Planung und Entwicklung heben die Wichtigkeit informeller Instrumente hervor. Die Diskussion informeller Instrumente spielt sich v.a. auf zwei Ebenen ab: auf der *inhaltlichen Ebene* geht es darum, die Themen Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel grundsätzlich in informelle Instrumente, z.B. REKs, mit aufzunehmen. Dies ergibt sich zum einen aus der Relevanz dieser Themen für alle Politiken, zum anderen aus dem Umstand, dass hiermit Bereiche in der räumlichen Entwicklung abgedeckt werden, auf die die Raumplanung selbst keinen Einfluss ausüben kann (z.B. im Bestand, Tourismus, Land- und Forstwirtschaft). Auf *prozessualer Ebene* ergibt sich die Bedeutung aus den Beteiligungsprozessen, die ein zentrales Kennzeichen informeller Instrumente, bspw. bei der Erstellung eines REKs, sind. Diese sollen einerseits Entscheidungen, die unter unsicheren und komplexeren Rahmenbedingungen gefällt werden, eine höhere Legitimierung verleihen und Konsensbildungsprozesse ermöglichen. Andererseits können über Beteiligung Informationen verteilt sowie Wissen generiert werden und so die Handlungsfähigkeit in Bezug auf Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel gesteigert werden. Ein dritter Diskurs richtet sich auf die Kooperation formeller und informeller Instrumente in, der zu einer abgestimmten regionalen Strategie für Klimaschutz und Anpassung führen soll.

Tab. 7: Bewertungsziele der Evaluation: Anforderungen an informelle Instrumente vor dem Hintergrund des Klimawandels

Quelle: eigene Darstellung

Inhalt	1.	Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel als Thema der regionalen Kooperation
	2.	Funktion der Beteiligung hinsichtlich der Erhöhung der Legitimation von Entscheidungen, Beitrag zur Informationsverbreitung
Prozess	3.	Kooperation von LEADER / ILE und Regionalplanung im Sinne einer regionalen Strategie

Diese drei Diskurse stellen somit die Anforderungen an das informelle Instrumentarium der räumlichen Planung und Entwicklung dar. Im Rahmen einer Evaluierung sollen die Instrumente der ländlichen Entwicklung, LEADER und ILE, die beispielhaft für informelle Instrumente der regionalen Entwicklung auf Grundlage eines REKs sind, hinsichtlich dieser Anforderungen bewertet werden (s. Tab. 7).

3 Aktuelle Konzeptionen in der räumlichen Planung und Entwicklung vor dem Hintergrund des Klimawandels

„Jedes Jahrzehnt hat seine wissenschaftlichen Leitbegriffe. Die wichtigsten von ihnen sind mehr als bloße Modewörter, sie stehen für besonders prägnante Entwicklungen und Denkweisen eines längeren Zeitraumes“ (DILLER 2002, S. 15)²⁴.

Als Leitbegriffe in der räumlichen Planung und Entwicklung sind derzeit u.a. Governance, Partizipation und strategische Planung anzusehen. Diese drei Begriffe spiegeln sich besonders in der Diskussion um den Klimawandel in der räumlichen Planung und Entwicklung wider: Sie sind zentral für die Anforderungen, die an informelle Instrumente gestellt werden und werden z.T. als Lösung für die Bewältigung der Folgen des Klimawandels gesehen. Auch die ländliche Entwicklung wird häufig unter diesen Schlagwörtern, besonders Governance und Beteiligung, diskutiert. LEADER und ILE werden als Beispiele für Regional Governance gesehen und zeichnen sich als Bottom-up-Ansatz durch eine breite Akteursbeteiligung aus. Dazu befinden sie sich an der Schnittstelle von strategischer und projektorientierter Planung. Diese Begriffe und die dahinterliegenden Theorien bzw. Konzepte bilden daher den Rahmen dieser Untersuchung. Dabei kommt ihnen eine unterschiedliche Funktion zu: Während Regional Governance als übergeordneter Rahmen für die Strukturierung der Analyse herangezogen wird, dienen die hiermit verbundenen Aspekte aus den Bereichen Partizipation und strategischer Planung der Konkretisierung einzelner Aspekte des analytischen Ansatzes und sind grundlegend für die theoretische Fundierung der Bewertungsmaßstäbe.

3.1 Regional Governance

"Governance literature stresses the fact that the governance of a country has to do with more than what happens in its parliament. Many rural development initiatives take place in both the private and voluntary sector, supplementing decisions taken by parliaments and locally elected councils" (THUESEN 2011, S. 577).

Die Beliebtheit vieler Begriffe begründet sich in ihrer Beliebigkeit (z.B. Nachhaltigkeit, vgl. BIRKMANN 2004, S. 21): Dies lässt sich auch für den Begriff ‚Governance‘ konstatieren. STEURER bezeichnet beide Begriffe als „‘conceptual containers‘ for different (of-

²⁴ Diese Aussage trifft DILLER in seiner Dissertation aus dem Jahre 2001 in Bezug auf die Begriffe Kooperation, Netzwerk und Region. Obwohl er viele Aspekte behandelt, die heute unter die Governancediskussion fallen, ordnet er seine Arbeit nicht explizit in die Governanceforschung ein (s. EBD. 2002).

ten conflicting) assumptions, ideologies, and principles“ (2010, S. 33; ähnlich auch BIERMANN 2008, S. 21). Das hängt zum einen mit den verschiedenen disziplinären Kontexten zusammen, in denen Governance verwendet wird: Nach den Anfängen in der Institutionenökonomie und Politikwissenschaften (vgl. u.a. BENZ ET AL. 2007, S. 10-11; GAWRON 2010, S. 14; MAYNTZ 2006, S. 14-15; SCHUPPERT 2008, S. 16), ist Governance mittlerweile auch in den Raumwissenschaften ein gängiges Schlagwort. Zum anderen zeugt auch die Reichweite von Governance von einer gewissen Beliebigkeit: Wird Governance von einigen Autoren lediglich als Begriff verwendet, sprechen andere vom Governance-Ansatz, -Konzept oder von einer Governancetheorie²⁵. STOKER betrachtet Governance dagegen als ein Bezugssystem (*framework*), das nicht der Analyse von Kausalitäten dient, sondern dem Verständnis von Steuerungs- und Regelungsprozessen (vgl. EBD, 1998, S. 18). Ziel des Kapitels ist daher eine kritische Auseinandersetzung mit Governance, v.a. mit dem in der räumlichen Planung und Entwicklung verbreiteten Regional Governance-Ansatz unter besonderer Berücksichtigung der Verwendung im Klimawandeldiskurs, und die Erklärung der Verwendungsweise in der vorliegenden Arbeit - um gleich zu Anfang dem (eventuellen) Verdacht zu begegnen, bloß einer Modeerscheinung zu folgen. Denn wie OFFE treffend beschreibt: „[Der] Verbreitungserfolg des Begriffs kontrastiert mit seinem Informationswert; wenn man „Governance“ sagt, hat man noch nicht viel zum Ausdruck gebracht - gerade wegen der Vielfalt an möglichen Bedeutungen“ (2008, S. 66-67).

3.1.1 Regional Governance in der räumlichen Planung und ländlichen Entwicklung

Wie in vielen anderen Disziplinen, ist der Begriff „Governance“ seit einigen Jahren auch in der räumlichen Planung und Entwicklung angekommen und (fast) nicht mehr weg zu denken. Nach BENZ (2005, S. 404) zielt der Begriff Governance in der räumlichen Planung und Entwicklung auf „Steuerungs- und Koordinationsformen“ in Regionen und städtischen Räumen ab. „Regional Governance“ und „Urban Governance“ sind hierfür die Schlagworte. Längst hat diese Begriffsfamilie aber Zuwachs erhalten durch z.B. „Metropolitan Governance“ (z.B. bei FÜRST 2009; ZIMMERMAN, HEINELT 2012), „Rural Governance“ (z.B. bei CHESHIRE ET AL. 2007; DERICHS 2007; MARSDEN, MURDOCH

²⁵ Die Bezeichnung als Governancetheorie lässt sich in der englischsprachigen Literatur zwar häufig finden, es handelt sich aber vielmehr um Theorieansätze (vgl. PIERRE, PETERS 2000, S. 7) bzw. unterschiedliche und z.T. widersprüchliche Theoriezugänge (vgl. CHHOTRAY, STOKER 2009, S. 26; BENZ 2007, S. 10; BENZ ET AL. 2007, S. 16; BENZ, DOSE 2010, S. 33; PIERRE, PETERS 2000, S. 37).

1998) und „Local Governance“ (z.B. bei HOLTkamp 2007) (vgl. PÜTZ 2004, S. 33; Ergänzungen). Regional Governance ist aber als wichtigster Governancebegriff in räumlichen Zusammenhängen anzusehen (vgl. KILPER 2010, S. 15; PÜTZ 2004, S. 33). Über den Begriff „Rural Governance“ wird explizit eine Verbindung zwischen der Governancediskussion in den Raumwissenschaften und der ländlichen Entwicklung geschaffen. Dennoch soll auf diesen Begriff hier nicht weiter eingegangen werden, da die ländliche (Regional-) Entwicklung über LEADER und ILE als Form von bzw. in Zusammenhang mit Regional Governance gesehen wird (vgl. BÖCHER 2008, S. 386; BÖCHER 2006, S. 131; BÖCHER ET AL. 2008, S. 14-15; DERICHS 2007, S. 64; GIESSEN 2010, S. 3; GRABSKI-KIERON, KÖTTER 2012, S. 92-93; HAHNE 2008, S. 127; MOSE 2010, S. 155; MOSE ET AL. 2014, S. 5; ähnlich TRÄNKNER 2006, S. 214f.).

3.1.1.1 Merkmale und Typen von Regional Governance

Für Regional Governance wie für Governance gibt es weder eine allgemeingültige Definition (vgl. v. BLUMENTHAL 2005, S. 1153; BÖCHER 2008, S. 374; BULKELEY 2009, S. 284; FÜRST 2003, S. 443; LÖB 2006, S. 78; PIERRE, PETERS 2000, S. 7; PÜTZ 2004, S. 33, 2007, S. 23) noch erscheint für Governance allgemein eine Übersetzung möglich (z.B. Regieren oder Steuern), da sie die Bedeutung des Begriffs nicht vollständig erfassen könnte (vgl. v. BLUMENTHAL 2005, S. 1151). Nach der COMMISSION ON GLOBAL GOVERNANCE wird **Governance** definiert als

„[...] die Gesamtheit der zahlreichen Wege, auf denen Individuen sowie öffentliche und private Institutionen ihre gemeinsamen Angelegenheiten regeln. Es handelt sich um einen kontinuierlichen Prozess, durch den kontroverse oder unterschiedliche Interessen ausgeglichen werden und kooperatives Handeln initiiert werden kann. Der Begriff umfaßt sowohl formelle Institutionen und mit Durchsetzungsmacht versehene Herrschaftssysteme als auch informelle Regelungen, die von Menschen und Institutionen vereinbart oder als im eigenen Interesse angesehen werden“ (COMMISSION ON GLOBAL GOVERNANCE 1995 zit. in: FÜRST 2001, S. 370).

Diese Definition betont als Aspekte von Governance sowohl die Prozesse des Interessenausgleichs verschiedener Akteure als auch formelle und informelle Institutionen, die diesem Prozess zugrunde liegen. Der Governancebegriff ist daher durch eine „Doppelnatur“ (MAYNTZ 2006, S. 15) gekennzeichnet, da er seinen Blick sowohl auf den (Regelungs-) Prozess legt, als auch auf die diesen Prozess umgebende und das Handeln beeinflussende Struktur (vgl. EBD.; auch BENZ, DOSE 2010, S. 17; PIERRE, PETERS 2000, S. 11 ff.)²⁶. Diese Unterscheidung weist somit eine Nähe zu anderen Ansätzen auf, die in der Governanceforschung herangezogen werden, wie zum Beispiel der

²⁶ Auf die Struktur- und Prozessdimension geht besonders KOOIMAN (1993, 2000, 2006) ein, der das Konzept der Interaktionen / Interdependenzen zwischen öffentlichen und privaten Akteuren in den Mittelpunkt seiner Überlegungen stellt (vgl. EBD. 2000, S. 142).

Akteurzentrierte Institutionalismus (s. Kap. 3.1.2). In dem Zusammenwirken von Struktur und Prozess kann die Unterscheidung verschiedener Governancemodi (z.B. Hierarchie, Markt, Netzwerke, vgl. BENZ 2007, KOOIMAN 2000, PIERRE, PETERS 2000) vorgenommen werden, die sich aber in der Realität nicht in Reinform finden lassen („mixed modes of governance“) (vgl. KOOIMAN 2000, S. 138-139).

Mit **Regional Governance** werden nach FÜRST (2010A, S. 49) „Formen der regionalen Selbststeuerung in Reaktion auf Defizite sowie als Ergänzung der marktwirtschaftlichen und der staatlichen Steuerung“ bezeichnet. Die Diskussion um Regional Governance nahm ihren Anfang in England (vgl. FALLER 2011, S. 34; FÜRST 2010A, S. 49, 2007, S. 353-354, 2003B, S. 442) und ist seit über einem Jahrzehnt²⁷ auch in Deutschland angekommen. Dies wird als Konsequenz der immer wichtiger werdenden Bedeutung der regionalen Ebene gesehen. Als Gründe hierfür werden u.a. Globalisierung, Dezentralisierung öffentlicher Aufgaben, Rückgang der Bedeutung des Staates als Steuerungsebene, zunehmende Komplexität von Aufgaben etc. genannt (vgl. BENZ, FÜRST 2003A, S. 18-23; DANIELZYK 1999, S. 577-579; FÜRST 2011A, S. 56; MÜLLER 2004, S. 162; LÖB 2006, S. 15ff). Maßgeblich zur Aufwertung der Ebene „Region“ hat auch die regionale Strukturpolitik und die Politik zur Entwicklung ländlicher Räume der EU beigetragen, deren Förderprogramme häufig auf der regionalen Ebene angesiedelt sind (vgl. MOSE 2010, S. 155; DILLER 2012A, S. 11).

Als wesentliches Merkmal von Regional Governance kann die räumliche Komponente ausgemacht werden. Dabei ist es ein Charakteristikum dieser Konzeption, dass sie Steuerungs- / Regelungssysteme auch außerhalb administrativer Grenzen in den Blick nimmt (vgl. v. BLUMENTHAL 2005, S. 1158). Es können daher ein territorialer (z.B. politisch-administrative Region) und ein funktionaler Ansatz unterschieden werden (vgl. FÜRST 2010A, S. 51; FÜRST 2003, S. 442). Beim funktionalen Ansatz bildet nicht eine auf administrativer Grundlage festgelegte Region die gemeinsame Handlungsbasis der Akteure, sondern ein konkretes Problem (vgl. EBD. 2003, S. 442). Die räumliche Abgrenzung ist also das Resultat der Kooperation, nicht die Voraussetzung.

Die *Verwendungsweise* von Governance ist sehr unterschiedlich: Grundsätzlich können eine analytische und normative bzw. enge und weite Verwendungsweise unterschieden werden. Diese Trennung wird im praktischen Gebrauch aber nicht immer vorgenommen (vgl. ALTROCK ET AL. 2004, S. 190; MAYNTZ 2004, S. 66). Abbildung 3 stellt

²⁷ Während Veröffentlichungen Ende der 1990er Jahre zu den Themen regionale Kooperationen (z.B. ADAM, WIECHMANN 1999; DANIELZYK 1999; MÜLLER 1999) noch ohne den Begriff Regional Governance auskamen, ist er heute bei diesen Thematiken weit verbreitet. DERICHS (2007, S. 65) und PÜTZ (2004, S. 33) datieren die Einführung des Begriffs in Deutschland auf den Anfang der 2000er Jahre.

diese Unterscheidung schematisch dar. Die Bedeutung der hierarchischen Steuerung ist dabei entscheidend: Während die weite Begriffsauslegung hierarchische Steuerung als Governanceform ausdrücklich berücksichtigt, wird sie in der engen Sichtweise abgelehnt oder nur im Zusammenspiel mit anderen Steuerungs- / Regelungsformen berücksichtigt (vgl. BRÖCHLER, V. BLUMENTHAL 2006, S. 11). Der Rolle des Staates bzw. von Government kommt in den unterschiedlichen Verwendungsweisen von Governance daher eine zentrale Bedeutung zu: Nach PIERRE UND PETERS (2000, S. 29) ist sie als eine Variable anzusehen. Statt von einer Dichotomie der Governancekonzepte sprechen sie von einem Kontinuum aus eher staats- und eher gesellschaftszentrierten Konzepten. Die analytische Sichtweise sieht den Perspektivenwandel daher als Vorteil des weiten bzw. analytischen Governancebegriffs (vgl. BENZ ET AL. 2007, S. 17-18; SCHUPPERT 2011, S. 15-16, 33; V. BLUMENTHAL 2005, S. 1166). Es geht um einen veränderten Blick auf die Realität, da nicht alle ‚Veränderungen‘ als völlig neue Entwicklungen anzusehen sind (vgl. BENZ 2005, S. 405).

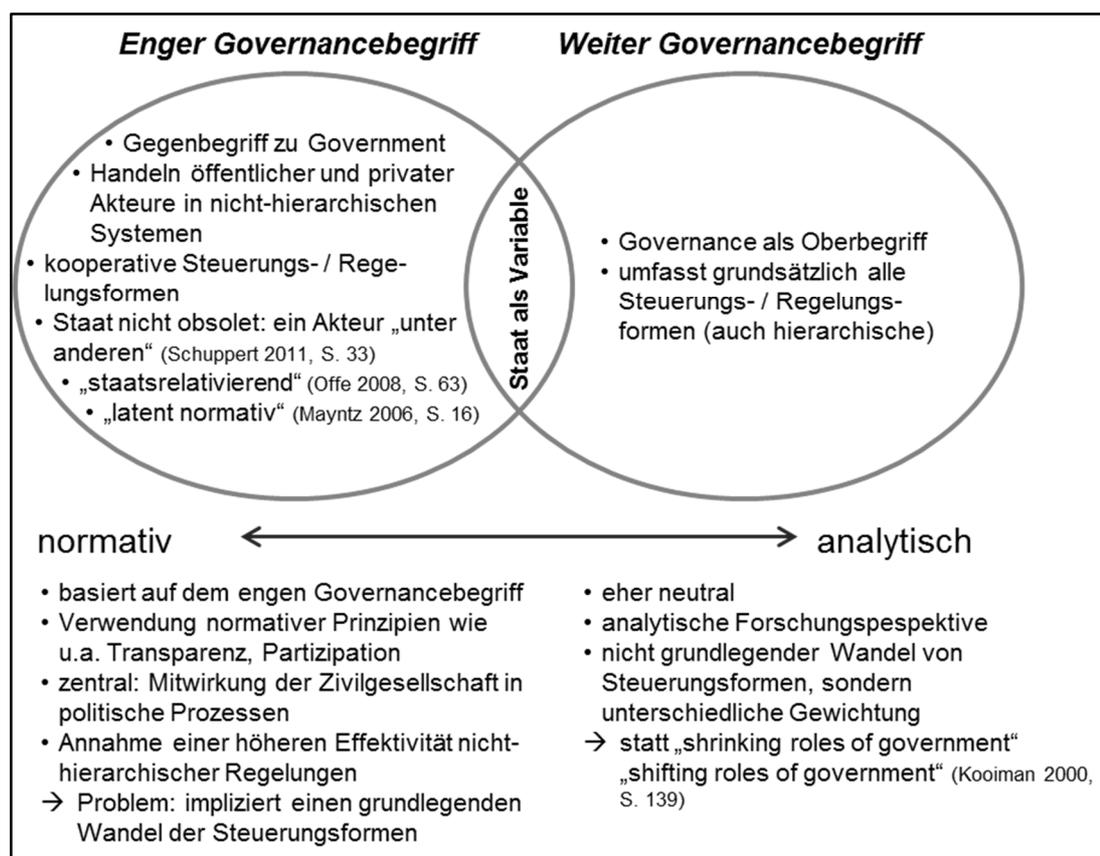


Abb. 3: Kontinuum des Governancebegriffes

Quelle: eigene Darstellung nach BENZ 2004, S. 17-18; BENZ ET AL. 2007, S. 13; V. BLUMENTHAL 2005, S. 1163-1167; GAILING, KILPER 2010, S. 94; MAYNTZ 2008, S. 45-46, 2006, S. 15-16, 2004, S. 66; OFFE 2008, S. 63; SCHUPPERT 2008, S. 24, 2011, S. 33; STOKER 1998, S. 17

Bei Regional Governance sind Parallelen zu den Diskussionen um den engen und weiten sowie normativen und analytischen Governancebegriff zu erkennen: So gibt

es diesbezüglich unterschiedliche Ansichten u.a. darüber, ob mit Regional Governance alle Koordinationsmechanismen (Hierarchie, Markt, Netzwerke) bezeichnet werden, oder ob der Begriff nur Netzwerke umfasst, neben der Planungs- auch die Umsetzungsphase einschließt und welcher Akteurskreis beteiligt ist (vgl. FÜRST 2007, S. 356). Daher wird von GAWRON auch die „[...] ungenügende[n] theoretische[n] Durchdringung des Begriffes in der Raum- und Planungswissenschaft [...]“ kritisiert (EBD. 2010, S. 2). Der von FÜRST identifizierte Konsens in den Raumwissenschaften folgt eher einer engen Begriffsauslegung

„von Regional Governance dann zu sprechen, wenn man sich auf netzwerkartige regionale Formen der Selbststeuerung unter Einbezug von Akteuren aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und/oder Zivilgesellschaft bezieht und sich der Prozess darauf richtet, die regionale Entwicklung voranzutreiben“ (2007, S. 356).

Für Regional Governance können ausgehend von dieser Definition und weiterer Ergänzungen Merkmale identifiziert werden, die Abbildung 4 zeigt. Aus dieser Abbildung wird die häufig vorgenommene enge Begriffsauslegung und normative Akzentuierung deutlich: Denn auch wenn eine analytische Verwendung möglich ist (vgl. BENZ, FÜRST 2003A, S. 12; BÖCHER 2008, S. 374), überwiegt häufig ein normatives Verständnis (sowohl explizit als auch implizit) bzw. eine enge Begriffsauslegung (vgl. BÖCHER 2006, S. 119, 125; FÜRST 2003, S. 443; vgl. LÖB 2006, S. 78). Sowohl normative als auch die analytische Interpretation können aber wichtig sein, um regionale Steuerungs- / Regelungsstrukturen analysieren und anschließend bewerten zu können (vgl. PÜTZ 2007, S. 23; ähnlich BENZ, FÜRST 2003A, S. 14; BENZ 2005, S. 407; NUISSL UND HEINRICHS 2011, S.55). SCHUPPERT (2011, S. 45) beschreibt dieses Verhältnis als „Zwei-Takt-Verfahren“. In diesem werden in einem ersten Schritt die vorliegenden Governancestrukturen analysiert, und erst in einem zweiten Schritt erfolgt die Bewertung unter normativen Gesichtspunkten. BENZ betont allerdings, dass die Bewertung nicht ein „vorgefertigtes normatives Konzept von *good governance* [erfordert], sondern Kriterien, nach denen die Effektivität oder Effizienz von Problemlösungen wie auch die demokratische Legitimation der Politik bestimmt werden können“ (EBD. 2004, S. 27; Hervorhebung im Original). Dennoch lässt sich aber eine enge Auslegung des Governancebegriffes bzw. die Verwendung in Form eines praktischen Konzepts häufig finden (s. z.B. DANGSCHAT ET AL. 2008, S. 359-361; DILLER, HEBECKER 2008, S. 68-69; MKRO 2014, S. 5; ML 2013, S. 109). Neben der hier vorgenommenen Differenzierung zwischen engen und weiten bzw. normativen und analytischen Begriff existieren weitere Unterscheidungen, auf die hier verwiesen wird²⁸. Nach LÖB sollte Regional Governance im Sinne

²⁸ Z.B. nehmen BENZ (2007, S. 9), BENZ ET AL. (2007, S. 14-15) die Unterscheidung von deskriptivem Begriff, normativem Begriff und praktischem Konzept vor.

einer Steuerungsform eher als „Oberbegriff für eine große Bandbreite regional getragener Formen der Entwicklungssteuerung“ angesehen werden (EBD. 2006, S. 78).



Abb. 4: Merkmale von Regional Governance

Quelle: BENZ 2005, S. 406-407; BENZ, FÜRST 2003A, S. 24-26; BÖCHER 2008, S. 377; FÜRST 2001, S. 372, 377, 2003B, S. 443-444, 2010A, S. 50-54

Typen von Regional Governance

Auch wenn aufgrund der unterschiedlichen Strukturen in den Regionen die Merkmale von Regional Governance unterschiedlich ausgeprägt sind (vgl. BENZ, FÜRST 2003A, S. 26; EBD. 2003B, S. 193; FÜRST 2001, S. 375; FÜRST 2003, S. 444; SEIMETZ 2009, S. 6; TRÄNKNER 2006, S. 219), gibt es Ansätze zur Bildung von Regional Governance-Typen. Zwei Punkte sind hier besonders wichtig bzw. werden diskutiert: Dies ist zum einen der Grad der Institutionalisierung der Kooperation selbst und zum anderen die externen Rahmenbedingungen, in die die regionale Kooperation eingebettet ist. Nach DILLER prägen diese Rahmenbedingungen „die Entstehung, den Verlauf, die Ergebnisse und die Leistungsfähigkeit von Regional Governance entscheidend [...]“ (2006, S. 273)²⁹. Hieran schließt sich auch die Frage nach der Kombination unterschiedlicher Steuerungsmodi an. Nach Benz treten Regulierung und Zwang eher in den Hintergrund (vgl. BENZ 2005, S. 406). Auf Seite der staatlichen Anreizsteuerung unterscheidet DILLER hier „harte institutionelle Ressourcen“ (Recht und Geld) und „weiche akteursbezogene Ressourcen“ (Information, Kooperation, Moderation etc.) (vgl. 2006, S. 275). Da

²⁹ Nach Pütz ist jedoch „[d]ie konkrete Ausprägung von Regional Governance [...] demnach weniger von institutionellen Rahmenbedingungen abhängig als vielmehr von Akteuren und Akteurkonstellationen“ (PÜTZ 2004, S. 164).

die institutionellen Ressourcen einer externen Kontrolle unterliegen, besteht eine Abhängigkeit der Regionen von den externen Rahmenbedingungen (vgl. FÜRST 2007, S. 361; ähnlich FÜRST ET AL. 2005, S. 331). FÜRST bezeichnet dieses auch als „Hierarchische Kontext-Steuerung“ (vgl. 2010A, S. 57). Neben dem Grad der Abhängigkeit von externen Rahmenbedingungen ist auch die interne Institutionalisierung wichtig. FÜRST ET AL. sprechen bei Regional Governance von einer eher schwachen Institutionalisierung (vgl. 2005, S. 331), wobei für die Handlungsfähigkeit aber ein „Mindestmaß“ benötigt wird (z.B. organisatorischer Kern, Ressourcen) (vgl. FÜRST 2003, S. 445).

Die Ausprägungen dieser Faktoren lassen sich zu Regional Governance-Typen zusammenfassen. DILLER schlägt zur Systematisierung eine breite Definition von Regional Governance vor, nach der er unter Rückgriff auf KOOIMAN (2003, S. 77 ff.) und ZÜRN (1998) drei analytische Formen unterscheidet (vgl. DILLER 2006, S. 273)³⁰:

- Governance without Government (regionale Selbststeuerung),
- Governance with Government (horizontale Kooperation),
- Governance by Government (top-down Vorgaben).

Regionale Kooperationen lassen sich eher selten dem Typus „Governance without Governance“ zuordnen, da nur die wenigsten wirklich „von unten initiiert“ (Bottom-up), sondern überwiegend das Ergebnis staatlicher Anreize sind (vgl. DILLER 2006, S.274; ähnlich FRANK, CORMONT 2011, S. 4). Dies trifft auch auf die Regionalen Kooperationen der ländlichen Entwicklung LEADER und ILE zu, die Gegenstand dieser Arbeit sind. Die Anreize für Kooperationen in ländlichen Räumen können häufig extern verortet werden (z.B. Förderprogramme) (vgl. DANIELZYK 1999, S. 583). Gailing und Kilper sprechen daher von „[...] einem geradezu prototypischen Beispiel einer „Governance with Government““ (GAILING, KILPER 2010, S. 103). Neben der o.g. Systematisierung von DILLER (2006) existieren weitere Unterscheidungen von Regional Governance-Typen, wie von BENZ UND FÜRST (vgl. 2003A, S. 26-34).

3.1.1.2 Governance im Klimadiskurs

Der Klimadiskurs in der räumlichen Planung und Entwicklung wird sehr stark auf Governance bzw. Regional Governance bezogen. Dies zeigt sich häufig in der Beteiligung als z.B. Climate Governance und in einigen Fällen in der Herausarbeitung klimabezogener Governancekonzepte (s.u.). Auch hier zeigt sich eine unterschiedliche

³⁰ Ähnlich unterscheiden BEHRENS ET AL. (2002, S. 40) die Initiierung regionaler Kooperationen in Bottom-up, Top-Down und Down-up (zit. in FÜRST ET AL. 2005, S. 335).

Verwendungsweise von Governance: Während Forschungsprojekte bestehen, die Governance allgemein als theoretischen Ansatz zur Analyse von Prozessen zur Anpassung an den Klimawandel verwenden (s. z.B. BIRK ET AL. 2011; GRUNOW ET AL. 2011; KESKITALO 2010A) wird Governance in anderen Fällen als Lösungsansatz (d.h. praktisches Konzept) v.a. für die Anpassung gesehen (s. z.B. BMVBS 2011c; SINNING, STEIL 2011; OVERBECK ET AL. 2008). Im ersten Fall geht es z.B. um die Analyse der sektor- und ebenenübergreifenden Koordination verschiedener Politiken zur Anpassung an den Klimawandel (vgl. KESKITALO 2010B, S. 3), im zweiten Fall dagegen wird Governance als Kooperation bzw. hierarchieloser Diskurs von öffentlichen und privaten Akteuren als Handlungsansatz angesehen (vgl. BMVBS 2011c, S. 10; SINNING, STEIL 2011, S. 22-23; OVERBECK ET AL. 2008, S. 37) und werden informelle Instrumente mit Governance gleichgesetzt (vgl. BMVBS, BBSR 2009A, S. 22-23). PÜTZ und KRUSE (2011, S. 64) nennen Environmental Governance, Climate (Adaptation) Governance und Regional Governance als wichtigste Ansätze im Zusammenhang mit Klimawandel und Raumplanung. An dieser Stelle sollen daher die wesentlichsten Aussagen dieser Governanceansätze in der klimabezogenen räumlichen Planung und Entwicklung zusammengefasst und auf ihre Relevanz hin für die vorliegende Arbeit überprüft werden.

Die meisten der hier betrachteten Ansätze entstammen der Publikation FROMMER ET AL. 2011C, in der verschiedene Ansätze zur Climate Adaptation Governance näher beleuchtet werden (s. Tab. 8). Generell kann festgestellt werden, dass die Ansätze meistens eine große Nähe zu Regional Governance aufweisen bzw. auf diesem Konzept basieren. Den Ansätzen liegen aber unterschiedliche Governanceverständnisse zugrunde, die nicht immer explizit kenntlich gemacht werden. Gleichwohl sind aber alle betrachteten Governanceansätze mehr oder weniger konkrete praktische Konzepte, die normative Elemente aufweisen (nur in einem Fall wird ausdrücklich ein normativer Ansatz verfolgt, s. PÜTZ, KRUSE 2011). Als praktische Konzepte enthalten diese Ansätze eher generelle Handlungsempfehlungen, da die Strukturen und Voraussetzungen sowie die regionale Betroffenheit durch den Klimawandel von Region zu Region unterschiedlich sind. Es kann hinterfragt werden, ob die Bezeichnung z.B. als „Climate Adaptation Governance“ einen Mehrwert hat. Die Governanceperspektive ist hilfreich bei der Betrachtung der Steuerungs- / Regelungssysteme vor Ort und der Frage, wie diese für die Anpassung an den Klimawandel bzw. auch den Klimaschutz genutzt bzw. zusammengeführt werden können. Die Verwendung eines spezifischen (englischsprachigen) Terminus erweckt aber den Eindruck eines bestehenden, allgemeingültigen Konzepts zur Anpassung an den Klimawandel bzw. zum Klimaschutz. Zudem tragen diese Ansätze unterschiedliche Titel, verweisen aber auf

Tab. 8: Gegenüberstellung ausgewählter klimabezogener Governanceansätze

Quelle: eigene Darstellung

Ansatz	Climate Adaptation Governance		(Good) Governance der Klimaanpassung	regionale Klimawandel-Governance	Climate Change Governance		Risk Governance
Autoren	Frommer, Buchholz, Böhm 2011a, b*	Knieling, Fröhlich, Schaerffer 2011*	Pütz, Kruse 2011*	Baasch et al. 2012	Birkmann et al. 2013b	Knieling 2009	Wanczura 2010
Beschreibung	<ul style="list-style-type: none"> • auch: Climate Change Adaptation Governance, Regional Climate Adaptation Governance • Fokussierung auf Anpassung an den KW • Anpassung als komplexes Problem • unterschiedliche räumliche Betroffenheit und Wahrnehmung • Instrumentenmix notwendig (kontextabhängig) 	<ul style="list-style-type: none"> • Anpassungsstrategien Bestandteil von Climate Adaptation Governance (CAG) • Kennzeichen: <ul style="list-style-type: none"> - naturraumbezogen - ebenen- und sektorenübergreifend - Regelungs- / Instrumentenmix - stabile Strukturen mit nötiger Flexibilität 	<ul style="list-style-type: none"> • regional unterschiedliche Governance der Anpassung an den Klimawandel • Kriterien für eine „Good Governance der Klimaanpassung“: <ul style="list-style-type: none"> - Klimaanpassung als Ziel und Aufgabe der Raumplanung - Einbindung in übergeordnete Strategie - Zusammenarbeit mit Fachplanungen - Verbesserung der Wirksamkeit formaler Raumplanung - Koordination lokaler Aktivitäten - Flexibilität - Verbesserung der lokalen Wissensbasis 	<ul style="list-style-type: none"> • keine einheitliche „regionale Governance“ • Kennzeichen: <ul style="list-style-type: none"> - sektorübergreifend - Mix verschiedener Governancemodi (Hierarchien, Netzwerk) je nach Region - Akteursbeteiligung (Generierung und Austausch von Wissen, Schaffung von Akzeptanz) • Formulierung genereller Empfehlungen zum Vorgehen 	<ul style="list-style-type: none"> • Diskursprozesse zwischen verschiedenen Akteuren zur Entwicklung von Anpassungsstrategien und Entscheidung über Maßnahmen • Entscheidung über Risiken = Wertentscheidungen • Abgrenzung von Governance zu Government • Verbindung zu Risk Governance • Unterschiedliche Governancearrangements, abhängig von der Ausrichtung (z.B. „Climate Mitigation Governance“, „Climate Adaptation Governance“) 	<ul style="list-style-type: none"> • Basis: Regional / Metropolitan Governance • Verknüpfung des Klimaschutzes mit dem Governancekonzept • räumlicher Hintergrund: Metropolregionen • konkrete Ausgestaltung regional unterschiedlich • allg. Empfehlungen: <ul style="list-style-type: none"> - „form follows function“ - langfristige Perspektive, strategische Ausrichtung - Flexibilität - Einbindung regionaler Akteure - Schaffung transparenter und politisch legitimer Strukturen - Evaluation 	<ul style="list-style-type: none"> • Basis: Regional Governance • 4 Bestandteile: <ul style="list-style-type: none"> - Risikoabschätzung - Risikobewertung - Risikomanagement - Risikokommunikation • Steuerung / Regelung eines Risikothemas in einem kooperativen Diskurs
Einordnung	<ul style="list-style-type: none"> • weites Governanceverständnis liegt zugrunde, der Ansatz zeigt Elemente eines praktischen Konzepts • Bezug auf Regional Governance 	<ul style="list-style-type: none"> • Beschreibung verschiedener Governanceansätze und Bewertung ihrer Relevanz für CAG • Parallelen zu bestehenden Konzepten benannt 	<ul style="list-style-type: none"> • normativer Ansatz • Kriterien basieren auf empirischen Erkenntnissen • auf den Bereich der Raumplanung fokussiert 	<ul style="list-style-type: none"> • praktisches Konzept • hoher Stellenwert der Akteursbeteiligung (latent normativ) 	<ul style="list-style-type: none"> • hoher Stellenwert der Akteursbeteiligung zur Schaffung von Akzeptanz • stark normativ 	<ul style="list-style-type: none"> • praktisches Konzept, sehr allgemein gehalten • zwar auf Metropolregionen ausgelegt, Empfehlungen können aber für alle Regionen gelten 	<ul style="list-style-type: none"> • Risk Governance nicht nur auf Klimarisiken und Raumplanung beschränkt • praktisches Konzept mit normativen Komponenten

* Diese Ansätze entstammen der Publikation Frommer et al. (2011c). Das Sammelwerk hatte zum Ziel verschiedene Ansätze einer „Climate Adaptation Governance“ vorzustellen.

ähnliche Sachverhalte. Hier sollte man sich eher auf die Stärke von Governance als analytische Perspektive zurückbesinnen. Diese sollte genutzt werden, um unter den Anforderungen des Klimawandels die bestehenden Steuerungs- und Regelungssysteme hinsichtlich der Möglichkeiten für Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel zu untersuchen. Das in dieser Arbeit verfolgte Verständnis von Governance ist ein analytisches, daher sind diese eher praktisch-normativ ausgerichteten Ansätze als Forschungsperspektiven nicht geeignet. Diese Ansätze sind für das Erkenntnisinteresse aber insofern hilfreich, dass sie die im Zusammenhang mit dem Klimawandel formulierten Ansprüche an die räumliche Planung und Entwicklung stützen (s. Kap. 2.2) und offene Punkte deutlich machen. Diese können zusammengefasst werden als:

- regionale Unterschiede in der räumlichen Betroffenheit durch den Klimawandel, der Bewältigungskapazitäten und der Regelungs- / Steuerungssysteme
- Handeln unter Unsicherheit
- Akteursbeteiligung zur Generierung oder Verbreitung von Wissen sowie zur Schaffung von Akzeptanz

3.1.2 Regional Governance als Analyseansatz

Als Analyseansatz werden bei Regional Governance die Merkmale einbezogen, die sich v.a. auf Aspekte der Organisations- und Steuerungsstruktur, Bedeutung von Akteuren, Kombination von Steuerungsmodi und Rahmenbedingungen der Kooperation richten (vgl. BENZ, FÜRST 2003A, S. 13-14). Unter Einbezug dieser Aspekte haben BENZ und FÜRST Faktoren herausgearbeitet, die eine regionale Kooperation „[...] grundsätzlich positiv oder negativ beeinflussen können“ (EBD., S. 35). Sie betonen, dass es nur um Einflussfaktoren auf Kooperationen geht und nicht auf deren Ergebnis (vgl. EBD., S. 35-36). Ihr analytischer Ansatz fußt auf dem akteurzentrierten Institutionalismus von MAYNTZ und SCHARPF, nach deren Kategorisierung sie die Faktoren unter Einbezug von Literatur z.B. zu regionaler Kooperation, Regionalmanagement, Netzwerken etc. inhaltlich bestimmt haben (vgl. EBD., S. 36-37)³¹. MAYNTZ und SCHARPF haben akteurs- und institutionenzentrierte Herangehensweisen in einem Ansatz zusammengeführt (vgl. SCHARPF 2000, S. 73)

³¹ (Regional) Governance ist nicht mit bestimmten Theorien oder Ansätzen verbunden (vgl. BENZ, FÜRST 2003A, S. 14; v. BLUMENTHAL 2005, S. 1166). Eine besondere Nähe weist jedoch die analytische Verwendungsweise von Governance und der akteurzentrierte Institutionalismus auf (vgl. v. BLUMENTHAL 2005, S. 1173).

„[...] der politische Prozesse erfassen kann, die von den Interaktionen individueller und korporativer Akteure mit spezifischen Fähigkeiten und spezifischen kognitiven und normativen Orientierungen bestimmt werden und die in einem gegebenen institutionellen Kontext und unter gegebenen Bedingungen in der Politik-Umwelt stattfinden“ (EBD., S. 75).

Dem Ansatz liegt daher eine „Doppelperspektive auf Akteure und Institutionen“ (MAYNTZ, SCHARPF 1995, S. 46) zugrunde. Der akteurzentrierte Institutionalismus ist nicht als Theorie im Sinne eines Erklärungsmodells zu sehen, sondern als analytischer Ansatz (Forschungsheuristik) (vgl. EBD., S. 39; SCHARPF 2000, S. 75)³². Der akteurzentrierte Institutionalismus lässt Parallelen zum Governancebegriff / -ansatz erkennen (z.B. unterschiedliche theoretische Zugänge, Berücksichtigung von Struktur- und Prozessdimension, Fokus auf die Interaktion von Akteuren). Daher stellt er nach VON BLUMENTHAL auch eine Konkretisierung von Governance dar, v.a. weil bei dem analytischen Governanceverständnis eine geringe Einheitlichkeit und Präzision von Begrifflichkeiten vorherrscht (vgl. 2005, S. 1174-1175). Aufgrund der Komplexität des akteurzentrierten Institutionalismus können jedoch nicht alle Aspekte dieses Ansatzes in einem Forschungsdesign bzw. einer empirischen Untersuchung berücksichtigt werden (vgl. MAYNTZ, SCHARPF 1995, S. 66-67). Zur Auflösung dieses ‚Komplexitätsdilemmas‘, ist es daher ratsam, sich nur mit Ausschnitten des analytischen Ansatzes zu beschäftigen (vgl. EBD., S. 67)³³. Die Weiterentwicklung zum analytischen Regional Governance-Ansatz von BENZ und FÜRST bietet für die vorliegende Forschungsfrage bereits eine erste Operationalisierung: Als Vorteil wird gesehen, dass das Grundgerüst des akteurzentrierten Institutionalismus auf regionale Kooperationen übertragen und hinsichtlich ihrer Spezifika modifiziert und ergänzt worden ist. Dies betrifft v.a. die Berücksichtigung kollektiver Akteure, die laut BENZ und FÜRST (2003A, S. 40) regionale Kooperationen prägen, sowie der Einbezug organisatorischer Charakteristika, regionaler Kooperationen und die Ausdifferenzierung des institutionellen Kontextes (externe und interne Rahmenbedingungen). Darüber hinaus ist der akteurzentrierte Institutionalismus auf die „Erklärung vergangener politischer Entscheidungen“ ausgelegt (SCHARPF 2000, S. 84-85). In dieser Untersuchung geht es jedoch darum, wie sich Einflussfaktoren auf regionale Kooperationen im Hinblick auf die Anforderungen von

³² Für weitergehende Informationen wird auf die Veröffentlichungen MAYNTZ, SCHARPF (1995) und SCHARPF (2000) sowie NEUBERT 2015 verwiesen. Zentrale Begriffe werden in Anlage 11.2 erläutert

³³ Aufgrund der verschiedenen Operationalisierungsmöglichkeiten wird der Ansatz in Untersuchungen unterschiedlich verwendet, wie DILLER (2013, S. 9) in einem Aufsatz für die räumliche Planung und Entwicklung zeigt. Viele Arbeiten verwenden den Ansatz lediglich zur Strukturierung und neigen zu einer unpräzisen Verwendung von Begrifflichkeiten.

Klimaschutz und Anpassung ausprägen. Die von BENZ und FÜRST ermittelten Faktoren und ihre inhaltliche Bestimmung zeigt Abbildung 5.

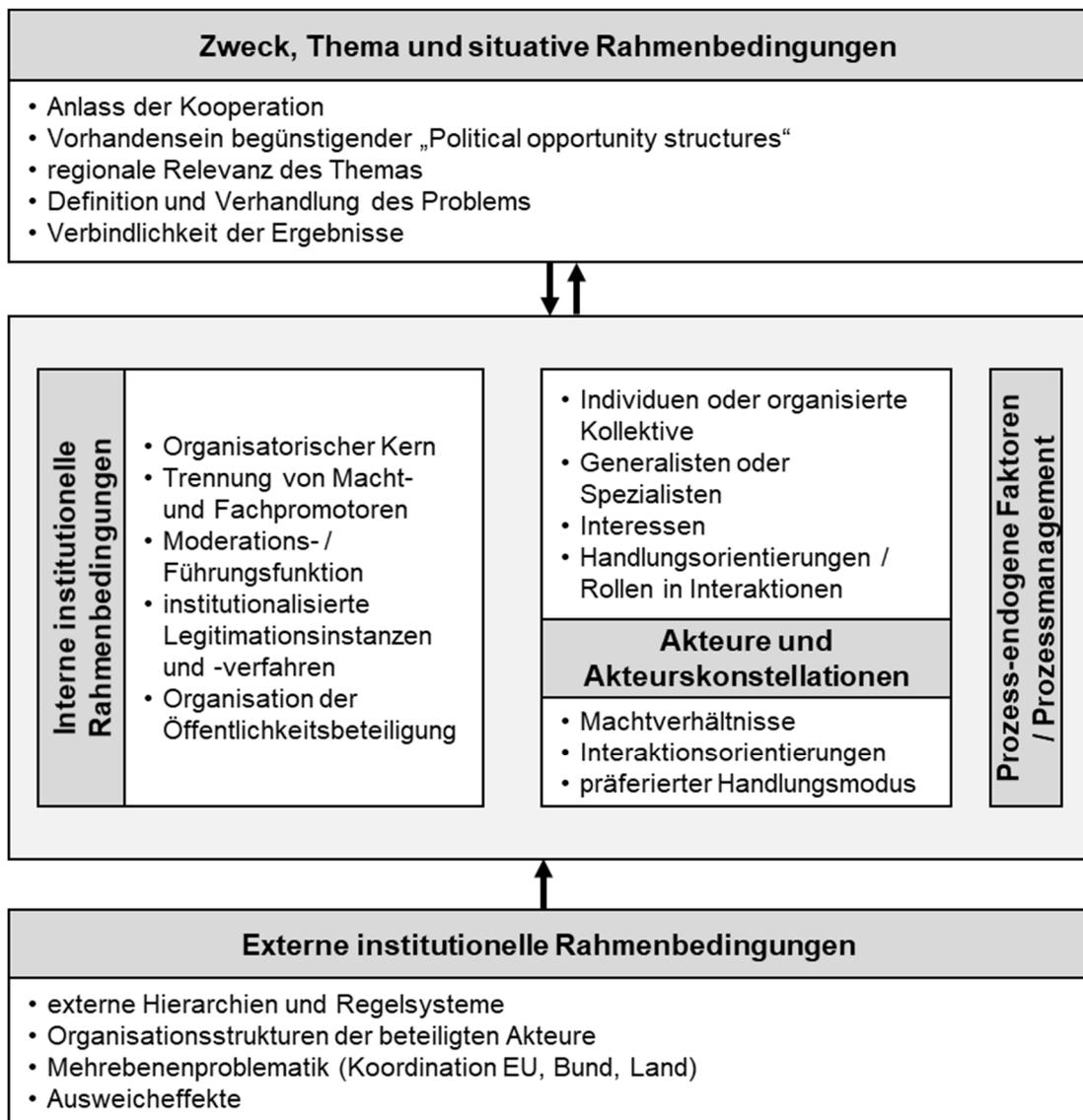


Abb. 5: Faktoren des analytischen Regional Governanceansatzes

Quelle: eigene Darstellung nach BENZ, FÜRST 2003A, S. 38-46

Als Schwachpunkte des analytischen Regional Governanceansatzes werden gesehen, dass auch er relativ breit bleibt und eine weitere Präzisierung auf die Fragestellung hin erfordert. Gleichzeitig ist die Offenheit ein Vorteil, um eine Anpassung auf die eigene Fragestellung vorzunehmen. Wie beim akteurzentrierten Institutionalismus werden persönlichkeitsgebundene Faktoren eher ausgeklammert. Ein weiterer Schwachpunkt wird in dem Faktorenbündel prozess-endogene Faktoren / Prozessmanagement gesehen, was relativ wagen bleibt und Überschneidungen mit anderen Faktoren zulässt (z.B. Organisation der Öffentlichkeitsbeteiligung bei den internen Rahmenbedingungen mit dem Prozessmanagement). Einen großen Nachteil dieses

Ansatzes bildet, wie bei dem Governancebegriff bzw. vielen Governancekonzepten das Thema Macht, welches keine Berücksichtigung erfährt (s. Kapitel 3.1.3). Diese Darstellung zeigt, dass der analytische Regional Governance ein geeignetes Grundgerüst darstellt, um die regionalen Kooperationen LEADER und ILE, als Formen von Regional Governance, analysieren zu können. Allerdings wird auch deutlich, dass eine weitere Operationalisierung notwendig ist, da der Ansatz ansonsten recht weit bleibt. Die Offenheit dieses Ansatzes ist aber von Vorteil, da die eigene Fragestellung so integriert werden kann (vgl. NEUBERT 2015, S. 181). Die weitere Operationalisierung erfolgt auf Grundlage der in Kapitel 2.3 identifizierten Diskurse um Klimawandel und Raumplanung / -entwicklung. Da Regional Governance selbst nicht ausreichend ist, um die Fragestellung entsprechend analysieren zu können, muss auf weitere Theorien bzw. Konzeptionen zurückgegriffen werden, v.a. aus dem Bereich der Partizipationsforschung, der Forschung zur kooperativen Raumentwicklung und der Strategischen Planung. Zunächst erfolgt eine Auseinandersetzung mit der Rolle der Partizipation im Governancediskurs und den Implikationen hieraus für die weitere Arbeit.

3.1.3 Zwischenfazit: Mehrwert und Grenzen des (Regional) Governance-Ansatzes

Die Einführung des Begriffs Governance wird als Reaktion darauf gesehen, dass mit „alten“ Konzepten bzw. Begrifflichkeiten die Realität nicht mehr abgebildet / nachgezeichnet werden kann (vgl. CHHOTRAY, STOKER 2009, S. 2; BENZ, DOSE 2010, S. 15). Mit der Verwendung von Governance soll zunächst ein Perspektivenwandel bzw. eine veränderte Wahrnehmung ausgedrückt werden (vgl. BENZ ET AL. 2007, S. 9; v. BLUMENTHAL 2005, S. 1173; SCHUPPERT 2008, S. 23; SELLE 2013, S. 109; auch ALTROCK ET AL. 2004, S. 190). Hiermit wird ein Wandel von Steuerungsformen zwar nicht ausgeschlossen, ein grundlegender Wandel aber nicht als zentrale Annahme vorausgesetzt. Ebenso löst sich die Governanceperspektive von der akteurszentrierten Sicht der Steuerungstheorie und richtet sich auf Regelungsstrukturen, in die die Akteure eingebettet sind (vgl. MAYNTZ 2006, S. 16-17; SCHUPPERT 2011, S. 18-19). In dieser Arbeit wird der Mehrwert von (Regional) Governance in seiner analytischen Funktion gesehen. Die normative Sichtweise findet z.T. Eingang in den Bewertungsvorgang, hierfür werden die Maßstäbe v.a. aus den Anforderungen abgeleitet, die in der Diskussion um Klimawandel an die Instrumente der räumlichen Planung und Entwicklung gestellt werden (s. Kapitel 2.2.2). Durch die Hinzunahme weiterer Theorien und Konzeptionen werden diese operationalisiert (s. Kapitel 3.2 und 3.3). Das folgende Kapitel behandelt dabei einen Aspekt, der auch Thema des Governancediskurses ist: der Governancebegriff

richtet seinen Fokus auf die Akteure und ihr Handeln. Besonders mit der engeren Begriffsauslegung rücken Fragen der bzw. Forderung nach mehr Partizipation in den Blickpunkt. Obwohl Governance in vielen Debatten „als ein Allheilmittel [...] für die Behebung von demokratiepolitischen Defiziten“ (DANGSCHAT ET AL. 2008, S. 360) gesehen wird, wird häufig vor dem „demokratiegefährdende[n] Potenzial“ (FÜRST 2007, S. 362) der mit Governance in Verbindung gesetzten informellen Instrumenten gewarnt (vgl. EBD.): Zu den Gefahren zählen die selektive Berücksichtigung von Akteuren, Interessen und Themen (vgl. FÜRST 2007, S. 362; DANGSCHAT ET AL. 2008, S. 360) und Entscheidungsfindungen in nicht demokratisch legitimierten Gremien (vgl. DANGSCHAT ET AL. 2008, S. 360). Dies zeigt z.B. GIESSEN für die Implementation der integrierten ländlichen Entwicklung auf (vgl. GIESSEN 2010, S. 8). Darüber hinaus können weitere Schwachpunkte u.a. die fehlende Bindungswirkung von Entscheidungen (vgl. MAYNTZ 2004, S. 72-73) und Entscheidungsfindungen bei konflikträchtigen Themen sein (vgl. EBD.; BENZ, FÜRST 2003B, S. 194; FÜRST 2001, S. 376). Zu diesen konfliktbeladenen Themen können auch der Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel zählen.

3.2 Partizipation: Akteure im Fokus

„Alle in den Dialog einbeziehen zu wollen wäre eine Überforderung des Kommunikationssystems einer jeden Gesellschaft; nur auf die Wirkung von Information zu setzen, bleibt eine Illusion. Erst die richtige Mischung macht den Erfolg der Kommunikation aus.“ (CARIUS, RENN 2003, S. 585)

Mit dem Blick auf Governance als Perspektivenerweiterung rücken das Zusammenwirken unterschiedlicher Akteure sowie ihrer Interaktionen und Interdependenzen in den Blickpunkt des Interesses. Hiermit sind implizit Fragen der Beteiligung / Partizipation³⁴ verbunden. Zudem wird mit Governance bzw. dem normativen Good Governance-Konzept die Bedeutung von u.a. Partizipation und Transparenz hervorgehoben. Diese werden als ‚gute Regierungspraktiken‘ empfunden. Das Konzept partizipative Governance (z.B. bei WALK 2008) schafft explizit die Verbindung zwischen Governance und Beteiligung. Dieses Konzept sieht in dem verstärkten Einsatz partizipativer Elemente, ohne auch mögliche Gefahren einer Entdemokratisierung zu verkennen, eine Voraussetzung für den weiteren Demokratisierungsprozess (vgl. EBD., S. 14). Viele dieser Aspekte spiegeln sich auch in der Diskussion um Klimawandel und räumliche Planung und Entwicklung wider: So soll über die Beteiligung von Akteuren

³⁴ In dieser Arbeit werden die Begriffe Partizipation und Beteiligung synonym verwendet.

und konsensorientierten Verfahren die Legitimation von Entscheidungen unter Unsicherheit erhöht werden (s. auch Kapitel 2.2.2). In der ländlichen Entwicklung ist die Beteiligung von verschiedenen Akteuren, v.a. über die Ansätze der endogenen Regionalentwicklung und integrierten ländlichen Entwicklung ein zentrales Element. Daher setzt sich dieses Kapitel näher mit der Bedeutung und den Funktionen von Beteiligung auseinander. Es ist einerseits von Relevanz für die Erarbeitung der Kriterien und Indikatoren der Analyse, andererseits aber besonders für die Bewertung der Beteiligungsfunktion. Um die Bewertungsmaßstäbe erarbeiten zu können, ist es von grundlegender Bedeutung, die zentralen Begrifflichkeiten aufzuarbeiten und ihre Verwendung in dieser Arbeit darzulegen.

3.2.1 Beteiligungsformen

Der Begriff *Partizipation* als Bestandteil von Kommunikation (vgl. BISCHOFF ET AL. 2007, S. 10) ist als ein Sammelbegriff für unterschiedliche Formen der Einbindung von Akteuren in Planungs- und Entwicklungsprozesse zu sehen. Generell wird Partizipation „[...] verstanden als Teilnahme oder Teilhabe an politischen und sozialen Entscheidungsprozessen“ (FÜRST, SCHOLLES 2008, S. 161). Da der Begriff sehr vielschichtig ist, ist es wichtig, mögliche Beteiligungsformen und -funktionen sowie die Rollen von Akteure zu unterscheiden, denn der Begriff sagt noch nicht viel aus über den eigentlichen dahinterliegenden Akt der Beteiligung an sich. Zum einen ist es nach SELLE wichtig „[...] zu unterscheiden zwischen dem was Beteiligung *sein soll(te)* und dem, was sie ist“ (EBD. 2013, S. 48; Hervorhebung im Original). Fürst und Scholles bezeichnen diesen Umstand auch als „Ambivalenz der Partizipation“ (FÜRST, SCHOLLES 2008, S. 161). Zum anderen ist Beteiligung bzw. Kommunikation nicht ausschließlich als positiv anzusehen, denn sie existiert nicht losgelöst von Machtverhältnissen und Interessen (vgl. SELLE 2005, S. 382). Als Konsequenz aus den verschiedenen Verständnissen von und Konnotationen mit dem Begriff Beteiligung schlägt SELLE die Unterscheidung eines **engen** und eines **weiten Beteiligungsbegriffs** vor (vgl. 2013, S. 57-63).

Der **weite** Beteiligungsbegriff umfasst die Mitwirkung der Bürger und soll als umfassender Begriff für die vielfältigen Möglichkeiten der Einflussnahme von Bürgern auf die räumliche Entwicklung stehen (vgl. SELLE 2013, S. 58). Der **engere** Begriff hingegen zielt auf die Bürgerbeteiligung im klassischen Sinne als Beteiligung an der Meinungsbildung und Entscheidungsfindung öffentlicher Akteure (vgl. EBD., S. 59-60). Diese kann sowohl aus der formalen, gesetzlich vorgeschriebenen Beteiligung bestehen, als auch aus informellen Verfahren (Formalisierungsgrad der Beteiligung) (vgl. EBD.;

SENATSV ERWALTUNG FÜR STADTENTWICKLUNG UND UMWELT BERLIN 2012, S. 21-26). Weiter kann danach differenziert werden, ob die Bürger direkt oder indirekt (über Interessensvertreter) beteiligt sind (vgl. SELLE 2013, S. 59-60; SENATSV ERWALTUNG FÜR STADTENTWICKLUNG UND UMWELT BERLIN 2012, S. 20).

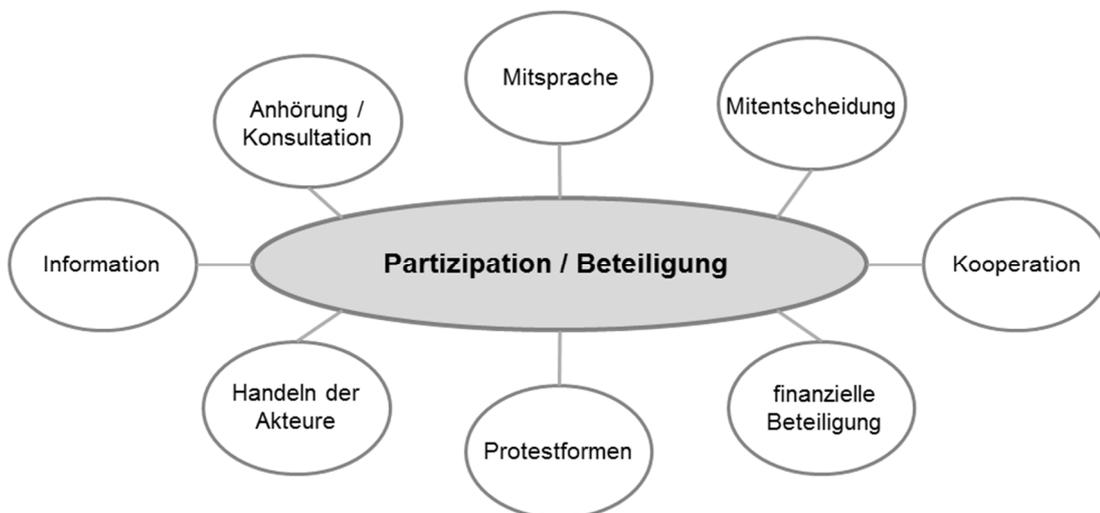


Abb. 6: Beteiligungsformen

Quelle: eigene Darstellung nach BISCHOFF ET AL. 2007, S. 10; SELLE 2013, S. 69-71; FISCHER ET AL. 2003 zit. in WALK 2008; ROTH 1997 zit. in EBD., S. 91; S. 96; WALK 2008, S. 239

Abbildung 6 zeigt eine Übersicht über mögliche Beteiligungsformen. Hier wird nicht nach den Einflussmöglichkeiten von Beteiligungsformen differenziert³⁵, da keine Wertung nach z.B. Einflussmöglichkeiten vorgenommen werden soll. Denn nach SELLE gibt es keine ‚guten‘ und ‚schlechten‘ Beteiligungsformen: Die Qualität eines Beteiligungsprozesses wird nicht über die Form allein definiert, sondern auch über die Wirkung und dem Zweck der Beteiligung (vgl. 2013, S. 71-73).

3.2.2 Beteiligungsfunktionen

Wie schon verdeutlicht wurde, kann eine Beteiligung unterschiedlichen Zwecken dienen. Nicht immer steht hierbei die Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen im Vordergrund (vgl. WALK 2008, S. 98). Je nachdem, welche Perspektive auf Partizipation eingenommen wird, kann die Funktion der Beteiligung unterschiedlich bewertet werden (vgl. EBD., S. 87).

³⁵ Wie bei der von ARNSTEIN im Jahr 1969 veröffentlichten und häufig zitierten Rangfolge von Beteiligungsformen („ladder of participation“) (vgl. SELLE 2013, S. 69-71)

Tab. 9: Beteiligungsfunktionen und ihre Ziele

Quelle: eigene Darstellung nach WALK 2008, S. 90, 98, 118; FÜRST, SCHOLLES 2008, S. 171-172; RIECHEL 2011, S. 198, 204-205; SENATSVERWALTUNG FÜR STADTENTWICKLUNG UND UMWELT BERLIN 2012, S. 59-60; V. WINTERFELD 2012, S. 6-7; eigene Ergänzungen

Funktion	Ziel
demokratische / Legitimationsfunktion	<ul style="list-style-type: none"> • Legitimierung / Rechtfertigung von Entscheidungen und Maßnahmen • Schaffung von Akzeptanz • Aktivierung von Akteuren
ökonomische Funktion	<ul style="list-style-type: none"> • Erhöhung der Effizienz aufgrund verbesserter Informationen
inhaltliche Funktion	<ul style="list-style-type: none"> • Verbesserung der inhaltlichen Qualität von Entscheidungen und Maßnahmen • bedarfsgerechtere Planung • Wissensgenerierung / Erschließung von Wissensbeständen • Wissensdiffusion
soziale / gesellschaftliche Funktion	<ul style="list-style-type: none"> • Stärkung des Gemeinschaftsgefühls / der Identität
emanzipatorische Funktion	<ul style="list-style-type: none"> • Schaffung von Handlungskompetenz / Selbstbewusstsein • Befähigung zur Teilhabe

Als *politische Funktionen* können u.a. Information, Legitimation, Erzielung eines Konsenses, Weiterentwicklung der Demokratie sowie bürgerschaftliches Engagement genannt werden (vgl. BISCHOFF ET AL. 2007, S. 23-24; SELLE 2013, S. 186-192). Aus *planerischer Sicht* kann Beteiligung u.a. dazu dienen, Informationen zu beschaffen, als Frühwarnsystem zu fungieren, Konflikte zu vermeiden bzw. zu lösen, die Steuerungsressourcen zu erweitern und eine beschleunigte Abstimmung zu erzielen (vgl. BISCHOFF ET AL. 2007, S. 21-23; SELLE 2013, S. 193-197). Aus *gesellschaftlicher Sicht* treten hierzu noch die Ermittlung von Handlungsbedarfen, Entwicklung neuer Beteiligungsformen sowie Veränderung traditioneller Interaktionsformen und die Einbeziehung gesellschaftlich benachteiligter Bevölkerungsgruppen (vgl. SELLE 2013, S. 183-186). Die *rechtliche Sicht* umfasst den Schutz von privaten Rechten sowie die Ermittlung relevanter Belange (vgl. EBD.). Bei der Diskussion der Funktion von Beteiligung hinsichtlich Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel in der räumlichen Planung und Entwicklung werden einige dieser Funktionen besonders hervorgehoben (s. auch Kapitel 2.2.2). Neben der Schaffung von Akzeptanz und der Verbesserung der Informationsgrundlagen ist besonders die Funktion zur Erhöhung der Legitimierung von Entscheidungen auf Grundlage eines Konsenses oft formuliert und rezipiert worden. Beide Begriffe stehen für Theorien und Konzepte, die z.T. kontrovers diskutiert werden, aber für die Bewertung in dieser Arbeit einer Operationalisierung zugänglich gemacht werden müssen. Sie erfordern eine kritische Auseinandersetzung, denn in der Planung

werden diese Leitbegriffe aus den Politikwissenschaften in Teilen eher unkritisch angewendet (vgl. ALTROCK ET AL. 2004, S. 187). Dies lässt sich zweifellos auch für den Klimawandeldiskurs innerhalb der räumlichen Planung und Entwicklung konstatieren, in dem häufig eine normative Verwendung dieser Begriffe vorgenommen wird.

Fokus: Legitimation und Konsens

Als zentrale Begriffe im Klimadiskurs hinsichtlich der Beteiligung sind Legitimation und Konsens zu sehen (s. Kap. 2.2.2). Die Frage nach der Legitimität einer planerischen Entscheidung hängt eng zusammen mit der Legitimität der diese Entscheidung getroffenen Institution und somit mit unserem (demokratischen) Staatsaufbau und seinen Strukturen. Aus Sicht der politikwissenschaftlichen Demokratietheorie scheint es, als ob „[...] Legitimation sich in einem Spannungsverhältnis zwischen demokratischer Inklusion (d.h. der gleichberechtigten Mitbestimmung aller Entscheidungs-betroffenen) und professioneller Organisation (im Sinne der Ausdifferenzierung eines politisch-administrativen Systems [...] bewegt“ (HAUS, HEINELT 2004, S. 167). Denn es kann nicht jeder an jeder Entscheidung beteiligt werden (z.B. aufgrund des organisatorischen Aufwands), so dass eine Delegation der Entscheidungskompetenzen erfolgt (vgl. EBD.; SENATSVERWALTUNG FÜR STADTENTWICKLUNG UND UMWELT BERLIN 2012, S. 15-16).

Das Konsensprinzip wird in der Demokratietheorie verhandelt und hier häufig in Verbindung gebracht mit dem Ideal der machtfreien Sprechsituation bzw. der Theorie des kommunikativen Handelns nach Habermas (z.B. bei FUCHS-GOLDSCHMIDT 2008). In der Raumplanung sind diese Ansätze in der kommunikativen und kollaborativen Planungstheorie aufgegriffen worden (vgl. ALTROCK ET AL. 2004, S. 195). Konsensbildung zählt hier als Möglichkeit mit unsicheren, komplexen und kontroversen Aufgaben umzugehen (vgl. INNES, BOOHER 1999, S. 412). Der Konsens ist aber eher als normatives Prinzip oder Leitbild in der Planung anzusehen, dem man sich allenfalls annähern kann, denn die Erzielung eines allumfassenden Konsenses im Sinne „[...] eines tendenziell vollständigen Einverständnisses und einer tendenziell völligen Übereinstimmung [...]“ ist nicht zu erzielen (GÜNTHER 2006, S. 33). Zusätzlich ist der Akteurskreis offener Beteiligungsangebote nicht repräsentativ für die gesamte Gesellschaft, sondern „immer sozial selektiv“ (vgl. SELLE 2004B, S. 238). Daher wird die Ausgestaltung der Planungs- bzw. Partizipationsprozesse in den Fokus genommen. So richtet sich die kommunikative Planungstheorie „[...] wesentlich auf die Qualifizierung des Prozesses [...]“ und legt „[...] eine möglichst faire Kommunikation unter Einbeziehung aller möglichen Beteiligten und mit dem Ziel der Erlangung von Konsens [...]“ zugrunde (ALTROCK ET AL. 2004, S. 195). Ganz wesentlich ist aber, dass - obwohl dem

Ideal der machtfreien Sprechsituation nach Habermas folgend - Konsensbildungsprozesse nicht machtfrei verlaufen (vgl. EBD., S. 196-197). Somit kann zwischen der Herstellung eines Konsenses und seiner Inszenierung unterschieden werden, die das Ziel verfolgt unter der symbolischen Darstellung eines Konsenses Einigkeit und Zustimmung sowie Identität zu erzeugen und darüber hinaus Machtverhältnisse zu sichern (vgl. HABSCHEID, KNOBLOCH 2009, S. 7-9). In diesem Sinne wird der Konsens, der allgemein als etwas Positives und Unantastbares angesehen wird (vgl. ANTOS 2009, S. 122), zu einer Art Deckmantel für die Ausübung von Macht. Darüber hinaus sollten Dissens und Konflikte nicht ausgeblendet, sondern als positiv für den Planungsprozess aufgefasst werden (vgl. HUNING 2004, S. 53).

Der Begriff des Konsenses, wie der der Legitimation, können sowohl auf das Verfahren / den Prozess, als auch auf das Ergebnis bezogen werden: Nach SCHARPF können (analytisch) zwei Legitimationsformen unterschieden werden: die *Input-* und die *Outputlegitimation* (vgl. SCHARPF 2000, S. 255). Im Sinne der Inputorientierung ist eine Entscheidung dann legitimiert, wenn sie im Rahmen demokratischer Verfahren unter der Zustimmung der Regierenden getroffen wurde (vgl. EBD., S. 255-256). Eine Outputlegitimation von Entscheidungen liegt dagegen dann vor, wenn die Entscheidung dem Allgemeinwohl dient, demokratische Prinzipien können hierfür hilfreich sein, sind aber nicht zwingende Voraussetzung (vgl. EBD.). Während bei der Inputlegitimierung der Prozess der Entscheidungsfindung im Vordergrund steht, ist es bei der Outputlegitimierung die Qualität der Entscheidung bzw. des Ergebnisses. Bezogen auf Konsensbildungsprozesse, die im Klimawandeldiskurs betont werden, lassen sich Schwierigkeiten erkennen. Denn laut INNES und BOOHER ist die Akzeptanz einer Entscheidung in Konsensbildungsprozessen wesentlich von dem Prozess der Entscheidungsfindung abhängig:

„No matter how good an agreement is by some standards, if it was reached by a process that was not regarded as fair, open, inclusive, accountable, or otherwise legitimate, it is unlikely to receive support“ (INNES, BOOHER 1999, S. 415).

Prozess und Ergebnis können nach Meinung der Autoren nicht voneinander getrennt werden (vgl. EBD.; ähnlich LARSEN, GUNNARSSON-ÖSTLING 2009, S. 262; 264-265). Die Input- und Outputlegitimation wird von HEINELT durch die *Throughput-Legitimation* ergänzt: Politische Entscheidungen legitimieren sich hier „[...] durch Transparenz und die Nachvollziehbarkeit der Entscheidungsfindung und von Entscheidungsalternativen sowie ihrer Begründungen“ (HEINELT 2006, S. 245).

Fokus: Wissenstransfer und Information

Aus inhaltlicher Sicht soll Beteiligung zum einen dazu dienen, Wissen zu generieren und zum anderen Wissen und Informationen zu verbreiten. Auf lokaler und regionaler Ebene sind bei den Akteuren vielfältige Wissensbestände vorhanden (vgl. RIECHEL 2011, S. 213). Über die Beteiligung von Akteuren können diese Wissensbestände erschlossen werden (Wissensgenerierung) (vgl. EBD., S. 198, 205). Gleichzeitig können die Akteure über die Beteiligung neues Wissen gewinnen und dieses über ihre Multiplikatorfunktion in ihren Arbeitsalltag oder auch in ein anderes Umfeld übertragen (Wissenstransfer) (vgl. EBD., S. 204-205). Es geht aber nicht nur um die reine Wissensvermittlung bzgl. Klimaschutz und Anpassung, sondern auch darum, über die Bereitstellung von Informationen grundsätzlich Aufmerksamkeit und eine Sensibilisierung für diese Thematiken zu erzeugen (vgl. EBD., S. 193; WANCZURA 2006, S. 180). Aus emanzipatorischer Sicht kann daher durch die Information über Klimaschutz und Anpassung die Handlungskompetenz von Akteuren erhöht werden (vgl. HEINRICHS, GRUNENBERG 2009, S. 46; s. Tab. 9). Denn Wissen ist zentral für (subjektives) Handeln (vgl. SCHAPER 2015, S. 97 in Bezug auf SCHÜTZ). Wissen allein bedingt aber noch kein Handeln: Dieses ergibt sich aus unterschiedlichen Relevanzsetzungen der Akteure (vgl. SCHÜTZ, LUCKMANN 2003 zit. in SCHAPER 2015, S. 253f.)³⁶. Die Information über Klimaschutz und Anpassung ist somit wie jeder Kommunikationsprozess kein linearer Prozess im Sinne eines einfachen Sender-Empfänger-Modells (vgl. HEINRICHS, GRUNENBERG 2009, S. 26), sondern ein sozialer Prozess, bei dem die gegebenen Informationen durch die „Empfänger“ u.a. selektiert und interpretiert werden (vgl. RUHRMANN, KOHRING 1996 zit. in HEINRICHS, GRUNENBERG 2009, S. 26). Für die Wahrnehmung eines Themas und daraus resultierendes Handeln sind die Relevanzsysteme der Akteure bedeutend (vgl. SCHAPER 2015, S. 110). Relevanzsysteme entscheiden zum einen darüber, ob etwas überhaupt wahrgenommen wird und danach zum anderen, ob Handeln erfolgt (vgl. EBD.). Die Verbreitung von Wissen allein reicht daher für die Schaffung von Handlungskompetenz bzw. Umsetzung aber nicht aus, wenn andere Prioritäten gesetzt oder die Betroffenheit durch den Klimawandel nicht wahrgenommen wird. Die Wahrnehmung des Klimawandels und der Notwendigkeit entsprechender Maßnahmen kann von Akteur zu Akteur unterschiedlich sein (vgl. CHRISTMANN 2012, S. 5-6; FROMMER ET AL. 2011B, S. 262; ähnlich BIRKMANN ET AL. 2010, S. 16-17) und ist z.T. kaum vorhanden oder auch mit einer Ablehnung des Klimawandels verbunden (vgl. RIECHEL ET AL. 2009, S. 360). Zwar gibt es auch andere Bereiche (z.B. demographische und wirtschaftliche

³⁶ Studien zeigen, „dass Wissen nur bedingt Grundlage und Ausgangspunkt für Umwelt- und damit auch klimagerechtes Handeln ist“ (SCHAPER 2015, S. 145).

Entwicklung), die von Unsicherheiten gekennzeichnet sind, die Akteure aber nicht vom Handeln abbringen (vgl. FRANCK, PEITHMANN 2010, S. 13; KLEMME 2011, S. 132-133; NEUMANN 2010, S. 164). Der Klimawandel ist dagegen durch ein spezifisches Problem in der Wahrnehmung gekennzeichnet:

*„Climate change is invisible, intangible and to many rather esoteric - except of course when it manifests or appears to manifest itself in extreme events that trigger disasters”
(HANDMER 2003, S. 219).*

Denn das ‚Klima‘ besteht aus statistischen Kenngrößen (Mittelwerte, Standardabweichungen, Varianzen etc.) auf Grundlage langjähriger Wetterbeobachtungen (d.h. in der Regel 30 Jahre) (vgl. HÄCKEL 2005, S. 315-316; WALKENHORST, STOCK 2009, S. 1). Dies stellt für die Wahrnehmung des Klimas bzw. von Klimaänderungen eine Schwierigkeit dar, denn: „Ein Mensch kann zwar an seinem lokalen Standort das saisonale Wettergeschehen beurteilen, daraus aber nicht auf globale und langjährige Entwicklungen des Klimas schließen“ (STOCK 2013, S. 16). SCHAPER fasst diese Aspekte als räumliches und zeitliches Problem in der Wahrnehmung des Klimawandels zusammen (vgl. SCHAPER 2015, S. 90-91, 94). Ein weiteres Problem in der Wahrnehmung für „Klimalaien“ ergibt sich daraus, dass das Wissen über unser Klima ständig erweitert und auch revidiert wird (vgl. EBD., S. 150). Hierdurch steigt die Komplexität und führt mit dem hohen Abstraktionsgrad dazu, dass die Klimaproblematik für viele Menschen schwer zu fassen ist (vgl. EBD., S. 150-151). Bei Untersuchungen von Entscheidungen hinsichtlich Klimaschutz und Anpassung ist daher die Analyse des Wissensstandes und der Wahrnehmung sowie der Akteure miteinzubeziehen (vgl. GÖRG 2009, S. 40).

3.2.3 Akteursgruppen und Rollen von Akteuren

Es ist wichtig, verschiedene *Akteursgruppen* zu unterscheiden, denn durch die Akteursgruppen werden räumliche Entwicklungen einerseits unterschiedlich wahrgenommen und bewertet, andererseits stehen ihnen unterschiedliche Ressourcen zur Verfügung, um Einfluss auf die räumliche Entwicklung zu nehmen (vgl. SELLE 2005, S. 112). Häufig wird eine grobe Unterscheidung in öffentliche und private Akteure vorgenommen, wobei die öffentlichen Akteure sowohl Angehörige der Verwaltung als auch Politiker und die privaten Akteure Vereine, Verbände, Unternehmen, als auch „Private“ bzw. Bürger, die den anderen Gruppen nicht angehören, gleichermaßen umfassen. Diese Bürger werden häufig als relativ homogene Gruppe dargestellt. Doch wie SELLE am Beispiel der Stadtentwicklung zeigt, können die „Bürger“ sehr unterschiedliche Rollen einnehmen (z.B. als politische Akteure, Marktteilnehmer, Akteure der Zivilgesellschaft und Betroffene agieren) (vgl. 2013, S. 48-52; s. auch LINDLOFF 2003, S. 69).

Darüber hinaus ist eine Unterteilung nach individuellen und komplexen (korporativen und kollektiven) Akteuren möglich (vgl. SCHARPF 2000, S. 101). Die komplexen bzw. organisierten Akteure sind häufig bei Kooperationen auf regionaler Ebene vertreten (vgl. FÜRST 2010A, S. 51; WIECHMANN 2008, S. 119). Individuellen bzw. nicht-organisierten Akteuren schreibt Fürst dagegen einen „implizit niedrigeren Status“ zu, da u.a. ihr Beitrag zur Problemlösung geringer ist (vgl. FÜRST 2010A, S. 51). In der ländlichen Entwicklung über LEADER und ILE wird zumeist nach öffentlichen Vertretern bzw. Vertretern der Kommunen, Wirtschafts- und Sozialpartnern (WiSo-Partner) und Bürgern unterteilt. Bei den WiSo-Partnern handelt es sich fast ausschließlich um organisierte Akteure, wie z.B. Industrie- und Handelskammern, Tourismusverbänden, Landwirtschaftsverbänden u.ä.. Die Entscheidungsgremien von LEADER und ILE zeichnen sich durch einen hohen Anteil von öffentlichen Akteuren (Kommunen) und Vereinen und Verbänden (WiSo-Partner) aus (vgl. POLLERMANN ET AL. 2014, S. 132; NEUBERT 2009, S. 124). Weitere private Akteure, wie Bürger, die keine Organisation vertreten, und Unternehmen sind auch in die Prozesse der ländlichen Entwicklung eingebunden: Sie sind in den Entscheidungsgremien aber in geringerem Umfang vertreten und setzen weniger Projekte um als z.B. Kommunen (vgl. NEUBERT 2009, S. 88-90, 124; POLLERMANN ET AL. 2014, S. 133, 136).

Die „organisatorische Herkunft“ der Akteure allein sagt aber noch nicht unbedingt etwas über ihre *Rollen* in einer regionalen Kooperation aus und welche Bedeutung sie für die regionale Kooperation haben. DILLER unterscheidet einen inneren, mittleren und äußeren Kreis der Kooperation, dem die Akteure angehören (vgl. 2002, S. 101-102). Den inneren Kreis bilden nach Diller die sog. „Promotoren“, dies sind Personen, „[...] die die Kooperation kontinuierlich stark vorantreiben [...]“ (EBD., S. 104). Diese können weiter unterschieden werden in Macht-, Fach- und Prozesspromotoren (vgl. EBD.). Machtpromotoren sind häufig in Gremien ansässig, die die Richtung der Kooperation bestimmen (vgl. FÜRST, LÖB 1999, S. 70 zit. in DILLER 2002, S. 106). Fachpromotoren dagegen sind wesentlich verantwortlich für die inhaltliche Ausrichtung der Kooperation (vgl. DILLER 2002, S. 106). Im mittleren Kreis sind Akteure aktiv, die zumeist am Anfang oder am Ende einer Kooperation eine wichtige Rolle einnehmen oder für einen bestimmten Aspekt zuständig sind: Dies können Initiatoren und Kontrolleure (verantwortlich für die Rahmenbedingungen der Kooperation) sowie Projektträger und externe Berater bzw. eine wissenschaftliche Begleitung sein (vgl. EBD., S. 107-108). Der äußere Kreis der weniger aktiven Akteure ist nicht genau bestimmt (vgl. DILLER 2002, S. 109). Die Akteure können aber, je nach Engagement, in andere Kreise wechseln (vgl. EBD.). DILLER kennzeichnet die Akteure entsprechend ihrem Engagement mit

„Motor“, „Bremser“, „Mitläufer“ und „Nachläufer“ (vgl. EBD., S. 111). Die weniger aktiven Akteure können nach RIECHEL ET AL. als „generell Interessierte[n]“, „Schläfer“ und „Bremser“ unterschieden werden (vgl. 2009, S. 361). Das unterschiedliche Verhalten kann z.B. über die Motivation und Werte der einzelnen Akteure erklärt werden (vgl. EBD., S. 363-366). Eine weitere Rolle besteht für die beteiligten Akteure in dem Weitertragen des erlangten Wissens in andere Netzwerke, in die sie eingebunden sind (Multiplikatorenfunktion) (vgl. BAASCH ET AL. 2012, S. 193; RIECHEL 2011, S. 204).

3.2.4 Zwischenfazit: Einordnung in die Forschungsarbeit

Wie dieses Kapitel gezeigt hat, ist bei der Partizipation genau zu unterscheiden,

- wer beteiligt wird,
- zu welchem Zweck beteiligt wird,
- welche Beteiligungsform gewählt wird und
- welche Rollen die Akteure einnehmen.

Die Darstellung von Beteiligungsprozessen kann von der Realität der Partizipation abweichen und oftmals scheinen sich überhöhte Hoffnungen mit der Partizipation zu verbinden. Daher sind die Beteiligungsprozesse auch in den untersuchten LEADER- und ILE-Regionen genau zu hinterfragen. Dies ist besonders wichtig, wenn, wie im Klimawandeldiskurs in der räumlichen Planung und Entwicklung, der Beteiligung bestimmte Funktionen zugeschrieben werden, wie die Legitimierung von Entscheidungen und die Verbreitung von Informationen sowie die Generierung von Wissen. Legitimation und Informationsverbreitung (Wissenstransfer) sowie Wissensgenerierung sind als eigenständige Forschungsthemen grundsätzlich für eine tiefere Analyse geeignet. In dieser Forschungsarbeit sind sie eingebettet in einen größeren Forschungskontext. Daher verbleibt die Tiefe der Analyse in Abhängigkeit von den zur Verfügung stehenden Ressourcen und durchführbaren Methoden auf der Inputseite, d.h. es werden die Voraussetzungen für diese Beteiligungsfunktionen untersucht. Die Wirkung, d.h. die Ebenen Output / Outcome, bleiben unberücksichtigt.

Die in diesem Kapitel dargelegten Aspekte sind grundlegend für die Indikatorenentwicklung der Analyse: So wird unterschieden, welche Beteiligungsformen in den Prozessen angewandt werden (Mitentscheidung, Anhörung, Information etc.), wer beteiligt wird (Akteursgruppen) und welche Rollen die Akteure einnehmen. In dieser Arbeit sind die Rollen der Akteure v.a. hinsichtlich des Themas Klimawandels, der Partizipation und der Kooperation zwischen Regionalplanung und LEADER / ILE relevant. Des Weiteren wird analysiert, ob die Akteure eine Multiplikatorenfunktion hinsichtlich

Klimaschutz und Anpassung einnehmen. Die Akteursgruppen werden nach institutionellen und organisatorischen Hintergrund unterschieden: So werden öffentliche Akteure und Vereine / Verbände sowie weitere private Akteure (Bürger als Einzelpersonen und Unternehmen) unterschieden. Die Bewertungsmaßstäbe richten sich auf den Zweck bzw. die Funktion der Beteiligung: Die Bewertung, inwieweit die Beteiligung in den untersuchten LEADER- und ILE-Prozessen diesen beiden Funktionen entspricht, gründet sich auf die in Kapitel 3.2.2 dargestellte Inputlegitimierung und Faktoren der Wissensvermittlung. Für die Bewertungsmaßstäbe werden hier auf die Input- und Throughputlegitimation (vgl. SCHARPF 2000; HEINELT 2006) und die Kriterien zur Bewertung von Konsensbildungsprozessen nach INNES UND BOOHER (1999) zurückgegriffen.

3.3 Strategische Planung in der räumlichen Planung und Entwicklung

„Von Strategien wird erwartet, dass sie Komplexität reduzieren und konsistentes Verhalten fördern“ (WIECHMANN 2011, S. 45).

Wenn man sich mit der Thematik Klimawandel und räumliche Planung und Entwicklung beschäftigt, wird häufig die Kooperation oder Koordination von Instrumenten und Akteuren genannt, um ein strategisches Vorgehen zu ermöglichen. In diesem Zusammenhang wird immer wieder auf eine Abstimmung und Zusammenarbeit formeller und informeller Instrumente der räumlichen Planung und Entwicklung hingewiesen. Hier werden zwei konzeptionelle Stränge angesprochen, die Gegenstand planungstheoretischer Betrachtungen sind: Die der Strategischen Planung und die der Koordinierten Raumentwicklung / Raumplanung (auch: Kooperative Raumplanung). Diese Konzeptionen weisen Schnittmengen auf, werden hier aber nicht als gegeneinander austauschbar verstanden³⁷. Ziel des Kapitels ist es, den Begriff der Strategie und der strategischen Planung aufzubereiten und vor dem Hintergrund der Überlegungen zu koordinierter Raumentwicklung zu reflektieren sowie die Verwendung dieser Konzeptionen im weiteren Verlauf der Arbeit darzulegen. Sie könnten durchaus unter Governancegesichtspunkten behandelt werden.³⁸ Zur besseren Nachvollziehbarkeit sollen beide Konzeptionen aber zunächst losgelöst von dieser Thematik betrachtet werden, im Kapitel 3.3.3 werden Unterschiede und Gemeinsamkeiten aufgezeigt.

³⁷ HUTTER kritisiert, dass häufig planungstheoretische Ansätze (wie z.B. strategische und kooperative Planung) unkritisch nebeneinandergestellt werden (vgl. EBD. 2007, S. 1-2).

³⁸ Als theoretischen Bezugsrahmen für die kooperative Regionalplanung benennt z.B. KNIELING das Konzept Regional Governance (vgl. KNIELING 2006, S. 73).

Ebenso wie im Bereich der Partizipationsforschung ist auch die Literatur zur strategischen Planung häufig auf städtischer Ebene angesiedelt (vgl. auch FÜRST 2012, S. 22). Es gibt aber auch Arbeiten, die die Ansätze der strategischen Planung auf die regionale Ebene beziehen (z.B. WIECHMANN 2008, VALLÉE 2012A), hierzu zählen auch die Arbeiten zur Anpassung an den Klimawandel (s. FROMMER 2010A, FRANCK ET AL. 2013). Diese Arbeiten zeigen, dass auch auf städtischer Ebene entwickelte Ansätze auf die regionale Ebene und somit auch auf die ländliche Entwicklung übertragbar sind.

3.3.1 Zum Begriff der strategischen Planung

Der Begriff ‚Strategie‘ hat seinen Ursprung im Griechischen (‚Heeresführung‘) und bedeutet „[...] ein zielorientiertes Vorgehen nach einem bestimmten Plan“ (ZIBELL 2008, S. 324). Ab Mitte der 1950er Jahre wurde der Begriff in den Wirtschaftswissenschaften bzw. im Management und ab Anfang der 1990er Jahre in der räumlichen Planung übernommen (vgl. KÜHN 2010, S. 87, 2008, S. 231; PIRHOFER 2005, S. 10-11; WIECHMANN 2008, S. 3-5; ZIBELL 2008, S. 325). Der Strategiebegriff des Managements wird somit auch als „Wurzel“ der strategischen Raumplanung gesehen (vgl. WIECHMANN, HUTTER 2010, S. 7). Strategische Planung ist bisher nicht eindeutig definiert und in der Praxis in unterschiedlichen Ansätzen verbreitet (vgl. ALBRECHTS 2004, S. 746; FÜRST 2012, S. 23; GREIVING 2011B, S. 392; KÜHN 2010, S. 86; DANGSCHAT ET AL. 2008, S. 353). Strategische Planung kann daher über bestimmte Merkmale definiert werden, die aber durchaus unterschiedlich ausgeprägt sein können (s. Abb. 7).

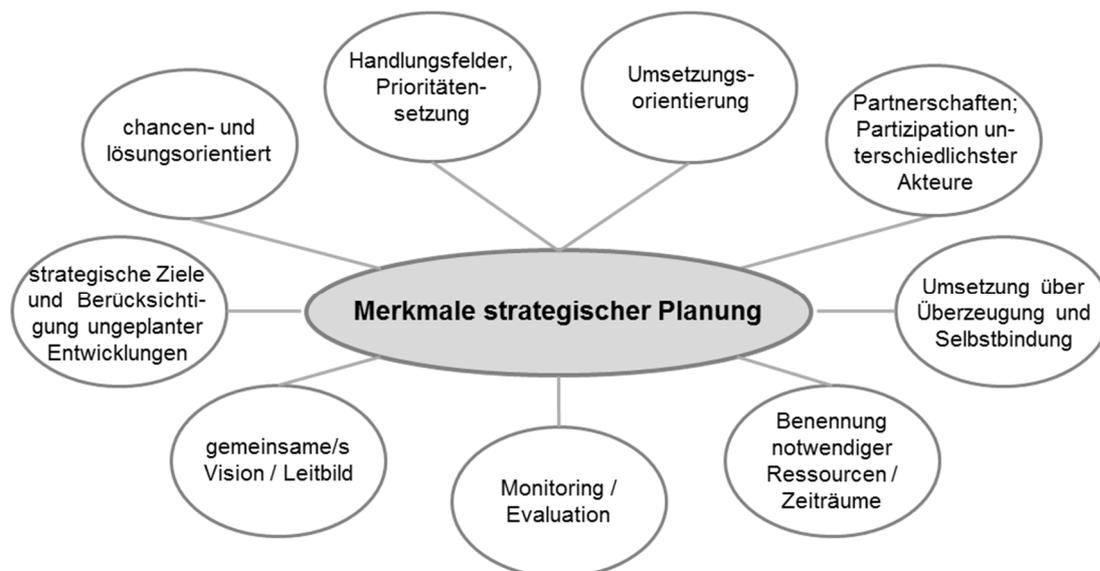


Abb. 7: Merkmale strategischer Planung

Quelle: eigene Darstellung nach FREY ET AL. 2008, S. 27; HUTTER 2006, S. 210; PIRHOFER 2005, S. 11-12; FÜRST 2012, S. 25-26

Ein Kernmerkmal strategischer Planung ist die „Gleichzeitigkeit von Orientierung und Umsetzung“ (KÜHN 2008, S. 234). Daneben ist strategische Planung durch weitere Gleichzeitigkeiten gekennzeichnet: KÜHN beschreibt strategische Planung als

„[...] widersprüchliche Einheit von Gegensätzen: langfristige Leitbilder und kurzfristige Projekte, gesamträumliche Steuerung und teilträumliche Interventionen, öffentliche und private Akteure, hierarchische und netzwerkartige Steuerung“ (KÜHN 2008, S. 239).

Strategische Planung ist daher auch als ein Steuerungsmix anzusehen (vgl. EBD.). Die Betrachtung nicht nur des Ziels der (strategischen) Planung, sondern v.a. die Entwicklung und Umsetzung dieser Pläne unter Einbeziehung verschiedenster Akteure lässt den „Prozess“ in den Vordergrund rücken (vgl. HAMEDINGER 2008A, S. 151; ähnlich auch FÜRST 2012, S. 20, 26).

Zwar zielt strategische Planung auf einen sektorübergreifenden Ansatz ab, im Gegensatz zur integrierten Entwicklungsplanung der 1970er Jahre besteht aber nicht der Anspruch einer umfassenden Integration, sondern es erfolgt eine Gewichtung bzw. fachliche und räumliche Schwerpunktsetzung; zudem spielt die Umsetzungsorientierung eine größere Rolle (vgl. ALBRECHTS 2004, S. 751-752; FROMMER 2009, S. 134; KÜHN 2008, S. 233). Daher ist strategische Planung weniger als formales Dokument, sondern eher als Rahmen mit eher informellen Charakter anzusehen (vgl. FROMMER 2010A, S. 52; FROMMER 2009, S. 134; WIECHMANN, HUTTER 2008, S. 102; WIECHMANN 2008, S. 71; auch ALTROCK 2008, S. 62) und ist „nicht auf detailgetreuen Vollzug angelegt“ (RITTER 2006, S. 143). Strategien werden als offen für Veränderungen erachtet (vgl. ZIMMERMANN 2010, S. 145). Ihre Funktion liegt daher in der eines Bezugsrahmens für Entscheidungen bzw. zur Beeinflussung des Handelns der Akteure (vgl. HEALEY 1997, S. 5; HUTTER, WIECHMANN 2005, S. 146-147). Dieser „Rahmen“ kann u.a. aus Leitbildern, Programmen, Zielsystemen, als auch aus Projekten und Akteurshandeln bestehen (vgl. PIRHOFFER 2005, S. 11; WIECHMANN 2011, S. 46). Aus Sicht der strategischen Planung ist es nicht so sehr der Plan bzw. die Strategie an sich, der bzw. die koordinierend wirkt, sondern der soziale Prozess der Strategieformulierung (vgl. HEALEY 1997, S. 11).

Obwohl die Trägerschaft strategischer Planungsprozesse bzw. die Verantwortlichkeit für die Definition der strategischen Ziele nicht eindeutig auszumachen ist (vgl. KÜHN 2008, S. 239; IBERT, LELONG 2010, S. 44), kommt die Initiative nach KÜHN weniger aus den Städten und Regionen selbst (vgl. KÜHN 2008, S. 238). Die Impulse für strategische Planungsprozesse werden meistens von außen sowie „von oben“ (z.B. durch Förderprogramme der EU, des Bundes etc.) gesetzt (vgl. EBD.). So ist zwar strategische Planung kein formeller Prozess, wird aber häufig von den „goldenen Zügeln“ der Förderpolitiken geführt (vgl. EBD. 2010, S. 91). Daher wird strategische Planung auch nicht von

einem „Zentrum“ aus durchgeführt, sondern ist eher als eine „Struktur“, ein Netzwerk bzw. als „[...] eine „Kopplung“ verschiedener „Systeme“ [...]“ zu sehen (PIRHOFER 2005, S. 32). Dieses Zusammenwirken von Akteuren durch verschiedene Handlungsmechanismen zeigt Parallelen zur Governancediskussion auf. Ein Beispiel für die strategische Planung als informeller Ansatz, der aber wesentlich über Förderpolitiken initiiert und beeinflusst wird, ist die ländliche Entwicklung über LEADER und ILE (zur Einordnung der ländlichen Entwicklung in verschiedene Typen der Strategieentwicklung, s. folgender Abschnitt).

Lineare und adaptive Strategieentwicklung

Grundsätzlich können zwei Strategieansätze unterschieden werden: Die *lineare* und die *adaptive* Strategieentwicklung. Das lineare Strategiemodell korrespondiert mit dem rationalen Planungsverständnis, wonach in einem systematischen, formalisierten Prozess ein Plan bzw. eine Strategie erarbeitet und bewusst umgesetzt wird (vgl. WIECHMANN 2008, S. 16-17, 66). Die adaptive Strategieentwicklung erkennt an, „dass nur ein Teil der realisierten Strategien bewusst geplant war“ (WIECHMANN 2011, S. 48, 2008, S. 26; WIECHMANN, HUTTER 2008, S. 105)³⁹ und zwischen der Formulierung einer Strategie und ihrer Umsetzung nicht klar getrennt werden kann (vgl. WIECHMANN 2008, S. 23). Aus diesem Blickwinkel sind Strategien als ein „Entscheidungsmuster“ bzw. ein „konsistentes Verhalten“ zu sehen (vgl. WIECHMANN, HUTTER 2008, S. 105; WIECHMANN 2008, S. 26). Daher spricht man in diesem Zusammenhang von emergenten Strategien, die nicht einem rationalen Planungsprozess entsprechen, sondern Folge unbewussten Handelns sind (WIECHMANN 2011, S. 45). Aus der Sichtweise der strategischen Planung entfernt man sich - analog zum Governancediskurs - von dem Steuerungsanspruch der linearen Planung. Da eine Strategie im Sinne eines Musters auch unbewusste Entscheidungen enthält, ist der emergente Strategiebegriff von einer gewissen Ambivalenz geprägt, da auch Entscheidungen als Strategie aufgefasst werden, die nicht beabsichtigt waren und somit die Gefahr besteht, dass „[...] damit der Begriff überdehnt wird“ (KÜHN 2010, S. 86). Auch WIECHMANN und HUTTER kritisieren am adaptiven Ansatz, dass kurzfristige Nutzenentscheidungen vor langfristige Konzepte gestellt werden könnten (vgl. EBD. 2008, S. 106; ähnlich WIECHMANN 2008, S. 35). Gerade vor dem Hintergrund des Klimawandels ist es wichtig, vorausschauend zu handeln. Anpassung an den Klimawandel und v.a. Klimaschutz sind langfristige Ziele,

³⁹ MINTZBERG unterscheidet zwischen der beabsichtigten und der verwirklichten Strategie (vgl. EBD. 1995, S. 30).

deren Nutzen sich also erst auf eine längere Sicht hin zeigt und somit einer besonderen Gefahr unterliegen durch kurzfristige Nutzenentscheidungen in Gefahr gebracht zu werden. Unter Einbeziehung sowohl des linearen als auch des adaptiven Ansatzes unterscheidet WIECHMANN verschiedene Typen regionaler Strategieentwicklung in Deutschland, die Abbildung 8 zeigt.

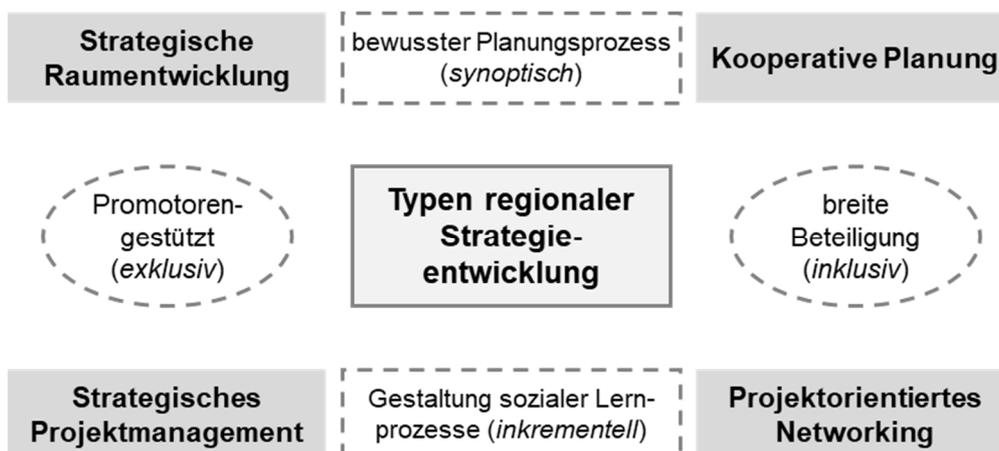


Abb. 8: Typen regionaler Strategieentwicklung in Deutschland

Quelle: eigene Darstellung nach WIECHMANN 2008, S. 142-146

Regionale Kooperationen auf Grundlage von REK zeichnen sich im Gegensatz zur Raumplanung durch eine breitere Akteursbeteiligung aus (,inklusive'). Obwohl eine Umsetzung über Projekte erfolgt, sieht WIECHMANN diese im Verständnis des linearen Strategiemodells, da der bewussten Erstellung eines Konzepts in der Regel eine Stärken-Schwächen-Analyse und die Entwicklung von Leitbild und Zielen vorausgeht (vgl. EBD.). Eine eindeutige Zuordnung ist aber offenbar schwierig: z.B. ordnet WIECHMANN die regionale Kooperation „Aller-Leine-Tal“, die sich wesentlich auf die Förderung der ländlichen Entwicklung (AEP, LEADER) stützt (vgl. LANDKREIS HEIDEKREIS 2015), zwischen den Typen Kooperative Planung (synoptisch und inklusiv) und projektorientiertes Networking (inkrementell und inklusiv) ein (vgl. WIECHMANN 2008, S. 146).

Unter Berücksichtigung des linearen und adaptiven Paradigmas hat WIECHMANN ein Modell zur Analyse strategischer Prozesse auf regionaler Ebene entwickelt (vgl. 2008, S. 142). Im Vordergrund des Modells steht nicht der Prozess der Strategieformulierung, sondern die Umsetzung (Strategiebildung) (vgl. EBD., S. 159). Auf das Modell soll an dieser Stelle nicht im Detail eingegangen werden. Für diese Arbeit wichtige Aspekte sind der Stellenwert des „Strategischen Konzepts“ und des „Strategischen Diskurses“ für das Handeln der Akteure: Das Verhalten der Akteure im Prozess der *linearen Strategieentwicklung* wird wesentlich durch das strategische Konzept beeinflusst (induziert). Nach der *adaptiven Strategieentwicklung* sind Strategien das Resultat des autonomen Handelns von Akteuren. Wichtiger als das strategische Konzept für das

Handeln der Akteure ist der strategische Diskurs, über den das Konzept indirekt Einfluss ausüben kann (vgl. EBD., S. 163-165). Zudem betont das Modell das Verhältnis zwischen linearem Ansatz und autonomem Verhalten: Nur dem linearen Ansatz zu folgen, hieße das autonome Verhalten auszublenden, welches für die Erreichung der strategischen Ziele aber auch wichtig ist (vgl. EBD., S. 254). Vertraut eine Strategie aber nur auf autonomes Verhalten, besteht nur ein geringer Einfluss auf die regionale Strategiebildung, was zu unvorhersehbaren Resultaten führen kann (vgl. EBD., S. 254-255).

3.3.2 Klimaschutz und Anpassung: Strategien durch Kooperationen

Vor dem Hintergrund des Klimawandels werden in der Literatur Strategien bzw. strategisches Vorgehen in der räumlichen Planung und Entwicklung als notwendig angesehen (s. Kapitel 2.2.2). Als Stärken der strategischen Planung werden hinsichtlich des Klimawandels die folgenden Aspekte genannt (vgl. FRANCK ET AL. 2013, S. 155; FROMMER 2010A, S. 53, 55-56; FROMMER 2009, S. 135-136):

- eher informelle Ausrichtung (z.B. Überwindung administrativer Grenzen)
- Flexibilität (vorteilhaft für den Umgang mit Unsicherheit)
- Kooperation, Abstimmung von Maßnahmen
- Prozesse durch Konsens geprägt
- Lerneffekte

Als Nachteil wird benannt, dass, dem adaptiven Paradigma folgend, das Verhalten der Akteure nicht genau vorhersehbar und somit die Umsetzung der Strategie unsicher ist (FROMMER 2010A, S. 56).

Die o.g. Autoren nehmen im Zusammenhang mit dem Klimaschutz und der Anpassung in der räumlichen Planung und Entwicklung direkt auf die Ansätze / Theorien strategischer Planung (s. Kap. 3.3.1) Bezug. Andere Autoren verweisen dagegen allgemein auf ein notwendiges strategisches bzw. abgestimmtes Vorgehen oder die Notwendigkeit zur Entwicklung einer Strategie und betonen hierbei v.a. das Erfordernis nach einer Kooperation von Akteursgruppen sowie dem formellen und informellen Instrumentarium (vgl. BAURIEDL 2011, S. 11; BIRKMANN ET AL. 2010, S. 32; FLEISCHHAUER, BORNEFELD 2006, S. 170; SCHLIPF ET AL. 2008, S. 80-81). Dieses Erfordernis nach verstärkter Kooperation, welches im Klimawandeldiskurs identifiziert werden kann, steht im Einklang mit den generellen Entwicklungstendenzen in der räumlichen Planung und

Entwicklung: Kooperationen sind in den letzten zwei Jahrzehnten immer wichtiger geworden (vgl. SELLE 2005, S. 52; ähnlich DILLER 2002, S. 35)⁴⁰. Dies zeigt sich auf Landes- bzw. regionaler Ebene in der Rücknahme regulativer Instrumente zugunsten von Instrumenten, die auf Verhandlungen, marktwirtschaftlichen Anreizen oder Wettbewerben basieren (vgl. FÜRST 2011B, S. 52). Ausdruck hiervon sind z.B. regionale Entwicklungskonzepte (vgl. EBD.), wie sie auch in der ländlichen Entwicklung über LEADER und ILE gefördert werden. Die räumliche Planung und Entwicklung ist durch verschiedene Kooperationsformen gekennzeichnet: Von den *Kooperationsformen* nach § 13 ROG, d.h. den Instrumenten der raumordnerischen Zusammenarbeit (vgl. SCHMIDT-EICHSTAEDT 2011, S. 631 s. ausführlich JACOBY 2011), unterscheidet DILLER u.a. „struktur- und wirtschaftspolitische Ansätze“ (vgl. DILLER 2002, S. 69-80). Auf der regionalen Ebene bestehen u.a. durch die gestiegene Bedeutung von Fachplanungen und die diversen Fördermöglichkeiten eine Vielzahl an sektoralen räumlichen Entwicklungsaktivitäten (wie z.B. aus der Regional- und Agrarpolitik) (vgl. FÜRST 2011A, S. 56; WEICK 2012A, S. 1; DILLER 2012A, S. 17; VALLÉE 2012B, S. 6-7). Hierzu zählt auch die Förderung über LEADER und ILE. Eine systematische Vernetzung der Strukturen und Akteure und eine Abstimmung von Aktivitäten wird jedoch als nicht gegeben angesehen (Parallelstrukturen) (vgl. VALLÉE 2012B, S. 6-7; WEICK 2012A, S. 1). Fürst spricht im Zusammenhang dieser „regionalen Kooperationsformen mit Raumentwicklungsfunktion“ davon, dass hier „[...] faktisch »räumliche Planung ohne die Raumplanung« betrieben“ (FÜRST 2010B, S. 106) und daher eine Abstimmung erforderlich wird. Diese Abstimmung wird nicht nur in dem Klima- sondern wurde auch schon in dem Nachhaltigkeitsdiskurs gefordert sowie der hiermit verbundene Bedarf, „[...] die fragmentierten, sektoralisierten Politikstrukturen über räumliche Gesamtplanungen zu integrieren und über die Weiterentwicklung der Regionalplanung zum Regionalmanagement zu dynamisieren“ (KNIELING ET AL. 2003, S. 4). Über das aus diesen und weiteren Gründen gewandelte Planungsverständnis heraus wird seit vielen Jahren der Anspruch an die (formelle) Raumplanung bzw. v.a. an die Regionalplanung gerichtet, sich hin zu einer Entwicklungsplanung zu orientieren und kooperative Handlungsformen einzusetzen (vgl. KNIELING 2006, S. 74). Dies wird beschrieben als kooperative Regionalplanung (vgl.

⁴⁰ S. hierzu z.B. BLOTEVOGEL 2011, S. 189; FÜRST, KNIELING 2005, S. 531-532; DILLER 2002, S. 69; KNIELING 2003, S. 476. Der Begriff Kooperation ist z.T. nur schwer von anderen Begriffen abgrenzbar (vgl. FÜRST, KNIELING 2005, S. 531). Benachbarte Begriffe sind u.a.: Netzwerke, Regional Governance, Informelle Planung, Regionalmanagement (vgl. EBD.; DILLER 2002, S. 47). Koordination / Kooperation werden häufig synonym oder in ähnlichen Zusammenhängen verwendet. Dabei kann aber ihre Verwendungsweise unterschieden werden: Bei einigen Autoren zeigt sich die Verwendung von Koordination zur Beschreibung von formellen Abstimmungsprozessen und von Kooperation für informelle Abstimmungsprozesse (vgl. z.B. DILLER 2002, S. 35; SCHMIDT-EICHSTAEDT 2011, S. 631; SELLE 1996, S. 65).

KNIELING ET AL. 2003) oder findet in aktuelleren Veröffentlichungen als „strategische Regionalplanung“⁴¹ (vgl. ARL 2011a; VALLÉE 2012A) ihren Niederschlag.

Kooperationen sind somit zum einen als (informelles) Instrument selbst bedeutender geworden sowie zum anderen als Handlungsmodus in der formellen Raumplanung und durch das Erfordernis der Abstimmung von formellen und informellen Instrumenten der räumlichen Planung und Entwicklung. Diese Abstimmung wird, wie dargestellt, vor dem Hintergrund des Klimawandels als bedeutendes Element zur Erzielung einer Strategie, v.a. auf regionaler Ebene, erachtet. Das Zusammenwirken formeller und informeller Instrumente im Sinne einer koordinierten Raumentwicklung muss dabei nicht zwangsläufig einer strategischen Planung entsprechen – aber doch wird dieses Zusammenspiel von HUTTER (unter Bezugnahme auf HUTTER 2006 und WIECHMANN 2008) als „[...] ein zentrales Charakteristikum einer strategisch orientierten Regionalentwicklung [...]“ bezeichnet (HUTTER 2012, S. 34). In diesem Sinne soll in dieser Arbeit die Kooperation von formellem und informellem Instrumentarium auf regionaler Ebene hinsichtlich Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel genauer betrachtet werden. Wird mit der Kooperation formeller und informeller Instrumente das ‚Was?‘ benannt, wird mit der Verbindung zur strategischen Planung das ‚Wie?‘ näher bestimmt: In dem Verständnis von strategischer Planung als „kollektiven Prozess der Handlungskoordination bezogen auf eine gemeinsame Handlungsrichtung“ (FÜRST 2011A, S. 60), geht es in dieser Arbeit darum zu untersuchen, ob eine Kooperation zwischen der formalrechtlichen Raumplanung und LEADER / ILE hinsichtlich eines abgestimmten Handelns stattfindet. D.h. die Kooperation hat ein gemeinsames Ziel (hier: Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel), auf den das Handeln ausgerichtet ist. Das Handeln wird geleitet durch ein strategisches Konzept bzw. einen strategischen Diskurs. LEADER und ILE sind Prozesse auf lokal-regionaler Ebene. Gemäß der Bedeutung der regionalen Raumordnung in Prozessen zur kooperativen Raumplanung o.ä. (s.o.) und in dem Klimawandeldiskurs in der Raumplanung (s. Kap. 2.2.1), fokussiert sich diese Arbeit auf die Kooperation der LEADER- und ILE-Regionen mit der Regionalplanung.

⁴¹ Das Modell der „Strategischen Regionalplanung“ wurde von dem gleichnamigen ARL-Arbeitskreis entwickelt (vgl. ARL 2011A; VALLÉE 2012A). Die Frage nach der Trägerschaft strategischer Planung stellt sich hier nicht - dieses Modell geht davon aus, dass vor dem Hintergrund aktueller Herausforderungen (z.B. Klimawandel) eine Veränderung der Ordnungs- und Entwicklungsfunktion von Regionalplanung notwendig ist (vgl. VALLÉE 2012B, S. 4).

3.3.3 Zwischenfazit: Einordnung in die Forschungsarbeit

Wie aufgezeigt, soll in dieser Forschungsarbeit untersucht werden, ob eine Kooperation bzw. ein Zusammenwirken von Regionalplanung und LEADER / ILE im Sinne eines strategischen Vorgehens hinsichtlich Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel vorhanden ist. Die Analyse der Kooperation zwischen formellen und informellen Instrumenten der räumlichen Planung und Entwicklung bildet daher einen Baustein in dieser Untersuchung nach dem analytischen Regional Governanceansatz. Strategische Planung wird von HAMEDINGER als „eine planungspolitische Widerspiegelung des Übergangs vom Government zum Governance“ angesehen (2008b, S. 124). Governance und strategischer Planung ist gemein, dass sie sich von einem eher linearen Steuerungsverständnis abwenden bzw. dieses um ein umfassenderes Steuerungsverständnis erweitern. In der strategischen Planung wird durch die Betonung der Emergenz von Strategien anerkannt, dass eine umfassende Steuerung nicht möglich ist. Dies spiegelt sich auch im Governancediskurs wider, in dem im Gegensatz zu der Steuerungstheorie nicht mehr von Steuerungssubjekt und -objekt ausgegangen, sondern zunehmend von ‚Regelung‘ gesprochen wird. Strategische Planung wie Governance betonen die stärkere Kooperation von Akteuren, gerade auch zwischen öffentlichen und privaten Partnern sowie die Integration von verschiedenen Politikfeldern (vgl. DANGSCHAT ET AL. 2008, S. 359; HAMEDINGER 2008A, S. 152). Die Berücksichtigung von Akteuren und Institutionen wird als Gemeinsamkeit beider Ansätze gesehen (vgl. WIECHMANN 2008, S. 139), wobei die Gewichtung unterschiedlich ist: „Analytisch betont ‚Regional Governance‘ die Gestaltung der ‚Context‘-Dimension von Strategieentwicklung, während die Strategieforschung den Blick stärker auf die Gestaltung der ‚Process‘-Dimension von Strategieentwicklung legt“ (EBD.)⁴². Strategieforschung richtet seinen Blick eher auf das Handeln einzelner Akteure (vgl. EBD.). Die strategische Planung ist daher geeignet, um sie in die, durch den Regional Governanceansatz geleitete, Analyse dieser Arbeit einzubeziehen.

Die in diesem Kapitel dargestellten Ansätze strategischer Planung werden in zweifacher Weise verwendet: Zum einen dienen sie der Entwicklung von *Analysekategorien*, zum anderen zur Ableitung von *Bewertungsmaßstäben*. In der Analyse geht es in einem ersten Schritt darum, Interdependenzen zwischen der Regionalplanung und LEADER bzw. ILE zu identifizieren. Nach WEICK setzt die Koordination von verschiedenen räumlichen Entwicklungsaktivitäten „interdependente Aktivitätsfelder“ voraus,

⁴² „Context“-Dimension = Strukturen, Organisationen, Regeln, Normen; „Process“-Dimension = Konflikte, Konsens, Interessen, Macht (vgl. WIECHMANN 2008, S. 91).

die sich auf die Problemlage, die Ziele und die zur Verfügung stehenden Mittel (z.B. finanziell, personell etc.) beziehen (vgl. 2012b, S. 5). Die Indikatoren beziehen sich somit auf die institutionellen Rahmenbedingungen, die beteiligten Akteure und die behandelten Themen. In einem zweiten Schritt geht es in der Analyse darum zu überprüfen, ob Elemente einer regionalen Strategiebildung nach linearem oder adaptivem Verständnis identifiziert werden können. Das Verständnis strategischer Planung und hier vor allem die Unterscheidung von linearem und adaptivem Strategieverständnis hilft die instrumentelle Zusammenarbeit differenzierter zu betrachten: Somit kann auch unbewusstes bzw. nicht direkt gesteuertes Handeln erfasst werden. Das bedeutet in dieser Arbeit, dass eine „Strategie“ nicht aus einem formellen Konzept bzw. Dokument bestehen muss, sondern sich auch aus dem Diskurs und dem Handeln der Akteure ergeben kann.

3.4 Zusammenfassung: Operationalisierung der Ansätze für die Methodik

In der Diskussion des Klimawandels in der räumlichen Planung und Entwicklung wird besonders auf die Ansätze und Konzepte zu (Regional) Governance, Partizipation und strategischer Planung Bezug genommen. Diese Ansätze wurden in diesem Kapitel erläutert und auf ihre Relevanz für diese Arbeit hin geprüft. Dazu wurden die Beziehungen zwischen den einzelnen theoretischen und konzeptionellen Strängen dargestellt. Die Verwendung der theoretischen Ansätze wurde bereits in den jeweiligen Unterkapiteln dargestellt. An dieser Stelle soll ihre Relevanz für die Methodik der Arbeit zusammengefasst werden.

Wie in Kapitel 3.1.3 dargestellt, wird die Analysefunktion des Governancekonzepts als ihr Vorteil und Mehrwert angesehen. Auch wenn einige Autoren zusätzlich das normative Governanceverständnis als geeignet ansehen, um das Steuerungshandeln bzw. Planungshandeln kritisch reflektieren zu können (also um eine Bewertung vorzunehmen), folgt diese Arbeit der Ansicht, dass das normative Governanceverständnis als Bewertungsmaßstab nicht ausreicht. In der normativen Governancediskussion finden sich zwar Schlagworte wie „Transparenz“, „Partizipation“, „Legitimation“ u.ä. wieder. Diese sind aber nicht in einem einheitlichen „normativen Governancekonzept“ definiert, so dass für die Bewertung andere Maßstäbe zugrunde gelegt werden müssen. Diese lassen sich in anderen theoretischen Ansätzen und Konzeptionen finden (s.u.). In dem Kapitel 3.2 wurden die für diese Arbeit grundlegenden Begrifflichkeiten Partizipation, Legitimation und Konsens geklärt und definiert. Diese dienen sowohl

der Präzisierung des analytischen Regional Governanceansatzes als auch der Entwicklung der Bewertungsmaßstäbe für den Aspekt der Beteiligungsfunktion. Die Begriffe strategische Planung und Kooperation wurden im Kapitel 3.3 aufbereitet. Ebenso wie für die Partizipation (s.o.) werden mit Hilfe der dargestellten Konzepte und Ansätze zur strategischen Planung und Kooperation die Indikatoren für die Analyse nach dem Regional Governanceansatz entwickelt. Des Weiteren werden hieraus die Maßstäbe abgeleitet, um bewerten zu können, ob eine Kooperation zwischen LEADER / ILE und der formellen Raumplanung stattfindet, um ein abgestimmtes (strategisches) Vorgehen hinsichtlich des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel zu erzielen.

Tab. 10: Operationalisierung der Theorien / Konzeptionen für die Analyse und Bewertung

Quelle: eigene Darstellung

	Bewertung	Relevanz für die Methodik
Regional Governance	<ul style="list-style-type: none"> • analytischer Ansatz als Mehrwert • mit dem normativen Ansatz verbundene Schlagwörter (hier: Legitimation) als Bewertungsmaßstab nicht ausreichend 	<ul style="list-style-type: none"> • Verwendung des analytischen Ansatzes (nach Benz, Fürst 2003) als Rahmen für die Analyse • Konkretisierung der Evaluierungsziele durch klimabezogene Governanceansätze
Partizipation	<ul style="list-style-type: none"> • Begriff Partizipation / Beteiligung allein wenig aussagekräftig • Differenzierung von Beteiligungsziel, -funktion, Akteursgruppen und -rollen notwendig • Bewertung der Beteiligungsfunktionen erfordert eine Ergänzung durch politik- und sozialwissenschaftliche Ansätze 	<ul style="list-style-type: none"> • Ergänzung des analytischen Regional Governanceansatzes (Analysekategorien) • Entwicklung der Bewertungsmaßstäbe aus politik- und sozialwissenschaftlichen Ergänzungen hinsichtlich Legitimierung und Wissensvermittlung
Strategische Planung	<ul style="list-style-type: none"> • Konzept der strategischen Planung (linear / adaptiv) ermöglicht differenzierte Betrachtung als der Begriff Kooperation 	<ul style="list-style-type: none"> • Ergänzung des analytischen Regional Governanceansatzes (Analysekategorien) • Entwicklung der Bewertungsmaßstäbe aus dem Modell zur regionalen Strategiebildung

4 Forschungsdesign und Methodik

Das Forschungsdesign ist nach RAGIN als ein „Plan“ für die Datenerhebung und -analyse zu sehen, um eine Antwort auf die jeweilige Forschungsfrage zu erhalten (vgl. RAGIN 1994, S. 191 zit. in: FLICK 2011A, S. 173). Neben der Zielsetzung und Fragestellung der Untersuchung (s. Kap. 1.3.2) und der theoretischen Einbettung (s. Kap. 2, 3) gehört zum Forschungsdesign u.a. die Darlegung der verwendeten Methoden und des ausgewählten Materials (vgl. EBD. 2010, S. 253). Die Forschungsarbeit folgt im Rahmen einer planungswissenschaftlichen Evaluation einem fallstudienbasierten Ansatz, der Methoden der qualitativen empirischen Sozialforschung berücksichtigt.

4.1 Einordnung in die planungswissenschaftliche Evaluationsforschung

„Evaluation(sforschung) ist angewandte Sozialforschung. Und angewandte Sozialforschung ist zum großen Teil Evaluation“ (V. KARDORFF 2010, S. 239; Hervorhebung im Original).

Eine Evaluation ist immer ein bewertender Vorgang (vgl. EBD., S. 243; STOCKMANN 2010A, S. 17), nicht jede Bewertung stellt aber auch eine Evaluation dar (vgl. STOCKMANN 2010C, S. 9). Daher wird diese nach der Deutschen Gesellschaft für Evaluation (DeGEval) definiert als

„die systematische Untersuchung des Nutzens oder Wertes eines Gegenstandes. [...] Die erzielten Ergebnisse, Schlussfolgerungen oder Empfehlungen müssen nachvollziehbar auf empirisch gewonnenen qualitativen und/oder quantitativen Daten beruhen.“ (DEGEVAL 2008, 15).“

Bei Evaluationen handelt es sich demzufolge um einen *systematischen* und *nachvollziehbaren* Bewertungsvorgang. Der Gegenstand von Evaluationen kann sehr unterschiedlich sein: Neben Programmen, Gesetzen und Maßnahmen können auch Organisationen, Personen und Prozesse evaluiert werden (vgl. EBD.; STOCKMANN 2010B, S. 67; WIDMER 2006, S. 86). Die Entwicklung der Evaluation ist eng gekoppelt an politische Bestrebungen (z.B. Reformen) und staatliche Nachfrage (vgl. STOCKMANN 2010A, S. 43). In der Stadt- und Regionalentwicklung nahm die Bedeutung von Evaluationen v.a. in den 1990er Jahren zu und spielt u.a. aus Gründen der Kontrolle der Mittelverwendung von EU-Programmen eine wichtige Rolle (vgl. SEDLACEK 2004, S. 19-22). Bei REK und beim RM sind Evaluationen Fördervoraussetzung (vgl. DILLER 2012B, S. 1). Diese Nähe von Evaluationen zur Politik und ihr wissenschaftlicher Anspruch zeigt die „Dualität“

von Evaluation, „die darin zum Ausdruck kommt, dass sie einerseits Teil der empirischen Sozialforschung ist und sich ihrer Theorien und Methoden bedient, aber andererseits auch Teil des politischen Prozesses, den sie selbst mit ihren Ergebnissen beeinflusst“ (STOCKMANN 2010B, S. 59). Evaluationen können wissenschaftliche Ziele verfolgen oder in Auftrag gegeben werden; letztere sind daher stark an außerwissenschaftlichen Zielen und Interessen ausgerichtet (vgl. EBD., S. 57; KROMREY 2002, S. 96f. zit. in: EBD.; STOCKMANN 2010B, S. 59). Bei dieser Forschungsarbeit handelt es sich um eine wissenschaftliche Evaluation, bei der folglich das Erkenntnisinteresse im Vordergrund steht (vgl. EBD. 2007, S. 37).

Evaluationen können somit unterschiedliche Funktionen erfüllen: Während einerseits die reine Informationsgewinnung und Wissenserweiterung beabsichtigt wird, können Evaluationen andererseits auch strategisch und steuernd eingesetzt werden (Entscheidungsvorbereitung, Legitimation von Entscheidungen, Optimierungsabsichten) (vgl. STOCKMANN 2010A, S. 16; EBD. 2010B, S. 64; WIDMER 2006, S. 88; WIECHMANN, BEIER 2004, S. 388; WIECHMANN ET AL. 2012, S. 81). Die Evaluation dieser Arbeit dient sowohl der Informationsgewinnung und Wissensgenerierung, aber auch dazu das Instrumentarium der ländlichen Raumentwicklung hinsichtlich des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel zu optimieren. Die Evaluation ist auf unterschiedlichen Stufen dieser Prozesse angesiedelt. Nach DILLER können in der räumlichen Planung verschiedene Evaluationsstufen differenziert werden: angelehnt an den „policy cycle“ unterscheidet er verschiedene Evaluationsstufen bzw. -typen für die Regionalplanung (vgl. EBD. 2012B, S. 6-7). Diese können aber auch abgewandelt auf die in dieser Arbeit betrachteten Prozesse der ländlichen Regionalentwicklung übertragen werden. Demnach werden die folgenden Stufen unterschieden:

- Input: Organisationsmodell der Regionalplanung (hier: der LEADER- und ILE-Regionen)
- Throughput: Verhandlungsprozesse zur Planerstellung (hier: Verhandlungen in den Regionen zur Erstellung der Konzepte und Entscheidung über die Projekte)
- Output: Ergebnisse der Abstimmung (hier: beschlossene / umgesetzte Projekte)
- Outcome: Wirkungen mit verschiedener Reichweite (*hier nicht berücksichtigt*)⁴³
- Impact: Vergleich Outcome mit Entwicklungsindikatoren (*hier nicht berücksichtigt*)

⁴³ Der Begriff der „Wirkung“ ist in der Theorie nicht genau gefasst: Aufsätze zur Wirkungsevaluation zeigen unterschiedliche Zuordnungen zu den Phasen des „policy cycle“, d.h. ob sie dem *output* (Leistungserbringung), dem *outcome* (Wirkung bei den direkten Adressaten) oder dem *impact* (gesellschaftliche Auswirkungen) zugeordnet werden (vgl. WIDMER 2006, S. 86-87; STOCKMANN 2010B, S. 69).

Die vorliegende Dissertation ist eine Evaluation der LEADER- und ILE-Prozesse in ausgewählten Fallstudien (s. Kap. 4.4.2). Gegenstand der Evaluation sind also Prozesse der ländlichen Entwicklung der Förderperiode der EU 2007 - 2013 in räumlich abgegrenzten Gebieten. Die Evaluation fand in den Jahren 2012-2014 statt, daher wird sie, obwohl die Prozesse noch nicht vollständig abgeschlossen waren, als Ex-post-Evaluation eingeordnet. Ziel ist daher zunächst eine zusammenfassende Bewertung (summative Evaluation) (zu den Analyseperspektiven einer Evaluation s. STOCKMANN 2010B, S. 75-76; WIECHMANN, BEIER 2004, S. 388). Da über die abgeleiteten Handlungsempfehlungen hinaus auch Verbesserungsvorschläge für die zukünftige ländliche Regionalentwicklung gegeben werden, trägt diese Evaluation auch einen formativen Charakter. Da sie zum Teil prozessbegleitend durchgeführt wurde, wurde die Datenerhebung erleichtert: Die beteiligten Akteure konnten leichter angesprochen werden und ihre Erinnerung an den Prozess war aktueller. Es zeigte sich, dass viele Akteure Schwierigkeiten hatten, über den Prozessbeginn Auskunft zu geben. Auch der Zugang zu Dokumenten war hierdurch erleichtert (s. hierzu auch WIECHMANN ET AL. 2012, S. 89). Die Perspektive der Evaluation ist auf die Outputs der Prozesse im Sinne einer ersten Stufe der Wirkungsentfaltung (z.B. Strukturen, Projekte) sowie dem Input (Organisationsmodelle) und dem Throughput (Verhandlungsprozesse) gerichtet.

Die Evaluation von Regionalen Entwicklungskonzepten, und somit der LEADER- und ILE-Förderung sollte aufgrund der genannten Schwierigkeiten (s.o.) mit qualitativen Methoden und Kriterien durchgeführt werden (vgl. WIECHMANN, BEIER 2004, S. 394). Das methodische Vorgehen der qualitativen Sozialforschung ist zudem geeignet, da das Verstehen sozialer Prozesse im Vordergrund steht (s. Kap. 4.4.1). Damit unterliegt die Arbeit den Prinzipien der qualitativen Sozialforschung, z.B. einer eingeschränkten Generalisierbarkeit (vgl. V. KARDORFF 2010, S. 245-246). Zwar ist eine Übertragbarkeit nicht ausgeschlossen, diese muss aber vor dem Hintergrund der jeweiligen Implementationsbedingungen gesehen werden (vgl. EBD., S. 246).

4.2 Analyse und Bewertung

Obwohl bei Evaluationen eine Bewertung vorgenommen wird, „[...] handelt es sich keineswegs um Werturteile, sondern die Ergebnisse werden anhand der im Entdeckungszusammenhang festgelegten Kriterien beurteilt“ (vgl. STOCKMANN 2010B, S. 60). Es ist wichtig die *Sach-* und *Wertebene* (bzw. indikative und normative Elemente) voneinander zu trennen, obwohl diese Forderung nicht immer einfach umzusetzen ist (vgl. JESSEL, TOBIAS 2002, S. 147; KNOSPE 2001, S. 55; SCHOLLES 2008A, S. 518). Diese

Trennung soll hier durch die Unterscheidung eines deskriptiven Teils auf Grundlage eines Kriterien- und Indikatorensets sowie dem Bewertungsteil vorgenommen werden. Das Kriterien- und Indikatorenset für die Analyse sowie die Bewertungsmaßstäbe werden in den folgenden Kapiteln dargelegt. Die Grundlage für das Kriterien- und Indikatorenset bildet der analytische Regional Governanceansatz nach Benz und Fürst. Die Bewertungsmaßstäbe werden aus den Diskursen zu Klimawandel und räumlicher Planung / Entwicklung sowie aus theoretisch-konzeptionellen Arbeiten zu Partizipation und strategischer Planung abgeleitet.

4.2.1 Kriterien- und Indikatorenset für die Analyse

Das Kriterien- und Indikatorenset lehnt sich an den analytischen Regional Governance-Ansatz nach BENZ und FÜRST (2003) an (s. Kap. 3.1.2). Die von BENZ und FÜRST identifizierten Einflussfaktoren auf regionale Kooperationen stellen hier die *Kriterien* der Analyse dar. Für die Operationalisierung werden diese Kriterien auf die Fragestellung dieses Forschungsprojekts angepasst und *Indikatoren* abgeleitet. Indikatoren werden als beobachtbare Sachverhalte definiert, mit denen nicht direkt messbare Umstände und komplexe Systeme erfasst werden können (Anzeigerfunktion) (vgl. BIRKMANN ET AL. 1999, S. 17-18; JESSEL, TOBIAS 2002, S. 137; KNOSPE 2001, S. 60; LAUTH ET AL. 2009, S. 236; MEYER 2007, S. 197,198; SCHNELL ET AL. 2011, S. 7; SCHOLLES 2008B, S. 318-319). Die Auswahl der Indikatoren hat fachlich begründet zu erfolgen (vgl. JESSEL, TOBIAS 2002, S. 138).

Die aus den Einflussfaktoren auf Regional Governance nach BENZ und FÜRST abgeleiteten Analysekriterien und die entsprechenden Indikatoren können Anlage 11.3 entnommen werden. Eine wesentliche Änderung im Vergleich zu den von Benz und Fürst dargestellten Kriterien ist der Bezug auf die Themen Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel: In dieser Analyse wird das „Thema“ der Kooperation nicht als das Thema verstanden, zu dem die Akteure sich hauptsächlich zu einer regionalen Kooperation zusammengeschlossen haben, sondern es soll untersucht werden, welcher Stellenwert Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel in der thematischen Ausrichtung der Kooperation zukommt. Dies gilt auch für die externen Rahmenbedingungen, die danach untersucht werden, inwieweit Impulse für Klimaschutz und Anpassung gesetzt werden (über die Zielorientierung und die geförderten Maßnahmen). Ebenso richten sich die akteursbezogenen Kriterien, neben der Beteiligung der Akteure, ihren Rollen im Prozess etc., auf das Wissen und die Wahrnehmung des Klimawandels, da diese beiden Faktoren Entscheidungen beeinflussen können (s. Kap. 3.2.2).

Als Ergänzung zu dem ursprünglichen Analyseansatz ist der Kriterienbereich zur Untersuchung der Zusammenarbeit zwischen den LEADER- und ILE-Regionen und der Regionalplanung enthalten. Die Zusammenarbeit setzt nach WEICK interdependente Aktivitätsfelder voraus (vgl. 2012B, S. 4-5). Deshalb wird mit den Kriterien zum einen untersucht, inwieweit Interdependenzen auf organisatorischer, personeller und inhaltlicher Ebene gegeben sind. Zum anderen geht es um die Identifizierung bestehender Zusammenarbeitsformen und ob eine Abstimmung der Regionalplanung und LEADER / ILE hinsichtlich Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel stattfindet.

4.2.2 Bewertungsrahmen

Bei einer Evaluation ist es grundlegend, die angesetzten Wertmaßstäbe offen zu legen (vgl. v. KARDORFF 2010, S. 243; STOCKMANN 2010A, S. 17). Die Kriterien für die Bewertung des empirischen Materials werden theoretisch fundiert vorab definiert (vgl. MEYER 2010, S. 232), d.h., es werden für die Bewertung Vergleichswerte gebildet (vgl. EBD. 2007, S. 197). Die Vergleichswerte werden in dieser Arbeit durch die in Kapitel 3 vorgestellten Theorien und Konzepte gebildet. Aus ihnen werden die Bewertungsmaßstäbe abgeleitet. Die Bewertung erfolgt hinsichtlich der in Kapitel 2 identifizierten Diskurse um die Anforderungen, die der Klimawandel an das Instrumentarium der räumlichen Planung und Entwicklung, besonders das informelle Instrumentarium, stellt. Diesbezüglich wird die Bewertung nach drei Dimensionen vorgenommen:

1. Inhaltliche Integration von Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel in die Prozesse und Ergebnisse der LEADER- und ILE-Regionen
2. Funktion der Beteiligung hinsichtlich der Legitimation und Konsensbildung sowie der Informationsfunktion
3. Kooperation von LEADER und ILE mit der Regionalplanung hinsichtlich einer regionalen Strategiebildung

Die Bewertung erfolgt auf zwei Ebenen: Zum einen werden die Prozesse im Förderzeitraum 2007 - 2013 und die in diesem Zeitraum erzielten Ergebnisse (v.a. der umgesetzten Projekte) bewertet. Dies spiegelt den „*Status quo*“ wieder. Für die Ableitung der Möglichkeiten und Grenzen der Instrumente LEADER und ILE ist es zum anderen aber auch wichtig, Einflussfaktoren innerhalb der drei Dimensionen zu identifizieren. Daher werden auf einer zweiten Ebene die vorher analysierten Faktoren hinsichtlich ihrer *fördernden oder hemmenden Wirkung* bewertet. Dieses Vorgehen ist explorativer angelegt und stützt sich weniger auf theoretische Annahmen, sondern auf die in

der Empirie erlangten Erkenntnisse. So wurde eine Einstufung als fördernd oder hemmend bereits durch die interviewten Experten vorgenommen.

Die Bewertung folgt dem *verbal-argumentativen Ansatz* (vgl. SCHOLLES 2008c). Eine genaue Methodik ist nicht definiert, das verbal-argumentative Vorgehen umfasst verschiedene Ansätze und ist sinnvoll, wenn eine quantifizierende Bewertung nicht möglich ist (vgl. KNOSPE 2001, S. 95; SCHOLLES 2008c, S. 503-504). Der Ansatz „[...] basiert auf einer deskriptiven Bewertung [...] durch logische Verknüpfungen von Sachinformationen [...]“ (KNOSPE 2001, S. 6). In dieser Arbeit mündet die Bewertung in eine Rangordnung, bei der die Erfüllung der Kriterien argumentativ eingeordnet wird (vgl. SCHOLLES 2008c, S. 504). Im Folgenden werden die theoretische Fundierung der Bewertungsmaßstäbe und die zu Grunde liegenden Kriterien dargelegt. Die Darstellung der Bewertungsmaßstäbe erfolgt zur besseren Übersicht im Kapitel 7.

Bewertung inhaltliche Integration

Die Bewertung der inhaltlichen Integration stützt sich auf Erkenntnisse der Forschung zu Klimaschutz und Anpassung allgemein und im Zusammenhang mit der räumlichen Planung und Entwicklung (s. Kap. 1.3.1, 2.2 und 3.1.1.2). Demnach sind Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel als Querschnittsthemen in andere Themenfelder mit aufzunehmen.

Tab. 11: Bewertungskriterien inhaltliche Integration

Quelle: eigene Darstellung

	Bewertungsziel	berücksichtigte Kriterien
Status Quo	Inhaltliche Integration von Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel	1.1 Inhaltliche Ausrichtung der Zieleebene
		1.2 Inhaltliche Ausrichtung der Maßnahmen-ebene
		1.4 Verhandlung des Klimawandels, Klimaschutz und Anpassung
Einflussfaktoren	Einflussfaktoren auf die Integration von Klimaschutz und Anpassung	1. Thematische Ausrichtung und situative Rahmenbedingungen
		2. Akteure und Akteurskonstellation
		3. institutionelle Rahmenbedingungen - intern
		3. institutionelle Rahmenbedingungen - extern

Auch wenn unbewusst zu Klimaschutz und Anpassung beigetragen werden kann, setzt eine vorausschauende Anpassung bewusst geplante Maßnahmen voraus. Dies gilt besonders, um mögliche Konflikte zwischen den verschiedenen Maßnahmen, auch des Klimaschutzes, identifizieren und lösen zu können. Für die Regionalent-

wicklung nach LEADER und ILE ist somit eine Integration auf zwei Ebenen erforderlich: Zum einen auf Ebene des regionalen Entwicklungskonzeptes, d.h. in der Erarbeitung des Konzeptes und im Konzept selbst über die SWOT-Analyse, das Zielsystem und die abgeleiteten Handlungsfelder. Zum anderen auf Ebene der Projekte, d.h. die Auswahl der Projekte (Projektbewertungskriterien und Diskussion der Projekte im Entscheidungsgremium) und die Inhalte der Projekte selbst.

Bewertung der Funktion der Beteiligung

Die Beteiligung in dem jeweiligen LEADER- oder ILE-Prozess wird dahingehend bewertet, inwiefern sich eine Legitimierung auf der Basis von Konsensbildungsprozessen ergibt und inwiefern der Beteiligungsprozess in LEADER und ILE eine Informationsfunktion einnehmen kann (d.h. Verbreitung von Wissen über Klimaschutz und Anpassung sowie Generierung von Wissen im Prozess). Diese Informationsfunktion wird als erste Stufe der Befähigung von Akteuren für Klimaschutz und Anpassung (inhaltlich-emanzipatorische Funktion) und zusammen mit der Konsensbildung der Schaffung von Akzeptanz (Akzeptanzfunktion, s. Kap. 3.2.2) gesehen. Die unterschiedlichen Legitimations- und Konsensbegriffe sowie die Kritik an ihnen sind in Kapitel 3.2.2 aufgearbeitet worden. Als Bewertungsmaßstäbe werden hier die Input- und Throughputlegitimation (vgl. SCHARPF 2000; HEINELT 2006) und Kriterien zur Bewertung von Konsensbildungsprozessen nach INNES und BOOHER (1999) verwendet. Die Bewertung beschränkt sich auf Input- und Throughput bzw. Prozesskriterien. Die Bewertung der Outputlegitimation ist aufgrund kaum vorhandener Projekte zu Klimaschutz und Anpassung nicht möglich. Zudem wird in den Diskursen zu Klimawandel und Raumplanung die Prozessdimension betont. Im Rückgriff auf diese Konzepte und Theorien gründet sich der Bewertungsmaßstab auf:

- den freien Zugang zur LAG,
- die Wahl des Entscheidungsgremiums,
- die Repräsentation verschiedener Akteursgruppen und Interessensvertreter,
- diskursive Verfahren (Entscheidungen setzen Diskussionen voraus) und
- dem Entscheidungsprinzip (Verhandlungen, Abstimmung nach dem Mehrheits- oder Einstimmigkeitsprinzip, Entscheidungen auf Basis klarer Regeln).

Zudem ist der Gegenstand der Beteiligung bzw. der Konsensbildung, d.h. das „Was?“ der Beteiligung, in die Untersuchung von Beteiligungsprozessen einzubeziehen (vgl. SELLE 2000, S. 141).

Die Bewertung der *Informationsfunktion* schließt an die o.g. Kriterien an: Es geht nicht darum, zu bewerten, welches Wissen in dem Prozess generiert und weitergegeben wird (eigener Forschungsbereich Wissenstransfer), sondern die Arbeit fokussiert sich darauf zu bewerten, inwiefern die Beteiligung in dem Prozess die Information der Akteure über Klimaschutz und Anpassung ermöglicht. Die Information von Akteuren und die Bewusstseinsbildung sind aufgrund der häufig fehlenden Problemwahrnehmung zentrale Komponenten im Prozessmodell für regionale Anpassungsstrategien an den Klimawandel von FROMMER (vgl. FROMMER 2010A, S. 57ff.). Frommer hebt hervor, dass neben der nicht-persönlichen Wissensvermittlung (z.B. Broschüren), die persönliche Wissensvermittlung über die Einbindung der Akteure wichtig ist (vgl. EBD., S. 57-59). Daher wird bewertet, ob und inwiefern in den verschiedenen Beteiligungs- und Informationsformaten (z.B. AGs, Entscheidungsgremium, Öffentlichkeitsarbeit) Wissen über den Klimawandel bzw. Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel weitergegeben wird. Eine wichtige Rolle nehmen hier organisierte Akteure ein, die als Multiplikatoren für die Informationsvermittlung dienen können (vgl. EBD., S. 60).

Tab. 12: Bewertungskriterien Beteiligungsfunktion

Quelle: eigene Darstellung

	Bewertungsziel	berücksichtigte Kriterien
Status quo	Beteiligungsfunktion (Legitimationsfunktion*, Informationsfunktion**)	2.1 Akteurszusammensetzung (LAG / KK)*
		2.5 Machtverhältnisse*
		2.6 Präferierter Handlungsmodus*
		2.7 Umgang mit Interessenskonflikten*
		3.1 Organisations- und Entscheidungsstrukturen*
		2.2 Rollen der Akteure*, **
		3.2 Organisation der Öffentlichkeitsbeteiligung*, **
		3.3 Öffentlichkeitsarbeit*, **
		1.3 Art der Projekte**
		1.5 Vorhandensein klimabezogener Strukturen / Aktivitäten**
Einflussfaktoren	Einflussfaktoren auf die Beteiligungsfunktion	2. Akteure und Akteurskonstellation
		3. institutionelle Rahmenbedingungen - intern
		3. institutionelle Rahmenbedingungen - extern

Bewertung Kooperation im Sinne einer regionalen Strategiebildung

Die Begriffe und Konzepte zu Kooperation und Strategischer Planung sind in Kapitel 3.3 erörtert worden. An dieser Stelle wird noch einmal hervorgehoben, dass Kooperation nicht mit Strategischer Planung gleichgesetzt werden kann und eine Strategie nicht unbedingt eine unmittelbare Kooperation voraussetzt. Ein wesentlicher Bestand-

teil des Klimadiskurses in der räumlichen Planung und Entwicklung rückt die Zusammenarbeit bzw. Abstimmung von formellen und informellen Instrumenten hinsichtlich eines gemeinsamen, strategischen Vorgehens in den Mittelpunkt. Somit gilt es hier zu bewerten, ob eine Kooperation bzw. Zusammenarbeit der Instrumente stattfindet und ob in dieser Kooperation Elemente der Strategieentwicklung (nach WIECHMANN 2008) identifiziert werden können. Eine vollständige Strategiebildung liegt vor, wenn entweder nach dem linearen Verständnis ein strategisches Konzept, dadurch induziertes Verhalten und demzufolge eine Strategieumsetzung, oder nach dem adaptiven Verständnis ein strategischer Diskurs, autonomes strategisches Verhalten mit der Konsequenz der Strategieanwendung vorliegt.

Tab. 13: Bewertungskriterien Beteiligungsfunktion

Quelle: eigene Darstellung

	Bewertungsziel	berücksichtigte Kriterien
Status quo	regionale Strategiebildung / Kooperation LEADER / ILE und Regionalplanung	4.2 strategische Kooperation LEADER / ILE und Regionalplanung
Einflussfaktoren	Einflussfaktoren auf die regionale Strategiebildung / Kooperation LEADER / ILE und Regionalplanung	2. Akteure und Akteurskonstellation
		3. institutionelle Rahmenbedingungen - intern
		3. institutionelle Rahmenbedingungen - extern
		4. regionale Strategiebildung

4.3 Handlungsfelder für Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel in ländlichen Räumen

Für die Analyse der Klimaschutz- und Anpassungsrelevanz der Ziele und Maßnahmen bzw. Projekte der Entwicklungsstrategien und der Politiken reichen die Begriffe *Klimaschutz* und *Anpassung an den Klimawandel* allein nicht aus. Wie das Kapitel 2 gezeigt hat, verbergen sich hinter der Eindämmung des Klimawandels und der Anpassung an seine Folgen in der räumlichen Planung und Entwicklung Handlungsmöglichkeiten in den unterschiedlichsten Bereichen. Um daher nicht nur den beabsichtigten (intendierten) Beitrag zu Klimaschutz oder Anpassung, sondern auch positive nicht-intendierte Wirkungen der Zielausrichtung und Maßnahmen der Förderprogramme, der Zielstruktur der REKs und letztlich der in den Regionen umgesetzten Projekte erfassen zu können, wird in diesem Kapitel eine Systematik erarbeitet, in der auf Basis einer Literaturlauswertung die Begriffe Klimaschutz und Anpassung an den

Klimawandel mit konkreten Handlungsmöglichkeiten hinterlegt werden. So kann gewährleistet werden, dass auch Ziele, Maßnahmen und Projekte erfasst werden, die nicht explizit auf den Klimaschutz oder die Anpassung ausgerichtet sind.

Die Vulnerabilität ländlicher Räume und ihre Potentiale für den Klimaschutz lassen sich am Besten über die in den ländlichen Räumen wichtigsten Sektoren erschließen. Die Landwirtschaft als „flächenbezogener Wirtschaftszweig“ (LFULG 2009, S. 6) und größter Flächennutzer im ländlichen Raum ist als besonders wichtig anzusehen. In dieser Arbeit werden Klimaschutz- und Anpassungsmöglichkeiten nach den Handlungsfeldern

- Land- und Forstwirtschaft,
- Siedlung und Verkehr,
- Natur und Landschaft und
- Tourismus

unterschieden. Als Grundlage für die Abgrenzung der Handlungsfelder dient die Unterscheidung der durch den Klimawandel betroffenen Raumnutzungen nach BMVBS (vgl. BMVBS 2010A, S. 11-12). Die hier ausgewiesenen Raumnutzungen Energie- und Wasserwirtschaft werden nicht gesondert betrachtet, sondern in die relevanten Handlungsfelder integriert. Überschneidungen zwischen einzelnen Handlungsfeldern sind daher möglich. Darüber hinaus sind für alle Handlungsfelder Maßnahmen zur Informationsverbreitung und zum Kapazitätsaufbau („Anpassungskapazität“) als Querschnittsaufgaben aufgenommen. Der Kapazitätsaufbau ist auf allen Ebenen zu sehen und bezieht sämtliche Akteure (öffentlich, privat) mit ein.

4.3.1 Land- und Forstwirtschaft

Die Land- und Forstwirtschaft ist eng mit dem Klima bzw. den klimatischen Bedingungen verbunden und von diesen abhängig (vgl. CHMIELEWSKI 2007, S. 75). Die Landwirtschaft ist hinsichtlich des Klimawandels durch eine Sonderrolle gekennzeichnet: Zum einen trägt sie in nicht unerheblichem Maße durch die Emission von Treibhausgasen (z.B. Tierhaltung, Düngung, Kraftstoffverbrauch) direkt und über Landnutzungsänderungen (z.B. Umbruch Grünland, Entwässerung von Mooren) ausgelöste THG-Emissionen indirekt zum Klimawandel bei (v.a. Methan und Stickoxide) (vgl. CHMIELEWSKI 2007, S. 75; KAPHENGST ET AL. 2009, S. 4-5; NABU 2010, S. 3-4; UBA 2005, S. 69; SMITH ET AL. 2014, S. 818; SRU 2008, S. 454-455). Zum anderen ist sie selbst stark von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen (vgl. CIPRA INTERNATIONAL 2011A, S. 6; DASGUPTA ET AL. 2014, S. 631; KAPHENGST ET AL. 2009, S. 4; NABU 2010, S. 7). Darüber hinaus bindet

sie CO₂ über den Pflanzenanbau und kann durch eine entsprechende Bewirtschaftungspraxis eine Senkenfunktion für Treibhausgase einnehmen (vgl. CHMIELEWSKI 2009, S. 28; SMITH ET AL. 2014, S. 818; UBA 2005, S. 69). Laut Chmielewski ist die Landwirtschaft somit „in dreifacher Hinsicht mit dem Klimawandel verbunden“ (CHMIELEWSKI 2009, S. 28). Die THG-Emissionen der Landwirtschaft werden für das Jahr 2012 vom Bundesumweltministerium auf acht Prozent der gesamten THG-Emissionen (rund 76 Mio. t CO₂-Äquivalente) beziffert (vgl. BMUB 2014, S. 17). Nicht einbezogen werden in diese Rechnung allerdings Landnutzungsänderungen, wie sie sich z.B. aus dem Grünlandumbruch ergeben (vgl. EBD., S. 18). Der NABU beziffert den Anteil der aus Landnutzungsveränderungen hervorgerufenen THG-Emissionen an den Gesamtemissionen der Landwirtschaft mit ca. 30 Prozent (vgl. 2010, S. 4-5). Auch die Forstwirtschaft wird in dieser Berechnung nicht entsprechend berücksichtigt (vgl. BMUB 2014, S. 18). Für die Land- und Forstwirtschaft ergeben sich zahlreiche Minderungspotentiale für THG-Emissionen und Potentiale zur Kohlenstoffspeicherung (s. Tab. 14): u.a. Düngermanagement, energetische und stoffliche Nutzung von Biomasse, Art der Tierhaltung, Erhöhung des Kohlenstoffanteils im Boden, Aufforstung, (vgl. BMUB 2014, S. 18; CIPRA INTERNATIONAL 2011A, S. 13-19, 2012, S. 22-24; SMITH ET AL. 2014, S. 829).

Die Vulnerabilität von Land- und Forstwirtschaft ist regional unterschiedlich und hängt z.B. von der naturräumlichen Ausstattung ab. Generell werden folgende Bereiche als betroffen angesehen (vgl. CIPRA INTERNATIONAL 2011A, S. 9, 2012A, S. 9-14; MKULNV 2011, S. 18-25; UBA 2005, S. 72-74; LFULG 2009, S. 47-71):

- Veränderungen in den Wachstumsperioden
- Verschiebung von Anbauregionen / Verbreitungsarealen
- Ertragsausfälle / -einbußen infolge von Extremwetterereignissen und Pflanzenschädlingen bzw. höhere Anfälligkeit
- Wasserhaushalt
- Bodenerosion
- Tierhaltung

Generell ist von einer stärkeren Ertragsvariabilität auszugehen: Höhere Temperaturen und günstiger Niederschlag können zu Ertragssteigerungen⁴⁴ führen, Extremereignisse (z.B. Hagelschlag, Dürren, Überschwemmungen) und eine stärkere Variabilität bei Temperatur und Niederschlag können aber gegenteilig zu Ertragseinbußen oder gar -ausfällen führen (vgl. LFULG 2009, S. 47).

⁴⁴ Auf mögliche Ertragssteigerungen durch den CO₂-Düngungseffekt wird nicht eingegangen, sondern stellvertretend verwiesen auf z.B. CHMIELEWSKI 2007, S. 76; UBA 2005, S. 68.

Tab. 14: Klimaschutz- und Anpassungsmöglichkeiten im Handlungsfeld Land- und Forstwirtschaft

Quelle: eigene Zusammenstellung nach CHMIELEWSKI 2007; CIPRA INTERNATIONAL 2012A, 2011A; HABER ET AL. 2010; HIRSCHFELD ET AL. 2009; MKULNV 2011; NIGGLI, FLIEßBACH 2009; PORTER ET AL. 2014; SCHLEYER ET AL. 2011; SRU 2008; SMITH ET AL. 2014; WBGU 2009; eigene Ergänzungen

Klimaschutz	Anbauverfahren	Sortenwahl (Erhöhung C-Speicherung)	Informationen / Kapazitätsaufbau
		Fruchtfolgen	
		Agroforstsysteme	
		Forstmanagement	
	schonende Bodenbearbeitung	Häufigkeit / Intensität	
		Direktsaat	
		Mulchverfahren	
	Düngermanagement	Ausbringrate /-häufigkeit / -zeitpunkt	
		präzise Ausbringtechniken und Lagerung	
		Düngemittelart	
	Landnutzung	Grünlandschutz, wasserspeichernde Böden	
		Moorschutz / -rekultivierung	
		Wieder- / Aufforstung	
	energetische / stoffliche Verwertung von Biomasse	Stromerzeugung	
		Wärmeerzeugung	
		(Biokraftstoffe)	
Substitution emissionsintensiver Materialien			
Tierhaltung	Art der Haltung		
	Bestands- / Besatzdichte		
	Wirtschaftsdüngermanagement		
	Bezug der Futtermittel		
Anpassung an den Klimawandel	Anbauverfahren	Sortenwahl / Waldumbau	Informationen / Kapazitätsaufbau
		Saat- / Erntezeitpunkte	
		Anbau- und Aussaatmethoden	
		Schädlingsbekämpfung	
	Bewässerung / Wassermanagement	Wassersammlung	
		Beregnungssysteme	
		Wasserspeicherkapazität der Böden	
	Vorkehrungen / Reaktionen auf Extremereignisse	Waldumbau / naturnahe Wälder	
		Katastrophenschutz hinsichtlich Waldbrände	
	Tierhaltung	technische Anpassung an Hitzestress	
		Schutz vor Krankheitsausbrüchen	
		Änderungen Tierarten	
Anpassung Bestandsdichten			

Ein Konflikt zwischen dem Klimaschutz und der Anpassung an den Klimawandel zeigt sich in den ländlichen Räumen sehr deutlich: die verstärkte Nutzung regenerativer Energien im Sinne des Klimaschutzes hat einen höheren Biomasseanbau und damit eine Intensivierung der Landnutzung zur Folge. Dies kann sowohl negativ für den Klimaschutz selbst sein (Grünland = Senke), als auch für die Anpassung an den Klimawandel, da sich eine intensive Landnutzung negativ auf die Biodiversität auswirkt.

4.3.2 Siedlung und Verkehr

Der ländliche Raum verfügt zwar über eine geringere Siedlungsdichte als städtische Regionen, Klimaschutz- und Anpassungsmöglichkeiten im Handlungsfeld Siedlung und Verkehr sind dennoch auch hier relevant. Aufgrund der geringeren Dichte von ländlichen Siedlungen dürfte die Vulnerabilität hinsichtlich der Überhitzung nicht so ausgeprägt sein wie in größeren Städten. Infrastrukturen sind jedoch genauso gefährdet (z.B. bei Hochwasser), auch wenn die absolute Schadenshöhe aufgrund der geringeren Dichte kleiner ausfallen dürfte.

Tab. 15: Klimaschutz- und Anpassungsmöglichkeiten im Handlungsfeld Siedlung und Verkehr

Quelle: eigene Zusammenstellung nach CIPRA INTERNATIONAL 2010; DILLER, HEBECKER 2008; ENDLICHER, KRESS 2008; FLEISCHHAUER, BORNEFELD 2006; FROMMER 2009; GREIVING, FLEISCHHAUER 2008; RITTER 2007; SCHLIPF ET AL. 2008; eigene Ergänzungen

Klimaschutz	Energieerzeugung / -versorgung	Erneuerbare Energien (Solaranlagen, Holzpellets, ...)	Informationen / Kapazitätsaufbau
		Kraft-Wärme-Kopplung	
		dezentrale Energiesysteme	
	Siedlungsstruktur / Gebäude	Lage und Dichte des Siedlungskörpers	
		Ausstattung und Ausrichtung der Gebäude für die Nutzung von EE	
		Energieeffizientes Bauen	
		Gebäudestandort, -ausrichtung und -lage	
	Infrastruktur	Sicherung von Standorten und Trassen für Infrastruktur	
	Durchgrünung	Bäume, Grünflächen, Parks	
		Dachbegrünung	
	Verkehr	Senkung des autogebundenen Individualverkehrs: <ul style="list-style-type: none"> • Verbesserung ÖPNV-Angebot • alternative Verkehrskonzepte (E-Mobilität, Sharingkonzepte etc.) 	
		Senkung straßengebundener Güterverkehr	
	(Kritische) Infrastruktur	dezentrale Energieversorgung	
soziale Infrastruktur (Lage)			

Anpassung an den Klimawandel	Siedlungsstruktur / Gebäude	Kanalnetz	
		Frischluftschneisen	
		Begrünung / Beschattung (z.B. auch kühlende Wasseroberflächen)	
		bauliche Maßnahmen zum Schutz vor Naturgefahren	
		Minimierung / Vermeidung der Siedlungstätigkeit in gefährdeten Gebieten	
	Hochwasserschutz (technisch)	Hochwasserschutzanlagen (Mauern, Sperrwerke, ...)	
		(Regen-) Rückhaltebecken	

Ein wichtiger Bereich ist der Verkehrssektor und hier v.a. der Personen- und Individualverkehr, der im ländlichen Raum vorwiegend auf der Pkw-Nutzung basiert. Für den Verkehrssektor ist anzumerken, dass hier das Handeln für mehr Klimaschutz stark durch monetäre Maßnahmen beeinflusst werden kann (z.B. Maut, Aufhebung von Steuervergünstigen (Pendlerpauschale)) (vgl. CIPRA INTERNATIONAL 2010, S. 11-13), die hier jedoch aufgrund der fehlenden Umsetzung über die Raumplanung und Regionalentwicklung nicht explizit dargestellt werden. Viele der Klimaschutz- und Anpassungsmöglichkeiten in diesem Handlungsfeld wurden bereits in Kapitel 2.2.1 thematisiert und werden an dieser Stelle daher nicht weiter ausgeführt (s. Tab. 15).

4.3.3 Tourismus

Zwischen Tourismus und Klima besteht eine hohe Abhängigkeit: Das Klima stellt gleichzeitig eine Ressource und einen limitierenden Faktor dar, d.h. kann für den Tourismus sowohl förderlich als auch hinderlich sein (vgl. SCOTT ET AL. 2012, S. 52). In diesem Handlungsfeld wird der Tourismus zwar allgemein, aber mit Fokus auf den Wintertourismus behandelt, was sich v.a. in den Möglichkeiten zur Anpassung widerspiegelt, da andere klimabeeinflusste Tourismusformen in den Fallstudien nicht so relevant sind (z.B. Küstentourismus). Dazu weist der „schneeabhängige Wintertourismus“ eine der höchsten Vulnerabilitäten im Tourismus auf (vgl. TRAWÖGER, STEIGER 2009, S. 138). Einige Anpassungsmöglichkeiten (z.B. Angebotsausrichtung) sowie die meisten Klimaschutzmöglichkeiten gelten aber allgemein und sind auf andere Tourismusformen übertragbar. Im Wintertourismus stehen derzeit noch technische Anpassungsmaßnahmen im Vordergrund (u.a. Beschneigung) (vgl. TRAWÖGER, STEIGER 2009, S. 140). Die Beschneigung wird aber häufig kritisch betrachtet, aufgrund ihres hohen Energie- und Wasserverbrauchs sowie des Einsatzes von Chemikalien (vgl. CIPRA INTERNATIONAL 2011B, S. 12-14; DOERING, HAMBERGER 2006 zit. in DE JONG 2012, S. 7; SCOTT ET AL.

2012, S. 273). Der hohe Energieverbrauch der Beschneigung und die damit verbundenen THG-Emissionen stehen grundsätzlich dem Klimaschutz entgegen⁴⁵. Daher wird die Beschneigung als Anpassungsmöglichkeit aufgrund dieser und weiterer negativer Umweltauswirkungen (vgl. CIPRA INTERNATIONAL 2011B, S. 13), nicht berücksichtigt.

Tab. 16: Klimaschutz- und Anpassungsmöglichkeiten im Handlungsfeld Tourismus

Quelle: eigene Zusammenstellung nach CIPRA INTERNATIONAL 2011B; KREILKAMP 2011; MÜLLER, WEBER 2008 zit. in MÜLLER, LEHMANN FRIEDLI 2011; SIEGRIST, GESSNER 2011; SCOTT ET AL. 2012; TRAWÖGER, STEIGER 2009; eigene Ergänzungen

Klimaschutz	Transport (An- und Abreise, Aktivitäten)	klimateure/ autotfreie Destination	Informationen / Kapazitätsaufbau
		Förderung ÖPNV / Verkehrsmanagement	
		Verkehrsmittelabgabe (z.B. für Pkw, Flugzeug)	
		klimateure/ -neutrale Angebote (z.B. DB-Umweltticket)	
	tourismusbezogene Infrastruktur	Minimierung Energieverbrauch Unterbringung und aktivitätsbezogene Infrastruktur	
		Einsatz erneuerbarer Energien (Unterbringung, Aktivitäten)	
Ver- und Entsorgungsstrukturen)			
Landnutzung	Schutz und Entwicklung von best. Naturräumen (naturverträglicher Tourismus)		
Anpassung an den Klimawandel	technische Anpassung / Sicherung der Angebote (Fokus Wintersport)	(Beschneigungsanlagen)	
		Pisten- und Schneemanagement	
		Landschaftseingriffe	
	Angebotsentwicklung / -diversifizierung: schneeunabhängige Angebote / saisonunabhängige Angebote	landschaftsgebundene Angebote (z.B. Wandern, Natursport)	
		landschaftsunabhängige Angebote (Wellness / Gesundheitstourismus; Indoor-Sportangebote; Kulturtourismus)	
		Vernetzung bestehender Angebote	
Saisonale Ausrichtung			

Der für den Tourismus wichtigste Bereich für den Klimaschutz ist der Verkehr, denn: „Tourismus «ist» Verkehr“ (CIPRA INTERNATIONAL 2011B, S. 21). An- und Abreise, besonders über Flugzeug und Pkw, erzeugen die meisten Emissionen im Tourismus (vgl. EBD.; SCOTT ET AL. 2008 zit. in SCOTT ET AL. 2012, S. 100). Da der freizeitinduzierte Verkehr immer mehr zunimmt, steigen die Emissionen in diesem Bereich immer weiter an (vgl. CIPRA INTERNATIONAL 2011B, S. 24). Neben dem Verkehr tragen auch die Unterbringung und die Freizeitaktivitäten zu den THG-Emissionen im Tourismus bei (vgl. ebd., S. 21; SCOTT ET AL. 2008 zit. in SCOTT ET AL. 2012, S. 100).

⁴⁵ Fragwürdig ist zudem, ob sich Beschneigungsanlagen aus Kosten-Nutzen-Sicht lohnen (vgl. CIPRA INTERNATIONAL 2011B, S. 23-24).

4.3.4 Natur, Freiraum und Landschaft

Zwischen der „Natur“, d.h. den verschiedenen Ökosystemen und dem Klima bestehen komplexe Wechselwirkungen: Die ökosystemaren Komponenten (Boden, Wasser, Flora und Fauna) werden zum einen direkt durch das Klima beeinflusst, zum anderen beeinflussen sie das Klima mit - sowohl als Senken als auch als Emittenten (z.B. durch Landnutzungsveränderungen) (vgl. SRU 2008, S. 154; CIPRA INTERNATIONAL 2009A, S. 7-9). Zudem sind die Ökosysteme bzw. der Naturschutz auch vom Klimaschutz ‚betroffen‘, beispielsweise durch den Anbau von nachwachsenden Rohstoffen (vgl. CIPRA INTERNATIONAL 2009A, S. 9). Wenngleich Klimaschutz und auch Anpassung somit nicht immer den Zielen des Naturschutzes dienen, trägt der Naturschutz wesentlich zu Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel bei (vgl. EBD.).

Im Naturschutz bzw. in der Landnutzung ist eine Trennung zwischen Klimaschutz und Anpassung schwierig, da viele Maßnahmen grundsätzlich beide Funktionen erfüllen (vgl. SRU 2008, S. 159). Zum Beispiel dient der Erhalt und die Entwicklung von Mooren sowohl der Bindung von Treibhausgasen als auch der Wasserspeicherung (vgl. FREIBAUER ET AL. 2009, S. 23). Auch die Extensivierung der Landnutzung dient dem Schutz von Flora und Fauna sowie der Verringerung der Bodenerosion und der Erhöhung der Kohlenstoffspeicherung (vgl. CIPRA INTERNATIONAL 2009A, S. 14,15). Problematisch bei Mooren ist, dass sie zwar über eine hohe CO₂-Speicherfähigkeit verfügen, gleichzeitig aber auch durch die anaerobe Zersetzung CH₄ (Methan) freigesetzt (vgl. CIPRA INTERNATIONAL 2009A, S. 13; FREIBAUER ET AL. 2009, S. 21; SRU 2008, S. 158). Insgesamt überwiegt jedoch die Senkenfunktion von (intakten) Mooren (vgl. SRU 2008, S. 159)⁴⁶. Obwohl der Naturschutz zum Klimaschutz und zur Anpassung beiträgt, werden in der Analyse dieser Arbeit nicht pauschal alle Naturschutzmaßnahmen oder die Zielorientierung auf den Naturschutz als Klimaschutz und Anpassung gewertet. Entscheidend ist, ob die Maßnahme oder das Ziel zu den in Tabelle 17 dargestellten, ausdifferenzierteren Möglichkeiten beitragen. Das Gleiche gilt für die Biodiversität und den Erhalt und die Entwicklung der Kulturlandschaft. Neben dem Naturschutz umfasst dieses Handlungsfeld auch die Bereiche Landschaft bzw. Freiraum und die betreffenden Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen (z.B. Wassermanagement, erneuerbare Energien).

⁴⁶ ausführliche Informationen bei FREIBAUER ET AL. 2009

Tab. 17: Klimaschutz- und Anpassungsmöglichkeiten im Handlungsfeld Natur, Freiraum und Landschaft

Quelle: eigene Zusammenstellung nach ARL 2009; BRONSTERT ET AL. 2003; CIPRA INTERNATIONAL 2012B u. 2009A, B; FRERICHES ET AL. 2011; FROMMER 2009; HEILAND, KOWARIK 2008; FLEISCHHAUER, BORNEFELD 2006; RITTER 2007; SRU 2008; eigene Ergänzungen

Klimaschutz	erneuerbare Energien	Standorte für Windkraftanlagen, Photovoltaik, Wasserkraftanlagen, ...	Informationen / Kapazitätsaufbau
		Biomasse (Nutzung von Biomasse aus Pflugeschnitten)	
	Beitrag Senkenfunktion	Renaturierung / Revitalisierung von Gewässern	
		Wiedervernässung / Renaturierung von Feuchtgebieten und Mooren	
		Erhaltung und Wiederherstellung	
		Walderhaltung / Aufforstung	
	extensive Landnutzung und Bewirtschaftungsformen		
Anpassung an den Klimawandel	Maßnahmen zum Schutz vor Naturgefahren	Hochwasser / Überschwemmungen (Schaffung von Retentionsräumen; natürliche Fließgewässerdynamik / Renaturierung von Gewässern)	
		Massenbewegungen (Muren, Lawinen): Schutzwälder	
	Landschaftswasserhaushalt	Erhöhung Infiltrationsfähigkeit der Böden	
		Erhöhung der Rückhaltefunktion der Böden	
	techn. Maßnahmen zur Wasserspeicherung	Speicherbecken / Stauseen	
	Erhaltung der Biodiversität	Biotopvernetzung / -verbund	
		Verringerung der Zerschneidung von Lebensräumen	
		Schaffung / Erweiterung von Schutzgebieten	
		naturverträgliche Landnutzung	
	Funktionen für den Siedlungsraum (Überhitzung)	Frischlufschneisen	
		Kaltluftentstehungsgebiete	

4.3.5 Anwendung der Handlungsfelder

Mit den in diesem Kapitel erarbeiteten Handlungsfeldern ist es möglich, über die reinen Begrifflichkeiten des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel hinausgehend, zu analysieren, ob von einem Ziel oder einer Maßnahme bzw. Projekt ein Beitrag für den Klimaschutz oder die Anpassung an den Klimawandel ausgeht. Dabei erfolgt jedoch keine Beurteilung der (quantitativen) Wirkung eines Ziels und einer Fördermaßnahme bzw. eines Projekts: Ziele und Projekte werden danach eingeordnet, ob sie direkt auf den Klimaschutz und / oder die Anpassung an den Klimawandel abzielen oder in einen klimaschutz- und / oder anpassungsrelevanten Handlungsbe-
reich eingeordnet werden können. Zwischen den Handlungsfeldern sind Zielkonflikte

möglich: dies betrifft z.B. die Klimaschutzbelange des Naturschutzes und den Klimaschutz über erneuerbare Energien sowie die Produktivität von Land- und Forstwirtschaft (vgl. CIPRA INTERNATIONAL 2009A, S. 17-19). Aus Komplexitätsgründen werden mögliche Zielkonflikte nicht in die Analyse einbezogen. Ebenfalls werden negative Auswirkungen auf den Klimaschutz und die Anpassung nicht berücksichtigt.

Die Analyse der Klimaschutz- und / oder Anpassungsfunktion eines Ziels oder eines Projektes nach diesen Handlungsfeldern ermöglicht ein einfaches, jedoch fundiertes Vorgehen. Hierfür müssen aber aufgrund der Komplexität der Themen Einschränkungen vorgenommen werden, um eine Vergleichbarkeit gewährleisten zu können: Die Klimaschutz- oder Anpassungsfunktion eines Ziels oder Projekts kann je nachdem, welche zusätzlichen Faktoren und Effekte berücksichtigt werden, unterschiedlich interpretiert werden (funktionelle Interpretationsproblematik). Daher wird Zielen und Projekten nur dann eine Klimaschutz- und / oder Anpassungsrelevanz zugeschrieben, wenn diese unmittelbar und ohne Abhängigkeit von sich ändernden Rahmenbedingungen eine solche Funktion übernehmen⁴⁷. Beispiele hierfür sind z.B. die Förderung regionaler Produkte und die Förderung von E-Bikes. Diesen wird häufig ein Beitrag zum Klimaschutz zugeschrieben, da sie Fahrten mit dem Pkw ersetzen können. Da ein solches Projekt jedoch nicht unmittelbar zum Klimaschutz beiträgt, sondern davon abhängig ist, dass tatsächlich Pkw-Fahrten reduziert werden, werden diese Projekte hier nicht als klimaschutzrelevant eingeordnet.

Auf die Struktur der Programme und die Auswahl von Indikatoren haben die CMEF-Indikatoren (Indikatoren des „Common Monitoring and Evaluation Framework“, d.h. des gemeinsamen Begleitungs- und Bewertungsrahmens)⁴⁸ einen deutlichen Einfluss. Es besteht ein Indikator mit direktem Bezug zum Klimawandel (SP 2, Nr. 6c Abschwächung des Klimawandels) und zwei mit indirektem Bezug (SP 2, Nr. 6 a Biodiversität und d Bodenqualität) (s. DG AGRI 2006, S. 11-12). Diese vorgegebenen Indikatoren sorgen dafür, dass bei den Fördermaßnahmen ein Klimaschutz- und Anpassungsbezug unabhängig zur Maßnahmenbeschreibung häufig deutlich herausgestellt wird. Daher wurde überprüft, ob diese Ergebnisindikatoren sich in den Inhalten der Maßnahmen widerspiegeln.

⁴⁷ Fördermaßnahmen und Projekte mit konzeptioneller Ausrichtung wurden jedoch berücksichtigt.

⁴⁸ Die ELER-Förderung zeichnet sich durch eine umfangreiche Evaluierung aus, in der durch die Kommission Bewertungsfragen und -indikatoren vorgegeben werden.

4.4 Angewendete Methoden der qualitativen Sozialforschung

Im Zuge dieser Evaluation werden Methoden der qualitativen empirischen Sozialforschung eingesetzt. Die qualitative Evaluationsforschung ist nicht an eine bestimmte Methodologie gebunden (vgl. LÜDERS 2011, S. 55). Die Auswahl der Methoden erfolgt daher v.a. vor dem Hintergrund der Fragestellung, dabei wird aber auch ein gewisser Pragmatismus zugrunde gelegt, da die zur Verfügung stehenden Ressourcen die Wahl der Untersuchungsmethoden mit determinieren (vgl. EINIG ET AL. 2009, S. 11). Das Kapitel beginnt mit einer kurzen Erläuterung der Prinzipien qualitativer Sozialforschung und der Vorstellung der Fallstudien. Weiter folgen die Darstellung der Erhebungsmethoden Dokumentenanalyse (s. Kapitel 4.4.3) und Leitfadeninterview (s. Kapitel 4.4.4) sowie die Beschreibung der Auswertungsmethode (s. Kapitel 4.4.5).

4.4.1 Prinzipien qualitativer Sozialforschung

Das Ziel qualitativer Forschung ist das Verstehen und Erklären sozialer Prozesse (vgl. BRÜSEMEISTER 2011, S. 31; FROSCHAUER, LUEGER 2003, S. 17), d.h. die Interaktion von Menschen mit ihrem Umfeld (vgl. FROSCHAUER, LUEGER 2003, S. 17). In dieser Arbeit steht das Handeln der Akteure der Regionalentwicklung mit ihren Werten, Zielen und Interessen innerhalb bestimmter Rahmenbedingungen im Fokus.

Tab. 18: Kernkriterien qualitativer Forschung und ihre Darstellung in der Arbeit

Quelle: eigene Darstellung nach STEINKE 2010, S. 324-331, verändert und ergänzt

Kriterium	Darstellung im Forschungsprozess
Indikation des Forschungsprozesses	
Indikation des qualitativen Vorgehens	Kapitel 4.41
Indikation der Methodenwahl	Kapitel 4.1 und 4.4
Indikation der Transkriptionsregeln	Kapitel 4.4.5
Indikation der methodischen Einzelentscheidungen im Untersuchungskontext	Kapitel 4
Indikation der Bewertungskriterien	Kapitel 3, 4.2 und 4.3
Empirische Verankerung	Kapitel 6, 7
Limitation (Grenzen der Verallgemeinerbarkeit)	Kapitel 8, 9
Kohärenz (Darlegung von offenen Fragen und Widersprüchen)	Kapitel 9

Qualitative Sozialforschung strebt v.a. nach der Entwicklung von Theorien auf der Basis empirischer Erkenntnisse (vgl. FLICK 2011A, S. 27). Theorien können in der qualitativen Sozialforschung - wie in dieser Arbeit - aber auch als „*Kontext-Theorien*“

(EBD., S. 76, Hervorhebung im Original) dazu dienen, der Untersuchung einen Rahmen zu geben und das Thema zu fokussieren (vgl. EBD.; MEINEFELD 2010, S. 273; s. Kap. 3). Die Darlegung des (qualitativen) Forschungsprozesses folgt den „Kernkriterien qualitativer Forschung“ nach STEINKE. Die für diese Arbeit relevanten Kernkriterien und ihre Darstellung im Forschungsprojekt sind Tabelle 18 zu entnehmen.

4.4.2 Fallstudien

Die Untersuchung erfolgt in vier Fallstudien. Die Verwendung von Fallstudien ist angebracht, wenn der Untersuchungsgegenstand einen hohen Kontextbezug aufweist: Nach YIN (2014, S. 2) untersucht eine Fallstudie

„a contemporary phenomenon (the “case”) in its real-world context, especially when the boundaries between phenomenon and context may not be clearly evident“.

Ein „Fall“ wird von Yin als eine abgrenzbare Einheit gesehen, ist aber breit gefasst (z.B. Personen, soziale Gemeinschaften, Organisationen, Institutionen, Entscheidungen) (vgl. EBD., S. 35; FLICK 2010, S. 253-254). Zudem kann ein Fall sowohl räumlich als auch zeitlich mit seinem Kontext verschwimmen (vgl. YIN 2012, S. 6). Die in dieser Arbeit untersuchten Fälle weisen Verflechtungen in räumlicher und zeitlicher Hinsicht auf: Als Fallstudien werden LEADER- und ILE-Regionen definiert, deren räumliche Begrenzung an administrativen Einheiten (Gemeinden) festgemacht werden kann. Es bestehen jedoch Verflechtungen über die eigentliche LEADER- / ILE-Region hinaus (z.B. Einbindung von Organisationen, die in anderen räumlichen Zuschnitten operieren). In zeitlicher Hinsicht werden die „Fälle“ auf den Förderzeitraum 2007 - 2013 begrenzt. Auch die zeitliche Abgrenzung ist nicht eindeutig, da beide untersuchten LEADER-Regionen zuvor an LEADER+ teilgenommen hatten und sich hierdurch Abgrenzungsschwierigkeiten zum vorangegangenen Prozess zeigten.

Kriterien für die Auswahl der Fallstudienregionen
<ul style="list-style-type: none"> • Lage in verschiedenen Bundesländern (unterschiedliche Regelsysteme) • unterschiedliche Siedlungsstruktur und Zentralität (Raumtypen nach ROB 2010) • Organisationsform der LAG / der LEADER-Region und der Regionalplanung • Klimawandelbetroffenheit • vorhandene klimarelevante Strukturen (z.B. Forschungsprojekte)

Abb. 9: Kriterien für die Auswahl der Fallstudienregionen

Quelle: eigene Darstellung nach NEUBERT 2015, S. 181

Im Sinne des *multiple-case study designs* (vgl. YIN 2014, S. 51) wird eine vergleichende Fallstudie vorgenommen. Die Auswahl der Fälle erfolgt begründet anhand definierter

Kriterien (s. Abb. 9), die eine breite Untersuchung des Forschungsfeldes ermöglichen (im Gegensatz zur tiefgründigen Analyse, vgl. FLICK 2011A, S. 167). Orientiert an den Einflussfaktoren auf regionale Kooperationen nach dem analytischen Regional Governanceansatz, sollen anhand der Kriterien möglichst unterschiedliche Regionen (Fälle) erfasst werden. Nach diesen Kriterien wurden je 2 LEADER- und 2 ILE-Regionen ausgewählt (s. Abb. 10).

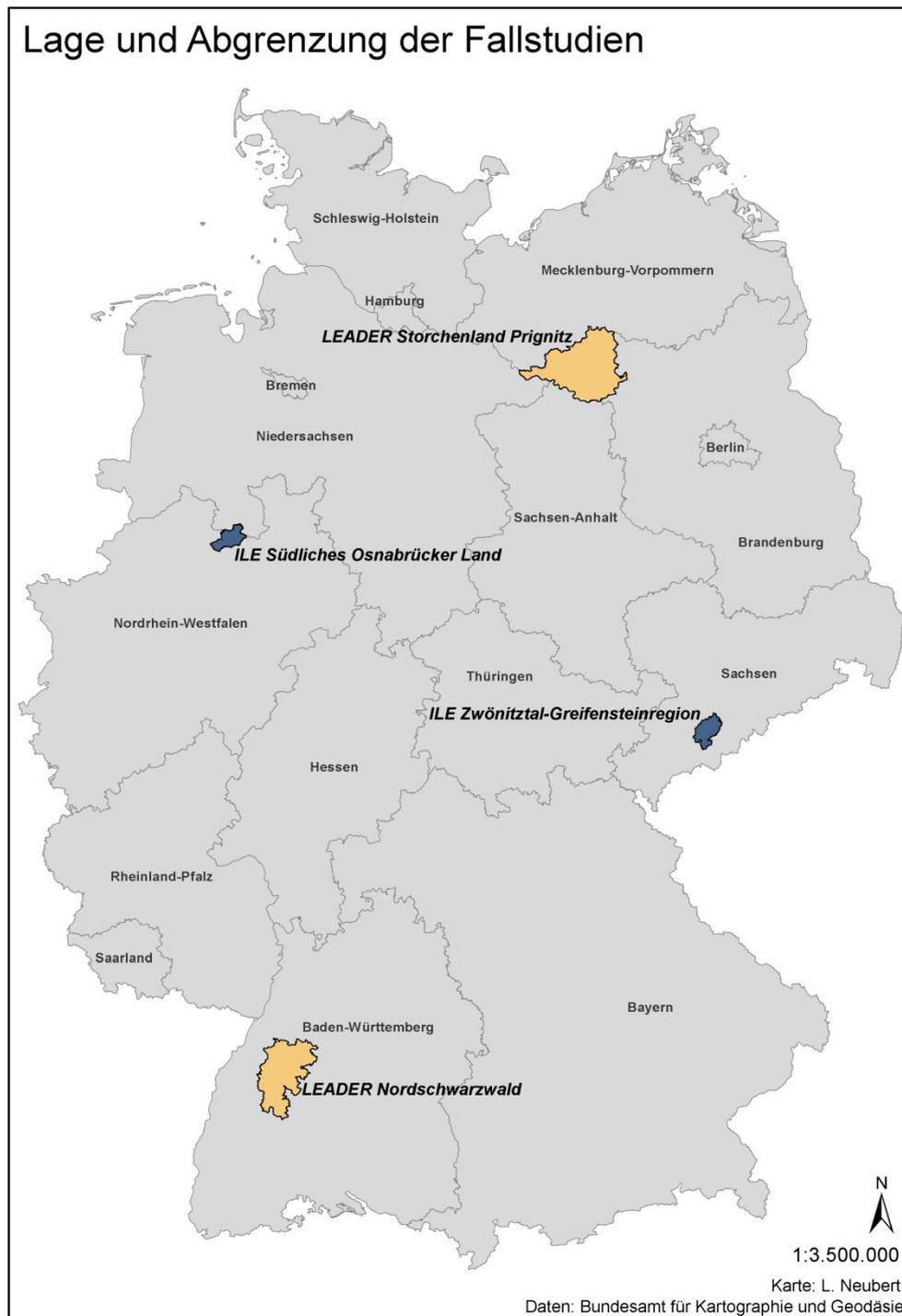


Abb. 10: Lage der Fallstudien

Quelle: eigene Darstellung (Datengrundlage: Bundesamt für Kartographie und Geodäsie)

4.4.3 Dokumentenanalyse

Die Dokumentenanalyse dient in dieser Arbeit vor allem dazu, die institutionellen Rahmenbedingungen (intern / extern) sowie die inhaltliche Ausrichtung der Region auf Ziel- und Maßnahmenebene zu erschließen. Da einige dieser Bereiche auch durch die Interviews abgedeckt werden (s.u.), kann hier von einer „Triangulation“ gesprochen werden (vgl. FLICK 2011B, S. 161). Die Funktion zur Validierung der Interviews muss aber eingeschränkt werden, da es sich um bereits existierende Dokumente handelt und somit ihr jeweiliger Entstehungskontext bei der Interpretation mitbeachtet werden muss (vgl. FLICK 2011A, S. 323, 327, 331). In dieser Forschungsarbeit werden bereits bestehende Dokumente aus verschiedenen Quellen analysiert. Dies sind zum einen die Förderprogramme und Richtlinien zur ländlichen Entwicklung auf Ebene der EU, der nationalen und der Ebene der Bundesländer. Zum anderen finden vielfältige Dokumente auf Ebene der regionalen Entwicklungsprozesse wie das regionale Entwicklungskonzept, die Geschäftsordnung, Projektlisten etc. Eingang in die Analyse. Darüber hinaus spielen auch die jeweiligen regionalen Raumordnungsprogramme eine wichtige Rolle, da hieraus Aussagen über die Verbindung von regionaler Raumordnung und ländlicher Entwicklung getroffen werden sollen. Eine Übersicht über die analysierten Dokumente und eine Einordnung zu den Analysebereichen gibt die Anlage 11.4.

Bei der Analyse des Klimabezugs der durch die Entwicklungsprogramme geförderten Maßnahmen werden die eigenen Ergebnisse mit einer Analyse von Stratmann (vgl. STRATMANN 2008A, 2008B) gespiegelt. Die Ergebnisse dieser Analyse konnten nicht insgesamt übernommen werden, da ein einheitliches Kriterienraster für alle Analysebereiche (d.h. auch der REK) benötigt wird, und die Kriterien bei Stratmann bei der Anpassung und z.T. beim Klimaschutz (z.B. Einbezug CO₂-Senken) zu kurz greifen.

4.4.4 Leitfadengestützte (Experten)Interviews

Einen wesentlichen Teil der Datenerhebung bildet die Durchführung von Interviews mit Akteuren der regionalen Entwicklung und der Regionalplanung. Als Interviewform wurde das *Leitfadeninterview* gewählt, welches innerhalb der (qualitativen) empirischen Sozialforschung zu den halbstandardisierten Interviewformen zählt (vgl. HOPF 2010, S. 351). Für die Interviews wurden insgesamt zwei unterschiedliche Leitfäden nach dem „SPSS-Prinzip“ (s. HELFFERICH 2009, S. 182-185) angefertigt, einen für die regionalen Akteure der LEADER- und ILE-Prozesse und einer für die Vertreter der

Regionalplanung (s. Anlage 11.5). Der Leitfaden für die Akteure der Regionalentwicklung gliedert sich in drei inhaltliche Bereiche, die sich der inhaltlichen / thematischen Ausrichtung der Region, der Prozessorganisation sowie der Akteurszusammensetzung und den Rollen der Akteure widmen. Der Leitfaden zielt nicht nur auf eine Beschreibung der Ausprägung und Entwicklung der Faktoren, sondern auch eine Identifikation möglicher hemmender und fördernder Faktoren durch die Experten. Der Leitfaden für die Vertreter der Regionalplanung widmet sich vorrangig der inhaltlichen und prozessualen Ausrichtung und einer möglichen Kooperation mit den LEADER-Regionen. Als optionaler Frageblock sind Fragen zu dem jeweiligen LEADER- / ILE-Prozess enthalten, für den Fall, dass die Interviewpartner in LEADER / ILE einbezogen waren.

Die durchgeführten Interviews werden als *Experteninterviews* eingeordnet. Bei Untersuchungen in raumwissenschaftlichen Zusammenhängen werden diese oft eingesetzt, „[...] da die Analyse komplexer Entscheidungsprozesse an die Kenntnis von Kommunikationsvorgängen, Hierarchien, politischen Wertentscheidungen usw. gebunden ist“ (POHL 1998, S. 106). Die Experten können zudem über ein Wissen verfügen, für das ansonsten viele weitere Akteure interviewt werden müssten (Stellvertreterfunktion) (vgl. BOGNER, MENZ 2005, S. 7). Da in den Sozialwissenschaften weder eindeutig festgelegt ist, was unter einem ‚Experteninterview‘ verstanden wird (vgl. EBD. 2009A, S. 17; BRÜSEMEISTER 2011, S. 76), noch eine systematische Verwendung erfolgt (vgl. MEUSER, NAGEL 2005, S. 72; EBD. 2011, S. 57), ist eine genaue Definition notwendig, wer als Experte angesehen wird⁴⁹. In dieser Arbeit wird einer engen Auslegung des Expertenbegriffs gefolgt. Beachtet werden muss jedoch, dass auch ein Experte keine vollständig objektiven Informationen liefern kann (vgl. BOGNER, MENZ 2009A, S. 15, 2009B, S. 72; HELFFERICH 2009, S. 165; WEISCHER 2007, S. 281). Bei den Interviewpartnern standen v.a. die Wissensbestände hinsichtlich der Interessen der Akteure, der Akteursbeteiligung und Rollen der Akteure, dem Prozessverlauf, der inhaltlichen Schwerpunktsetzung der Region und der Zusammenarbeit mit der Regionalplanung im Vordergrund. Wichtig ist bei den in diesem Forschungsprojekt durchgeführten Interviews, dass die Interviewpartner **nicht** als Experten für den Klimawandel befragt wurden, sondern als Experten für den regionalen Entwicklungsprozess.

⁴⁹ In einer weiten Definition sind alle Menschen Experten ihrer Lebenswelt (vgl. HELFFERICH 2009, S. 163; MEUSER, NAGEL 2011, S. 57). Die enge Definition umfasst dagegen eine „Funktionseelite“ (vgl. HELFFERICH 2009, S. 163). Hier steht nicht die Privatperson mit ihrem persönlichen Wissen im Vordergrund, sondern der Interviewte gilt aufgrund seines Status, seines fachlichen Wissens, seines Zugangs zu Informationen etc. als Experte (vgl. BORCHARDT, GÖTHLICH 2009, S. 38; HELFFERICH 2009, S. 163; MEUSER, NAGEL 2011, S. 57, 2005, S. 73; WEISCHER 2007, S. 279).

Bei der *Auswahl der Interviewpartner* für qualitative Interviews steht nicht die Repräsentativität der Interviewpartner im Vordergrund, sondern ihre Eignung für das Thema (bestimmte Erfahrungen, Kompetenzen wie Funktion, Position usw.) (vgl. HONER 2011, S. 95). In dieser Arbeit wird eine breite Auswahl der Interviewpartner vorgenommen. Dies wird als notwendig angesehen, da eine regionale Kooperation aus Akteuren mit unterschiedlichen organisatorischen Zugehörigkeiten, thematischen Hintergründen und ihren spezifischen Handlungslogiken und Sichtweisen besteht. Für das Sampling der ‚Stichprobe‘ der zu interviewenden Personen wird eine kriteriengestützte Auswahl mit dem „Schneeballprinzip“ (vgl. PRZYBORSKI, WOHLRAB-SAHR 2010, S. 72, 181) kombiniert. Die Größe der hier vorliegenden ‚Stichprobe‘ ergibt sich zum einen aus den festgelegten Interviewgruppen und definierten Kriterien (vgl. NEUBERT 2015, S. 181). Diese geben eine gewisse Mindestgröße der Stichprobe vor. Zum anderen wird das Prinzip der „theoretischen Sättigung“ zugrunde gelegt, welches besagt, dass die Stichprobe ausreichend ist, wenn sich durch weitere Interviews keine neuen Informationen mehr ergeben (vgl. BERTAUX 1981 zit. in HELFFERICH 2009, S. 174-175; KVALE 1996, S. 102 zit. in MERKENS 2010, S. 294). Die Auswahl nach bestimmten Kriterien soll gewährleisten, dass die Interviewpartner aufgrund der Zugehörigkeit zu verschiedenen thematischen Bereichen, Akteursgruppen etc. verschiedene Perspektiven einnehmen (s.u.) und somit die Schwäche des Schneeballverfahrens, evtl. nur in bestimmten Netzwerkstrukturen verhaftet zu bleiben (vgl. PRZYBORSKI, WOHLRAB-SAHR 2010, S. 181), ausgeglichen wird. Die Kriterien für die Auswahl der Interviewpartner unterscheiden drei verschiedene Gruppen. Dies sind die Regionalmanager der LEADER- und ILE-Regionen, die aufgrund ihrer Arbeit in den Regionen die zentralen Ansprechpartner darstellen und über einen guten Überblick verfügen. Die zweite Gruppe bilden die Akteure der regionalen Kooperation. Hier wird weiter differenziert nach

- institutionellen⁵⁰ (organisatorischen) Hintergründen
 - öffentliche Akteure
 - private, korporative Akteure (z.B. Verbände wie IHK, Tourismusverband, Unternehmen)
 - private, individuelle Akteure
- fachlichen Hintergründen
 - Landwirtschaft
 - Tourismus

⁵⁰ In den Interviews wurde im Gegensatz zu dem Institutionenbegriff im akteurszentrierten Institutionalismus Institution mit Organisation gleichgesetzt. Dies erschien erforderlich, da unter einer Institution im Allgemeinen (außerhalb der Forschung) eine Organisation verstanden wird.

- Wirtschaft
- Naturschutz
- Siedlung / Verkehr

Die dritte Gruppe bilden Vertreter der Regionalplanung bzw. regionalen Planungsgemeinschaft(en), in denen die LEADER- und ILE-Regionen verortet sind. Diese hier nach getroffene Auswahl wurde dann mit anderen Akteuren vor Ort modifiziert und ergänzt. Die Interviews wurden hauptsächlich vor Ort bei den Interviewpartnern, in vier Fällen jedoch als telefonisches Interview durchgeführt.

Nach diesem Vorgehen wurden insgesamt 44 Personen in 40 Interviews (ca. 10 in jeder Region, z.T. Doppelinterviews) interviewt. Die Verteilung der Interviewpartner nach den Interviewgruppen kann der folgenden Tabelle entnommen werden. Die Darstellung der interviewten Akteure nach Akteursgruppen und vertretenen Themen zeigt Anlage 11.6.

Tab. 19: Anzahl der Interviewpartner

Quelle: eigene Darstellung

Fallstudien Anzahl nach Gruppen	LEADER Nordschwarz- wald	LEADER Storchenland Prignitz	ILE Südliches Osnabrücker Land	ILE Zwönitztal- Greifensteine
Regionalmanager	1	2	2	2
Regionale Akteure	7	8	10	5
Regionale Raumordnung	1	2	1	3
Σ	9	12	13	10

4.4.5 Auswertungsmethode

Die Dokumente und die Interviews wurden nach der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring (2010A und B) ausgewertet. Die auf Tonband aufgezeichneten Interviews wurden hierfür transkribiert.

Die qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring ist für diese Arbeit geeignet, da keine statistische Auswertung der Daten vorgenommen wird. Dieses Verfahren lässt sich auch als „kategoriegeleitete Textanalyse“ bezeichnen (vgl. MAYRING 2010A, S. 13). Mit der von ihm entwickelten Inhaltsanalyse beabsichtigt Mayring eine systematische,

nach klaren Regeln und unter der Beachtung von Gütekriterien durchgeführte Analyse, ohne allzu schnell in Quantifizierungen zu verfallen (vgl. EBD. 2010B, S. 469). Von den von Mayring unterschiedenen grundlegenden Prinzipien der Interpretation (Zusammenfassung, Strukturierung und Explikation) kommt die Analysetechnik „inhaltliche Strukturierung“ zur Anwendung (vgl. EBD. 2010A, S. 66). Dieses Auswertungsverfahren steht im Einklang mit der Erhebungsform des Experteninterviews, bei dem die Auswertung entlang thematischer Einheiten des Textes erfolgt (vgl. MEUSER, NAGEL 2011, S. 58; 2009, S. 56; 2005, S. 81).

Ein zentraler Arbeitsschritt bei der Inhaltsanalyse ist die Definition von Kategorien (vgl. ATTESLANDER 2010, S. 203; MAYRING 2010A, S. 49) und der Zuordnung von Textstellen zu diesen Kategorien („Kodierung“) (vgl. KELLE, KLUGE 2010, S. 58). Die Analysekategorien werden gemäß der Analysetechnik der inhaltlichen Strukturierung vorab definiert (ex ante; vgl. ATTESLANDER 2010, S. 203; KELLE, KLUGE 2010, S. 70) und entsprechen dem in Kap. 4.2.1 vorgestellten Kriterien- und Indikatorenset. Bei Bedarf können neue Kategorien hinzugefügt bestehende ad hoc verändert werden (vgl. KELLE, KLUGE 2010, S. 70). Hiermit verbunden sind daher mehrere Analysedurchläufe. Die Auswertung erfolgt unter Zuhilfenahme des Programms MAXQDA zur Analyse qualitativer Daten. Der Vorteil besteht in einer erleichterten Auswertung, gerade bei großen Datenmengen (vgl. KELLE, KLUGE 2010, S. 59-60, 2011, S. 29; YIN 2012, S. 15). Die Software dient aber nur zur Unterstützung der Analyse und übernimmt nicht die Analyse an sich (vgl. FLICK 2011A, S. 471; KELLE 2011, S. 30; KUCKARTZ 2010, S. 13; YIN 2012, S. 15).

5 Politikfeld Ländliche Entwicklung (Analyse I)

Die Förderung der ländlichen Entwicklung über den ELER erfolgt mehrstufig. In diesem Kapitel erfolgt daher zunächst die Analyse der Dokumente auf EU- und nationaler Ebene. Diese bilden den Rahmen für die „Entwicklungsprogramme Ländlicher Raum“ (EPLR) auf Ebene der Bundesländer, welche für die Förderung der LEADER- und ILE-Regionen unmittelbar relevant sind. Die EPLR werden daher innerhalb der Fallstudienanalyse berücksichtigt. Das Kapitel startet mit einer kurzen Darstellung der Organisation der ländlichen Entwicklung in Deutschland und der Programmierung von LEADER und ILE. Das Kapitel schließt mit einem Ausblick der ELER-Förderung in der neuen Förderperiode 2014-2020.

5.1 Ländliche Raumentwicklung in Deutschland

5.1.1 Politik der ländlichen Entwicklung

Die ländliche Entwicklung ist nicht Aufgabe einer Politik, sondern ist auf verschiedene Politikbereiche verteilt (vgl. WEINGARTEN 2008, S. 202). Neben der Agrarpolitik kommt, besonders für die Landnutzung im ländlichen Raum, auch der Raumordnungspolitik eine bedeutende Rolle zu (vgl. KAUFER ET AL. 2013, S. 381). Des Weiteren spielt die „Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) in die Politik für ländliche Räume hinein (vgl. OECD 2007, S. 106). Die Politik zur ländlichen Entwicklung über die GAP und die GAK, also die Agrarstrukturpolitik, ist aber als der wichtigste Politikbereich anzusehen. Die Agrarpolitik hat sich von ihrem Beginn bis heute von einer rein auf die Landwirtschaft ausgerichteten Politik hin zu einer Politik der ländlichen Entwicklung gewandelt, die den vielfältigen Handlungserfordernissen in ländlichen Räumen Rechnung trägt (zum Wandel des Politikfelds s. z.B. KNÖBL 2002). Ausdruck der Veränderungen in diesem Politikfeld ist die Schaffung der sog. „zweiten Säule“⁵¹ innerhalb der GAP und des ELER als eigenen Fonds zur Finanzierung von Maßnahmen zur ländlichen Entwicklung (vgl. GRABSKI-KIERON, KRAJEWSKI 2007, S. 16; GRAJEWSKI 2007, S. 17). Die ländliche Entwicklung als zweite Säule der

⁵¹ Die zweite Säule der GAP wurde durch die Reformen im Zusammenhang mit der „Agenda 2000“ und der Konferenz von Cork (1996) eingeführt. In dieser zweiten Säule wurden alle Maßnahmen der Struktur- und Agrarpolitik zusammengefasst, die die ländliche Entwicklung betreffen (vgl. GRAJEWSKI 2007, S. 17; KNÖBL 2002, S. 29-30; KOM 2006, S. 4; TAMÁSY 2012, S. 12).

GAP weist aufgrund ihrer agrarpolitischen Wurzeln nach WEINGARTEN aber Pfadabhängigkeiten auf, „die zu Inkonsistenzen und einem Nebeneinander von Zielen und Maßnahmen führen, die nicht bestmöglich aufeinander abgestimmt sind“ (EBD. 2008, S. 202). Zudem ist die zweite Säule der GAP weiterhin sektoral auf die Landwirtschaft und die landwirtschaftlichen Betriebe (z.B. Einkommenssteigerung, -sicherung) ausgerichtet (vgl. TIETZ 2007, S. 167).

Für die Umsetzung der Maßnahmen des ELER sind in Deutschland die Bundesländer zuständig (vgl. DVS 2010B, S. 12). Daraus ergibt sich eine insgesamt dreistufige Programmplanung, mit den folgenden Dokumenten auf den drei Ebenen im Förderzeitraum 2007-2013 (vgl. BMELV 2012, S. 7):

- EU: ELER-VO, Strategische Leitlinien
- Nationale Ebene: Nationaler Strategieplan
- Bundesländer: Entwicklungsprogramme Ländlicher Raum

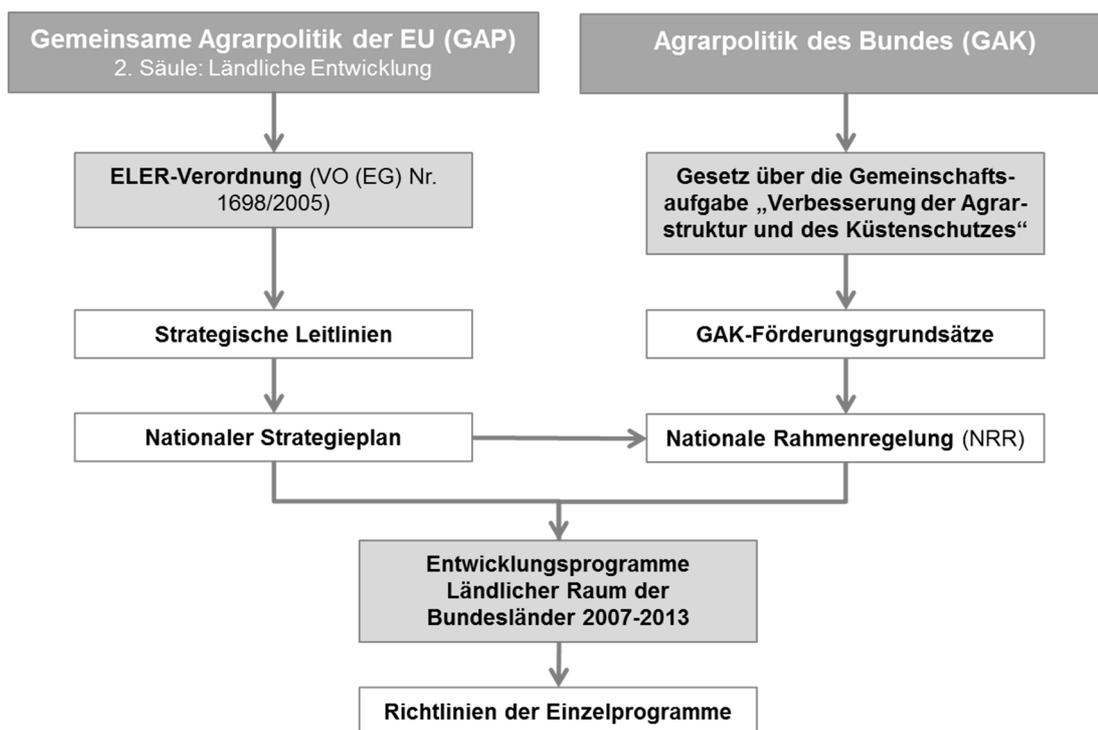


Abb. 11: Mehrstufige Programmplanung des ELER im Zusammenhang mit der GAK

Quelle: eigene Darstellung nach DVS 2010B, S. 9, verändert

Die Entwicklungsprogramme der Bundesländer enthalten zusätzlich zu den ELER-Maßnahmen, die in der GAK angebotenen Maßnahmen (vgl. DVS 2010B, S. 8-9). Den Zusammenhang dieser beiden Politiken zeigt Abbildung 11. Wie schon im Methodik-kapitel beschrieben (s. Kap. 4.1), wird in dieser Arbeit im Sinne einer ex-ante-Evaluierung der Förderzeitraum 2007-2013 betrachtet, um sowohl die Programmierung als

auch die Umsetzung der Förderung mit in die Analyse einbeziehen zu können. Änderungen, die sich ab 2014 ergeben, bleiben daher unberücksichtigt. Einen Ausblick auf die aktuelle Förderperiode 2014-2020 gibt Kapitel 5.2.

Die EU gibt auf Basis des ELER ein Maßnahmenspektrum vor und definiert über die Strategischen Leitlinien die strategische Ausrichtung der ländlichen Entwicklung. Diese finden ihren Niederschlag in dem Nationalen Strategieplan, der die Verbindung zwischen den Strategischen Leitlinien der EU und den Entwicklungsprogrammen der Bundesländer gewährleisten soll (vgl. BMELV 2011, S. 3). Werden in einem Mitgliedsstaat die Entwicklungspläne bzw. -programme auf regionaler Ebene erarbeitet, d.h. wie in Deutschland auf Ebene der Bundesländer, kann über eine Nationale Rahmenregelung das Maßnahmenspektrum der Programme gesteuert werden (Art. 15 Abs. 3 ELER-VO). Die Rahmenregelung legt gemeinsame Bestandteile der Programme fest (vgl. BMELV 2012, S. 7), hierbei handelt es sich um Maßnahmen der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) (vgl. EBD.). Die Länder müssen aber nicht das gesamte Maßnahmenspektrum des ELER und der GAK anbieten, sondern können aus diesen wählen⁵² (vgl. DVS 2010B, S. 13). Während des Förderzeitraums werden die Programme laufend angepasst, z.B. an Veränderungen der Förderung auf EU-Ebene (vgl. EBD., S. 12), für den Bereich Klimawandel spielte hier der „Health Check“ im Jahr 2008 eine wichtige Rolle (s. Kap. 5.2). Aus den Entwicklungsprogrammen der Länder leiten sich wiederum Richtlinien für die Einzelprogramme ab (vgl. EBD.).

5.1.2 Instrumente: LEADER und ILE

Die folgenden beiden Kapitel gehen kurz auf die Programmierung der in dieser Arbeit analysierten Instrumente LEADER und ILE ein, die über den ELER und die GAK gefördert werden. Die Charakteristika von LEADER und ILE in Hinblick auf die Prinzipien der Regionalentwicklung und in der Regional Governance-Diskussion sind bereits in den Kapiteln 2.1.2 und 3.1.1 behandelt worden. Die Umsetzung von LEADER und ILE erfolgt in den untersuchten Bundesländern unterschiedlich. Daher beinhaltet dieses Kapitel einen kurzen Vergleich, die genaue Umsetzung ist Gegenstand der Fallstudienanalyse.

⁵² An den Maßnahmen der GAK beteiligt sich der Bund i.d.R. mit 60, die Länder mit 40 Prozent. Zwar können viele Maßnahmen der GAK auch aus dem ELER mitfinanziert werden; ist dies nicht der Fall, erfolgt eine Finanzierung aus Mitteln der EU und des jeweiligen Bundeslandes (vgl. DVS 2010B, S. 12; OECD 2007, S. 203).

5.1.2.1 LEADER

Als Gemeinschaftsinitiative wurde LEADER (frz.: Liaison entre actions de développement rurale) im Jahr 1991 als Bottom-up-Ansatz für die ländliche Entwicklung in die EU-Strukturpolitik aufgenommen. Als erfolgreicher Ansatz zur ländlichen Regionalentwicklung gewertet (vgl. OECD 2006, S. 90), wurde LEADER im Förderzeitraum 2007-2013 Teil der Regelförderung der ländlichen Entwicklung („Mainstreaming“) innerhalb des ELER (vgl. DLKG 2011, S. 38; GRABSKI-KIERON, KÖTTER 2012, S. 102; RAUE 2007, S. 155). Der ELER besteht aus drei thematischen Schwerpunkten und LEADER als methodischem Ansatz, welcher als horizontaler Schwerpunkt zu der Umsetzung der drei anderen Schwerpunkte und ihrer Maßnahmen beitragen soll (vgl. GRABSKI-KIERON, KÖTTER 2012, S. 102; s. Abb. 12). Die Bundesländer bestimmen über ihre Entwicklungsprogramme, welche der drei Schwerpunkte und welche Maßnahmen der Schwerpunkte über LEADER umgesetzt werden können (vgl. BMELV 2012, S. 177). Über die konkreten Maßnahmen hinaus können auch Projekte über LEADER umgesetzt werden, die grundsätzlich den Zielen eines Schwerpunkts entsprechen und sich durch einen „innovativen Charakter“ auszeichnen (vgl. EBD.).

Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER)		
Schwerpunkt 1: Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft	Schwerpunkt 2: Verbesserung von Umwelt und Landschaft	Schwerpunkt 3: Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum und Förderung der Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft
Schwerpunkt 4: LEADER (methodischer Ansatz)		

Abb. 12: Die Schwerpunkte des ELER

Quelle: eigene Darstellung

Weitergehend werden in den Länderprogrammen folgende Punkte hinsichtlich der Ausgestaltung und Umsetzung von LEADER festgehalten (vgl. BMELV 2012, S. 177):

- Auswahlverfahren der LAGs inkl. Zeitplan und „objektiver“ Auswahlkriterien
- vorgesehene LAG-Anzahl / Anteil der mit LAGs abgedeckten ländlichen Gebiete
- Projektauswahlverfahren der LAGs
- LAG-Finanzmanagement

5.1.2.2 Integrierte ländliche Entwicklung (ILE)

Die integrierte ländliche Entwicklung ist auf nationaler Ebene als Fördergrundsatz der GAK im Jahr 2004 durch die Verbindung der agrarstrukturellen Entwicklungsplanung (AEP) mit weiteren investiven Instrumenten der Landentwicklung (z.B. Bodenordnung und Dorferneuerung) entstanden (vgl. DLKG 2006, S. 24, 2011, S. 44; THIEMANN 2007, S. 12). Mit der Einführung von ILE wurde der Ansatz der integrierten ländlichen Entwicklung bzw. der endogenen Regionalentwicklung von z.B. LEADER in die GAK übertragen (vgl. GRABSKI-KIERON, KÖTTER 2012, S. 97). Grundlegend für die ILE-Förderung ist die Erstellung eines „Integrierten ländlichen Entwicklungskonzepts“ (ILEK), an welches sich ein Regionalmanagement zur Umsetzungsbegleitung anschließen kann (vgl. DLKG 2006, S. 24).

Neu in die ELER-VO wurde für den Förderzeitraum die Maßnahme 341 „Kompetenzentwicklung, Förderveranstaltungen und Durchführung“ aufgenommen, die die Entwicklung und Durchführung von lokalen Entwicklungsstrategien durch öffentlich-private Partnerschaften auch außerhalb von LEADER ermöglicht (vgl. TIETZ 2007, S. 150). ILEK und RM als Fördergrundsätze der GAK werden in der Nationalen Rahmenregelung unter dieser Maßnahme dargestellt (vgl. EBD., S. 151-152).

5.1.3 Umsetzung von LEADER und ILE in den untersuchten Bundesländern

Obwohl LEADER und ILE ähnlich ausgerichtet sind, bestehen in programmatischer Hinsicht einige Unterschiede: LEADER bildet einen eigenen Schwerpunkt, dagegen sind das ILEK und seine Umsetzung im Schwerpunkt 3 („Maßnahmen zur Kompetenzentwicklung und Sensibilisierung im Hinblick auf die Ausarbeitung und Umsetzung einer lokalen Entwicklungsstrategie“ Art. 52 lit. d ELER-VO) enthalten. Während der LEADER-Ansatz grundsätzlich zur Umsetzung aller drei Schwerpunkte dienen soll, liegt der Fokus der Maßnahme 341 (ILEK und RM) auf den Maßnahmen des Schwerpunkts 3 (Art. 59 lit. e ELER-VO). Gemäß den Strategischen Leitlinien soll aber auch LEADER besonders zur Umsetzung von Maßnahmen des Schwerpunkts 3 beitragen (Nr. 3.4 BESCHLUSS 2006/144/EG). Der Schwerpunkt der angebotenen LEADER-Maßnahmen in den Entwicklungsprogrammen der Länder ist auf den Schwerpunkt 3 gerichtet (vgl. RAUE 2007, S. 159-160).

Die mehrstufige Programmplanung bedingt, dass die LEADER- und ILE-Förderung in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich umgesetzt wird: Während in einigen Bundesländern LEADER und ILE als eigenständige Förderungen bestehen, werden

diese in anderen Bundesländern kombiniert (vgl. DLKG 2011, S. 46; RAUE 2007, S. 165-166). Einige Bundesländer setzen die Maßnahme 341 außerhalb der Nationalen Rahmenregelung um (d.h. nicht als ILE, z.B. in Baden-Württemberg als Naturparkförderung) (vgl. TIETZ 2007, S. 151-153). Ein weiterer Unterschied ist in den genaueren Anforderungen zu sehen, die innerhalb des Schwerpunkt 4 an die LEADER-Regionen gestellt werden, im Gegensatz zu den Festlegungen innerhalb der Maßnahme 341 (vgl. RAUE 2007, S. 165). Die programmatische Umsetzung von LEADER und ILE in den Fallstudien zeigt Tabelle 20.

Tab. 20: Umsetzung von LEADER und ILE in den untersuchten Bundesländern (im jeweiligen Bundesland untersuchtes Instrument hervorgehoben)

Quelle: eigene Darstellung nach RAUE 2007, S. 158-161, 165-166; TIETZ 2007, S. 151-153

	LEADER	ILE
Baden-Württemberg	<ul style="list-style-type: none"> • nur Maßnahmen des Schwerpunkt 3 (ohne 311, 331) • beschäftigungswirksame Maßnahmen gemäß den Zielen des SP 1 	<ul style="list-style-type: none"> • Umsetzung der Maßnahme 341 in PLENUM-Gebieten und Naturparks (z.B. Studien, Bereitstellung von Informationen, Schulungen)
Brandenburg	<ul style="list-style-type: none"> • alle Schwerpunkte angeboten 	<ul style="list-style-type: none"> • Umsetzung von ILE in LEADER integriert
Niedersachsen	<ul style="list-style-type: none"> • alle Schwerpunkte angeboten (Schwerpunkt 3 ohne 341) 	<ul style="list-style-type: none"> • ILE-Förderung wird angeboten, thematischer Fokus
Sachsen	<ul style="list-style-type: none"> • Schwerpunkt 1: nur 121 (Modernisierung landwirtschaftl. Betriebe) • Schwerpunkt 3 • beschäftigungswirksame Aktionen gemäß den Zielen der SP 1 und 3 	<ul style="list-style-type: none"> • ILEK Voraussetzung für die Bewerbung als LEADER-Region • nicht anerkannte LEADER-Regionen werden als ILE-Region gefördert

5.2 Analyse I: Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel in der Politik zur ländlichen Entwicklung auf europäischer und nationaler Ebene

Dieser erste Analyseteil der externen Rahmenbedingungen hat zum Ziel, den Klimaschutz- und Anpassungsbezug der Dokumente auf den ersten beiden Programmierungsstufen der ländlichen Entwicklung, EU- und nationaler Ebene, zu analysieren. Wie im Methodikkapitel herausgestellt, wird zum einen geprüft, ob die Ziele und Maßnahmen direkt auf Klimaschutz und Anpassung gerichtet sind, und zum anderen, ob Bezüge zu klimaschutz- und anpassungsrelevanten Themen bestehen (s. Kap. 4.3.5). Die Agrarpolitik wird nicht im Ganzen analysiert, dem Klimaschutz oder der Anpassung entgegenwirkende Förderziele und -maßnahmen sind nicht Gegenstand dieser

Analyse. Hierzu zeigen bspw. KAUFER ET AL., dass trotz der Ausrichtung der Agrarpolitik auch auf ökologische Zielsetzungen ökonomische Interessen auf der Instrumenten- und Maßnahmenebene überwiegen und diese dem Schutz regionaler Ressourcen abträglich sind (vgl. 2013, S. 394). Der SRU macht deutlich, dass der Schwerpunkt der Agrarpolitik weiterhin auf der 1. Säule der GAP und somit der Einkommenssicherung in der Landwirtschaft liegt, während die 2. Säule, die wesentlich stärker auf Umweltaspekte gerichtet ist, in ihrer Bedeutung (finanzielle Ausstattung) deutlich hinter der 1. Säule zurücksteht (vgl. EBD. 2008, S. 458).

Europäische Ebene: ELER-Verordnung und Strategische Leitlinien

Die **ELER-Verordnung** („Verordnung über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums“) ist maßgebend für die Finanzierung bzw. der Umsetzung der Politik zur ländlichen Entwicklung der EU. In die Analyse finden die ELER-Verordnung in der ersten Fassung (VERORDNUNG (EG) NR. 1698/2005), sowie die zahlreichen Änderungen Berücksichtigung (VERORDNUNG (EG) NR. 1463/2006, 1944/2006, 2012/2006, 146/2008, 2009/74, 473/2009, 1312/2011). Der Verordnung Nr. 2009/74 kommt dabei die größte Bedeutung zu, da sie diejenigen Änderungen enthält, welche im Rahmen des Health Checks am ELER vorgenommen wurden. Die ELER-Verordnung wird als „[...] das wichtigste Finanzierungsinstrument für eine umweltverträgliche Landnutzung und eine Umsetzung von Klimaschutz-Maßnahmen in der Landwirtschaft“ gesehen (NABU 2010, S. 14). Bei dem „Health Check“ („Gesundheitscheck“) im Jahr 2008 handelte es sich um eine Überprüfung der GAP-Reform aus dem Jahr 2003 (vgl. MASSOT 2014, S. 3). In diesem Zuge wurden fünf „neue Herausforderungen“ für die europäische Landwirtschaft benannt, zu denen auch der Klimawandel zählt (Abs. 1 Änderung ELER-VO NR. 74/2009). Diese neuen Herausforderungen sind im Zusammenhang zu sehen, da zwischen ihnen Wechselwirkungen bestehen (vgl. KAPHENGST ET AL. 2009, S. 4; s. auch Abs. 4 und 5 Änderung ELER-VO NR. 74/2009):

- Klimawandel
- erneuerbare Energien
- Wasserwirtschaft
- biologische Vielfalt
- Umstrukturierung der Milchwirtschaft

Die Herausforderung „Klimawandel“ umfasst sowohl den Klimaschutz als auch die Anpassung an den Klimawandel (vgl. Abs. 3, 4 und 5, Anhang ÄNDERUNG ELER-VO NR.

74/2009; vgl. BAASCH ET AL 2012, S. 197). Im Anhang der Verordnung sind mögliche Vorhaben („Indikative Liste“, Anhang ÄNDERUNG ELER-VO NR. 74/2009) und ihre potentiellen Wirkfolgen für die fünf „Prioritäten“ aufgeführt. Die Mitgliedsstaaten mussten aufgrund des Health Checks ihre Entwicklungsprogramme für den ländlichen Raum überarbeiten, um die neuen Prioritäten mit aufzunehmen (Abs. 9 ÄNDERUNG ELER-VO NR. 74/2009), konnten dabei aber selbst über geeignete Maßnahmen für den Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel entscheiden (vgl. WEHRHEIM 2008, S. 24).

Die Maßnahmenbeschreibungen in der ELER-Verordnung sind sehr allgemein gehalten, was die Analyse hinsichtlich der Klimabezüge erschwert. Eine Auflistung der ELER-Maßnahmen lässt sich der Anlage 11.7 entnehmen. In der ELER-Verordnung für den Förderzeitraum 2007 bis 2013 bestanden auch vor dem Health Check schon zahlreiche Bezüge zum Klimawandel, die aber vielfach durch die Änderungen der Verordnung Nr. 74/2009 ergänzt und um Bezüge in anderen Maßnahmen erweitert wurden. Auffällig ist, dass im Schwerpunkt 2 schon vor dem Health Check Bezüge zu Klimaschutz und Anpassung erkennbar waren, während im Schwerpunkt 1 zum Teil und im Schwerpunkt 3 ausschließlich die Bezüge nach dem Health Check ergänzt wurden. Die Inhalte des Schwerpunkts 2 umfassen Maßnahmen zur Förderung der nachhaltigen Bewirtschaftung von landwirtschaftlichen und bewaldeten Flächen. In diesem Schwerpunkt lassen (fast) alle Maßnahmen einen Klimabezug erkennen. Besonders die Agrarumwelt- und Waldmaßnahmen, Ausgleichszahlungen im Rahmen von Natura 2000 und die Erstaufforstungsmaßnahmen sind hier zu nennen. Sie können u.a. dazu dienen, die Senkenfunktion des Grünlandes und des Waldes zu bewahren bzw. zu entwickeln, die Biodiversität zu stärken sowie den Waldumbau zu unterstützen. Die Maßnahmen des Schwerpunkt 1 zielen auf die Förderung der Stärkung des Humanpotenzials und der Umstrukturierung / Weiterentwicklung des Sachkapitals sowie der Innovationsförderung. Der mögliche Beitrag der Maßnahmen zu Klimaschutz und Anpassung lässt sich v.a. indirekt über Berufsbildungs- und Beratungsmaßnahmen herstellen sowie über Maßnahmen zur Modernisierung landwirtschaftlicher Betriebe (z.B. in Bezug auf Düngung) sowie dem Wiederaufbau nach Naturkatastrophen. Auch die Entwicklung von neuen Verfahren und Technologien kann zum Klimaschutz und zur Anpassung beitragen.

Der Schwerpunkt 3 unterscheidet sich von den anderen beiden Schwerpunkten, da die Maßnahmen mit Ausnahme der „Erhaltung und Verbesserung des ländlichen Erbes“ sich nur auf erneuerbare Energien beziehen (Klimaschutz). Die Erhaltung und Verbesserung des ländlichen Erbes dient dagegen der Biotoppflege und -vernetzung

und ist somit auch für die Anpassung relevant. Die Klimaschutz- und Anpassungsbezüge des Schwerpunkts 3 sind gegenüber dem Schwerpunkt 1 und besonders 2 deutlich eingeschränkt. Der Schwerpunkt 4, d.h. der LEADER-Ansatz, weist in der ELER-Verordnung keine Bezüge zu Klimaschutz oder Anpassung auf. Da LEADER aber zur Umsetzung der Ziele der Schwerpunkte 1, 2 und insbesondere des Schwerpunkts 3 beitragen soll, ist die Ausrichtung dieser Schwerpunkte auch für LEADER relevant.

Die **Strategischen Leitlinien** für die Entwicklung des ländlichen Raums (Anhang BESCHLUSS 2006/144/EG) zielen darauf, eine Kohärenz zwischen der Entwicklung der ländlichen Räume und den Prioritäten der EU (Nachhaltigkeitsziele von Göteborg, Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung), sowie anderen Maßnahmen und Politiken der EU herzustellen (Nr. 1 Anhang BESCHLUSS 2006/144/EG). Die Strategischen Leitlinien formulieren für die einzelnen Schwerpunkte Prioritäten und Kernaktionen. Die Analyse der Strategischen Leitlinien stärkt die Erkenntnisse aus der ELER-Verordnung. Zwar sind diese wieder auch sehr allgemein gehalten, was sich aus dem dreistufigen Programmplanungsansatz ergibt, dennoch sind Bezüge zum Klimawandel vorhanden (v.a. im Schwerpunkt 2). Auffällig ist, dass wiederum nach dem Health Check die Bedeutung des Klimawandels in den Strategischen Leitlinien gestärkt wurde: In allen Schwerpunkten wurden Kernaktionen ergänzt, die zumeist indirekt auf Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel zielen. Im Gegensatz zur ELER-Verordnung umfassen die Strategischen Leitlinien im Schwerpunkt 3 auch schon vor dem Health Check die Förderung von erneuerbaren Energien. Besonders bemerkenswert ist auch der Schwerpunkt 4 (LEADER). Während in der ELER-Verordnung noch keine klimarelevanten Bezüge hergestellt werden, sollen die LEADER-Entwicklungsstrategien auch die Förderung erneuerbarer Energien und die Anpassung an den Klimawandel miteinbeziehen. Für beide Bereiche wird der integrative LEADER-Ansatz als gut geeignet angesehen:

„Da alle ländlichen Gebiete mit Fragen des Klimawandels und erneuerbarer Energien konfrontiert sind, können die Mitgliedstaaten den lokalen Aktionsgruppen in Schwerpunkt 4 (Leader) nahe legen, diese als Querschnittsthemen in ihre lokale Entwicklungsstrategien aufzunehmen. Die Gruppen sind besonders gut geeignet, zur Anpassung an den Klimawandel und zu Lösungen für erneuerbare Energien beizutragen, die auf die lokalen Gegebenheiten abgestimmt sind“ (Anhang Abs. 3 BESCHLUSS 2009/61/EG).

Die Strategischen Leitlinien stellen somit die Bedeutung des LEADER-Ansatzes für den Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel deutlich heraus.

Nationale Ebene: Nationaler Strategieplan und Nationale Rahmenregelung

Auf nationaler Ebene werden der **Nationale Strategieplan** und die **Nationale Rahmenregelung** analysiert. Da die GAK-Rahmenpläne die Grundlage für den Strategieplan darstellen (vgl. BMELV 2011, S. 3) und viele Maßnahmen aus dem ELER vollständig oder in Teilen mitfinanziert werden können (vgl. EBD. S. 39), werden die GAK-Rahmenpläne nicht gesondert betrachtet. Der Strategieplan und die Rahmenregelung liegen nur in ihrer letzten Fassung vor, d.h. die Veränderungen durch den Health Check können hier nicht nachvollzogen werden.

Der **Nationale Strategieplan** benennt gemäß dem Health Check die „neuen Herausforderungen“ als veränderte Rahmenbedingungen für ländliche Räume und greift diese ergänzend zu seinen zentralen Zielen auf (vgl. EBD., S. 30, 32-33). Demnach sind neben ordnungsrechtlichen Maßnahmen insbesondere die freiwillige Mitarbeit, Beratungs- und Informationsleistungen, Agrarumweltprogramme und kooperative Ansätze wichtig, um der Herausforderung Klimawandel aber auch der Erhaltung der Biodiversität und dem nachhaltigen Wassermanagement zu begegnen (vgl. EBD., S. 32-33). Beispiele für den Klimaschutz werden im Anbau nachwachsender Rohstoffe, in der Verringerung der Stickstoffüberschüsse, der Kohlenstoffspeicherung (Pflanzen und Boden) und in energiesparenden Investitionen gesehen (vgl. EBD.). Die zentralen Ziele im eigentlichen Sinne sind dagegen allgemeiner gehalten und orientieren sich stark an der Struktur der Schwerpunkte. Sie zielen auf den Anbau von NawaRo im Zusammenhang mit der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit bzw. der Schaffung von Arbeitsplätzen und mit der Förderung der Biodiversität innerhalb der Stärkung des Umwelt- und Naturschutzes und der Sicherung und Entwicklung von Kulturlandschaften auf klimarelevante Belange ab (vgl. EBD.). Die schwerpunktspezifischen Ziele und dazugehörigen Maßnahmen sind wie die zentralen Ziele allgemein formuliert. Auch hier zeigt sich deutlich die Maßnahmenstruktur der ELER-Verordnung. Die Analyse zeigt, dass ein Zielbezug zu Klimaschutz und / oder Anpassung in allen Schwerpunkten gegeben ist, besonders im Schwerpunkt 2. Der LEADER-Schwerpunkt und der für LEADER und ILE besonders wichtige Schwerpunkt 3 weist v.a. einen Bezug zum Klimaschutz über das Thema der erneuerbaren Energien auf.

Die Erstellung einer „**Nationalen Rahmenregelung**“ ist optional für Mitgliedsstaaten mit regionaler Programmplanung zur Bestimmung gemeinsamer Bestandteile der Programme (vgl. BMELV 2012, S. 7). In Deutschland werden diese gemeinsamen Bestandteile durch die Maßnahmen der GAK gebildet (vgl. EBD.) GAK-Maßnahmen können in den Länderprogrammen auch durch nationale Mittel finanziert werden. Hieraus

geht auch die Klimaschutz- und Anpassungsrelevanz der einzelnen Maßnahmen hervor. Die Analyse des Nationalen Strategieplans wird bestätigt, die Rahmenregelung enthält darüber hinaus aber einige Konkretisierungen. Demnach sind im Schwerpunkt 1 neben den erneuerbaren Energien und dem Hochwasser- und Küstenschutz auch anpassungsrelevante Bereiche wie Wassermanagement / Bewässerung und die Beratung hinsichtlich einer an den Klimawandel angepassten Landwirtschaft enthalten. Im Schwerpunkt 2 sind v.a. die Agrarumweltmaßnahmen mit ihrem Maßnahmenpektrum zu nennen, die auf vielfache Weise zu Klimaschutz und Anpassung beitragen können (z.B. Extensivierung, Förderung von Grünland, Düngemittelreduzierung, schonende Bodenbearbeitungsverfahren). Dazu treten Aufforstungs- und Waldumbaumaßnahmen sowie Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen im Wald, die zu der Erhöhung der Biodiversität beitragen können. Der Schwerpunkt 3 weist v.a. Bezüge zum Klimaschutz über die Förderung von erneuerbaren Energien auf. Aber auch Maßnahmen, die zu der Förderung der Biodiversität beitragen, sind berücksichtigt. Der Schwerpunkt 4 dagegen enthält keine eigenen Klimaschutz- oder Anpassungsmaßnahmen, dient aber zur Umsetzung der drei anderen Schwerpunkte.

Ausblick: Änderungen in dem neuen Förderzeitraum (2014 – 2020)

Im Förderzeitraum ab 2014 wird die grundsätzliche GAP-Architektur aus zwei Säulen beibehalten und die Förderung der ländlichen Entwicklung innerhalb der GAP als zweite Säule fortgeführt (vgl. DG AGRI 2013, S. 1; KOM 2010, S. 2)⁵³. In Abstimmung mit den Zielen der GAP und der Strategie „Europa 2020“ werden als strategische Ziele für die Entwicklung des Ländlichen Raumes im Förderzeitraum 2014 bis 2020 die

- „Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft,
- Gewährleistung einer nachhaltigen Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen sowie Klimaschutz und
- ausgewogene räumliche Entwicklung der ländlichen Wirtschaft und der ländlichen Gemeinschaften, einschließlich der Schaffung und der Erhalt von Arbeitsplätzen“

benannt (DG AGRI 2014). Hier wird eine starke Verknüpfung zu den drei inhaltlichen Schwerpunkten des ELER im vorangegangenen Förderzeitraum deutlich. Statt der drei inhaltlichen Schwerpunkte und dem LEADER-Schwerpunkt im Zeitraum 2007 - 2013 sieht die neue Verordnung nun sechs Prioritäten vor (vgl. BMEL 2014A; DG AGRI

⁵³ Auf die Verknüpfung des ELER mit den Struktur- und Investitionsfonds zu den sog. „Europäischen Struktur- und Investitionsfonds“ (ESI-Fonds) (s. Abs. 2 GSR-VO) soll an dieser Stelle nicht weiter eingegangen werden.

2014; FÄHRMANN, GRAJEWSKI 2014, S. 15; Art. 5 ELER-VO 2014-2020). Diese sechs Prioritäten lauten (DG AGRI 2014):

1. „Förderung von Wissenstransfer und Innovation in der Land- und Forstwirtschaft und den ländlichen Gebieten“
2. „Verbesserung der Lebensfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe und der Wettbewerbsfähigkeit aller Arten von Landwirtschaft sowie Förderung innovativer Bewirtschaftungsmethoden und nachhaltiger Forstwirtschaft“
3. „Förderung einer Organisation der Nahrungsmittelkette, des Tierschutzes und des Risikomanagements in der Landwirtschaft“
4. „Wiederherstellung, Erhaltung und Verbesserung der mit der Land- und Forstwirtschaft verbundenen Ökosysteme“
5. „Förderung der Ressourceneffizienz und Unterstützung des Agrar-, Ernährungs- und Forstsektors beim Übergang zu einer kohlenstoffarmen und klimaresistenten Wirtschaft“
6. „Förderung der sozialen Eingliederung, der Bekämpfung der Armut und der wirtschaftlichen Entwicklung in den ländlichen Gebieten“

Der LEADER-Ansatz wird in dem neuen Förderzeitraum fortgeführt. Neu ist, dass der LEADER-Ansatz als „Community-Led Local Development“ (CLLD) grundsätzlich den Fonds ELER, EFRE und ESF offensteht (vgl. SCHEELE 2014, S. 13; SPULLER 2014, S. 24) und die Umsetzung über mehrere Fonds möglich ist (vgl. DVS 2015; ENRD o.J.B, o.J. C; WEHMEYER, BARTELT 2011, S. 46). Aber nur im ELER sind lokale Entwicklungsstrategien ein verpflichtender Bestandteil (vgl. DVS 2015; ENRD o.J. c). Die Möglichkeit der fondsübergreifenden LEADER-Förderung wird nur in Sachsen-Anhalt umgesetzt (vgl. MANTE 2014, S. 22). In vielen Bundesländern wird die Anzahl der LEADER-Regionen erhöht, so dass in Deutschland voraussichtlich insgesamt 300 Regionen gefördert werden (vgl. WEHMEYER 2014, S. 25). Die ILE-Förderung aus der GAK wird es auch im neuen Förderzeitraum geben: So wird sie in einigen Bundesländern in die LEADER-Förderung einfließen (z.B. REK-Erstellung), in Niedersachsen, Bayern und neu in Baden-Württemberg wird es ILE-Regionen geben (vgl. DVS 2014; WEHMEYER 2014, S. 25).

Der Klimawandel bzw. Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel sind in der ELER-Verordnung und der Nationalen Rahmenregelung wie folgt berücksichtigt:

- **ELER-Verordnung 2014-2020:**

- Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel als übergreifende Zielsetzungen, Aufnahme von Klimaschutz sowie anpassungsrelevanten Themen in die sechs Prioritäten der Verordnung (Art. 5)

- Möglichkeit zur Erstellung thematischer Teilprogramme hinsichtlich Klimaschutz und Anpassung (Art. 7 Abs. 1 lit. f)
- Vorgaben für die Entwicklungsprogramme der Mitgliedsländer: Berücksichtigung von Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel in der SWOT-Analyse und Strategie (Art. 8 Abs. 1 lit. b-c)
- nominell stärkere Berücksichtigung in den Maßnahmen (z.B. Umbenennung der AUM in „Agrarumwelt- und Klimamaßnahme“ (Art. 28), „Waldumwelt- und -klimadienleistungen und Erhaltung der Wälder“ (Art. 34)), Klimaschutz und Anpassung betreffende Maßnahmen ähnlich wie im vorangegangenen Förderzeitraum; LEADER: keine explizite Nennung von Klimaschutz oder Anpassung
- **Nationale Rahmenregelung** (vgl. BMEL 2014B): Beschreibung und Begründung der Maßnahmen: stärkerer Bezug zum Klimawandel wird hergestellt

Zwar wird deutlich, dass Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel im ELER deutlich hervorgehoben sind. Unklar ist allerdings noch, ob dies in der Förderpraxis wirklich zu einer stärkeren Integration von Klimaschutz und Anpassung führen wird. So ist zu hinterfragen, ob neben der prominenten Platzierung in Prioritäten und Maßnahmen wirklich eine differenzierte Betrachtung der tatsächlichen Wirkung vorgenommen werden kann. FÄHRMANN UND GRAJEWSKI kritisieren die pauschale Festlegung von Klimaschutzwirkungen je nach Priorität, da z.B. alle Maßnahmen innerhalb der Priorität „Wiederherstellung, Erhaltung und Verbesserung der mit der Land- und Forstwirtschaft verbundenen Ökosysteme“ zu 100 % zum Klimaschutz beitragen (vgl. FÄHRMANN, GRAJEWSKI 2014, S. 15).

Inwieweit Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel in den LEADER-Regionen berücksichtigt werden, kann derzeit noch nicht abgesehen werden. Einige Bundesländer machen den LEADER-Regionen aber thematische Vorgaben, dabei wird in zwei Fällen auch der Klimawandel / Klimaschutz mitaufgegriffen (Sachsen-Anhalt: verpflichtend Klimawandel & Energie; Niedersachsen: Klima / Umweltschutz) (vgl. DVS 2014).

5.3 Zwischenfazit: Rahmenbedingungen der ländlichen Entwicklung auf europäischer und nationaler Ebene für Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel

Wie die Analyse zeigt, weisen die Dokumente auf europäischer und nationaler Ebene einige Ansatzpunkte für Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel sowohl auf Ziel- als auch auf Maßnahmenebene auf. Ein starker Einfluss auf die Berücksichtigung

von Aspekten des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel ging von dem Health Check aus. Eine besonders deutliche Relevanz für den Klimaschutz und die Anpassung weist der Schwerpunkt 2 auf, v.a. über die Agrar- und Waldumweltmaßnahmen. Auch der Schwerpunkt 1 verfügt über Bezüge v.a. zum Klimaschutz aber auch zur Anpassung, die hauptsächlich in den Bereichen erneuerbare Energien / Energieeffizienz und dem Küsten- / Hochwasserschutz liegen. Die Bedeutung der für LEADER bzw. ILE relevanten Schwerpunkte 3 und 4 für Klimaschutz und Anpassung ist dagegen deutlich geringer: Im Schwerpunkt 3 sind einige Maßnahmen im Bereich der erneuerbaren Energien und zur Erhaltung der Biodiversität genannt, die übergeordnete Zielstellung dieses Schwerpunkts und der überwiegende Anteil der Maßnahmen ist dagegen auf die wirtschaftliche Entwicklung ländlicher Räume und auf die Erhaltung der Lebensqualität gerichtet. Die Bedeutung des LEADER-Ansatzes (Schwerpunkt 4) für Klimaschutz und Anpassung ist unterschiedlich zu sehen: Zwar stehen überwiegend die methodischen Aspekte des LEADER-Ansatzes im Vordergrund, es wird aber auch auf die inhaltliche Ausrichtung eingegangen, wobei Klimaschutz und Anpassung in den verschiedenen Dokumenten eine unterschiedliche Rolle zukommt. Während die ELER-Verordnung und die Nationale Rahmenregelung Klimaschutz und Anpassung im Schwerpunkt 4 selbst nicht aufgreifen, sehen die strategischen Leitlinien der EU und der Nationale Strategieplan in LEADER die Möglichkeit zur Erarbeitung von abgestimmten Konzepten für erneuerbare Energien. Darüber hinaus heben die strategischen Leitlinien die Bedeutung von LEADER für die Anpassung an den Klimawandel hervor.

Die in diesem Kapitel analysierten Dokumente bilden die wesentlichsten Grundlagen für die Erarbeitung der regionalen Programme auf Ebene der Bundesländer. Den Bundesländern steht dabei offen, auch Maßnahmen anzubieten, die über diesen Rahmen hinausgehen und dann jedoch aus eigenen Mitteln bezahlt werden müssen. Bei einer starken Ausrichtung an den von der EU und im Rahmen der GAK angebotenen Maßnahmen wird sich das hier erhaltene Bild in der Analyse der Länderprogramme bestätigen. Jedoch sind andere Schwerpunktsetzungen in den Programmen der Bundesländer zu erwarten.

6 Fallstudien (Analyse II)

In diesem Kapitel erfolgt die Analyse der Fallstudien nach dem in Kapitel 3.1.2 und 4.2.1 vorgestellten analytischen Regional Governanceansatz und den hieraus abgeleiteten und auf die Fragestellung hin angepassten Kriterien und Indikatoren. Die Analyse stellt die Ergebnisse der Dokumentenanalyse (s. Kap. 4.4.3) und der Experteninterviews (s. Kap. 4.4.4) dar. Die Fallstudienanalysen beginnen zunächst mit den allgemeinen Kriterien (Kurzvorstellung der Region = situative Rahmenbedingungen; E-LEADER-Förderung in dem jeweiligen Bundesland = externe institutionelle Rahmenbedingungen), danach folgen die weiteren regionsspezifischen Kriterien (interne institutionelle Rahmenbedingungen, thematische Ausrichtung der Region, Akteure und Akteurskonstellationen, Kooperation mit der Regionalplanung). Die Indikatoren sind im Text hervorgehoben. Am Ende eines jeden Unterkapitels ist die Analyse nach den Kriterien tabellarisch zusammengefasst (Zwischenbewertung).

A LEADER

6.1 LEADER Nordschwarzwald

6.1.1 Kurzvorstellung der Region (situative Rahmenbedingungen)

Die LEADER-Region Nordschwarzwald liegt im Bundesland Baden-Württemberg und umfasst Teile der Landkreise Rastatt, Calw und Freudenstadt (vgl. LAG NSW 2007, S. 6). Sie ist damit eine von acht LEADER-Regionen in Baden-Württemberg (vgl. MLR 2011, S. 24) und gehört zum nördlichen Teil des Naturraums Schwarzwald, der sich im Landesvergleich durch einen überdurchschnittlich hohen Waldanteil (knapp 80%) und starke Höhenunterschiede mit Höhenlagen bis zu über 1.000 Meter auszeichnet (vgl. LAG NSW 2007, S. 16). Die LEADER-Region liegt im Naturpark Nordschwarzwald (vgl. EBD., S. 19). Die wichtigsten strukturellen Merkmale der Region können Tabelle 21 entnommen werden. Besonders hervorzuheben sind

- die hohe Bedeutung des Tourismus (aber rückläufige Übernachtungszahlen, vgl. EBD., S. 30),
- eine zukünftig nur geringe negative Bevölkerungsentwicklung und
- eine geringe Arbeitslosenquote.



Foto 1: Blick auf die Gemeinde Baiersbronn (BAIERSBRONN TOURISTIK O.J.)

Tab. 21: Regionalprofil der LEADER-Region Nordschwarzwald

Quelle: eigene Darstellung nach ¹LAG NSW 2007; ²BBSR o.J.A.; ³BFN 2014; ⁴STATISTISCHES LANDESAMT BADEN-WÜRTTEMBERG 2014A, eigene Berechnung; ⁵STATISTISCHES LANDESAMT BADEN-WÜRTTEMBERG 2014B, eigene Berechnung

Regionalprofil LEADER-Region Nordschwarzwald			
Abgrenzung¹	Teile der Landkreise Rastatt, Calw und Freudenstadt		
Raumtyp² (nach BBSR)	2/3 der Gemeinden ländlich peripher und ländlich zentral (die übrigen Gemeinden teilweise / überwiegend städtisch zentral und peripher)		
Gemeinden¹ (* nur Teile der Gemeinde)	Landkreis Calw: <ul style="list-style-type: none"> • Altensteig* • Bad Herrenalb* • Bad Liebenzell* • Bad Teinach-Zavelstein • Bad Wildbad • Calw* • Dobel • Ebhausen • Enzklosterle • Neubulach • Neuweiler 	Landkreis Freudenstadt: <ul style="list-style-type: none"> • Oberreichenbach • Schömbach* • Simmersfeld • Alpirsbach • Bad Rippoldsau-Schapbach • Baiersbronn • Freudenstadt* • Grömbach 	<ul style="list-style-type: none"> • Loßburg • Pfalzgrafenweiler • Seewald • Waldachtal • Wörnersberg Landkreis Rastatt: <ul style="list-style-type: none"> • Forbach • Gernsbach • Loffenau • Weisenbach
Größe¹	1.338 km ²		
Bevölkerung¹	Einwohner: 148.048 EW (31.12.2005)		
	Einwohnerdichte: 111 EW/km ²		
	Bevölkerungsentwicklung: <ul style="list-style-type: none"> • 1995-2005: 1,3% (Landesschnitt: 3,1 %) • 2005-2025: -2,1% (Landesschnitt: -1,0 %) 		
Großlandschaft / Landschaftstyp³	<ul style="list-style-type: none"> • Großlandschaft: Südwestdeutsches Mittelgebirgs- / Stufenland • Landschaftstyp: v.a. Waldlandschaft (Rein und struktureich) 		
Landnutzung¹ (Stand: 2007)	<ul style="list-style-type: none"> • Wald: 77,6% (Baden-Württemberg: 38,1 %) • Landwirtschaft: 19,2% (Baden-Württemberg: 46,3 %) • Siedlung und Verkehr: 3,0% (Baden-Württemberg: 13,6 %) • Wasser: 0,2% (Baden-Württemberg: 1,0 %) 		
Wirtschaftsstruktur	Erwerbstätige am Arbeitsort (Jahresschnitt 2007) ⁴ : <ul style="list-style-type: none"> • Land- und Forstwirtschaft; Fischerei: 1,3 % • Produzierende Gewerbe: 38,2 % • Dienstleistungsbereiche: 60,5 % 		

	<p>Arbeitslosenquote⁵: 4,47 % (Jahresschnitt 2007) (Quoten der Kreise gewichtet nach Anzahl der Gemeinden in der LEADER-Region)</p>
	<p>Land- und Forstwirtschaft¹:</p> <ul style="list-style-type: none"> • v.a. Grünlandbewirtschaftung in der Landwirtschaft • Rückgang der Betriebe von 1979-2005: 62,4 % • 57 % der Betriebe Klein- und Kleinstbetriebe (2-10 ha) (2005); am stärksten vom Rückgang betroffen • 9,6 % der Betriebe bewirtschaften >50 ha (nehmen am stärksten zu) (2005) • Brachfallen der Hochflächen im Schwarzwald (Problem der Offenhaltung der Landschaft) • Nebenerwerb: 78 %; Haupt- oder Vollerwerb: 22 % (2003) • Waldbesitzarten (2007) <ul style="list-style-type: none"> – Staatswald: 44 % – Gemeindewald: 34 % – Privatwald: 22 %
	<p>Tourismus¹:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Übernachtungen: 2,3 Mio (2006); Entwicklung rückgängig (Übernachtungen ausländischer Gäste ansteigend) • Anzahl der Betriebe rückläufig (1987: 764; 2006: 442) • durchschnittliche Aufenthaltsdauer rückläufig (1987: 7,1 Tage; 2006: 2,7 Tage)



Foto 2: Hochmoore (hier: Wildseemoor) zählen neben den Wäldern zu bedeutenden Lebensräumen in der LEADER-Region⁵⁴ (INFOZENTRUM KALTENBRONN O.J.)

Die LEADER-Region Nordschwarzwald zählt zu den **gering bis mäßig anfälligen Regionen** in Deutschland gemäß der Darstellung der kumulierten Klimaanfälligkeitsklassen nach BMVBS / BBSR. Werden die einzelnen **Betroffenheits-Raumtypen** genauer betrachtet ergibt sich für die LEADER-Region Schwarzwald folgendes Bild (vgl. BMVBS 2010A, S. 51-53):

- Problemkomplex 1 (sommertypische Auswirkungen): mäßig bis starke Betroffenheit
 - häufigere Hitzeperioden oder Hitzewellen und steigende Waldbrandgefahr (Stufe 3)
 - steigende Gefährdung der Artenvielfalt und Einschränkung der als Brauchwasser nutzbaren Wasserressourcen (Stufe 2)

⁵⁴ vgl. LAG NSW 2007, S. 19

- Problemkomplex 2 (wintertypische Auswirkungen): mäßig-geringe Betroffenheit
 - Veränderung von Frequenz und Stärke von Flusshochwässern, häufigere Starkregeneignisse und Sturzfluten, zunehmender Verlust des Oberbodens durch Wassererosion und steigende Gefahr von gravitativen Massenbewegungen (Stufe 2)
- Problemkomplex 3 (Beeinträchtigung und Zerstörung der Infrastruktur): „mittel“, für den äußersten nordwestlichen Bereich (Teile des Landkreises Rastatt) „stark“

Ein Akteur berichtet aus seiner eigenen (beruflichen) Wahrnehmung von schleichen- den Veränderungen, z.B. Verschiebung der Jahreszeiten, Verteilung der Nieder- schläge, instabilere Wetterlagen, und weitere Akteure von Extremereignissen wie Starkregen, Trockenheit und Sturmereignissen, sowie weiteren möglichen Folgen des Klimawandels wie vermehrter Schädlingsbefall in den Wäldern.

Einige Interviewpartner geben an, dass es in vielen Gemeinden und Landkreisen **Kli- maschutz- und Energieprojekte** bzw. -konzepte und **Einrichtungen** wie z.B. Ener- gieagenturen gebe. Daneben liegt die LEADER-Region innerhalb der Gebietskulisse des **Modellvorhabens der Raumordnung Raumentwicklungsstrategien zum Kli- mawandel (KlimaMORO)** Mittlerer Oberrhein / Nordschwarzwald. Die Modellregion umfasst die Regionalverbände Mittlerer Oberrhein und Nordschwarzwald. Inhaltlich richtete sich das Modellvorhaben auf die Bereiche „Siedlung / Hochwasser“ und „Tou- rismus, Land- und Forstwirtschaft und Naturschutz“ (vgl. BMVBS 2010B, S. 19, 2011B, S. 17) Eine Verbindung zwischen dem KlimaMORO und LEADER wurde laut einem Interviewpartner jedoch nicht hergestellt. Der überwiegende Anteil der LEADER-Ak- teure ist in den Interviews nicht auf das KlimaMORO eingegangen.

6.1.2 Institutionelle Rahmenbedingungen (extern)

Die Umsetzung von Maßnahmen in LEADER werden hauptsächlich nach dem „Ent- wicklungsprogramm ländlicher Raum“ (ELR) bewilligt, sowie für den Bereich „Erhal- tung und Verbesserung des ländlichen Erbes durch wirtschaftliche Inwertsetzung so- wie Erhaltung und Verbesserung des natürlichen Erbes und Entwicklung der Kultur- landschaft“ nach der Landschaftspflegerichtlinie (LPR) (vgl. MLR 2010, S. 455). Für die Umsetzung von LEADER ist das ELR von zentraler Bedeutung (vgl. EBD. 2011, S. 35, 41).

Tab. 22: Analyse der externen institutionellen Rahmenbedingungen

Quelle: eigene Darstellung

	Kriterium	Ergebnis der Analyse
Institutionelle Rahmenbedingungen - extern	3.4 Förderprogramme und Richtlinien: Zielebene (Leitbild, Ziele, SWOT)	<ul style="list-style-type: none"> • SWOT-Analyse: <ul style="list-style-type: none"> – Klimaschutz und Anpassung v.a. im Bereich der Land- und Forstwirtschaft thematisiert (z.B. Emission von THG-Emissionen in der LW, Nachfrage Biomasse als Chance) – in anderen Bereichen indirekte Bezüge • Leitbild: Berücksichtigung nur in schwerpunktspezifischen Zielen
	3.5 Förderprogramme und Richtlinien: Maßnahmenebene	<ul style="list-style-type: none"> • v.a. Maßnahmen der Schwerpunkte 1 und 2 für Klimaschutz und Anpassung relevant • Schwerpunkt 3 und LEADER: wenige Bezüge (regenerative Energien, Biodiversität)
	3.6 Förderprogramme und Richtlinien: Regelungen zur Prozessorganisation	<ul style="list-style-type: none"> • Abgrenzung LEADER-Regionen: kann unabhängig zu administrativen Einheiten erfolgen • Institutionalisierung LEADER-Regionen: Einrichtung Geschäftsstelle / Personalausstattung • Inhaltliche Anforderungen: nur indirekt für Klimaschutz / Anpassung relevant • Akteursbeteiligung: <ul style="list-style-type: none"> – Akteure aus verschiedenen Sektoren, repräsentativ für das Gebiet – Anteil WiSo-Partner nach ELER-Vorgabe • Kooperation Regionalplanung: -
	3.7 Festlegungen in weiteren Regelsystemen zu Klimaschutz und Anpassung	-
	3.8 Mehrebenenproblematik: Koordination Bund, Land u. EU	-

EPLR und Richtlinien: Zielebene

Bezüge zum Klimawandel sowie Klimaschutz und zur Anpassung in der **SWOT-Analyse** lassen sich überwiegend den Bereichen Land- und Forstwirtschaft zuordnen (z.B. THG-Emissionen als Schwäche der Landwirtschaft, Betroffenheit der Landwirtschaft, mögliche Anpassungsstrategien in den Bereichen Sortenanbau, Bewässerung und Tierhaltung, Beitrag zum Klimaschutz über die Nutzung von NawaRo und Biomasse). In diesen Bereichen werden die Notwendigkeit und die **Möglichkeiten zum Klimaschutz und zur Anpassung direkt benannt**. In den anderen Bereichen sind nur **indirekte Bezüge vorhanden** (z.B. Ausbau der erneuerbaren Energien).

Das **Leitbild** und die allgemeinen **Ziele** greifen Klimaschutz und Anpassung nicht auf. Anders sieht dies in den schwerpunktspezifischen Zielen aus: hier bestehen v.a. Bezüge im Schwerpunkt 2. Im Schwerpunkt 3 werden zwar klimaschutz- und anpas-

sungsrelevante Thematiken benannt, es stehen aber v.a. die Entwicklung der Wirtschaft im ländlichen Raum (z.B. Diversifizierung, Sicherung von Arbeitsplätzen), die Verbesserung der Lebensqualität und die Kulturlandschaftsentwicklung im Vordergrund (vgl. MLR 2014, S. 156-157, 2011, S. 24).

Die Zielausrichtung der für LEADER relevanten Richtlinien, ELR und LPR, enthalten keine expliziten Klimabezüge. Die Hauptziele des ELR, als „das Instrument zur Förderung der Dorfentwicklung in Baden-Württemberg“ (ELR NR. 1), richten sich auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen im ländlichen Raum, der Abwanderung, dem landwirtschaftlichen Strukturwandel und den natürlichen Lebensgrundlagen. Die LPR ist auf den Naturschutz, die Landschaftspflege und die Kulturlandschaftspflege gerichtet. Klimaschutz und Anpassung werden nicht direkt fokussiert, wobei der Schutz von Tier- und Pflanzenarten und der Schutz und die Entwicklung von Lebensräumen grundsätzlich auch klimarelevante Aspekte mit umfassen.

EPLR und Richtlinien: Maßnahmenebene

Die Umsetzung der LEADER-Entwicklungsstrategien ist in Baden-Württemberg über bestimmte Maßnahmen des Schwerpunkts 3 möglich (s. Tab. 23). Darüber hinaus können Projekte gefördert werden, die den Zielen der Maßnahmen des Schwerpunkts 3 dienen (sog. Direktbewilligung, vgl. MLR 2012, S. 54, 2010, S. 456). Eine Förderung im Rahmen der Schwerpunkte 1 und 2 ist für LEADER-Projekte in Baden-Württemberg nicht möglich (vgl. MLR 2010, S. 456; STRATMANN 2008C). Die Vorhaben der Direktbewilligung sollen insbesondere zur Steigerung der Lebensqualität im ländlichen Raum, der Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft, der Erhaltung des natürlichen Erbes, der Eindämmung des Landschaftsverbrauchs, zum schonenden Umgang mit den Ressourcen und zum Umgang mit dem demographischen Wandel beitragen (vgl. MLR 2014, S. 556, 2010, S. 456). Dazu gibt es noch die Möglichkeit der Bewilligung durch das Sonderprogramm „Initiativen der LEADER-Aktionsgruppen“ (ILAG), das während des Förderzeitraums eingeführt wurde, um den Förderbedarf in besonders wichtigen Themenbereichen zu decken (vgl. EBD. 2012, S. 58-59). Es zielt auf Barrierefreiheit, Innenentwicklung, Gesundheitsvorsorge, die Förderung von Kultur und Radverkehr (vgl. EBD.) und somit nicht auf Klimaschutz oder Anpassung. Im Schwerpunkt 3, zu dessen Umsetzung LEADER maßgeblich beitragen soll, lassen sich – im Gegensatz zu Schwerpunkt 2 und z.T. 1 - nur wenige Bezüge zu Klimaschutz und Anpassung finden. Die einzige über LEADER förderfähige Maßnahme, die einen Bezug zum Klimaschutz aufweist, ist die Maßnahme 322 (Dorferneuerung und -entwicklung),

die als Beispiele für Renovierungsmaßnahmen in der Dorferneuerung Isolations- und Energiesparmaßnahmen enthält.

Tab. 23: Angebotene Maßnahmen im MEPL II mit Klimabezug

Quelle: eigene Darstellung nach Auswertung MLR 2014, S. 214-577

Schwerpunkt	Maßnahme		Klimaschutz	Anpassung
	LEADER-förderfähig	LEADER-förderfähig (Teilmaßn.)		
1. Verbesserung d. Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft	114	Inanspruchnahme von Beratungsdiensten		
	121	Modernisierung landwirt. Betriebe	Energieeinsparung	
	123	Erhöhung der Wertschöpfung bei land- und forstwirtschaftlichen Erzeugnissen	Energieeinsparung, erneuerbare Energien	
	125	Infrastruktur für die Entwicklung und Anpassung der Land- u. Forstwirtschaft		Biodiversität, Bewältigung von Schadereignissen
2. Verbesserung der Umwelt und der Landschaft	211	Ausgleichszahlung für naturbedingte Nachteile (Berggebiete)		
	212	Ausgleichszahlungen in benachteiligten Gebieten		
	213	Zahlungen im Zusammenhang mit Natura 2000	Senke	Biodiversität
	214	Agrarumweltmaßnahmen	Senke, Düngereinsparung	Biodiversität
	221	Erstaufforstung landwirtschaftlicher Flächen	Senke, erneuerbare Energien	Biodiversität, Waldumbau
	224	Zahlungen im Rahmen von Natura 2000 (Wald)		Biodiversität, Waldumbau
	225	Waldumweltmaßnahmen		
	226	Wiederaufbau forstwirtschaftl. Potenzials		Lagerung von Orkanholz
3. Lebensqualität im ländlichen Raum und Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft	311	Diversifizierung hin zu nichtlandwirtschaftlichen Tätigkeiten	erneuerbare Energien	
	312	Gründung und Entwicklung von Kleinunternehmen		
	313	Förderung des Fremdenverkehrs		
	321	Dienstleistungseinrichtungen zur Grundversorgung		
	322	Dorferneuerung und -entwicklung	Energieeinsparung	
	323	Erhaltung und Verbesserung des ländlichen Erbes		Biodiversität
	331	Ausbildung und Information		
	341	Ausarbeitung / Umsetzung einer natur-schutzorientierten Entwicklungsstrategie		
4. LEADER	413	Umsetzung von lokalen Entwicklungsstrategien (SP3)		
	421	Gebietsübergreifende und transnationale Zusammenarbeit		
	431	Arbeit der lokalen Aktionsgruppe		

Über das ELR wird privaten Vorhaben, die auf Energieeinsparung und den Einsatz erneuerbare Energien / nachwachsender Rohstoffe setzen, ein Fördervorrang eingeräumt (ELR NR. 5.1 Abs. 3), für kommunale Projekte ist dies Fördervoraussetzung (vgl. EBD.). Hier ist somit ein indirekter Bezug zum Klimaschutz gegeben. Die LPR fördert neben dem Vertragsnaturschutz (SP 2) den Maßnahmenbereich „Erhaltung und Verbesserung des ländlichen Erbes durch wirtschaftliche Inwertsetzung sowie Erhaltung

und Verbesserung des natürlichen Erbes und Entwicklung der Kulturlandschaft“ innerhalb des Schwerpunkts 3 (vgl. MLR o.J., 2011, S. 38-39). Die Maßnahmen richten sich auf die Extensivierung (Vertragsnaturschutz), den Biotop- und Artenschutz sowie auf die Förderung von Grunderwerb, Investitionen und Dienstleistungen zur (Kultur-) Landschaftspflege und zum Naturschutz. Bezüge zu Klimaschutz (CO₂-Senken durch Extensivierung) und Anpassung an den Klimawandel (Biodiversität) sind somit nur indirekt gegeben.

Regelungen zur Prozessorganisation

Von den Regelungen zur Prozessorganisation sind v.a. die inhaltlichen Anforderungen an die LEADER-Regionen für die Fragestellung dieser Arbeit relevant: Die Entwicklungsstrategien der LEADER-Regionen haben sich an den Zielen der ländlichen Entwicklung in Baden-Württemberg zu orientieren (vgl. MLR 2014, S. 165). Neben den wirtschaftlichen und sozialen Aspekten des allgemeinen Ziels „Förderung der Lebensqualität im ländlichen Raum und Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft“, sollen die Strategien auch auf die Erhaltung und Pflege des natürlichen Erbes, insbesondere der Kulturlandschaften, abzielen (vgl. EBD.). Weitere inhaltliche Anforderungen werden über die Auswahlkriterien der LEADER-Aktionsgebiete definiert, die als bedeutende Bewertungskriterien der Entwicklungsstrategien die Integration und die Nachhaltigkeit, sowie die Bereiche Chancengleichheit und Verbesserung der Umweltsituation festlegen (vgl. EBD., S. 547-548). Neben dem demographischen Wandel, der Förderung regionaler Baukultur, der Eindämmung des Landschaftsverbrauchs, dem Schutz von Natur und Landschaft und der Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte wird auch das Thema Energie (moderne Technologien, Energieeffizienz, Modernisierung) als Kernthema für LEADER benannt (vgl. EBD. 2008, S. 11-15).

6.1.3 Institutionelle Rahmenbedingungen (intern)

Die LEADER-Region verbindet Teile der drei Landkreise Rastatt, Calw und Freudenstadt und definiert seine Abgrenzung selbst nach naturräumlichen, strukturellen und funktionalen Kriterien (z.B. Zugehörigkeit zum Naturraum Schwarzwald, ähnliche Landschafts-, Siedlungs- und Wirtschaftsstrukturen) (vgl. LAG NSW 2007, S. 6). Die Gebietskulisse wird von einigen Interviewpartnern als Konstrukt gewertet, da sie gemäß den vorgegebenen Einwohnerzahlen angepasst worden sei.

Die Geschäftsstelle der LEADER-Region ist bei dem Landratsamt Calw angesiedelt. Der **organisatorische Aufbau und die Entscheidungsstrukturen** sowie die Aufgaben / Kompetenzen der Gremien der LAG NSW können Abbildung 13 entnommen werden. Besonders hingewiesen wird auf die Mitgliederversammlung als zentrales Beratungs- und Entscheidungsorgan der LAG NSW, das den Prozess initiiert und die Umsetzung begleitet. Als wesentlichste Aufgabe der LAG wird in den meisten Interviews die Beratung über und der Beschluss von Projekten genannt.

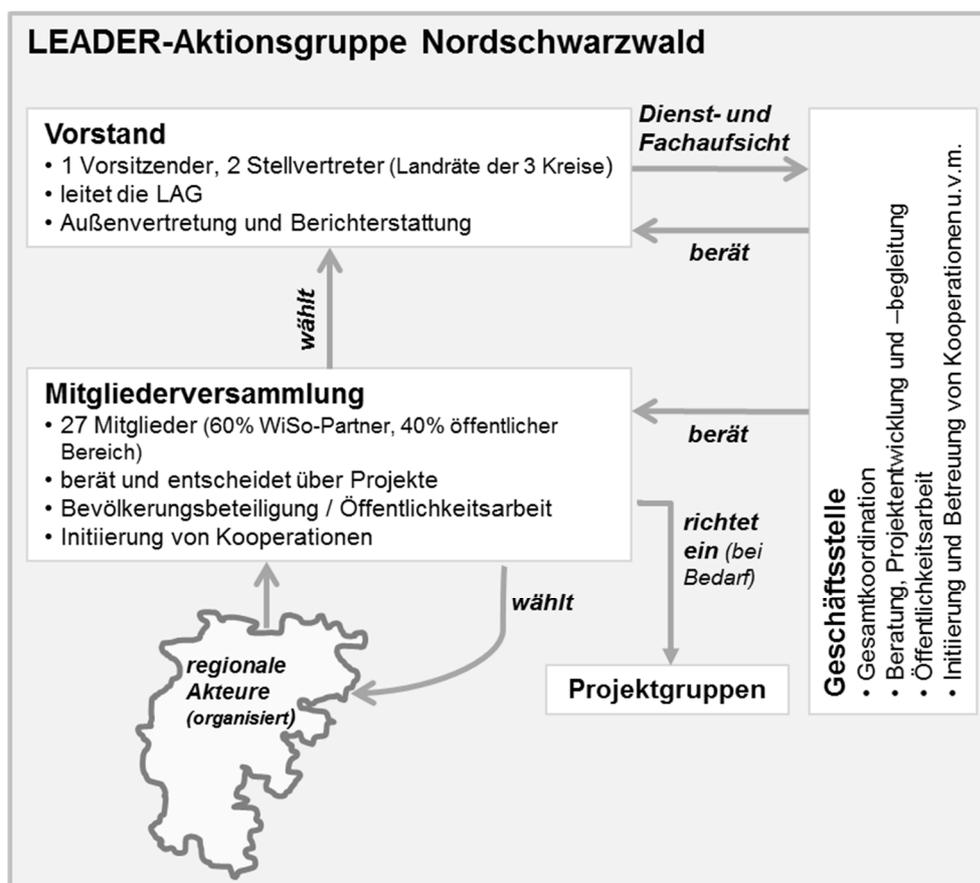


Abb. 13: Organisations- und Entscheidungsstrukturen der LAG NSW

Quelle: eigene Darstellung nach LAG NSW 2007; GESCHÄFTSORDNUNG DER LAG NSW; INTERVIEWS

Je nach Prozessphase (Erstellung REK, Umsetzung) kann eine unterschiedliche **Akteursbeteiligung** ausgemacht werden, die Mitarbeit von Bürgern, die nicht in Vereinen / Verbänden organisiert sind, ist eingeschränkt. Die Erarbeitung des REK erfolgte nach Aussage einiger Interviewpartner hauptsächlich durch die Geschäftsstelle, es gab vereinzelt Veranstaltungen, die sich hauptsächlich auf Organisationen, Verbände und Kommunen gerichtet haben (vgl. LAG NSW 2007, S. 14). In der Umsetzungsphase gab es - abgesehen von der Umsetzung von Projekten - für die Bevölkerung kaum Möglichkeiten zur Beteiligung im Sinne einer Mitarbeit. Diese hat projektorientiert

stattgefunden, z.B. über das Projekt „Lebensqualität durch Nähe“, welches nach Aussage von einem Drittel der Interviewpartner eine aktive Bürgerbeteiligung verfolgt hat und „[...] eigentlich wirklich so ein richtiger Bottom-Up-Ansatz“ war (INTERVIEW NSW_9). Die Mitgliederversammlung tagt regelmäßig.

Für die **Öffentlichkeitsarbeit** kann keine spezielle Zielgruppe ausgemacht werden (Bevölkerung der LEADER-Region). Neben der Information über umgesetzte Projekte enthält die Homepage der LEADER-Region (vgl. LAG NSW 2014) Informationen zu dem Gebiet, den Fördermöglichkeiten, dem Aufbau der LAG und LEADER-Projekten. Zusätzlich sind das REK und andere Dokumente (z.B. Konzeptionen) eingestellt. Informationen zu den LAG-Sitzungen (Termine, zu beschließende Projekte) sind erst gegen Ende des Förderzeitraums aufgenommen worden.

6.1.4 Thematische Ausrichtung der LEADER-Region

Tab. 24: Analyse der thematischen Ausrichtung

Quelle: eigene Darstellung

	Kriterium	Ergebnis der Analyse
Thematische Ausrichtung	Inhaltliche Ausrichtung auf den Klimawandel - Zielebene	<ul style="list-style-type: none"> • SWOT-Analyse: <ul style="list-style-type: none"> – Bezüge zu den Themen Klimawandel, Klimaschutz und Anpassung v.a. im Bereich der Forstwirtschaft bzw. der energetischen Verwertung von Holz – Nennung der Gefahr der Zunahme von Extremwetterereignissen im Zuge des Klimawandels, aber keine systematische Analyse der Vulnerabilität / Auswirkungen des Klimawandels – einige genannte Aspekte für Anpassung / Vulnerabilität relevant, aber nicht hiermit in Verbindung gesetzt (z.B. sturmbedingte Waldschäden, Abhängigkeit des Tourismus von Schneesicherheit) • Ziele: <ul style="list-style-type: none"> – Klimaschutz und Anpassung von untergeordneter Bedeutung – bis auf eine Ausnahme nur indirekte Bezüge
	Inhaltliche Ausrichtung auf den Klimawandel – Maßnahmen-ebene (Projekte)	<ul style="list-style-type: none"> • die meisten Projekte betreffen den Bereich Tourismus und sind investiv ausgerichtet • keine Projekte mit direktem Bezug zu Klimaschutz / Anpassung • Bewertungskriterien Projekte: kein Bezug zu Klimaschutz / Anpassung
	Verhandlung des Klimawandels	<ul style="list-style-type: none"> • keine Verhandlung des Klimawandels in REK oder LAG

Thematische Ausrichtung der Region: Zielebene

Die **Stärken- und Schwächenanalyse** der Region benennt als wichtigste Stärken die gute Wirtschaftsstruktur, die Attraktivität der Landschaft, den hohen Waldanteil und die Tourismusdestination Schwarzwald; als Schwächen werden die Grundversorgung und Infrastruktur, der Flächenverbrauch, die demographische Entwicklung, der Strukturwandel in der Landwirtschaft, der Landnutzungswandel und strukturelle Probleme im Tourismus genannt (vgl. LAG NSW 2007, S. 34-39). Bezüge zu den Themen Klimawandel, Klimaschutz und Anpassung sind hauptsächlich im Bereich der Forstwirtschaft bzw. der energetischen Verwertung von Holz gegeben.



Foto 3: Problemkomplex Offenhaltung der Landschaft: Durch die Aufgabe landwirtschaftlicher Nutzung kann die Offenhaltung der Landschaft nicht mehr gewährleistet werden. Diesen Flächen kommt aber für den Naturschutz und den Tourismus eine große Bedeutung zu⁵⁵ (NEUBERT 2012)

Die **Zielstruktur** des REK richtet sich v.a. auf die Sicherung der Lebensqualität, die Tourismusförderung sowie den Schutz, die Pflege und nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen (vgl. EBD., S. 40). Mit dem Unterziel „Vermarktung des Rohstoffes Holz als Baustoff und Energielieferant“ wird explizit - neben der Erhöhung der regionalen Wertschöpfung – auch auf den **Klimaschutz** abgestellt (vgl. EBD., S. 53,54). Weitere Ziele, die direkt auf Klimaschutz oder Anpassung zielen, können nicht identifiziert werden. **Indirekte Bezüge** lassen sich aber für beide Bereiche finden. So können die Schaffung eines „dezentralen, umweltfreundlichen Freizeitverkehrs“ sowie die Sicherung der extensiven Landnutzung indirekt zum Klimaschutz beitragen (vgl. EBD., S. 46, 52). Im Tourismus wird zwar die Neupositionierung und die Schaffung zusätzlicher Angebote angestrebt (vgl. EBD., S. 45, 51-52), aber nicht direkt auf die Anpassung an den Klimawandel bezogen. Einige Interviewpartner verweisen ebenfalls darauf, dass Klimaaspekten kein hoher Stellenwert in den Zielen der Region zukommt.

⁵⁵ vgl. LAG NSW 2007, S. 20,22

Thematische Ausrichtung der Region: Maßnahmenebene

In die Analyse der Maßnahmenebene gingen die bewilligten und abgeschlossenen Projekte mit dem Stand Juli 2013 ein (insgesamt 78 Projekte). In den meisten Fällen lag zudem eine Beschreibung der Projekte vor.

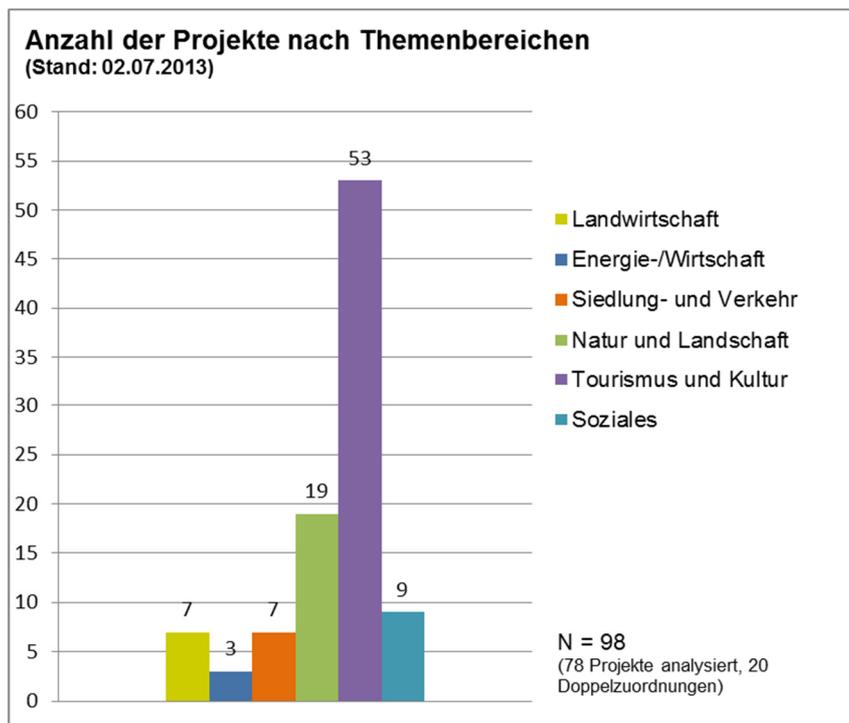


Abb. 14: Anzahl der Projekte in der LEADER-Region Nordschwarzwald nach Handlungsfeldern

Quelle: eigene Darstellung nach Auswertung von LAG NSW 2013

Wie Abbildung 14 zeigt, lassen sich die meisten Projekte dem Bereich Tourismus zuordnen. Dies wird auch von vielen Interviewpartnern bestätigt. Da eine eindeutige Zuordnung der Projekte nicht möglich war, sind Doppelzuordnungen erfolgt (20 Projekte). Diese betreffen überwiegend Projekte im Bereich Tourismus / Kultur sowie Natur und Umwelt (auf den Naturschutz und die Landschaftsentwicklung ausgerichtete Projekte, die aber gleichzeitig touristische Ziele verfolgen). Projekte, die sich **direkt dem Klimaschutz und der Anpassung** widmen, konnten nicht identifiziert werden. Dies deckt sich mit den Aussagen vieler Interviewpartner, dass Klima (fast) kein Thema in der LEADER-Region ist. Ein Vergleich mit den Ergebnissen der MEPL II-Halbzeitbewertung zeigt, dass in Baden-Württemberg insgesamt (bis Ende 2009) die Hälfte der Mittel an touristische Projekte gegangen sind, gefolgt von Projekten zur Dorfentwicklung und Grundversorgung, während Projekten mit landschaftspflegerischer Ausrichtung ein untergeordneter Stellenwert zukommt (vgl. MLR 2010, S. 459). Damit fügt sich diese LEADER-Region in das Gesamtbild in Baden-Württemberg ein.

Der Bewertungsbogen für Projektanträge enthält zwar Bewertungskriterien, die den Umweltbezug bzw. naturschutzrelevante Aspekte prüfen (vgl. LAG NSW o.J.). Sie bleiben allgemein und lassen keinen Bezug zu Klimaschutz oder Anpassung erkennen.

Verhandlung des Klimawandels

Im REK wird der Klimawandel bis auf die Bezüge in der Stärken- und Schwächen-Analyse und der Zielausrichtung **nicht als eigenständiges Thema oder systematisch** behandelt. In der LAG wurde der Klimawandel bzw. wurden Klimaschutz und Anpassung nach Aussage der Hälfte der Akteure **nicht thematisiert** bzw., wenn überhaupt, nur indirekt über andere Themen.



Foto 4: Projektbeispiel „Glashütte Buhlach“ (NEUBERT 2012)

6.1.5 Akteure und Akteurskonstellationen

Akteurszusammensetzung

Die Zusammensetzung der Akteure in der LAG richtet sich nach den Vorgaben des ELER und des MEPL II, d.h. der Anteil der öffentlichen Akteure an den Mitgliedern der LAG liegt unter 50 %. Laut der Geschäftsordnung können als stimmberechtigte Mitglieder alle natürlichen Personen über 16 Jahren (Wohnsitz in der LEADER-Region) und alle juristischen Personen (überwiegend in der LEADER-Region tätig) gewählt werden. Das REK beschreibt die Mitgliedschaft jedoch als „nicht personen- sondern organisationsbezogen“ (LAG NSW 2007, S. 9). Dieses Prinzip bestätigen auch die meisten Interviewpartner. Aufgrund des „Vertretungsprinzips“ besteht die LAG ausschließlich aus **organisierten Akteuren**. Die privaten Akteure (WiSo-Partner) bestehen daher aus Vertretern von Vereinen, Verbänden, Kammern etc. (vgl. LAG NSW 2007, S. 10-11). Die durch die Akteure vertretenen Themen umfassen die Land- und Forstwirtschaft, den Tourismus / die Kultur, die Wirtschaft und den Naturschutz (vgl.

EBD.). Die Mitglieder der LAG weisen somit **verschiedene thematische Hintergründe** auf. Aus den vorliegenden Projektbeschreibungen geht hervor, dass der überwiegende Anteil der Projekte (ca. 80 %) von öffentlichen Akteuren, v.a. den Kommunen, umgesetzt wird. Die weiteren Projekte wurden von privaten Akteuren und Unternehmen beantragt, Vereine und Verbände spielen eine untergeordnete Rolle.

Tab. 25: Analyse der Akteure und Akteurskonstellationen

Quelle: eigene Darstellung

	Kriterium	Ergebnis der Analyse
Akteure und Akteurskonstellationen	Akteurszusammensetzung	<ul style="list-style-type: none"> • LAG-Mitgliedschaft nicht personen-, sondern organisationsbezogen: ausschließlich organisierte Akteure (verschiedene Themen vertreten) • Anteil öffentlicher Akteure <50% • Projekte werden hauptsächlich von öffentlichen Akteuren umgesetzt
	Rollen der Akteure	<ul style="list-style-type: none"> • Prozesspromotoren: Geschäftsstelle der LAG • Machtpromotoren: Mitglieder der LAG • Fachpromotoren für Klimaschutz / Anpassung fehlen
	Interessen der Akteure: Stellenwert von Klimawandel / Klimaschutz und Anpassung	<ul style="list-style-type: none"> • geringer Stellenwert Klimaschutz und Anpassung • andere Entwicklungen / Themen wichtiger (z.B. demographischer Wandel)
	Wissen und Wahrnehmung der Akteure	<ul style="list-style-type: none"> • unterschiedliches Wissen über Klimaschutz, häufig Verengung auf Energiethemen • Anpassung z.T. nicht bekannt oder schwierig einordbar • Betroffenheit der Region an Extremwetterereignissen festgemacht • Informationsangebot ausreichend, Problem des Aufwands zur Informationsverarbeitung
	Machtverhältnisse	<ul style="list-style-type: none"> • Zugang zur LAG eingeschränkt: Mitglieder zwar gewählt, aber im Vorfeld z.T. benannt
	Präferierter Handlungsmodus bei Entscheidungen	<ul style="list-style-type: none"> • Mehrheitsentscheidungen
	Umgang mit Interessenskonflikten	<ul style="list-style-type: none"> • keine konfliktträchtigen Entscheidungen

Rollen der Akteure

Obwohl einige Akteure keine besonders dominanten Akteure ausmachen konnten, bezeichnen knapp die Hälfte der interviewten Personen die öffentlichen Vertreter (Landratsämter, Kommunen) als die **dominantesten Akteure**. Der Geschäftsstelle kommt in der Akteurskonstellation eine zentrale Rolle zu: Durch ihre Beratungsfunktion und die Vorbereitung der Projekte kann sie als **Prozesspromotor** ausgemacht werden. Durch die Beratung seien die Projekte so gut vorbereitet, dass nach Aussage

knapp der Hälfte der Interviewpartner eine Ablehnung schwierig sei. Die Mitglieder der LAG können als **Machtpromotoren** in diesem Prozess angesehen werden, da ihnen die Entscheidung über die Projekte obliegt. Von diesen Akteuren sind aber nicht alle gleichermaßen aktiv (s.o.). **Fachpromotoren** für die Themen Klimaschutz und Anpassung können nicht identifiziert werden. Die Zusammensetzung durch organisierte Akteure ist stark mit deren **Multiplikatorenfunktion** verknüpft.

Präferierte Handlungsmodi

Die Geschäftsordnung legt die Machtverhältnisse und die Handlungsmodi fest. Die Mitgliedschaften in LAG und Vorstand sind über Wahlen geregelt, als Handlungsmodus sind **Mehrheitsentscheidungen** festgelegt. Dieser Handlungsmodus wird von allen Interviewpartnern bestätigt. Eine interviewte Person schränkt jedoch ein, dass die Projekte schon so weit in die Wege geleitet wurden, dass nur noch zugestimmt werden konnte. Dies dürfte auch durch das Bewilligungsverfahren⁵⁶ bedingt sein, das darauf beruht, dass die Anträge vor der Beratung in der LAG vorab durch die Bewilligungsbehörde geprüft werden.

Machtverhältnisse

Die Mitglieder der LAG werden zwar gewählt, laut knapp der Hälfte der interviewten Personen wurden sie im Vorfeld aber direkt angesprochen bzw. benannt. Die Kriterien für die Zusammensetzung der LAG geben diese stark vor, so dass der Zugang **eingeschränkt** ist.

Interessen der Akteure: Stellenwert Klimawandel

Zwei Interviewpartner geben an, dass Klimaschutz und Anpassung **keinen hohen Stellenwert** bei den Interessen der Akteure hätten. Vor allem vor dem Hintergrund anderer Probleme (z.B. demographischer Wandel), deren Konsequenzen für die Akteure sichtbarer sind, tritt der Klimawandel in den Hintergrund: Ursache sei „[...] dass es [...] noch nicht so dramatisch spürbar ist [...]. Da drängen sich noch andere Alltagsproblemchen ein bisschen in den Vordergrund [...]“ (INTERVIEW NSW_2).

⁵⁶ Bevor die Projekte in der LAG beraten und beschlossen werden, werden die Anträge durch die Bewilligungsstelle und ggf. andere Behörden vorab geprüft (Vorprüfverfahren).

Wissen und Wahrnehmung der Akteure

Die Auswirkungen des Klimawandels bzw. die **Betroffenheit der Region** durch den Klimawandel wird von vielen Interviewpartnern als gegeben bzw. hoch eingeschätzt. Es werden v.a. die Auswirkungen auf den Wald, aber auch auf die Landwirtschaft und den Tourismus genannt. Die Betroffenheit wird überwiegend an Extremwetterereignissen festgemacht, hier waren im Schwarzwald vorwiegend Sturmereignisse bedeutend, aber auch Trockenperioden und Starkniederschläge werden von einigen Akteuren aufgeführt. Schleichende Veränderungen werden kaum benannt und werden allgemein kaum wahrgenommen:

„[I]ch glaube, den Leuten ist das einfach noch nicht ganz so bewusst, wie stark wir schon betroffen sind und dass wir eigentlich mittendrin sind im Klimawandel. Ich habe immer so das Gefühl, die warten auf den Morgen, wo sie aufwachen und hier ist alles Saharawüste. Dass es aber ein schleichender Prozess ist, das ist vielen, glaube ich, noch gar nicht so richtig bewusst“ (INTERVIEW NSW_1).

Die Hälfte der Interviewpartner stuft die Auswirkungen des Klimawandels als noch nicht spürbar genug ein, um Anpassungsmaßnahmen zu ergreifen. „Das ist für mich eigentlich noch zu weit weg [...]“ (INTERVIEW NSW_9).

Das **Wissen** der Akteure über Klimaschutz und Anpassung ist unterschiedlich: Während die Einordnung von Klimaschutz allen Akteuren möglich ist, ist der Umgang mit dem Begriff der Anpassung für einige Akteure schwierig, d.h. der Begriff ist nicht bekannt oder kann nur allgemein bzw. an konkreten Beispielen eingeordnet werden. Andere nehmen dagegen eine differenzierte Betrachtung vor. Dass der Klimaschutz den Interviewpartnern präsenter ist, zeigt auch, dass in den Interviews hauptsächlich die Begriffe Klimaschutz und Klimawandel verwendet werden, obwohl die Fragen Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel enthalten. Häufig findet beim Klimaschutz eine Definition über Energiethemen und die Verringerung von Emissionen statt, die Betrachtung von Treibhausgasen wird nicht vorgenommen.

Obwohl ein Interviewpartner mehr **Informationen** über den Klimawandel und seine Auswirkungen, sowie Klimaschutz- und Anpassungsmöglichkeiten wünscht, erachtet die Hälfte der Interviewpartner das Informationsangebot als ausreichend, welches überwiegend durch den Arbeitsalltag der Akteure gegeben ist (insbesondere in den Verwaltungen). Dem ausreichenden Angebot steht vielmehr das Problem gegenüber, dass laut der Interviewpartner die eigene Initiative gefragt ist und mit der Höhe der Informationen der Aufwand zur Verarbeitung und Selektion zunehme.

6.1.6 Strategiebildung LEADER / Regionalplanung

Tab. 26: Analyse der Strategiebildung

Quelle: eigene Darstellung

	Kriterium	Ergebnis der Analyse
Strategiebildung	Interdependenzen LEADER / ILE und Regionalplanung	<ul style="list-style-type: none"> • LEADER-Region liegt in zwei Planungsverbänden, überwiegend im Regionalverband Nordschwarzwald • Landesplanungsgesetz enthält keine Festlegungen hinsichtlich der Beteiligung von LEADER-Regionen, es sollen jedoch Verbände / Vereinigungen beteiligt werden, die für die regionale Entwicklung wichtig sind • Regionalplan: bei der Freiraumentwicklung sollte eine Koordinierung anderer Programme / Projekte erfolgen, z.B. LEADER • Regionalverband nicht in LEADER einbezogen • einige thematische Schnittmengen, z.T. auch für Klimaschutz / Anpassung relevant
	Strategische Kooperation	<ul style="list-style-type: none"> • keine Kooperation

Zu einer **Kooperation** zwischen der LEADER-Region und dem Regionalverband Nordschwarzwald konnten nur wenige Akteure Auskunft geben. Demnach hat laut diesen Interviewpartnern keine Zusammenarbeit stattgefunden, dazu wird zum einen keine Notwendigkeit gesehen, zum anderen der regionale Planungsverband als eine andere Institution mit anderer Funktion gesehen.

In dem KlimaMORO wurde sich mit dem formellen und informellen Instrumentarium der räumlichen Planung und Entwicklung auseinandergesetzt, LEADER-Regionen wurden aber nicht mit einbezogen. Als Grund wird durch die Regionalplanung eine fehlende Wahrnehmung der LEADER-Regionen angegeben: „Weil wir sie in dem Zuge gar nicht auf dem Radar hatten“ (INTERVIEW NSW_8). Zu LEADER werden keine Schnittstellen gesehen.

6.2 LEADER Storchenland Prignitz

6.2.1 Kurzvorstellung der Region (situative Rahmenbedingungen)

Die LEADER- / ILE-Region Storchenland Prignitz⁵⁷ liegt im Nordwesten Brandenburgs und ist von ihrer Abgrenzung mit dem Landkreis Prignitz identisch (vgl. REGIONALFÖRDERUNG PRIGNITZLAND E.V. 2007, S. 1). Im Westen und Südwesten bildet die Elbe die Grenze zu den Bundesländern Sachsen-Anhalt und Niedersachsen (vgl. EBD.). Im Norden grenzt die Region an das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern (vgl. EBD.). Der Landkreis Prignitz zählt zu den am dünnsten besiedelten Landkreisen in Brandenburg (vgl. MIL 2014, S. 31).



Foto 5: Siedlung in der LEADER-Region (NEUBERT 2012)

Die wichtigsten strukturellen Faktoren zeigt Tabelle 27, folgende Aspekte sollen hervorgehoben werden:

- starker Bevölkerungsrückgang, Überalterung der Region (vgl. REGIONALFÖRDERUNG PRIGNITZLAND E.V. 2007, S. 9)
- hohe Arbeitslosenquote
- Erzeugung von erneuerbaren Energien, v.a. Biogas und Photovoltaik, wird zunehmend wichtiger (vgl. LANDKREIS PRIGNITZ O.J.)
- länderübergreifendes UNESCO-Biosphärenreservat „Flusslandschaft Elbe“ (vgl. REGIONALFÖRDERUNG PRIGNITZLAND E.V. 2007, S. 11; s. Foto 9).

⁵⁷ Im Folgenden LEADER-Region Storchenland Prignitz



Foto 6: Biogasanlage in der Prignitz (NEUBERT 2012)



Foto 7: Der Maisanbau hat sich als Folge der Biogasnutzung stark ausgeweitet (NEUBERT 2012)



Foto 8: Der Landkreis Prignitz bzw. der Nordwesten Brandenburgs ist einer der Schwerpunkte von Windenergieanlagen in Deutschland⁵⁸ (NEUBERT 2012)

Tab. 27: Regionalprofil LEADER-Region Storchenland Prignitz

Quelle: eigene Darstellung nach ¹REGIONALFÖRDERUNG PRIGNITZLAND E.V. 2007; ²BBSR o.J.A.; ³BFN 2014; ⁵STATISTISCHE ÄMTER DES BUNDES UND DER LÄNDER 2014A; ⁵STATISTISCHE ÄMTER DES BUNDES UND DER LÄNDER 2014B; ⁶LASA 1998, S. 37

Regionalprofil LEADER-Region Storchenland Prignitz	
Abgrenzung¹	Landkreis Prignitz
Raumtyp² (nach BBSR)	<ul style="list-style-type: none"> • überwiegend sehr peripher ländlich • sehr peripher, teilweise städtisch: Stadt Perleberg, Stadt Pritzwalk, Gemeinde Weisen, Stadt Wittenberge
Gemeinden¹ (* nur Teile der Gemeinde)	<ul style="list-style-type: none"> • Kreisstadt Perleberg • Stadt Pritzwalk • Stadt Wittenberge* • Amt Bad-Wisnack / Weisen • Amt Meyenburg • Amt Lenzen- Elbtalaue • Amt Putlitz-Berge • Gemeinde Groß Pan-kow • Gemeinde Gumtow • Gemeinde Plattenburg • Gemeinde Karstädt
Größe¹	2.123 km ²
Bevölkerung¹	Einwohner: 87.590 (2006)
	Einwohnerdichte: 41 EW/km ² (ohne den Verflechtungsraum Wittenberg-Perleberg <20 EW/km ²)

⁵⁸ vgl. BBSR 2012, S. 95

	Bevölkerungsentwicklung 2005-2030: -25,5 % (Land Brandenburg: -13,4 %)
Großlandschaft / Landschaftstyp³	<ul style="list-style-type: none"> • Großlandschaft: Norddeutsches Tiefland • Landschaftstyp: <ul style="list-style-type: none"> – Ackergeprägte offene Kulturlandschaft (größter Bereich der Region) – Grünlandgeprägte offene Kulturlandschaft (Flusslandschaft Elbe, Südwesten der Region) – (andere) waldreiche Landschaft (v.a. Süden der Region) – Gehölz- bzw. waldreiche ackergeprägte Kulturlandschaft (Norden der Region)
Landnutzung⁴ (Stand: 2008)	<ul style="list-style-type: none"> • Landwirtschaft: 68,1 % (Brandenburg: 49,3 %) • Waldfläche: 22,9 % (Brandenburg: 35,5 %) • Siedlungs- und Verkehrsfläche: 6,7 % (Brandenburg: 9,1 %) • Erholungsfläche: 0,3 % (Brandenburg: 0,6 %)
Wirtschaftsstruktur⁵	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen: <ul style="list-style-type: none"> • Land- und Forstwirtschaft: 6,6 % • Verarbeitendes Gewerbe; Baugewerbe: 27,3 % • Dienstleistungsbereich: 63,4 %
	Arbeitslosenquote: 18,7 % (Dezember 2006)
	Landwirtschaft: <ul style="list-style-type: none"> • Bewirtschaftungsform: Grünlandwirtschaft • Anzahl der Betriebe: 629 (2007; 1999: 695) • Anteil kleiner Betriebe (2-10 ha): 160 (2007; 1999: 189) • Anteil Betriebe >50 ha: 298 (2007; 1999: 304) • Nebenerwerb: 151; Haupt- oder Vollerwerb: 284 (Landwirtschaftliche Betriebe mit der Rechtsform Einzelbetrieb)
	Tourismus: <ul style="list-style-type: none"> • Übernachtungen: 204.392 (2007; 1995: 171.526) • Verweildauer: 2,4 Übernachtungen (2007; 1995: 4,2) (Übernachtungen / Ankünfte) • Anzahl der Betriebe: 62 (2007; 1995: 36) Tourismusform ⁶ : Natur- und Erholungstourismus, v.a. Radtourismus, Reittourismus, Wandern

Das BMVBS / BBSR hat für die Region Prignitz eine **mäßige Klimawandelanfälligkeit** ermittelt. Nach den Betroffenheits-Raumtypen ergeben sich für die Region Prignitz bzw. die Regionale Planungsgemeinschaft Prignitz Oberhavel, die neben dem Landkreis Prignitz noch die Landkreise Ostprignitz-Ruppin und Oberhavel umfasst, die folgenden **Betroffenheiten** (vgl. BMVBS 2010a, S. 51-53):

- Problemkomplex 1 (sommertypische Auswirkungen): mittlere Betroffenheit
 - besonders ausgeprägt: steigende Waldbrandgefahr (Stufe 3)
 - zunehmende Hitzeperioden / Hitzewellen, zunehmende Schwankung des Grundwasserspiegels, Einschränkung der als Brauchwasser nutzbaren Wasserressourcen und steigende Gefährdung der Artenvielfalt (Stufe 2)
- Problemkomplex 2 (wintertypische Auswirkungen): geringere Betroffenheit
 - besonders relevant: Veränderung von Frequenz und Stärke von Flusshochwässern, häufigere Starkregenereignisse und Sturzfluten und zunehmender Verlust des Oberbodens durch Wassererosion (Stufe 3)

- Problemkomplex 3 (Beeinträchtigung und Zerstörung der Infrastruktur): mittlere Betroffenheit

Die Region war in der Vergangenheit von Flusshochwassern betroffen, besonders in den Jahren 2002 und 2013 (nach Durchführung der Interviews) (s. LANDKREIS PRIGNITZ 2016; MLUL 2013). Diese Extremereignisse könnten als Folge des Klimawandels zunehmen.



Foto 9: Flusslandschaft Elbe (NEUBERT 2012)

Als für den Klimaschutz relevante Einrichtung verweisen zwei Interviewpartner auf den **Energieberatungsverein** emma e.V.. Die „Europäische Energiemanagement-Agentur für Elbtalau-Prignitz- Wendland“ mit Sitz beim Landkreis Lüchow-Dannenberg bietet Kommunen, Privatpersonen und Unternehmen Beratungsleistungen bei der Energieerzeugung, -verteilung und -einsparung (vgl. EMMA E.V. 2014). Eine direkte Verbindung zu Aktivitäten der LEADER-Region kann in der Analyse allerdings nicht ausgemacht werden.

6.2.2 Institutionelle Rahmenbedingungen (extern)

In Brandenburg ist die Umsetzung von Maßnahmen der integrierten ländlichen Entwicklung an die LEADER-Förderung gekoppelt: Eine Förderung von ILE-Maßnahmen (v.a. Maßnahmen des Schwerpunkts 3 und der ländliche Wegebau) ist nur auf Grundlage einer „gebietsbezogenen lokalen Entwicklungsstrategie“ (GLES) im Rahmen des LEADER-Ansatzes möglich (vgl. BONNEVAL ET AL. 2010, S. 260). Über die ILE-Maßnahmen hinaus ist eine Förderung gemäß den maßnahmenspezifischen Zielen innerhalb der Schwerpunkte 1, 2 und 3 möglich (eigentliche LEADER-Förderung) (vgl. EBD.; STRATMANN 2008C; S. BUCHSTABE H ILE-LEADER-RICHTLINIE). Grundlegend für die Förderung ist die Richtlinie „über die Gewährung von Zuwendungen für die Förderung der integrierten ländlichen Entwicklung (ILE) und LEADER“ (ILE-LEADER-Richtlinie).

Tab. 28: Analyse der externen institutionellen Rahmenbedingungen

Quelle: eigene Darstellung

	Kriterium	Ergebnis der Analyse
Institutionelle Rahmenbedingungen - extern	3.4 Förderprogramme und Richtlinien: Zielebene (Leitbild, Ziele, SWOT)	<ul style="list-style-type: none"> • SWOT-Analyse: <ul style="list-style-type: none"> – kein Kapitel zum Klimawandel, CO₂-Emissionen allgemein thematisiert – klimarelevante Aspekte v.a. bei der Land- und Forstwirtschaft behandelt • Leitbild / Ziele: Berücksichtigung von Klimaschutz und Anpassung nur in den spezifischen Zielen der Schwerpunkte 1 und 2
	3.5 Förderprogramme und Richtlinien: Maßnahmenebene	<ul style="list-style-type: none"> • alle Schwerpunkte mit Bezügen zu Klimaschutz / Anpassung <ul style="list-style-type: none"> – Klimaschutz: v.a. Schwerpunkt 1 – Anpassung: v.a. Schwerpunkt 2 • Bezüge im Schwerpunkt 3
	3.6 Förderprogramme und Richtlinien: Regelungen zur Prozessorganisation	<ul style="list-style-type: none"> • administrative, aber auch funktionelle, strukturelle oder landschaftliche Abgrenzung der Regionen möglich • Ansiedlung des Regionalmanagements außerhalb der Verwaltung • LAG als rechtsfähige Zusammenschlüsse • keine inhaltlichen Anforderungen bzgl. Klimaschutz / Anpassung • keine speziellen Vorgaben hinsichtlich der Akteursbeteiligung / Beteiligung der Regionalplanung
	3.7 Festlegungen in weiteren Regelsystemen zu Klimaschutz und Anpassung	-
	3.8 Mehrebenenproblematik: Koordination Bund, Land u. EU	-

EPLR und Richtlinien: Zielebene

Die **SWOT-Analyse** enthält keine systematische Analyse der Auswirkungen des Klimawandels und der Vulnerabilität. Bezüge zu Klimawandel, Klimaschutz und Anpassung werden v.a. in den Bereichen Land- und Forstwirtschaft (besonders Produktionsbedingungen und Bewirtschaftung) hergestellt. Zumeist sind diese Bezüge indirekter Natur über anpassungsrelevante Handlungsfelder (Waldumbau, Waldbrandgefahr, Biodiversität, Wasserhaushalt, Hochwasser, Bodenfunktionen) (vgl. MIL 2014, S. 80-82). Der Klimawandel selbst und klimatische Veränderungen werden als Risiko für die Land- und Forstwirtschaft sowie für den Wasserhaushalt gesehen. Im Themenbereich „Ländlicher Raum“ werden nur wenige indirekte Bezüge über Hochwassergefahren und nachwachsende Rohstoffe als Chance für die Wertschöpfung im ländlichen Raum hergestellt.

Die **Ziele** des EPLR BB beziehen sich hauptsächlich die wirtschaftliche Entwicklung bzw. Diversifizierung der Landwirtschaft und des ländlichen Raums. Bezüge zu Klimaschutz und Anpassung sind in Schwerpunkt 1 und 2 enthalten. Im Schwerpunkt 2 zielt die Strategie direkt auf die Anpassung an den Klimawandel (angepasste Landbewirtschaftung, vgl. MIL 2014, S. 88) und zielt zudem auf den Ausgleich klimaschützend wirtschaftender Betriebe (vgl. EBD., S. 92). Der für die LEADER- / ILE-Förderung wichtige Schwerpunkt 3 zeigt dagegen in seinem Zielsystem keine Bezüge zu Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel. Auch die Ziele der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für die Förderung der integrierten ländlichen Entwicklung (ILE) und LEADER (ILE-LEADER-Richtlinie) zeigen keine konkreten Bezüge zu Klimaschutz und / oder Anpassung an den Klimawandel.

EPLR und Richtlinien: Maßnahmenebene

Die Auswertung des EPLR BB zeigt, dass alle thematischen Schwerpunkte Bezüge zu Klimaschutz und Anpassung aufweisen. Eine Konzentration von Maßnahmen, die direkt auf den Klimaschutz abzielen bzw. Bezüge zu Handlungsfeldern des Klimaschutzes aufweisen, zeigt sich in Schwerpunkt 1 (v.a. Energieeinsparung). Es wird aber auch die Anpassung über den Hochwasserschutz und indirekt über die Bewässerung thematisiert. Eine Konzentration von Handlungsfeldern für die Anpassung an den Klimawandel findet sich in Schwerpunkt 2 (Handlungsfelder Wasserhaushalt, Sicherung der Biodiversität, Waldumbau / Erhöhung der Widerstandsfähigkeit der Wälder), besonders durch die Maßnahmen 213 und 214 (Maßnahmen im Rahmen von Natura 2000 und Agrarumweltmaßnahmen). Im für die ländliche Entwicklung besonders relevanten Schwerpunkt 3⁵⁹ können für vier der sieben Maßnahmen ein Bezug zum Klimaschutz (vorwiegend erneuerbare Energien) und für eine ein Bezug zur Anpassung (Biodiversität und Wasserhaushalt) ausgemacht werden. Sowohl das EPLR BB als auch die ILE-LEADER-Richtlinie zeigen für den horizontalen Schwerpunkt 4 (LEADER) keine Bezüge zu Klimaschutz oder Anpassung. Die Analyse der ILE-LEADER-Richtlinie zeigt, dass die für den Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel bedeutsamen Fördergegenstände der Maßnahme 323⁶⁰ keine LEADER-Entwicklungsstrategie als Fördervoraussetzung benötigen; diese sind u.a. an Natura 2000-Gebietskulissen gebunden (vgl. TEIL I NR. 4.2, TEIL II F.1 ILE-LEADER- RICHTLINIE).

⁵⁹ Laut Halbzeitbewertung des EPLR BB (s. BONNEVAL ET AL. 2010) können fast alle der in den Regionen umgesetzten Vorhaben den ILE-Maßnahmen (Schwerpunkt 3) zugeordnet werden (ca. 95 Prozent). Von den eigentlichen LEADER-Vorhaben ist der überwiegende Anteil in dem Schwerpunkt 3 eingeordnet ist (vgl. EBD., S. 263-264).

⁶⁰ Teil F der ILE-LEADER-RICHTLINIE

Der Klimaschutzbezug der Maßnahme 312 (Gründung und Entwicklung von Kleinunternehmen) ist insoweit eingeschränkt, dass Vorhaben, die der Erzeugung von Strom dienen, von der Förderung ausgeschlossen sind) (vgl. TEIL II NR. C.1.5.4 ILE-LEADER-RL). In einem Interview wurde der Richtlinienpunkt D.1.3 (Vorhaben junger Familien zum Erhalt ländlicher Bausubstanz für Wohnzwecke) erwähnt, welcher Dämmmaßnahmen enthielte, seit 2010 sei diese Maßnahme nicht mehr in der Richtlinie enthalten. Weitere klimaschutz- oder anpassungsrelevante Handlungsfelder sind der Richtlinie nicht zu entnehmen.

Tab. 29: Klimabezug der geförderten Maßnahmen

Quelle: eigene Darstellung nach Auswertung von MIL 2014, S. 119-212

Schwerpunkt	Maßnahme		Klimaschutz	Anpassung
	LEADER Fördervoraussetzung für Teilmaßnahmen			
1. Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft	111	Berufsbildungs- u. Informationsmaßnahmen	Kompetenz-entwicklung	
	121	Modernisierung landwirtschaftl. Betriebe	Energieeinsparung	Bewässerung
	123	Erhöhung der Wertschöpfung land- u. forstwirtschaftl. Erzeugnisse (bis 2011)	Energieeinsparung	
	124	Zusammenarbeit bei der Entwicklung neuer Produkte, Verfahren und Technologien	NawaRo / eE	
	125	Verbesserung und Ausbau der Infrastruktur (LW und FW)		Wasserhaushalt
	126	Wiederaufbau nach Naturkatastrophen sowie vorbeugende Aktionen (in der LW)		Hochwasserschutz
2. Verbesserung der Umwelt und der Landschaft	212	Ausgleichszahlungen für naturbedingte Nachteile		
	213	Zahlungen im Rahmen von Natura 2000 und der WRRL	Senken	Biodiversität / Wasserhaushalt
	214	Agrarumweltmaßnahmen	Senken / Düngereinsparung	Biodiversität
	226	Wiederaufbau des forstwirtschaftl. Potenzials u. vorbeugende Aktionen		Waldbrände
	227	Förderung der nachhaltigen Bewirtschaftung bewaldeter Flächen		u.a. Waldumbau / Kalamitäten
3. Lebensqualität im ländlichen Raum und Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft	311	Diversifizierung hin zu nichtlandwirtschaftlichen Tätigkeiten	NawaRo / eE	
	312	Gründung und Entwicklung von Kleinunternehmen	NawaRo / eE	
	313	Ländlicher Tourismus		
	321	Dienstleistungseinrichtungen zur Grundversorgung		
	322	Dorferneuerung und -entwicklung		
	323	Erhaltung und Verbesserung des ländlichen Erbes	Senken	Wasserhaushalt / Biodiversität
	331	Ausbildung und Information	NawaRo / eE	
4. LEADER	41	Entwicklungsstrategien, Kooperationen, LAG u. Beteiligung		

Regelungen zur Prozessorganisation

Die Festlegungen zur Abgrenzung der LEADER-Regionen und zu den inhaltlichen Anforderungen zeigen keine für den Klimaschutz oder die Anpassung an den Klimawandel relevanten Aspekte. Der LEADER-Ansatz zielt in Brandenburg auf eine Stabilisierung der Bevölkerungsentwicklung im ländlichen Raum (vgl. MIL 2014, S. 208). Die LEADER-Regionen sollen sich auf maximal zwei Themen beschränken, als Beispiele werden ländlicher Tourismus, Landschaftsschutz, regionale Wertschöpfungsketten sowie Stadt-Umland Beziehungen aufgeführt (vgl. EBD., S. 209).

Bezüglich der Institutionalisierung ist festgelegt, dass das Regionalmanagement außerhalb der öffentlichen Verwaltung angesiedelt sein soll (NR. 2.7 UND G.1.1 ILE-LEADER-RICHTLINIE) zudem werden die LAGs als „Rechtsfähige Zusammenschlüsse von verschiedenen Akteuren mit Einbindung von Gemeinden oder Gemeindeverbänden“ beschrieben (NR. G.2 ILE-LEADER-RICHTLINIE). Die weiteren Vorgaben zur Akteursbeteiligung sind allgemeiner Natur und richten sich nach den ELER-Vorgaben (mindestens 50 Prozent WiSo-Partner). Festlegungen zur Zusammenarbeit mit der regionalen Raumordnung bestehen nicht, außer, dass die Förderung auch an den Zielen der Raumordnung und Landesplanung ausgerichtet sein soll (vgl. MIL 2014, S. 182, 185, 188; NR. 6.3 ILE-LEADER-RICHTLINIE).

6.2.3 Institutionelle Rahmenbedingungen (intern)

Die Abgrenzung der Region wird in der GLES funktional und historisch begründet (z.B. einheitliche Zuständigkeiten bei der Kreisentwicklung und im Tourismus, langjährige Kooperationserfahrung) (vgl. REGIONALFÖRDERUNG PRIGNITZLAND E.V. 2007, S. 1). Träger der LAG der LEADER- / ILE-Region Storcheland Prignitz ist der „Verein Regionalförderung Prignitzland e.V.“ (Organisationsform) (vgl. EBD. O.J.A, 2007, S. 20). Der Verein wurde 1991 zur Entwicklung der Prignitz gegründet (z.B. Förderung von Arbeitslosen), ist seit LEADER II für die Umsetzung von LEADER in der Region zuständig (vgl. EBD. 2007, S. 20) und führt das Regionalmanagement durch bzw. beauftragt dieses (vgl. EBD., S. 21-22). Das Regionalmanagement wird aus einem Manager und einem Managementassistenten gebildet. Das Entscheidungsgremium der LAG bildet der Beirat des Vereins (vgl. EBD., GESCHÄFTSORDNUNG LAG PRIGNITZ § 2).

Eine Übersicht über die Organisations- und Entscheidungsstrukturen in der LEADER-Region sind in Abbildung 1 dargestellt.

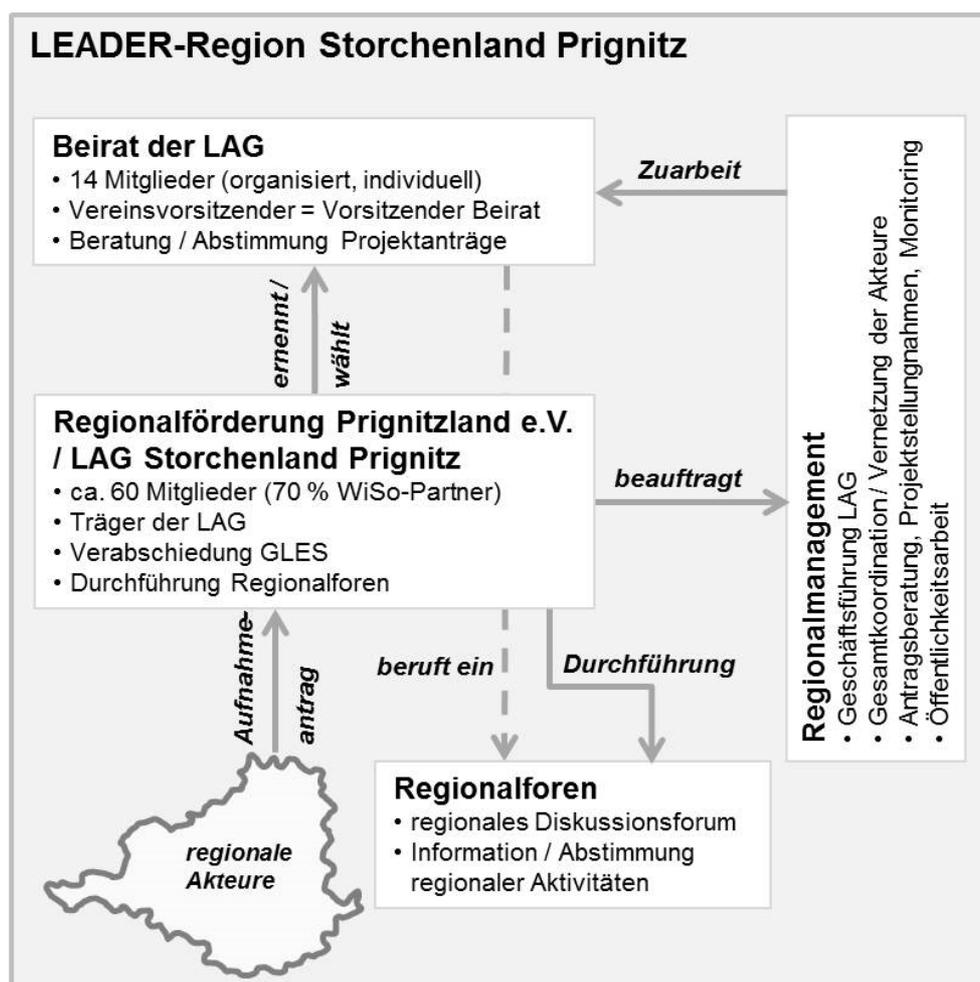


Abb. 15: Organisations- und Entscheidungsstrukturen in der LEADER-Region Storchenland-Prignitz

Quelle: eigene Darstellung nach REGIONALFÖRDERUNG PRIGNITZLAND E.V. 2007, S. 20-22; GESCHÄFTSORDNUNG DER LAG PRIGNITZ; SATZUNG DES REGIONALFÖRDERUNG PRIGNITZ E.V.; INTERVIEWS

Wichtigstes Element der **Akteursbeteiligung** ist der Beirat als Entscheidungsgremium, welcher regelmäßig tagt. Die Häufigkeit der Sitzungen ist nach Aussage einiger Interviewpartner abhängig von der Anzahl der Projektanträge und dem Zeitbudget der Mitglieder. Die Mitgliederversammlung des Vereins wird jährlich abgehalten (SATZUNG DES REGIONALFÖRDERUNG PRIGNITZLAND E.V. § 6 ABS. 1, 2). Jährlich führt der Beirat zudem eine Bereisung der Region⁶¹ durch, bei der umgesetzte Projekte besucht werden und eine Sitzung des Beirats stattfindet (vgl. PROTOKOLL TEILNEHMENDE BEOBACHTUNG). Diese Bereisung wird von zwei Interviewpartnern als positiv erachtet, weil neben den Informationen über die Projekte Raum für Diskussionen und für die Gestaltung der Regionalentwicklung besteht. Dagegen werde in der Umsetzungsphase im Beirat nach Meinung eines interviewten Akteurs eigentlich nur auf Anträge reagiert. Eine

⁶¹ Die Bereisung wurde in Form einer teilnehmenden Beobachtung im September 2012 begleitet.

weitere Form der Beteiligung der regionalen Akteure sind der Verein bzw. die LAG und das in diesem Zusammenhang jährlich durchgeführte Regionalforum (vgl. GESCHÄFTSORDNUNG DER LAG PRIGNITZ § 4; REGIONALFÖRDERUNG PRIGNITZLAND E.V. 2007, S. 22). Die Regionalforen dienen der Berichterstattung, Information, Diskussion; hierzu werden lauter einiger Interviewpartner auch Vertreter anderer Regionen oder Experten eingeladen.

Die **Öffentlichkeitsarbeit** richtet sich gemäß einer Interviewaussage allgemein an die Bevölkerung. Als Hauptmedium werden nach Aussage der meisten Interviewpartner regelmäßig Zeitungsberichte eingesetzt, die Intensität der eigenen Pressearbeit wird jedoch in einzelnen Interviews kritisch hinterfragt. Ein weiteres Medium stellt die Internetseite der LEADER-Region dar, die aber nach Meinung einiger Interviewpartner eher unregelmäßig aktualisiert werde. Daneben nennen einzelne Akteure ein Video, Radiobeiträge sowie ein Flyer als Einzelaktionen. Neben Informationen zur Förderung werden nach Aussage einiger Interviewpartner hauptsächlich umgesetzte Projekte dargestellt.

6.2.4 Thematische Ausrichtung der LEADER-Region

Tab. 30: Analyse der thematischen Ausrichtung

Quelle: eigene Darstellung

	Kriterium	Ergebnis der Analyse
Thematische Ausrichtung	Inhaltliche Ausrichtung auf den Klimawandel - Zielebene	<ul style="list-style-type: none"> • SWOT-Analyse: keine Bezüge zu Klimaschutz / Anpassung • das Zielsystem enthält keine Bezüge zu Klimaschutz / Anpassung, in den Leitthemen z.T. Bezüge zum Klimaschutz vorhanden
	Inhaltliche Ausrichtung auf den Klimawandel – Maßnahmen-ebene (Projekte)	<ul style="list-style-type: none"> • überwiegender Anteil im Handlungsfeld „Siedlung und Verkehr“: <ul style="list-style-type: none"> – Häusersanierung, Aus- und Umbau – straßenbauliche Projekte • Klimaschutz / Anpassung kein Ziel der Projekte • indirekte Bezüge vorhanden <ul style="list-style-type: none"> – Studie zur Sicherung der Energieversorgung durch Biogasanlagen – Wärmedämmung bei gebäudlichen Maßnahmen – Moorschutz – Naturschutz (Biotopvernetzung) • fast ausschließlich baulich-investive Projekte • Klimaschutz / Anpassung kein Kriterium bei der Auswahl der Projekte
	Verhandlung des Klimawandels	<ul style="list-style-type: none"> • im REK und Beirat keine Thematisierung des Klimawandels bzw. Klimaschutz / Anpassung

Thematische Ausrichtung der Region: Zielebene

Die **Stärken- und Schwächen-Analyse**⁶² enthält keine relevanten Bezüge zu Klimaschutz oder Anpassung an den Klimawandel. Die wichtigsten Stärken werden in der Ausstattung und Attraktivität der Natur- und Kulturlandschaft (v.a. für den Tourismus) und der Verkehrsanbindung, die Hauptschwächen in der negativen Bevölkerungsentwicklung, der unzureichenden Infrastrukturausstattung, der hohen Arbeitslosigkeit, Nutzungskonflikten mit dem Naturschutz und der Struktur der Land- und Forstwirtschaft genannt (vgl. EBD.).

Die **Leitbild- und Zielentwicklung** baut auf den vorangegangenen REK, LEADER+ (2002) und ILEK (2005 bzw. 2006), auf (vgl. REGIONALFÖRDERUNG PRIGNITZLAND E.V. 2007, S. 16). Die Strategie besteht im Weiteren aus „Hauptthemen“, „Inhaltlichen Schwerpunkten“ und „Leitthemen“. Die Hauptthemen und inhaltlichen Schwerpunkte lassen keine Bezüge zu klimarelevanten Aspekten erkennen. Direkte und indirekte Bezüge zum Klimaschutz sind dagegen in einigen Leitthemen genannt (Nutzung von eE und NawaRo aufgrund der Bedeutung des Klimawandels, Förderung der autofreien Mobilität) (vgl. EBD., S. 24-25, 28). Ziel dieser Leitthemen ist aber nicht zwingend der Klimaschutz, sondern das Entgegenwirken der Abwanderung, die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Steigerung der touristischen Attraktivität (vgl. EBD., S. 25). Die Interviews mit den regionalen Akteuren stützen die in der GLES genannten Haupt- und Leitthemen. In den meisten Interviews wird v.a. auf die Ziele Erhalt und Schaffung von Infrastruktur, Schaffung von Arbeitsplätzen, Entgegenwirken der Abwanderung (v.a. Förderung junger Familien⁶³) und Erhalt der Gebäudesubstanz Bezug genommen. Daneben werden von einzelnen Akteuren auch die natürlichen und kulturellen Potentiale, die Vernetzung der Akteure der Altkreise Pritzwalk und Perleberg und der Tourismus genannt. In einem Interview wird angegeben, die Ziele dienen allgemein der Erhaltung der Lebensqualität der Region. Die Ziele der GLES seien daher breit formuliert, so dass keine Themen von vornherein ausgeschlossen würden.

Thematische Ausrichtung der Region: Maßnahmenebene

Bis Ende Mai 2012 wurden in der LEADER-Region Storchenland Prignitz über 250 Projekte umgesetzt. Die Analyse der umgesetzten und genehmigten Projekte zeigt, dass diese vorwiegend im Handlungsfeld Siedlung und Verkehr (s. Abb. 16) angesie-

⁶² Die Analyse nennt keine Chancen und Risiken.

⁶³ Förderung junger Familien 2010 aus der Richtlinie gestrichen (Förderpunkt D 1.3) (vgl. INTERVIEW PRG_6, 9).

delt sind (zum einen Aus- und Umbau sowie Sanierung von Wohnhäusern, Hofgebäuden etc., zum anderen straßenbauliche Projekte wie Bau bzw. Ausbau von Straßen, Gehwegen, Brücken, Anlage von Straßenbeleuchtung etc.). Danach folgen die Handlungsfelder Tourismus und Kultur, Wirtschaft, Soziales, sowie Natur und Landschaft. Auch fast alle befragten Akteure sehen die meisten Projekte in den Bereichen Dorferneuerung und Infrastruktur (Siedlung und Verkehr), Schaffung von Arbeitsplätzen (Wirtschaft) und Tourismus. Zu wenige Projekte werden im Bereich Regionalvermarktung und Landwirtschaft ausgemacht. Rund ein Drittel der Projekte konnte nicht eindeutig einem Handlungsfeld zugeordnet werden, sondern gehören zwei oder z.T. sogar drei Handlungsfeldern an. Die meisten der Doppelzuordnungen betreffen die Projekte aus den Bereichen Tourismus und Kultur, Wirtschaft sowie Soziales, die häufig mit dem Um- und Ausbau eines Wohnhauses, einer Hofstelle, Scheune o.ä. verbunden sind. Dies spiegelt sich auch in den Interviews wider, wo einzelne Akteure die Querbezüge zwischen den Handlungsfeldern Wirtschaft sowie Tourismus und der Dorferneuerung (Nutzung leerstehender Gebäude, Verschönerung des Dorfbildes) herausstellen. Hierdurch wird nochmals die starke siedlungsstrukturelle Ausrichtung der Maßnahmen dieser LEADER-Region deutlich.



Foto 10: Projektbeispiel: Schweizer Haus an der Plattenburg (NEUBERT 2012)

In der landesweiten Betrachtung zeigt sich, dass im Durchschnitt in allen LEADER-Regionen in Brandenburg (gemäß der Halbzeitbewertung) die meisten Projekte im Themenbereich Siedlung und Verkehr⁶⁴, gefolgt von Tourismus und Wirtschaft (Gewerbeförderung) liegen (vgl. BONNEVAL ET AL. 2010, S. 266). Zudem zeigt sich, dass die LAGen in Brandenburg sich vorwiegend auf den ILE-Bereich konzentriert haben (Verordnungen und Richtlinien wirken hemmend auf die Umsetzung von Projekten in anderen Schwerpunkten) (vgl. EBD., S. 268).

⁶⁴ thematische Förderbereiche der Halbzeitbewertung: Verkehrs-, Versorgungsinfrastruktur, Dorfgestaltung, Gemeindeeinrichtungen, Wohnen (vgl. BONNEVAL ET AL. 2010, S. 266)



Direkt auf Klimaschutz oder Anpassung an den Klimawandel zielt keines der Projekte, soweit dies aus den Beschreibungen der Projektliste entnommen werden konnte. Im Falle des Klimaschutzes weisen acht, im Falle der Anpassung neun Projekte dagegen einen indirekten Bezug zu relevanten Handlungsfeldern auf. Die Bezüge zum Klimaschutz werden überwiegend über Wärmedämmung im Themenbereich Siedlung und Verkehr (besonders, wenn KfW-Kredite genutzt werden) und Moorschutz im Themenbereich Natur und Landschaft hergestellt.

Foto 11: Projektbeispiel: Radknotenpunktkonzeption (NEUBERT 2012)

Herauszustellen ist eine Studie zur Sicherung der Energieversorgung durch Biogasanlagen. Diese Studie wird von vielen Interviewpartnern hervorgehoben und als *das* Projekt mit Bezug zum Klimawandel bzw. zum Klimaschutz gesehen. Auch wenn ein Interviewpartner die Erwartungen an die Wirkung der Studie, auf die Entwicklungen im Bereich Bioenergie in der Region Einfluss nehmen zu können, nicht besonders hoch einschätzt, verbinden zwei andere Interviewpartner hiermit jedoch die Hoffnung, durch die Aufarbeitung der Faktenlage den Akteuren eine „Diskussionsgrundlage“ für Entscheidungen zu geben. Zu nennen sind im Bereich der erneuerbaren Energien ebenfalls drei beantragte investive Projekte für Biogas- und Wasserkraftanlagen, die jedoch nicht genehmigt worden sind. Die anpassungsrelevanten Projekte liegen ausnahmslos im Themenbereich Natur und Landschaft, hierbei handelt es sich um Projekte zur Biotopvernetzung und Verbesserung des Wasserhaushalts (Entwicklung von Mooren). In der Matrix zur Bewertung und Priorisierung der Projektanträge spielen Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel bzw. relevante Handlungsfelder keine Rolle.

Definition und Verhandlung des Klimawandels

In der GLES werden bis auf die genannten Bezüge in der SWOT-Analyse und im Zielsystem keine Auswirkungen des Klimawandels oder Erfordernisse von Klimaschutz und Anpassung behandelt. Auch im Beirat wurden diese Themen einem Interviewpartner zufolge nicht betrachtet.

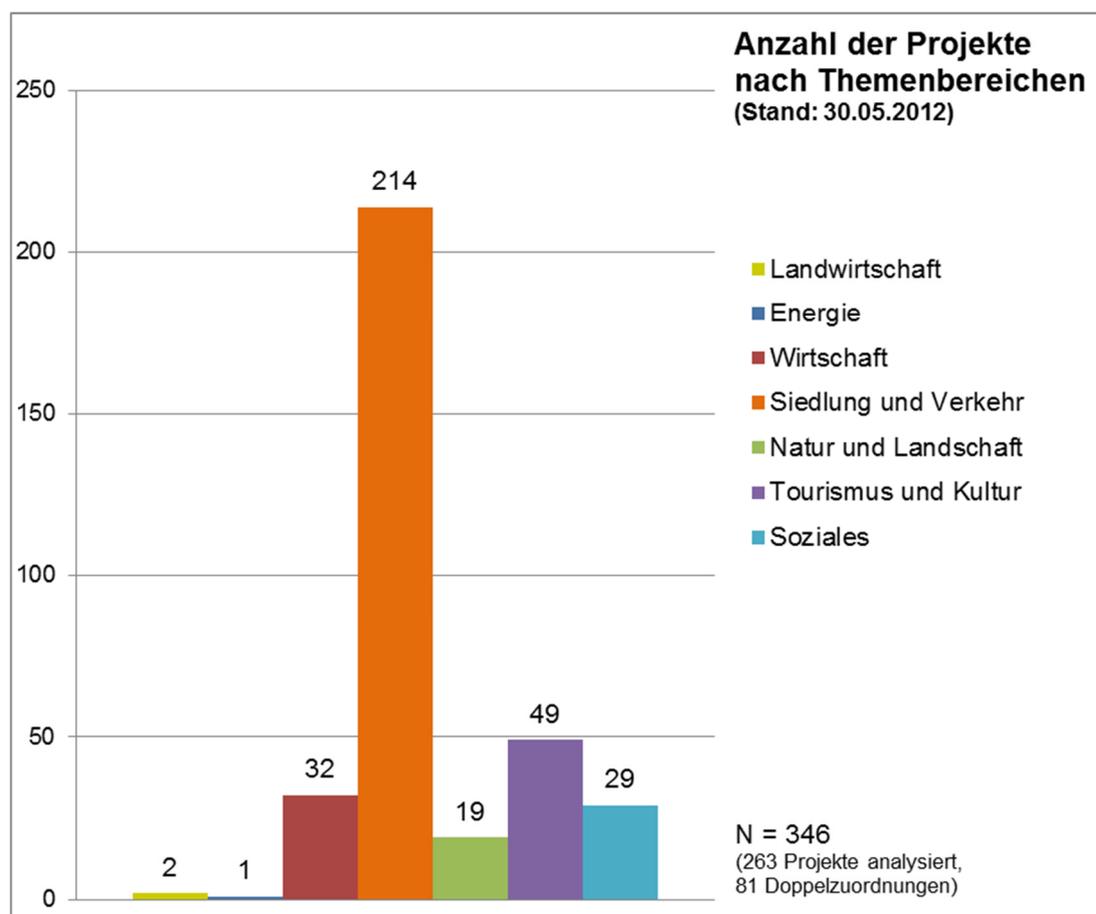


Abb. 16: Anzahl der Projekte nach Handlungsfeldern in der LEADER-Region Storchenland Prignitz

Quelle: eigene Darstellung nach Auswertung REGIONALFÖRDERUNG PRIGNITZLAND E.V. O.J.B

6.2.5 Akteure und Akteurskonstellationen

Akteurszusammensetzung

Die Analyse der Akteurszusammensetzung konzentriert sich auf den Verein und den Beirat (Entscheidungsgremium), da hierfür belastbare Daten zur Verfügung stehen.

Der **Verein Regionalförderung Prignitzland e.V.** als LAG hatte zum Zeitpunkt der Erarbeitung der GLES 55 Mitglieder (vgl. REGIONALFÖRDERUNG PRIGNITZLAND E.V. 2007, S. 53-54). Rund die Hälfte der Mitglieder stellen Vereine und Verbände dar, 30 % sind private und 20 % öffentliche Akteure. Der Verein besteht somit sowohl aus organisierten als auch aus individuellen Akteuren. Die Themenbereiche sind durch die Mitglieder des Vereins annähernd ausgewogen vertreten. Diese breite thematische und institutionelle Aufstellung des Vereins teilt auch ein Interviewpartner, der betont, dass die Mitgliedschaft freiwillig ist und kein Einfluss auf die Zusammensetzung ausgeübt

wird. Jedoch wurden, wie einige Interviewpartner angeben, in der Vergangenheit Antragssteller zur Mitgliedschaft verpflichtet, die später wieder ausgetreten sind (häufig private Akteure). Einige Interviewpartner geben an, dass die Beteiligung in der Phase der Strategieentwicklung höher war als in der Umsetzungsphase.

Tab. 31: Analyse der Akteure und Akteurskonstellationen

Quelle: eigene Darstellung

	Kriterium	Ergebnis der Analyse
Akteure und Akteurskonstellationen	Akteurszusammensetzung	<ul style="list-style-type: none"> • Verein Regionalförderung Prignitzland e.V. <ul style="list-style-type: none"> – mehr private als öffentliche Akteure – individuelle und organisierte Akteure – unterschiedliche thematische Hintergründe • Beirat <ul style="list-style-type: none"> – Pflichtmitglieder und gewählte Mitglieder – mind. 50% WiSo-Partner – unterschiedliche thematische Hintergründe
	Rollen der Akteure	<ul style="list-style-type: none"> • Prozesspromotoren: Mitglieder des Beirats • hemmend für den Prozess: Bewilligungsstelle • keine Fachpromotoren für Klimaschutz / Anpassung
	Interessen der Akteure: Stellenwert von Klimawandel / Klimaschutz und Anpassung	<ul style="list-style-type: none"> • Stellenwert Klimaschutz / Anpassung gering (v.a. gegenüber anderen Herausforderungen wie dem demographischen Wandel) • hohe Bedeutung der erneuerbaren Energien (aber nicht vorrangig als Klimaschutzthema)
	Wissen und Wahrnehmung der Akteure	<ul style="list-style-type: none"> • Sichtweise auf den Klimawandel schwankt zwischen ablehnend und positiv aufgeschlossen • Klimaschutz vorrangig als Energiethema wahrgenommen • keine differenzierte Betrachtung von Klimaschutz / Anpassung; z.T. kann Anpassung nicht eingeordnet werden • Akteure fühlen sich unzureichend informiert, obwohl genügend Informationen zur Verfügung stehen
	Machtverhältnisse	<ul style="list-style-type: none"> • Verein offen • Beirat: grundsätzlich offen, obwohl ein Teil der Plätze fest vergeben ist
	Präferierter Handlungsmodus bei Entscheidungen	<ul style="list-style-type: none"> • Mehrheitsentscheid
	Umgang mit Interessenskonflikten	<ul style="list-style-type: none"> • Diskussionen • Kompromissfindung

Der **Beirat** besteht aus 15 Mitgliedern, die sich in „geborene“ und „gewählte“ Mitglieder unterteilen. Die Pflichtmitglieder (geborene Mitglieder) setzen sich sowohl aus öffentlichen Vertretern (Kommunen, Landkreis) als auch aus Vereinen und Verbänden zusammen, die verschiedene Themenbereiche (Tourismus, Natur und Landschaft,

Landwirtschaft, Wirtschaftsförderung) repräsentieren, sowie aus weiteren Vorstandsmitgliedern des Vereins (vgl. Regionalförderung Prignitzland e.V. o.J.a). Diese Form der Zusammensetzung war laut einem Interviewpartner eine bewusste Entscheidung auf Grundlage der Erfahrungen aus vergangenen Förderperioden. Die gewählten Mitglieder sind dem privaten Bereich zuzuordnen und lassen sich überwiegend in die Landwirtschaft einordnen (vgl. Regionalförderung PRIGNITZLANDE.V. O.J.A). Die Zusammensetzung des Beirates wird von allen relevanten Akteuren als gut und breit aufgestellt angesehen. Von einem Interviewpartner wird besonders die Rolle der Ehrenamtlichen, also nicht berufsbedingt im Beirat engagierten Akteure hervorgehoben, da „[...] man vielleicht so manches Mal so ein bisschen Berufsblindheit hat und da wieder mal aufgeweckt wird, um mal die Sache von einer ganz anderen Seite zu betrachten“ (INTERVIEW PRG_2).

Rollen der Akteure

Die Akteure lassen sich hinsichtlich ihrer Aktivität grundsätzlich in zwei Gruppen einteilen: Als erste Gruppe benennen einzelne Akteure insbesondere die Mitglieder des Beirates als Promotoren des Prozesses. Die zweite Gruppe bilden die Antragsteller, die gemäß einem Interviewpartner zumeist nur für die Zeit bis zum Abschluss des Projekts aktiv sind und somit nur für diesen bestimmten Zeitraum als aktive Akteure bezeichnet werden können. Sofern auch ein Vereinsbeitritt erfolgt ist (früher Pflichtmitgliedschaft, s.o.), erfolgt in diesem Zusammenhang oft auch ein Austritt aus dem Verein. Die Mitglieder des Beirates sind dagegen für einen längeren Zeitraum aktiv, aber auch hier können Unterschiede gemacht werden: So werden von den meisten Interviewpartnern besonders die (beteiligten) Kommunen und der Tourismusverband als Prozesspromotoren angesehen. Die Rollen haben sich im Verlauf des Prozesses geändert: War die Biosphärenreservatsverwaltung zu Beginn des LEADER-Prozesses an der Erarbeitung der GLES beteiligt, ist sie inzwischen laut einzelner Interviewpartnern inaktiver. Fachpromotoren für die Bereiche Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel können nicht identifiziert werden.

Präferierte Handlungsmodi / Umgang mit Interessenskonflikten

Die Entscheidungen im Beirat über die Projekte werden auf Basis einer Bewertungsmatrix getroffen (Vorschlag einer Bewertung durch das Regionalmanagement), die Projekte würden nach Aussage der meisten regionalen Akteure diskutiert und dann per Mehrheitsentscheid empfohlen. Zwei Interviewpartner merken einschränkend an,

dass der Beirat eine Priorisierung / Einordnung der Projekte durchführt, die letztendliche Entscheidung über die Förderung wird in der Fördermittelstelle gefällt.

Interessenskonflikte konnten laut der meisten Interviewpartner durch Diskussionen und Kompromissfindung aufgelöst werden. Ein Problem, das ein Interviewpartner für den ländlichen Raum ausmacht, ist der relativ überschaubare Kreis an Akteuren, der sich in verschiedenen Zusammenhängen häufig sehe und dadurch Meinungen vorab schon gebildet seien.

Machtverhältnisse

Nach Beantragung entscheidet der Vorstand des Vereins (Mehrheitsentscheid) über die Mitgliedschaft (vgl. SATZUNG DES REGIONALFÖRDERUNG PRIGNITZLAND E.V. § 6 ABS. 1, 2). Die Aussagen der Hälfte der Interviewpartner belegt, dass der Verein offen für neue Mitglieder ist und auch Aktionen zur Werbung neuer Mitglieder durchführt. Über die Presse wurde die Bevölkerung informiert und zur Mitarbeit aufgerufen, in der Vergangenheit noch nicht beteiligte Akteure (Kommunen, Verbände) wurden gezielt angesprochen (vgl. REGIONALFÖRDERUNG PRIGNITZLAND E.V. 2007, S. 12). Durch die Zusammensetzung des Beirats aus ‚geborenen‘ und ‚gewählten‘ Mitgliedern ist ein Teil der Beiratsplätze für bestimmte Mitglieder vorgesehen (stabiler Akteurskreis), ein kleiner Teil der Plätze ist aber durch die Wahl von Vereinsmitgliedern auch anderen Akteuren zugänglich.

Interessen der Akteure: Stellenwert Klimawandel

Im LEADER-Prozess ist der Stellenwert von Klimawandel, Klimaschutz und Anpassung für fast alle Akteure des LEADER-Prozesses gering, v.a. wenn diese mit den in der Region virulenten Problemen der Arbeitsmarktsituation und des demographischen Wandels, der Abwanderung und den hiermit verbundenen Auswirkungen auf Versorgung und Infrastruktur verglichen werden. Diese „existentiellen Probleme“ überlagern das Problem Klimawandel:

„Also, wenn wirklich die Leute auch Existenzängste haben und nicht wissen, ob sie ihre Häuser halten können oder ob sie die verkaufen oder ob sie die Gegend verlassen oder in die Stadt gehen [...]. Dass dann der Klimawandel sicherlich auch ein existentielles Problem ist, aber im Moment nicht im Vordergrund steht. Sondern dass man dann das hintenan stellt und wirklich überlegt, wie kann ich über die Runden kommen und kann es hier sein oder werde ich die Region verlassen“ (INTERVIEW PRG_9)?

Die in der LEADER-Region vorrangig verfolgten Interessen stellen gemäß den meisten Interviewpartnern folglich der Erhalt und die Schaffung von Infrastruktur, das Ent-

gegenwirken des demographischen Wandels und der Abwanderung und die Schaffung von Arbeitsplätzen bzw. Wirtschaftsförderung dar. Ein Interviewpartner kritisiert jedoch, dass in dem LEADER-Prozess nicht langfristig genug gedacht werde: „Also, das Hemd ist in der Regel näher als die Hose“ (INTERVIEW PRG_8). Direkt ist der Stellenwert zwar gering, als Energiethema aber, als das der Klimawandel in den meisten Interviews wahrgenommen wird, fällt dem Klimaschutz ein immer stärkeres Gewicht zu: Durch die hohe gefühlte Betroffenheit (s.u.), verursacht durch den Ausbau der erneuerbaren Energien (speziell Windkraft und Biogas; s.u.) findet eine Diskussion in der Region statt und das Bedürfnis, diese Thematik aufzugreifen, steigt, was sich z.B. in der Studie zu Biogasanlagen zeigt.

Wissen und Wahrnehmung der Akteure

Der Klimawandel wird von einigen Akteuren als globales und mediales Thema wahrgenommen. In allen Akteursgruppen ist sowohl ein generelles (privates) Interesse an der Thematik vorhanden als auch eine negative Wahrnehmung. Diese wird in Aussagen deutlich wie der Klimawandel sei „Geschäftemacherei“ (INTERVIEW PRG_1), die Auswirkungen würden dramatisiert und die Berücksichtigung von Klimawandelaspekten in den Projekten (z.B. Wärmedämmung) führe zu einer Verteuerung der Projekte. Die Betroffenheit durch den Klimawandel wird von vielen Akteuren über den Ausbau der erneuerbaren Energien definiert: Sie fühlen sich nicht direkt von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen, sondern von der Klimaschutz- und Energiepolitik bzw. den hiermit verbundenen Maßnahmen, so

„[...] dass einige in der Region sich von diesen Auswirkungen des Kampfes gegen den Klimawandel viel mehr betroffen fühlen, als vom Klimawandel“ (INTERVIEW PRG_9).

Einige Akteure verschiedener Gruppen beschreiben auch direkte Auswirkungen des Klimawandels bzw. sehen diese für die Zukunft als relevant an (z.B. Hochwasserereignisse, Schädlingskalamitäten, Veränderungen des Wasserhaushalts, Steigerung der Temperaturen). Für knapp die Hälfte der regionalen Akteure hingegen sind die Auswirkungen zu gering oder noch nicht spürbar genug, um sich prognostizierte Auswirkungen vorstellen zu können. Zudem findet von einigen Akteuren eine Relativierung der Auswirkungen (andere Regionen seien stärker betroffen) bzw. der Notwendigkeit zum Handeln (es sei schon viel gemacht worden) statt. Die Auswirkungen des Klimawandels bzw. der Klimapolitik werden aber nicht nur negativ gesehen: Ein Akteur verweist auf positive Auswirkungen, ein anderer von der steigenden Akzeptanz des Ausbaus erneuerbarer Energien, sofern man selbst davon profitiert.

Das Wissen der Interviewpartner über die Themen Klimaschutz und Anpassung ist unterschiedlich. In ein paar Fällen wird nicht zwischen den Begriffen differenziert und in vielen Fällen kann der Begriff der Anpassung an den Klimawandel nicht eingeordnet werden. Dagegen stehen Akteure, die den Begriff zwar nicht direkt verwenden, im Interviewverlauf dann aber konkrete Anpassungsmaßnahmen nennen sowie Akteure, die Schutz und Anpassung differenzieren. Der Begriff Klimaschutz wird in den meisten Interviews häufiger verwendet, beschränkt sich jedoch zumeist auf Energiethemen oder die Senkung von Emissionen und wird von einigen Akteuren unterschiedlichster Gruppen unscharf zu verwandten Themen verwendet (z.B. FCKW, Luftreinhaltung).

Viele Interviewpartner fühlen sich unzureichend bzw. gering informiert, so dass Auswirkungen nicht wahrgenommen werden können oder aufgrund der fehlenden Fachkenntnis bei den Projekten Klimaschutzaspekte nicht aufgegriffen werden können. Gründe hierfür sehen einige Interviewpartner zum einen in der Komplexität der Thematik, zum anderen in dem Umstand, dass es sich um ein „neues“ Thema handelt.

Die Gründe für dieses Gefühl der mangelnden Informiertheit kann allerdings nicht unbedingt darauf zurückgeführt werden, dass zu wenige Informationen zur Verfügung stehen: Zwar herrscht z.T. Unsicherheit vor, woher man Informationen über die Auswirkungen des Klimawandels und den entsprechenden Maßnahmen erhalten kann, der eigene Kenntnisstand wird aber auch vom eigenen Engagement abhängig gemacht. Die Hälfte der Akteure nimmt viele Veröffentlichungen zu dem Thema wahr, z.B. auch über das Internet. Zwei Akteure des öffentlichen Bereichs machen eine regelrechte „Informationsflut“ aus: Es herrsche schon ein ‚zu viel‘ an Informationen vor, z.B. über entsprechende E-Mailverteiler. „[...] wir werden ja so zugeschüttet mit Informationen, dass man ja Mühe hat, seinen eigenen Weg da zu finden [...]“ (INTERVIEW PRG_5). Hier bestehe das Problem, diese Fülle an Informationen auf die jeweils relevanten Aspekte filtern und überhaupt bearbeiten zu können (Zeitfaktor). Generell machen viele Akteure ein Defizit in der Vertrauenswürdigkeit (Internet) sowie in der Frage nach der Qualität und der Passgenauigkeit (z.T. zu abstrakt und nicht auf die Probleme vor Ort bezogen) der Informationen aus.

6.2.6 Strategiebildung LEADER / Regionalplanung

Auf Akteurebene sind keine **Interdependenzen** erkennbar. Die ländliche Entwicklung verfüge nach Meinung der Regionalplanungsvertreter auf Landkreisebene über eigenständige Strukturen, die nicht in Verbindung mit der Regionalplanung stünden.

Das regionale Energiekonzept wurde unter Beteiligung verschiedener öffentlicher und privater Akteure erstellt (vgl. ERNST BASLER + PARTNER GMBH 2013, S. 51-55). Die LEADER-Region selbst wird in dem Konzept nicht als Akteur geführt. Inwieweit andere Akteure, die auch in LEADER tätig sind, an der Erstellung des Regionalen Energiekonzepts beteiligt waren, ist nicht ersichtlich.

Tab. 32: Analyse der Strategiebildung

Quelle: eigene Darstellung

	Kriterium	Ergebnis der Analyse
Strategiebildung	Interdependenzen LEADER / ILE und Regionalplanung	<ul style="list-style-type: none"> • LEADER-Region Teil der Regionalen Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel • Leitbild Planungsregion: Identifizierung regionaler Kooperation; ländliche Entwicklung nicht berücksichtigt • keine akteursbezogene Interdependenzen erkennbar • inhaltliche Interdependenzen: erneuerbare Energien
	Strategische Kooperation	<ul style="list-style-type: none"> • keine Zusammenarbeit über vereinzelte Abstimmungsgespräche hinaus

Als klimarelevantes Schnittstellenthema sind die erneuerbaren Energien zu sehen, wo beide Gruppen aktiv sind (Regionalplanung: regionales Energiekonzept, LEADER-Region: Biogasstudie). Über Abstimmungen hinaus hat aber keine Zusammenarbeit stattgefunden (s.u.). Beide Akteursgruppen sehen wenige Schnittmengen in ihren jeweiligen Aufgaben. Aus Sicht der Regionalplanung lässt sich dies weiter konkretisieren: Die LEADER-Regionen würden keine raumordnerischen Belange bearbeiten, die thematische Fokussierung auf Tourismus und Kleingewerbe bietet wenig Ansatzpunkte für die Regionalplanung. Als Schnittstellenthema hatte die Regionalplanung in der Vergangenheit die Daseinsvorsorge identifiziert, jedoch sei eine Kooperation u.a. daran gescheitert, dass dieses Thema nach Vorgabe des Landes nicht mehr auf regionaler Ebene bearbeitet werden dürfte.

Sowohl viele Akteure der LEADER-Region als auch die interviewten Vertreter der Regionalplanung geben an, dass es im Grunde **keine Zusammenarbeit** zwischen der Regionalen Planungsgemeinschaft Prignitz und der LEADER-Region Storchland Prignitz gegeben hat. Es gab vereinzelt Abstimmungen (z.B. Datenabfragen, Einladung der LAG zu Sitzungen der Regionalen Planungsgemeinschaften, Unterstützungszusicherung der LAG für einen Projektantrag). Im Zuge der Erstellung der Biogasstudie erfolgte nach Aussage einiger LEADER-Akteure eine Abstimmung mit der Regionalplanung, damit es keine doppelte Bearbeitung gibt. Zudem sollen die Ergeb-

nisse der Biogasstudie zur Verfügung gestellt werden. Zwar sollte im fertigen Energiekonzept die Biogasstudie laut einem Interviewpartner der Planungsgemeinschaft kurz aufgegriffen werden an, dass im Konzept zeigen sich aber keine Bezüge zu der Studie, obwohl es sich in einem Kapitel mit schon vorhandenen Konzeptionen in der Region beschäftigt (vgl. ERNST BASLER + PARTNER GMBH 2013, S. 18-24). Dies bedeutet aber nicht, dass eine Kooperation nicht erwünscht ist: Die Regionalplanung habe nach eigener Aussage am Anfang den Kontakt zu den LEADER-Regionen gewünscht, während der ILE-Förderung seien sie noch einbezogen gewesen. Auch in die Erarbeitung des regionalen Leitbilds sind ILE-Gruppen einbezogen worden, es gibt aber keine Hinweise darauf, welche Gruppen und welche Personen konkret beteiligt wurden (vgl. RPLG PRIGNITZ-OBERHAVEL O.J.A; REGIONALFÖRDERUNG PRIGNITZLAND E.V. 2007, S. 7).

B ILE

6.3 ILE Südliches Osnabrücker Land

6.3.1 Kurzvorstellung der Region (situative Rahmenbedingungen)

Die ILE-Region Südliches Osnabrücker Land (SOL) ist - wie es der Name sagt - im südlichen Teil des Landkreises Osnabrück an der Grenze zu Nordrhein-Westfalen gelegen. Die Region wird aus den Städten Bad Iburg und Dissen a.T.W. sowie den Gemeinden Bad Laer, Bad Rothenfelde, Glandorf und Hilter a.T.W. gebildet, die ca. 15 - 25 km vom nächstgelegenen Oberzentrum Osnabrück entfernt liegen.



Foto 12: Blick über den Solarpark Schwege in Richtung Teutoburger Wald (NEUBERT 2014)

Die wichtigsten strukturellen Faktoren sind in Tabelle 33 zusammengefasst, es wird v.a. auf die folgenden Aspekte hingewiesen:

- geringe Arbeitslosenquote
- stabile Bevölkerungsentwicklung (bis 2030 leichte Rückgänge prognostiziert)
- Ausläufer des Ostmünsterlandes als strukturreiche und ackergeprägte offene Kulturlandschaft im Süden und im Norden der Osnabrücker Osning als Ausläufer des Mittelgebirges Teutoburger Wald (vgl. BFN 2014; LK OSNABRÜCK 2004, S. 52)
- Flächennutzung durch Land- und Forstwirtschaft dominiert, Konzentration der Landwirtschaft v.a. im südlichen Teil der Region (vgl. PRO-T-IN 2008A, S. 16-19)

Tab. 33: Regionalprofil der ILE-Region SOL

Quelle: eigene Darstellung nach ¹PRO-T-IN 2008A; ²BBSR o.J.A ³eigene Berechnung nach NSL 2007, S. 86; ⁴eigene Berechnung nach LSN 2014A; ⁵eigene Berechnung nach BERTELSMANN STIFTUNG 2014; ⁶eigene Berechnung nach LSN 2014B; ⁷BFN 2014

Regionalprofil ILE-Region Südliches Osnabrücker Land	
Abgrenzung ¹	Gemeinden im südlichen Bereich des Landkreises Osnabrück
Raumtyp ² (nach BBSR)	<ul style="list-style-type: none"> • überwiegend städtisch, zentral (Bad Iburg, Bad Rothenfelde, Dissen) • teilweise städtisch, zentral (Bad Laer) • ländlich, zentral (Glandorf, Hilter aTW)
Gemeinden ¹	<ul style="list-style-type: none"> • Stadt Bad Iburg • Gemeinde Bad Laer • Gemeinde Bad Rothenfelde • Stadt Dissen aTW • Gemeinde Glandorf • Gemeinde Hilter aTW

Größe³	246 km ² (Stand: 31.12.2004)
Bevölkerung (vergleichbare Zahlen für die ILE-Region und das Land liegen nicht vor)	Einwohner ⁴ : 54.600 (Stand: 31.12.2011)
	Einwohnerdichte ⁴ : 254 EW/km ² (Stand: 31.12.2011)
	Bevölkerungsentwicklung ⁵ : <ul style="list-style-type: none"> • 2006-2012: 0,7 % • 2009-2030: -1 % • Landkreis Osnabrück 2008-2030: - 6,8%⁶ • Niedersachsen 2008-2030: -6 %⁶
Großlandschaft / Landschaftstyp⁷	<ul style="list-style-type: none"> • Großlandschaft: Norddeutsches Tiefland; Zentraleuropäisches Mittelgebirgs- / Stufenland • Landschaftstyp: <ul style="list-style-type: none"> – strukturreiche bzw. ackergeprägte offene Kulturlandschaft – andere walddreiche Landschaft (Norden der Region)
Landnutzung (Stand: 2008)	<ul style="list-style-type: none"> • Landwirtschaft: 58,3 % (Niedersachsen: 60,4 %) • Waldfläche: 23,8 % (Niedersachsen: 21,5 %) • Gebäude- und Freifläche: 9,5 % (Niedersachsen: 7,2 %) • Betriebsfläche: 0,2 % (Niedersachsen: 0,7 %) • Verkehrsfläche: 5,5 % (Niedersachsen: 5,1 %) • Erholungsfläche: 0,7 % (Niedersachsen: 0,9 %) • Wasserfläche: 1,8 % (Niedersachsen: 2,3 %) • andere Nutzung: 0,2 % (Niedersachsen: 1,9 %)
Wirtschaftsstruktur	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen ⁶ : <ul style="list-style-type: none"> • Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft: 1,5 % (Niedersachsen: 1,2 %) • Produzierendes Gewerbe: 35,7% (Niedersachsen: 32 %) • Dienstleistungsbereich: 62,8 % (Niedersachsen: 66,8 %)
	Arbeitslosenquote ¹ : 4,5 % (Niedersachsen: 8,1 %: Stand 03/2008)
	Land- und Forstwirtschaft ¹ : <ul style="list-style-type: none"> • Anzahl Betriebe: 550 (2005, -15 % zu 2001) • Haupterwerb: 41 %, Nebenerwerb: 59 % (2003) • durchschnittliche LFN der Betriebe: 27,8 ha (2005, +18,3 % zu 2001) • Schwerpunkt: Nahrungsmittelanbau
	Tourismus ¹ : <ul style="list-style-type: none"> • Anzahl Beherbergungsbetriebe: 68 (2007, -15,6 % zu 1995) • Übernachtungen: 772.380 (2007) • Auslastung: 58,9 % (2007) • durchschnittliche Aufenthaltsdauer: 5,8 Tage • Schwerpunkt: Gesundheitstourismus (drei Heilbäder)

Die Anfälligkeit der ILE-Region SOL bzw. des Landkreises Osnabrück wird nach den Klimawandelanfälligkeitsklassen des BMVBS / BBSR als **mäßig bis gering** eingestuft, die ermittelten **Klimawandelbetroffenheits-Raumtypen** prägen sich wie folgt aus (vgl. BMVBS 2010A, S. 51-53):

- Problemkomplex 1 (sommertypische Problemfolgen): mittlere Betroffenheit
 - mittlere Ausprägung (Stufe 2 von 3) aller betrachteten Wirkfolgen (häufigere Hitzeperioden oder Hitzewellen, steigende Waldbrandgefahr, zunehmende Schwankungen des Grundwasserspiegels, Einschränkung der als Brauchwasser nutzbaren Wasserressourcen, steigende Gefährdung der Artenvielfalt)

- Problemkomplex 2 (wintertypische Wirkfolgen): mäßige - starke Betroffenheit
 - stark ausgeprägt: Veränderung von Frequenz und Stärke von Flusshochwässern, häufigere Starkregenereignisse und Sturzfluten, zunehmender Verlust des Oberbodens durch Wassererosion (Stufe 3)
 - mittlere Ausprägung: steigende Gefahr von gravitativen Massenveränderungen (Stufe 2)
- Problemkomplex 3 (häufigere Beeinträchtigung und Zerstörung der Infrastruktur): starke Betroffenheit

Für die Region sind keine nennenswerten Extremereignisse bekannt. In einem Interview wird von einem Überschwemmungsereignis in einem Teil der Region im Jahr 2010 berichtet (s. auch LK OSNABRÜCK 2016). Darüber hinaus konnten keine Hinweise auf weitere außergewöhnliche Ereignisse gefunden werden.

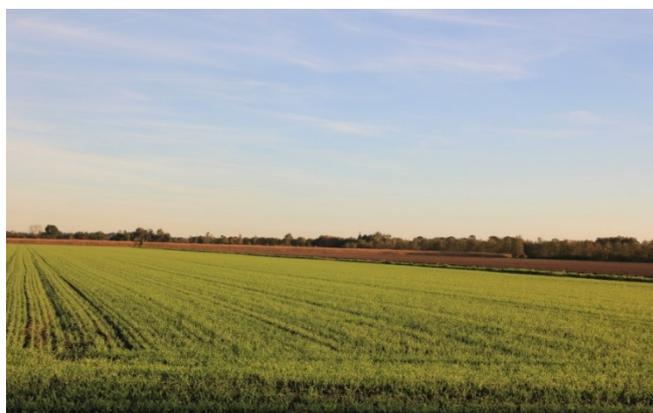


Foto 13: Landwirtschaftliche Flächen im Süden der Region (NEUBERT 2014)

Im Landkreis Osnabrück wurde ein **integriertes Klimaschutzkonzept** erarbeitet, welches seit Ende 2010 vorliegt (vgl. LK OSNABRÜCK 2011, S. 8). Dem Konzept liegt ein Beteiligungsprozess zugrunde, in denen auch Akteure (private, Städte und Gemeinde) des ILE SOL vertreten waren (vgl. EBD., S. 161-164). Zu der Umsetzung des Konzepts und Förderung des Klimaschutzes besteht die Klimaschutzinitiative des Landkreises Osnabrück, welche die ILE-Regionen im Landkreis nach Aussage des Regionalmanagements und der Klimaschutzinitiative mit einbezieht, um bewusst vorhandene Akteursstrukturen zur Kommunikation zu nutzen und um Impulse setzen zu können. Dazu finden mit der Klimaschutzinitiative regelmäßige Treffen statt.

6.3.2 Institutionelle Rahmenbedingungen (extern)

In Niedersachsen wird die Möglichkeit zur Förderung von Integrierten ländlichen Entwicklungskonzepten (ILEK) und eines Regionalmanagements zur Organisation und Begleitung dieser Prozesse auf Basis der GAK im Rahmen der ELER-Maßnahme 341

„Kompetenzentwicklung, Förderveranstaltung und Durchführung“ genutzt. Die ILEK können insbesondere über die Maßnahmen des Schwerpunkts 3, aber auch über die Flurbereinigung umgesetzt werden (vgl. ML 2013, S. 179, 389). Zur Umsetzung von ILEKs steht den Regionen im Gegensatz zu LEADER aber kein eigenes Budget zur Verfügung (vgl. FENGLER, RAUE 2010, S. 20). Für die Förderung von Projekten können auch andere Förderinstrumente herangezogen werden (vgl. ML 2013, S. 389). Die Halbzeitbewertung zeigt aber, dass die ILE-Regionen die Umsetzung v.a. auf die „Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur integrierten ländlichen Entwicklung“ (ZILE) ausrichten (vgl. FENGLER, RAUE 2010, S. 20).

Tab. 34: Analyse der externen institutionellen Rahmenbedingungen

Quelle: eigene Darstellung

	Kriterium	Ergebnis der Analyse
Institutionelle Rahmenbedingungen - extern	3.4 Förderprogramme und Richtlinien: Zielebene (Leitbild, Ziele, SWOT)	<ul style="list-style-type: none"> • SWOT-Analyse: <ul style="list-style-type: none"> – Kapitel „Klimawandel und Luftqualität“: Beitrag LW zu THG skizziert, Anpassung nicht thematisiert – in den weiteren Kapiteln direkte und indirekte Bezüge zu Klimaschutz / Anpassung, v.a. im Bereich Umwelt und Landschaft; Bioenergie hervorgehoben • Leitbild / Ziele: <ul style="list-style-type: none"> – Leitbild / Hauptziele: keine Bezüge zu Klimaschutz / Anpassung – keine Bezüge in dem für ILE relevanten SP 3 • Richtlinie: -
	3.5 Förderprogramme und Richtlinien: Maßnahmenebene	<ul style="list-style-type: none"> • Bezüge zu Klimaschutz und Anpassung in allen Schwerpunkten • SP 3: erneuerbaren Energien, Biodiversität und Hochwasserschutz
	3.6 Förderprogramme und Richtlinien: Regelungen zur Prozessorganisation	<ul style="list-style-type: none"> • räumlicher und funktionaler Zusammenhang der Gebiete • keine thematische Schwerpunktsetzung • Institutionalisierung: keine Vorgaben • Akteursbeteiligung: <ul style="list-style-type: none"> – Beteiligung relevanter Verbände und der lokalen Bevölkerung – Bildung der Steuerungsgruppe aus Gemeindevertretern und ggf. weiteren Akteuren
	3.7 Festlegungen in weiteren Regelsystemen zu Klimaschutz und Anpassung	-
	3.8 Mehrebenenproblematik: Koordination Bund, Land u. EU	-

EPLR und Richtlinien: Zielebene

Die Analyse der Ausgangssituation als Grundlage der **SWOT-Analyse** enthält ein eigenes Kapitel „Klimawandel und Luftqualität“ (vgl. ML 2013, S. 76): Schleichende Veränderungen und Extremereignisse werden nur allgemein benannt (globale Veränderungen), auf die Anpassung an den Klimawandel wird in diesem Kapitel nicht eingegangen. Der Beitrag der Landwirtschaft zu den THG-Emissionen und Möglichkeiten zum Klimaschutz werden kurz skizziert (Viehhaltung, Düngermanagement, Energieerzeugung aus Biomasse), aber generell als „sehr eingeschränkt“ eingeschätzt (vgl. EBD, S. 77). In den anderen Kapiteln sind direkte und indirekte Bezüge zu Klimaschutz und Anpassung zu finden, insbesondere im Bereich Umwelt und Landschaft (z.B. Waldumbau, Aufforstung, Moorschutz und -pflege, Hochwassergefahren etc.). Die Erzeugung von Bioenergie, u.a. durch NawaRO, wird als Möglichkeit zur Reduzierung der CO₂-Emissionen und als „[d]eutlicher Beitrag zum Klimaschutz“ (EBD., S. 89) besonders hervorgehoben. In den Kapiteln „Wirtschaftsförderung und Lebensqualität in ländlichen Räumen“ und „Integrierte Entwicklungsstrategien“, die für die ILE-Förderung besonders relevant sind, sind jedoch keine Bezüge zum Klimaschutz oder zur Anpassung an den Klimawandel vorhanden.

Bezüge zu klimarelevanten Aspekten sind in dem **Leitbild und den Zielen** von PROFIL nicht zu erkennen. In den Unterzielen dagegen wird die „Bekämpfung des Klimawandels“ explizit als Ziel des Schwerpunkts 2 genannt (vgl. EBD., S. 115). Die Beschreibung der Unterziele und Prioritäten des Schwerpunkts 2 und in geringerem Umfang des Schwerpunkts 1 lassen Bezüge zu Klimaschutz und Anpassung erkennen. Der für die ILE-Förderung besonders bedeutsame Schwerpunkt 3 enthält in den Unterzielen keine für den Klimaschutz oder die Anpassung relevanten Ziele (vgl. EBD.). Die meisten Unterziele im Schwerpunkt 3 richtet sich auf die Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft, die Aufrechterhaltung von Versorgungsstrukturen, die Dorfentwicklung etc. (vgl. EBD., S. 137-140).

EPLR und Richtlinien: Maßnahmenebene

Die in PROFIL angebotenen Maßnahmen weisen in allen Schwerpunkten Bezüge zu Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel auf (s. Tab. 35). Es zeigt sich, dass besonders in den Schwerpunkten 2 und 1 Fördermaßnahmen direkt oder indirekt auf den Klimaschutz oder die Anpassung an den Klimawandel zielen. Hier ist aber nur die Maßnahme 125 (Flurbereinigung, Wegebau) für die ILE-Förderung relevant: Diese Maßnahme weist über die Förderung von Beregnung und Bewässerung einen Bezug zur Anpassung auf. In dem für die ILE-Förderung wichtigen Schwerpunkt 3

sind die Maßnahmen nicht direkt auf Klimaschutz oder Anpassung gerichtet, weisen aber in drei Fällen sowohl Bezüge zum Klimaschutz als auch zur Anpassung auf. Für den Klimaschutz ist die mögliche Förderung von erneuerbaren Energien innerhalb der Maßnahme 321 (Dienstleistungseinrichtungen) relevant. Die ZILE-Richtlinie konkretisiert die Förderung von erneuerbaren Energien: bei Anlagen zur Stromproduktion für Dritte und Förderung nach EEG erfolgt eine Verringerung des Fördersatzes; die Förderung von Bioenergieanlagen ist auf landesweit einmalige Pilotprojekte und die Prozesswärmeverwertung) beschränkt (NR. 5.3.6 ZILE-RL). Die Maßnahmen 322 (Dorferneuerung) und 323 (Ländliches Erbe) enthalten für die Anpassung an den Klimawandel relevante Fördergegenstände (Biodiversität und Hochwasserschutz).

Tab. 35: Angebotene Maßnahmen in PROFIL mit Klimabezug

Quelle: eigene Darstellung

Schwerpunkt	Maßnahmen		Klimaschutz	Anpassung
		Höhere Fördersätze mit ILEK		
1. Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft	111	Qualifizierung		
	114	Einzelbetriebliche Managementsysteme	Energieeinsparung / erneuerbare Energien	Biodiversität / angepasste Landwirtschaft
	121	Agrarinvestitionsförderprogramm		
	123	Verarbeitung und Vermarktung		
	125	Flurbereinigung / ländlicher Wegebau		Beregnung / Bewässerung
	126	Hochwasserschutz / Küstenschutz		Hochwasser- / Küstenschutz
2. Verbesserung der Umwelt und der Landschaft	212	Ausgleichszulage	Senkenfunktion	
	213	Erschwernisausgleich	Senkenfunktion	Biodiversität
	214	AUM	Senkenfunktion	Biodiversität
	216	Spezieller Arten- und Biotopschutz		Biodiversität
	221	Erstaufforstung landwirtschaftl. Flächen	Senkenfunktion	
	223	Erstaufforstung nichtlandwirt. Flächen	Senkenfunktion	
	225	Waldumweltmaßnahmen		Biodiversität
	226	Wiederaufbau forstwirtschaftl. Potenzials		Schadereignisse
	227	Nichtproduktive Investitionen Forst		Schadereignisse / Waldumbau
3. Lebensqualität im ländlichen Raum und Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft	311	Diversifizierung		
	313	Ländlicher Tourismus		
	321	Dienstleistungseinrichtungen	erneuerbare Energien	
	322	Dorferneuerung		Biodiversität / Hochwasser- und Küstenschutz
	323	Erhaltung u. Verbesserung d. ländl. Erbes		Biodiversität / Hochwasser- und Küstenschutz
	331	Ausbildung und Information		
	341	ILEK und Regionalmanagement		

Regelungen zur Prozessorganisation

Die Regelungen zur Abgrenzung der Region und die inhaltlichen Vorgaben berücksichtigen keine für den Klimaschutz oder die Anpassung an den Klimawandel relevanten Aspekte. Neben einer Mindestgröße für die Bevölkerungszahl soll das Gebiet nur allgemein einen räumlichen und funktionalen Zusammenhang aufweisen (vgl. Nr. 7.2.1 ZILE). Zur Institutionalisierung bestehen ebenfalls keine Vorgaben. Hinsichtlich der Akteursbeteiligung schreibt das Förderprogramm PROFIL vor, relevante Akteure der Region (z.B. landwirtschaftliche Vertreter, IHK, Umweltverbände etc.) und die örtliche Bevölkerung in Form von Veranstaltungen, Arbeitskreisen und Öffentlichkeitsarbeit einzubinden (vgl. ML 2013, S. 389; NR. 7.2.3 ZILE). Das Entscheidungsgremium wird aus Gemeindevertretern gebildet, es können aber auch „andere Akteure“ in dem Gremium vertreten sein (vgl. EBD.).

6.3.3 Institutionelle Rahmenbedingungen (intern)

Die Analyse der **Organisationsstruktur** der Region (s. Abb. 17) stützt sich auf weniger Dokumente als in den anderen Regionen, z.B. fehlt eine Geschäftsordnung. Hervorzuheben ist, dass die Lenkungsgruppe nur für gemeindeübergreifende Projekte zuständig ist, Projekte, die sich auf eine Gemeinde beschränken („örtliche Projekte“) werden laut dem Regionalmanagement nicht in der Lenkungsgruppe behandelt.

Die Organisation der **Akteursbeteiligung** ist nach der Phase der Erstellung und der Umsetzung des ILEK zu unterscheiden. Während der ersten Prozessphase (Erstellung des ILEK) wurde zunächst als „ländliche Raum-Klassiker“ (INTERVIEW SOL_7) eine Auftaktveranstaltung abgehalten, aus der, laut der Mehrzahl der beteiligten Interviewpartner, thematische Arbeitskreise auf regionaler (in zwei Runden) und lokaler Ebene hervorgingen: Diese Beteiligungsformen als Mischung aus Information und Mitarbeit dienten dazu, einen Überblick über die ILE-Förderung zu geben, die SWOT-Analyse zu erstellen, Ideen und Projektvorschläge zu sammeln und diese zu diskutieren (vgl. EBD.). Diese Beteiligung in der ersten Prozessphase wurde von vielen Interviewpartnern als sehr intensiv, aber von einigen auch als inhaltlich zu gedrängt und oberflächlich empfunden. Insgesamt fanden im Zeitraum von April bis September 24 Arbeitskreissitzungen plus Auftaktveranstaltung statt (vgl. PRO-T-IN 2008A, S. 26-28). In der ersten wie in der zweiten Prozessphase (Umsetzung des ILEKs) tagt nach Aussage eines Akteurs die Lenkungsgruppe regelmäßig ca. alle sechs bis acht Wochen. Davon abgesehen findet die Beteiligung von regionalen und lokalen Akteuren laut zwei Personen projektbezogen und in Form von Informationsveranstaltungen statt.

Ein Interviewpartner benennt explizit einen Bruch in der Beteiligung: Die während des intensiven Beteiligungsprozesses zu Beginn gesammelten Ideen müssten vom Regionalmanagement intensiver aufgegriffen und verfolgt werden, in der Umsetzungsphase verlasse man sich zu sehr auf die Initiative der Akteure: „Dieser zweite Schritt ist für mich nur halbherzig vollzogen worden. Dieser Wechsel vom ILEK zum Regionalmanagement“ (INTERVIEW SOL_10).

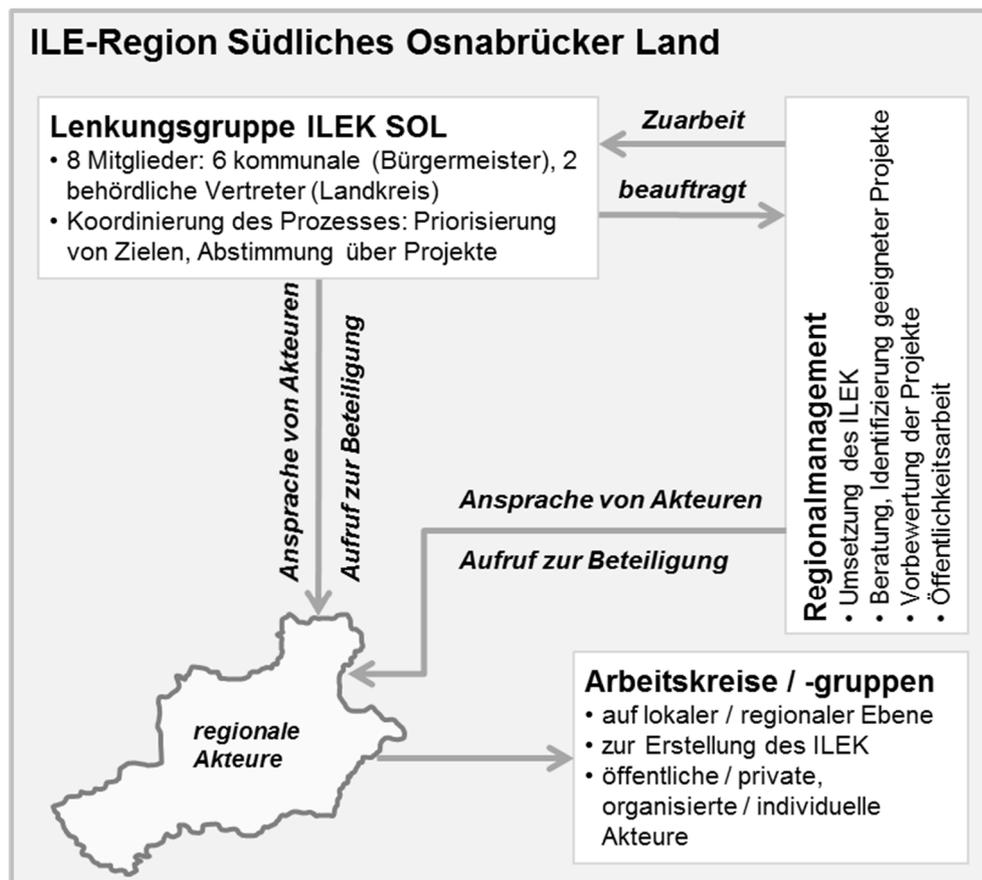


Abb. 17: Organisations- und Entscheidungsstrukturen der ILE-Region SOL

Quelle: eigene Darstellung nach PRO-T-IN 2008A, S. 24-30; INTERVIEWS

Die **Öffentlichkeitsarbeit** ist im Wesentlichen beim Regionalmanagement angesiedelt und gründet sich nach einigen Interviewpartnern verschiedener Akteursgruppen hauptsächlich auf die Medien Presse (lokale Zeitungen), Internet und Newsletter (vgl. auch PRO-T-IN 2008A, S. 29-30). Gerade zu Beginn des Prozesses ist regelmäßig Pressarbeit betrieben worden, z.B. nennt das Regionalmanagement eine Artikelserie im Lokalteil der regionalen Zeitung (vgl. auch Pressespiegel im ILEK, EBD., S. 96ff.).

In der Umsetzungsphase baut die Öffentlichkeitsarbeit stark auf die Homepage der ILE-Region (www.ilek-so.eu). Diese enthält allgemeine Informationen zur Region und zur Förderung, aktuelle Entwicklungen in den Förderrichtlinien, Vorstellung von Pro-

jekten, Ansprechpartner, Ausrichtung der ILE-Region im neuen Förderzeitraum, Ankündigung von Veranstaltungen etc. (vgl. STADT BAD Iburg ET AL. 2014). Die Internetseite der ILE-Region hält zudem Dokumente der Veranstaltungen zu Prozessbeginn (z.B. Präsentationen, Protokolle) bereit (vgl. EBD.). Die Informationen werden regelmäßig aktualisiert: dies wird z.B. an dem auf der Internetseite eingestellten Newsletter ersichtlich, welcher mehrmals im Jahr erscheint.

6.3.4 Thematische Ausrichtung der ILE-Region

Tab. 36: Analyse der thematischen Ausrichtung

Quelle: eigene Darstellung

	Kriterium	Ergebnis der Analyse
Thematische Ausrichtung	Inhaltliche Ausrichtung auf den Klimawandel - Zielebene	<ul style="list-style-type: none"> • SWOT-Analyse: <ul style="list-style-type: none"> – Bezüge zum Klimaschutz im Handlungsfeld Wald und Energie <ul style="list-style-type: none"> • hoher Anteil an Waldflächen als Chance für die Energiegewinnung • nachteilig für die energetische Nutzung des Waldes: Nutzungskonflikte (z.B. Naturschutz), kleinteilige Struktur, mangelhafte Erschließung – kritische Betrachtung anderer eE-Formen • Ziele: <ul style="list-style-type: none"> – Wald und Energie: Energieerzeugung und -versorgung aus NawaRo und eE, Steigerung der Energieeffizienz – Natur und Tourismus: Bezüge zu Klimaschutz und Anpassung (Erhalt und Sicherung von Senken, Hochwasserschutz) – Ländliche Wirtschaft: Bezüge zu Klimaschutz und Anpassung (Ausweitung ÖPNV, Forum für die Landwirtschaft zum Austausch über klimatische Veränderungen)
	Inhaltliche Ausrichtung auf den Klimawandel – Maßnahmenebene (Projekte)	<ul style="list-style-type: none"> • die meisten Projekte dem Bereich Tourismus zugeordnet • drei von 19 Projekten mit Klimabezug (Energieberatung, Nutzung eE, Biotopverbund) • Projektauswahlkriterien: keine Bezüge zu klimarelevanten Aspekten
	Verhandlung des Klimawandels	<ul style="list-style-type: none"> • während der ILEK-Erstellung in den AGs Klimaschutz (indirekt über eE) und Anpassung im Bereich der Landwirtschaft diskutiert

Thematische Ausrichtung der Region: Zielebene

Der Klimawandel und seine Auswirkungen sowie Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel werden in der **SWOT-Analyse** nicht direkt thematisiert. Bezüge zu klimaschutzrelevanten Aspekten werden ausschließlich im Handlungsfeld Wald und

Energie vorgenommen (andere Handlungsfelder: Ländliche Wirtschaft, Natur und Tourismus, Lebensraum und Gesellschaft). Die Bezüge richten sich v.a. auf die Forstwirtschaft als Chance für die Gewinnung erneuerbare Energien, aber auch auf andere Formen erneuerbarer Energien, die z.T. kritisch gesehen werden (Konkurrenz Biogasanlagen / Lebensmittelproduktion).

Die **Ziele** des ILEK SOL richten sich nach den vier in der Stärken- und Schwächenanalyse genannten Handlungsfeldern. Ziele mit Bezug zum Klimaschutz und auch zur Anpassung sind überwiegend den Handlungsfeldern Wald und Energie, Ländliche Wirtschaft sowie Natur und Tourismus zugeordnet. In dem Handlungsfeld Wald und Energie bestehen Bezüge zum Klimaschutz über Ziele, die auf erneuerbare Energien und die Steigerung der Energieeffizienz abzielen. Z.T. wird auch direkt auf den Klimaschutz abgezielt. Während den Energiethemen im Handlungsfeld Wald und Energie eine hohe Bedeutung zukommt, sind die Bezüge zu Klimaschutz und Anpassung in den weiteren Handlungsfeldern zwar vorhanden, aber weniger ausgeprägt: Im Vordergrund stehen die wirtschaftliche Entwicklung (auch Tourismus), die Sicherung der Versorgungsstrukturen, Bewältigung des demographischen Wandels etc. (vgl. EBD., S. 47-71).

Thematische Ausrichtung der Region: Maßnahmenebene

In der ILE-Region sind zwei verschiedene Projektgruppen zu unterscheiden: Zum einen gibt es lokale Projekte, zum anderen gemeindeübergreifende Projekte auf regionaler Ebene (laut telefonischer Mitteilung RM SOL, 23.10.2012). Diese lokalen Projekte sind zahlreich vorhanden, werden aber fast gar nicht durch das Regionalmanagement begleitet, daher fehlt eine umfassende Übersicht (vgl. EBD.). Aus diesem Grund beschränkt sich die Analyse der Maßnahmenebene auf die gemeindeübergreifenden, regionalen Projekte. Insgesamt konnten 19 Projekte analysiert werden (s. Abb. 18). Der Bereich Tourismus kann als der Bedeutendste bei der Umsetzung des ILEK angesehen werden (knapp die Hälfte der Projekte), dies bestätigen auch die Interviews mit den meisten Akteuren des Prozesses. Weniger ausgeprägt sind die Themenbereiche Siedlung und Verkehr, Natur und Landschaft sowie Soziales. Jeweils nur einmal konnten Projekte den Bereichen Land- und Forstwirtschaft, Energie und Wirtschaft zugeordnet werden. Knapp die Hälfte der Projekte verfolgt Zielstellungen aus mehreren Themenbereichen, die Hälfte der Doppelzuordnungen entfällt auf die Themenbereiche Tourismus und Kultur sowie Siedlung und Verkehr.

Für den Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel relevant werden drei der 19 analysierten Projekte eingeordnet: Das Projekt „Gemeinsame Energieberatung für die Städte und Gemeinden im Südlichen Osnabrücker Land“, umfasst eine energetische Erfassung der kommunalen Gebäude in den Gemeinden und zielt auch direkt auf die Herausforderungen des Klimawandels ab (vgl. RM SOL 2012E, S. 3). Ein weiterer Bezug zum Klimaschutz verfügt das Projekt zur Einrichtung von E-Bike-Ladestationen, da jede Station ihren Strom aus einer Photovoltaikanlage erhält. Über einen Bezug zur Anpassung verfügt das Projekt „Einrichtung eines Feuchtbiotops in Glandorf Schwege“. Dieses im Kern auf den Natur- und Artenschutz zielende Projekt (vgl. EBD., S. 7) lässt sich der Biotopvernetzung zuordnen und dient somit dem anpassungsrelevanten Handlungsfeld Erhaltung der Biodiversität. Die umgesetzten, analysierten Projekte auf regionaler Ebene liegen überwiegend im (baulich-) investiven Bereich, hier sind auch die Projekte mit Klimabezug verortet.

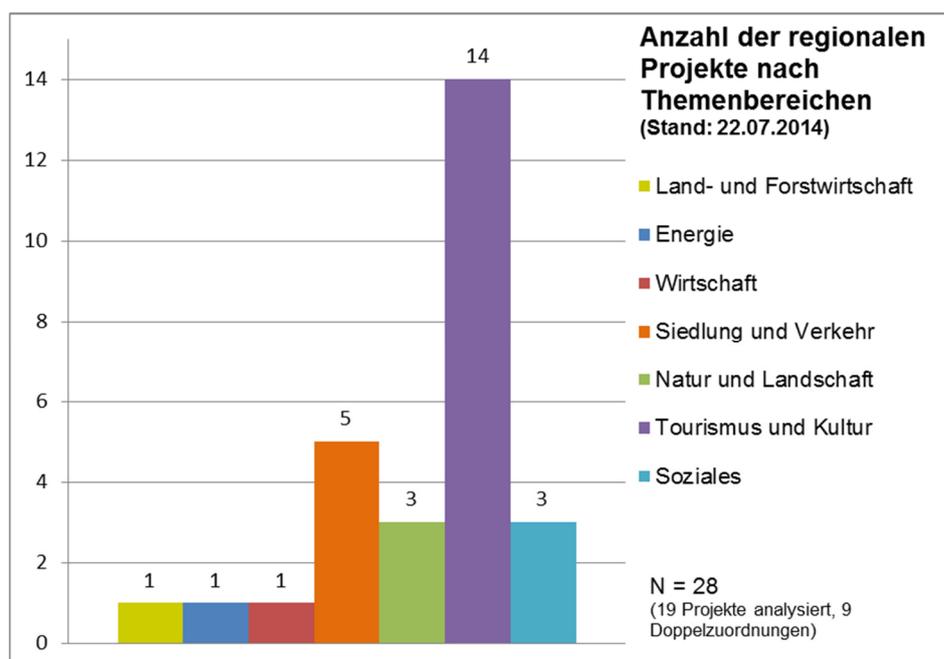


Abb. 18: Anzahl der regionalen Projekte nach Themenbereichen

Quelle: eigene Darstellung nach Auswertung von RM SOL 2010A,B, 2011A-D, 2012A-E, 2013A-D, 2014

Ein Blick in den Prozessverlauf zeigt, dass noch weiteres Potential für Projekte mit Bezug zu Klimaschutz und Anpassung vorhanden ist: Die während der ILEK-Erstellung gesammelten Projektvorschläge (s. PRO-T-IN 2008A, S. 85-95) enthalten einige Projekte, die klimaschutz- und anpassungsrelevante Aspekte berühren. Diese liegen, wie die zwei o.g. Projekte, im energetischen und im Naturschutzbereich. Darüber hinaus ist laut Projektliste ein Projekt zur Erstellung eines Fernwärmekonzeptes in Vorberei-

tung (vgl. RM SOL 2012E, S. 4), und im Zuge der „Gesundheitspfade“ wurde in der Gemeinde Bad Laer ein geologischer Lehrpfad mit EFRE-Mitteln umgesetzt, der auf die Entwicklung des erdgeschichtlichen Klimas, die aktuelle Klimadiskussion und erneuerbare Energien Bezug nimmt (vgl. EBD. 2012C, S. 3, 2013B, S. 3).



Foto 14: Projektbeispiel Feuchtbiotop in Glandorf-Schwege (NEUBERT 2014)



Foto 15: Projektbeispiel E-Bike-Ladestation (NEUBERT 2014)

Ein Vergleich mit den Ergebnissen der Halbzeitbewertung von ILE in Niedersachsen zeigt, dass die Regionen insgesamt v.a. auf den Bereich Tourismus sowie Siedlung ausgerichtet sind (vgl. FENGLER, RAUE 2010, S. 25). Darüber weisen auch fast die Hälfte der Regionen eine Bearbeitung des Themas erneuerbare Energien auf (vgl. EBD.).

Verhandlung des Klimawandels

Über die SWOT-Analyse und die Zielausrichtung hinaus war der Klimawandel in der Erstellung des ILEKs und seiner Umsetzung einem Interviewpartner zufolge nicht von Bedeutung. Klimawandel bzw. Klimaschutz wurden laut einiger Interviewpartner nur indirekt über das Thema regenerative Energien im Prozess behandelt. Die AG zur Land- und Forstwirtschaft hat einem beteiligten Akteur zufolge auch das Thema Energie behandelt (s. auch Präsentationen und Protokolle), der Klimawandel bzw. Klimaschutz wurde aber nach Aussage einiger Akteure nicht direkt thematisiert. Über die

Anpassung sei aber zwei Interviewpartnern zufolge im Bereich Land- und Forstwirtschaft (im Zusammenhang mit Ernteeinbußen und Waldumbau) diskutiert worden, dies spiegelt sich aber nicht in der Strategie oder ihrer Umsetzung wider.

6.3.5 Akteure und Akteurskonstellationen

Tab. 37: Analyse der Akteure und Akteurskonstellationen

Quelle: eigene Darstellung

	Kriterium	Ergebnis der Analyse
Akteure und Akteurskonstellationen	Akteurszusammensetzung	<ul style="list-style-type: none"> • Arbeitsgruppe: <ul style="list-style-type: none"> – private und öffentliche Akteure (viele organisierte Akteure) – Themenbereiche ausgewogen vertreten • Lenkungsgruppe: <ul style="list-style-type: none"> – ausschließlich öffentliche Akteure (Bürgermeister, Landkreisvertreter, Bewilligungsstelle) – Regionalmanagement beratende Funktion • Projekte: <ul style="list-style-type: none"> – v.a. Kommunen – im Verlauf des Prozesses auch Vereine und weitere private Akteure
	Rollen der Akteure	<ul style="list-style-type: none"> • Prozess- / Machtpromotoren: Lenkungsgruppe / Bürgermeister • Prozesspromotor: Regionalmanagement • Fachpromotoren: (Klimaschutzinitiative des Landkreis Osnabrücks)
	Interessen der Akteure: Stellenwert von Klimawandel / Klimaschutz und Anpassung	<ul style="list-style-type: none"> • geringer Stellenwert des Klimawandels • bei Klimaschutzprojekten eher finanzielle Interessen im Vordergrund
	Wissen und Wahrnehmung der Akteure	<ul style="list-style-type: none"> • unterschiedliche Wahrnehmung der Betroffenheit • Klimawandel negativ besetzt sowie als abstrakt und komplex wahrgenommen • unterschiedliches Wissen über Klimaschutz und Anpassung • viele Informationen vorhanden, z.T. zu viel
	Machtverhältnisse	<ul style="list-style-type: none"> • Erstellung ILEK: offen • Umsetzung ILEK: geschlossen
	Präferierter Handlungsmodus bei Entscheidungen	<ul style="list-style-type: none"> • Diskussion, Verhandlung, Abstimmung
	Umgang mit Interessenskonflikten	<ul style="list-style-type: none"> • unterschiedliche Angaben zu Interessenskonflikten • Tendenz zu Ausweichverhalten

Akteurszusammensetzung

Die Zusammensetzung der Akteure unterscheidet sich in der Umsetzungsphase stark von der Erstellung des REK. In den Arbeitskreisen zur REK-Erstellung sind die Themenbereiche und Akteursgruppen relativ ausgewogen vertreten: Die Hälfte der Akteure stellen private Akteure dar, rund ein Drittel öffentliche Akteure, am wenigsten waren Vereine und Verbände repräsentiert. Es ist jedoch im Verlauf des Prozesses zu einer Reduzierung der Beteiligten gekommen: Von den insgesamt 173 Akteuren nahmen an der ersten Runde der AKs 114, in der zweiten Runde nur noch 69 teil, von diesen viele öffentliche Akteure.

In der Phase der Umsetzung hingegen ist das Bild ein anderes: ausschließlich aus öffentlichen Akteuren, d.h. den Bürgermeister*innen der beteiligten sechs Kommunen, einem Vertreter des Landkreises Osnabrück und der Bewilligungsstelle (vgl. PRO-T-IN 2008B, S. 7). Dazu ist auch das Regionalmanagement anwesend. Wie aus der Mitgliederliste (Stand 05/2008) hervorgeht, ist die Lenkungsgruppe ausschließlich mit Männern besetzt (vgl. PRO-T-IN 2008B, S. 7). Auch bei den Projektträgern dominieren die Kommunen, im Verlauf des Prozesses sind aber auch Vereine und weitere private Akteure hinzugekommen.

Rollen der Akteure

Für den gesamten Prozess, aber besonders für die zweite Phase der Umsetzung des ILEKs können die Lenkungsgruppe bzw. die Bürgermeister*innen als Prozess- und Machtpromotoren identifiziert werden. Die „Macht“ der Bürgermeister*innen wird aber durchaus unterschiedlich gesehen: Während ein Interviewpartner betont, dass die Bürgermeister*innen die Themen umsetzen, die vorher im Konsens erarbeitet wurden, erachten einige andere, überwiegend nicht-öffentliche Akteure, die Kommunen unabhängiger von vorher erarbeiteten Themen: Hier herrscht die Meinung vor, dass nur die Dinge umgesetzt werden, die die Kommunen selbst als wichtig erachten.

„Der Prozess ist schon ganz klar kommunal geprägt. [...] in der Lenkungsgruppe sind die Vertreter der Kommunen. Die Kommunen haben den Hut auf, die Kommunen sind die Initiatoren. Die Kommunen sind letztlich die, die auf andere zugehen, um das Beteiligungsverfahren, das Mitwirken zu ermöglichen. So gesehen ist es auch weitgehend eine kommunale Veranstaltung“ (INTERVIEW SOL_7).

Ob und inwieweit die Klimaschutzinitiative als Fachpromotor für den Prozess angesehen werden kann, ist zu dem Zeitpunkt der Analyse nicht ersichtlich.

Präferierte Handlungsmodi & Umgang mit Interessenskonflikten

In der Lenkungsgruppe und in den AKs wird von einer guten und konstruktiven Zusammenarbeit berichtet, vor Entscheidungen wurde diskutiert, verhandelt und abgestimmt. Zu möglichen Interessenskonflikten gibt es unterschiedliche Angaben: Viele Interviewpartner haben Konflikte wahrgenommen, v.a. zwischen Land- und Forstwirtschaft und dem Naturschutz sowie der Landwirtschaft und dem Tourismus. Der Umgang mit Konflikten wird den Akteuren unterschiedlich gewertet: Zwar wird das ILEK als gute Diskussionsplattform gesehen (auch aufgrund der guten Organisation und Moderation), die auf Kompromisse ausgelegt ist („kleinster gemeinsamer Nenner“), jedoch wird von einer Tendenz zu Ausweichverhalten berichtet.

Machtverhältnisse

In der ersten Phase (Erstellung des ILEK) ist der Prozess als offen anzusehen: Laut der meisten Interviewpartner wurden Akteure sowohl bewusst ausgewählt und direkt angesprochen, aber auch z.B. über die Zeitung öffentliche Aufrufe zur Beteiligung veröffentlicht, die sich an die ganze Bevölkerung richteten (vgl. auch PRO-T-IN 2008A, S. 25). In der zweiten Prozessphase richtet sich die Mitgliedschaft in der Lenkungsgruppe nach den beteiligten Kommunen bzw. der Zugehörigkeit zu anderen öffentlichen Institutionen (Landkreis, Bewilligungsstelle) und ist damit eher als geschlossen anzusehen.

Interessen der Akteure: Stellenwert Klimawandel

Der Stellenwert des Klimawandels bzw. des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel wird in der Region von Akteuren verschiedener Gruppen als gering bewertet. Am Beispiel des Projekts der energetischen Gebäudeuntersuchung wird deutlich, dass hier das Hauptinteresse bei der Erzielung finanzieller Einsparungen lag und nicht beim Klimaschutz: dieser sei laut einiger Interviewpartner nachrangig bzw. ein zusätzlicher Effekt (z.B. zur Außendarstellung, „Vorbildfunktion“) gewesen. Ein weiterer Anreiz hierfür sei in der nach der Energieeinsparverordnung (EnEV) für öffentliche Gebäude verpflichtende Ausstellung von Energieausweisen⁶⁵ zu sehen. Einen hohen Stellenwert dagegen haben (v.a. zu Beginn einer Kooperation) nach Aussagen von zwei Interviewpartnern einfache und positiv besetzte Themen, wie z.B. der

⁶⁵ Laut § 16 Abs. 3 EnEV hat der Besitzer eines Gebäudes mit mehr als 500 m² Nutzfläche bei starkem Publikumsverkehr, der auf behördlicher Nutzung beruht (ab 08. Juli 2015 250 m²), für die die Ausstellung eines Energieausweises zu sorgen und muss diesen gut öffentlich sichtbar aufhängen.

Tourismus, bei denen es einfacher ist, einen gemeinsamen Nenner zu finden. Weitere vorrangige Interessen werden in den Bereichen Landwirtschaft, Natur und Einzelhandel und demographische Entwicklung gesehen.

Wissen und Wahrnehmung der Akteure

Die Wahrnehmung des Klimawandels und die Einschätzung der Betroffenheit der Region variieren stark. Einige Interviewpartner skizzieren Auswirkungen des Klimawandels in der Region, andere machen nur eine geringe Betroffenheit aus (Klimawandel sei in den Medien stärker sichtbar als in der Region selbst). In einigen Interviews zeigt sich, dass der Klimawandel eher als negativ besetzt sowie als abstrakt und komplex angesehen wird: Einige Akteure sind sich unsicher, ob das, was sie im alltäglichen ‚Wettergeschehen‘ wahrnehmen, auf den Klimawandel zurückgeführt werden kann:

„Also, ich glaube, dass der Klimawandel vielfach mehr diskutiert wird, als er tatsächlich fühlbar ist und Tendenzen, die irgendwie in der Region auftreten, wie Starkregenereignisse, ganz schnell mal mit diesem Begriff belegt werden, obwohl es die vielleicht schon vor 30, 40 Jahren genauso gab, [...]“ (INTERVIEW SOL_2).

Das Wissen über Klimaschutz und v.a. Anpassung an den Klimawandel ist sehr unterschiedlich: Klimaschutz wird von vielen Interviewpartnern allgemein auf die Reduzierung von THG-Emissionen und den Energiebereich bezogen. Andere Interviewpartner (aus dem Umweltbereich) hingegen thematisieren zusätzlich auch THG-Senken als Beitrag zum Klimaschutz und weisen auf das Konfliktpotential der flächenintensiven Klimaschutzmaßnahmen (Biomassebedarf für Biogasanlagen) hin. Noch ausgeprägter sind diese Unterschiede bei der Anpassung an den Klimawandel: Während einige Akteure auf diesen Begriff nicht eingegangen sind bzw. ihn nicht zuordnen konnten, haben wiederum Akteure aus dem Umweltbereich den Begriff mit konkreten Maßnahmen verbunden. Im Verlauf der Interviews wurde meist nur über den Klimaschutz gesprochen.

Bis auf eine Ausnahme fühlt sich der überwiegende Anteil der Interviewpartner selbst gut informiert über den Klimawandel bzw. Klimaschutz und Anpassung, was auch z.T. über die berufliche bzw. universitäre Ausbildung und dem ausgeübten Beruf zu begründen ist. Als Informationsmedien werden das Internet, E-Mail-Verteiler, Fachveranstaltungen, Experten in den eigenen organisatorischen Strukturen sowie die Fachpresse gesehen. Der Zugang zu Informationen ist v.a. für öffentliche Akteure gegeben. Es wird aber auch auf ein ‚zu viel‘ an Informationen hingewiesen: Einerseits wirke die Vielfalt irritierend (v.a. bei widersprüchlichen Informationen) und abschreckend

und es fehle die Zeit, sich hiermit zu beschäftigen. Andererseits stünden in der ländlichen Entwicklung viele Themen gleichberechtigt nebeneinander, so dass es schwierig sei, sich mit weiteren Themen zu beschäftigen.

6.3.6 Strategiebildung ILE / Regionalplanung

Tab. 38: Analyse der Strategiebildung

Quelle: eigene Darstellung

	Kriterium	Ergebnis der Analyse
Strategiebildung	Interdependenzen LEADER / ILE und Regionalplanung	<ul style="list-style-type: none"> • administrativ / akteursbezogen: Landkreis Träger der Regionalplanung und in den ILE-Prozess einbezogen • prozessual: kooperative Ausrichtung der Regionalplanung, ILEK nicht mit einbezogen (Förderung bei Erstellung Regionalplanung nicht existent) • inhaltlich: theoretisch Schnittmengen vorhanden, für Klimaschutz eE relevant
	Strategische Kooperation	<ul style="list-style-type: none"> • unterschiedliche Angaben Kooperationen • strategische Funktion des „integrierten Klimaschutzkonzepts“

In Niedersachsen sind die Landkreise und kreisfreien Städte Träger der Regionalplanung (§ 20 Abs. 1 NROG). Das Gebiet der ILE-Region SOL liegt somit in der Planungsregion Landkreis Osnabrück. Theoretisch sind auf allen Ebenen (prozessual, inhaltlich, akteursbezogen) **Interdependenzen** zwischen dem ILE-Prozess und der Regionalplanung vorhanden. Ausgeprägt sind sie v.a. auf Akteursebene, da verschiedene Landkreisvertreter, die auch die Regionalplanung repräsentieren über die Lenkungsgruppe und andere Gremien (AKs) in den ILE Prozess einbezogen wurden und auch eine Verbindung zur Klimaschutzinitiative des Landkreises schaffen. Die inhaltlichen Interdependenzen liegen mit Ausnahme der Förderung regenerativer Energien in Themenfeldern, die nicht für den Klimaschutz oder die Anpassung relevant bzw. zu unkonkret sind, um Relevanz erkennen zu lassen. Der befragte Vertreter der Regionalplanung, der auch in den ILE-Prozess eingebunden war, bestätigt, dass in ILE viele Themen diskutiert wurden, die auch im Regionalplan behandelt werden.

Obwohl einige Interdependenzen erkennbar sind, sind keine direkten Auswirkungen für ein strategisches Handeln (z.B. Kooperationsprojekt) ersichtlich. Die Zusammenarbeit mit der Regionalplanung wird unterschiedlich beschrieben als „ständige Rückkopplung“ bis hin zu keiner konkreten Zusammenarbeit. Mit dem „integrierten Klima-

schutzkonzept“ besteht im Landkreis jedoch eine Konzeption, die unter der Einbeziehung verschiedenster Akteure erarbeitet wurde und zu deren Umsetzung Maßnahmen für verschiedene Akteursgruppen (darunter Landkreisverwaltung / Regionalplanung und Netzwerke / Regionalentwicklung) definiert wurden (vgl. LK OSNABRÜCK 2011, S. 146-156). Da die Umsetzung des Konzeptes aber in das Ende des Förderzeitraums der ILE-Förderung fällt, können Einflüsse dieses Prozesses auf die ILE-Region und die Regionalplanung nicht abgesehen werden.

6.4 ILE Zwönitztal-Greifensteinregion

6.4.1 Kurzvorstellung der Region (situative Rahmenbedingungen)

Die Zwönitztal-Greifensteinregion wird von 14 Städten und Gemeinden des Erzgebirgskreises gebildet und liegt südlich des Oberzentrums Chemnitz in der Nähe der tschechischen Grenze (vgl. BFS 2007A, S. 1-2). Tabelle 39 zeigt die wichtigsten strukturellen Faktoren der Region, folgende Aspekte werden hervorgehoben:

- Lage im Naturraum Erzgebirge
- überdurchschnittlich hoher Waldanteil
- hohe Bedeutung des Tourismus
- stark rückläufige Bevölkerungsentwicklung

Tab. 39: Regionalprofil der Zwönitz-Greifensteinregion

Quelle: eigene Darstellung nach ¹BFS 2007A; ²BBSR o.J.A.; ³BFN 2014; ⁴eigene Berechnung nach STATISTISCHEM LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN 2008

Regionalprofil ILE-Region Zwönitztal-Greifensteine		
Abgrenzung¹	<ul style="list-style-type: none"> • Gemeinden und Städte der ehemaligen Landkreise Stollberg, Annaberg und dem Mittlerem Erzgebirgskreis • Lage: südlich von Chemnitz, zentral im Erzgebirge in der Nähe der Grenze mit Tschechien • funktionale Abgrenzung: gemeinsame Kulturgeschichte 	
Raumtyp² (nach BBSR)	<ul style="list-style-type: none"> • Nord-Nordwesten: überwiegend städtisch, zentral (9 Kommunen) • Südosten: überwiegend bzw. teilweise städtisch, peripher (2 bzw. 1 Kommune/n) • Süden: ländlich, peripher (2 Kommunen) 	
Gemeinden¹	<ul style="list-style-type: none"> • Gemeinde Amtsberg • Gemeinde Auerbach • Gemeinde Burkhardttsdorf • Gemeinde Drebach 	<ul style="list-style-type: none"> • Stadt Ehrenfriedersdorf • Stadt Elterlein • Gemeinde Gelenau • Stadt Geyer • Gemeinde Gornsdorf
		<ul style="list-style-type: none"> • Gemeinde Hormersdorf • Stadt Thalheim • Stadt Thum • Gemeinde Venusberg • Stadt Zwönitz

Größe¹	285,07 km ² (Stand: 2005)
Bevölkerung	Einwohner ¹ : 66.384 km ² (Stand: 2005)
	Einwohnerdichte ¹ : 232,8 EW/km ² (Stand: 2005)
	Bevölkerungsentwicklung ¹ : <ul style="list-style-type: none"> • 1990 – 2005: -10,4 % (Sachsen: -10,5 %) • Prognose 2005 – 2020: <ul style="list-style-type: none"> – < 15 Jahre: -16,5 % (Sachsen: -2,8 %) – 15 – 64 Jahre: -25,6 % (Sachsen: -20 %) – > 65 Jahre: +18,3 % (Sachsen: +13,2 %)
Großlandschaft / Landschaftstyp³	<ul style="list-style-type: none"> • Großlandschaft: Zentraleuropäisches Mittelgebirgs- / Stufenland • Landschaftstyp: Gehölz- bzw. walddreiche Kulturlandschaft
Landnutzung¹ (Stand: 2005)	<ul style="list-style-type: none"> • Siedlung- und Verkehr: 10,8 % (Sachsen: 11,7 %) • Landwirtschaft: 50,7 % (Sachsen: 55,7 %) • Wald: 36 % (26,8 %) • Sonstiges: 2,6 % (Sachsen: 5,8 %)
Wirtschaftsstruktur⁴	sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen (Erzgebirgskreis, Stand: 2006): <ul style="list-style-type: none"> • Primärer Sektor: 2,6 % (Sachsen: 2,2 %) • Sekundärer Sektor: 37,9 % (Sachsen: 26,5 %) • Tertiärer Sektor: 59,5 % (Sachsen: 71,3 %)
	Arbeitslosenquote (Erzgebirgskreis, Stand: 2007): 16,5 % (Sachsen: 16,4 %)
	Landwirtschaft ¹ : <ul style="list-style-type: none"> • Anzahl Betriebe: 315 • Haupterwerb: 26,7 %, Nebenerwerb: 47,6 %, Juristische Personen: 25,7 % • durchschnittliche LFN der Betriebe: <ul style="list-style-type: none"> – Nebenerwerb: 1.265ha (9 %) – Haupterwerb: 2.257 ha (16 %) – Juristische Personen: 10.536 ha (75 %) • Schwerpunkt: Grünland, Getreide, Ackerfutter
	Tourismus: <ul style="list-style-type: none"> • Übernachtungen: < 30.000 (2005; 1998 – 2005: ca. -36 %) • Auslastung¹: 26,2 % (2005) • durchschnittliche Aufenthaltsdauer¹: 2,9 Tage (2005) • Schwerpunkt: Rad- und Wandertourismus, Wintertourismus, Naherholung



Foto 16: Erzgebirgslandschaft (NEUBERT 2013)



Foto 17: Gemeinde Burkhardtsdorf (NEUBERT 2013)

Die Zwönitztal-Greifensteinregion weist nach den Klimawandelanfälligkeitsklassen des BMVBS / BBSR eine **geringe bis mäßige Anfälligkeit** gegenüber dem Klimawandel auf (Einheit: ehemalige Landkreise Annaberg, Stollberg und Mittlerer Erzgebirgskreis). Der westliche Bereich der Zwönitztal-Greifensteinregion (ehemalige Landkreise Stollberg und Annaberg) wird als gering anfällig eingestuft, der östliche Bereich (ehemaliger Mittlerer Erzgebirgskreis) als mittel (vgl. BMVBS 2010A, S. 51-53).

Die **Klimawandelbetroffenheitsraumtypen** wurden für die Planungsverbände ermittelt, dies ist für die Zwönitztal-Greifensteinregion der Verband Chemnitz-Erzgebirge, der seit 2008 mit dem Planungsverband Südwestsachsen den Regionalen Planungsverband Region Chemnitz bildet (ebd.).

- Problemkomplex 1 (sommertypische Wirkfolgen): mäßig-starke Betroffenheit
 - stark ausgeprägt (Stufe 3): „Häufigere Hitzeperioden oder Hitzewellen“ und „Zunehmende Schwankungen des Grundwasserspiegels“
 - ausgeprägt (Stufe 2): Wirkfolgen betreffen die Waldbrandgefahr, Wasserressourcen und Artenvielfalt
- Problemkomplex 2 (wintertypische Wirkfolgen): mittlere Betroffenheit
 - stark ausgeprägt (Stufe 3) „zunehmender Verlust des Oberbodens durch Wassererosion“
 - ausgeprägt (Stufe 2): Wirkfolgen umfassen die Frequenz und Stärke von Flusshochwässern, die Häufigkeit von Starkregenereignisse / Sturzfluten sowie die steigende Gefahr von gravitativen Massenbewegungen
- Problemkomplex 3 (Häufigkeit der Beeinträchtigung und Zerstörung der Infrastruktur): „mittel“; im direkt angrenzenden Planungsverband jedoch starke Betroffenheit



Foto 18: Beengte Lage im Siedlungsraum: Der Fluss Zwönitz in Burkhardtsdorf. In der Region hat es in den vergangenen Jahren starke Hochwasserereignisse gegeben. (NEUBERT 2013)

Die Gemeinde Burkhardtsdorf setzt das **Projekt „Burkhardtsdorf 2050“** um. Es verfolgt v.a. das Ziel die Energieeffizienz in der Gemeinde langfristig zu verbessern, umfasst aber auch Umwelt- und Hochwasserschutz (vgl. GEMEINDE BURKHARDTSDORF 2015).

Nach Aussage des verantwortlichen Akteurs sind die Maßnahmen in diesem Projekt (z.B. Straßenbeleuchtungen) aber aufgrund der langwierigen Verfahren weniger über ILE, sondern mehr über andere Richtlinien, wie die Energie- und Klimaschutzrichtlinie in Sachsen, umgesetzt worden.

6.4.2 Institutionelle Rahmenbedingungen (extern)

Tab. 40: Analyse der externen institutionellen Rahmenbedingungen

Quelle: eigene Darstellung

	Kriterium	Ergebnis der Analyse
Institutionelle Rahmenbedingungen - extern	3.4 Förderprogramme und Richtlinien: Zielebene (Leitbild, Ziele, SWOT)	<ul style="list-style-type: none"> • SWOT-Analyse: <ul style="list-style-type: none"> – Kapitel „Luftverschmutzung und Klimawandel“: allgemeine Folgen des Klimawandels, THG-Emissionen der Landwirtschaft – eigenes Kapitel zu den Biogaspotentialen der Landwirtschaft – weitere Kapitel mit direkten/indirekten Bezügen zum Klimawandel (z.B. bzgl. Folgen des Klimawandels, NawaRO, Hochwasser, Waldumbau) • Leitbild: <ul style="list-style-type: none"> – schwerpunktübergreifende Ziele Klimaschutz direkt als Ziel, Anpassung indirekt (z.B. biologische Vielfalt, Multifunktionalität der Wälder) – schwerpunktspezifische Ziele: (sozio-)ökonomische Ziele stehen im Vordergrund, Klimaschutz und Anpassung direkt und indirekt berücksichtigt (z.B. eE, Hochwasserschutz)
	3.5 Förderprogramme und Richtlinien: Maßnahmenebene	<ul style="list-style-type: none"> • viele Bezüge zu Klimaschutz und Anpassung in Schwerpunkt 2 • in Schwerpunkt 3 weniger relevante Maßnahmen (z.B. eE, Energieeffizienz, Hochwasserschutz)
	3.6 Förderprogramme und Richtlinien: Regelungen zur Prozessorganisation	<ul style="list-style-type: none"> • Abgrenzung: keine speziellen Vorgaben • Institutionalisierung: - • inhaltliche Vorgaben: Kriterien zur Auswahl der ILEKs enthalten für Klimaschutz und Anpassung relevante Aspekte • Akteursbeteiligung: Organisations- und Kommunikationsstruktur ist darzustellen; LEADER-Vorgaben zur Orientierung • Kooperation Regionalplanung: keine Festlegungen zur Beteiligung der Regionalplanung, Regionalpläne sollten berücksichtigt werden
	3.7 Festlegungen in weiteren Regelsystemen zu Klimaschutz und Anpassung	-
	3.8 Mehrebenenproblematik: Koordination Bund, Land u. EU	-

Das ILEK ist in Sachsen „das strategische Handlungskonzept, auf dessen Grundlage die meisten Maßnahmen des Schwerpunktes 3 und alle Maßnahmen des Schwerpunktes 4 des EPLR sowie Maßnahmen anderer Ressorts umgesetzt werden“ (vgl. SMUL 2013A, S. 124). Die Förderung der Integrierten Ländlichen Entwicklung wird vorwiegend auf Basis von ILEK umgesetzt, sie dienen zur Bewerbung als ILE- oder LEADER-Region, nicht anerkannte LEADER-Gebiete können als ILE-Regionen ernannt werden (vgl. EBD., S. 401). Es wurden 35 ILEKs erstellt, von denen zwölf als LEADER-Region und 23 als ILE-Region anerkannt wurden (vgl. EBD. 2010, S. 133). Innerhalb des Schwerpunkts 3 erhalten ILE-Regionen bei der Förderung einen Vorrang vor anderen Regionen und erhöhte Fördersätze bei bestimmten Maßnahmen (vgl. EBD. 2013A, S. 401). In anderen Richtlinien außerhalb des EPLR erhalten Projekte eines ILEK einen Fördervorrang (vgl. EBD. 2010, S. 125), darunter sind auch Richtlinien, die den Klimaschutz und die Anpassung direkt oder indirekt betreffen (z.B. z.B. Förderrichtlinie Energieeffizienz und Klimaschutz, Förderrichtlinie Gewässer / Hochwasserschutz) (s. EBD. 2013B, S. 3).

EPLR und Richtlinie: Zielebene

Die **SWOT-Analyse** enthält ein eigenes Kapitel „Luftverschmutzung und Klimawandel“ (vgl. SMUL 2013A, S. 60). Dieses geht auf die Luftverschmutzung durch die Landwirtschaft sowie kurz auf die THG-Emissionen aus der Landwirtschaft ein und nennt allgemeine Folgen des Klimawandels. Eine differenzierte Betrachtung von z.B. THG-Emittenten, Folgen des Klimawandels und Vulnerabilitäten unterschiedlicher Sektoren findet nicht statt. Die „Veränderungen durch den prognostizierten Klimawandel“ (EBD., S. 71) werden zwar als Risiko eingestuft, jedoch wird nicht nach Handlungsbereichen unterschieden. Ein eigenes Kapitel setzt sich mit den Potentialen der Bioenergie für die Landwirtschaft auseinander (vgl. EBD., S. 61ff.), jedoch ohne Verbindung zum Klimaschutz. Die weiteren Kapitel / Analysebereiche weisen direkte und indirekte Bezüge zum Klimawandel auf, jedoch nicht der Analysebereich „Ländlicher Raum“ (abgesehen vom Themenbereich).

Das Leitbild bzw. die Ziele beinhalten auf allgemeiner Ebene den Klimaschutz direkt als Ziel sowie weitere Ziele, die der Anpassung an den Klimawandel dienen können (vgl. SMUL 2013A, S. 120-121). Die schwerpunktspezifischen Ziele sind, überwiegend indirekt, auch auf Klimaschutz und Anpassung gerichtet, v.a. innerhalb des Schwerpunkts 2 (vgl. EBD., S. 137). Die Ziele der Schwerpunkte 1 und 3 sind vorwiegend auf die Verbesserung der ökonomischen Rahmenbedingungen in der Land- und Forstwirtschaft (Schwerpunkt 1) und Verbesserung der sozioökonomischen Situation und

der Versorgungsstruktur sowie Infrastruktur in den ländlichen Räumen gerichtet (Schwerpunkt 3) (vgl. EBD., S. 132, 141). Die Konkretisierung dieser Ziele über die maßnahmenspezifischen Ziele beinhaltet auch den Klimaschutz (über die Förderung erneuerbarer Energien) und in Schwerpunkt 3 direkt auf die Anpassung an den Klimawandel gerichtete Hochwasserschutzmaßnahmen (vgl. EBD., S. 132-134, 141-146). Die Ziele des Schwerpunkts 4 sind methodisch ausgerichtet (z.B. stärkere Mobilisierung endogener Potentiale, Beteiligung von Akteuren) und enthalten keine Bezüge zu Klimaschutz und Anpassung (vgl. EBD., S. 149).

EPLR und Richtlinie: Maßnahmenebene

Das Förderprogramm weist in allen drei Schwerpunkten Maßnahmen Bezüge zu Klimaschutz und Anpassung auf (s. Tab. 41), insbesondere die Maßnahmen des Schwerpunkts 2. Im für die ILE-Förderung besonders relevanten Schwerpunkt 3 stellen die Maßnahme 321 (Dienstleistungseinrichtungen) über erneuerbare Energien und Energieeffizienz und die Maßnahmen 322 (Dorferneuerung) und 323 (Ländliches Erbe) über die Biodiversität und den Hochwasserschutz die Klimaschutz- und Anpassungsrelevanz her. Jedoch sind die Teilmaßnahmen 323 A und B, welche einen Beitrag zur Sicherung der Biodiversität leisten, nicht Bestandteil der ILE-Richtlinie in Sachsen, d.h. diese Maßnahmen können unabhängig von den ILEK umgesetzt werden. Innerhalb der Förderung von Dienstleistungseinrichtungen und der Dorferneuerung umfassen die Maßnahmen hinsichtlich erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz die folgenden Fördergegenstände:

- Ausbau von lokalen Wärmenetzen, die mit erneuerbaren Energien, insbesondere aus land- und forstwirtschaftlicher Produktion, betrieben werden, mit Ausnahme der Anlagen zur Erzeugung des Energieträgers (NR. A.1.4.4 RL ILE/2011)
- Modernisierung oder Neubau von Schulgebäuden, Schulsporthallen, Schulsportanlagen und Kindertageseinrichtungen (Zuwendungsvoraussetzung: Einhaltung bestimmter Werte der EnEV, NR. G.1.1.5, G.3.5 RL ILE/2011)
- Förderung energieeffizienter Straßenbeleuchtung (NR. C.1.4, C.3.7 RL ILE/2011)

Der Hochwasserschutz wird über die siedlungsökologischen Maßnahmen der Dorferneuerung gefördert und umfasst den „Neubau und Erweiterung von baulichen Anlagen und Pflanzungen durch Gemeinden zum Schutz von Ortslagen vor wild abfließendem Wasser [...] sowie erodiertem Boden in naturnaher Bauweise, insbesondere Rückhaltedämme, sonstige Schutzbauwerke und Schutzpflanzungen oder Anlagen zur Versickerung von nicht behandlungsbedürftigem Niederschlagswasser“ (NR. F.1.1 RL ILE/2011).

Die Förderung zur Erstellung und Umsetzung von ILEKs (Maßnahme 341) umfasst den Klimaschutz direkt und die Anpassung indirekt (Biodiversität, Hochwasserschutz) über die Kriterien zur Auswahl der Regionen (vgl. SMUL 2013A, S. 397).

Tab. 41: Angebotene Maßnahmen im EPLR SN mit Klimabezug

Quelle: eigene Darstellung nach Auswertung von SMUL 2013A, S. 191-426

Schwerpunkt	Maßnahmen		Klimaschutz	Anpassung
		Höhere Fördersätze mit ILEK		
1. Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft	111	Qualifizierung		
	114	Einzelbetriebliche Managementsysteme	Energieeinsparung / erneuerbare Energien	Biodiversität / angepasste Landwirtschaft
	121	Agrarinvestitionsförderprogramm		
	123	Verarbeitung und Vermarktung		
	125	Flurbereinigung / ländlicher Wegebau		Beregnung / Bewässerung
	126	Hochwasserschutz / Küstenschutz		Hochwasser- / Küstenschutz
2. Verbesserung der Umwelt und der Landschaft	212	Ausgleichszulage	Senkenfunktion	
	213	Erschwernisausgleich	Senkenfunktion	Biodiversität
	214	AUM	Senkenfunktion	Biodiversität
	216	Spezieller Arten- und Biotopschutz		Biodiversität
	221	Erstaufforstung landwirtschaftl. Flächen	Senkenfunktion	
	223	Erstaufforstung nichtlandwirt. Flächen	Senkenfunktion	
	225	Waldumweltmaßnahmen		Biodiversität
	226	Wiederaufbau forstwirtschaftl. Potenzials		Schadereignisse
	227	Nichtproduktive Investitionen Forst		Schadereignisse / Waldumbau
3. Lebensqualität im ländlichen Raum und Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft	311	Diversifizierung		
	313	Ländlicher Tourismus		
	321	Dienstleistungseinrichtungen	erneuerbare Energien	
	322	Dorfemeuerung		Biodiversität / Hochwasser- und Küstenschutz
	323	Erhaltung u. Verbesserung d. ländl. Erbes		Biodiversität / Hochwasser- und Küstenschutz
	331	Ausbildung und Information		
	341	ILEK und Regionalmanagement		

Regelungen zur Prozessorganisation

Die Regelungen zur Abgrenzung der Region und die inhaltlichen Vorgaben berücksichtigen keine für den Klimaschutz oder die Anpassung an den Klimawandel relevanten Aspekte. Jedoch enthalten die Bewertungskriterien für die Konzepte ökologische Kriterien, die Klimaschutz und indirekt die Anpassung (u.a. über Hochwasserschutz) beinhalten. Zur Institutionalisierung und Akteursbeteiligung bestehen keine genauen Vorgaben. Die ILE-Regionen können sich bezüglich der Zusammensetzung der Entscheidungsgremien an den LEADER-Anforderungen orientieren, dies ist jedoch keine Fördervoraussetzung (vgl. EBD., S. 399). Außer der Berücksichtigung der

Regionalpläne und möglichen Zielkonflikten in den Entwicklungskonzepten sind keine Regelungen zur Kooperation mit der Regionalplanung vorhanden (vgl. EBD., S. 393).

6.4.3 Institutionelle Rahmenbedingungen (intern)

Die **Organisations- und Entscheidungsstrukturen** mit den wichtigsten Gremien und Funktionen zeigt Abbildung 19. Die Gremien haben sich im Verlauf des Prozesses verändert: Während der ILEK-Erstellung wurde eine LAG für die Koordination und Steuerung des Prozesses aus den 14 beteiligten Kommunen und weiteren 15 WISO-Partnern gegründet und in den Verein „Zwönitztal-Greifensteinregion e.V.“ überführt (vgl. BFS 2007B, S. 3-5). Vorgesehen war, dass der vom Verein *gewählte* Vorstand (mind. 50 % WISO-Partner) als Entscheidungsgremium fungiert, diese Funktion nimmt aber heute der vom Vereinsvorstand *ernannte* Koordinierungskreis (KK) wahr (vgl. EBD.; § 8 ABS. 5 SATZUNG „ZWÖNITZTAL-GREIFENSTEINREGION E.V.“; § 2 ABS. 2 GESCHÄFTSORDNUNG KK ILE ZWÖNITZTAL-GREIFENSTEINREGION).

Der Prozess war durch verschiedene Formen der **Akteursbeteiligung** mit unterschiedlicher Reichweite gekennzeichnet: In der Erstellungsphase des ILEK bestanden eine Steuerungsgruppe, die LAG sowie Arbeitsgruppen. In der Umsetzungsphase ist der KK als wichtigstes Gremium anzusehen, welches jedoch nur einen kleinen Kreis an Akteuren umfasst (s. Kap. 6.4.5). Der KK tagt laut einem Interviewpartner regelmäßig vierteljährlich. Daneben besteht der aus der LAG hervorgegangene Verein, der mindestens einmal im Jahr seine Mitgliederversammlung abhält (§ 7 ABS. 5 SATZUNG „ZWÖNITZTAL-GREIFENSTEINREGION E.V.“). Generell sei die Akteursbeteiligung über z.B. Versammlungen nach knapp der Hälfte der befragten ILE-Akteure nicht stark ausgeprägt gewesen. Als weiteres Beteiligungsformat wird durch das Regionalmanagement die Informationsveranstaltung „Tag der Region“ benannt, auf der das Förderprogramm und Beispielprojekte vorgestellt sowie Informationen zur Förderung gegeben würden, die Resonanz auf diese Veranstaltung sei aber eher gering.

Die **Öffentlichkeitsarbeit** wurde über verschiedene Medien durchgeführt, die Wichtigsten scheinen die von den meisten Interviewpartnern genannten Amtsblätter der Gemeinden mit einer regelmäßigen Berichterstattung und die Internetseite der Region zu sein. Dazu seien laut einzelner Akteure weitere Publikationen (z.B. Flyer) und Pressemitteilungen herausgegeben worden. Auch über Ratssitzungen und Einwohnerversammlungen der Kommunen seien Informationen verbreitet worden. Die Homepage der ILE-Region enthält neben allgemeinen Informationen zur Region, eine Darstellung des Vereins und des Koordinierungskreises, Informationen zur ländlichen

Entwicklung sowie eine Auflistung von Beispielprojekten (vgl. ZWÖNITZTAL-GREIFENSTEINREGION E.V. O.J.). Zusätzlich sind u.a. die Geschäftsordnung des KK und eine Projektantragsvorlage (vgl. EBD.).

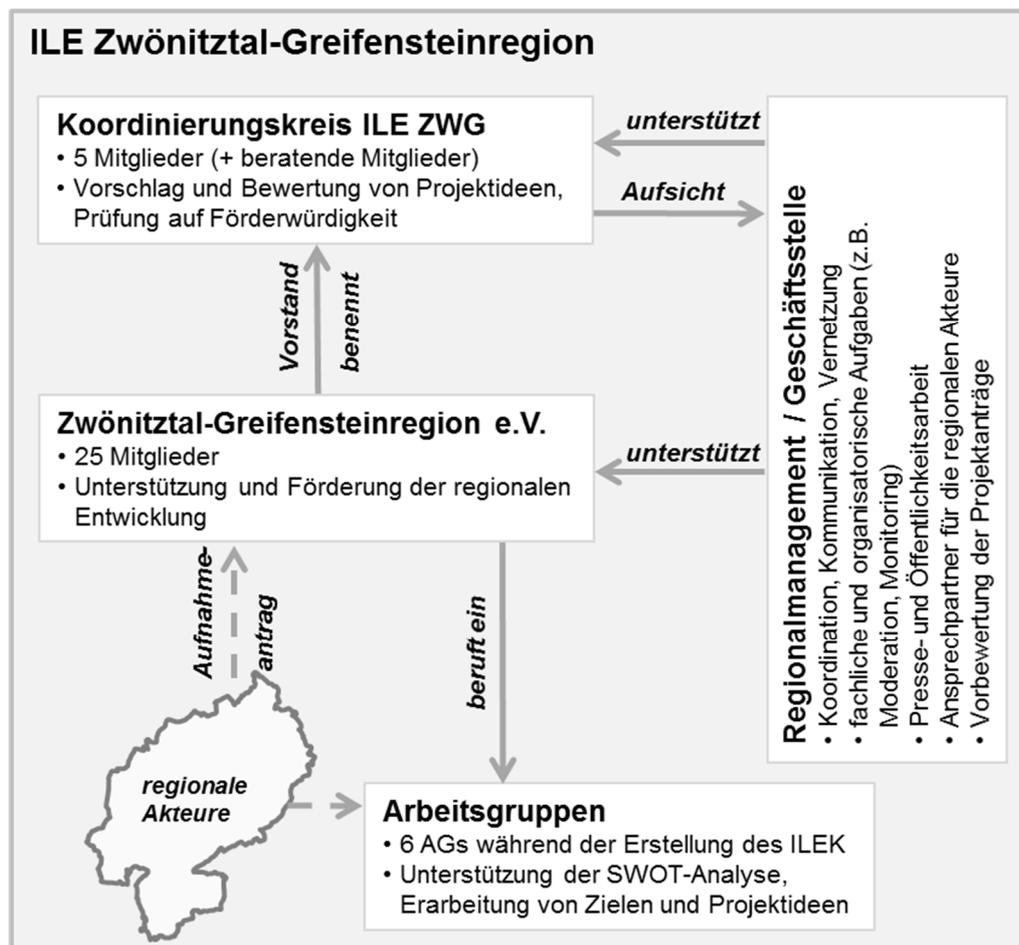


Abb. 19: Organisations- und Entscheidungsstrukturen in der ILE-Region Zwönitztal-Greifensteine

Quelle: eigene Darstellung nach BFS 2007B, S. 2ff.; SATZUNG „ZWÖNITZTAL-GREIFENSTEINREGION E.V.“; GESCHÄFTSORDNUNG KK ILE ZWÖNITZTAL-GREIFENSTEINREGION; ZWÖNITZTAL-GREIFENSTEINREGION E.V. O.J.; INTERVIEWS

6.4.4 Thematische Ausrichtung der ILE-Region

Thematische Ausrichtung der Region: Zielebene

In fast allen Bereichen der **SWOT-Analyse** werden direkt oder indirekt Bezüge zu den Themen Klimawandel bzw. Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel hergestellt. Das Thema Hochwasser stellt sich als besonders wichtig dar. Auch die Themen Erosionsanfälligkeit der Böden, erneuerbare Energien und Anpassung an den Klimawandel (im Forstbereich) werden in der SWOT-Analyse bzw. der Regionsanalyse thematisiert.

Tab. 42: Analyse der thematischen Ausrichtung

Quelle: eigene Darstellung

	Kriterium	Ergebnis der Analyse
Thematische Ausrichtung	Inhaltliche Ausrichtung auf den Klimawandel - Zielebene	<ul style="list-style-type: none"> • SWOT-Analyse: <ul style="list-style-type: none"> – Bezüge zum Klimawandel / zu Klimaschutz und Anpassung in fast allen Bereichen – Hochwasserschutz besonders wichtig • Leitbild / Ziele: klimarelevante Bezüge vorhanden
	Inhaltliche Ausrichtung auf den Klimawandel – Maßnahmen-ebene (Projekte)	<ul style="list-style-type: none"> • umgesetzte Projekte v.a. im Bereich „Siedlung und Verkehr“ (Wieder-/Umnutzung von Gebäuden, Gebäuderückbau, Straßenerhalt / -ausbau) • geringe Bedeutung von Klimaschutz / Anpassung • Bewertungsverfahren Projektauswahl: eindeutige Bezüge zu Klimaschutz / Anpassung nicht erkennbar
	Verhandlung des Klimawandels	<ul style="list-style-type: none"> • zwar im REK Klimaschutz und Anpassung diskutiert, jedoch kaum während der Beteiligung • keine große Bedeutung mehr in der Umsetzung

Das **Leitbild / die Ziele** weisen z.T. klimarelevante Bezüge auf. Sie betreffen v.a. erneuerbare Energien (regionales Energiekonzept, Kompetenzzentrum, Energieautarkie), den Hochwasserschutz und den Biotopverbund (vgl. BFS 2007A, S. 33-40).

Thematische Ausrichtung der Region: Maßnahmenebene

Der Analyse der Maßnahmenebene liegt eine Projektübersicht mit dem Stand November 2013 zu Grunde⁶⁶. Die umgesetzten Projekte sind fast ausschließlich im Themenbereich „Siedlung und Verkehr“ gelagert (s. Abb. 20). Knapp ein Viertel der Projekte lässt sich in den Bereich „Soziales“ einordnen, fast alle dieser Projekte sind aber auch dem Bereich „Siedlung und Verkehr“ zugeordnet, da es sich hier um die Sanierung, Wieder- bzw. Umnutzung von Gebäuden handelt, die soziokulturellen / gemeinschaftlichen Zwecken und zur Versorgung der Bevölkerung (z.B. mit Waren) dienen. Wenige Projekte betreffen die Bereiche „Wirtschaft“ und „Tourismus und Kultur“ (< 10 Projekte), kaum Projekte sind in den Bereichen „Landwirtschaft“ und „Energie“ zu finden (1 bzw. 2 Projekt/e). Die wirtschaftlich ausgerichteten Projekte sind zumeist auch mit der Sanierung bzw. Wieder- / Umnutzung von Gebäuden verbunden. Zusammen mit dem Ausbau und der Erhaltung von Straßen bilden diese Projekte den Großteil der umgesetzten Maßnahmen in der ILE-Region ab. Dazu gehört auch der Rückbau von nicht mehr genutzten Gebäuden. Die Ausrichtung der Maßnahmenebene der ILE-

⁶⁶ Eingang in die Analyse fanden nur bewilligte Projekte (keine abgelehnte oder offene Projektanträge). Projekte des Regionalmanagement betreffend (Finanzierung des Managements, Zwischenbewertung etc.) wurden nicht berücksichtigt.

Region Zwönitztal-Greifenebene fügt sich in das Gesamtbild Sachsens ein: Wie die Halbzeitanalyse des EPLR Sachsen zeigt, zielen die meisten der bis zu diesem Zeitpunkt bewilligten Projekte (Stand: 04/2010) auf die Bereiche physische und soziale Infrastruktur (darunter auch Umnutzung zu Wohnzwecken) (vgl. SMUL 2010, S. 143)⁶⁷.

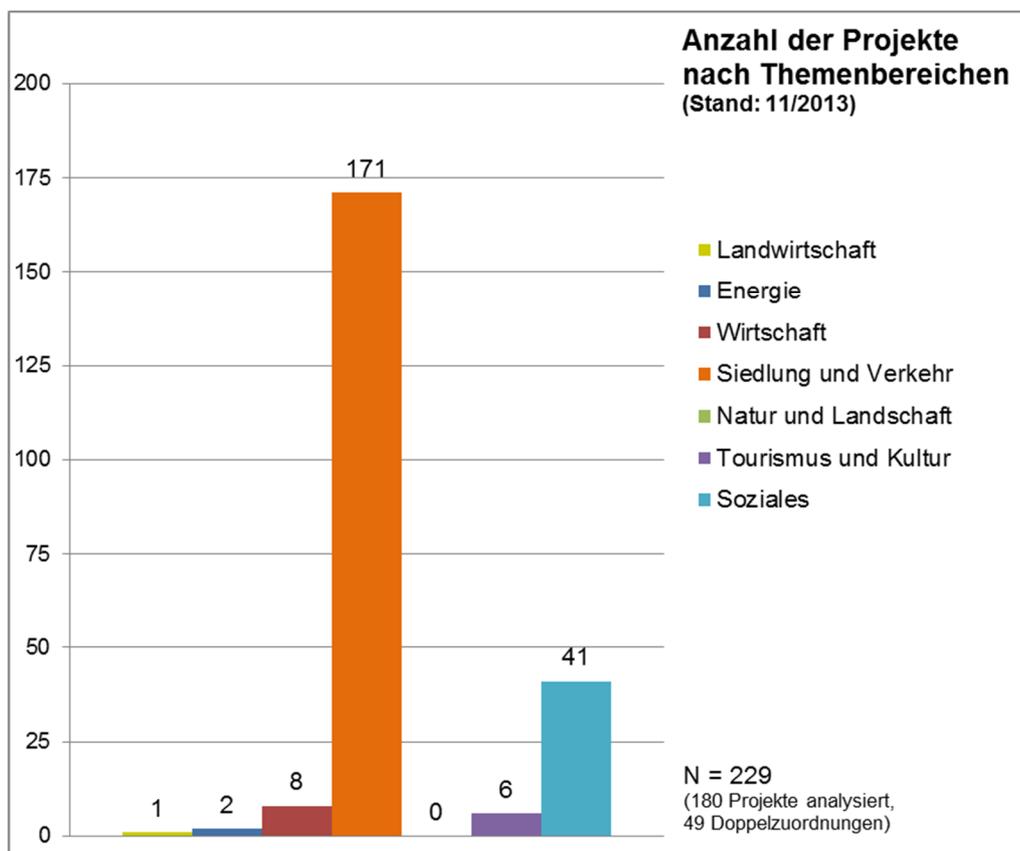


Abb. 20: Anzahl der Projekte nach Themenbereichen

Quelle: eigene Darstellung nach Auswertung von RM ILE ZWG 2013, 2014

Die hohe Bedeutung des Themas Klimawandel auf Zielebene spiegelt sich nicht auf der Maßnahmenebene wider: Von den analysierten 182 Projekten weisen zwölf einen Bezug zum Klimaschutz auf, zielen aber nicht direkt hierauf ab. Es handelt sich ausschließlich um Maßnahmen im energetischen Bereich: Die Hälfte dieser Projekte umfasst (häufig im Rahmen eines Straßenausbaus) die Straßenbeleuchtung, bei der laut Richtlinie die Zuwendung davon abhängig ist, dass die Maßnahme „der Energieeffizienz Rechnung trägt“ (C.3.7 RL/ILE 2011). Vier Projekte umfassen energetische Sanierungen und Modernisierung, die übrigen zwei Wärmeversorgungsnetze, die mit erneuerbaren Energien betrieben werden (gemäß A.1.4.4 RL/ILE 2011). Eine Relevanz für die Anpassung an den Klimawandel kann zwei Projekten zugesprochen werden. Diese sind aber lediglich zur reaktiven Anpassung zu zählen, da sie der Beseitigung

⁶⁷ Die Halbzeitanalyse fasst die Projekte der LEADER- und der ILE-Regionen zusammen.

von Hochwasserschäden dienen. Ein Interviewpartner merkt zu den Möglichkeiten der Anpassung an den Klimawandel über ILE an, dass nur eine Schadenbeseitigung, jedoch keine vorbeugende Anpassung über Strategien möglich sei.

Somit ist ein Bruch zwischen der Erstellung des ILEK und seiner Umsetzung hinsichtlich des Klimawandels festzustellen. Die hierzu befragten Akteure sind der Meinung, dass der Klimawandel bzw. Klimaschutz und Anpassung für die Antragsstellung, v.a. durch das verantwortliche Planungsbüro, aufgegriffen wurden („schmückende Randbetrachtung bei der Antragsstellung“, vgl. INTERVIEW ZWG_6). Dies wird neben der Analyse der Zielebene (s.o.) auch durch die Analyse der Projektvorschläge des ILEK (BfS 2007m) und des Projektpools (o.A. 2007) (während der Erstellung gesammelte, aber nicht zwangsläufig umgesetzte Projektideen) bestätigt. Sie zeigt z.T. Verweise auf die Auswirkungen des Klimawandels und den Klimaschutz (regionales Energiekonzept, integriertes regionales Verkehrskonzept, regionale Radwegkonzeption, Aufforstung), auf die Anpassung an den Klimawandel wird indirekt Bezug genommen (Hochwasserschutzkonzepte und -maßnahmen, regionales Biotopverbundsystem, Beseitigung Sturmschäden, Katastrophenschutz). In der Umsetzung des ILEK finden sich diese Projekte jedoch überwiegend nicht wieder.

Das Bewertungsverfahren zur Auswahl der Projekte (vgl. BFS 2007D) lässt keine eindeutigen Bezüge zu Klimaschutz oder Anpassung an den Klimawandel erkennen.

Verhandlung des Klimawandels

Im REK werden der Klimawandel sowie der Klimaschutz und die Anpassung thematisiert (s. Analyse der Zielebene), spielten aber bei der Erstellung der Strategie bei den beteiligten Akteuren keine große Rolle: Die Analyse der AG-Protokolle (vgl. BFS 2007G-L) zeigt keine direkte Beschäftigung mit diesen Themen. Knapp die Hälfte der Interviewpartner der ILE-Region gibt an, dass der Klimawandel bzw. Klimaschutz und Anpassung nur indirekt thematisiert wurden (z.B. über das Thema Dämmung) und keine große Bedeutung im Prozess hatte. Darüber hinaus wurden diese Themen in der Umsetzungsphase, z.B. auf den Sitzungen des KK, nicht behandelt.

6.4.5 Akteure und Akteurskonstellationen

Akteurszusammensetzung

Der Vorläufer des Entscheidungsgremiums bildete eine LAG aus öffentlichen Akteuren (Vertreter aller beteiligten Städte und Gemeinden) und mehr als 50 % WISO-

Partnern zur Bewerbung als LEADER-Region (vgl. BFS 2007B, S. 4-5). Nach der Anerkennung als ILE-Region ist an die Stelle dieses nach LEADER-Kriterien gebildeten Gremiums der **Koordinierungskreis** (KK) getreten. Die fünf stimmberechtigten Mitglieder setzen sich aus zwei kommunalen Vertretern und weiteren Mitgliedern (Tourismus-, Landwirtschaft- und Wirtschaftsvertreter) zusammen, die auf der Homepage als „WISO-Partner“ ausgewiesen sind (vgl. ZWÖNITZTAL-GREIFENSTEINREGION E.V. O.J.). Formal ist die Akteurszusammensetzung somit ausgeglichen, der Wirtschaftsvertreter ist jedoch beim Landkreis beschäftigt und wird von einigen Akteureneher in dieser Funktion, d.h. als öffentlicher Akteur, wahrgenommen. Der KK besteht überwiegend aus organisierten Akteuren. Mitglieder des **Vereins „Zwönitztal-Greifensteinregion e.V.“** können natürliche und juristische Personen, kommunale Gebietskörperschaften und berufsständige Vertretungen werden (§ 3 Abs. 2 UND 3 SATZUNG „ZWÖNITZTAL-GREIFENSTEINREGION E.V.“). Der Verein umfasst derzeit 25 Mitglieder, hierunter alle 12 Kommunen der ILE-Region⁶⁸. Die Analyse der Zusammensetzung (nach ZWÖNITZTAL-GREIFENSTEINREGION E.V. O.J.) ergibt, dass fünf der weiteren Akteure auch Bürgermeister der Gemeinden sind. Der Verein ist somit stark kommunal geprägt. Neben dem Management der ILE-Region (Regional- und Tourismusmanager) befinden sich nur wenige „private“ Akteure im Verein.

Tab. 43: Analyse der Akteure und Akteurskonstellationen

Quelle: eigene Darstellung

	Kriterium	Ergebnis der Analyse
Akteure und Akteurskonstellationen	Akteurszusammensetzung	<ul style="list-style-type: none"> • Verein: <ul style="list-style-type: none"> – stark kommunal geprägt – wenige private Akteure • Koordinierungskreis: <ul style="list-style-type: none"> – formal ausgeglichene Zusammensetzung – funktional überwiegen öffentliche Vertreter • Arbeitsgruppen: überwiegend kommunale Vertreter • Projekte: mehrheitlich von den Kommunen getragen
	Rollen der Akteure	<ul style="list-style-type: none"> • Machtpromotoren: Koordinierungskreis, v.a. die vertretenen kommunalen Akteure • Prozesspromotor: Regionalmanagement • Fachpromotoren: /
	Interessen der Akteure: Stellenwert von Klimawandel / Klimaschutz und Anpassung	<ul style="list-style-type: none"> • geringer Stellenwert des Klimawandels • bei Klimaschutzprojekten eher finanzielle Interessen im Vordergrund

⁶⁸ Zwei der sich im Jahre 2007 zur ILE-Region zusammengeschlossenen 14 Kommunen gehören seit einer Gebietsreform im Jahr 2012 anderen Kommunen der ILE-Region an: Die Gemeinde Hormersdorf gehört nun zur Stadt Zwönitz, die Gemeinde Venusberg zu der Gemeinde Drebach.

Wissen und Wahrnehmung der Akteure	<ul style="list-style-type: none"> • unterschiedliche Wahrnehmung der Betroffenheit • Klimawandel negativ besetzt sowie als abstrakt und komplex wahrgenommen • unterschiedliches Wissen über Klimaschutz und Anpassung • viele Informationen vorhanden
Machtverhältnisse	<ul style="list-style-type: none"> • geschlossen
Präferierter Handlungsmodus bei Entscheidungen	<ul style="list-style-type: none"> • Mehrheitsentscheidungen
Umgang mit Interessenskonflikten	<ul style="list-style-type: none"> • Diskussionen • strengere Auslegung der Bewertungskriterien

Die **Arbeitsgruppen** zur Erstellung des ILEK waren stark kommunal geprägt, wie eine Analyse der Mitgliedslisten (vgl. BFS 2007E) zeigt: Kommunale Vertreter machten rund 80 % der Mitglieder aus, Vereine und Verbände waren dagegen nur mit einem Anteil von 3,5 % an den AG-Mitgliedern vertreten.

Die Kommunen machen die Mehrheit der **Projektträger** aus (ca. 2/3 der umgesetzten Projekte). Während private Akteure zwar knapp 30 % der Projektträger ausmachen (überwiegend Umnutzung / Sanierung von Gebäuden zu Wohn- oder Gewerbe-zwecken) waren Vereine und Verbände kaum (ca. 1% der umgesetzten Projekte) beteiligt. Diese Einschätzung belegen auch die Aussagen einiger Interviewpartner.

Rollen der Akteure

Als aktivste Akteure und Promotoren werden in diesem ILE-Prozess von den meisten Interviewpartnern die Kommunen bzw. ihre Bürgermeister identifiziert. Die Mitglieder des KK sind als **Machtpromotoren** des Prozesses zu sehen, dies gilt aber v.a. für die Kommunen: Nach Aussagen von zwei Interviewpartnern hätten z.B. die privaten Antragssteller erst ein positives Votum ihrer Kommune für die Antragsstellung benötigt und sei seitens der Kommunen versucht worden, private Antragssteller „auszubremsen“ (INTERVIEW ZWG_8). Es gibt in zwei Interviews Hinweise darauf, dass die übrigen Mitglieder eher Mitläufer sind, da sie meistens die Entscheidungen der Kommunen mitgetragen hätten. Auch dem Regionalmanagement, als **Prozesspromotor**, kommt ein gewisses Machtpotential zu, da es die Projektbewertung vornimmt, die in den meisten Fällen vom KK übernommen wurde, wie ein Interviewpartner angibt. Ein **Fachpromotor** für das Thema Klimawandel kann nicht identifiziert werden, wenn von dem Planungsbüro abgesehen wird, welches das ILEK erstellt hat. Nach Aussage einiger Interviewpartner war das Planungsbüro für die Aufnahme der Themen Klimawandel, Klimaschutz und Anpassung verantwortlich (s.o.).

Präferierte Handlungsmodi & Umgang mit Interessenskonflikten

Der Handlungsmodus wird von den Akteuren als **Mehrheitsentscheidung** angegeben, wie es auch in der Geschäftsordnung des KK niedergeschrieben ist (vgl. § 5 GESCHÄFTSORDNUNG KK ILE-ZWÖNITZTAL-GREIFENSTEINREGION). Aufgrund des kleinen Akteurskreises des KK sei es aber laut einem KK-Mitglied (nicht öffentlicher Akteur) schwierig gewesen, überhaupt Gegenmehrheiten zu organisieren.

Die Aussagen vieler Interviewpartner deuten darauf hin, dass es zum Anfang des Prozesses keine Interessenskonflikte gegeben habe, da ausreichend Fördermittel zur Verfügung standen und noch nicht so viele Projektanträge gestellt wurden. Gegen Ende des Prozesses seien die Fördermittel knapper geworden und Konflikte hätten darauf hin laut der Hälfte der Akteure zugenommen. Ein Interviewpartner betitelt diese als „extreme Interessenskonflikte“ (INTERVIEW ZWG_6). Diesem wurde mit einer **strengeren Auslegung der Projektbewertungskriterien, Diskussionen und Gesprächen** begegnet. Es hat scheinbar aber auch dazu geführt, dass kommunale Projektanträge bevorzugt behandelt wurden, wie ein Interviewpartner berichtet (eigene Anträge wurden durch die Kommunen bevorzugt, private Anträge dagegen nicht prioritär behandelt bzw. sogar zurückgehalten).

Machtverhältnisse

Die Machtverhältnisse sind als eher **geschlossen** anzusehen: Zum einen ist der Verein stark kommunal geprägt (ein Interviewpartner setzt im Interview den Verein mit den Kommunen gleich, vgl. INTERVIEW ZWG_8) und die wichtigsten Gremien sind mit fast identischen Akteuren besetzt (s.o.). Zudem erfolgte die Besetzung der AGs durch die Kommunen, diese konnten Teilnehmer melden (vgl. BFS 2007F, S. 2). Die geschlossenen Machtverhältnisse können aber nicht unbedingt auf mangelnden Willen zur Beteiligung nicht-öffentlicher Akteure zurückgeführt werden. So geben einige Akteure an, dass die Resonanz der Bevölkerung auf z.B. die AGs bzw. das Engagement generell gering sei. Das geringe Engagement widerspreche den Erwartungen der Behörden, wonach „man davon ausgeht, dass die Bürger nur darauf lauern, dass sie da mitwirken können“ (INTERVIEW ZWG_8).

Interessen der Akteure: Stellenwert Klimawandel

Dem Klimawandel kommt im ILE-Prozess nur ein **geringer Stellenwert** zu, dies belegt die Analyse aller Interviews. Zwar wurde der Klimaschutz indirekt über erneuerbare Energien und energetische Sanierung thematisiert, knapp die Hälfte der Akteure

gibt hierzu allerdings an, dass finanzielle Aspekte im Vordergrund standen. Erneuerbare Energien sind „schon ein Thema, allerdings hauptsächlich auch auf der wirtschaftlichen Seite begründet“ (INTERVIEW ZWG_9). So hätte das Thema laut zwei Akteuren z.T. auch nur indirekt über gesetzliche Vorschriften (z.B. Dämmmaßnahmen bei Gebäudeumbauten) Einzug in den Prozess gehalten. Als **vorrangig verfolgte Interessen** gaben fast die Hälfte der interviewten ILE-Akteure Infrastrukturmaßnahmen (Straßenausbau, soziokulturelle Infrastruktur), Gebäuderückbau und die Umnutzung / Sanierung von Gebäuden an. Der geringere Stellenwert des Klimawandels sowie von Klimaschutz und Anpassung wird in einem Interview besonders deutlich: Ein KK-Mitglied bezeichnet den Klimaschutz als „weichen Standortfaktor“ der gegenüber den „harten Standortfaktoren“ wie den Infrastrukturmaßnahmen zurückstehe: Die Verbesserung der Infrastruktur sei prioritär und zudem dem Bürger leichter zu vermitteln, da diese sichtbarer als der Klimawandel seien.

Wissen und Wahrnehmung der Akteure

In der **Wahrnehmung** des Themas Klimawandel zeigt sich bei vielen Akteuren zwar keine ablehnende Haltung gegenüber klimarelevanten Thematiken, jedoch deutlich negative Assoziationen: Dies reicht von Einschränkungen über Restriktionen und Regularien, einer Verteuerung von Projekten über die Komplexität des Themas hin zu unerwünschten Auswirkungen der Klimaschutzpolitik auf die Landschaft über den Ausbau von Windkraftanlagen. Darüber hinaus wird der Klimawandel von zwei Akteuren als ein globales Thema gesehen, welcher eine geringere Bedeutung hätte als lokale Themen. Die **Betroffenheit durch den Klimawandel** sehen viele Akteure in Extremwetterereignissen wie Hitzewellen, Stürmen, starken Niederschlagsereignissen mit der Folge von Hochwasser, aber auch in dem Ausbau der erneuerbaren Energien. Die Bewertung der Intensität dieser Ereignisse bzw. der Veränderungen insgesamt fällt jedoch unterschiedlich aus und reicht von weniger stark bis stark⁶⁹.

Das **Wissen** der Akteure über Klimaschutz und Anpassung variiert stark: V.a. der Umgang mit dem Begriff der Anpassung an den Klimawandel ist für die meisten Akteure schwierig. So wird im Interview der Begriff von den meisten Akteuren nicht aufgegriffen oder mit Energiethemen oder allgemeinen Begrifflichkeiten assoziiert, nur ein Akteur nimmt im Interview auch auf die Anpassung bewusst Bezug. Der Klimaschutz wird von den meisten Akteuren auf Energiethemen (Stromeinsparung, spar-

⁶⁹ Anmerkung: Dieses Interview wurde nach dem Hochwasserereignis im Mai / Juni 2013 durchgeführt, während alle anderen Interviews in dieser Region zuvor stattfanden.

samer Energieeinsatz) bezogen. Jedoch fühlen sich bis auf eine Ausnahme alle Akteure ausreichend informiert bzw. sind der Meinung, dass genügend Informationen zur Verfügung ständen (z.B. im Internet), jedoch aufgrund fehlender Priorisierung und Zeit nicht unbedingt genutzt würden. Ein Akteur sieht aber ein Problem in kleineren Kommunen, da sich wenige Personen mit einer großen Bandbreite an Themen befassen müssten. Nur einer der Akteure macht den Bedarf an mehr Informationen, insbesondere durch Fachbehörden deutlich.

6.4.6 Strategiebildung ILE / Regionalplanung

Tab. 44: Analyse der Strategiebildung

Quelle: eigene Darstellung

	Kriterium	Ergebnis der Analyse
Strategiebildung	Interdependenzen LEADER / ILE und Regionalplanung	<ul style="list-style-type: none"> • administrativ / akteursbezogen: gering • prozessual: Regionalplanung in Sachsen in Regionalentwicklung eingebunden • inhaltlich: thematische Schnittmengen vorhanden, z.T. auch für Klimaschutz und Anpassung relevant
	Strategische Kooperation	<ul style="list-style-type: none"> • im Gegensatz zu anderen ILE-/LEADER-Regionen in Sachsen keine Einbindung des Planungsverbandes • nur loser Informationsaustausch (seitens des Planungsverbandes)

Die ILE-Region Zwönitztal-Greifenstein liegt in dem Regionalen Planungsverband Region Chemnitz, der im Jahr 2008 u.a. aus dem Planungsverband Chemnitz-Ergebirge hervorgegangen ist (vgl. PV RC 2015a). Interdependenzen zeigen sich v.a. auf prozessualer Ebene: Laut Landesplanungsgesetz sollen die regionalen Planungsverbände die raumordnerische Zusammenarbeit unterstützen, u.a. durch die Initiierung und Koordinierung von regionaler und interkommunaler Kooperation sowie durch Kooperationsstrukturen (§ 13 Abs. 1 Nr. 2, 3 SächsLPIG). Der Planungsverband definiert in seiner Satzung als Ziel „auf die Verwirklichung der Raumordnungspläne hinzuwirken und dabei die Zusammenarbeit der für die Verwirklichung maßgeblichen öffentlichen Stellen und Personen des Privatrechts zur Stärkung der regionalen Entwicklung zu unterstützen“ (§ 3 Abs. 2 Nr. 4 Satzung PV RC). In die Regionalentwicklung wird nach einem Vertreter der Regionalplanung auch die ländliche Entwicklung einbezogen. Der Impuls zur Zusammenarbeit der Regionalen Planungsverbände mit der Regionalentwicklung wurde in Sachsen nach Aussagen der befragten Vertreter der Regionalplanung von staatlicher Seite gesetzt und hat sich über die Jahre verstetigt. Die

akteursbezogenen Interdependenzen sind gering: Gemeinde- bzw. TÖB-Vertreter, die in eine ILE-Region eingebunden sind und auch in der Verbandsversammlung vertreten oder in das Beteiligungsverfahren involviert sind, vertreten in der Versammlung ihre kommunalen oder fachlichen Interessen, sehen sich jedoch nicht als Vertreter einer ILE-Region, worauf die Aussagen eines betroffenen Interviewpartners hindeuten.

Zwischen dem Regionalplan und den Fortschreibungen (vgl. PV CE 2004, 2005, 2008) sowie dem ILEK bestehen Schnittmengen in einigen Themenfeldern (u.a. Daseinsvorsorge / demographischer Wandel, Rückbau, Umnutzung von Gebäuden, Arten- und Biotopschutz / Biotopverbund, Abwasserentsorgungsinfrastruktur, regionales Flächenmanagement, Sicherung und Entwicklung ÖPNV, Entwicklung des Tourismus). Für die Anpassung an den Klimawandel und den Klimaschutz sind dabei der vorsorgende Hochwasserschutz und die Förderung erneuerbarer Energien sowie entsprechende Versorgungskonzepte relevant. In der Praxis relativieren sich diese inhaltlichen Interdependenzen: Die Regionalplanungsvertreter sehen wenige Schnittmengen, da zum einen der überwiegende Anteil der ILE-Projekte auf lokaler Ebene angesiedelt ist und zum anderen viele Projekte Straßenbaumaßnahmen bilden. Somit sei in beiden Fällen eine Relevanz für die Regionalplanung nicht gegeben.

Aufgrund der Vorgaben der Landesplanung (s.o.) ist die Regionalplanung in einigen LEADER- und ILE-Entscheidungsgremien in Sachsen sowohl als beratendes als auch als stimmberechtigtes Mitglied vertreten (vgl. PV RC 2015B). Über Beratungsgespräche zur Erstellung des ILEK hinaus zeigt sich jedoch **keine weitergehende Kooperation** in der ILE-Region Zwönitztal-Greifenstein, der Planungsverband ist kein Mitglied im KK (s. auch EBD.). Zwar steht der Planungsverband laut einem Vertreter der Regionalplanung für Rückfragen für Projekte zur Verfügung, zudem werden Informationen bspw. zu Fördermöglichkeiten (Abfrage von passenden Projekten) an die ILE- und LEADER-Regionen weitergeleitet. Eine Zusammenarbeit über den Informationsaustausch hinaus (der nach den Interviewinformationen eher von dem Planungsverband ausgeht) habe nach Sicht vieler Interviewpartner nicht stattgefunden. Die Einflussnahme der Regionalplanung auf die Ausrichtung der Regionalentwicklung im Fall von LEADER und ILE scheint eher gering zu sein: Bei anderen Formen der Regionalentwicklung seien die Einflussmöglichkeiten dagegen höher, hier gebe es größere Handlungsmöglichkeiten, die nicht so stark eingegrenzt sind wie durch die ILE-Richtlinie. Die interviewten Vertreter des Planungsverbandes sehen den Mehrwert der Zusammenarbeit mit den ILE- und LEADER-Regionen aber in den Informationen

darüber, womit sich die Regionen beschäftigen und welche Problemlagen vorliegen, sowie in der Möglichkeit zur Vernetzung und zur Nutzung der Kommunikationsstrukturen der Regionen für Anliegen der Regionalplanung.

6.5 Zwischenfazit: Übergreifende Betrachtung der Fallstudien

Die Analyse der vier Fallstudien zeigt zum Teil deutliche Gemeinsamkeiten, aber auch Unterschiede in den Analysebereichen.

Die *situativen Rahmenbedingungen* sind in den Regionen unterschiedlich: Die größten strukturellen Probleme weisen die LEADER-Region Storchenland Prignitz und die ILE-Region Zwönitztal-Greifensteine auf, die eine starke Abwanderung und eine hohe Arbeitslosigkeit aufweisen. Die Klimawandelanfälligkeit ist in keiner Region stark ausgeprägt⁷⁰, jedoch weisen drei der untersuchten vier Regionen Extremereignisse auf, deren Häufigkeit bei Voranschreiten des Klimawandels wahrscheinlich zunehmen wird (Flusshochwasser, Hitzewellen, Stürme, Starkregen). Neben kleineren kommunalen Projekten, ist als regionales klimawandelbezogenes Projekt das KlimaMORO im Nordschwarzwald zu nennen, was jedoch in keiner Beziehung zu der LEADER-Region steht. Im Landkreis Osnabrück gibt es seit einigen Jahren eine Klimaschutzinitiative, die auch die ILEKs verstärkt miteinbezieht - allerdings erst gegen Ende der Förderperiode.

Die *thematische Ausrichtung* der Regionen zeigt keine starke bzw. systematische Berücksichtigung der Themen Klimaschutz und Anpassung. In den Regionen werden vorwiegend Tourismus- und in den Regionen mit strukturellen Problemen Infrastruktur- und Dorferneuerungsprojekte umgesetzt. Eine Ausnahme stellt die Entwicklungsstrategie der ILE-Region Zwönitztal-Greifensteine dar, die klimabezogene Themen stark aufgreift. Dies spiegelt sich jedoch nicht in der Umsetzung der Strategie wider.

Auf Ebene der *externen Rahmenbedingungen*, d.h. den EPLR und relevanten Richtlinien, findet sich in allen vier untersuchten Bundesländern eine Berücksichtigung der Themen Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel. Inwieweit der Health Check zu einer stärkeren Berücksichtigung dieser Themen geführt hat, lässt sich nicht nachverfolgen, jedoch wurden laut dem NABU der Klimaschutz nur stärker im ‚Wording‘ der Maßnahmen berücksichtigt, anstatt die Ausrichtung der Maßnahmen zu ändern:

⁷⁰ In der zugrundeliegenden Kategorisierung wird v.a. den Städten eine stärkere Anfälligkeit zugesprochen (Anfälligkeitskriterien nicht auf ländliche Räume auslegt).

„Neue und innovative Klimaschutzmaßnahmen sind fast nicht zu finden, vielmehr werden alte Förderprogramme als vermeintlich erfolgversprechende und ausreichende Beiträge zum Klimaschutz verkauft“ (NABU 2010, S. 16).

In den Programmen bestehen besonders viele Bezüge in den Schwerpunkten 2, insbesondere den Agrarumwelt- und den Forstmaßnahmen, und dem Schwerpunkt 1 finden. Diese beiden Schwerpunkte sind aber für die LEADER- und ILE-Regionen kaum von Bedeutung. Die ILE-Förderung ist ohnehin, abgesehen von der Flurbereinigung (Schwerpunkt 1) auf den Schwerpunkt 3, d.h. den Maßnahmen der ländlichen Entwicklung, gestützt. Die LEADER-Förderung bezieht nur in Brandenburg alle Schwerpunkte in die Förderung ein. Im Schwerpunkt 3 lassen sich auch Maßnahmen mit Bedeutung für den Klimaschutz und die Anpassung identifizieren, diese sind aber von geringerer Anzahl und sind vorwiegend in den Bereichen erneuerbare Energien und Förderung der Biodiversität angesiedelt. Der methodische Schwerpunkt 4 (LEADER) weist kaum Bezüge auf. Festlegungen, die für eine inhaltliche Ausgestaltung der LEADER- und ILE-Prozesse hinsichtlich Klimaschutz und Anpassung relevant sind, sind fast nicht vorhanden. Eine Ausnahme bildet Sachsen, die Klimaschutz und Anpassung als Bewertungskriterien der REKs definiert haben. Ebenfalls sind keine Festlegungen die Zusammenarbeit mit der Regionalplanung betreffend enthalten. Dagegen sind Vorgaben zur Akteursbeteiligung vorhanden, die v.a. aber die LEADER-Regionen betreffen (Anteil der WiSo-Partner in den Entscheidungsgremien). Die Institutionalisierung ist für die LEADER-Regionen festgelegt: Hier wird zum einen die Angliederung der LAG / des Regionalmanagements an eine Gebietskörperschaft (Baden-Württemberg) und außerhalb der Verwaltung (Brandenburg) vorgeschrieben.

Die *internen Rahmenbedingungen* spiegeln die Festlegungen bezüglich der Institutionalisierung wider: Die LEADER-Region Storchland Prignitz ist als Verein organisiert, die LAG und das Regionalmanagement sind in der LEADER-Region Nordschwarzwald (wie in den ILE-Regionen, für die es keine Vorgaben gibt) bei Gebietskörperschaften angesiedelt. Bei den Beteiligungsstrukturen ist allen Regionen gemein, dass die Beteiligung in zwei Prozessphasen einzuteilen ist: Als erstes gibt es die Phase der Erstellung der Strategie, die in der Regel mit einer stärkeren Akteursbeteiligung verbunden ist. Hieran schließt sich die Phase der Strategieumsetzung an, in der, bis auf wenige Ausnahmen (z.B. Regionalforum in der LEADER-Region Storchland Prignitz), nur das Entscheidungsgremium tagt. Die Öffentlichkeitsarbeit bestimmt in allen Regionen die Information über umgesetzte Projekte und die Fördermöglichkeiten, jedoch weniger über die Beschlüsse der Entscheidungsgremien.

Das Entscheidungsgremium selbst ist in den LEADER-Regionen ausgewogen zusammengesetzt, in den ILE-Regionen zeigt sich dagegen eine Dominanz öffentlicher

bzw. kommunaler Akteure. Der Zugang zu diesem Gremium ist, nur in einem Fall als offen anzusehen. In den meisten Fällen werden die Akteure direkt angesprochen und sind die Plätze für bestimmte Akteure vorgesehen. Fachpromotoren für das Thema Klimawandel werden in keiner Region mit einbezogen. Die ILE-Region Südliches Osnabrücker Land wird jedoch in die Klimaschutzinitiative des Landkreises Osnabrück einbezogen. Die Klimaschutzinitiative war aber nicht an der Erstellung des ILEK beteiligt, da sie zu diesem Zeitpunkt noch nicht bestand, und ist kein Mitglied des Entscheidungsgremiums.

Die *Akteure* zeigen zumeist keine Ablehnung der Themen Klimaschutz und Anpassung, jedoch sind diese Themen häufig negativ konnotiert (Komplexität des Themas, Befürchtung, dass Projekte verteuert werden etc.). Zudem werden andere Themen, deren Auswirkungen sich nach Meinung der Akteure deutlich spürbarer in den Regionen sind, deutlich priorisiert. Hiernach zählen v.a. der demografische Wandel und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Im Wissen über die Themen Klimaschutz und Anpassung zeigt sich in allen Regionen, dass, bis auf einige Ausnahmen, der Klimaschutz häufig nur als Energiethema wahrgenommen wird und das Wissen über die Anpassung an den Klimawandel nicht systematisch vorhanden ist. Jedoch wird in allen Regionen kein genereller Informationsmangel ausgemacht, eine Beschäftigung mit diesen Themen findet aber dennoch nicht ausreichend statt.

Eine *Kooperation* zwischen der Regionalplanung und den LEADER- und ILE-Regionen ist in keiner Fallstudie vorhanden. In der ILE-Region Südliches Osnabrücker Land wirkten Planungsvertreter jedoch in den AGs während der Strategieerstellung mit. In Sachsen findet zwar in vielen LEADER- und ILE-Regionen eine Zusammenarbeit mit der Regionalplanung statt, jedoch nicht in der untersuchten Region.

7 Bewertung: Anforderungen an informelle Instrumente der Raumentwicklung

Die Bewertung der drei Dimensionen (inhaltliche Integration, Beteiligungsfunktion, Strategiebildung) erfolgt aufgrund der zahlreichen Wechselwirkungen zwischen den Faktoren und der fehlenden Quantifizierbarkeit v.a. akteursbezogener Faktoren (z.B. Werthaltungen, Wahrnehmung) verbal-argumentativ (s. Kap. 4.2.2). Zum einen wird die aktuelle Ausprägung der drei Dimensionen bewertet, zum anderen mögliche Einflussfaktoren. Die Bewertung der Einflussfaktoren stützt sich sowohl auf aus der Analyse abgeleitete Kausalitäten als auch auf von den Interviewpartnern identifizierte Einflussfaktoren. Aus dieser Bewertung werden Möglichkeiten und Grenzen der Instrumente informeller ländlicher Regionalentwicklung abgeleitet, Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel inhaltlich und prozessual zu integrieren, und Handlungsempfehlungen entwickelt (Kapitel 8).

7.1 Inhaltliche Integration von Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel

Tab. 45: Bewertungskriterien inhaltliche Integration

Quelle: eigene Darstellung

Dimension	Bewertungskriterien
Inhaltliche Integration von Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel	hoch: Der Klimawandel, seine Auswirkungen sowie Klimaschutz und Anpassung werden im REK direkt aufgegriffen und im Prozess verhandelt. Bezüge zu Klimaschutz und Anpassung bestehen in den relevanten Themenbereichen auf Ziel- und Maßnahmenebene, es ist eine hohe Kohärenz zwischen Ziel- und Maßnahmenebene vorhanden.
	mittel: Der Klimawandel und seine Auswirkungen sowie Klimaschutz und Anpassung werden im REK aufgegriffen, jedoch nicht systematisch. Bezüge zu Klimaschutz und Anpassung sind in einzelnen Themenbereichen auf Ziel- und Maßnahmenebene, z.T. auch als direkter Bezug, gegeben.
	niedrig bis nicht vorhanden: Fast keine Berücksichtigung des Klimawandels, seiner Auswirkungen sowie von Klimaschutz und Anpassung. Bezüge zu Klimaschutz und Anpassung in den relevanten Themenbereichen sind kaum bis nicht vorhanden
Einflussfaktoren auf die Integration von Klimaschutz und Anpassung	fördernd: Von den analysierten Faktoren geht ein positiver Einfluss auf die Berücksichtigung (direkt / indirekt) von Klimaschutz und Anpassung sowohl im REK als auch in der Umsetzung der Projekte aus.

	neutral: Faktoren, die keine Wirkung ausüben bzw. deren Wirkung nicht eingestuft werden kann.
	hemmend: Faktoren, die Einfluss darauf haben, dass Klimaschutz und Anpassung in dem REK und in den umgesetzten Projekten weniger oder gar nicht berücksichtigt werden.

7.1.1 LEADER Nordschwarzwald

7.1.1.1 Ausprägung der inhaltlichen Integration

Die inhaltliche Integration von Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel in der LEADER-Region Nordschwarzwald in dem Förderzeitraum 2007 - 2013 ist insgesamt als **niedrig** bis **nicht vorhanden** einzustufen.

Auf der *Zielebene* wurde im Rahmen der SWOT-Analyse der Entwicklungsstrategie keine systematische Betrachtung vorgenommen: Zwar können direkte und indirekte Bezüge zu Klimaschutz und den Auswirkungen des Klimawandels bzw. Anpassungserfordernissen identifiziert werden. Diese sind aber v.a. auf die Forstwirtschaft / erneuerbare Energien und die Tourismuswirtschaft gerichtet. Das Zielsystem selbst greift den Klimaschutz nur einmal auf (in Verbindung mit der energetischen Verwertung von Holz) und enthält weiter nur wenige für den Klimaschutz oder die Anpassung relevante Ziele. Als eigenständige Themen sind der Klimawandel, Klimaschutz und Anpassung nicht im REK behandelt worden. Auf der *Maßnahmenebene* zeigt sich keine Integration von Klimaschutz und Anpassung bei den umgesetzten Projekten. Im Prozess (z.B. Beratungen in der LAG) spielen diese Themen keine Rolle bzw. nur indirekt über andere Themen, wie z.B. die energetische Verwertung von Holz.

7.1.1.2 Einflussfaktoren

Die **situativen Rahmenbedingungen** können als ein hemmender Faktor für die thematische Ausrichtung identifiziert werden, entfalten ihre Wirkung jedoch erst im Zusammenspiel durch die Wahrnehmung und Bewertung durch die handelnden Akteure: Der hohe Stellenwert von Tourismus und Forstwirtschaft (und damit auch der energetischen Verwertung von Holz) in der Region hat einen starken Einfluss auf die thematische Ausrichtung der LEADER-Region. Hinzu tritt die Versorgungssituation in den Dörfern, die fördernd für Projekte zur Aufrechterhaltung der Infrastruktur wirkt. Als positiver Faktor für den Tourismusbereich wird zudem die hohe Sichtbarkeit von touristisch ausgerichteten Projekten (z.B. Beschilderungssysteme) eingeordnet.

Hinzu kommen die touristischen Strukturen und Organisationen in der Region, die z.B. im Energiebereich fehlen. Ein Einfluss der Auswirkungen des Klimawandels, denen Extremereignisse wie Sturm, Starkregen und Trockenheit sowie schleichende Veränderungen durch die befragten Akteure zugeordnet werden, ist nicht zu erkennen. Ebenso gingen von dem Forschungsprojekt KlimaMORO keine Einflüsse auf die LEADER-Region aus.

Die **institutionellen Rahmenbedingungen**, d.h. die Organisation der Region, sind keine relevanten Einflussfaktoren für die thematische Ausrichtung der Region. Viele (öffentliche) Akteure verweisen aber auf die indirekt hemmende Wirkung der Gebietskulisse, da Projekte - auch im Energiebereich - auf Landkreisebene nur schwer umgesetzt werden können.

Die **externen Rahmenbedingungen** stellen einen *wichtigen Einflussfaktor* auf die thematische Ausrichtung der Region dar. In dem Förderprogramm und den Richtlinien sind, wie die Analyse zeigt, für Klimaschutz und Anpassung v.a. die Schwerpunkte 1 und 2 wichtig. Diese sind aber für die LEADER-Förderung in Baden-Württemberg nicht relevant, da LEADER-Projekte nur innerhalb des Schwerpunkts 3 gefördert werden. Im Schwerpunkt 3 sind Klimaschutz und Anpassung indirekt über erneuerbare Energien und Biodiversität angesprochen, die wirtschaftliche Entwicklung der Regionen steht aber im Vordergrund. Den starken Einfluss der Förderprogramme stellen viele Interviewpartner heraus:

„Wenn man vorgibt, was in einem Programm drin sein muss oder drin sein soll, dann ist das auch drin. Ob der, der das dann benutzt, will oder nicht, dann ist es drin. Wenn keine konkrete Vorgabe besteht, dann ist es nicht unbedingt drin“ (INTERVIEW NSW_5).

Dies zeigt, dass fehlende Fördermöglichkeiten bzw. thematische Impulse aus den Förderprogrammend hemmend für die Integration von Klimaschutz und Anpassung wirken.

Als stark hemmenden Faktor, v.a. für Energieprojekte, kann zudem der Vorrang der Fachförderung identifiziert werden. Dies verdeutlichte ein Akteur am Beispiel einer Energiekonzeption aus LEADER+, die aufgrund des Vorrangs nicht weiter umgesetzt werden konnte. Gerade im Klimaschutzbereich gibt es sehr viele Fachförderungen (z.B. KEA-Förderung⁷¹, Waldumbau, diverse Förderprogramme für Kommunen), die eine Förderung solcher Projekte über LEADER nicht möglich machen.

⁷¹ Die Klimaschutz- und EnergieAgentur Baden-Württemberg GmbH steht Kommunen, Unternehmen und weiteren Akteuren als Ansprechpartner zur Verfügung und betreut u.a. Förderprogramme (vgl. KEA 2016).

Neben den externen Rahmenbedingungen gehen von den **akteursbezogenen Faktoren** *hemmende Einflüsse* aus: Wie die Analyse zeigt, steht der Stellenwert des Klimawandels deutlich hinter anderen Herausforderungen zurück (z.B. demographischer Wandel), so dass dies zu einer stärkeren Priorisierung dieser Projekte führt (hemmender Faktor). Bei den Akteuren ist zwar eine Wahrnehmung der Betroffenheit vorhanden, trotzdem reicht sie noch nicht aus, um ein Handeln zu bewirken. Fehlendes Wissen ist als ein Hemmnis für vorausschauende und geplante Anpassung zu sehen. Zudem stehen die Themen Klimaschutz und Anpassung in starker Konkurrenz zu anderen Interessen und Herausforderungen, so dass auch vorhandenes Wissen nicht automatisch zu stärkerem Handeln führt. Informationen scheinen grundsätzlich vorhanden zu sein, werden aber aus verschiedenen Gründen (Zeitmangel, Themenkonkurrenz) nicht wahrgenommen. Fehlende Fachpromotoren stellen einen hemmenden Faktor dar, da keine Klimawandexperten in den Prozess eingebunden sind.

Tab. 46: Einflussfaktoren auf die inhaltliche Integration von Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel in der LEADER-Region Nordschwarzwald

Quelle: eigene Darstellung

inhaltliche Integration	Einflussfaktoren
niedrig / nicht vorhanden	fördernd: /
	neutral: <ul style="list-style-type: none"> • situative Rahmenbedingungen: <ul style="list-style-type: none"> - Auswirkungen des Klimawandels - klimabezogene Strukturen: KlimaMORO • Akteure und Akteurskonstellationen: <ul style="list-style-type: none"> - wahrgenommene Auswirkungen des Klimawandels - Informationsangebot über Klimaschutz und Anpassung
	hemmend: <ul style="list-style-type: none"> • situative Rahmenbedingungen: <ul style="list-style-type: none"> - allgemeine strukturelle Rahmenbedingungen (abhängig von der Bewertung durch die Akteure) - fehlende Strukturen und Organisationen im Energiebereich • interne Rahmenbedingungen: Gebietskulisse • externe Rahmenbedingungen: <ul style="list-style-type: none"> - Richtlinien - Vorrang der Fachförderung • Akteure und Akteurskonstellationen: <ul style="list-style-type: none"> - niedrige Priorität von Klimaschutz und Anpassung - fehlendes Wissen - fehlende Fachpromotoren

7.1.2 LEADER Storchenland Prignitz

7.1.2.1 Ausprägung der inhaltlichen Integration

Die inhaltliche Integration von Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel ist in der LEADER-Region Storchenland Prignitz für den Förderzeitraum 2007 - 2013 insgesamt als **niedrig** zu bewerten.

Auf der *Zielebene* zeigt sich eine geringe Ausrichtung auf Aspekte des Klimawandels in der Entwicklungsstrategie. Die SWOT-Analyse bezieht klimaschutz- oder anpassungsrelevante Themen nicht mit ein, das Zielsystem benennt zwar den Klimaschutz als Unterziel, berücksichtigt jedoch keine Ziele, die die Anpassung an den Klimawandel einbeziehen.

Auf der *Maßnahmenebene* lassen sich Projekte ausmachen, die in klimaschutz- oder anpassungsrelevanten Bereichen liegen. Sie haben insgesamt aber nur einen geringen Anteil und liegen vorwiegend im Energiebereich und im Naturschutz. Der überwiegende Anteil aller Projekte ist im baulich-investiven Bereich angesiedelt, dies gilt auch für die klimaschutz- und anpassungsrelevanten Projekte. Eine Ausnahme bildet die Biogasstudie, welche eine konzeptionelle Ausrichtung verfolgt. Eine systematische Thematisierung von Klimaschutz oder Anpassung an den Klimawandel und möglicher Synergien und Konflikte ist jedoch nicht vorhanden.

7.1.2.2 Einflussfaktoren

Die **situativen Rahmenbedingungen** in der Region sind v.a. durch die dünne Besiedlung, den starken Bevölkerungsrückgang, die hohe Arbeitslosigkeit und die Infrastruktursituation geprägt und stellen *wichtige Einflussfaktoren* dar. Die sich aus dem Der wichtige Stellenwert von Infrastrukturmaßnahmen (Straßenbau) wird als hemmend für klimarelevante Maßnahmen gewertet, da hier nur wenige Ansatzpunkte für den Klimaschutz gesehen werden. Zu diesen Rahmenbedingungen ist in den letzten Jahren der starke Ausbau der erneuerbaren Energien getreten, die fördernd auf die Auseinandersetzung mit erneuerbaren Energien in dem LEADER-Prozess wirken (jedoch eher zum Ende der Förderperiode als zur Zeit der Erstellung der GLES). Zudem wird die fehlende Steuerung durch die Regionalplanung im Bereich der Bioenergie als fördernder Faktor genannt. Die Anfälligkeit gegenüber den Auswirkungen des Klimawandels und vergangene Extremereignisse (Flusshochwasser) haben zwar in der Vergangenheit zu Anpassungsmaßnahmen in der Region geführt (z.B. Erneuerung

und Erhöhung von Deichen, Deichrückverlegung), auf die thematische Ausrichtung der LEADER-Region geht hiervon allerdings kein Einfluss aus (neutral).

Auf Ebene der **internen Rahmenbedingungen** können keine eindeutigen Einflussfaktoren identifiziert werden. Jedoch deutet das Selbstverständnis der Gremien (nur Reagieren auf Projektanträge) darauf hin, dass diese keine Impulse für neue Themen setzen.

Die **externen Rahmenbedingungen** in Form des Förderprogramms und der Richtlinie werden von vielen Interviewpartnern als wichtiger Einflussfaktor auf die Aktivitäten der Region gesehen. Die Ausrichtung der Projekte werde stark durch die Richtlinie vorgegeben. In Brandenburg sind LEADER-Projekte in allen drei Schwerpunkten möglich, in der Umsetzung ist aber v.a. der Schwerpunkt 3 wichtig. Im Schwerpunkt 3 sind klimarelevante Maßnahmen gegenüber den Schwerpunkten 1 und 2 unbedeutender (Bezüge über Energieeffizienz, Biodiversität), so dass von dem Förderprogramm und der Richtlinie keine nennenswerten Impulse für Klimaschutz und Anpassung ausgehen (neutral). Einige interviewte Akteure bewerten die durch das Förderprogramm gesetzten Anreize fördernd dafür, sich mit bestimmten Fragestellungen auseinanderzusetzen. Daher besteht ein hohes Potential auf Seiten der Förderung, Impulse und Anreize dafür zu schaffen, sich mit Fragestellungen des Klimaschutzes und der Anpassung auseinanderzusetzen.

Auf Ebene der **Akteure** ist v.a. der geringe Stellenwert des Klimawandels gegenüber den anderen Herausforderungen in der Region als hemmender Faktor zu sehen. Wie sich aus der Analyse ergibt, hat zwar das Energiethema eine höhere Bedeutung, nicht aber unter dem Aspekt Klimaschutz, sondern aufgrund der Auswirkungen des Ausbaus der erneuerbaren Energien (Nutzungskonflikte, Landschaftsbild etc.). Dieses Gefühl der negativen Betroffenheit ist als fördernder Faktor für die Auseinandersetzung mit erneuerbaren Energien (v.a. Biomasse) in dem LEADER-Prozess zu sehen (Bsp. Bioenergiestudie). Das Wissen zu Maßnahmen des Klimaschutzes und der Anpassung ist nach der Analyse als eher gering einzustufen, so dass eine vorausschauende und geplante Integration von Klimaschutz und Anpassung hierdurch erschwert wird. Die zur Verfügung stehenden Informationen sind als neutraler Faktor zu sehen, aber fehlende Zeit, Unsicherheit ob der Vertrauenswürdigkeit der Quellen und ein fehlender Bezug zur lokalen Ebene wirken hemmend. Zudem wurden keine Fachpromotoren eingebunden, um über die Erstellung des REK hinaus Ideen zu finden und zu kommunizieren.

Tab. 47: Einflussfaktoren auf die inhaltliche Integration von Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel in der LEADER-Region Storchenland Prignitz

Quelle: eigene Darstellung

inhaltliche Integration	Einflussfaktoren
niedrig	fördernd: <ul style="list-style-type: none"> • situative Rahmenbedingungen (abhängig von der Bewertung durch die Akteure): <ul style="list-style-type: none"> - starker Ausbau erneuerbarer Energien - Planungslücke im Bereich Biogas • Akteure: gefühlte negative Betroffenheit durch den Ausbau erneuerbarer Energien
	neutral: <ul style="list-style-type: none"> • situative Rahmenbedingungen: Auswirkungen des Klimawandels • externe Rahmenbedingungen: EPLR und Richtlinie • Akteure: Informationsangebot zu Klimaschutz und Anpassung
	hemmend: <ul style="list-style-type: none"> • thematische Ausrichtung: wenig Ansatzpunkte für Klimaschutz und Anpassung • interne Rahmenbedingungen: fehlende Impulse durch Gremien • Akteure und Akteurskonstellationen: <ul style="list-style-type: none"> - niedriger Stellenwert von Klimaschutz und Anpassung - fehlende persönliche Betroffenheit durch den Klimawandel - fehlendes Wissen - negative Wahrnehmung des Themas Klimawandel

7.1.3 ILE Südliches Osnabrücker Land

7.1.3.1 Ausprägung der inhaltlichen Integration

Die inhaltliche Integration von Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel in der ILE-Region Südliches Osnabrücker Land ist für den Förderzeitraum 2007 - 2013 insgesamt als **niedrig** zu bewerten.

Auf der *Zielebene* zeigen sich in der SWOT-Analyse und direkt im Zielsystem mit der Steigerung der Energieeffizienz und dem Erhalt von THG-Senken Bezüge zum Klimaschutz. Mit der Schaffung eines naturnahen Gewässernetzes und dem Hochwasserschutz werden in geringem Maße anpassungsrelevante Themen benannt. Eine systematische Bearbeitung der Belange von Klimaschutz und Anpassung zeigt sich jedoch nicht, beide Bereiche sind eher selektiv aufgegriffen. Zudem stehen Ziele, die die wirtschaftliche Entwicklung und den Tourismus betreffen, deutlich im Vordergrund.

Auf *Maßnahmenebene* zeigen die untersuchten regionalen Projekte eine deutliche touristische Ausrichtung baulich-investiver Art, die aber nur in wenigen Fällen Relevanz für Klimaschutz und Anpassung zeigen. Klimaschutz und Anpassung werden nicht systematisch in die umgesetzten Projekte einbezogen.

7.1.3.2 Einflussfaktoren

Die **situativen Rahmenbedingungen** zeigen eine wichtige Bedeutung der Themen Forstwirtschaft und Gesundheitstourismus und eine geringere Anfälligkeit gegenüber den Auswirkungen des Klimawandels. Als hemmend für Klimaschutz und Anpassung kann gesehen werden, dass zu der Zeit der Erstellung des ILEK andere Themen als präsenter beurteilt werden. Die Umsetzbarkeit der Projekte im Sinne eines schnellen, sichtbaren Erfolgs (z.B. Tourismus: Beschilderungssystem, finanzielle Anreize) wird zudem als wichtiger Einflussfaktor benannt. Die spezifischen Charakteristika von Klimaschutz- und Anpassungsprojekten, die oft erst auf lange Sicht spürbaren Resultate, sind daher als hemmend für die Umsetzung in einem ILE-Prozess zu sehen.

Die Klimaschutzinitiative kann als fördernd für Klimaschutz und Energiethemen identifiziert werden. Jedoch wurde sie erst in der Endphase der ILE-Förderung aktiv, so dass sie keine Wirkung auf die Strategie und die zum Zeitpunkt der Analyse umgesetzten Projekte entfalten konnte.

Auf Ebene der **internen Rahmenbedingungen** können einige Einflussfaktoren identifiziert werden. Zum einen wird auf die noch junge Kooperationskultur verwiesen, die hemmend auf die Umsetzung von komplexen und eventuell konfliktbeladenen Themen, als die Klimathemen angesehen werden, wirke. Die zeitlichen Ressourcen des Regionalmanagements werden als zu gering erachtet, um neue Themen aufzunehmen, Informationen zu verarbeiten und Impulse nach innen zu setzen.

Von den **externen Rahmenbedingungen** gehen einige wichtige fördernde und hemmende Einflüsse aus: So sind die klimarelevanten Maßnahmen v.a. in Schwerpunkt 2 und 1 enthalten, für die ILE-Förderung ist aber vorwiegend der Schwerpunkt 3 relevant. Der starke Einfluss der Richtlinie zeigt sich auch am Beispiel des Projektes zur energetischen Gebäudeuntersuchung: Zunächst sollte ein Klimaschutzkonzept für die Kommunen des ILE SOL erstellt werden, aufgrund von Änderungen in den Fördermöglichkeiten ist das Projekt auf die energetische Gebäudeuntersuchung reduziert worden. Als fördernder Einfluss für dieses Projekt wird zudem die Pflicht, für öffentliche Gebäude Energieausweise auszustellen und aufzuhängen (nach EnEV) benannt. Fördernd können somit auch externe Rahmenbedingungen außerhalb der eigentlichen Förderung wirken.

Auf Ebene der **Akteure** zeigt sich, dass der Wahrnehmung des Klimawandels ein wichtiger Stellenwert als Einflussfaktor zukommt. Wie die Analyse zeigt, wird der Klimawandel im Gegensatz zum Tourismus als negatives Thema wahrgenommen. Im Gegensatz dazu seien Tourismusthemen positiv besetzt und kompromissfähig. Zusätzlich wird als hemmender Faktor die fehlende eigene Betroffenheit durch den Klimawandel und der höhere Stellenwert anderer Probleme benannt: diese würden vielen Akteuren zu Folge die erst auf lange Zeit sichtbaren Folgen des Klimawandels überblenden. In dieser Region zeigt sich, dass der Zugang zu Informationen zu Klimaschutz und Anpassung differenziert nach Akteuren bewertet werden muss: v.a. öffentlichen Akteuren scheint ein deutlich größeres Informationsnetzwerk zur Verfügung zu stehen. Hemmend wirken aber wieder Faktoren wie fehlende Zeit, um sich mit diesen Themen zu beschäftigen.

Die Klimaschutzinitiative des Landkreises Osnabrück stellt einen Fachpromotor dar, hat sich jedoch erst gegen Ende des Förderzeitraums etabliert. Fehlende Fachpromotoren (Impulssetzung) bei der Erstellung der Entwicklungsstrategie können daher als hemmender Faktor gewertet werden.

Tab. 48: Einflussfaktoren auf die inhaltliche Integration von Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel in der ILE-Region Südliches Osnabrücker Land

Quelle: eigene Darstellung

inhaltliche Integration	Einflussfaktoren
niedrig	<p>fördernd:</p> <ul style="list-style-type: none"> • situative Rahmenbedingungen: Klimaschutzinitiative des Landkreises Osnabrück • externe Rahmenbedingungen: Regelungen / Gesetze im Bereich Energie (hier: Energieausweise für Gebäude nach EnEV) • (Akteure: Klimaschutzinitiative als Fachpromotor)
	<p>neutral: /</p>
	<p>hemmend:</p> <ul style="list-style-type: none"> • situative Rahmenbedingungen: Auswirkungen des Klimawandels im Vergleich zu anderen Problemlagen gering • thematische Ausrichtung: Wirkung von Klimaschutzprojekten langfristig (Wirkung nicht unmittelbar, z.T. auch bei Anpassungsprojekten) • interne Rahmenbedingungen: <ul style="list-style-type: none"> - junge Kooperation: Beschäftigung mit konfliktarmen Themen - zeitliche Ressourcen des Regionalmanagements (es können kaum Impulse gesetzt werden) - Abgrenzung der Region (kein Naturraum) • externe Rahmenbedingungen: EPLR und Richtlinie • Akteure und Akteurskonstellationen: <ul style="list-style-type: none"> - negative Wahrnehmung - fehlende persönliche Betroffenheit - fehlender Zugang zu Fachinformationen für private Akteure - geringer Stellenwert des Themas (v.a. bei den Machtpromotoren) - fehlende Fachpromotoren bei der Erstellung des ILEK (und bei der Umsetzung)

7.1.4 ILE Zwönitztal-Greifensteinregion

7.1.4.1 Ausprägung der inhaltlichen Integration

Die inhaltliche Integration von Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel in der ILE-Region Zwönitztal-Greifensteine kann für den Förderzeitraum 2007-2013 insgesamt mit **niedrig - mittel** bewertet werden. Dies bedingt sich jedoch aus einer stärkeren Bedeutung der Themen Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel auf Ziel- als auf Maßnahmenebene.

Auf *Zielebene* greift die SWOT-Analyse Aspekte des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel in fast allen Themenbereichen auf. Hier zeigen sich die Themenfelder erneuerbare Energien und Hochwasserschutz als besonders wichtig. Ein direkter Bezug ist jedoch nur für den Klimaschutz vor dem Hintergrund erneuerbarer Energien gegeben. Eine Relevanz für die Anpassung ist vorwiegend im Themenfeld Hochwasserschutz und Biodiversität / Biotopverbund gegeben.

Die Integration von Klimaschutz und Anpassung auf *Maßnahmenebene* steht deutlich hinter der Zielebene zurück. Die Projekte liegen v.a. im siedlungsstrukturellen Bereich, so dass Bezüge zum Klimaschutz nur z.B. über Dämm- und Straßenbeleuchtungsmaßnahmen vorhanden sind. Die Anpassung an den Klimawandel ist nur im reaktiven Sinne über die Beseitigung von Hochwasserschäden von Bedeutung. Den klimarelevanten Projekten kommt lediglich ein geringer Anteil an den Projekten zu, so dass auf Maßnahmenebene nur eine geringe Integration in wenigen Themenfeldern erfolgt ist.

Im Prozess selbst kam klimarelevanten Aspekten so gut wie keine Rolle zu: Die Themen waren in den Gremiensitzungen offensichtlich nicht von Bedeutung.

7.1.4.2 Einflussfaktoren

Die **situativen Rahmenbedingungen** der ILE-Region Zwönitztal-Greifensteine sind durch hohe Arbeitslosigkeit und Bevölkerungsrückgang geprägt. Die Hochwasserereignisse in der Region in den letzten Jahren scheinen aber fast keinen Einfluss auf die Umsetzung von Anpassungsprojekten zu haben (neutral). Jedoch spielen hier auch andere Einflussfaktoren eine Rolle, wie z.B. andere Förderrichtlinien, über die diese Maßnahmen besser umgesetzt werden können (s.u.). Ein hemmender Faktor für die fehlende Kohärenz zwischen Ziel- und Maßnahmenebene kann in den laut einem Interviewpartner fehlenden Strukturen vor Ort zur Umsetzung von Klimaprojekten gesehen werden. Zwar ist in einer Gemeinde ein langfristiges Vorhaben u.a.

zur Steigerung der Energieeffizienz vorhanden, Einflüsse hiervon auf den ILE-Prozess konnten aber nicht identifiziert werden (neutral). Des Weiteren wirkt einem Interviewpartner zufolge hemmend für Klimaschutzprojekte, dass andere Projekte, z.B. im Straßenbau, sichtbarer gegenüber z.B. der Energieeinsparung seien.

Auf Ebene der **internen Rahmenbedingungen** konnten keine fördernden oder hemmenden Faktoren für die Integration von Klimaschutz und Anpassung identifiziert werden.

Tab. 49: Einflussfaktoren auf die inhaltliche Integration von Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel in der ILE-Region Zwönitztal-Greifenseite

Quelle: eigene Darstellung

inhaltliche Integration	Einflussfaktoren
niedrig - mittel	fördernd: <ul style="list-style-type: none"> • externe Rahmenbedingungen: Förderung von Wärmedämmungsmaßnahmen über die ILE-Richtlinie, Anforderungen an ILEK • Akteure: Planungsbüro Fachpromotor (Erstellung ILEK)
	neutral: <ul style="list-style-type: none"> • situative Rahmenbedingungen: <ul style="list-style-type: none"> - kommunales Projekt zur Steigerung der Energieeffizienz - Auswirkungen des Klimawandels • externe Rahmenbedingungen: EPLR und Richtlinie (außer Wärmedämmung, Anforderungen an ILEK → fördernd)
	hemmend: <ul style="list-style-type: none"> • situative Rahmenbedingungen: <ul style="list-style-type: none"> - Sichtbarkeit des Klimawandels gegenüber anderen Problemlagen gering - fehlende Strukturen zur Umsetzung von klimabezogenen Projekten • thematische Ausrichtung: Wirkung von Klimaschutzprojekten erst langfristig sichtbar • Akteure und Akteurskonstellationen: <ul style="list-style-type: none"> - geringer Stellenwert von Klimaschutz und Anpassung - negative Wahrnehmung des Themas Klimawandel, Verbindung zur lokalen Ebene nicht sichtbar - geringes Wissen im Bereich Klimaschutz und Anpassung - in kleinen Kommunen fehlen Spezialisten (eine Person muss viele Themen bearbeiten)

Die **externen Rahmenbedingungen**, d.h. das *Förderprogramm* und die *Richtlinie*, können als starke Einflussfaktoren auf den Prozess gesehen werden, die jedoch für die Themen Klimaschutz und Anpassung kaum Wirkung entfalten. So seien einem Interviewpartner zufolge Wärmedämmungsmaßnahmen nur umgesetzt worden, weil hier eine Förderung bestand. Innerhalb des Förderprogramms sind die inhaltlichen Anforderungen für ILEKs zwar auf die wirtschaftliche Entwicklung der Region und dem Umgang mit dem demographischen Wandel gerichtet, Klimaschutz und Hochwasserschutz stellen aber Bewertungskriterien für ILEKs dar. Die hohe Bedeutung

dieser Themen im ILEK könnte daher auf diese Vorgaben zurückzuführen sein. Dass auf der Maßnahmenebene die Bedeutung geringer ist, lässt sich neben akteursbezogenen Faktoren (s.u.) darauf zurückführen, dass für die Förderung erneuerbarer Energien und des Hochwasserschutzes andere Förderprogramme geeigneter seien.

Auf Ebene der **Akteure** lassen sich einige wichtige Einflussfaktoren identifizieren: Das mit der Aufstellung des ILEK beauftragte Planungsbüro wirkte als *Fachpromotor* fördernd für klimarelevante Themen. In der Umsetzung kommt den Themen durch die involvierten Akteure jedoch ein geringerer Stellenwert zu. Ein Interviewpartner benennt es v.a. für kleinere Gemeinden als wichtiger, die Versorgungsstrukturen aufrecht zu erhalten, als zum Klimaschutz beizutragen. Daher ist der geringe Stellenwert des Themas Klimawandel bei den Akteuren insgesamt als hemmend zu beurteilen. Die Wahrnehmung des Themas Klimawandel als negativ, zu komplex und globales Thema (Verbindung zur lokalen Ebene nicht deutlich sichtbar), kann als weiterer hemmender Faktor identifiziert werden. Zusätzlich ist das Wissen zur Anpassung an den Klimawandel kaum vorhanden. Als weiterer hemmender Faktor geht aus der Analyse hervor, dass in kleineren Kommunen die Themenvielfalt, die von wenigen Personen bearbeitet werden muss, sehr hoch ist. Die Fachkompetenz kann daher nicht in allen Themen stark ausgeprägt sein.

7.2 Beteiligungsfunktionen

Die Bewertung der Beteiligungsfunktionen umfasst zwei vor dem Hintergrund des Klimawandels am häufigsten diskutierten Funktionen der Beteiligung unterschiedlicher Akteure in der räumlichen Planung und Entwicklung: Zum einen geht es um die Bewertung hinsichtlich einer Erhöhung der Legitimation von Entscheidungen auf Basis einer Konsensbildung, hier wird die Beteiligung verschiedenster Akteure aufgrund der Unsicherheit und Komplexität des Klimawandels als entscheidend angesehen (vgl. Kap. 2.2.2). Zum anderen geht es um die Frage, welche Informationen über einen Beteiligungsprozess transportiert werden können, um Impulse zu setzen und die Akteure zum Handeln zu befähigen. Die Bewertungsmaßstäbe gründen sich auf Theorien und Konzepte im Bereich der Partizipations- und Governanceforschung unter demokratietheoretischen Aspekten und sind in Tabelle 50 dargestellt. Demgemäß wird beurteilt, inwiefern eine Beteiligungsfunktion als erfüllt, in Teilen erfüllt oder als nicht erfüllt angesehen werden kann und welche Einflussfaktoren hierauf wirken.

Tab. 50: Bewertungskriterien Beteiligungsfunktion

Quelle: eigene Darstellung

Dimension	Bewertungskriterien
Beteiligungsfunktion	Legitimationsfunktion*
	erfüllt: Das Entscheidungsgremium ist grundsätzlich zugänglich (z.B. über Wahl) und besteht aus Akteuren aus unterschiedlicher institutioneller und thematischer Hintergründe. Entscheidungen werden nach dem Mehrheitsprinzip gefällt, nach Verhandlung evtl. Interessenskonflikte. Über den Prozess wird umfassend berichtet (Transparenz).
	in Teilen erfüllt: Es werden nur einige Aspekte der Legitimationsfunktion erfüllt.
	nicht erfüllt: Das Entscheidungsgremium steht nur bestimmten Akteuren offen, Entscheidungen und Prozess wird von einzelnen Akteuren dominiert. Informationen über den Prozess sind kaum erhältlich. Wenige bis keine Diskussionen vor Abstimmungen bzw. bei Interessenskonflikten, einseitige Entscheidungen bei Abstimmungen.
	Informationsfunktion**
	erfüllt: Der Klimawandel, Klimaschutz und Anpassung werden im Prozess verhandelt, Beteiligungsformate und Öffentlichkeitsarbeit bieten die Möglichkeit zur Informationsverbreitung über diese Themen, Multiplikatoren dienen zur weiteren Informationsverbreitung. Experten werden einbezogen.
	in Teilen erfüllt: Zwar können relevante Themen im Prozess behandelt werden, sind aber untergeordnet.
nicht erfüllt: Der Prozess bietet keine Möglichkeiten zur Information über Belange des Klimaschutzes oder der Anpassung (direkt oder über Multiplikatoren) sowie zur Generierung von Wissen.	
Einflussfaktoren auf die Beteiligungsfunktion	fördernd: Faktoren, die a) darauf wirken, dass das Entscheidungsgremium entsprechend demokratischen Prinzipien agiert, transparente Strukturen vorherrschen und Informationen an den Prozess weitergegeben werden; b) einen Einfluss darauf nehmen, dass über den Prozess Informationen zu bestimmten Themen weitergegeben werden können und neues Wissen generiert wird.
	neutral: Faktoren, die keine Wirkung ausüben bzw. deren Wirkung nicht eingestuft werden kann.
	hemmend: Faktoren, die Einfluss darauf nehmen, dass a) der Prozess und die Entscheidungen von bestimmten Akteuren dominiert wird und geschlossene Strukturen sowie einen intransparenten Prozess schaffen, sowie b) eine Informationsverbreitung über die eigentliche Prozessstruktur sowie die Generierung von neuem Wissen behindert wird.

7.2.1 LEADER Nordschwarzwald

7.2.1.1 Ausprägung der Beteiligungsfunktionen

Die *Legitimationsfunktion* kann in der LEADER-Region Nordschwarz als **in Teilen erfüllt** angesehen werden. Die Beteiligung findet im Wesentlichen über die LAG bzw. die Mitgliederversammlung als Entscheidungsgremium statt. Das Entscheidungsgremium bindet zwar viele verschiedene Interessensgruppen unterschiedlicher Akteursgruppen ein. Jedoch ist der Zugang zum Entscheidungsgremium nicht für jeden offen: Die Mitgliedschaft ist organisationsbezogen, d.h. individuelle Privatpersonen können nicht vertreten sein. Weitere Beteiligungsformate sind kaum vorhanden. Gegenstand der Mehrheitsentscheide sind die umzusetzenden Projekte. Die Konsensbildung findet aber weniger in dem Entscheidungsgremium, sondern eher im Vorfeld der Entscheidung statt, da die Projekte so vorbereitet werden, dass sie nach den Vorgaben der Förderprogramme zustimmungsfähig sind. Zudem wird die eigentliche Entscheidung über die Förderfähigkeit der Projekte durch die Bewilligungsstellen gefällt. Das REK wurde als Fortschreibung von LEADER+ ohne breiten Beteiligungsprozess erarbeitet. Zwar wird über verschiedenste Medien über den Prozess informiert, im Vordergrund steht jedoch die Information über umgesetzte Projekte, Informationen zur Arbeit des Entscheidungsgremiums wurden erst gegen Ende des Förderzeitraums auf der Homepage eingestellt.

Die Funktion der Beteiligung hinsichtlich der Informationsverbreitung wird **nicht erfüllt**, da Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel keine bzw. nur eine geringe Rolle im Prozess spielten. Dazu gab es nur wenige Projekte, die überhaupt eine Funktion zur Informationsverbreitung einnehmen.

7.2.1.2 Einflussfaktoren

Die Beteiligungsstrukturen der LEADER-Region wirken hemmend für die Beteiligung individueller privater Akteure (aufgrund des „Vertretungsprinzips“). Die internen institutionellen Rahmenbedingungen sind als Ergebnis der externen Rahmenbedingungen zu sehen: Die Analyse zeigt, dass durch die Förderprogramme sehr genaue Vorgaben bzgl. der Beteiligung über das Entscheidungsgremium bzw. die LAG gegeben sind. Bezüglich der weiteren Beteiligung und der Öffentlichkeitsarbeit bestehen aber weniger genaue Vorgaben. In diesem Prozess wurde eine größere Beteiligung an der Erstellung des REK dadurch gehemmt, dass die Kooperation aus LEADER+ fortgeführt und das REK fortgeschrieben wurde (Informationsveranstaltungen und Abstimmungsgespräche vorwiegend mit Kommunen und anderen Organisationen). Als

Grund wurde der hohe organisatorische Aufwand für große Bürgerbeteiligungsveranstaltungen genannt. Die starke Einflussnahme der externen Rahmenbedingungen zeigt sich für den folgenden Förderzeitraum: so wird nach Auskunft des Regionalmanagements für die Erstellung des REKs eine größere Bürgerbeteiligung durchgeführt, da die neue Landesregierung einen stärkeren Wert auf Bürgerbeteiligung legt.

Ein stark hemmender Faktor für die Beteiligung auf Projektebene wird in den Genehmigungsverfahren gesehen. Der hohe Aufwand und die langen Verfahren sind z.T. ursächlich dafür, dass Antragssteller ihre Förderanträge zurückziehen oder sogar davon abgehalten werden, überhaupt einen Projektantrag zu stellen. Zudem wirke für die Umsetzung von privaten Projekten hemmend, dass die Fördersätze für Kommunen höher sind. Private Vorhaben erhalten z.T. eine 10 bis 30 Prozent geringere Förderung als kommunale Zuwendungsempfänger (Nr. 8.3 ELR). Der für private Akteure geringere Nutzen könnte hinderlich wirken, sich an dem Prozess zu beteiligen.

Auf Seiten der akteursbezogenen Faktoren sind für eine Beteiligung in LEADER weitere individuelle Faktoren entscheidend: So geht aus der Analyse hervor, dass Zeit sowie der individuelle Nutzen das generelle Engagement der Akteure beeinflusst.

Tab. 51: Einflussfaktoren auf die Beteiligungsfunktionen in der LEADER-Region Nordschwarzwald

Quelle: eigene Darstellung

Beteiligungsfunktionen	Einflussfaktoren
Legitimation: <i>in Teilen erfüllt</i> Information: <i>nicht erfüllt</i>	fördernd: <ul style="list-style-type: none"> • externe Rahmenbedingungen: Vorgaben für die Zusammensetzung des Entscheidungsgremiums (Legitimation)
	neutral: /
	hemmend: <ul style="list-style-type: none"> • interne Rahmenbedingungen: <ul style="list-style-type: none"> – Beteiligungsstrukturen berücksichtigen individuelle private Akteure weniger – längere Kooperationskultur in Kombination mit fehlenden Vorgaben (externe Rahmenbedingungen) zur Erstellung des REK (Verfestigung von Machtstrukturen) • externe Rahmenbedingungen: <ul style="list-style-type: none"> – geringere Fördersätze für private Akteure – langwierige Genehmigungsverfahren • Akteure und Akteurskonstellationen: Zeitmangel (hinsichtlich des generellen Engagements, Wahrnehmung der Multiplikatorfunktion)

7.2.2 LEADER Storchenland Prignitz

7.2.2.1 Ausprägung der Beteiligungsfunktionen

Die *Legitimationsfunktion* kann in der LEADER-Region Storchenland Prignitz als **in Teilen erfüllt** gesehen werden, in einigen Bereichen werden die Kriterien voll **erfüllt**. Dies gilt besonders für das Entscheidungsgremium. Es wird vom für alle Akteure offenen Verein gewählt und ist thematisch ausgewogen zusammengesetzt. Dies wird dadurch gewährleistet, dass einige Organisationen automatisch Mitglieder sind. Somit sind zwar einige Plätze nur über eine organisationale Mitgliedschaft zugänglich, die restlichen werden jedoch per Wahl im Verein vergeben. Gegenstand der Entscheidungsfindung sind vorwiegend Projekte, die nach Diskussion per Mehrheitsentscheid getroffen werden. Die Entscheidungskompetenz des Gremiums wird aber dadurch eingeschränkt, dass die Bewillungsverfahren lange dauern und durch Rückfragen und Auflagen Einfluss genommen wird (Mehrebenenproblematik). Mit dem jährlichen Regionalforum besteht eine weitere Diskussionsplattform für die regionale Entwicklung. Die Legitimationsfunktion wird dadurch eingeschränkt, dass die Erarbeitung der GLES als Fortschreibung des bestehenden LEADER+-Konzeptes unter der Beteiligung eines kleinen Personenkreises stattgefunden hat. In der Öffentlichkeitsarbeit wird grundsätzlich über umgesetzte Projekte und die Fördermöglichkeiten informiert, über die LAG und die hier getroffenen Entscheidungen dagegen nicht, was die Transparenz der LAG-Arbeit eingeschränkt.

Die Funktion der Beteiligung hinsichtlich der Informationsverbreitung ist **nicht erfüllt**, da Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel keine bzw. nur eine geringe Rolle im Prozess spielten. Dies gilt sowohl für die Akteursbeteiligung und die Öffentlichkeitsarbeit, als auch für die Projekte, von denen nur wenige eine Informationsfunktion einnehmen. Effekte der Biogasstudie können nicht ausgemacht werden, da die Studie sich zum Zeitpunkt der Untersuchung noch in der Erstellung befand.

7.2.2.2 Einflussfaktoren

Ein wesentlicher Einflussfaktor geht von den Festlegungen in Förderprogramm und Richtlinie aus, die fördernd auf die Zusammensetzung des Entscheidungsgremiums und die Organisation der Region wirken. Die Öffentlichkeitsarbeit betreffende Festlegungen bestehen jedoch nicht. Die externen Rahmenbedingungen haben somit einen wichtigen Einfluss auf die Beteiligungsstrukturen der Region, die durch die Organisation als Verein allen Akteuren offensteht. Inwieweit akteursbezogene Faktoren einen Einfluss auf die Beteiligungskultur haben, lässt sich der Analyse nicht abschließend

entnehmen, in den Interviews schien aber auf Seiten der Akteure eine hohe Bereitschaft für einen breiten Beteiligungsprozess zu bestehen.

Tab. 52: Einflussfaktoren auf die Beteiligungsfunktionen in der LEADER-Region Storchenthal-Prignitz

Quelle: eigene Darstellung

Beteiligungsfunktionen	Einflussfaktoren
Legitimation: <i>(in Teilen) erfüllt</i>	fördernd: <ul style="list-style-type: none"> • externe Rahmenbedingungen: Vorgaben zur Zusammensetzung des Entscheidungsgremiums • Akteure: Integration der LEADER-Aktivitäten in die berufliche Tätigkeit
	neutral: /
	hemmend: <ul style="list-style-type: none"> • Akteure und Akteurskonstellationen: <ul style="list-style-type: none"> - Zeitmangel (z.B. durch berufliche Tätigkeit) - geringe Akteursdichte im ländlichen Raum (starke Beanspruchung einzelner Personen) - fehlende Kompetenzen bei der Öffentlichkeitsarbeit (hier: Gestaltung Homepage)
Information: <i>nicht erfüllt</i>	

Als hemmender Faktor für die Legitimationsfunktion wird die geringe Akteursdichte im ländlichen Raum genannt. Dadurch können zum einen Meinungen schon vorab in anderen Kontexten gebildet worden sein. Zum anderen gibt es nur einen kleinen Kreis an Akteuren, die sich an LEADER oder ähnlichen Kooperationen beteiligen können, so dass dies zu einer Überlastung der sich häufig ehrenamtlich engagierenden Menschen führen könnte. Des Weiteren konnten individuelle akteursbezogene Faktoren identifiziert werden, die hemmend auf die Informationsverbreitung und Beteiligung wirken (Kompetenzen in Bezug auf Pflege / Aufbau Homepage; fehlende Zeit aufgrund beruflicher Belastung). Hingegen scheint es förderlich für die Beteiligung zu sein, wenn die LEADER-Arbeit in den Beruf integriert werden kann.

7.2.3 ILE Südliches Osnabrücker Land

7.2.3.1 Ausprägung der Beteiligungsfunktionen

Die Bewertung der *Legitimationsfunktion* in der ILE-Region Südliches Osnabrücker Land muss zwar insgesamt als **nicht erfüllt** angesehen werden, es müssen aber die Phasen der Erarbeitung des REK und seiner Umsetzung unterschieden werden. Grundsätzlich ergibt sich diese Bewertung aus dem Umstand, dass der Zugang zu dem Entscheidungsgremium nicht frei ist, öffentliche Akteure bilden den Großteil der Mitglieder und dominieren den Prozess. Entscheidungen über Projekte werden zwar

auf Grundlage von Diskussionen und Abstimmungen getroffen, im Konfliktfall zeigen sich z.T. Ausweichverhalten und die Dominanz lokaler Interessen gegenüber regionalen Kompromissen. Für die erste Prozessphase der Erarbeitung des ILEK muss dieses Bild jedoch um die Beteiligung weiterer Akteure und verschiedenster Interessengruppen in der Auftaktveranstaltung und den AK-Sitzungen ergänzt werden. Auch wenn in diesen Gremien auch mehrheitlich öffentliche Akteure vertreten sind, ist der Prozess der ILEK-Erarbeitung als offen anzusehen. In der Phase der Umsetzung, die den Großteil des Förderzeitraums einnimmt, stellt sich der Prozess dagegen als geschlossen dar. Die Öffentlichkeitsarbeit in diesem Zeitraum zielt hauptsächlich auf die Vorstellung von Projekten und den Fördermöglichkeiten und weniger auf die Information über die Arbeit des Entscheidungsgremiums (eingeschränkte Transparenz).

Die Funktion der Beteiligung hinsichtlich der Informationsverbreitung ist **nicht erfüllt**, da Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel keine bzw. nur eine geringe Rolle im Prozess spielten. Impulse, die von der Klimaschutzinitiative des Landkreises Osnabrück zur Informationsverbreitung ausgehen, können nicht bewertet werden, da sich diese erst gegen Ende des Förderzeitraums etabliert hat.

7.2.3.2 Einflussfaktoren

Das Förderprogramm und die Richtlinie verlangen eine breite Beteiligung bei der Erstellung des ILEK (fördernd). Die Zusammensetzung des Entscheidungsgremiums in Form einer öffentlich-privaten Partnerschaft ist dagegen nicht vorgeschrieben. Auf Ebene der externen Rahmenbedingungen wird von zwei Interviewpartnern als hemmend für die Beteiligung privater Akteure (v.a. auf Projektebene) bewertet, dass die Komplexität und Bürokratie eines ILEK für einen Bürger nicht sehr einfach nachzuvollziehen ist, Vertreter von Verbänden und Behörden seien hiermit dagegen vertrauter. Auch wirke hemmend für die Beteiligung privater Akteure, dass viele förderfähige Maßnahmen nicht über private Akteure umsetzbar seien (z.B. Infrastruktur). Die Richtlinie zeigt zudem, dass der Fördersatz für Gemeinden bei vielen Maßnahmen rund 15 Prozent höher liegt, als für andere Akteure (Nr. 5.2.2 ZILE-RL).

Auf Ebene der Akteure wirkt für die Beteiligung v.a. fördernd, wenn aus dem Prozess ein Nutzen gezogen werden kann (z.B. Einflussnahme auf den Prozess, Umsetzen von Projekten). Hemmend wirken einem privaten Akteur zufolge dagegen fehlende Eigenmittel (z.B. bei Vereinen, die sich Kooperationspartner suchen bzw. die Gemeinden ansprechen müssen). Grundsätzlich zeigt sich auch hier, dass das Engagement stark von individuellen Faktoren geprägt ist (z.B. beruflicher Kontext).

Tab. 53: Einflussfaktoren auf die Beteiligungsfunktionen in der ILE-Region Südliches Osnabrücker Land

Quelle: eigene Darstellung

Beteiligungsfunktionen	Einflussfaktoren
Legitimation: <i>nicht erfüllt</i> Information: <i>nicht erfüllt</i>	fördernd: <ul style="list-style-type: none"> • externe Rahmenbedingungen: Vorgaben bzgl. des Beteiligungsprozesses zur Erstellung des ILEK • Akteure: eigener Nutzen aus dem Prozess
	neutral: /
	hemmend: <ul style="list-style-type: none"> • interne Rahmenbedingungen: Größe und Programminhalt der Beteiligungsformate zur Erstellung der Strategie hinderlich für Diskussionen • externe Rahmenbedingungen: <ul style="list-style-type: none"> – Komplexität und Bürokratie der ILE-Förderung für private Akteure schwer nachvollziehbar – Beteiligung privater Akteure: viele Maßnahmen nur durch öffentliche Akteure umsetzbar – Beteiligung privater Akteure: oft fehlende Eigenmittel, geringere Fördersätze als bei öffentlichen Akteuren

Ein hemmender Faktor für die Informationsverbreitung ist auf Ebene der internen Rahmenbedingungen bzw. der Organisation der Beteiligung zu identifizieren: Die Größe der Auftaktveranstaltung und der Arbeitskreise sowie die Dichte des Programms (Informationen zur Förderung, Erarbeitung der SWOT-Analyse) fokussieren auf die für die Bewerbung erforderlichen Aspekte und schränken den Raum für weitere Diskussionen ein.

7.2.4 ILE Zwönitztal-Greifensteinregion

7.2.4.1 Ausprägung der Beteiligungsfunktionen

Die *Legitimationsfunktion* wird in der ILE-Region Zwönitztal-Greifensteine als **nicht erfüllt** bewertet. Diese Bewertung gilt nicht für die Anfangsphase des Prozesses, da während der Erstellung des ILEK eine Beteiligung verschiedenster Interessensvertreter und Akteursgruppen über AGs durchgeführt wurde und eine nach LEADER-Kriterien zusammengesetzte LAG bestand. Nach der Anerkennung als ILE-Region und in der anschließenden Umsetzungsphase ergibt sich jedoch eine andere Situation: Der Verein ist zwar grundsätzlich offen, der Zugang zum Entscheidungsgremium ist dagegen eingeschränkter, da er vom Vereinsvorstand ernannt wird. Das Entscheidungsgremium vertritt nur einen kleinen Kreis von Akteuren, da er stark öffentlich geprägt ist und einige Themenfelder durch die Akteure nicht vertreten sind (z.B. Umwelt). Die

Arbeit im Entscheidungsgremium betrifft die umzusetzenden Projekte, Entscheidungen werden auf Basis von Diskussionen und Abstimmungen (auch im Fall von Interessenskonflikten) getroffen. Jedoch tritt hier einschränkend hinzu, dass v.a. kommunale Interessen durchgesetzt werden. Zudem benötigen Privatpersonen erst ein positives Votum ihrer Kommune für die Antragsstellung. Die Öffentlichkeitsarbeit besteht vorwiegend aus Informationen zu den Projekten und den Fördermöglichkeiten, Informationen über die Arbeit des Entscheidungsgremiums lassen sich dagegen nicht finden (eingeschränkte Transparenz).

Die Funktion der Beteiligung hinsichtlich der Informationsverbreitung ist **nicht erfüllt**. Zwar sind im REK viele Aspekte des Klimaschutzes und der Anpassung thematisiert. Diese wurden aber anscheinend weniger im Prozess selbst diskutiert, als vielmehr durch das mit der Erarbeitung des ILEK beauftragte Planungsbüro in das Konzept eingebracht. Darüber hinaus spielen Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel keine bzw. nur eine geringe Rolle in der Umsetzung des ILEK.

7.2.4.2 Einflussfaktoren

Auf Ebene der *externen Rahmenbedingungen* bestehen keine Anforderungen an die Akteursbeteiligung. Besonders deutlich wird der Zusammenhang zwischen den Anforderungen in den Förderprogrammen und der Ausprägung der Beteiligung in dieser ILE-Region: Da sich in Sachsen zunächst alle Regionen mit einem ILEK als LEADER-Region beworben haben, richtete sich die Organisation der Beteiligung zunächst nach den LEADER-Vorgaben. Nachdem die Region nicht als LEADER-, sondern als ILE-Region anerkannt wurde, wurde diese Struktur nicht weiterverfolgt. Die Beteiligungsstrukturen in ILE sind als eher geschlossen anzusehen. Hieraus zeigt sich die fördernde Wirkung von Festlegungen in den Richtlinien auf die Beteiligungsstruktur. Jedoch scheint auch auf Seiten der regionalen Akteure die Bereitschaft zum Engagement in dem Prozess zu bestehen.

Die förderfähigen Maßnahmen zielen eher auf kommunale Projektträger, beispielsweise liegt der Fördersatz bei einer Maßnahme für private Akteure (bauliche Maßnahmen, Kapitel E RL ILE/2011) deutlich niedriger als der Fördersatz einer kommunalen Maßnahme (technische kommunale Infrastruktur, Kapitel C RL ILE/2011). Zudem fehle privaten Akteuren und Vereinen häufig das Geld zur Projektumsetzung. Der fehlende Nutzen des Prozesses wirkt somit hemmend auf die Beteiligung dieser Akteursgruppen. Hinsichtlich der Beteiligung während der Phase der Konzepterstellung ist Zeitmangel als hemmender akteursbezogener Faktor für die Teilnahme an den AG-Sitzungen zu werten.

Tab. 54: Einflussfaktoren auf die Beteiligungsfunktionen in der ILE-Region Zwönitztal-Greifensteine

Quelle: eigene Darstellung

Beteiligungsfunktionen	Einflussfaktoren
Legitimation: <i>nicht erfüllt</i>	fördernd:
	<ul style="list-style-type: none"> externe Rahmenbedingungen: Vorgaben zur Beteiligungsstruktur (nur für ILEK-Erstellung vorhanden)
	neutral: /
Information: <i>nicht erfüllt</i>	hemmend: <ul style="list-style-type: none"> externe Rahmenbedingungen: Fördermaßnahme zielen auf öffentliche Akteure, geringere Fördersätze bei privaten Akteuren Akteure: <ul style="list-style-type: none"> Beteiligung privater Akteure: fehlende Eigenmittel Beteiligung privater Akteure: geringerer Nutzen des Prozesses Zeitmangel

7.3 Kooperation ILE / LEADER mit der Regionalplanung im Sinne einer regionalen Strategiebildung

Die Bewertung der regionalen Strategiebildung stützt sich auf das Modell von WIECHMANN (2008) zur Analyse regionaler Strategiebildung. Es wird bewertet, wie ausgeprägt die Elemente einer Strategiebildung in der Kooperation zwischen den LEADER- und ILE-Regionen und der Regionalplanung sind. Zwar ist eine direkte Kooperation keine zwingende Voraussetzung für eine Strategiebildung, an die formellen und informellen Instrumente der räumlichen Planung und Entwicklung besteht allerdings die Anforderung, sich abzustimmen, um eine Strategie bzw. strategisches Verhalten zu entwickeln (s. Kap. 3.3.2). Daher werden Kooperationen in dieser Bewertung vorausgesetzt, um strategisches Handeln hinsichtlich Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel ausbilden zu können.

Tab. 55: Bewertungskriterien Kooperation / Strategiebildung

Quelle: eigene Darstellung

Dimension	Bewertungskriterien
regionale Strategiebildung zwischen LEADER / ILE und Regionalplanung	stark ausgeprägt: Eine Kooperation zwischen LEADER / ILE und der Regionalplanung findet statt, es können alle Elemente einer Strategiebildung identifiziert werden (Strategisches Konzept / Diskurs, induziertes / autonomes strategisches Verhalten, Strategieumsetzung / -anwendung).
	mäßig ausgeprägt: Eine Kooperation ist vorhanden, strategischen Elemente gering ausgeprägt.
	schwach ausgeprägt: Kooperation geringerer Intensität, die aber keine strategischen Elemente erkennen lässt.

	nicht vorhanden: keine Kooperation
Einflussfaktoren auf die regionale Strategiebildung zwischen LEADER / ILE und Regionalplanung	fördernd: Faktoren die einen positiven Einfluss auf eine Kooperation der Instrumente im Sinne einer linearen oder adaptiven Strategieentwicklung ausüben.
	neutral: Faktoren, die keine Wirkung ausüben bzw. deren Wirkung nicht eingestuft werden kann.
	hemmend: Faktoren die einen positiven Einfluss auf eine Kooperation der Instrumente im Sinne einer linearen oder adaptiven Strategieentwicklung ausüben.

7.3.1 LEADER Nordschwarzwald

7.3.1.1 Ausprägung der regionalen Strategiebildung

Eine Kooperation zwischen der LEADER-Region Nordschwarzwald und dem Regionalverband Nordschwarzwald ist **nicht vorhanden**. Trotz der Beteiligung des Planungsverbands Nordschwarzwald (zusammen mit dem Mittleren Oberrhein) als Modellregion in dem Programm KlimaMORO und der Erarbeitung regionaler Klimaschutz- und Anpassungsstrategien unter der Einbeziehung informeller Instrumente, wurde die LEADER-Region nicht berücksichtigt.

Elemente einer Strategiebildung lassen sich nicht finden.

7.3.1.2 Einflussfaktoren

Zwischen der LEADER-Region Nordschwarzwald und dem Regionalverband hat keine Kooperation stattgefunden. Aus den Dokumenten und den Interviews konnten keine Faktoren abgeleitet werden, die explizit hemmend wirken. Nach dem Landesplanungsgesetz ist ein Zusammenwirken mit der Regionalentwicklung möglich und im Regionalplan ist unverbindlich festgelegt, sich u.a. mit LEADER hinsichtlich der Freiraumentwicklung abzustimmen. Kooperationen sind somit möglich. Die LEADER-Region und der Regionalplan zeigen zudem Themenfelder, die von beiden bearbeitet werden. Trotzdem werden von Regionalplanungsseite keine inhaltlichen Schnittstellen zu LEADER gesehen. Hier schließt sich daher die Frage an, ob diese Themenfelder wirklich die Basis für eine Kooperation darstellen können und sie im Detail ein Potential für eine Zusammenarbeit beinhalten, oder ob die fehlende Kooperation eher auf die beteiligten Akteure bzw. das Nichtwissen der Akteure über die Inhalte der Regionalplanung bzw. von LEADER zurückzuführen sind. Die Interviews deuten z.B. auf eine fehlende Wahrnehmung von LEADER auf Ebene der Planung hin bzw. auf

eine Wahrnehmung von LEADER als sektorale Förderpolitik, die nicht mit der räumlichen Planung in Verbindung steht. Ein hemmender Faktor für die Kooperation ist somit vermutlich in den externen Rahmenbedingungen, d.h. der administrativen Verortung der Regionalplanung und der Ländlichen Entwicklung zu sehen. Weitere Einflussfaktoren können in dieser Fallstudie nicht eindeutig identifiziert werden.

7.3.2 LEADER Storchenland Prignitz

7.3.2.1 *Ausprägung der regionalen Strategiebildung*

Die Kooperation zwischen der LEADER-Region Storchenland Prignitz und dem Regionalen Planungsverband Prignitz-Oberhavel wird als **schwach ausgeprägt / nicht vorhanden** bewertet. Neben einem gelegentlichen Informationsaustausch gab es in der Vergangenheit Ansätze zur Zusammenarbeit zu einem bestimmten Themenfeld, diese wurden aber aus verschiedenen Gründen nicht weitergeführt. Beide Regionen sind zwar in dem klimaschutzrelevanten Themenbereich erneuerbare Energien tätig, so dass hier eine inhaltliche Schnittmenge im klimarelevanten Bereich besteht. Die Zusammenarbeit reicht aber auch hier nicht über den Informationsaustausch hinaus. Dagegen wurden beiderseits Konzepte im Bereich der erneuerbaren Energien erstellt: Die Planungsgemeinschaft hat ein regionales Energiekonzept erstellt, die LEADER-Region eine Studie zur Energieversorgung mit Biogas. Beide Konzepte nehmen scheinbar keinen Bezug aufeinander. Sowohl das regionale Energiekonzept als auch die Biogasstudie wurden gegen Ende des LEADER-Förderzeitraums erstellt, so dass zu dem Zeitpunkt der Analyse nicht abzusehen ist, ob sich hieraus zukünftig gemeinsame Aktivitäten ergeben könnten. Obwohl durch die Erstellung der Konzepte sowohl über die Regionalplanung als auch über LEADER ein Diskurs zur Versorgung mit erneuerbaren Energien und einer möglichen Steuerung des Ausbaus geführt wird, findet dieser anscheinend unabhängig voneinander statt.

Dies führt in der Zusammenfassung zu einer Kooperation geringerer Intensität (v.a. Informationsaustausch), die aber keine strategischen Elemente erkennen lässt. Zwar sind Konzepte und Diskurse zu erneuerbaren Energien auf beiden Seiten zu erkennen. Diese wurden aber weder gemeinsam oder unter Einbeziehung der jeweils anderen Seite erstellt, bzw. es findet weder ein gemeinsam geführter Diskurs statt, noch lässt sich eine Beeinflussung des Handelns feststellen.

7.3.2.2 Einflussfaktoren

Eine Kooperation zwischen der LEADER-Region Storchenland Prignitz und dem Planungsverband hat über die Ebene des Informationsaustausches heraus nicht stattgefunden. Als hemmender Faktor können die fehlenden institutionellen Interdependenzen ausgemacht werden: So werden sowohl in der LEADER-Region als auch in dem Planungsverband die unterschiedlichen Strukturen und fehlenden formalen Schnittstellen als hemmende Faktoren benannt. Um Schnittstellen auf inhaltlicher Ebene erkennen zu können, müsste ein stärkerer Informationsaustausch vorhanden sein. Das Fehlen von genauen Informationen über die Aktivitäten der LEADER-Region wird daher als hemmender Faktor gewertet. Hinzu treten als hemmender Faktor Vorbehalte auf Akteursebene: So wird der Planungsverband als größere Gebietskulisse von einem Akteur als Vorbote einer neuen Gebietsreform gesehen.

7.3.3 ILE Südliches Osnabrücker Land

7.3.3.1 Ausprägung der regionalen Strategiebildung

Die Kooperation zwischen der ILE-Region Südliches Osnabrücker Land und der Regionalplanung im Landkreis Osnabrück im Sinne einer regionalen Strategiebildung ist **schwach ausgeprägt** vorhanden.

Eine Zusammenarbeit ist nur über die Einbeziehung von Landkreisvertretern in das Entscheidungsgremium und in die Arbeitskreise vorhanden und bestand v.a. darin, dass die Landkreisvertreter als Ansprechpartner für Fragen zur Verfügung standen, d.h. ihre Expertise in den Prozess eingebracht haben. Daneben konnten die Landkreisvertreter Erkenntnisse aus der ILE-Region in ihren Tätigkeitsbereich mitnehmen. Ein Hinweis auf konkrete Auswirkungen dieses Austausches konnte nicht identifiziert werden. Eine Kooperation auf Basis eines gemeinsam durchgeführten Projektes hat nicht stattgefunden (obwohl angedacht). Fragen, speziell den Klimaschutz und die Anpassung betreffend, sind nicht thematisiert worden.

Obwohl somit Strukturen zur Kooperation vorhanden sind, reicht die Intensität der Kooperation noch nicht über den Informationsaustausch hinaus. Für die zukünftige Entwicklung ist daher die Position der Klimaschutzinitiative und das Klimaschutzkonzept besonders interessant: Zwar zählen raumordnerische Aufgaben nicht zum Zuständigkeitsbereich der Klimaschutzinitiative, sie könnte aber das Potential haben, Impulse für einen über die Erstellung des Konzeptes hinausgehenden regionalen Diskurs zu Klimaschutzthemen zu schaffen. Ob hierdurch jedoch auch Verbindungen

zwischen der ILE-Förderung und der Regionalplanung geschaffen werden können, ist fraglich.

7.3.3.2 Einflussfaktoren

In der ILE-Region Südliches Osnabrücker Land findet eine Einbeziehung von Regionalplanungsvertretern in die Phase der Konzepterstellung und -umsetzung (Vertreter im Entscheidungsgremium) statt. Als fördernd hierfür kann die Regionalplanungskompetenz auf Landkreisebene angesehen werden: Den Gebietskörperschaften, Kommunen und Landkreisen, kommt eine wichtige Rolle in den ILE-Prozessen zu. Durch die Einbeziehung von Landkreisvertretern ist automatisch die Verbindung zu der Regionalplanung gegeben.

Obwohl im ILEK-Prozess ähnliche Themen diskutiert wurden, die auch der Regionalplan behandelt, können die Akteure dennoch auf Projektebene keine Schnittmengen identifizieren, so dass dies ein hemmender Faktor für eine Kooperation auf Projektebene darstellt. Ob für die fehlenden inhaltlichen Schnittmengen die Möglichkeiten der Förderrichtlinie oder die von den Akteuren selbst als wichtig erachteten Themen und Projekte verantwortlich sind, geht aus der Analyse nicht hervor.

7.3.4 ILE Zwönitztal-Greifensteinregion

7.3.4.1 Ausprägung der regionalen Strategiebildung

Die Kooperation im Sinne einer regionalen Strategiebildung zwischen der ILE-Region Zwönitztal-Greifensteine und dem Regionalen Planungsverband Region Chemnitz wird als **nicht vorhanden** bewertet.

Zwar wurde die Regionalplanung in die Beratungsgespräche zur Erstellung des ILEKs miteinbezogen, eine Zusammenarbeit darüber hinaus ist aber nicht festzustellen. Nach den Anfangsgesprächen gab es nur einen sporadischen Informationsaustausch und Abfragen. In dem Entscheidungsgremium ist die Regionalplanung, anders als in anderen ILE-Regionen in Sachsen, nicht vertreten.

7.3.4.2 Einflussfaktoren

Zwischen der ILE-Region Zwönitztal-Greifensteine und dem Regionalverband findet keine Kooperation statt, obwohl dies von Landesebene unterstützt wird. Dies stellt zwar für andere Regionen einen fördernden Faktor dar, wirkt in sich aber in der Zu-

sammenarbeit mit der ILE-Region Zwönitztal-Greifensteine nicht aus. Denn entscheidend sind akteursabhängige Einflussfaktoren: Laut eines Vertreters des Planungsverbandes hängt eine Kooperation z.B. davon ab, wer die Region leitet und welche Erfahrungen in der Vergangenheit mit dem Regionalverband gemacht wurden (aktorsbezogene Faktoren). Welche Faktoren im Fall dieser ILE-Region dafür verantwortlich sind, dass trotz der fördernden Ausgangsbedingungen keine Kooperation stattfindet, ist aus der Analyse aber nicht ersichtlich.

In Bezug auf die inhaltlichen Interdependenzen wird die ILE-Richtlinie von Seiten der Regionalplanung als hemmend bewertet, da diese kaum Schnittmengen für Kooperationsprojekte bietet.

7.4 Zwischenfazit

Die Bewertung zeigt, dass die Anforderungen, die hinsichtlich der inhaltlichen und prozessualen Integration von Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel an die LEADER- und ILE-Prozesse gerichtet werden, in allen Regionen nicht (vollständig) erfüllt werden.

Die *inhaltliche Integration* der Themen Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel ist in allen Fallstudien niedrig. Eine Ausnahme bildet die ILE-Region Zwönitztal-Greifensteine, deren ILEK eine mittlere Integration dieser Themen aufweist. Die Gründe hierfür sind in den Kriterien für die Bewertung der Konzepte und dem Planungsbüro, welches die Strategie verfasst hat, zu finden. Die Umsetzung des ILEK weist wiederum eine niedrige Integration auf. Die Hauptgründe für die geringe Bedeutung des Klimaschutzes und der Anpassung in den LEADER- und ILE-Prozessen ist v. a. auf Ebene der Akteure sowie der externen institutionellen und der situativen Rahmenbedingungen zu finden: Von wenigen Ausnahmen abgesehen (z.B. Wärmedämmung), setzen die Förderprogramme bzw. die Richtlinien kaum Impulse für den Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel. Dazu sind andere Fachförderungen besonders für den Klimaschutz bedeutender bzw. haben sogar einen Fördervorrang. Die Regionen weisen unterschiedliche Problemlagen und eine unterschiedliche Anfälligkeit gegenüber den Auswirkungen des Klimawandels auf. In einigen Regionen zeigen sich bereits starke Extremereignisse, die bei fortschreitendem Klimawandel zunehmen könnten. Dennoch geht von den (potentiellen) Auswirkungen des Klimawandels keine fördernde Wirkung aus, da sie von der Bewertung durch die handelnden Akteure abhängig sind. Bei den Akteuren zeigt sich nur ein geringer Stellenwert

des Themas Klimawandel gegenüber v.a. dem demografischen Wandel und der wirtschaftlichen Situation. Dazu fehlt häufig spezifisches Fachwissen, besonders hinsichtlich der Anpassung, Fachpromotoren sind jedoch kaum eingebunden.

Die **Funktion der Beteiligung**, die Legitimierung von Entscheidungen zu erhöhen, ist besonders in den ILE-Regionen nicht gegeben. Hier sind eine starke Dominanz der öffentlichen Akteure sowie geschlossene Machtverhältnisse auszumachen. In den LEADER-Regionen ist, bedingt durch die Vorgaben der Förderprogramme, eine ausgewogenere Zusammensetzung des Entscheidungsgremiums vorhanden, jedoch mangelt es in Teilen an der Zugänglichkeit des Gremiums sowie an der Transparenz des Prozesses. Auch die Funktion, über die Beteiligung Informationen über Klimaschutz und Anpassung verbreiten und somit ein Handeln ermöglichen zu können, ist in allen Regionen nicht erfüllt. Dies hängt zum einen damit zusammen, dass der Klimaschutz und die Anpassung in den Prozessen kaum thematisiert werden. Zum anderen bieten die Prozesse von ihrer Struktur her wenig Möglichkeiten, über Themen zu informieren, da in den Entscheidungsgremien hauptsächlich Projekte beraten werden und die Beteiligung zur Strategieerstellung wenig Raum für Diskussionen bietet. Zusätzlich nehmen die beteiligten Akteure ihre Multiplikatorenfunktion kaum wahr.

Eine Kooperation der LEADER- und ILE-Regionen mit der Regionalplanung hinsichtlich einer **regionalen Strategiebildung** ist in allen Regionen nicht vorhanden. In einigen Regionen bestehen keine Schnittmengen zwischen den Prozessen, v.a. weil die regionale Raumordnung und die Förderung der ländlichen Entwicklung als unterschiedliche Sektorpolitiken wahrgenommen werden. In anderen Regionen werden zwar Planungsakteure in die Prozesse miteinbezogen, ohne dass sich aber ein gemeinsames Handeln hieraus ergibt.

8 Synopse: Möglichkeiten und Grenzen informeller Instrumente vor dem Hintergrund des Klimawandels

„[...] but it is the local weather record on which people base their judgments. People judge climate change on the basis of conditions where they are“ (REPETTO 2008, S. 6).

In diesem Kapitel findet in einer Fallstudien übergreifenden Betrachtung der empirischen Erkenntnisse, eine Reflexion der Forschungsziele und die Ableitung der Möglichkeiten und Grenzen informeller Instrumente der ländlichen Raumentwicklung hinsichtlich der inhaltlichen und prozessualen Integration des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel statt. Auf Grundlage dieser Synopse werden anschließend Handlungsempfehlungen entwickelt.

8.1 Fallstudienübergreifende Reflexion der Forschungsziele

In Kapitel 1.4 wurde als Forschungsziel bestimmt, die Anforderungen zu untersuchen, die sich aus den Diskursen um Klimawandel und Raumplanung / -entwicklung für informelle Instrumente der räumlichen Planung und Entwicklung ergeben. Als Anforderungen wurden identifiziert:

- inhaltliche Integration von Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel
- prozessuale Integration:
 - Steigerung der Legitimation von Entscheidungen und Beitrag zur Informationsverbreitung durch Beteiligungsprozesse
 - Kooperation der (ländlichen) Regionalentwicklung mit der regionalen Raumordnung hinsichtlich einer regionalen Strategiebildung

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Evaluierung hinsichtlich dieser Forschungsziele kritisch reflektiert und die Übertragbarkeit der Ergebnisse auf andere Regionen und informelle Instrumente dargestellt.

8.1.1 Inhaltliche Integration von Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel

In allen Fallstudien zeigt sich eine eher *geringe Bedeutung von Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel* auf Ziel- und Maßnahmenebene. Zwar konnten einzelne Projekte identifiziert werden, die Handlungsfelder des Klimaschutzes oder der

Anpassung aufgreifen, diese sind aber nicht in einen übergreifenden Ansatz eingebunden. Im Fall der Vorhaben, die einen Bezug zur Anpassung vorweisen, handelt es nicht um Projekte zur vorausschauenden Anpassung, sondern um eine reaktive bzw. unbewusste Anpassung. Somit kann die ländliche Regionalentwicklung über LEADER und ILE die Erwartungen, die an informelle Instrumente hinsichtlich der inhaltlichen Integration gerichtet werden, derzeit nicht erfüllen. Dies gilt auch für die Abstimmung von Belangen des Klimaschutzes und der Anpassung (potentielle Konflikte) und für die Behandlung von Bereichen, auf die die formelle Raumplanung keinen Einfluss hat. Besonders die Landwirtschaft wird über LEADER und ILE kaum beeinflusst, im Tourismus und im Siedlungsbestand sind dagegen Potentiale vorhanden (s.u.). Die Gründe hierfür liegen, wie in Kapitel 7 gezeigt wurde, vorwiegend auf Ebene der **externen institutionellen Rahmenbedingungen**, d.h. der Förderprogramme und Richtlinien, sowie der Akteure⁷². Dies ist besonders relevant für die ländliche Entwicklung: bei LEADER und ILE handelt es sich um informelle Instrumente, die als Bottom up-Prozesse sehr stark von den Interessen der lokalen und regionalen Akteure abhängig sind, der Rahmen der Förderung aber „Top-down“ vorgegeben wird („Governance by Government“, s. Kap. 3.1.1.1). Auf Ebene der **internen institutionellen Rahmenbedingungen**, die sich aus dem Zusammenspiel der handelnden Akteure und der externen Rahmenbedingungen ergeben, zeigt sich eine Grenze in der fehlenden Überarbeitung der Entwicklungsstrategien: So können neuere Entwicklungen nur schwer aufgenommen werden.

Auch wenn sich auf Ebene der **situativen Rahmenbedingungen** die geringe Sichtbarkeit der Auswirkungen des Klimawandels gegenüber den Auswirkungen z.B. des demografischen Wandels als hemmender Faktor zeigt, entfaltet sich dieser jedoch erst in der Wahrnehmung und Bewertung der Entwicklungen durch die handelnden **Akteure**. Bei ihnen ist der Stellenwert der Themen Klimaschutz und Anpassung gering: In allen Fallstudien wird das „Problem“ Klimawandel durch andere Problemfelder überlagert, v.a. durch den demographischen Wandel mit den Auswirkungen auf Siedlungs- und Versorgungsstrukturen und durch die wirtschaftliche Situation (z.B. hohe Arbeitslosigkeit, Fachkräftemangel). Dies ist umso bemerkenswerter, als beide Problematiken in den vier Fallstudien unterschiedlich stark ausgeprägt sind. Obwohl einige Regionen von deutlichen Auswirkungen des Klimawandels betroffen sind, zeigen sich diese v.a. in Extremereignissen (z.B. Hochwasser, Stürme). Die ‚Sichtbarkeit‘ des Klimawandels ist somit angesichts der Problematiken, mit denen sich die Akteure alltäglich konfrontiert sehen, zu gering, so dass eine persönliche Betroffenheit durch die

⁷² s. auch NEUBERT 2014

Auswirkungen des Klimawandels kaum wahrgenommen wird. Damit einher geht eine klare Prioritätensetzung der Akteure, bei der der Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel nicht im Vordergrund stehen. Auch andere Forschungsprojekte zeigen, dass andere politische Ziele (z.B. finanzielle und ökonomische sowie auch soziale Interessen) wichtiger sind als der Umgang mit dem Klimawandel bzw. Umwelt- und der Naturschutz allgemein (vgl. z.B. BULKELEY, BETSILL 2003, 2005 zit. in WILSON 2006, S. 610; DEPPISCH, ALBERS 2012, S. 212; NISCHWITZ 2007, S. 3), so dass der Impuls, sich mit klimarelevanten Thematiken auseinanderzusetzen, weniger vom Thema Klimawandel selbst kommt, sondern von anderen Faktoren, wie finanziellen Anreizen (vgl. z.B. KLEMME 2011, S. 130).

Der geringe Stellenwert von Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel wird verstärkt durch die negative Konnotation des Klimawandels bzw. von Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen. Ohne die Unterstützung dieser Themen durch die vor Ort handelnden Akteure kann die Umsetzung jedoch nicht gelingen, da LEADER- und ILE-Projekte auf der finanziellen Beteiligung der lokalen und regionalen Akteure basieren. Daher werden die Projekte umgesetzt, in denen ein Mehrwert gesehen wird bzw. die den eigenen Interessen dienen. Dazu ist es den Akteuren wichtig, Projekte umzusetzen, die einen schnellen, sichtbaren Erfolg haben, wie z.B. bei Investitionen in bauliche Maßnahmen. Dies steht vielen Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen entgegen: Der Erfolg von Anpassungsprojekten zeigt sich darin, dass ein Schadensereignis - im Idealfall - nicht oder abgemildert eintritt, bei Klimaschutzprojekten ist, abgesehen von direkten finanziellen Vorteilen, der Effekt des Einsparens von THG-Emissionen nicht direkt sichtbar. Die Tendenz, die sich bei der Umsetzung zeigt, eher konsensfähige Projekte zu realisieren, zeigt die Gefahr des Konsensprinzips, auf dem regionale Kooperationen basieren: es besteht die Gefahr des „kleinsten gemeinsamen Nenners“ (FÜRST 2003, S. 446). Somit drohen die Themen Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel, als eher konfliktiv wahrgenommene Themen in informellen Kooperationen in den Hintergrund gedrängt zu werden.

Ein weiteres Defizit der Prozesse ist, dass **Fachpromotoren** für die Themen Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel, die gemäß anderer Studien eine entscheidene Bedeutung für die Integration von Klimathemen in Prozesse der (ländlichen) Regionalentwicklung haben (vgl. FROMMER ET AL. 2011B, S. 265; KEMPER, SCHLIPF 2011, S. 235), (fast) nicht in die Prozesse eingebunden sind. Diese wären aber wichtig, da besonders im Bereich der Anpassung an den Klimawandel, z.T. auch beim Klimaschutz, die Verbindung zu konkreten Maßnahmen auf lokaler Ebene fehlt.

Tab. 56: Möglichkeiten und Grenzen der inhaltlichen Integration von Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel in die ländliche Entwicklung

Quelle: eigene Darstellung

Ebene	Möglichkeiten	Grenzen
situative Rahmenbedingungen	<ul style="list-style-type: none"> • vorhandene (Forschungs-) Einrichtungen und Netzwerke 	<ul style="list-style-type: none"> • geringe Sichtbarkeit der Auswirkungen des Klimawandels im Vergleich mit anderen Problemlagen
Akteure	<ul style="list-style-type: none"> • Beteiligung von Fachpromotoren (jedoch nur in wenigen Regionen erfolgt) • Projekte mit schnell sichtbaren Effekten / finanziellem Mehrwert • konsensfähige Projekte 	<ul style="list-style-type: none"> • geringer Stellenwert des Themas Klimawandel • negative Wahrnehmung des Themas Klimawandel / Verbindung zur lokalen Ebene z.T. unklar • fehlende Zeit zur Verarbeitung von Informationen • z.T. fehlendes Fachwissen
interne institutionelle Rahmenbedingungen		<ul style="list-style-type: none"> • keine Überarbeitung der REK hinsichtlich neuer Themen / fehlende Impulse, neue Themen aufzugreifen
	<ul style="list-style-type: none"> • Abgrenzung der Regionen sowohl Möglichkeit als auch Grenze (je nachdem ob administrative oder funktionale Abgrenzung notwendig ist) 	
externe institutionelle Rahmenbedingungen	<ul style="list-style-type: none"> • EPLR und Richtlinien stehen Klimaschutz und Anpassung nicht grundsätzlich entgegen, enthalten aber keine / wenige (finanzielle) Anreize hinsichtlich Klimaschutz und Anpassung 	
	<ul style="list-style-type: none"> • Tourismus: Förderung bietet Ansatzpunkte, jedoch in den Regionen nicht genutzt • Verbesserung der gebäudlichen Energieeffizienz im Bestand (soweit nicht durch Fachförderungen abgedeckt) 	<ul style="list-style-type: none"> • integrierte ländliche Entwicklung sektorübergreifender Ansatz, keine Fokussierung auf Klimaschutz / Anpassung • Landwirtschaft: Förderung über LEADER / ILE nur gering, einzelbetriebliche Förderung wichtiger (Fokus von LEADER und ILE auf SP 3) • Fachförderungen hinsichtlich Klimaschutz (v.a. Energie) und Anpassung (v.a. Hochwasserschutz)

Eine Möglichkeit, fehlendes Wissen auf Ebene der lokalen Akteure zu kompensieren, kann die **Einbindung in Netzwerke** sein, wie das Beispiel der Klimaschutzinitiative in der Fallstudie Südliches Osnabrücker Land zeigt. Aufgrund des Zeitpunktes der Analyse konnte ein Einfluss der Klimaschutzinitiative auf den ILE-Prozess zwar nicht eindeutig belegt werden, jedoch zeigen andere Studien den positiven Einfluss von Netzwerken, z.B. bei der Verbreitung von Informationen und der Sensibilisierung von

Akteuren, auf (s. DAVIES 2005, S. 37; FROMMER 2010B, S. 76). Bei der Wissensvermittlung und Informationsverbreitung ist es v.a. wichtig, aufgrund der häufig fehlenden wahrgenommenen Betroffenheit (s.o.), die Akteure für das Thema Klimawandel zu sensibilisieren, Betroffenheit zu vermitteln und Handlungsdruck zu erzeugen (vgl. HEINELT, LAMPING 2014, S. 81; RIECHEL 2011, S. 193).

Die Evaluierung zeigt, dass eine stärkere Aufnahme von Klimaschutz und Anpassung in die REK nicht automatisch eine stärkere Berücksichtigung auf Maßnahmenebene nach sich zieht. Neben den o.g. akteursbezogenen Faktoren liegt ein Grund auch darin, dass in allen Fällen die REK offen formuliert sind und alle Themen, die über die Richtlinien gefördert werden können, den REK entsprechen. Somit wirken weniger die Entwicklungsstrategien und die Zielsetzungen der Regionen restringierend, als vielmehr die **Förderprogramme und -richtlinien**. Diese stehen Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen nicht explizit entgegen, setzen aber nur wenige Impulse: Zwar zeigt sich v.a. in Folge des Health Checks eine stärkere Berücksichtigung von Klimaschutz- und Anpassungsaspekten in den Dokumenten auf europäischer und nationaler Ebene sowie in den Entwicklungsprogrammen auf Bundesländerebene. LEADER und ILE dienen aber vorwiegend zur Umsetzung des fachlichen Schwerpunkts 3, in dem die wirtschaftliche Entwicklung und die Aufrechterhaltung der Lebensqualität im ländlichen Raum im Vordergrund steht. Klimaschutz- und anpassungsrelevante Fördermaßnahmen beschränken sich hauptsächlich auf erneuerbare Energien (Versorgungsnetze und kleinere Anlagen), Energieeffizienz (z.B. Dämmmaßnahmen), bestimmte Hochwasserschutzmaßnahmen und Maßnahmen im Zusammenhang mit der Erhaltung der Biodiversität. Generell gilt, dass die Richtlinien eng auf bestimmte Maßnahmen ausgerichtet sind. In der LEADER-Förderung gibt es zwar den Vorteil, dass auch Vorhaben gefördert werden können, die keiner Maßnahme zuzuordnen sind, aber den Zielen der geförderten Maßnahmen dienen (innovative LEADER-Maßnahmen). Für die untersuchten LEADER-Regionen zeigt sich aber auf Landesebene, dass innovativen Maßnahmen einen geringeren Anteil ausmachen (vgl. BONNEVAL 2010, S. 263-264; MLR 2010, S. 460-461). Die Regionen orientieren sich dagegen vorwiegend an den programmierten Maßnahmen (sog. *Mainstream-Maßnahmen*). Zudem bestehen für die Förderung der Anpassung an den Klimawandel, besonders aber für den Klimaschutz, viele Fachförderungen, die somit gewissermaßen in ‚Konkurrenz‘ zu der LEADER- und ILE-Förderung stehen. Dies führt dazu, dass die Handlungsmöglichkeiten für LEADER- und ILE-Regionen, Klimaschutz und Anpassung in ihre Projekte mit aufzunehmen, eingeschränkt sind: Zum einen ermöglichen die Richtlinien zur Umsetzung von LEADER und ILE nur ein begrenztes Maßnahmenspektrum

hinsichtlich Klimaschutz und Anpassung, zum anderen schließen andere Fachförderungen die Förderung über LEADER und ILE aus (Beispiel LEADER-Region Nordschwarzwald / Baden-Württemberg: Vorrang der Fachförderung) oder sind für die Akteure die attraktivere Förderung (z.B. weniger Bürokratieaufwand). Konkret zeigen sich für die relevanten Handlungsfelder für Klimaschutz und Anpassung die folgenden Grenzen und Möglichkeiten:

- **Landwirtschaft:** Zwar wird im Diskurs zu Klimawandel und Raumplanung die ländliche Entwicklung zur Umsetzung von Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen im Bereich Landwirtschaft hervorgehoben, für die Umsetzung dieser Maßnahmen über LEADER und ILE bestehen jedoch kaum Möglichkeiten. Vorhaben im Bereich der Landwirtschaft sind in den Fallstudien kaum anzutreffen und betreffen vorwiegend die Diversifizierung der Landwirtschaft. Für die Umsetzung von Klimaschutz und Anpassung in der Landwirtschaft ist die Bedeutung der einzelbetrieblichen Förderung über die Maßnahmen aus den Schwerpunkten 1 und 2 (v.a. Agrarumweltmaßnahmen) bedeutender.
- **Tourismus:** Es besteht die Möglichkeit, über LEADER und ILE im Bereich Tourismus zum Klimaschutz und der Anpassung beizutragen. Zwar konnten in diesem Handlungsfeld keine Projekte mit Klimaschutz- oder Anpassungsrelevanz identifiziert werden, die Analyse zeigt aber, dass in den Regionen Ansatzpunkte für die Schaffung ganzjähriger Tourismusangebote (Anpassung Wintertourismus) sowie zur Umweltbildung (z.B. Lehrpfade) vorhanden sind. Zudem kommen LEADER und ILE bei der Förderung des ländlichen Tourismus eine wichtige Bedeutung zu.
- **Siedlung / Verkehr:** In einigen Fallstudien werden viele Projekte im Siedlungsbestand umgesetzt und damit in einem Bereich, auf den die Raumplanung keinen bzw. wenig Einfluss ausüben kann. Zum Teil sind die Vorhaben hier mit klimaschutzrelevanten Maßnahmen im Energiebereich (z.B. Wärmedämmung) verbunden. Im Verkehrsbereich betreffen die umgesetzten Maßnahmen Straßen- und Wegebaumaßnahmen (kein Neubau), die nur geringfügige Bezüge zum Klimaschutz aufweisen (energieeffiziente Straßenbeleuchtung). Abgesehen von Vorhaben auf konzeptioneller Ebene werden in dem Handlungsfeld Verkehr wenig Möglichkeiten gesehen, über die LEADER- und ILE-Förderung einen Beitrag zum Klimaschutz (und zur Anpassung) zu leisten: Hier weisen andere Politikfelder und ihre Förderungen eine deutlich höhere Relevanz auf, da in der ländlichen Entwicklung zumeist die Aufrechterhaltung der Mobilität im Vordergrund steht

und weniger die Entwicklung klimafreundlicher Alternativen. Im anpassungsrelevanten Bereich „Hochwasserschutz“ sind zwar Möglichkeiten in der Förderung der ländlichen Entwicklung gegeben, für den technischen und den flächenhaften Hochwasserschutz sowie für die Erstellung von Hochwasserschutzkonzepten besteht jedoch ein großes Portfolio an fachlicher Förderung. Dasselbe gilt für die Förderung von erneuerbaren Energien (z.B. EEG).

- **Natur und Landschaft:** Im Bereich des ländlichen Naturerbes werden einige Projekte umgesetzt, die über den Schutz von Flora und Fauna sowie der Biotopvernetzung der Verbesserung der Biodiversität und somit in einem weiten Sinne der Anpassung an den Klimawandel dienen. Die umgesetzten Projekte sind jedoch als einzelne Vorhaben zu sehen, die nicht in übergeordnete Strategien eingebunden sind. Sie können jedoch weitere naturschutzfachliche Förderungen und Planungen ergänzen. Die Förderung von erneuerbaren Energien im Freiraum ist über LEADER / ILE (so gut wie) ausgeschlossen. Möglichkeiten hierfür werden allenfalls im konzeptionellen Bereich gesehen, wobei die Abgrenzung der Regionen problematisch sein kann (administrative gegenüber naturräumlicher Abgrenzung).

8.1.2 Beteiligungsfunktionen

8.1.2.1 *Legitimation von Entscheidungen und Konsensbildung*

Die Funktion der Beteiligungsprozesse, zur Konsensbildung und Erhöhung der Legitimation beizutragen, wurde für die LEADER-Regionen als *in Teilen erfüllt* und für die ILE-Regionen als *nicht erfüllt* bewertet. Dies steht im Einklang mit anderen Arbeiten, die für die ländliche Entwicklung - gerade auch im europäischen Kontext - große Unterschiede in der Ausgestaltung der Beteiligungsprozesse und somit auch deren Legitimierung aufzeigen (s. z.B. GIESSEN 2010; MOSE ET AL. 2014; SHORTALL, SHUCKSMITH 1998; THUESEN 2010, 2011). Im Sinne der Förderung sind die Prozesse jedoch legitimiert, da sie die jeweiligen Förderbedingungen erfüllen. Nach den hier angelegten (demokratiethoretischen) Maßstäben ergeben sich jedoch Defizite. Die Ausprägung der Beteiligung ist v.a. auf Vorgaben in den Förderprogrammen bzw. -richtlinien, akteursbezogene Faktoren (z.B. Mehrwert der Förderung für die Akteure, Interessen, Macht, zeitliche und organisatorische Ressourcen) und der sich hieraus ergebenden Organisationsstrukturen der Regionen zurückzuführen. Die festgestellten Defizite ste-

hen im Gegensatz zu der Darstellung der Beteiligungsprozesse in politischen Diskursen und den REK selbst, so dass hier nach ANTOS (2009) (s. Kap. 3.2.2) z.T. auch von einer inszenierten Einigkeit gesprochen werden kann.

Grundsätzlich muss bei der Beteiligung zwischen der Phase der *Konzepterstellung* und der *Konzeptumsetzung* unterschieden werden. Besonders in den beiden untersuchten ILE-Regionen unterscheiden sich diese Phasen hinsichtlich der Beteiligung deutlich, so dass auch von einem **Bruch in der Beteiligung** gesprochen werden kann: In der ersten Prozessphase (meist wenige Monate) fand die Erstellung des Konzeptes unter Einbeziehung verschiedenster Akteurs- und Interessensgruppen (z.B. über Arbeitsgruppen) statt. Danach folgte die Phase der Konzeptumsetzung, in der als fast einzige Form der Akteursbeteiligung das Entscheidungsgremium tagte. Unterschiede in der Ausgestaltung der Beteiligungsprozesse sind v.a. durch die **Vorgaben in den Förderprogrammen und -richtlinien** begründet, die besonders für die ILE-Regionen genaue Anforderungen an die Beteiligungsprozesse zur Konzepterstellung stellen. Jedoch sind in der Phase der Konzeptumsetzung die Ansprüche an die LEADER-Regionen, durch die Vorgaben der ELER-Verordnung bzw. der Förderprogramme und Richtlinien die Zusammensetzung des Entscheidungsgremiums betreffend (mind. 50 Prozent WiSo-Partner), höher. So zeigen sich in den Fallstudien entsprechende Unterschiede in der Zusammensetzung der LEADER- und der ILE-Regionen. Die Möglichkeit des Zugangs zum Entscheidungsgremium ist z.T. aber auch in den LEADER-Regionen für private Akteure nicht vollkommen offen, so dass hinsichtlich der Ausgestaltung der Beteiligungsstrukturen und der Kooperation über die allgemeine Kooperationskultur in der Region hinaus auch den **akteursbezogenen Faktoren** eine hohe Bedeutung zukommt. Begrenzend für die Beteiligung privater Akteure, die nicht hauptamtlich in einem Verein oder Verband aktiv sind, wirkt, dass sie ihr Engagement nicht mit ihrer beruflichen Tätigkeit verbinden können. Des Weiteren sind als Grenze für die Beteiligung privater Akteure die Förderbedingungen zu sehen, die für private Akteure geringere Fördersätze aufweisen, als für öffentliche Akteure. Demzufolge besteht für private Akteure ein geringerer Anreiz, sich in den Prozess einzubringen. Wie in allen Kooperationen spielt auch das Thema Macht eine wichtige Rolle: Dieser Aspekt wurde zwar nicht explizit untersucht, es zeigt sich aber, dass den Kommunen und Landkreisen schon deswegen eine dominante Akteursrolle zukommt, da sie den Prozess initiieren und die Kofinanzierung für die Konzepterstellung und das Regionalmanagement aufbringen. Somit zeigt diese Analyse, wie auch VON WINTERFELD darstellt, dass in Beteiligungsprozessen Macht und Ressourcen ungleich

zwischen den Akteuren verteilt sind (vgl. v. WINTERFELD 2012, S. 12-13). Informelle Prozesse und die mit ihnen verbundenen Beteiligungsprozesse verfügen somit nicht per se über eine höhere Legitimierung, sondern können genau die Benachteiligungen, die durch rechtliche Regelungen verhindert werden sollen, erzeugen (vgl. PETERS, PIERRE 2004, S. 89 zit. in v. WINTERFELD 2012, S. 6). Bestehende Machtverhältnisse können daher auch durch breitere Partizipationsansätze nicht aufgelöst werden (vgl. ALTRICK ET AL. 2006, S. 251), so dass der Legitimierung der untersuchten Prozesse nach den zugrunde gelegten Kriterien Grenzen gesetzt sind, sofern nicht rechtliche Regelungen bzgl. der Akteurszusammensetzung und Machtverteilung vorhanden sind. Eine Möglichkeit, der Manifestation von Ungleichheiten in informellen Beteiligungsprozessen zu begegnen, sind daher klare (förder)rechtliche Vorgaben, die die Akteurszusammensetzung und die Organisationsform der Regionen betreffen (wie bei anderen europäischen LEADER-Regionen, s. THUESEN 2010, 2011; NEUBERT 2009). Die Beteiligung nimmt zwar wichtige Funktionen in der Vernetzung von Akteuren ein (s. z.B. POLLERMANN ET AL. 2014, S. 134), weist aber nach demokratietheoretischen Maßstäben aber **z.T. eine nur geringe Legitimierung** auf.

Hinsichtlich der Funktion der Beteiligung zur Konsensbildung sollte darüber hinaus der **Gegenstand des Konsenses** genauer betrachtet werden: Dies sind, von der Phase der Konzepterstellung abgesehen, fast ausschließlich die umzusetzenden Projekte. Sofern sie den Richtlinien entsprechen, erfahren diese Projekte somit eine Legitimierung über das Förderrecht. Trotzdem ist eine hohe Legitimierung der Entscheidungsgremien aber wichtig, da sie über die Priorisierung der Projekte befinden und somit nach THUESEN über die Verteilung öffentlicher Gelder (mittelbar) mitentscheiden (vgl. THUESEN 2011, S. 576). Bei knapper werdenden finanziellen Ressourcen zeigt aber die Evaluierung, dass Tendenzen vorhanden sind, weniger inhaltliche, transparente Kriterien für die Priorisierung heranzuziehen, als vielmehr Interessen bestimmter Akteursgruppen zu bedienen, was die Legitimierung schwächt. Dies belegt zum einen die unterschiedliche Machtverteilung, zum anderen, dass in informellen Prozessen Interessenskonflikte möglichst vermieden werden: "Oft sind Governanceprozesse konsensorientiert, was jedoch dazu führt, dass gesellschaftliche Konflikte verdeckt werden" (v. WINTERFELD 2012, S. 8). In den untersuchten Fällen zeigt sich, dass **vorwiegend konfliktarme Themen** (z.B. Tourismus) bedient werden, was im Widerspruch zu Klimaschutz und Anpassung steht, die sowohl von den Akteuren als konfliktiv wahrgenommen als auch von der Wissenschaft aufgrund des Unsicherheitsfaktors als solche eingeordnet werden.

Der Gegenstand der Konsensbildung, d.h. die umgesetzten Projekte und Vorhaben, sind aber noch aus einem weiteren Grund interessant: Es handelt sich hier um Investitionen bzw. finanzielle Anreize, d.h. die investierende Person ist an der Umsetzung interessiert und akzeptiert somit ein ggf. vorhandenes Risiko. Anders ist dies, wenn nicht finanzielle Anreize gesetzt werden, sondern über Ordnungsrecht ein Zwang ausgeübt wird: In diesem Fall wird ein Handeln vorgeschrieben, eine Akzeptanz möglicher Risikofaktoren kann daher nicht vorausgesetzt werden. Dies bedeutet, dass das Problem von Entscheidungen unter Unsicherheit und der hieraus abgeleitete notwendige gesellschaftliche Diskurs zur Steigerung der Akzeptanz (s. Kap. 2.2.2) in den Bereichen wichtiger ist, wo ordnungsrechtliche Vorgaben bestehen. In der ländlichen Entwicklung werden dagegen finanzielle Anreize gesetzt.

Tab. 57: Möglichkeiten und Grenzen der prozessualen Integration von Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel in die ländliche Entwicklung: Beteiligungsfunktionen

Quelle: eigene Darstellung

Ebene	Möglichkeiten	Grenzen
Akteure	<ul style="list-style-type: none"> • Einbindung von Fachpromotoren (jedoch kaum vorhanden) 	<ul style="list-style-type: none"> • fehlender Mehrwert des Prozesses hindert v.a. private Akteure an der Beteiligung • zeitliche Ressourcen schränken die Multiplikatorfunktion ein
interne institutionelle Rahmenbedingungen		<ul style="list-style-type: none"> • Organisation der Beteiligung: Unterschiede Konzepterstellung und -umsetzung • Entscheidungsgremium und Regionalmanagement vorwiegend mit den Projekten befasst, wenige Impulse
externe institutionelle Rahmenbedingungen	<ul style="list-style-type: none"> • starker Einfluss auf die Gestaltung und Organisation der Beteiligungsprozesse durch Vorgaben der Programme und Richtlinien 	

8.1.2.2 Informationsfunktion

Die Informationsfunktion bezüglich Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel war in allen Regionen *nicht erfüllt*.

Wenn die Prozesse grundsätzlich hinsichtlich der Sensibilisierung für aktuelle Themen und der Verbreitung von Informationen hinterfragt werden, können zwar verschiedene **Ansatzpunkte** hierfür identifiziert werden, die jedoch eingeschränkt sind

und sich zwischen der Phase der Konzepterstellung und -umsetzung unterscheiden. Zum einen bietet sich diese Möglichkeit im Rahmen der **Konzepterstellung**: Die hier durchgeführten Beteiligungsformate dienen jedoch vornehmlich der Information über die Förderung und der Erarbeitung der SWOT-Analyse sowie der Entwicklungsstrategie. Die integrierte ländliche Entwicklung ist nicht auf ein Thema beschränkt, sondern arbeitet sektorübergreifend, so dass für die Information über Klimaschutz und Anpassung nur als Querschnittsthema Potential vorhanden ist. Zum anderen bietet sich eine Möglichkeit während der Konzeptumsetzung über die Entscheidungsgremien. Sie sind jedoch hauptsächlich mit der Beratung über und dem Beschluss von Projekten befasst und können somit kaum genutzt werden, um für die Belange des Klimaschutzes und der Anpassung zu sensibilisieren. Beteiligungsformen wie z.B. das in einer LEADER-Region durchgeführte Regionalforum, wo Experten für bestimmte Themen eingeladen werden, würden eine Möglichkeit darstellen, für aktuelle Themen zu sensibilisieren und Möglichkeiten für den Klimaschutz und die Anpassung aufzuzeigen. Ob die beteiligten Akteure über ihre **Multiplikatorfunktion** wesentlich zur Informationsverbreitung beitragen würden, geht aus der hier durchgeführten Evaluierung nicht eindeutig hervor. Trotzdem ist die Sensibilisierung für Fragen des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel wichtig, damit die Akteure ein Bewusstsein für diese Themen ausbilden, um „die Relevanz des Themas für sich selbst erkennen“ zu können (RIEHEL 2011, S. 193). Hierfür ist als allerdings wichtig, **Experten / Fachpromotoren** in den Prozess einzubeziehen. Da hier ein deutliches Defizit in den untersuchten Prozessen besteht, ist es in Bezug auf ARBTER (2010, S. 137) daher wichtig, bewusst Akteure einzubeziehen, die klimabezogene Themen vertreten. Dies war aber in den untersuchten Regionen nicht der Fall (abgesehen von der Klimaschutzinitiative in der Fallstudie ILE Südliches Osnabrücker Land, die von sich aus ILE-Regionen einbezogen hat).

8.1.3 Kooperation LEADER / ILE mit der Regionalplanung im Sinne einer regionalen Strategieentwicklung

In den untersuchten Regionen fanden zwischen der Regionalplanung und der (ländlichen) Regionalentwicklung *keine Kooperation im umfassenden Sinne* statt, da die Zusammenarbeit, sofern überhaupt vorhanden, lediglich auf **unregelmäßigem Informationsaustausch** beruhte. Auch Elemente der Strategiebildung konnten nicht identifiziert werden. Die Ergebnisse der Untersuchung von WEICK ET AL. (2012) für andere LEADER- und ILE-Regionen in Deutschland zeigen, dass eine fehlende Zusammen-

arbeit dieser Regionen mit der Regionalplanung und eine fehlende regionale Strategiebildung auf die meisten ländlichen Entwicklungsprozesse in Deutschland übertragbar sind. Über die ländliche Entwicklung hinaus bestehen auch für die Kooperation der Regionalplanung mit anderen informellen Prozessen der räumlichen Entwicklung Hemmnisse (s. z.B. ADAM, WIECHMANN 1999; MÜLLER 1999). Als Gründe wurden in den damaligen Untersuchungen z.B. **unzureichende personelle Ressourcen** und ein **unklarer Mehrwert der Kooperation** angeführt (vgl. ADAM, WIECHMANN 1999, S. 666; MÜLLER 1999, S. 598). Dies trifft zwar auch auf die untersuchten LEADER- und ILE-Prozesse zu. Neben mangelnden Ressourcen und unklaren Kooperationsvorteilen besteht hier allerdings ein großes Hemmniss in den unterschiedlichen administrativen Strukturen.

Die **unterschiedlichen administrativen Strukturen und Zuständigkeiten** sind daher als Grenze für die Kooperation zu sehen. Die Raumordnung und die ländliche Entwicklung als zwei unterschiedliche Politikfelder verfügen über getrennte administrative Strukturen und werden durch die Akteure zumeist als Bereiche gesehen, zwischen denen keine Verbindung besteht. Hierfür ist ein weites Verständnis von Raumplanung notwendig, das sich, wie in Kapitel 2.1.1 dargestellt, nicht nur auf die Ordnungsfunktion beschränkt. Eine Grundlage für die Stärkung der Entwicklungsfunktion der Raumplanung kann über die Landesplanungsgesetze gelegt werden. Aber auch mit Unterstützung von gesetzlicher Seite können weitere Faktoren die Kooperation restringieren, wie fehlende personelle Ressourcen auf Seiten der Regionalplanung, um sich in die z.T. in einer Planungsregion zahlreich vorhandenen LEADER- bzw. ILE-Prozesse einbringen zu können. Diese begrenzenden Faktoren stützt auch VALLÉE in den Untersuchungen zur strategischen Regionalplanung: Hier werden in der Praxis des Zusammenwirkens von Regionalplanung und -entwicklung die ungenügende personelle und finanzielle Ausstattung der Regionalplanung sowie die organisatorischen und landesplanerischen Rahmenbedingungen angeführt (vgl. EBD. 2012B, S. 5). Auch auf Akteursebene sind Grenzen zu erkennen: Dies sind auf Seite der Regionalplanung eine **Beschränkung auf die Pflichtaufgaben** und auf Seiten der LEADER- und ILE-Regionen ein **fehlendes Verständnis der Planungsstrukturen** und Vorbehalte gegenüber der Regionalplanung als vermeintlich übergeordnete Ebene. Eine weitere Möglichkeit, die Grenzen zwischen den Politikfeldern ländliche Entwicklung und Raumordnung zu überwinden, könnten „**dritte Akteure**“, wie beispielsweise sog. Klimamanager sein, die eine „Brückenfunktionen“ zwischen den Disziplinen einnehmen, um Kooperationen bzw. eine regionale Strategiebildung zu initiieren.

In der niedersächsischen Fallstudie findet eine Einbindung von Regionalplanungsvertretern in die Arbeitsgruppen und in das Entscheidungsgremium der ILE-Region statt. Der Grund hierfür könnte in der allgemein wichtigen Rolle der Landkreise in den LEADER- und ILE-Prozessen zu finden sein: In allen Fallstudien sind Landkreisvertreter eingebunden, im Unterschied zu den anderen Bundesländern liegt in Niedersachsen die Regionalplanungskompetenz auf Ebene der Landkreise, so dass sich hier akteursbezogene Interdependenzen ergeben. Dies führt aber nicht automatisch zu einer über diese Einbindung hinausführende Kooperation: Zwar bestehen thematische Überschneidungen zwischen der Regionalplanung und dem ILEK, auf Projektebene bestehen aber nur **wenige Schnittmengen**. Dies zeigt sich auch in den anderen Regionen. Als Grund wird die thematisch enge ILE-Förderung angeführt. Hier muss jedoch hinzugefügt werden, dass es zunächst eines kontinuierlichen Informationsaustausches bedarf, um überhaupt Schnittmengen erkennen zu können. Dieser Informationsaustausch war aber in den Regionen (fast) nicht gegeben. Denn wie die Fallstudie LEADER Storchenland Prignitz zeigt, sind Aktivitäten auf Seiten der LEADER-Region und des Planungsverbandes in einem klimaschutzrelevanten Bereich vorhanden (Biogasstudie / regionales Energiekonzept), zwischen denen Synergieeffekte entstehen könnten, aber nicht genutzt wurden.

Tab. 58: Möglichkeiten und Grenzen der prozessualen Integration von Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel in die ländliche Entwicklung: regionale Strategiebildung

Quelle: eigene Darstellung

Ebene	Möglichkeiten	Grenzen
institutionelle / administrative Faktoren / Interdependenzen	<ul style="list-style-type: none"> • Regionalentwicklung als Aufgabe der Raumordnung (z.B. Landesplanungsgesetz, regionales Leitbild) • Planungskompetenz und Träger der Regionalentwicklung in gleicher Gebietskörperschaft 	<ul style="list-style-type: none"> • unterschiedliche administrative Strukturen ohne Querverbindungen (keine Interdependenzen) • personelle / finanzielle Ressourcen
akteursbezogene Faktoren / Interdependenzen	<ul style="list-style-type: none"> • Doppelfunktion von Akteuren 	<ul style="list-style-type: none"> • Verständnis Raumordnung als Pflichtaufgabe • Vorbehalte gegenüber der Regionalplanung
inhaltliche Interdependenzen	<ul style="list-style-type: none"> • ähnliche Themen auf allgemeiner Ebene 	<ul style="list-style-type: none"> • auf Ebene der Zusammenarbeit (konkrete Projekte) wenige Interdependenzen erkennbar

In den untersuchten Fallstudien konnten keine Elemente einer **regionalen Strategiebildung** nach WIECHMANN (2008), sowohl im linearen als auch im adaptiven Sinne,

eindeutig identifiziert werden. Wie aufgezeigt, hat in einer Fallstudie (LEADER Storchland Prignitz) der hier zuständige Planungsverband zwar ein regionales Energiekonzept aufgestellt, welches die Funktion eines strategischen Konzepts einnehmen könnte. Eine strategiebildende Wirkung auf die Aktivitäten der LEADER-Region oder zur Initiierung eines strategischen Diskurses war zum Zeitpunkt der Analyse jedoch nicht erkennbar. Zwar zeigen der Planungsverband mit dem regionalen Energiekonzept wie auch die LEADER-Region mit der Biogasstudie Aktivitäten, die sich in den allgemeinen regionalen Diskurs vor dem Hintergrund des Ausbaus der erneuerbaren Energien einordnen lassen. Jedoch stehen diese Aktivitäten unverbunden nebeneinander. Ein anderer Weg scheint in der Fallstudie ILE Südliches Osnabrücker Land erkennbar: Mit dem Klimaschutzkonzept und der Klimaschutzinitiative des Landkreises besteht ein durch eine Förderung initiiertes ‚drittes Akteur‘, der den Impuls für eine regionale Strategiebildung geben könnte, welche die Regionalplanung und die ländliche Entwicklung miteinbezieht. Die Vorteile könnten darin bestehen, dass über die Förderung zusätzliche Personalressourcen vorhanden sind, um die Strategiebildung zu initiieren und dieser Akteur idealerweise unabhängig von den bestehenden administrativen Strukturen und somit sektorübergreifend handeln kann.

In dieser Arbeit wurde nicht unterschieden, ob ein adaptives oder lineares Vorgehen besser geeignet ist, hier zeigt sich aber weiterer Forschungsbedarf, gerade hinsichtlich der Legitimierung von Entscheidungen: Nach WIECHMANN ist ein adaptives Vorgehen u.a. angemessen, wenn auf eine breite demokratische Partizipation verzichtet werden kann (vgl. EBD. 2008, S. 37). Dies steht im Gegensatz zur Forderung einer breiten Beteiligung zur Erhöhung der Legitimierung von Entscheidungen unter Unsicherheit. Somit wäre nach dem Legitimationsgedanken ein lineares Vorgehen vorzuziehen. Dieses hält Wiechmann aber in einfach strukturierten Entscheidungssituationen für vorteilhafter (vgl. EBD.). Nach Literaturmeinung sind Entscheidungen bzgl. des Klimawandels jedoch komplexe Entscheidungsvorgänge, was wiederum für den Einsatz des adaptiven Paradigmas spricht. Dieses hat nach Wiechmann eine höhere Fehlertoleranz, Entscheidungen können korrigiert werden (vgl. EBD.).

8.2 Handlungsempfehlungen

Die hier untersuchten LEADER- und ILE-Regionen sind Beispiele für Bottom up-Ansätze in der (ländlichen) Regionalentwicklung, die sich unter dem Rückgriff auf die analytische Differenzierung von Governancetypen als „Governance by Government“

(s. Kap. 3.1.1.1) einordnen lassen. Dies bedeutet, dass sich der regionale Entwicklungsprozess in einem Spannungsfeld von Top down (Vorgaben der Förderprogramme und Richtlinien) und Bottom up (die Akteure und ihr Wissen, ihre Präferenzen und Ressourcen) vollzieht. Vor dem Hintergrund der Ergebnisse dieser Arbeit ist die Frage zu stellen, ob dem Problem mit einem mehr an Top down oder der Stärkung von Bottom up begegnet werden kann (vgl. NEUBERT 2014, S. 169; FROMMER ET AL. 2011B, S. 266). Zudem ist bei Top down-Regelungen zu beachten, dass diese bei Bottom up getragenen Prozessen scheitern können, wenn sie vor Ort nicht akzeptiert werden (vgl. CHRISTMANN 2013, S. 11). Daher liegen der Entwicklung der Handlungsempfehlungen die folgenden Annahmen zugrunde:

- Die ländliche Regionalentwicklung als sektorübergreifender Ansatz (,integrierte ländliche Entwicklung') bezieht viele Themenfelder ein, die Schwerpunktsetzung erfolgt durch die vor Ort handelnden Akteure. Aufgrund der bislang nur geringen Priorität von Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel in der ländlichen Regionalentwicklung, ist eine moderate Stärkung von „Top down“ erforderlich ohne die Handlungsmöglichkeiten auf lokaler Ebene einzuschränken (= Schaffung von stärkeren Impulsen durch (finanzielle) Anreize).
- Aufgrund der z.T. geschlossenen und nicht vollständig transparenten Beteiligungsstrukturen, fehlenden Experten für Klimaschutz und Anpassung sowie einer nicht vorhandenen Kooperation mit der Regionalplanung sind über die Förderprogramme und Richtlinien konkrete Vorgaben für diese Bereiche zu machen.

8.2.1 Inhaltliche Integration

Handlungsbereich: Zusammenspiel Fachförderung und ländliche Entwicklung

Vor dem Hintergrund der existierenden Fachförderungen muss abgewogen werden, welche Fördermaßnahmen für Klimaschutz und Anpassung in LEADER und ILE aufgenommen werden sollten. Vor allem im Bereich des Klimaschutzes bestehen über z.B. das EEG, die Kommunalrichtlinie Klimaschutz, der KfW-Förderung u.ä. zahlreiche Fördermöglichkeiten nicht nur für öffentliche Begünstigte, sondern auch für private Akteure. Im Bereich der Anpassung an den Klimawandel ist die Förderung des Hochwasser- und Küstenschutzes über die GAK sowie weitere Fachförderungen möglich. Daher ist eine Aufgabenkritik notwendig, welche Themen über die ländliche Regionalentwicklung, d.h. LEADER und ILE, abgedeckt werden sollten. In der hier durchgeführten Analyse zeigen sich mögliche Ansatzpunkte im Themenfeld Tourismus, der Dorferneuerung und im Naturschutz. Die Landwirtschaft, die aufgrund ihres

Beitrags zum und der gleichzeitigen Betroffenheit durch den Klimawandel (s. Kap. 1.3.2.2), ein wichtiges Themenfeld für den Klimaschutz und die Anpassung ist, kann über LEADER und ILE kaum adressiert werden. Zwar besteht die Notwendigkeit, den Klimaschutz und die Anpassung stärker im ELER zu verankern, die einzelbetriebliche Förderung wird aber auch in Zukunft unabhängig zu der LEADER- und ILE-Förderung bestehen.

Handlungsempfehlung 1.1:	Abstimmung der Fachförderungen und der ländlichen Entwicklung hinsichtlich der Förderung des Klimaschutzes und der Anpassung
Verantwortlich:	Fachressorts / -politiken auf Bundes- und Länderebene

Handlungsbereich: Anreize für Klimaschutz und Anpassung in der ländlichen Entwicklung schaffen

Die Einführung von Fördermaßnahmen - in Abstimmung mit anderen Förderungen (s.o.) -, die klimaschutz- und anpassungsrelevanten Aspekte umfassen, ist eine Möglichkeit, um den Stellenwert von Klimaschutz und Anpassung zu erhöhen. Des Weiteren sollten bestehende Maßnahmen überarbeitet werden: Hier sollten die Fördersätze für Projekte zu erhöht werden, die klimaschutz- oder anpassungsrelevante Belange berücksichtigen (z.B. Dämmmaßnahmen bei Sanierungen). Durch höhere Fördersätze und den hiermit verbundenen finanziellen Anreizen kann die Prioritätensetzung der Akteure beeinflusst werden. Auch können bestehende Maßnahmen um Fördergegenstände ergänzt werden, die den Klimaschutz oder die Anpassung betreffen. Sofern Änderungen an den bestehenden Maßnahmen oder die Einführung neuer Maßnahmen mit der ELER-Verordnung auf Ebene der EU und der Rahmenplanung auf Bundesebene vereinbar sind, können diese im Zuge einer Änderung des EPLR vorgenommen werden. Ist dies nicht der Fall, können Änderungen oder die Schaffung neuer Maßnahmen aus Landesmitteln finanziert werden. Bei EPLR-Änderungsverfahren sind jedoch die Vielzahl an Ebenen und Institutionen zu beachten, die an diesen Entscheidungen beteiligt sind, so dass diese Verfahren einen langen zeitlichen Vorlauf benötigen.

Handlungsempfehlung 1.2:	Anreize für Klimaschutz und Anpassung in den EPLR sowie dem ELER und der GAK schaffen
Verantwortlich:	EPLR: Bundesländer GAK: Bund und Bundesländer ELER: Europäische Union / Mitgliedsstaaten

Inhaltliche Vorgaben REK / Auswahlkriterien

In die Länderprogramme sollten Vorgaben, die die inhaltlichen Anforderungen an die regionalen Entwicklungskonzepte und die Kriterien zur Auswahl der geförderten Regionen und Projekte betreffen, aufgenommen werden. Hierdurch können Impulse gesetzt werden, um den Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel stärker in die Entwicklungsstrategien und in ihre Umsetzung zu verankern. Wie jedoch die Analyse zeigt, folgen die umgesetzten Projekte nicht immer stringent der Entwicklungsstrategie. Somit bedeutet eine stärkere Berücksichtigung von Klimaschutz und Anpassung in den Konzepten noch nicht automatisch eine höhere Berücksichtigung auf Projektebene. Hierfür sind flankierende Anreize über die Förderprogramme und -richtlinien notwendig (s.o.).

Handlungsempfehlung 1.3:	Inhaltliche Vorgaben REK und Auswahlkriterien für die Projekte hinsichtlich Klimaschutz und Anpassung
Verantwortlich:	Bundesländer

Stärkung des Regionalmanagements

Eine weitere Möglichkeit, um den Stellenwert von Klimaschutz und Anpassung zu erhöhen, ist eine Stärkung der Rolle der Regionalmanager in der Phase der Strategieumsetzung. Wie die Analyse zeigt, nehmen sie eine zentrale Rolle für die Beratung der Antragssteller und der Prozesskoordination ein. Ihre Rolle sollte weiter gestärkt werden, um Impulse für die regionale Entwicklung zu setzen. Dies hat aber zur Konsequenz, dass die Regionalmanagements über die notwendigen Ressourcen hierfür verfügen müssen. Dies sind v.a. der Faktor Zeit und der Faktor Wissen, so dass eine bessere personelle Ausstattung und die stärkere Einbindung der Regionalmanagements in die entsprechenden Netzwerke erforderlich ist.

Handlungsempfehlung 1.4:	Regionalmanager als Impulsgeber für Klimaschutz und Anpassung
Verantwortlich:	LEADER- / ILE-Regionen

Wissensvermittlung

Wie die Evaluierung gezeigt hat, liegt zwar kein grundsätzliches Defizit an Informationsmöglichkeiten vor (besonders für öffentliche Akteure), jedoch ein Mangel an gezielt aufbereiteten Informationen. Hier sind v.a. wissenschaftliche Einrichtungen und die Vernetzungsstellen für die ländliche Entwicklung gefragt, Forschungsergebnisse

und -erkenntnisse gezielter für bestimmte Zielgruppen aufzubereiten. Auch die gezielte Einbindung von Fachpromotoren kann hierzu beitragen. Diese könnten über die Regionalmanagements identifiziert werden.

Handlungsempfehlung 1.5:	Zielgruppengerechte Aufbereitung und Verbreitung von Erkenntnissen / Einbinden von Fachpromotoren
Verantwortlich:	wissenschaftliche Einrichtungen, Vernetzungsstellen, Regionalmanagement

Fortschreibung der Entwicklungsstrategien

Die Entwicklungsstrategien sollten regelmäßig überprüft und ggf. fortgeschrieben werden, um aktuelle Themen aufnehmen zu können. Die Fortschreibung der Strategien kann durch die Förderprogramme vorgeschrieben oder selbstständig von der Region (ggf. mit Einverständnis der zuständigen Behörde) durchgeführt werden.

Handlungsempfehlung 1.6:	Überprüfung / Fortschreibung der Entwicklungsstrategie
Verantwortlich:	Bundesländer, Regionen

8.2.2 Prozessuale Integration: Beteiligungsfunktionen

Förderprogramme und -richtlinien: Vorgaben zur Beteiligung

Die Förderprogramme und -richtlinien sollten Vorgaben bzgl. der Organisationsform und den Beteiligungsprozessen enthalten (offener Zugang, ausgewogene thematische / institutionelle Zusammensetzung, transparente Kommunikation von Entscheidungen). Dies soll gewährleisten, dass den Kriterien der Input-Legitimierung bzw. von Konsensbildungsprozessen besser entsprochen wird. Jedoch ist zu beachten, dass die Regelungen nicht zu eng gefasst werden: Im ländlichen Raum gibt es einen potentiell kleineren Kreis an Akteuren und das Engagement der Akteure entspricht nicht immer den theoretischen Erwartungen. Darüber hinaus gilt es, die Balance zu wahren zwischen offenen Strukturen und gleichzeitiger Stabilität der Kooperation.

Handlungsempfehlung 2.1:	Vorgaben zur Beteiligung von Akteursgruppen, der Organisationsform und den Beteiligungsstrukturen
Verantwortlich:	Bundesländer

Zusätzliche Beteiligungsformate

Voraussetzung für die Stärkung der Informationsverbreitung über die Beteiligungsprozesse ist Schaffung von Beteiligungsformen, die nicht nur die Beratung von Projekten zum Gegenstand haben. Daher sollten die Regionen überprüfen, inwieweit in Abhängigkeit der zeitlichen und personellen Ressourcen weitere Beteiligungsformate zusätzlich zu den Sitzungen des Entscheidungsgremiums während der Strategieumsetzung geschaffen werden können. Diese können nicht nur dazu dienen, für aktuelle Themen zu sensibilisieren, sondern auch dazu, die Entwicklungsstrategie zu überprüfen (s.o.) und weitere Impulse für die Entwicklung der Region zu setzen.

Handlungsempfehlung 2.2:	Schaffung zusätzlicher Beteiligungsformate
Verantwortlich:	Regionen

Wissensvermittlung

Um die Themen Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel besser in die ländliche Entwicklung einzubeziehen und in dem Beteiligungsprozess Wissen zu vermitteln, bedarf es der Beteiligung von Fachpromotoren und der zielgruppengerechten Bereitstellung von Informationen für die LEADER- und ILE-Regionen. Diese Handlungsempfehlung ist daher identisch mit der Empfehlung Nr. 1.5 (s.o.).

8.2.3 Prozessuale Integration: regionale Strategiebildung

Beteiligung von Planungsakteuren

Die Förderprogramme und -richtlinien sollten für die Gestaltung der Beteiligungsprozesse von LEADER und ILE und für die Zusammensetzung der Entscheidungsgremien empfehlen, Vertreter der Regionalplanung zu berücksichtigen. Über die personellen Verbindungen können leichter Synergieeffekte geschaffen werden. Eine verbindliche Vorgabe hierzu kann nicht erfolgen, da die Agrarstrukturpolitik die Raumordnung nicht verpflichten kann.

Handlungsempfehlung 3.1:	Beteiligung von Planungsakteuren in den Prozessen der ländlichen Regionalentwicklung
Verantwortlich:	Bundesländer

Informationsaustausch

Ein kontinuierlicher Informationsaustausch über den Stand des Prozesses und der aktuellen Themen zwischen der ländlichen Entwicklung und der regionalen Raumordnung hilft, Synergieeffekte zu erkennen. Die ILE- und LEADER-Regionen sollten durch Vorgaben auf Ebene der Förderprogramme und -richtlinien angehalten werden, regelmäßig über den Stand des Prozesses und der umgesetzten und angestrebten Projekte zu berichten.

Handlungsempfehlung 3.2:	Vorgabe: Information der Regionalplanung über die LEADER- / ILE-Prozesse
Verantwortlich:	Bundesländer

Regionalplanung als Regionalentwicklung

Die Entwicklung der Regionalplanung von einer linearen Ordnungsplanung hin zu einer Regionalplanung mit Entwicklungsfunktion benötigt den klaren Auftrag durch die Landesplanung. Die Loslösung vom traditionellen Steuerungsgedanken ist (noch) nicht in allen Raumordnungsregionen vollzogen. Auf gesetzlicher Seite müssen die Möglichkeiten geschaffen werden, dass die Regionalplanung ihre Raumentwicklungsfunktion wahrnehmen und sich in diesem Fall in die LEADER- und ILE-Prozesse einbringen kann. Dies ist aber auch mit einer angemessenen personellen Ausstattung verbunden, um über die Pflichtaufgaben hinaus diese freiwilligen Aufgaben erbringen zu können. Zudem ist die Überwindung der Grenzen zwischen den verschiedenen Politiken notwendig: die ländliche Entwicklung wird noch zu stark als reiner Bestandteil der Agrarstrukturpolitik wahrgenommen, die keine Verbindung zu raumplanungsrelevanten Themen hat.

Handlungsempfehlung 3.3:	Handlungsauftrag der Raumordnung, sich in regionale Entwicklungsprozesse einzubringen
Verantwortlich:	Landesplanungsgesetz (Bundesländer)

9 Fazit

„So zeigt der Rückblick auf mehr als ein Jahrhundert ein wiederkehrendes Muster: Die Auseinandersetzung mit der jeweiligen Situation führt zur Kritik an ihren Mißständen, zu Vorschlägen für deren Behebung - und häufig auch zu einem neuen Situationsverständnis, das auf eine begrenzte Zeit allgemein als Schlüssel zur Lösung der erkannten Probleme gilt und deshalb mit überhöhten Hoffnungen befrachtet wird. Die - zwangsläufige - Enttäuschung solcher Hoffnung legt denn den Keim zur Abkehr von diesem Denkansatz und zur Suche nach einem neuen Modell“ (ALBERS 1993, S. 103).

Die zu Beginn dieser Arbeit beschriebene Realität des Klimawandels ist zwar in der räumlichen Planung und Entwicklung gegeben. In der hier untersuchten ländlichen Regionalentwicklung sind der Klimawandel sowie der Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel dagegen kaum von Bedeutung, auch die Ausgestaltung der Prozesse entspricht nicht den Anforderungen, die an die informellen Instrumente gerichtet werden. Es scheint, dass in Anlehnung an ALBERS (s.o.) auch die Hoffnungen, die im Klimadiskurs an informelle Instrumente gerichtet werden, zumindestens im Fall der ländlichen Regionalentwicklung, überhöht sind.

In dieser Arbeit wurde eine Evaluierung der Instrumente der ländlichen Regionalentwicklung, LEADER und ILE, vor dem Hintergrund der Anforderungen, die im Klimadiskurs an informelle Instrumente der Raumentwicklung gerichtet werden, vorgenommen. Theoretisch-konzeptionell gründete sich die Analyse auf den analytischen Regional Governanceansatz nach BENZ und FÜRST (2003), die Bewertung auf Arbeiten und Ansätze der Klimaforschung, verschiedenen Fachdisziplinen, der Partizipationsforschung sowie der kooperativen und strategischen Planung. Das methodische Vorgehen stellte eine Analyse von vier Fallstudien dar, in denen leitfadengestützte Experteninterviews und eine Dokumentenanalyse durchgeführt wurden.

Diese Arbeit zeigt, dass es zwar möglich ist, die Themen Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel in die ländliche Regionalentwicklung **inhaltlich zu integrieren**, jedoch sind einige Grenzen gesetzt, die sich besonders sowohl über die Interessen und das Wissen der Akteure als auch über die externen Rahmenbedingungen (fehlende Impulse der Förderung der ländlichen Entwicklung, Bedeutung der Fachförderung) begründen lassen. Im Bereich der akteursbezogenen Faktoren schließt diese Arbeit an bestehende Untersuchungen an und belegt, dass die aufgezeigten fördernden und hemmenden Faktoren auch auf die ländliche Entwicklung übertragbar sind. Auf Ebene der externen institutionellen Rahmenbedingungen besteht dagegen weiterer Forschungsbedarf: Die Förderprogramme und Richtlinien, die LEADER und ILE betreffen, wurden in dieser Arbeit einer genauen Analyse hinsichtlich ihrer Möglichkeiten für Klimaschutz und Anpassung unterzogen. In Zukunft sollte jedoch weiter

untersucht werden, welche Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen besser über eine fachliche Förderung abgedeckt werden sollten und welche Maßnahmen in die ländliche Regionalentwicklung integriert werden können. Diese Arbeit hat dazu erste Ansatzpunkte aufgezeigt.

Den **Beteiligungsprozessen** informeller Instrumente wird in vielen Arbeiten eine wichtige Bedeutung zugesprochen. Diese Arbeit legt dar, dass die Entscheidungen, die in diesen Prozessen getroffen werden, nicht über eine höhere Legitimierung verfügen, als bestehende demokratisch legitimierte Strukturen. Auch die Informationsfunktion der Beteiligung, für den Klimaschutz und die Anpassung zu sensibilisieren, war in den untersuchten Regionen nicht ausgeprägt. Daher kann Entscheidungen unter Unsicherheit in informellen Prozessen nicht per se eine hohe Legitimierung zugesprochen werden. Weiteres Forschungspotential wird in dem Verhältnis von Input- zu Outputlegitimierung gesehen: Die vorliegende Arbeit stützt sich in der Bewertung auf Kriterien der Inputlegitimierung. Relevant ist aber auch im Sinne der Outputlegitimierung, die Reichweite und Wirkungen von Entscheidungen zu berücksichtigen und dahingehend zu fragen, wer in eine Entscheidungsfindung oder einer Konsultation zur Entscheidungsvorbereitung einbezogen werden sollte.

Diese Arbeit zeigt gegenüber bestehenden Untersuchungen der Beteiligung in der ländlichen Entwicklung deutlich auf, dass bei den Funktionen der Beteiligung in langjährigen Prozessen, die sich - wie in der ländlichen Entwicklung - aus den Phasen Konzepterstellung (REK) und -umsetzung (RM) zusammensetzen, nicht von einem stetig gleichbleibendem Beteiligungsprozess ausgegangen werden darf: In der Anfangsphase, der Konzepterstellung, wird ein größerer Beteiligungskreis erreicht und werden z.T. andere Akteursgruppen einbezogen, als in der Phase der Konzeptumsetzung, die den größten Teil des Prozesses ausmacht. Dies hat sowohl Auswirkungen auf die Legitimierung der Prozesse als auch auf die Möglichkeiten zur Wissensverbreitung und Sensibilisierung für bestimmte Themen.

Kooperationen zwischen der regionalen Raumordnung und der (ländlichen) Regionalentwicklung sind seit Jahrzehnten Gegenstand der planungsbezogenen Forschung. Seit einigen Jahren findet diese Diskussion auch unter dem Aspekt „strategische Planung“ statt. Jedoch sind Kooperation und Prozesse der Strategiebildung zwischen formeller und informeller Raumentwicklung in der Realität kaum gegeben. Dies konnte in dieser Arbeit für die ländliche Regionalentwicklung und die regionale Raumordnung gezeigt werden. Die wichtige Rolle der Regionalplanung für regionale Entwicklungsprozesse wurde und wird weiter beschworen (s. z.B. das Modell zur strate-

gischen Regionalplanung), obwohl empirische Untersuchungen zeigen, dass die Regionalplanung dieser Rolle so nicht gerecht wird (s. z.B. ADAM, WIECHMANN 1999; WEICK ET AL. 2012). Hier besteht eine enorme Lücke zwischen Theorie und Praxis: Denn auch schon vor 15 Jahren warnte MÜLLER davor, regionale Kooperationen zu „überfrachten“ (vgl. EBD. 1999, S. 597). Daher ist es in Zukunft wichtig zu untersuchen, welche konkreten Kooperationsvorteile für die Regionalplanung und die Regionalentwicklung gerade auf Projektebene bestehen. Denn neben den unterschiedlichen politisch-administrativen Strukturen der Raumplanung und der ländlichen Entwicklung konnten in dieser Arbeit als wesentlich hemmender Faktor fehlende Kooperationsmöglichkeiten auf Projektebene ausgemacht werden.

Diese Arbeit hat einen Beitrag zu der Diskussion um informelle Instrumente in der räumlichen Planung und Entwicklung vor dem Hintergrund des Klimawandels geleistet. Es konnte gezeigt werden, dass den Herausforderungen des Klimawandels in der Raumentwicklung nicht allein mit informellen Instrumenten begegnet werden kann. Die Diskussion des Klimawandels in der räumlichen Planung und Entwicklung bedarf einer differenzierteren Betrachtung des Spektrums informeller Instrumente und ihrer Möglichkeiten und Grenzen zur inhaltlichen und prozessualen Integration der Themen Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel.

10 Literatur

- Adam, B.; Wiechmann, T. (1999): Die Rolle der Raumplanung in regionalen Agenda-Prozessen. In: *Informationen zur Raumentwicklung*, H. 9/10, S. 661-673.
- Albers, G. (1993): Über den Wandel im Planungsverständnis. In: *RaumPlanung*, H. 61, S. 97-103.
- Albrechts, L. (2004): Strategic (spatial) planning reexamined. In: *Environment and Planning B: Planning and Design* 31, H. 5, S. 743-758.
- Altrock, U. (2008): Strategieorientierte Planung in Zeiten des Attraktivitätsparadigmas. In: Hamedinger, A.; Frey, O.; Dangschat, J. S.; Breifuss, A. (Hrsg.) (2008¹): Strategieorientierte Planung im kooperativen Staat. Wiesbaden, S. 61-86.
- Altrock, U.; Huning, S.; Peters, D. (2006): Neue Wege in der Planungspraxis und warum aktuelle Planungstheorien unvollständig bleiben. In: Selle, K. (Hrsg.): *Planung neu denken* Bd. 1. Zur räumlichen Entwicklung beitragen. Konzepte. Theorien. Impulse. Dortmund, S. 248-263.
- Altrock, U.; Güntner, S.; Kennel, C. (2004): Zwischen analytischem Werkzeug und Politikberatung: ein kritischer Blick auf aktuelle Leitbegriffe in der Stadtentwicklungspolitik. In: Altrock, U.; Güntner, S.; Huning, S.; Peters, D. (Hrsg.) (2004): *Perspektiven der Planungstheorie*. Berlin (= Edition Stadt und Region, Bd. 9), S. 187-207.
- Antos, G. (2009): Kulte, Kommunikation, Konsens-Inszenierungen. In: Habscheid, S.; Knobloch, C. (Hrsg.) (2009¹): *Einigkeitsdiskurse. Zur Inszenierung von Konsens in organisationaler und öffentlicher Kommunikation*. Wiesbaden, S. 117-126.
- Arbter, K. (2010): Öffentlichkeitsbeteiligung für nachhaltige Entwicklung: Wie qualitätsvolle Öffentlichkeitsbeteiligung bei strategischen Planungen zu nachhaltiger Entwicklung beitragen kann. In: Steurer, R.; Trattnigg, R. (Hrsg.) (2010): *Nachhaltigkeit regieren. Eine Bilanz zu Governance-Prinzipien und -Praktiken*. München, S. 123-142.
- ARL - Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.) (2014): *Leitbilder und Handlungsstrategien der Raumentwicklung in Deutschland 2013*. Hannover (= Positionspapiere aus der ARL, Bd. 96).
URN: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0156-00963>
- ARL - Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.) (2012): „Zugspitz-Thesen“: Klimawandel, Energiewende und Raumordnung. Hannover (= Positionspapiere aus der ARL, Nr. 90).
URN: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0156-00905>.
- ARL - Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.) (2011a): *Strategische Regionalplanung*. Hannover (= Positionspapiere aus der ARL, Nr. 84).
URN: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0156-00847>

- ARL - Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.). (2011b): Zukünftige Ausgestaltung des Risikomanagements in der Raumplanung. Hannover (= Positionspapiere aus der ARL, Nr. 86).
URN: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0156-00869>
- ARL - Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.) (2009): Klimawandel als Aufgabe der Regionalplanung. Hannover (= Positionspapiere aus der ARL, Bd. 81).
URN: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0156-00819>
- ARL - Akademie für Raumforschung und Landesplanung (2008): Politik für periphere, ländliche Räume: Für eine eigenständige und selbstverantwortliche Regionalentwicklung. Hannover (= Positionspapier aus der ARL, Nr. 77)
http://shop.arl-net.de/media/direct/pdf/pospaper_77.pdf (23.04.2016).
- ARL - Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.) (2007): Europäische Strategien der Anpassung an die Folgen des Klimawandels. Die Sicht der Raumplanung. Hannover (= Positionspapiere aus der ARL, Nr. 73)
http://shop.arl-net.de/media/direct/pdf/pospaper_73.pdf (17.02.2011).
- ARL - Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.) (1998): Interregionale und regionale Kooperation – Variablen ihrer Funktionsfähigkeit. Hannover (= Arbeitsmaterial, Bd. 244).
- Arnold, A. (1997): Allgemeine Agrargeographie. Gotha.
- Asselt, M. v. (2007): The complex significance of uncertain risks. Presentation given at the MIDIR Scientific Colloquium. Dortmund, 29. Januar 2007 (*unveröffentlichtes Vortragsmanuscript*).
- Atteslander, P. (2010¹³): Methoden der empirischen Sozialforschung. Berlin.
- Baasch, S.; Bauriedl, S.; Hafner, S.; Weidlich, S. (2012): Klimaanpassung auf regionaler Ebene: Herausforderungen einer regionalen Klimawandel-Governance. In: *Raumforschung und Raumordnung* 70, H. 3, S. 191-201.
- Balgar, Karsten; Mahlkow, Nicole (2012): Perspektiven des Klimawandels in deutschen Küstenstädten. Zwischen Klimakatastrophe, erneuerbaren Energien und „Palmen an der Ostsee“. In: *IRS Aktuell* 70, S. 8-9.
- Battis, U.; Krautzberger, M.; Mitschang, S.; Reidt, O.; Stüer, B. (2011): Gesetz zur Förderung des Klimaschutzes bei der Entwicklung in den Städten und Gemeinden in Kraft getreten. In: *NVwZ - Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht* 30, H. 15, S. 897-905.
- Bausch, T.; Hörmann, F. (2013): Klimaanpassung in der Raumordnung am Beispiel der oberbayerischen Alpen. In: Kufeld, W. (Hrsg.) (2013): Klimawandel und Nutzung von regenerativen Energien als Herausforderungen für die Raumordnung. Hannover (= Arbeitsberichte der ARL, Bd. 7), S. 164-182.
- Bauriedl, S. (2011): Rahmenbedingungen und Herausforderungen einer regionalen Klimawandel-Governance: Praxisbericht der KLIMZUG-Modellregion Nordhessen. In: Cormont,

- P.; Frank, S. (Hrsg.) (2011): Governance in der Klimaanpassung - Strukturen, Prozesse, Interaktionen. Dokumentation der Tagung der KLIMZUG-Verbünde an der TU Dortmund am 03.12.2010.
- BBSR - Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (o.J.b): Laufende Raumb Beobachtung - Raumabgrenzungen. Siedlungsstrukturelle Kreistypen.
- Becker, P.; Deutschländer, T.; Koßmann, M.; Namyslo, J.; Knierim, A. (2008): Klimaszenarien und Klimafolgen. In: *Informationen zur Raumentwicklung*, H. 6/7, S. 341-351.
- Behrens, H.; Dehne, P.; Kaether, J.; Schmidt, E. (2002): Managementleitfaden für regionale Kooperationen. Berlin.
- Beirat für Raumordnung (2008): Empfehlung des Beirats für Raumordnung zu „Klimaschutz, Klimafolgen, Regenerative Energien und Raumentwicklung“ (verabschiedet auf der Sitzung am 14. Juli 2008).
[244](http://www.bmvbs.de/cae/servlet/contentblob/28690/publicationFile/11082/empfehlung-zu-klimaschutz-klimafolgen-regenerative-energien-und-raumentwicklung.pdf (02.08.2011).</p><p>Benz, A. (2007): Einleitung. In: Benz, A. (Hrsg.) (2007): Grundlagen der Governance-Analyse. Hagen, S. 7–25 (= Fernuniversität Hagen, Bd. 33201).</p><p>Benz, A. (2005): Governance. In: ARL - Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.) (2005⁴): Handwörterbuch der Raumordnung. Hannover, S. 404-408.</p><p>Benz, A. (2004): Governance - Modebegriff oder nützliches sozialwissenschaftliches Konzept. In: Benz, A. (Hrsg.) (2004¹): Governance - Regieren in komplexen Regelsystemen. Eine Einführung. Wiesbaden (= Governance, Bd. 1), S. 11-28.</p></div><div data-bbox=)

- Benz, A.; Dose, N. (2010): Governance - Modebegriff oder nützliches sozialwissenschaftliches Konzept. In: Benz, A.; Dose, N. (Hrsg.) (2010²): Governance - Regieren in komplexen Regelsystemen. Eine Einführung. Wiesbaden (= Governance, Bd. 1), S. 13-36.
- Benz, A.; Fürst, D. (2003a): Region - »Regional Governance« - Regionalentwicklung. In: Adamaschek, B.; Pröhl, M. (Hrsg.) (2003): Regionen erfolgreich steuern. Regional Governance - von der kommunalen zur regionalen Strategie. Gütersloh, S. 11-66.
- Benz, A.; Fürst, D. (2003b): Erfolgsbedingungen für »Regional Governance« - Resümee. In: Adamaschek, B.; Pröhl, M. (Hrsg.) (2003): Regionen erfolgreich steuern. Regional Governance - von der kommunalen zur regionalen Strategie. Gütersloh, S. 189-211.
- Benz, A.; Lütz, S.; Schimank, U.; Simonis, G. (2007): Einleitung. In: Benz, A.; Lütz, S.; Schimank, U.; Simonis, G. (Hrsg.) (2007¹): Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder. Wiesbaden, S. 9-25.
- Bergmann, E.; Kanzlerski, D.; Otto, I.; Peters, A.; Schmitz, S.; Wagner, G.; Wiegandt, C. C. (1993): Raumstruktur und CO₂-Vermeidung. In: *Informationen zur Raumentwicklung*, H.8, S. 489-567.
- Bertaux, D. (1981): From the Life-History Approach to the Transformation of Sociological Practice. In: Bertaux, D. (Hrsg.) (1981): *Biography and Society*. Beverly Hills, London, S. 29-45 (= Sage studies in international sociology, Bd. 23).
- Bertelsmann Stiftung (2014): wegweiser-kommune.de. Kommunale Daten.
<http://www.wegweiser-kommune.de/statistik/kommunale-daten> (07.12.2014).
- BfLR - Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (Hrsg.) (1996): Mitteilungen und Informationen, Nr. 5/1996. Bonn
- BfN - Bundesamt für Naturschutz (2014): Interaktiver Kartendienst: Landschaften in Deutschland.
<https://geodienste.bfn.de/landschaften?lang=de> (23.04.2014).
- BfS - Büro für Städtebau GmbH Chemnitz (2007a): ILEK 2007 Zwönitztal-Greifensteinregion. Integriertes Ländliches Entwicklungskonzept. Teil I. o.O. (*unveröffentlichtes Dokument*)
- BfS - Büro für Städtebau GmbH Chemnitz (2007b): ILEK 2007 Zwönitztal-Greifensteinregion. Integriertes Ländliches Entwicklungskonzept. Teil II. Organisations- und Kommunikationsstruktur. o.O. (*unveröffentlichtes Dokument*)
- BfS - Büro für Städtebau GmbH Chemnitz (2007c): ILEK 2007 Zwönitztal-Greifensteinregion. Integriertes Ländliches Entwicklungskonzept. Anlage 1. SWOT-Analyse (Komplettversion). o.O. (*unveröffentlichtes Dokument*)
- BfS - Büro für Städtebau GmbH Chemnitz (2007d): ILEK 2007 Zwönitztal-Greifensteinregion. Integriertes Ländliches Entwicklungskonzept. Anlage 3. Bewertungsschema zum Auswahl- und Priorisierungsverfahren der Projekte. o.O. (*unveröffentlichtes Dokument*)

- BfS - Büro für Städtebau GmbH Chemnitz (2007e): ILEK 2007 Zwönitztal-Greifensteinregion. Integriertes Ländliches Entwicklungskonzept. Anlage 6. Mitglieder AG. o.O. (*unveröffentlichtes Dokument*)
- BfS - Büro für Städtebau GmbH Chemnitz (2007f): ILEK 2007 Zwönitztal-Greifensteinregion. Integriertes Ländliches Entwicklungskonzept. Anlage 6. Aufgabenstellung AGs. o.O. (*unveröffentlichtes Dokument*)
- BfS - Büro für Städtebau GmbH Chemnitz (2007g): ILEK 2007 Zwönitztal-Greifensteinregion. Integriertes Ländliches Entwicklungskonzept. Anlage 6. Zwischenbericht AG 1 Tourismus (Stand: 27.03.2007). o.O. (*unveröffentlichtes Dokument*)
- BfS - Büro für Städtebau GmbH Chemnitz (2007h): ILEK 2007 Zwönitztal-Greifensteinregion. Integriertes Ländliches Entwicklungskonzept. Anlage 6. Zwischenbericht AG 2 Kultur / Bildung / Sport / Soziales. o.O. (*unveröffentlichtes Dokument*)
- BfS - Büro für Städtebau GmbH Chemnitz (2007i): ILEK 2007 Zwönitztal-Greifensteinregion. Integriertes Ländliches Entwicklungskonzept. Anlage 6. Zwischenbericht AG 3 Wirtschaft. o.O. (*unveröffentlichtes Dokument*)
- BfS - Büro für Städtebau GmbH Chemnitz (2007j): ILEK 2007 Zwönitztal-Greifensteinregion. Integriertes Ländliches Entwicklungskonzept. Anlage 6. Zwischenbericht AG 4 Umwelt- und Naturschutz / Gewässer. o.O. (*unveröffentlichtes Dokument*)
- BfS - Büro für Städtebau GmbH Chemnitz (2007k): ILEK 2007 Zwönitztal-Greifensteinregion. Integriertes Ländliches Entwicklungskonzept. Anlage 6. Zwischenbericht AG 5 Land- und Forstwirtschaft. o.O. (*unveröffentlichtes Dokument*)
- BfS - Büro für Städtebau GmbH Chemnitz (2007l): ILEK 2007 Zwönitztal-Greifensteinregion. Integriertes Ländliches Entwicklungskonzept. Anlage 6. Zwischenbericht AG 6 Katastrophenschutz (Stand: 06.06.2007). o.O. (*unveröffentlichtes Dokument*)
- BfS - Büro für Städtebau GmbH Chemnitz (2007m): ILEK 2007 Zwönitztal-Greifensteinregion. Integriertes Ländliches Entwicklungskonzept. Anlage 8. Kommunale Maßnahmenvorschläge. o.O. (*unveröffentlichtes Dokument*)
- Biebeler, H. (2011): Fördernde und hemmende Faktoren der Anpassung an den Klimawandel. In: Frommer, B.; Buchholz, F.; Böhm, H. R. (Hrsg.) (2011): Anpassung an den Klimawandel - regional umsetzen! Ansätze zur Climate Adaption Governance unter der Lupe. München, S. 139-153.
- Biermann, B. (2008): Umwelt und Nachhaltigkeit im Licht der Governance-Forschung. Unvollständige Lösungen im Prozess. In: Bröchler, S.; Lauth, H.-J. (Hrsg.) (2008¹): Politikwissenschaftliche Perspektiven. Wiesbaden, S. 21-44.
- Biesbroek, G. R.; Swart, R. J.; van der Knaap, W. G. M. (2009): The mitigation-adaptation dichotomy and the role of spatial planning. In: *Habitat International* 33, S. 230-237.

- Birk, S.; Ley, S.; Ovey, J.-D.; Schneider, J. (2011): Governance der Klimaanpassung in der *dynaklim*-Region. Teil 1: Pro-aktive Anpassung an die Folgen des Klimawandels. Die Lernfähigkeit und Anpassungsfähigkeit der Landes- und Kommunalverwaltung NRW am Beispiel des Klimawandels: Erfahrungen, Problemerkennntnis, Vernetzung und Steuerung. http://dynaklim.de/dynaklim2pub/dms/templating-kit/themes/dynaklim/documents/3310_dynaklim-Publikationen/2011/dynaklim_Publikation_16_Nov_2011_Governance-der-Klimaanpassung/Nr.%2016%20November%202011%20Governance%20der%20Klimaanpassung%20in%20der%20dynaklim-Region%3B_%20Teil%201%3A%20Pro-aktive%20Anpassung%20an%20die%20Folgen%20des%20Klimawandels%3B%20Teil%202%3A%20Anpassung%20der%20Kommunen%20an%20den%20Klimawandel.pdf (23.04.2016) (= dynaklim-Publikation, Bd. 16), S. 6-33.
- Birkmann, J. (2004): Monitoring und Controlling einer nachhaltigen Regionalentwicklung. Indikatoren als Werkzeuge im Planungsprozess. Dortmund (= Regio spezial, Bd. 2).
- Birkmann, J.; Fleischhauer, M. (2013): Vulnerabilität von Raumnutzungen, Raumfunktionen und Raumstrukturen. In: Birkmann, J.; Vollmer, M.; Schanze, J. (Hrsg.) (2013): Raumentwicklung im Klimawandel. Herausforderungen für die räumliche Planung. Hannover (= Forschungsberichte der ARL, Bd. 2), S. 44-68.
- Birkmann, J.; Vollmer, M.; Schanze, J. (Hrsg.) (2013a): Raumentwicklung im Klimawandel. Herausforderungen für die räumliche Planung. Hannover (= Forschungsberichte der ARL, Bd. 2).
- Birkmann, J.; Böhm, H. R.; Buchholz, F.; Büscher, D.; Daschkeit, A.; Ebert, S.; Fleischhauer, M.; Frommer, B.; Köhler, S.; Kufeld, W.; Lenz, S.; Overbeck, G.; Schanze, J.; Schlipf, S.; Sommerfeldt, P.; Stock, M.; Vollmer, M.; Walkenhorst, O. (2013b): Glossar Klimawandel und Raumentwicklung (2., überarbeitete Fassung). (= E-Paper der ARL, Nr. 10).
URN: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0156-73571>
- Birkmann, J.; Kufeld, W.; Büscher, D.; Schanze, J.; Vollmer, M. (2013c): Schlussfolgerungen, Ausblick und Handlungsempfehlungen für die räumliche Planung. In: Birkmann, J.; Vollmer, M.; Schanze, J. (Hrsg.) (2013): Raumentwicklung im Klimawandel. Herausforderungen für die räumliche Planung. Hannover (= Forschungsberichte der ARL, Bd. 2), S. 163-168.
- Birkmann, J.; Schanze, J.; Müller, P.; Stock, M. (Hrsg.) (2012): Anpassung an den Klimawandel durch räumliche Planung. Grundlagen, Strategien, Instrumente (= E-Paper der ARL, Nr. 13).
URN: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0156-73192>.
- Birkmann, J.; Böhm, H. R.; Büscher, D.; Fleischhauer, M.; Frommer, B.; Janssen, G.; Overbeck, G.; Schanze, J.; Schlipf, S.; Stock, M.; Vollmer, M. (2010): Planungs- und Steuerungsinstrumente zum Umgang mit dem Klimawandel. Arbeitskreis Klimawandel und Raumplanung der Akademie für Raumforschung und Landesplanung.

- http://edoc.bbaw.de/volltexte/2011/1761/pdf/diskussionspapier_08_ARL.pdf (11.02.2011)
(= Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, Interdisziplinäre Arbeitsgruppe Globaler Wandel - Regionale Entwicklung, Diskussionspapier, Bd. 8).
- Birkmann, J.; Koitka, H.; Kreibich, V.; Liengkamp, R. (1999): Indikatoren zur Operationalisierung des Leitbildes Nachhaltiger Entwicklung. In: Birkmann, J.; Koitka, H.; Kreibich, V.; Liengkamp, R. (Hrsg.) (1999): Indikatoren für eine nachhaltige Raumentwicklung. Methoden und Konzepte der Indikatorenforschung. Dortmund (= Dortmunder Beiträge zur Raumplanung, Blaue Reihe, Bd. 96), S. 14-20.
- Bischoff, A.; Selle, K.; Sinning, H. (2007): Informieren, Beteiligen, Kooperieren. Kommunikation in Planungsprozessen. Eine Übersicht zu Formen, Verfahren und Methoden. Dortmund (= KiP - Kommunikation im Planungsprozess, Bd. 1).
- Blotevogel, H. H. (2011): Historische Längsschnittthemen im bewertenden Rückblick. In: ARL - Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.) (2011): Grundriss der Raumordnung und Raumentwicklung. Hannover, S. 186-189.
- Blumenthal, J. v. (2005): Governance - eine kritische Zwischenbilanz. In: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 15, H. 4, S. 1149-1180.
- BMBF - Bundesministerium für Bildung und Forschung (2011a): DynAKlim. Dynamische Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels in der Emscher-Lippe-Region. http://www.klimzug.de/_media/DynAKlim_druck.pdf (09.02.2011).
- BMBF - Bundesministerium für Bildung und Forschung (2011b): INKA BB. Innovationsnetzwerk Klimaanpassung Region Brandenburg Berlin. http://www.klimzug.de/_media/INKA_druck.pdf (09.02.2011).
- BMEL - Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (2014a): Die Entwicklung des ländlichen Raums 2014 - 2020. http://www.bmel.de/DE/Laendliche-Raeume/03_Foerderung/_texte/ELER-2014-2020.html (10.07.2014).
- BMEL - Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (2014b): Nationale Rahmenregelung für die Bundesrepublik Deutschland (NRR) 2014 - 2020 (Stand: 08.12.2014). <http://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Landwirtschaft/LaendlicheRaeume/NRR-2014-2020.pdf> (26.01.2015).
- BMEL - Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (Hrsg.) (2014c): Ländliche Entwicklung aktiv gestalten. Leitfaden. Berlin.
- BMELV - Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (2012): Nationale Rahmenregelung der Bundesrepublik Deutschland für die Entwicklung ländlicher Räume nach Artikel 15 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) mit gemeinsamen Bestandteilen der regionalen Programme der deutschen Bundesländer auf der Grundlage von Maßnah-

- men der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK). 8. Änderung Stand 11.05.2012.
<http://www.bmelv.de/SharedDocs/Downloads/Landwirtschaft/Foerderung/GAK-Foerderungsgrundsaeetze/2013/Anlage3.pdf> (13.11.2013).
- BMELV - Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (2011): Nationaler Strategieplan der Bundesrepublik Deutschland für die Entwicklung ländlicher Räume 2007 - 2013. In der überarbeiteten Fassung vom 04.10.2011.
<http://www.bmelv.de/SharedDocs/Downloads/Landwirtschaft/LaendlicheRaeume/Strategiepapier.pdf> (24.05.2012).
- BMUB - Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (Hrsg.) (2014): Aktionsprogramm Klimaschutz 2020. Berlin.
- BMVBS - Bundesministerium für Verkehr, Bau u. Stadtentwicklung (Hrsg.) (2011a): Querschnittsauswertung von Status-quo Aktivitäten der Länder und Regionen zum Klimawandel. o.O. (= BMVBS-Online-Publikation, Nr. 17/2011).
URN: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:101:1-201109087095>.
- BMVBS - Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.) (2011b): Raumentwicklungsstrategien zum Klimawandel. Ein MORO-Forschungsfeld. Bonn. (= MORO-Informationen, Nr. 7/3 - 05/2011).
- BMVBS - Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.) (2011c): Raumentwicklungsstrategien zum Klimawandel. Ein MORO-Forschungsfeld. Bonn. (= MORO-Informationen, Nr. 7/4 - 10/2011).
- BMVBS - Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.) (2010a): Klimawandel als Handlungsfeld der Raumordnung. Ergebnisse der Vorstudie zu den Modelvorhaben "Raumentwicklungsstrategien zum Klimawandel". Bonn. (= Forschungen / BMVBS, Bd. 144).
- BMVBS - Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.) (2010b): Raumentwicklungsstrategien zum Klimawandel. Ein MORO-Forschungsfeld. Bonn. (= MORO-Informationen, Nr. 7/1 - 03/2010).
- BMVBS - Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung; BBSR - Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.) (2013): Methodenhandbuch zur regionalen Klimafolgenbewertung in der räumlichen Planung. Systematisierung der Grundlagen regionalplanerischer Klimafolgenbewertung. Berlin, Bonn.
- BMVBS - Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung; BBR - Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.) (2008a): Raumentwicklungsstrategien zum Klimawandel. Dokumentation der Fachtagung am 30.10.2007 im Umweltforum Berlin. Bonn. (= BBR-Online-Publikation, Nr. 11/2008).
URN: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0093-ON1108R159>

- BMVBS - Bundesministerium für Verkehr, Bau u. Stadtentwicklung; BBR - Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.) (2008b): Raumentwicklungsstrategien zum Klimawandel – Vorstudie für Modellvorhaben. Zusammenfassung des Zwischenberichts zu den räumlichen Wirkfolgen von Klimaänderungen und ihrer raumordnerischen Relevanz. o.O. (= BBR-Online-Publikation, Nr. 19/2008).
URN: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0093-ON>
- BMVBS - Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung; BBR - Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.) (2006): Freiraumschutz in Regionalplänen. Hinweise für eine zukunftsfähige inhaltliche und strukturelle Ausgestaltung. Bonn (= Werkstatt: Praxis, Bd. 40).
- BMVBS - Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung; BBSR - Bundesinstitut für Bau, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.) (2009a): Entwurf eines regionalen Handlungs- und Aktionsrahmens Klimaangepasung ("Blaupause"). Ein Zwischenergebnis der Vorstudie für Modellvorhaben zu Raumentwicklungsstrategien zum Klimawandel. (= BBSR-Online-Publikation, Nr. 17/2009).
<http://d-nb.info/995750548/34> (02.11.2009)
- BMVBS - Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung; BBSR - Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hg.) (2009b): Klimawandelgerechte Stadtentwicklung. Planungspraxis (= BBSR-Online-Publikation, Nr. 25/2009).
urn:nbn:de:0093-ON2509R155 (23.09.2011)
- BMVBS - Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung; BBSR - Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.) (o.J.): Posterausstellung Wie bereiten sich Regionen auf den Klimawandel vor? 26. Oktober 2010, euregia Leipzig. Projekte der Förderprogramme INTERREG, KlimaMORO, KlimaExWoSt. Darmstadt.
- BMWi - Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2014): Partnerschaftsvereinbarung zwischen Deutschland und der Europäischen Kommission für die Umsetzung der ESI-Fonds unter dem Gemeinsamen Strategischen Rahmen in der Förderperiode 2014 bis 2020. Teil 1: Kapitel 1 und 2 (Stand: 15. September 2014).
<http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/P-R/partnerschaftsvereinbarung-zwischen-deutschland-und-der-eu-kommision-fuer-die-umsetzung-der-esi-fonds-unter-dem-gemeinsamen-strategischen-rahmen-in-der-foerderperiode-2014-2020-teil-1,property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf> (26.01.2015).
- Böcher, M. (2008): Regional Governance and Rural Development in Germany: The Implementation of LEADER+. In: *Sociologia Ruralis* 48, H. 4, S. 372-388.

- Böcher, M. (2006): Regional Governance - Ein Konzept im Spannungsverhältnis zwischen Anspruch und Wirklichkeit. In: Blumenthal, J. v.; Bröchler, S. (Hrsg.) (2006): Von Government zu Governance. Analysen zum Regieren im modernen Staat. Hamburg (= Bd. 135), S. 119-141.
- Böcher, M.; Tränkner, S. (2008): Erfolgsfaktoren integrierter ländlicher Entwicklung. In: Böcher, M.; Krott, M.; Tränkner, S. (Hrsg.) (2008): Regional governance und integrierte ländliche Entwicklung. Ergebnisse der Begleitforschung zum Modell- und Demonstrationsvorhaben "Regionen Aktiv". Wiesbaden, S. 109-149.
- Böcher, M.; Krott, M.; Tränkner, S. (2008): Regional Governance und integrierte ländliche Entwicklung. In: Böcher, M.; Krott, M.; Tränkner, S. (Hrsg.) (2008): Regional governance und integrierte ländliche Entwicklung. Ergebnisse der Begleitforschung zum Modell- und Demonstrationsvorhaben "Regionen Aktiv". Wiesbaden, S. 11-22.
- Bogner, A.; Menz, W. (2009a): Experteninterviews in der qualitativen Sozialforschung. Zur Einführung in eine sich intensivierende Methodendebatte. In: Bogner, A.; Littig, B.; Menz, W. (Hrsg.) (2009³): Experteninterviews. Theorie, Methoden, Anwendungsfelder. Wiesbaden, S. 7-31.
- Bogner, A.; Menz, W. (2009b): Das theoriegenerierende Experteninterview. Erkenntnisinteresse, Wissensformen, Interaktion. In: Bogner, A.; Littig, B.; Menz, W. (Hrsg.) (2009³): Experteninterviews. Theorie, Methoden, Anwendungsfelder. Wiesbaden, S. 61-98.
- Bogner, A.; Menz, W. (2005): Expertenwissen und Forschungspraxis: die modernisierungstheoretische und die methodische Debatte um Experten. Zur Einführung in ein unübersichtliches Problemfeld. In: Bogner, A.; Littig, B.; Menz, W. (Hrsg.) (2005²): Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung. Wiesbaden, S. 7-30.
- Böhm, H. R. (2007): Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel - zwei untrennbare Handlungserfordernisse. In: Böhm, H. Reiner (Hrsg.): Klimawandel - Anpassungsstrategien in Deutschland und Europa. Tagungsband zum 80. Darmstädter Seminar - Umwelt und Raumplanung -. Darmstadt (= Schriftenreihe WAR, Bd. 183), S. 1-4.
- BonnEval; entera; AFC Management Consulting AG (2010): Halbzeitbewertung des Entwicklungsplans für den Ländlichen Raum Brandenburgs und Berlins (EPLR) 2007 bis 2013. http://www.eler.brandenburg.de/media_fast/4055/hzb%20des%20eplr%20brandenburg-berlin%20endfassung%2016-12-2010.pdf (12.02.2014).
- Borchardt, A.; Göthlich, S. E. (2009): Erkenntnisgewinn durch Fallstudien. In: Albers, S.; Klapper, D.; Konradt, U.; Walter, A.; Wolf, J. (Hrsg.) (2009³): Methodik der empirischen Forschung. Wiesbaden, S. 33-48.
- Born, K. M. (2011): Ländliche Räume in Deutschland. Differenzierungen, Entwicklungspfade und -brüche. In: *Geographische Rundschau* 63, H. 2, S. 4-10.
- Bröchler, S.; Blumenthal, J. v. (2006): Von Government zu Governance - Analysen zu einem schwierigen Verhältnis. In: Blumenthal, J. v.; Bröchler, S. (Hrsg.) (2006): Von Government

- zu Governance. Analysen zum Regieren im modernen Staat. Hamburg (= Politikwissenschaft, Bd. 135), S. 7-21.
- Bröckling, F. (2004): Integrierte Ländliche Regionalentwicklung und Kulturlandschaftspflege. Beiträge regionaler Planungsinstrumente zur Kulturlandschaftspflege. Münster.
http://repositorium.uni-muenster.de/document/miami/328d5153-ed14-4c3c-8dcb-db4a7f585af1/diss_broeckling.pdf (19.02.2015).
- Bröckling, F.; Grabski-Kieron, U.; Krajewski, C. (2004): Vorwort der Herausgeber. In: Bröckling, F.; Grabski-Kieron, U.; Krajewski, C. (Hrsg.) (2004): Stand und Perspektiven der deutschsprachigen Geographie des ländlichen Raumes. Vorträge und Ergebnisse eines Workshops am 27. und 28. Mai 2004 in Münster. Münster (= Arbeitsberichte der Arbeitsgemeinschaft Angewandte Geographie Münster e.V., 35), S. 1-4.
- Bronstert, A.; Niehoff, D.; Fritsch, U. (2003): Auswirkungen von Landnutzungsänderungen auf die Hochwasserentstehung. In: *Petermanns Geographische Mitteilungen* 147, H. 6, S. 24-33.
- Bruckmeier, K. (2000): LEADER in Germany and the Discourse of Autonomous Regional Development. In: *Sociologia Ruralis* 40, H. 2, S. 219-227.
- Brüsemeister, T. (2011): Qualitative Sozialforschung. Ein Überblick. Hagen (= Fernuniversität in Hagen, Bd. 3702).
- Bryden, J. (1994): Towards sustainable rural communities: from theory to action. In: Bryden, J. (Hrsg.) (1994): *Towards Sustainable Rural Communities*. Ontario, S. 211-235.
- Buchholz, F. (2006): Kooperative Regionalentwicklung durch Regionalmanagement. Eine Analyse am Beispiel der Regionen Chemnitz-Zwickau, Magdeburg und Braunschweig. Berlin (= Schriftenreihe des IÖW, Bd. 182).
- Buchholz, F.; Riechel, R. (2009): Wettbewerbe als Instrument zur regionalen Akteursmobilisierung. Erfahrungen in Südhessen bei der Anpassung an die Folgen des Klimawandels. In: *RaumPlanung*, H. 144/145, S. 147-150.
- Buchholz, F.; Kemper, T.; Riechel, R. (2010): Strategische Planung in naturräumlich definierten Handlungsräumen - Anpassung an den Klimawandel in der Region Starkenburg. In: Matern, A.; Löwis, S. von; Bruns, A. (Hrsg.) (2010): *Integration - aktuelle Anforderungen und Strategien in der Stadt-, Raum- und Umweltplanung*. 12. Junges Forum der ARL. 10. bis 12. Juni 2009 in Hamburg. Hannover (= Arbeitsmaterial der ARL, Bd. 353), S. 91-100.
- Bulkeley, H. (2009): Planning and Governance of Climate Change. In: Davoudi, S.; Crawford, J.; Mehmood, A. (Hrsg.) (2009): *Planning for climate change. Strategies for mitigation and adaptation for spatial planners*. London, S. 284-296.
- Bulkeley, H. (2006): A Changing Climate for Spatial Planning. In: *Planning Theory & Practice* 7, H. 2, S. 203-214.
- Bulkeley, H.; Betsill, M. (2003): *Cities and Climate Change: Urban Sustainability and Global Environmental Governance*. London.

- Bulkeley, H.; Betsill, M. (2005): Rethinking sustainable cities: multi-level governance and the 'urban' politics of climate change. In: *Environmental Politics* 14, H. 1, S. 42-63.
- Bulkeley, H.; Kern, K. (2006): Local Government and the Governing of Climate Change in Germany and the UK. In: *Urban Studies* 43, H. 12, S. 2237-2259.
- Bulkeley, H.; Newell, P. (2010): *Governing climate change*. London (= Routledge global institutions, Bd. 41).
- Burton, I. (1996): The growth of adaptation capacity: practice and policy. In: Smith, J. B.; Bhatti, N.; Menzhulin, G.; Benioff, R.; Budyko, M. I.; Campos, M.; Jallow, B.; Rijsberman, F. (Hrsg.) (1996): *Adapting to climate change. An international perspective*. New York, Berlin, S. 55–67.
- Burton, I.; Huq, S.; Lim, B.; Pilifosova, O.; Schipper, E. L. F. (2002): From Impacts Assessment to Adaptation Priorities: To Shaping of Adaptation Policy. In: Schipper, E. L. F.; Burton, I. (Hrsg.) (2009): *The Earthscan reader on adaptation to climate change*. London, S. 377-393.
- Carius, R.; Renn, O. (2003): Partizipative Risikokommunikation. Wege zu einer risikomündigen Gesellschaft. In: *Bundesgesundheitsblatt - Gesundheitsforschung - Gesundheitsschutz* 46, H. 7, S. 578-585.
- Carter, T. R.; Jones, R. N.; Lu, X.; Bhadwal, S.; Conde, C.; Mearns, L. O.; O'Neill, B. C.; Rounsevell, M. D. A.; Zurek, M. B. (2007): New Assessment Methods and the Characterisation of Future Conditions. In: Canziani, O. F.; Palutikof, J. P.; van der Linden, P. J.; Hanson, C. E.; Parry, M. L. (Hrsg.) (2007): *Climate Change 2007: Impacts, Adaptation and Vulnerability. Contribution of Working Group II to the Fourth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change*. Cambridge, S. 133-171.
- Cheshire, L.; Higgins, V.; Lawrence, G. (Hrsg.) (2007): *Rural governance. International perspectives*. London, New York (= Routledge studies in human geography, Bd. 12).
- Chhotray, V.; Stoker, G. (2009): *Governance theory and practice. A cross disciplinary approach*. Basingstoke.
- Chmielewski, F.-M. (2009): Landwirtschaft und Klimawandel. In: *Geographische Rundschau* 61, H. 9, S. 28-35.
- Chmielewski, F.-M. (2007): Folgen des Klimawandels für Land- und Forstwirtschaft. In: Endlicher, W.; Gerstengarbe, F.-W. (Hrsg.) (2007): *Der Klimawandel. - Einblicke, Rückblicke und Ausblicke -*. Berlin, Potsdam, S. 75-85.
- Christmann, G. B. (2013): Projekthintergrund. Das Projekt „Gesellschaftliche Verarbeitung des Klimawandels“ in Städten der Nord- und Ostseeküste. In: Heimann, T.; Christmann, G. B. (2013): *Klimawandel in den deutschen Küstenstädten und -gemeinden. Befunde und Handlungsempfehlungen für Praktiker*.
<http://www.irs-net.de/forschung/forschungsabteilung-3/progress/progressabschlussbericht.pdf> (20.06.2013), S. 9-13.

- Christmann, G. B. (2012): Klimawandel und soziale Konstruktionen. Über die Möglichkeit unterschiedlicher Wahrnehmungsweisen von Vulnerabilität und Resilienz in Bezug auf Klimafolgen. In: *IRS Aktuell*, H. 70, S. 4-6.
- CIPRA International (2012a): Waldwirtschaft im Klimawandel. Ein Hintergrundbericht der CIPRA. (= COMPACT, 01/2012).
http://www.cipra.org/pdfs/1051_de/at_download/file (24.04.2012).
- CIPRA International (2012b): Wasser im Klimawandel. Ein Hintergrundbericht der CIPRA. (= COMPACT, 03/2011).
http://www.cipra.org/pdfs/1040_de/at_download/file (10.09.2013).
- CIPRA International (2011a): Agriculture and Climate Change. A Background Report by CIPRA. (= COMPACT, 02/2011).
http://www.cipra.org/pdfs/1025_en/at_download/file (10.09.2013).
- CIPRA International (Hrsg.) (2011b): Tourismus im Klimawandel. Ein Hintergrundbericht der CIPRA. (= COMPACT, 01/2011).
http://www.cipra.org/pdfs/964_de/at_download/file (07.02.2013).
- CIPRA International (2010): Verkehr im Klimawandel. Ein Hintergrundbericht der CIPRA. (= COMPACT, 01/2010).
http://www.cipra.org/pdfs/826_de/at_download/file (24.04.2012).
- CIPRA International (2009a): Naturschutz im Klimawandel. Ein Hintergrundbericht der CIPRA. (= COMPACT, 03/2009).
http://www.cipra.org/pdfs/760_de/at_download/file (24.04.2012).
- CIPRA International (2009b): Energie im Klimawandel. Ein Hintergrundbericht der CIPRA. (= COMPACT, 01/2009).
http://www.cipra.org/pdfs/758_de/at_download/file (24.04.2012).
- Commission on Global Governance (1995): *Nachbarn in einer Welt. Der Bericht der Kommission für Weltordnungspolitik.* Bonn.
- Cormont, P.; Frank, S. (Hg.) (2011): *Governance in der Klimaanpassung - Strukturen, Prozesse, Interaktionen.* Dokumentation der Tagung der KLIMZUG-Verbünde an der TU Dortmund am 03.12.2010 (= dynaklim-Publikation, 20).
<http://klimzug-nord.de/file.php/2012-02-21-Cormont-P.-Frank-S.-Hrsg.-2011-Governance-in-der-Klim> (23.04.2016).
- Daab, K. (2013): BauGB-Klimaschutznovelle 2011. Erste Erfahrungen der Kommunen. In: *PLANERIN*, H. 6, S. 50-53.
- Dams, T.; Haen, H. de; Kötter, H.; Thimm, H.-U.; Zurek, E. C. (1985): *Integrierte Ländliche Entwicklung. Theorie, Konzepte, Erfahrungen, Programme.* Hamburg (= Studien zur integrierten ländlichen Entwicklung, Bd. 16).

- Dangschat, J. S. (2006): Raumplanung unter Unsicherheiten - Beherrschbarer Widerspruch. In: Selle, K. (Hrsg.) (2006): Planung neu denken Bd. 1. Zur räumlichen Entwicklung beitragen. Konzepte. Theorien. Impulse. Dortmund, S. 378-388.
- Dangschat, J. S.; Frey, O.; Hamedinger, A. (2008): Strategieorientierte Planung im kooperativen Staat. Herausforderungen und Chancen. In: Hamedinger, A.; Frey, O.; Dangschat, J. S.; Breiffuss, A. (Hrsg.) (2008¹): Strategieorientierte Planung im kooperativen Staat. Wiesbaden, S. 352-367.
- Danielzyk, R. (2005): Informelle Planung. In: ARL - Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.) (2005⁴): Handwörterbuch der Raumordnung. Hannover, S. 465-469.
- Danielzyk, R. (1999): Regionale Kooperationsformen. In: *Informationen zur Raumentwicklung*, H. 9/10, S. 577-586.
- Danielzyk, R.; Knieling, J. (2011): Informelle Planungsansätze. In: ARL - Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.) (2011): Grundriss der Raumordnung und Raumentwicklung. Hannover, S. 473-498.
- Dasgupta, P.; Morton, J.; Dodman, D.; Karapinar, B.; Meza, F.; Rivera-Ferre, M.; Toure Sarr, A.; Vincent, K. (2014): Rural Areas. In: IPCC - Intergovernmental Panel on Climate Change (Hrsg.) (2014): Climate Change 2014: Impacts, Adaptation, and Vulnerability. Part A: Global and Sectoral Aspects. Contribution of Working Group II to the Fifth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change. Cambridge UK, New York, S. 613-657.
- Davies, A. R. (2005): Local Action for Climate Change: Transnational Networks and the Irish Experience. In: *Local Environment* 10, H. 1, S. 21-40.
- Davoudi, S.; Crawford, J.; Mehmood, A. (2009): Climate Change and Spatial Planning Responses. In: Davoudi, S.; Crawford, J.; Mehmood, A. (Hrsg.) (2009): Planning for climate change. Strategies for mitigation and adaptation for spatial planners. London, S. 7-18.
- DeGEval - Gesellschaft für Evaluation e.V. (Hrsg.) (2008⁴): Standards für Evaluation. Mainz.
- de Jong, C. (2012): Auswirkungen von Klimawandel und künstlicher Beschneigung auf Wurmberg und Winterberg. Erste Ergebnisse einer Analyse der Planungsunterlagen sowie von Geländeuntersuchungen im Juli 2012.
http://goslar.bund.net/fileadmin/bundgruppen/bcmskkgoslar/Downloads/ns_Kunstschnee_16b_Arbeitspapier_final.pdf (07.03.2013).
- Deppisch, S.; Albers, M. (2012): Transnationale Strategien zur Anpassung an Klimawandelfolgen versus lokalspezifische Anpassungserfordernisse? Das Beispiel des Ostseeraumes. In: *Raumforschung und Raumordnung* 70, H. 3, S. 203-216.
- Derichs, S. (2007): Regional und Rural Governance. Ein effektiver Steuerungsansatz zur regional bestimmten Eigenentwicklung.
http://darwin.bth.rwth-aachen.de/opus3/volltexte/2008/2117/pdf/Derichs_Sascha.pdf (26.08.2011).

- Deutsche Vernetzungsstelle LEADER+ (2007): Fokusthema: Bioenergie für die Region, *LEADERforum*, 02.2007. Bonn.
- DG AGRI - Generaldirektion Landwirtschaft und ländliche Entwicklung der Europäischen Kommission (2014): Entwicklung des ländlichen Raums 2014 - 2020.
http://ec.europa.eu/agriculture/rural-development-2014-2020/index_de.htm (25.01.2015)
- DG AGRI - Generaldirektion Landwirtschaft und Ländliche Entwicklung der Europäischen Kommission (2013): Overview of CAP Reform 2014 - 2020. o.O. (= Agricultural Policy Perspectives Brief, Nr. 5 / Dezember 2013).
- DG AGRI - Generaldirektion Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (2015): Entwicklung des ländlichen Raums 2014-2020.
http://ec.europa.eu/agriculture/rural-development-2014-2020/index_de.htm (09.08.2015).
- DG AGRI - Generaldirektion Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (2006): Entwicklung des ländlichen Raums 2007-2013. Handbuch für den gemeinsamen Begleitungs- und Bewertungsrahmen. Leitfaden.
http://ec.europa.eu/agriculture/rurdev/eval/guidance/document_de.pdf (19.10.2014).
- Die Bundesregierung (2011): Aktionsplan Anpassung der Deutschen Anpassungsstrategie an den Klimawandel. vom Bundeskabinett am 31. August 2011 beschlossen.
http://www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/aktionsplan_anpassung_klimawandel_bf.pdf (08.09.2011).
- Die Bundesregierung (2008): Deutsche Anpassungsstrategie an den Klimawandel. vom Bundeskabinett am 17. Dezember 2008 beschlossen.
http://www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/das_gesamt_bf.pdf (10.08.2009).
- Diller, C. (2013): Ein nützliches Forschungswerkzeug! Zur Anwendung des Akteurzentrierten Institutionalismus in der Raumplanungsforschung und den Politikwissenschaften. In: *PNDonline*, H. 1.
http://www.planung-neudenken.de/images/stories/pnd/dokumente/1_2013/diller_christian.pdf (09.04.2013).
- Diller, C. (2012a): 2.1 Regionalentwicklung - Entstehung und Instrumentierung. In: Weick, T.; Germer, S.; Albrecht, J.; Wernig, R. (Hrsg.) (2012): *Koordinierte Regionalentwicklung: Zielorientierung von Entwicklungsprozessen*. Hannover (= Arbeitsberichte der ARL, Bd. 4), S. 11-18.
- Diller, C. (2012b): Evaluation in der regionalen Raumordnungsplanung - Praxis, Forschung, Perspektiven. In: *Informationen zur Raumentwicklung*, H. 1/2, S. 1-15.
- Diller, C. (2006): »Governance by Government«. Welchen Einfluss haben unterschiedliche staatliche Anreizmodi auf die Ergebnisse von Regional Governance. In: Kleinfeld, R.; Plamper, H.; Huber, A. (Hrsg.) (2006): *Regional Governance. Steuerung, Koordination und Kommunikation in regionalen Netzwerken als neue Formen des Regierens*. Bd 2. Göttingen, S. 273-288.

- Diller, C. (2002): Zwischen Netzwerk und Institution. Eine Bilanz regionaler Kooperationen in Deutschland. Opladen.
- Diller, C.; Hebecker, J. (2008): Klimawandel in Deutschland: Handlungsmöglichkeiten der Regionalplanung. In: *Standort - Zeitschrift für Angewandte Geographie* 32, H. 2, S. 62-70.
- DLKG - Deutsche Landeskulturgesellschaft (Hrsg.) (2011): Wandel in den Köpfen?! Neuausrichtung von LEADER, ILE, Dorfentwicklung und Ländlicher Bodenordnung. Materialien zur Vorbereitung der 33. Bundestagung der Deutschen Landeskulturgesellschaft (DLKG) im Jahre 2012 in Wetzlar. München (= Schriftenreihe der Deutschen Landeskulturgesellschaft - DLKG, Sonderheft 04).
- DLKG - Deutsche Landeskulturgesellschaft (Hrsg.) (2006): Ländlicher Raum auf Roter Liste. Der Beitrag der Integrierten Ländlichen Entwicklung zur Schaffung von Arbeitsplätzen unter besonderer Berücksichtigung der demographischen Entwicklung in Deutschland. München (= Schriftenreihe der Deutschen Landeskulturgesellschaft - DLKG, Sonderheft 01, 2006).
- Doering, A.; Hamberger, S. (2006): Der künstliche Winter. München.
- Dosch, F.; Porsche, L.; Schuster, P. (2008): Anpassung an den Klimawandel aus europäischer Perspektive. In: *Informationen zur Raumentwicklung*, H. 6/7, S. 381-394.
- Drack, A. (2008): Anpassung an den Klimawandel in Österreich / Oberösterreich - Aktivitäten und Trends. In: *Informationen zur Raumentwicklung*, H. 6/7, S. 423-435.
- Dröge, S. (2009): Die EU-Klimastrategie. In: Böhler, S.; Bongardt, D.; Frech, S. (Hrsg.) (2009): Jahrhundertproblem Klimawandel. Forschungsstand, Perspektiven, Lösungswege. Schwalbach/Ts., S. 139-153.
- DVS - Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume in der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) (2015): Leader Zukunft.
<http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/regionen/leader/leader-ab-2014/> (26.01.2015).
- DVS - Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume in der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) (2014): Übersicht der LEADER-Planung in Deutschland - ein bundesweiter Überblick (Stand Juli 2014).
http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/fileadmin/sites/ELER/Dateien/02_Regionen/LEADER2007-2013/LEADER_Planungsstand_Deutschland.pdf (26.01.2015).
- DVS - Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume in der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) (2013): Themenheft: Land unter? Herausforderung Hochwasser meistern, *LandInForm* H. 04.2013. Bonn.
- DVS - Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume in der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) (2008): Themenheft: Herausforderung Klimawandel, *LandInForm* H. 02.2008. Bonn.

- DVS - Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume in der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) (2010a): Leader-Regionen in Deutschland 2007 bis 2013.
http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/fileadmin/sites/ELER/Bilder/03_Publikationen/16_07_10_karte_leaderregionen_web.pdf (28.01.2015).
- DVS - Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume in der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) (Hrsg.) (2010b): DVS-Förderhandbuch für den ländlichen Raum. Was gibt es noch außer ELER? EU- und Bundesprogramme für den ländlichen Raum. Bonn.
- Einig, K.; Jonas, A.; Zaspel, B. (2009): Methoden-Mix für die Evaluation von Regionalplänen.
<http://www.uni-goettingen.de/en/115162.html> (27.06.2012) (= Land Use Economics and Planning - Discussion Paper, Nr. 2009-05).
- emma e.V. (2014): Energiemanagementagentur emma e.V.
<http://www.emma-ev.de/> (11.02.2016).
- Endlicher, W. (2007): Das Unbeherrschbare vermeiden und das Unvermeidbare beherrschen - Strategien gegen die gefährlichen Auswirkungen des Klimawandels. In: Endlicher, W.; Gerstengarbe, F.-W. (Hrsg.) (2007): Der Klimawandel. - Einblicke, Rückblicke und Ausblicke -. Berlin, Potsdam, S. 119-131.
- Endlicher, W.; Kress, A. (2008): "Wir müssen unsere Städte neu erfinden". Anpassungsstrategien für Stadtregionen. In: *Informationen zur Raumentwicklung*, H. 6/7, S. 437-445.
- ENRD - Europäisches Netzwerk für ländliche Entwicklung (o.J.a): Rural Development. Überblick über die Politik 2014 - 2020.
<http://enrd.ec.europa.eu/de/policy-in-action/cap-towards-2020/rdp-programming-2014-2020/policy-overview> (25.01.2015).
- ENRD - Europäisches Netzwerk für ländliche Entwicklung (o.J.b): Rural Development. Überblick über die Politik 2014 - 2020.
<http://enrd.ec.europa.eu/de/themes/clld> (25.01.2015).
- ENRD - Europäisches Netzwerk für ländliche Entwicklung (o.J.c): Lokale Entwicklung unter Federführung der Bevölkerung.
<http://enrd.ec.europa.eu/de/themes/clld> (25.01.2015).
- Ernst Basler + Partner GmbH (2013): Regionales Energiekonzept für die Region Prignitz-Oberhavel. Endbericht August 2013.
http://www.prignitz-oberhavel.de/fileadmin/dateien/dokumente/energiekonzept/REnKon_Endbericht.pdf (09.03.2015).
- Eurostat (2014): Glossary: Urban-rural-typology.
http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Glossary:Urban-rural_typology (27.01.2015)

- Eurostat (2013): Urban-rural typology for NUTS level 3 regions.
http://ec.europa.eu/eurostat/documents/35209/35256/1403EN_1.pdf (28.01.2015).
- Eurostat (o.J.): Klassifizierung nach Typ (städtische / ländliche Region).
<http://ec.europa.eu/eurostat/web/rural-development/methodology> (27.01.2015).
- Fährmann, B.; Grajewski, R. (2014): Programmierung: zwischen Formalismus und innovativen Förderansätzen. In: *LandInForm*, H. 2/2014, S. 14-15.
- Faller, F. (2011): Regional Governance und Strategieentwicklung. Steuerungsmöglichkeiten für die Energiewende am Beispiel der Region Greater Manchester. Bayreuth (= Bayreuther Geographische Arbeiten, Bd. 30).
- Fengler, B.; Raue, P. (2010): Kapitel 16 ILE und LEADER. In: Institut für Ländliche Räume des vTI; Institut für Betriebswirtschaft des vTI; Institut für Ökonomie der Forst- und Holzwirtschaft des vTI; entera - Ingenieurgesellschaft für Planung und Informationstechnologie (Hrsg.) (2010): Halbzeitbewertung von PROFIL im Rahmen der 7-Länder-Bewertung.
http://www.ml.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation_id=1525&article_id=92991&psmand=7 (13.02.2014).
- Fischer, C; Schophaus, M.; Trénel, M; Wallentin, A. (2003): Die Kunst, sich nicht über den Runden Tisch ziehen zu lassen. Ein Leitfaden für BürgerInneninitiativen in Beteiligungsverfahren. Bonn (= Arbeitshilfen für Selbsthilfe- und Bürgerinitiativen, Nr. 28).
- FiW - Forschungsinstitut für Wasser- und Abfallwirtschaft an der RWTH Aachen e.V. (Hrsg.) (o.J.): dynaklim. Dynamische Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels in der Emscher-Lippe-Region (Ruhrgebiet).
<http://www.dynaklim.de/dynaklim/index.html> (09.03.2011).
- Fleischhauer, M. (2007): Ansatzpunkte der Raumplanung für die Anpassung an den Klimawandel. In: Böhm, H. Reiner (Hrsg.) (2007): Klimawandel - Anpassungsstrategien in Deutschland und Europa. Tagungsband zum 80. Darmstädter Seminar - Umwelt und Raumplanung -. Darmstadt (= Schriftenreihe WAR, Bd. 183), S. 83-90.
- Fleischhauer, M. (2006): Natural Hazards and Spatial Planning in Europe: An Introduction. In: Fleischhauer, M.; Greiving, S.; Wanczura, S. (Hrsg.) (2006): Natural hazards and spatial planning in Europe. ARMONIA. Dortmund, S. 9-18.
- Fleischhauer, M.; Bornefeld, B. (2006): Klimawandel und Raumplanung. Ansatzpunkte der Raumordnung und Bauleitplanung für den Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel. In: *Raumforschung und Raumordnung* 64, H. 3, S. 161-171.
- Fleischhauer, M.; Overbeck, G.; Janssen, G.; Kufeld, W. (2013): Raumplanung und Klimaschutz - ein Überblick. In: Birkmann, J.; Vollmer, M.; Schanze, J. (Hrsg.) (2013): Raumentwicklung im Klimawandel. Herausforderungen für die räumliche Planung. Hannover (= Forschungsberichte der ARL, Bd. 2), S. 90-119.
- Flick, U. (2011a⁴): Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung. Reinbek (= rowohlts enzyklopädie, Bd. 55694).

- Flick, U. (2011b): Triangulation. In: Bohnsack, R. (Hrsg.) (2011³): Hauptbegriffe qualitativer Sozialforschung. Opladen (= UTB, Bd. 8226), S. 161-162.
- Flick, U. (2010): Design und Prozesse qualitativer Forschung. In: Flick, U.; Kardorff, E. v.; Steinke, I. (Hrsg.) (2010⁸): Qualitative Forschung. Ein Handbuch. Reinbek bei Hamburg, S. 252-265.
- Franck, E.; Fleischhauer, M.; Frommer, B.; Büscher, D. (2013): Klimaanpassung durch strategische Regionalplanung. In: Birkmann, J.; Vollmer, M.; Schanze, J. (Hrsg.) (2013): Raumentwicklung im Klimawandel. Herausforderungen für die räumliche Planung. Hannover (= Forschungsberichte der ARL, Bd. 2), S. 149-162.
- Franck, E.; Peithmann, O. (2010): Regionalplanung und Klimaanpassung in Niedersachsen. Hannover (= E-Paper der ARL, Nr. 9).
URN: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0156-72724>
- Frank, S.; Cormont, P. (2011): Governance in der Klimaanpassung - Strukturen, Prozesse, Interaktionen. Einführung in das Tagungsthema. In: Cormont, P.; Frank, S. (Hrsg.) (2011): Governance in der Klimaanpassung - Strukturen, Prozesse, Interaktionen. Dokumentation der Tagung der KLIMZUG-Verbünde an der TU Dortmund am 03.12.2010.
<http://klimzug-nord.de/file.php/2012-02-21-Cormont-P.-Frank-S.-Hrsg.-2011-Governance-in-der-Klim> (23.04.2016) (= dynaklim-Publikation, Bd. 20), S. 3-7.
- Freibauer, A.; Drösler, M.; Gensior, A.; Schulze, E.-D. (2009): Das Potenzial von Wäldern und Mooren für den Klimaschutz in Deutschland und auf globaler Ebene. In: *Natur und Landschaft* 84, H. 1, S. 20-25.
- Frelih-Larsen, A.; MacLeod, M.; Osterburg, B.; Eory, A. V.; Dooley, E.; Kätsch, S.; Naumann, S.; Rees, B.; Tarsitano, D.; Topp, K.; Wolff, A.; Metayer, N.; Molnar, A.; Povellato, A.; Bochu, J.L.; Lasorella, M.V.; Longhitano, D. (2014): "Mainstreaming climate change into rural development policy post 2013". Final report. Berlin.
- Frerichs, S.; Hinzen, A.; Schüle, R. (2011): Klimaschutz in der Raum- und Siedlungsplanung. In: *UVP-report* 25, H. 1, S. 4-10.
- Frey, O.; Hamedinger, A.; Dangschat, J. S. (2008): Strategieorientierte Planung im kooperativen Staat - eine Einführung. In: Hamedinger, A.; Frey, O.; Dangschat, J. S.; Breiffuss, A. (Hrsg.) (2008¹): Strategieorientierte Planung im kooperativen Staat. Wiesbaden, S. 14-33.
- Frommer, B. (2010a): Regionale Anpassungsstrategien an den Klimawandel - Akteure und Prozess. Darmstadt (= Schriftenreihe WAR, Bd. 207).
- Frommer, B. (2010b): Akteure regionaler Anpassungsstrategien an den Klimawandel - Lernprozesse und Eigendynamiken im strategischen Diskurs. In: Hutter, G.; Wiechmann, T. (Hrsg.) (2010): Strategische Planung. Zur Rolle der Planung in der Strategieentwicklung für Städte und Regionen. Berlin (= Planungsrundschau, Bd. 18), S. 59-84.
- Frommer, B. (2009): Handlungs- und Steuerungsfähigkeit von Städten und Regionen im Klimawandel. In: *Raumforschung und Raumordnung* 67, H. 2, S. 128-141.

- Frommer, B.; Buchholz, F.; Böhm, H. R. (2011a): Anpassung an den Klimawandel - Regional umsetzen! Eine Einführung in den Sammelband. In: Frommer, B.; Buchholz, F.; Böhm, H. R. (Hrsg.) (2011): Anpassung an den Klimawandel - regional umsetzen! Ansätze zur Climate Adaption Governance unter der Lupe. München, S. 14-24.
- Frommer, B.; Buchholz, F.; Böhm, H. R. (2011b): Climate Change Adaptation Governance - ein wirksamer Ansatz zur Umsetzung von Klimaanpassung auf der regionalen Ebene. In: Frommer, B.; Buchholz, F.; Böhm, H. R. (Hrsg.) (2011): Anpassung an den Klimawandel - regional umsetzen! Ansätze zur Climate Adaption Governance unter der Lupe. München, S. 260-270.
- Frommer, B.; Buchholz, F.; Böhm, H. R. (Hrsg.) (2011c): Anpassung an den Klimawandel - regional umsetzen! Ansätze zur Climate Adaption Governance unter der Lupe. München.
- Frommer, B.; Schlipf, S. (2008): Klimawandel als Aufgabe der Stadtentwicklung. Erfahrungen aus der Netzwerkarbeit. In: *PLANERIN*, H. 15-17.
- Frommer, B.; Schlipf, S.; Böhm, H. R.; Janssen, G.; Sommerfeldt, P. (2013): Die Rolle der räumlichen Planung bei der Anpassung an die Folgen des Klimawandels. In: Birkmann, J.; Vollmer, M.; Schanze, J. (Hrsg.) (2013): Raumentwicklung im Klimawandel. Herausforderungen für die räumliche Planung. Hannover (= Forschungsberichte der ARL, Bd. 2), S. 120-148.
- Froschauer, U.; Lueger, M. (2003): Das qualitative Interview. Zur Praxis interpretativer Analyse sozialer Systeme. Wien.
- Fuchs, A. (2010): Klima und Gesellschaft. In: Voss, M. (Hrsg.): Der Klimawandel. Sozialwissenschaftliche Perspektiven. Wiesbaden, S. 41-48.
- Fuchs-Goldschmidt, I. (2008¹): Konsens als normatives Prinzip der Demokratie. Zur Kritik der deliberativen Theorie der Demokratie. Wiesbaden.
- Furmankiewicz M.; Thomson N., Zielinska M. (2010): Area-based partnerships in rural Poland: The post-accession experience. *Journal of Rural Studies* 26, H. 1, S. 52-62.
- Fürst, D. (2012): Internationales Verständnis von „Strategischer Regionalplanung“. In: Vallée, D. (Hrsg.) (2012): Strategische Regionalplanung. Hannover (= Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL, Bd. 237), S. 18-30.
- Fürst, D. (2011a): Raumplanung unter veränderten Verhältnissen. In: ARL - Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.) (2011): Grundriss der Raumordnung und Raumentwicklung. Hannover, S. 56-67.
- Fürst, D. (2011b): Politik und Verwaltung im Wandel. In: ARL - Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.) (2011): Grundriss der Raumordnung und Raumentwicklung. Hannover, S. 46-56.
- Fürst, D. (2010a): Regional Governance. In: Benz, A.; Dose, N. (Hrsg.) (2010²): Governance - Regieren in komplexen Regelsystemen. Eine Einführung. Wiesbaden (= Governance, Bd. 1), S. 49-68.

- Fürst, D. (2010b): Raumplanung. Herausforderungen des deutschen Institutionensystems. Detmold (= Planungswissenschaftliche Studien zu Raumordnung und Regionalentwicklung, Bd. 1).
- Fürst, D. (2009): Metropolitan Governance. In: Güldenbergh, E.; Preising, T.; Scholles, F. (Hrsg.) (2009): Europäische Raumentwicklung. Metropolen und periphere Regionen. Frankfurt am Main (= Stadt und Region als Handlungsfeld, Bd. 8), S. 35-48.
- Fürst, D. (2007): Regional Governance. In: Benz, A.; Lütz, S.; Schimank, U.; Simonis, G. (Hrsg.) (2007¹): Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder. Wiesbaden, S. 353-377.
- Fürst, D. (2006): Entwicklung und Stand des Steuerungsverständnisses in der Regionalplanung. In: Selle, K. (Hrsg.) (2006): Planung neu denken Bd. 1. Zur räumlichen Entwicklung beitragen. Konzepte. Theorien. Impulse. Dortmund, S. 117-128.
- Fürst, D. (2004): Planungstheorie - die offenen Stellen. In: Altröck, U.; Güntner, S.; Huning, S.; Peters, D. (Hrsg.) (2004): Perspektiven der Planungstheorie. Berlin (= Edition Stadt und Region, Bd. 9), S. 239-255.
- Fürst, D. (2003): Steuerung auf regionaler Ebene versus Regional Governance. In: *Informationen zur Raumentwicklung*, H. 8/9, S. 441-450.
- Fürst, D. (2001): Regional governance - ein neues Paradigma der Regionalwissenschaften. In: *Raumforschung und Raumordnung*, H. 5-6, S. 370-380.
- Fürst, D.; Knieling, J. (2005): Kooperation, interkommunale und regionale. In: ARL - Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.) (2005⁴): Handwörterbuch der Raumordnung. Hannover, S. 531-533.
- Fürst, D.; Löb, S. (1999): Ökologisches orientiertes Regionalmanagement im Landkreis Goslar. Sinzheim.
- Fürst, D.; Scholles, F. (2008): Partizipative Planung. In: Fürst, D.; Scholles, F. (Hrsg.) (2008³): Handbuch Theorien und Methoden der Raum- und Umweltplanung. Dortmund, S. 161-178.
- Fürst, D.; Lahner, M.; Pollermann, K. (2005): Regional Governance bei Gemeinschaftsgütern des Ressourcenschutzes: das Beispiel Biosphärenreservate. In: *Raumforschung und Raumordnung*, H. 5, S. 330-339.
- Gailing, L.; Kilper, H. (2010): Institutionen- und Handlungsräume als sozio-politische Konstruktionen. In: Kilper, H. (Hrsg.) (2010¹): Governance und Raum. Baden-Baden, S. 93-109.
- Gawron, T. (2010): Steuerungstheorie, Policy-Forschung und Governance-Ansatz. Zum verfehlten Governance-Konzept der Regionalforschung. Leipzig, Berlin (= Schriftenreihe des Forschungsverbundes KoReMi, Bd. 7).
- Gebhardt, H.; Glaser, R.; Radtke, U.; Reuber, P. (2007a): Das Drei-Säulen-Modell der Geographie. In: Gebhardt, H.; Glaser, R.; Radtke, U.; Reuber, P. (Hrsg.) (2007): Geographie. Physische Geographie und Humangeographie. München, S. 62-75.

Gemeinde Burkhardtsdorf (2015): Burkhardtsdorf 2050.

<http://www.burkhardtsdorf.de/burkhardtsdorf/content/8/20110701230438.asp>
(11.02.2016).

Gerstengarbe, F.-W.; Werner, P. C. (2007): Der rezente Klimawandel. In: Endlicher, W.; Gerstengarbe, F.-W. (Hrsg.) (2007): Der Klimawandel. - Einblicke, Rückblicke und Ausblicke -. Berlin, Potsdam, S. 34-43.

Giessen, L. (2010): Regional Governance für ländliche Räume - innovativer Ansatz, politischer Gegenwind und der Weg vorwärts. In: *Raumforschung und Raumordnung* 68, H. 1, S. 3-14.

Görg, C. (2009): Andere Themen: Forschungsbedarf zur Anpassung an den Klimawandel - Schwerpunkte und Herausforderungen. In: Mörsdorf, F. L.; Ringel, J.; Strauß, C. (Hrsg.) (2009): *Anderes Klima. Andere Räume! Zum Umgang mit Erscheinungsformen des veränderten Klimas im Raum*. Norderstedt (= ISB, Institut für Stadtentwicklung und Bauwirtschaft, Universität Leipzig, Tagungsband, Bd. 19), S. 33-42.

Gorsler, D. (2002): Informelle räumliche Planung – Stand der aktuellen räumlichen Planung und Forschungsbedarf. Hannover. (= Arbeitsmaterial der ARL, Nr. 286).

Grabski-Kieron, U. (2008): Wachstum und Beschäftigung – Welche Rolle spielen ländliche Räume. In: BMELV - Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Hrsg.): *Zukunft ländlicher Räume*. Beiträge der Konferenzreihe "Zukunft ländlicher Räume" des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Stuttgart (= Berichte über Landwirtschaft, Sonderheft 217), S. 36-47.

Grabski-Kieron, U. (2007a): Geographie und Planung ländlicher Räume in Mitteleuropa. In: Gebhardt, H; Glaser, R.; Radtke, U.; Reuber, P. (Hrsg.) (2007): *Geographie. Physische Geographie und Humangeographie*. München, S. 602-615.

Grabski-Kieron, U. (2007b): Entwicklung ländlicher Räume in Deutschland und der EU unter veränderten strukturpolitischen Rahmenbedingungen - Perspektiven für Planung und angewandte Forschung. In: Malburg-Graf, B. (Hrsg.): *Flächenmanagement als Instrument der integrativen Planung für ländliche Räume und der kommunalen Innenentwicklung*. Beiträge des 2. Hochschultages 2007 "Strukturentwicklung ländlicher Räume in Baden-Württemberg". Stuttgart (= Stuttgarter Geographische Studien, Bd. 140), S. 28-45.

Grabski-Kieron, U. (2005): Integrated Rural Development and its Implementation in Germany. In: Schmied, D.; Wilson, O. (Hrsg.): *The countryside in the 21st Century: Anglo-German Perspectives*. Bayreuth (= Bayreuter Geographische Arbeiten, Bd. 26), S. 25-34.

Grabski-Kieron, U. (2002a): Funktionswandel der Landwirtschaft – Neue Impulse für die ländliche Raumentwicklung. In: Weber, G. (Hrsg.) (2002): *Raumordnung und landwirtschaftlicher Strukturwandel*. Wien, S. 9-22.

Grabski-Kieron, U. (2002b): Integrierte ländliche Entwicklung - Mittelpunkt der zukünftigen Agrarpolitik?. In: ASG - Agrarsoziale Gesellschaft e.V. (2002): *Weiter denken - Agrarpolitik für*

- ein gemeinsames Europa der Zukunft. Göttingen (= Schriftenreihe für ländliche Sozialfragen, Bd. 140), S. 66-87.
- Grabski-Kieron, U.; Kötter, T. (2012): Regionalisierte Entwicklungsansätze und zentrale Handlungsfelder. In: Kummer, K.; Frankenberger, J. (Hrsg.) (2012): Das deutsche Vermessungs- und Geoinformationswesen. Themenschwerpunkt 2013: Landesentwicklung für ländliche Räume - Analysen und Antworten zu Demographiewandel, Planungszielen und Strukturveränderung: Regionalentwicklung, Entwicklung von Dörfern und Städten, Bodenordnung und Landmanagement, Arbeitsprozess Flurbereinigung. Berlin; Offenbach, S. 81-132.
- Grabski-Kieron, U.; Krajewski, C. (2007): Ländliche Raumentwicklung in der erweiterten EU. Chancen und Probleme. In: *Geographische Rundschau* 59, H. 3, S. 12-19.
- Grabski-Kieron, U.; Kohl, A.; Bröckling, F. (2000): Effizienz und Handlungsbedarf der Förderung der Agrarstrukturellen Entwicklungsplanung (AEP). Forschungsvorhaben im Auftrag des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Münster (= Schriftenreihe des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Reihe B: Flurbereinigung, H. 83).
- Grabski-Kieron, U.; Naim, D. (o.J.): CC-LandStraD - Übersicht zu ersten Teilergebnissen aus dem Teilvorhaben Steuerungs- und Regelungsinstrumente.
http://www.cc-landstrad.de/fileadmin/dam_uploads/Eigene_Dateien/Downloads_DE/130731_Uebersicht_zu_ersten_Teilergebnissen_aus_dem_Teilvorhaben.pdf (07.06.2015).
- Grajewski, R. (2007): Politik für ländliche Räume in der EU-27. In: Tietz, A. (Hrsg.) (2007): Ländliche Entwicklungsprogramme 2007 bis 2013 in Deutschland im Vergleich. Finanzen, Schwerpunkte, Maßnahmen. Braunschweig (= Landbauforschung Völkenrode : Sonderheft, Bd. 315), S. 15-36.
- Greiving, S. (2011a): Methodik zur Festlegung raum- und raumplanungsrelevanter Risiken. In: Pohl, J.; Zehetmair, S. (Hrsg.) (2011): Risikomanagement als Handlungsfeld in der Raumplanung. Hannover (= Arbeitsmaterial der ARL, Bd. 357), S. 22-30.
- Greiving, S. (2011b): Strategische und operative Planungen. In: ARL - Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.) (2011): Grundriss der Raumordnung und Raumentwicklung. Hannover, S. 392-395.
- Greiving, S. (2009): Klimawandel als deutsche und europäische Herausforderung für die Raumplanung. In: Mörsdorf, F. L.; Ringel, J.; Strauß, C. (Hrsg.) (2009): Anderes Klima. Andere Räume! Zum Umgang mit Erscheinungsformen des veränderten Klimas im Raum. Norderstedt (= ISB, Institut für Stadtentwicklung und Bauwirtschaft, Universität Leipzig, Tagungsband, Bd. 19), S. 43-54.

- Greiving, S.; Fleischhauer, M. (2012): National Climate Change Adaptation Strategies of European States from a Spatial Planning and Development Perspective. In: *European Planning Studies* 20, H. 1, S. 27-48.
- Greiving, S.; Fleischhauer, M. (2008): Raumplanung: in Zeiten des Klimawandels wichtiger denn je! Größere Planungsflexibilität durch informelle Ansätze einer Klimarisiko-Governance. In: *RaumPlanung*, H. 137, S. 61-66.
- Groß, G. (2010): Unsicherheiten von Klimaszenarien für die Klimaentwicklung in Niedersachsen. Vortrag im Rahmen der Niedersächsischen Regierungskommission Klimaschutz am 16.02.2010 in Hannover (*unveröffentlicht*).
- Grunow, D.; Keivandarian, A.; Liesenfeld, J. (2011): Governance der Klimaanpassung in der *dynaklim*-Region. Teil 2: Anpassung der Kommunen an den Klimawandel. Ergebnisse des Screening zur Anpassung an den Klimawandel im Ruhrgebiet und in der Emscher-Lippe Region.
http://dynaklim.de/dynaklim2pub/dms/templating-kit/themes/dynaklim/documents/3310_dynaklim-Publikationen/2011/dynaklim_Publikation_16_Nov_2011_Governance-der-Klimaanpassung/Nr.%2016%20November%202011%20Governance%20der%20Klimaanpassung%20in%20der%20dynaklim-Region%3B_%20Teil%201%3A%20Pro-aktive%20Anpassung%20an%20die%20Folgen%20des%20Klimawandels%3B%20Teil%202%3A%20Anpassung%20der%20Kommunen%20an%20den%20Klimawandel.pdf (23.04.2016). (= dynaklim-Publikation, Bd. 16), S. 34-51.
- Günther, K. (2006¹): Politik des Kompromisses. Dissensmanagement in pluralistischen Demokratien. Wiesbaden.
- Haber, W.; Bückmann, W.; Endres, E. (2010): Anpassung des Landmanagements in Europa an den Klimawandel. In: *Natur und Recht* 32, H. 6, S. 377-383.
- Habscheid, S.; Knobloch, C. (2009): Zur Einführung in den Band. In: Habscheid, S.; Knobloch, C. (Hrsg.) (2009¹): Einigkeitsdiskurse. Zur Inszenierung von Konsens in organisationaler und öffentlicher Kommunikation. Wiesbaden, S. 7-17.
- Häckel, H. (2005⁵): Meteorologie. Stuttgart (= UTB, Bd. 1338).
- Hahne, U. (2013): Regionale Nachhaltigkeit - die neuen Chancen der ländlichen Entwicklung. In: *Natur und Landschaft* 88, H. 2, S. 69-74.
- Hahne, U. (2008): ELER und der unterschiedliche Mehrwert des LEADER-Ansatzes in Deutschland. In: BMELV - Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Hrsg.) (2008): Zukunft ländlicher Räume. Beiträge der Konferenzreihe "Zukunft ländlicher Räume" des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Stuttgart (= Berichte über Landwirtschaft, Sonderheft 217), S. 127-133.
- Halfacree, K. H. (1993): Locality and social representations. Space, discourse and alternative definitions of the rural. In: *Journal of Rural Studies* 9, H. 1, S. 23-37.

- Hallegatte, S. (2009): Strategies to adapt to an uncertain climate change. In: *Global Environmental Change* 19, H. 2, S. 240-247.
- Hamedinger, A. (2008a): Strategieorientierte Planung in Wien. Der Weg einer „sanften“ Modernisierung. In: Hamedinger, A.; Frey, O.; Dangschat, J. S.; Breiffuss, A. (Hrsg.) (2008¹): Strategieorientierte Planung im kooperativen Staat. Wiesbaden, S. 151-177.
- Hamedinger, A. (2008b): Einleitung. In: Hamedinger, A.; Frey, O.; Dangschat, J. S.; Breiffuss, A. (Hrsg.) (2008¹): Strategieorientierte Planung im kooperativen Staat. Wiesbaden, S. 124-127.
- Handmer, J. (2003): Adaptive Capacity: What Does It Means in the Context of Natural Hazards. In: Schipper, E. L. F.; Burton, I. (Hrsg.) (2009): The Earthscan reader on adaptation to climate change. London, S. 213-227.
- Haus, M.; Heinelt, H. (2004): Politikwissenschaftliche Perspektiven auf den Stand der Planungstheorie. In: Altrock, U.; Güntner, S.; Huning, S.; Peters, D. (Hrsg.) (2004): Perspektiven der Planungstheorie. Berlin (= Edition Stadt und Region, Bd. 9), S. 167-184.
- Healey, P. (2006²): Collaborative planning. Shaping places in fragmented societies. Basingstoke, Hampshire, New York.
- Healey, P. (1997): The revival of strategic spatial planning in Europe. In: Healey, P.; Khakee, A.; Motte, A.; Needham, B. (Hrsg.) (1997): Making strategic spatial plans. Innovation in Europe. London, S. 3-19.
- Hecht, D. (2009): Anpassung an den Klimawandel. Herausforderungen für Gesellschaft, Wirtschaft und Staat. In: *Raumforschung und Raumordnung* 67, H. 2, S. 157-169.
- Heiland, S.; Geiger, B.; Rittel, K.; Steinl, C.; Wieland, S. (2008): Der Klimawandel als Herausforderung für die Landschaftsplanung. Probleme, Fragen und Lösungsansätze. In: *Naturschutz und Landschaftsplanung* 40, H. 2, S. 37-41.
- Heiland, S.; Kowarik, I. (2008): Anpassungserfordernisse des Naturschutzes und seiner Instrumente an den Klimawandel und dessen Folgewirkungen. In: *Informationen zur Raumentwicklung*, H. 6/7, S. 415-422.
- Heimann, T. (2013): Befunde der Delphi-Befragung im Detail. Konsens oder Dissens? Herausforderungen des Klimawandels für die deutschen Küstenstädte und -gemeinden aus Expertensicht): Klimawandel in den deutschen Küstenstädten und -gemeinden. Befunde und Handlungsempfehlungen für Praktiker. Erkner, S. 21-69.
- Heinelt, H. (2006): Planung und Governance. Der Beitrag der Governance-Debatte zum Planungsverständnis. In: Selle, K. (Hrsg.) (2006): Planung neu denken Bd. 1. Zur räumlichen Entwicklung beitragen. Konzepte. Theorien. Impulse. Dortmund, S. 235-247.
- Heinelt, H.; Lamping, W. (2014): Städte im Klimawandel: Zwischen Problembetroffenheit und Innovationserwartung. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 27, H. 2, S. 79-89.

- Heinrich, B. (2003): Kooperationen im Kulturbereich. In: Duhm, S., Geiger, C. u. E. Grömig (2003): Interkommunale Kooperation - Möglichkeiten zur Verbesserung von Verwaltungsleistungen. Köln (= Reihe A des Deutschen Städtetags, Beiträge zur Kommunalpolitik, Heft 31), S. 42-47.
- Heinrichs, H.; Grunenberg, H. (2009): Klimawandel und Gesellschaft. Perspektive Adaptionskommunikation. Wiesbaden.
- Heintel, M. (2001): Mainstream-Regionalentwicklung. In: *Landnutzung und Landentwicklung* 5, H. 42, S. 193-200.
- Helfferrich, C. (2009³): Die Qualität qualitativer Daten. Manual für die Durchführung qualitativer Interviews. Wiesbaden.
- Henkel, G. (2004⁴): Der ländliche Raum. Gegenwart und Wandlungsprozesse seit dem 19. Jahrhundert in Deutschland. Berlin.
- Hensold, C. (2013): Klimarelevanz von Siedlungsstrukturen. In: Kufeld, W. (Hrsg.): Klimawandel und Nutzung von regenerativen Energien als Herausforderungen für die Raumordnung. Hannover (= Arbeitsberichte der ARL, Nr. 7), S. 78-88.
- Hiller, P. (1993): Der Zeitkonflikt in der Risikogesellschaft - Risiko und Zeitorientierung in rechtsförmigen Verwaltungsentscheidungen. Berlin.
- Hiller, M.; Probst, T. (2008): Auswirkungen des Klimawandels auf Raumentwicklung und Wirtschaft im Alpenraum. Ergebnisse des INTERREG IIIB-Alpenraum-Projekts ClimChAlp. In: *Informationen zur Raumentwicklung*, H. 6/7, S. 395-403.
- Hirschfeld, J. (2008): Klimawirkungen der Landwirtschaft in Deutschland. Berlin (= Schriftenreihe des IÖW, Bd. 186).
- Hirschfeld, J.; Weiß, J.; Korbuhn, T. (2009): Unterschätzte Potentiale. Klimaeffekte des konventionellen und ökologischen Landbaus. Strategien für mehr Klimaschutz in der Landwirtschaft. In: *Der kritische Agrarbericht 2009*, S. 52-58.
- Holtkamp, L. (2007): Local Governance. In: Benz, A.; Lütz, S.; Schimank, U.; Simonis, G. (Hrsg.) (2007¹): Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder. Wiesbaden, S. 365-377.
- Honer, A. (2011): Interview. In: Bohnsack, R. (Hrsg.) (2011³): Hauptbegriffe qualitativer Sozialforschung. Opladen (= UTB, Bd. 8226), S. 94-99.
- Hopf, C. (2010): Qualitative Interviews - ein Überblick. In: Flick, U.; Kardorff, E. v.; Steinke, I. (Hrsg.) (2010⁸): Qualitative Forschung. Ein Handbuch. Reinbek, S. 349-360.
- Howard, J. (2009): Climate Change Mitigation and Adaptation in Developed Nations: A Critical Perspective on the Adaptation Turn in Urban Climate Planning. In: Davoudi, S.; Crawford, J.; Mehmood, A. (Hrsg.) (2009): Planning for climate change. Strategies for mitigation and adaptation for spatial planners. London, S. 19-32.

- Huning, S. (2004): Der Weg ist das Ziel: Planung als gemeinsames Handeln. Denkanstöße für die normative Planungstheorie bei Hannah Arendt. In: Altrock, U.; Güntner, S.; Huning, S.; Peters, D. (Hrsg.) (2004): Perspektiven der Planungstheorie. Berlin (= Edition Stadt und Region, Bd. 9), S. 45-55.
- Hurlimann, A. C.; March, A. P. (2012): The role of spatial planning in adapting to climate change. In: *Wiley Interdisciplinary reviews: Climate Change* 3, H. 5, S. 477-488.
- Hutter, G. (2012): Klimaanpassung im ländlichen Raum. Zielgerichtete Netzwerke am Beispiel KLIMAFit. In: *RaumPlanung*, H. 160, S. 30-34.
- Hutter, G. (2007): Strategische Planung und Bestandsentwicklung. Anregungen zur Weiterführung der Diskussion. In: *PNDonline*, H. 3, S. 1-4.
<http://www.planung-neu-denken.de/images/stories/pnd/dokumente/pndonline3-2007-hutter.pdf> (25.06.2014).
- Hutter, G. (2006): Strategische Planung. Ein wiederentdeckter Planungsansatz zur Bestandsentwicklung von Städten. In: *RaumPlanung*, H. 128, S. 210-214.
- Hutter, G.; Wiechmann, T. (2005): Stadtumbau als strategischer Prozess - Möglichkeiten der Kommunikation kommunaler Akteure für neue gemeinsame Prioritäten am Beispiel Dresden. In: Weiske, C.; Kabisch, S.; Hannemann, C. (Hrsg.) (2005¹): Kommunikative Steuerung des Stadtumbaus. Interessengegensätze, Koalitionen und Entscheidungsstrukturen in schrumpfenden Städten. Wiesbaden, S. 131-154.
- Ibert, O.; Lelong, B. (2010): Die Emergenz stadtentwicklungspolitischer Strategien: Entstehung, Ausbreitung und Festigung neuer Entwicklungsideen in Netzwerken. In: Hutter, G.; Wiechmann, T. (Hrsg.) (2010): Strategische Planung. Zur Rolle der Planung in der Strategieentwicklung für Städte und Regionen. Berlin (= Planungsrundschau, Bd. 18), S. 43-58.
- Ingold, A.; Schwarz, T. (2010): Klimaschutzelemente in der Bauleitplanung. In: *Natur und Recht* 32, H. 3, S. 153-162.
- Innes, J. E.; Booher, D. E. (1999): Consensus Building and Complex Adaptive Systems. A Framework for Evaluating Collaborative Planning. In: *Journal of the American Planning Association* 65, H. 4, S. 412-423.
- IPCC - Intergovernmental Panel on Climate Change (2014): Climate Change 2014. Synthesis Report (*unedited*).
http://www.ipcc.ch/pdf/assessment-report/ar5/syr/SYR_AR5_LONGERREPORT_Corr2.pdf (10.02.2015).
- IPCC - Intergovernmental Panel on Climate Change (2012): Summary for Policy Makers. Managing the risks of extreme events and disasters to advance climate change adaptation. Special report of the Intergovernmental Panel on Climate Change. Cambridge, New York, S. 3-21.

- IPCC - Intergovernmental Panel on Climate Change (2007): Climate change 2007: Synthesis report. Contribution of Working Groups I, II and III to the Fourth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change. Genf.
- Jacob, D. (2009): Regionalisierte Szenarien des Klimawandels. In: *Raumforschung und Raumordnung* 67, H. 2, S. 89-96.
- Jacoby, C. (2011): Verwirklichung durch raumordnerische Zusammenarbeit. In: ARL - Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.) (2011): Grundriss der Raumordnung und Raumentwicklung. Hannover, S. 520-547.
- Janssen, G. (2012): Rechtsinstrumente der Klimaanpassung. In: Birkmann, J.; Schanze, J.; Müller, P.; Stock, M. (Hrsg.) (2012): Anpassung an den Klimawandel durch räumliche Planung. Grundlagen, Strategien, Instrumente. Hannover (= E-Paper der ARL, Bd. 13), S. 106-120.
URN: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0156-73192>
- Janssen, G. (2010): Der Klimawandel - Entgegnung aus rechtlicher Sicht. - allgemeine Rechtsfragen unter besonderer Berücksichtigung des Raumplanungsrechts, Wasserrechts und Rechts der Umweltverträglichkeitsprüfung. Vortrag auf dem Abschlussworkshop "Anpassung an den Klimawandel durch räumliche Planung - Grundlagen, Strategien, Instrumente des KLIMAPAKT-Vorhabens am 09. November 2010".
http://arlkur.server72.de/sites/default/files/Janssen_Rechtliche%20Aspekte.pdf
(21.11.2012).
- Jessel, B.; Tobias, K. (2002): Ökologisch orientierte Planung. Eine Einführung in Theorien, Daten und Methoden. Stuttgart (= UTB, Bd. 2280).
- Kabat, P.; Vellinga, P.; Aerts, P.; Veraart, J.; van Vierssen, W. (2005): Climate Proofing the Netherlands. Commentary. In: *Nature* 438, H. 17, S. 283-284.
- Kagermeier, A. (1997): Siedlungsstrukturell bedingter Verkehrsaufwand in großstädtischen Verflechtungsbereichen. In: *Raumforschung und Raumordnung* 55, H. 4/5, S. 316-326.
- Kaphengst, T.; Friedrich, S.; Herbert, S. (2009): Zukünftige Herausforderungen für den ländlichen Raum in Deutschland und Europa - die Megatrends. Hintergrundpapier zur Auftaktveranstaltung der Veranstaltungsreihe: "Nachhaltig und innovativ: Zukunft im ländlichen Raum - Perspektiven für naturverträgliches Wirtschaften nach 2013".
https://www.fes.de/niedersachsen/common/pdf/Hintergrundpapier_Kaphengst.pdf
(23.04.2016).
- Kardorff, E. v. (2010): Qualitative Evaluationsforschung. In: Flick, U.; Kardorff, E. v.; Steinke, I. (Hrsg.) (2010⁸): Qualitative Forschung. Ein Handbuch. Reinbek bei Hamburg, S. 238-250.
- Kato, S.; Ahern, J. (2008): 'Learning by doing': adaptive planning as a strategy to address uncertainty in planning. In: *Journal of Environmental Planning and Management* 51, H. 4, S. 543-559.

- Kaufer, R.; Krott, M.; Hubo, C.; Giessen, L. (2013): Steuerungspotenziale der Agrar- und Raumordnungspolitik für ökologisch und ökonomisch nachhaltige ländliche Regionen. In: *Raumforschung und Raumordnung* 71, H. 5, S. 381-396.
- KEA - Klimaschutz- und Energieagentur Baden-Württemberg GmbH (2016): Klimaschutz- und Energieagentur Baden-Württemberg GmbH.
<http://www.kea-bw.de/> (21.02.2016).
- Kelle, U. (2011): Computerunterstützung in der qualitativen Forschung. In: Bohnsack, R. (Hrsg.) (2011³): Hauptbegriffe qualitativer Sozialforschung. Opladen (= UTB, Bd. 8226), S. 29-31.
- Kelle, U.; Kluge, S. (2010²): Vom Einzelfall zum Typus. Fallvergleich und Fallkontrastierung in der qualitativen Sozialforschung. Wiesbaden (= Qualitative Sozialforschung, Bd. 15).
- Keller, D. A. (2006): Neu wieder über Planung denken! In: Selle, K. (Hrsg.) (2006): Planung neu denken Bd. 1. Zur räumlichen Entwicklung beitragen. Konzepte. Theorien. Impulse. Dortmund, S. 352-363.
- Kelly, P. M.; Adger, W. N. (2000): Theory and Practice in Assessing Vulnerability to Climate Change and Facilitating Adaptation. In: Schipper, E. L. F.; Burton, I. (Hrsg.) (2009): The Earthscan reader on adaptation to climate change. London, S. 161-185.
- Kemper, T.; Schlipf, S. (2011): Integration des Themas »Klimaanpassung« in regionale Entwicklungsprozesse am Beispiel der Dorferneuerung in Südhessen. In: Frommer, B.; Buchholz, F.; Böhm, H. R. (Hrsg.) (2011): Anpassung an den Klimawandel - regional umsetzen! Ansätze zur Climate Adaption Governance unter der Lupe. München, S. 217-238.
- Keskitalo, E. C. H. (Hrsg.) (2010a): Developing Adaptation Policy and Practice in Europe: Multi-level Governance of Climate Change. Dordrecht, Heidelberg, London, New York.
- Keskitalo, E. C. H. (2010b): Introduction - Adaptation to Climate Change in Europe: Theoretical Framework and Study Design. In: Keskitalo, E. C. H. (Hrsg.) (2010): Developing Adaptation Policy and Practice in Europe: Multi-level Governance of Climate Change. Dordrecht, Heidelberg, London, New York, S. 1-38.
- Kilper, H. (2010): Governance und die soziale Konstruktion von Räumen. Eine Einführung. In: Kilper, H. (Hrsg.) (2010¹): Governance und Raum. Baden-Baden, S. 9-24.
- Klemme, M. (2011): Akteure der lokalen Klimapolitik im Spannungsfeld von Persistenzen und Eigenlogiken. In: Frommer, B.; Buchholz, F.; Böhm, H. R. (Hrsg.) (2011): Anpassung an den Klimawandel - regional umsetzen! Ansätze zur Climate Adaption Governance unter der Lupe. München, S. 121-138.
- KlimaMORO (2010): Ziele des Modellvorhabens.
<http://www.klimamoro.de/index.php?id=16> (15.02.2012).
- Klinger, R.; Wegener, H. (2011): Klimaschutzziele in der Raumordnung. Zugleich ein Beitrag zum Entwurf des Klimaschutzgesetzes Nordrhein-Westfalen. In: *NVwZ - Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht* 30, H. 15, S. 905-910.

- Klohn, W.; Voth, A. (2010): Agrargeographie. Darmstadt.
- Knieling, J. (2009): Climate Change Governance in Metropolregionen: Welche Steuerungsformen können zur Umsetzung der Klimaschutzziele auf regionaler Ebene beitragen. In: Mörsdorf, F. L.; Ringel, J.; Strauß, C. (Hrsg.) (2009): *Anderes Klima. Andere Räume! Zum Umgang mit Erscheinungsformen des veränderten Klimas im Raum*. Norderstedt (= ISB, Institut für Stadtentwicklung und Bauwirtschaft, Universität Leipzig, Tagungsband, Bd. 19), S. 347-358.
- Knieling, J. (2006): Kooperation in der Regionalplanung: Theoretische Anforderungen, regionale Praxis und Perspektiven. In: Selle, K. (Hrsg.) (2006): *Planung neu denken Bd. 2. Praxis der Stadt- und Regionalentwicklung. Analysen. Erfahrungen. Folgerungen*. Dortmund, S. 72-89.
- Knieling, J. (2003): Kooperative Regionalplanung und Regional Governance: Praxisbeispiele, Theoriebezüge und Perspektiven. In: *Informationen zur Raumentwicklung*, H. 8/9, S. 463-478.
- Knieling, J.; Fröhlich, J.; Schaerffer, M. (2011): Climate Governance. In: Frommer, B.; Buchholz, F.; Böhm, H. R. (Hrsg.) (2011): *Anpassung an den Klimawandel - regional umsetzen! Ansätze zur Climate Adaption Governance unter der Lupe*. München, S. 26-43.
- Knieling, J.; Fürst, D.; Danielzyk, R. (2003): Kooperative Handlungsformen in der Regionalplanung. Zur Praxis der Regionalplanung in Deutschland. Dortmund (= *Regio spezial*, Bd. 1).
- Knieling, J.; Weick, T. (2005): Regionale Entwicklungskonzepte. In: ARL - Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.) (2005⁴): *Handwörterbuch der Raumordnung*. Hannover, S. 928-933.
- Knöbl, I. (2002): Von der Agrarstrukturpolitik zur Förderung des ländlichen Raums. In: Weber, G. (Hrsg.) (2002): *Raumordnung und landwirtschaftlicher Strukturwandel*. Wien, S. 23-32.
- Knospe, F. (2001²): *Handbuch zur argumentativen Bewertung. Methodischer Leitfaden für Planungsbeiträge zum Naturschutz und zur Landschaftsplanung*. Dortmund (= *Handbücher zum Umweltschutz*, Bd. 2).
- KOM - Europäische Kommission (2014): *Die Europäische Union erklärt: Klimapolitik*. Luxemburg.
- KOM - Europäische Kommission (2013): *Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Eine EU-Strategie zur Anpassung an den Klimawandel*.
<http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52013DC0216&from=EN>
(10.02.2015).
- KOM - Europäische Kommission (2010): *Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss*

der Regionen. Die GAP bis 2020: Nahrungsmittel, natürliche Ressourcen und ländliche Gebiete - die künftigen Herausforderungen. Brüssel.

KOM - Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2009a): Weißbuch. Anpassung an den Klimawandel: Ein europäischer Aktionsrahmen.

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2009:0147:FIN:DE:PDF>
(01.10.2010).

KOM - Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2009b): Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen zum Weißbuch über die Anpassung an den Klimawandel. Anpassung an den Klimawandel: Eine Herausforderung für die Landwirtschaft und ländliche Gebiete in Europa.

<http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52009SC0417&from=de>
(22.02.2015).

KOM - Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2007): Grünbuch der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Anpassung an den Klimawandel in Europa – Optionen für Maßnahmen der EU.

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2007:0354:FIN:DE:PDF>
(01.10.2010).

KOM - Europäische Kommission (2006): Fact Sheet. Die EU-Politik zur Förderung der Entwicklung des Ländlichen Raums 2007-2013. Luxemburg.

Kooiman, J. (2006): Governing as Governance. In: Schuppert, G. F. (Hrsg.) (2006²): Governance-Forschung. Vergewisserung über Stand und Entwicklungslinien. Baden-Baden (= Schriften zur Governance-Forschung, Bd. 1), S. 149-172.

Kooiman, J. (2003): Governing as governance. London.

Kooiman, J. (2000): Societal Governance: Levels, Modes, and Orders of Social-Political Interaction. In: Pierre, J. (Hrsg.) (2000): Debating governance. Oxford, S. 138-164.

Kooiman, J. (Hrsg.) (1993): Modern governance. New government society interactions. London.

Kraus, K.; Ott, K. (2014): Ist eine Anpassung des Zielsystems des Naturschutzes an den Klimawandel notwendig?. In: *Natur und Landschaft* 89, H. 3, S. 105-109.

Krautzberger, M.; Stür, B. (2011): Neues Städtebaurecht des Bundes aus Gründen des Klimaschutz. Gesetz zur Förderung des Klimaschutzes bei der Entwicklung in den Städten und Gemeinden. In: *Baurecht*, H. 9, S. 1416-1424.

Kreilkamp, E. (2011): Klimawandel und Tourismus - Herausforderungen für Destinationen. In: *Zeitschrift für Tourismuswissenschaft* 3, H. 2, S. 203-219.

Kromrey, H. (2002): Empirische Sozialforschung: Modelle und Methoden der standardisierten Datenerhebung und Datenauswertung. Opladen.

- Kropp, J. P.; Daschkeit, A. (2008): Anpassung und Planungshandeln im Licht des Klimawandels. In: *Informationen zur Raumentwicklung*, H. 6/7., S. 353-361.
- Krüger, T. (2007): Alles Governance? Anregungen aus der Management-Forschung für die Planungstheorie. In: *RaumPlanung*, H. 132/133, S. 125-130.
- Kübler, C.; Merz, B. (2013): Zum Zusammenwirken von Regionalplanung und Regionalmanagement beim Klimaschutz - Konzeptentwurf für die Region Oberland. In: Kufeld, W. (Hrsg.) (2013): Klimawandel und Nutzung von regenerativen Energien als Herausforderungen für die Raumordnung. Hannover (= Arbeitsberichte der ARL, Bd. 7), S. 124-142.
- Kuckartz, U. (2010³): Einführung in die computergestützte Analyse qualitativer Daten. Wiesbaden.
- Kühn, M. (2010): Strategiebildung in Städten - zwischen Government und Governance, Planung und Politik. In: Hutter, G.; Wiechmann, T. (Hrsg.) (2010): Strategische Planung. Zur Rolle der Planung in der Strategieentwicklung für Städte und Regionen. Berlin (= Planungsrundschau, Bd. 18), S. 85-99.
- Kühn, M. (2008): Strategische Stadt- und Regionalplanung. In: *Raumforschung und Raumordnung* 66, H. 3, S. 230-243.
- Kvale, S. (1996): Interviews. An introduction to qualitative research interviewing. Thousand Oaks.
- Lacquement, G. (2012): Pratique de la gouvernance locale en Allemagne orientale : transfert institutionnel, apprentissage social et logiques réticulaires dans le cadre du programme européen LEADER (2007-2013). In: *Revue d'études comparatives Est-Ouest* 43, H. 3, S. 57-89.
- LAG NSW - LEADER-Aktionsgruppe Nordschwarzwald (2015): Abschließender Sachstandsbericht der LEADER-Aktionsgruppe Nordschwarzwald für den Förderzeitraum 2007-2013. http://www.leader-nordschwarzwald.de/pdf_pool/AbschliessenderSachstandsberichtFoerderperiode2007-2013.pdf (09.03.2015).
- LAG NSW - LEADER-Aktionsgruppe Nordschwarzwald (2014): Homepage der LEADER-Aktionsgruppe Nordschwarzwald. http://www.leader-nordschwarzwald.de/home/index_html (27.10.2014).
- LAG NSW - LEADER-Aktionsgruppe Nordschwarzwald (2013): Projektliste und Projektbeschreibungen. o.O. (*unveröffentlichte Dokumente*).
- LAG NSW - LEADER-Aktionsgruppe Nordschwarzwald (2007): Gesundheits- und Naturerlebnisregion Nordschwarzwald. Regionales Entwicklungskonzept der LEADER-Aktionsgruppe Nordschwarzwald. Antrag für die Förderperiode 2007–2013 im Rahmen des Maßnahmen- und Entwicklungsplans Ländlicher Raum Baden-Württemberg (MEPL II). Calw.
- LAG NSW - LEADER-Aktionsgruppe Nordschwarzwald (o.J.): Bewertungsbögen für Projektanträge.

- http://www.leader-nordschwarzwald.de/pdf_pool/Bewertungsbogen%20fuer%20Projektantraege.pdf
(27.10.2014).
- Landkreis Heidekreis (2015): Kommunale Kooperationen. Zweckverband Aller-Leine-Tal.
http://www.heidekreis.de/desktopdefault.aspx/tabid-7814/13612_read-54959/
(27.12.2015).
- Landkreis Prignitz (2016): Aktuelle Hochwasserinformationen.
http://www.landkreis-prignitz.de/de/wirtschaft/natur_umwelt/hochwasser-aktuell/2011_hochwasser_allgemein.php (14.02.2016).
- Landkreis Prignitz (o.J.): Der ländliche Raum - Wirtschaftsfaktor Landwirtschaft.
http://www.landkreis-prignitz.de/de/wirtschaft/landwirtschaft/laendlicher_raum.php
(03.03.2015).
- Larsen, K.; Gunnarsson-Östling, U. (2009): Climate change scenarios and citizen-participation: Mitigation and adaptation perspectives in constructing sustainable futures. In: *Habitat International*, H. 33, S. 260-266.
- LASA - Landesagentur für Struktur und Arbeit Brandenburg GmbH (1998): Arbeitsplatzeffekte und Arbeitsförderung in der Tourismuswirtschaft. Eine empirische Untersuchung in ausgewählten Landkreisen Brandenburgs.
http://www.lasa-brandenburg.de/fileadmin/user_upload/MAIN-dateien/schriftenreihen/studie_32.pdf (06.11.2014).
- Laukkonen, J.; Blanco, P. K.; Lenhart, J.; Keiner, M.; Cavric, B.; Kinuthia-Njenga, C. (2009): Combining climate change adaptation and mitigation measures at the local level. In: *Habitat International* 33, H. 3, S. 287-292.
- Lauth, H.-J.; Pickel, G.; Pickel, S. (2009¹): Methoden der vergleichenden Politikwissenschaft. Eine Einführung. Wiesbaden.
- Lenk, T.; Strauß, C.; Weidner, S. (2008): Anderes Klima - Andere Räume. Handlungsebenen in der räumlichen Steuerung. In: *PLANERIN*, H. 3, S. 13-14.
- LfULG - Sächsisches Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie (Hrsg.) (2009): Klimawandel und Landwirtschaft. Fachliche Grundlage für die Strategie zur Anpassung der sächsischen Landwirtschaft an den Klimawandel.
http://www.umwelt.sachsen.de/umwelt/download/Broschuere_LW_fachliche_Grundlagen.pdf (25.03.2011).
- Lienau, C. (1997³): Die Siedlungen des ländlichen Raumes. Braunschweig.
- Lindloff, K. (2003): Kooperation erfolgreich gestalten. Erfolgsfaktoren kooperativer Prozesse in der Regionalentwicklung. Dortmund (= KiP - Kommunikation im Planungsprozess, Bd. 5).
- Lindner, S.; Klinski, S.; Schmidt, A.; John, A. (2009): Untersuchung möglicher Ansatzpunkte bundespolitischer Instrumente zur Förderung des kommunalen Klimaschutzes.

- http://www.ecofys.com/files/files/ecofys_2009_gutachten_foerderung_kommunaler_klimaschutz.pdf (18.08.2014)
- LK Osnabrück - Landkreis Osnabrück (2016): Hochwasser.
<https://www.landkreis-osnabrueck.de/bauen-umwelt/umwelt-wasser/hochwasser>
(14.02.2016).
- LK Osnabrück - Landkreis Osnabrück (Hrsg.) (2011): Integriertes Klimaschutzkonzept des Landkreis Osnabrück.
https://www.landkreis-osnabrueck.de/sites/default/files/downloads/integriertes_klimaschutzkonzept.pdf (05.03.2015).
- LK Osnabrück - Landkreis Osnabrück (Hrsg.) (2004): Regionales Raumordnungsprogramm für den Landkreis Osnabrück 2004. Osnabrück.
- Löb, S. (2005): Regionalmanagement. In: ARL - Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.) (2005⁴): Handwörterbuch der Raumordnung. Hannover, S. 942-949.
- Löb, S. (2006): Problembezogenes Regionalmanagement. Dortmund.
- LSN - Landesamt für Statistik Niedersachsen (2014a): Meine Gemeinde, meine Stadt.
http://www.statistik.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation_id=28880&article_id=100776&_psmand=40 (07.12.2014).
- LSN - Landesamt für Statistik Niedersachsen (2014b): Regionalstatistische Datenbank Niedersachsen.
<http://www1.nls.niedersachsen.de/statistik/> (08.12.2014).
- Lüders, C. (2011): Evaluationsforschung. In: Bohnsack, R. (Hrsg.) (2011³): Hauptbegriffe qualitativer Sozialforschung. Opladen (= UTB, Bd. 8226), S. 55-56.
- Lülf, M. (2008): Bewältigung von Klimaschutz und Klimaanpassung in Städten und städtischen Agglomerationen durch die Raumplanung. In: Klee, A.; Knieling, J.; Scholich, D.; Weiland, U. (Hrsg.): Städte und Regionen im Klimawandel. Hannover (= E-Paper der ARL, Nr. 5), S. 68-85.
http://shop.arl-net.de/media/direct/pdf/e-paper_der_arl_nr5.pdf (18.08.2014).
- Lützen, K. (2012): Wirkungszusammenhänge in Handlungsbereichen der räumlichen Planung. In: Birkmann, J.; Schanze, J.; Müller, P.; Stock, M. (Hrsg.) (2012): Anpassung an den Klimawandel durch räumliche Planung. Grundlagen, Strategien, Instrumente. Hannover (= E-Paper der ARL, Bd. 13), S. 28-65.
URN: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0156-73192>
- Macken-Walsh, Áine; Curtin, Christopher (2013): Governance and Rural Development: The Case of the Rural Partnership Programme (RPP) in Post-Socialist Lithuania. In: *Sociologia Ruralis* 53 (2), S. 246-264.
- Maier, J. (2004): Regionalmanagement als weiches Instrument der Regionalentwicklung und erste Evaluierungen vorhandener Ansätze in Bayern. In: Müller, B.; Löb, S.; Zimmermann,

- K. (Hrsg.) (2004¹): Steuerung und Planung im Wandel. Festschrift für Dietrich Fürst. Wiesbaden, S. 201-218.
- Mante, J. (2014): Interview mit Petra Raue, Barbara Fähmann und Gitta Schnaut vom Thünen-Institut für Ländliche Räume (Braunschweig). In: *LandInForm*, H. 2/2014, S. 22-23.
- Marsden, Terry; Murdoch, Jonathan (1998): Editorial: The Shifting Nature of Rural Governance and Community Participation. In: *Journal of Rural Studies* 14 (1), S. 1–4.
- Massot, A. (2014): Die Instrumente der GAP und ihre Reformen. In: Europäisches Parlament (Hrsg.) (2015): Kurzdarstellungen zur Europäischen Union.
http://www.europarl.europa.eu/ftu/pdf/de/FTU_5.2.3.pdf (14.01.2015).
- Mayntz, R. (2010): Governance im modernen Staat. In: Benz, A.; Dose, N. (Hrsg.) (2010²): Governance - Regieren in komplexen Regelsystemen. Eine Einführung. Wiesbaden (= Governance, Bd. 1), S. 37-48.
- Mayntz, R. (2008): Von der Steuerungstheorie zu Global Governance. In: Schuppert, G. F.; Zürn, M. (Hrsg.) (2008¹): Governance in einer sich wandelnden Welt. Wiesbaden (= Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft, 41), S. 43-60.
- Mayntz, R. (2006): Governance Theory als fortentwickelte Steuerungstheorie. In: Schuppert, G. F. (Hrsg.) (2006²): Governance-Forschung. Vergewisserung über Stand und Entwicklungslinien. Baden-Baden (= Schriften zur Governance-Forschung, Bd. 1), S. 11-20.
- Mayntz, R. (2004): Governance im modernen Staat. In: Benz, A. (Hrsg.) (2004¹): Governance - Regieren in komplexen Regelsystemen. Eine Einführung. Wiesbaden (= Governance, Bd. 1), S. 65-76.
- Mayntz, R.; Scharpf, F. W. (1995): Der Ansatz des akteurzentrierten Institutionalismus. In: Mayntz, R.; Scharpf, F. W. (Hrsg.) (1995): Gesellschaftliche Selbstregulierung und politische Steuerung. Frankfurt a.M. (= Schriften des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung, Bd. 23), S. 39-72.
- Mayring, P. (2010a¹¹): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. Weinheim.
- Mayring, P. (2010b): Qualitative Inhaltsanalyse. In: Flick, U.; Kardorff, E. v.; Steinke, I. (Hrsg.) (2010⁸): Qualitative Forschung. Ein Handbuch. Reinbek bei Hamburg, S. 468-475.
- Meinefeld, W. (2010): Hypothesen und Vorwissen in der qualitativen Sozialforschung. In: Flick, U.; Kardorff, E. v.; Steinke, I. (Hrsg.) (2010⁸): Qualitative Forschung. Ein Handbuch. Reinbek, S. 265-275.
- Merkens, H. (2010): Auswahlverfahren, Sampling, Fallkonstruktion. In: Flick, U.; Kardorff, E. v.; Steinke, I. (Hrsg.) (2010⁸): Qualitative Forschung. Ein Handbuch. Reinbek, S. 286-299.
- Meuser, M.; Nagel, U. (2011): Experteninterview. In: Bohnsack, R. (Hrsg.) (2011³): Hauptbegriffe qualitativer Sozialforschung. Opladen (= UTB, Bd. 8226), S. 57-59.

- Meuser, M.; Nagel, U. (2009): Experteninterview und Wandel der Wissensproduktion. In: Bogner, A.; Littig, B.; Menz, W. (Hrsg.) (2009³): Experteninterviews. Theorie, Methoden, Anwendungsfelder. Wiesbaden, S. 35-60.
- Meuser, M.; Nagel, U. (2005): ExpertInneninterviews - vielfach erprobt, wenig bedacht. Ein Beitrag zur qualitativen Methodendiskussion. In: Bogner, A.; Littig, B.; Menz, W. (Hrsg.) (2005²): Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung. Wiesbaden, S. 71-93.
- Meyer, W. (2010): 5. Kapitel: Informationssammlung und -bewertung. In: Stockmann, R.; Meyer, W. (Hrsg.) (2010): Evaluation. Eine Einführung. Opladen (= UTB, Bd. 8337), S. 191-234.
- Meyer, W. (2007): 7. Kapitel: Indikatoren - Skalen - Indizes - Interpretationen. In: Stockmann, R. (Hrsg.) (2007): Handbuch zur Evaluation. Eine praktische Handlungsanleitung. Münster (= Sozialwissenschaftliche Evaluationsforschung, Bd. 6), S. 195-222.
- MIL - Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft des Landes Brandenburg (Hrsg.) (2014): Entwicklungsplan für den ländlichen Raums Brandenburgs und Berlins 2007 - 2013. Stand: 08.01.2014.
http://www.eler.brandenburg.de/media_fast/4055/7_Aend_EPLR_08_01_2014.pdf (05.02.2014).
- Mintzberg, H. (1995): Die strategische Planung. Aufstieg, Niedergang und Neubestimmung. Übersetzt von Ivonne Fischer. München.
- Mitschang, S. (2009): Klimaschutz und Energieeinsparung als Aufgaben der Regional- und Bauleitplanung. In: Mitschang, S. (Hrsg.) (2009): Klimaschutz und Energieeinsparung in der Stadt- und Regionalplanung. Frankfurt a.M. (= Berliner Schriften zur Stadt- und Regionalplanung, Bd. 7), S. 15-66.
- Mitschang, S. (2008): Die Belange von Klima und Energie in der Bauleitplanung. In: *Natur und Recht* 30, H. 9, S. 601-612.
- MKRO - Ministerkonferenz für Raumordnung (2014): Entwurf Leitbilder und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung in Deutschland 2013 (MKRO-Beschluss vom 03.06.2013).
<http://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Anlage/Raumentwicklung/leitbilder-und-handlungsstrategien-entwurf-03-06-2013.pdf> (01.10.2014).
- MKRO - Ministerkonferenz für Raumordnung (2010): Beschluss der 37. Ministerkonferenz für Raumordnung am 19. Mai 2010 in Berlin „Räumliche Konsequenzen des Klimawandels“. Berlin.
<http://www.bmvbs.de/cae/servlet/contentblob/58506/publicationFile/29424/ministerkonferenz-mkro-2010-beschluss-3.pdf> (11.02.2011).
- MKRO - Ministerkonferenz für Raumordnung (2009): Beschluss der 36. Ministerkonferenz für Raumordnung am 10. Juni 2009 in Berlin „Raumordnung und Klimawandel“. <http://www.bmvbs.de/cae/servlet/contentblob/28668/publicationFile/10694/beschluss-zu-raumordnung-und-klimawandel-10-juni-2009.pdf> (22.01.2010).

- MKULNV - Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen (2015): Klimaschutzplan Nordrhein-Westfalen. Klimaschutz und Klimafolgenanpassung. Düsseldorf.
- MKULNV-Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (2011): Klimawandel und Landwirtschaft. Auswirkungen der globalen Erwärmung auf die Entwicklung der Pflanzenproduktion in Nordrhein-Westfalen.
http://www.umwelt.nrw.de/klima/pdf/broschuere_klimawandel_landwirtschaft.pdf
(09.06.2011).
- ML - Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (2013): PROFIL 2007-2013. Programm zur Förderung im ländlichen Raum Niedersachsen und Bremen 2007 bis 2013.
http://www.ml.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation_id=1426&article_id=5257&psmand=7 (02.12.2014).
- ML - Niedersächsisches Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (o.J.): ZILE. Zuwendungen zur integrierten ländlichen Entwicklung. Hannover.
- MLR - Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg (hrsg.) (2014): Maßnahmen- und Entwicklungsplan Ländlicher Raum 2007 - 2013 Baden-Württemberg. 7. Änderungsantrag, Stand: 10.02.2014.
<https://www.landwirtschaft-bw.info/pb/site/lel/get/documents/MLR.LEL/PB5Documents/mlr/pdf/m/MEPL%20II%20Endfassung%207.%20C3%84nderungsantrag.pdf> (08.10.2014).
- MLR - Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg (Hrsg.) (2012): Maßnahmen- und Entwicklungsplan Ländlicher Raum 2007-2013. 5. Jährlicher Zwischenbericht 2011 Baden-Württemberg.
https://www.landwirtschaft-bw.info/pb/site/lel/get/documents/MLR.LEL/PB5Documents/recht/pdf/2/2012-09-12-JZB_2011_BW_Final_SFC_kl.pdf (17.10.2014).
- MLR - Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg (Hrsg.) (2011³): Broschüre zum Maßnahmen- und Entwicklungsplan Ländlicher Raum Baden-Württemberg 2007-2013.
http://www.mlr.baden-wuerttemberg.de/mlr/bro/MEPL_II.pdf (28.11.2013).
- MLR - Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum Baden-Württemberg (Hrsg.) (2010): Halbzeitbewertung "Maßnahmen- und Entwicklungsplan Ländlicher Raum Baden-Württemberg 2007 - 2013 (MEPL II)" nach der VO (EG) 1698/2005.
http://ec.europa.eu/agriculture/rurdev/countries/de/mte-rep-de-baden-wuerttemberg_de.pdf
(22.10.2014).

- MLR - Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg (2008): EU-Förderung LEADER in Baden-Württemberg 2007-2013.
http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/fileadmin/sites/ELER/Dateien/05_Service/Veranstaltungen/Startseminare_Vortrag/BW_Startseminar_04-07-2008.pdf (14.10.2014).
- MLR - Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg (Hrsg.) (o.J.): LEADER 2007-2013.
http://www.landwirtschaft-bw.info/pb/MLR.LaendlicherRaum,Lde/LEADER+2007_2013 (22.10.2014).
- MLUL - Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft des Landes Brandenburg (2013): Elbehochwasser 2002.
<http://www.mlul.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.338960.de> (14.02.2016).
- Møller Madsen, L.; Adriansen, H. K. (2004): Understanding the use of rural space: the need for multi-methods. In: *Journal of Rural Studies* 20, H. 4, S. 485-497.
- Mose, I. (2010): Integrierte ländliche Entwicklung - Vergleichende Analyse unterschiedlicher konzeptioneller Ansätze der Entwicklung ländlicher Peripherien in Europa. In: Belina, B.; Miggelbrink, J. (Hrsg.) (2010): Hier so, dort anders. Raumbezogene Vergleiche in der Wissenschaft und anderswo. Münster (= Raumproduktionen, Bd. 6), S. 153-171.
- Mose, I. (2005): Ländliche Räume. In: ARL - Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.) (2005⁴): Handwörterbuch der Raumordnung. Hannover, S. 573-579.
- Mose, I. (1993): Eigenständige Regionalentwicklung - neue Chancen für die ländliche Peripherie? Vechta (= VSAG - Vechtaer Studien zur Angewandten Geographie und Regionalwissenschaft, Bd. 8).
- Mose, Ingo; Brodda, Yvonne (2004): Neue Entwicklungskonzepte für periphere ländliche Räume. Das Beispiel der schottischen Highlands & Islands. In: *Raumforschung und Raumordnung* 62, H. 3, S. 206-216.
- Mose, Ingo; Brodda, Yvonne (2002): Zwischen Regionalisierung und Nachhaltigkeit. Neue regionale Entwicklungskonzepte für periphere ländliche Räume in der EU. In: *Raumforschung und Raumordnung* 60, H. 3-4, S. 272-276.
- Mose, I.; Jacuniak-Suda, M.; Fiedler, G. (2014): Regional Governance-Stile in Europa. Eine vergleichende Analyse von Steuerungsstilen ausgewählter LEADER-Netzwerke in Extremadura (Spanien), Warmińsko-Mazurskie (Polen) und Western Isles (Schottland). In: *Raumforschung und Raumordnung* 72, H. 1, S. 3-20.
- Moss, T. (2012): Klimaforschung am IRS. In: *IRS Aktuell*, H. 70, S. 3-4.
- Muller, A.; Gattinger, A.; Meier, M. (2015): Adaptation to climate change - there is much more to it. In: *Rural* 21 49, H. 2, S. 32-33.

- Müller, B. (2004): Neue Planungsformen im Prozess einer nachhaltigen Raumentwicklung unter veränderten Rahmenbedingungen - Plädoyer für eine anreizorientierte Mehrebenensteuerung. In: Müller, B.; Löb, S.; Zimmermann, K. (Hrsg.) (2004¹): Steuerung und Planung im Wandel. Festschrift für Dietrich Fürst. Wiesbaden, S. 161-176.
- Müller, B. (1999): Kooperative Entwicklungsansätze in Ostdeutschland: Von der Raumordnung zur Regionalentwicklung. In: *Informationen zur Raumentwicklung*, H. 9/10, S. 597-608.
- Müller, H.; Lehmann Friedli, T. (2011): Tourismus im Klimawandel: Herausforderungen für die Tourismusforschung. In: *Zeitschrift für Tourismuswissenschaft* 3, H. 2, S. 125-138.
- Müller, H.R.; Weber, F. (2008): 2030: Der Schweizer Tourismus im Klimawandel. Zürich.
- NABU - Naturschutzbund Deutschland e.V. (2010): Klimaschutz in der Landwirtschaft. Ziele und Anforderungen zur Senkung von Treibhausgasemissionen. Berlin.
- Neubert, L. (2015): La gouvernance régionale, une base analytique pour l'intégration des enjeux liés au changement climatique dans le développement rural régional. In: Depraz, S.; Cornec, U.; Grabski-Kieron, U. (Hrsg.) (2015): *Acceptation sociale et développement territorial*. Lyon, S. 171-187.
- Neubert, L. (2014): Integration von Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel in die ländliche Regionalentwicklung – mit informellen Instrumenten ans Ziel? In: Grotheer, S.; Schwöbel, A.; Stepper, M. (Hrsg.) (2014): *Nimm's sportlich – Planung als Hindernislauf*. Hannover (= Arbeitsberichte der ARL, Nr. 10), S. 159-171.
- Neubert, L. (2009): LEADER+ im Politikfeld integrierter ländlicher Raumentwicklung. Vergleichende Analyse der Implementation von LEADER+ in Deutschland und Finnland anhand der Regionen „LEADER+ Osterzgebirge“ und „Joensuun seudun LEADER-yhdistys“ (*unveröffentlichte Diplomarbeit am Institut für Geographie an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster*).
- Neumann, I. (2010): Szenarioplanung unter den Bedingungen von Urban Governance - Funktionen und Ergebnisse von kollaborativen Ansätzen der Szenarioplanung in strategischen Planungspraktiken von Städten und Gemeinden. In: Hutter, G.; Wiechmann, T. (Hrsg.) (2010): *Strategische Planung. Zur Rolle der Planung in der Strategieentwicklung für Städte und Regionen*. Berlin (= Planungsrundschau, Bd. 18), S. 161-186.
- Nienaber, B. (2007): Die Rolle der Landwirtschaft im Konzept der eigenständigen Regionalentwicklung. Geographisch untersucht am Beispiel der Region "West"-Irlands. Münster (= Münstersche geographische Arbeiten, Bd. 50).
- Niggli, U.; Fließbach, A. (2009): Gut fürs Klima? Ökologische und konventionelle Landwirtschaft im Vergleich. In: *Der kritische Agrarbericht* 2009, S. 103-109.
- Nischwitz, G. (2007): Relevanz der Klimapolitik in Stadt- und Regionalentwicklungsprozessen in Deutschland. Expertise. (im BMBF-geförderten Vorhaben "Klimawandel Unterweser"). <http://www.iaw.uni-bremen.de/downloads/NischwitzWerkstattbericht.pdf> (10.12.2009).

- Noble, I.; Huq, S.; Anokhin, Y.; Carmin, J.; Goudou, D.; Lansigan, F.; Osman-Elasha, B.; Villamizar, A. (2014): Adaptation needs and options. In: IPCC - Intergovernmental Panel on Climate Change (Hrsg.) (2014): Climate Change 2014: Impacts, Adaptation, and Vulnerability. Part A: Global and Sectoral Aspects. Contribution of Working Group II to the Fifth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change. Cambridge, UK, New York, USA, S. 833-868.
- Nordhaus, W. D. (1994): Managing the Global Commons: The Economics of Climate Change. Cambridge, MA.
- NSL - Niedersächsisches Landesamt für Statistik (2007): Nutzungsarten der Bodenfläche. Flächenerhebung zum 31.12.2004. H. 1 Tatsächliche Nutzung
http://www.statistik.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation_id=25692&article_id=87677&psmand=40 (07.12.2014).
- Nuissl, H.; Heinrichs, D. (2011): Fresh Wind or Hot Air - Does the Governance Discourse Have Something to Offer to Spatial Planning? In: *Journal of Planning Education and Research* 31, H. 1, S. 47-59.
- o.A. (2007): Projektpool der ILE-Zwönitztal-Greifensteinregion. Stand: 06/2007. o.O.
- OECD - Organisation for Economic Co-Operation and Development (2007): OECD-Prüfbericht zur Politik für ländliche Räume Deutschland. Paris.
- OECD - Organisation for Economic Co-Operation and Development (2006): The New Rural Paradigm: Policies and Governance. Paris.
- Offe, C. (2008): Governance - „Empty signifier“ oder sozialwissenschaftliches Forschungsprogramm. In: Schuppert, G. F.; Zürn, M. (Hrsg.) (2008¹): Governance in einer sich wandelnden Welt. Wiesbaden (= Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 41), S. 61-76.
- Overbeck, G.; Hartz, A.; Fleischhauer, M. (2008): Ein 10-Punkte Plan "Klimaanpassung". Raumentwicklungsstrategien zum Klimawandel im Überblick. In: *Informationen zur Raumentwicklung*, H. 6/7, S. 363-380.
- Overbeck, G.; Sommerfeldt, P.; Köhler, S.; Birkmann, J. (2009): Klimawandel und Regionalplanung. In: *Raumforschung und Raumordnung* 67, H. 2, S. 193-203.
- Peter, H. P.; Heinrichs, H. (2007): Die öffentliche Konstruktion der Risiken durch Sturmfluten und Klimawandel. In: Schuchardt, B.; Schirmer, M. (Hrsg.) (2007): Land unter. Klimawandel, Küstenschutz und Risikomanagement in Nordwestdeutschland: die Perspektive 2050. München, S. 115-144.
- Peters, D. (2004): Zum Stand der deutschsprachigen Planungstheorie. In: Altrock, U.; Güntner, S.; Huning, S.; Peters, D. (Hrsg.) (2004): Perspektiven der Planungstheorie. Berlin (= Edition Stadt und Region, Bd. 9), S. 5-18.
- Peters, B. G.; Pierre, J. (2004): Multi-Level Governance and Democracy: A Faustian Bargain? In: Bache, I.; Flinders, M.: Multi-Level Governance. New York, Oxford, S. 75-89.

- Pielke, R. A., Jr. (2005): Misdefining "climate change": consequences for science and action. In: *Environmental Science & Policy* 8, H. 6, S. 548-561.
- Pielke, R. A., Jr. (1998): Rethinking the Role of Adaptation in Climate Policy. In: Schipper, E. L. F.; Burton, I. (Hrsg.) (2009): *The Earthscan reader on adaptation to climate change*. London, S. 345-358.
- Pierre, J.; Peters, B. G. (2000): *Governance, politics, and the state*. New York.
- Pirhofer, G. (2005): Strategische Planung in europäischen Städten. In: Klotz, A.; Frey, O. (Hrsg.) (2005): *Verständigungsversuche zum Wandel der Stadtplanung*. Wien, S. 10-36.
- Pohl, J. (1998): Qualitative Verfahren. In: Ritter, E.-H.; Benz, A. (Hrsg.) (1998): *Methoden und Instrumente räumlicher Planung*. Handbuch. Hannover, S. 95-112.
- Pollermann, K.; Raue, P.; Schnaut, G. (2014): Opportunities for a participative approach in rural development: Findings from LEADER in Mecklenburg-Vorpommern and the requirements for Community Led Local Development. In: *Landbauforschung Applied Agricultural and Forestry Research* 64, H. 3/4, S. 127-138.
- Porter, J.; Xie, L.; Challinor, A.; Cochrane, K.; Howden, S.; Iqbal, M.; Lobell, D.; Travasso, M. (2014): Food Security and Food Production Systems. In: IPCC - Intergovernmental Panel on Climate Change (Hrsg.) (2014): *Climate Change 2014: Impacts, Adaptation, and Vulnerability. Part A: Global and Sectoral Aspects. Contribution of WorkingGroup II to the Fifth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change*. Cambridge, New York, S. 485-533.
- Priebs, A. (2006): Planung neu denken! In: Selle, K. (Hrsg.) (2006): *Planung neu denken Bd. 2. Praxis der Stadt- und Regionalentwicklung. Analysen. Erfahrungen. Folgerungen*. Dortmund, S. 101-106.
- Prins, G.; Rayner, S. (2007): Time to ditch Kyoto. In: *Nature*, H. 449, S. 973-975.
- Pröbstl, U. (2011): Tourismus, Natur und Klimawandel. Herausforderungen durch den Klimawandel für naturtouristische Angebote. In: *Natur und Landschaft* 86, H. 12, S. 534-538.
- pro-t-in - Projektbüro pro-t-in GmbH (2008a): Integriertes ländliches Entwicklungskonzept (ILEK) Südliches Osnabrücker Land.
<http://www.ilek-sol.eu/downloads/ileksuedlichesosnabrueckerland.pdf> (21.06.2012).
- pro-t-in - Projektbüro pro-t-in GmbH (2008b): Mitgliederliste der Arbeitskreise und der Lenkungsgruppe, Stand: 06.05.2008.
<http://www.ilek-sol.eu/downloads/akmitgliederliste.pdf> (25.06.2012).
- pro-t-in - Projektbüro pro-t-in GmbH (2008c): Arbeitskreis- und Arbeitsgruppenprotokolle.
<http://www.ilek-sol.eu/0000009ccf0e30d07.php> (28.06.2013).
- Przyborski, A.; Wohlrab-Sahr, M. (2010³): *Qualitative Sozialforschung. Ein Arbeitsbuch*. München.

- Pütz, M. (2007): Modewort oder neues Paradigma: Regional Governance - Definitionsmacht eines Begriffs. In: *Raumforschung und Raumordnung*, H. 68, S. 22-25.
- Pütz, M. (2004): Regional Governance. Theoretisch-konzeptionelle Grundlagen und eine Analyse nachhaltiger Siedlungsentwicklung in der Metropolregion München. München (= Hochschulschriften zur Nachhaltigkeit, Bd. 17).
- Pütz, M.; Kruse, S. (2011): Governance der Klimaanpassung: zur Anpassungsfähigkeit der Raumplanung im Alpenraum. In: Frommer, B.; Buchholz, F.; Böhm, H. R. (Hrsg.) (2011): Anpassung an den Klimawandel - regional umsetzen! Ansätze zur Climate Adaption Governance unter der Lupe. München, S. 61-78.
- PV CE - Regionaler Planungsverband Chemnitz Erzgebirge (2008): Regionalplan Chemnitz-Erzgebirge. Fortschreibung.
http://www.pv-rc.de/media/files/text_regionalplan.pdf (06.03.2015).
- PV CE - Regionaler Planungsverband Chemnitz Erzgebirge (2005): Zweite Teilfortschreibung des Regionalplanes Chemnitz-Erzgebirge bezüglich der Plansätze zur Nutzung der Windenergie.
http://www.pv-rc.de/media/files/text_teilfortschreibung2.pdf (06.03.2015).
- PV CE - Regionaler Planungsverband Chemnitz Erzgebirge (2004): Erste Teilfortschreibung des Regionalplanes Chemnitz - Erzgebirge zum Kapitel 5.1; Ziel 5.1.2 "Regionale Vorsorgestandorte".
http://www.pv-rc.de/media/files/text_teilfortschreibung1.pdf (06.03.2015).
- PV RC - Regionaler Planungsverband Region Chemnitz (2015a): Planungsverband.
<http://www.pv-rc.de/cms/planungsverband.php> (06.03.2015).
- PV RC - Regionaler Planungsverband Region Chemnitz (2015b): Mitwirkung des Planungsverbandes Region Chemnitz an Strukturen der Regionalentwicklung.
http://www.pv-rc.de/cms/regionalentwicklung_mitwirkung.php (06.03.2015).
- PV RC - Regionaler Planungsverband Region Chemnitz (2015c): Stimmberechtigte Mitglieder der Verbandsversammlung.
http://www.pv-rc.de/cms/verbandsraete_verbandsversammlung.php (06.03.2015).
- Radtke, L.; Schliep, R.; Heiland, S. (2015): Berücksichtigung des Klimawandels in der Landschaftsrahmenplanung. In: *Natur und Landschaft* 47, H. 7, S. 201-208.
- Ragin, C.C. (1994): *Constructing Social Research*. Thousand Oaks, London, New Dehli.
- Rahmstorf, S. (2009): Die globale Erwärmung. In: Böhler, S.; Bongardt, D.; Frech, S. (Hrsg.) (2009): Jahrhundertproblem Klimawandel. Forschungsstand, Perspektiven, Lösungswege. Schwalbach/Ts., S. 17-41.
- Rahmstorf, S.; Schellnhuber, H.-J. (2007⁵): *Der Klimawandel. Diagnose, Prognose, Therapie*. München (= Beck'sche Reihe, Bd. 2366).

- Rannow, S.; Finke, R. (2008): Instrumentelle Zuordnung der planerischen Aufgaben des Klimaschutzes. In: Klee, A.; Knieling, J.; Scholich, D.; Weiland, U. (Hrsg.) (2008): Städte und Regionen im Klimawandel. Hannover (= E-Paper der ARL, Nr. 5), S. 44-67.
http://shop.arl-net.de/media/direct/pdf/e-paper_der_arl_nr5.pdf (18.08.2014).
- Raue, P. (2007): Maßnahmen im Schwerpunkt 4: LEADER. In: Tietz, A. (Hrsg.) (2007): Ländliche Entwicklungsprogramme 2007 bis 2013 in Deutschland im Vergleich. Finanzen, Schwerpunkte, Maßnahmen. Braunschweig (= Landbauforschung Völkenrode : Sonderheft, Bd. 315), S. 155-166.
- Regionalförderung Prignitzland e.V. (2007): Storchenland Prignitz. GLES. Gebietsbezogene Lokale Entwicklungsstrategie. Wettbewerbsbeitrag zur Auswahl von LEADER-Regionen im Land Brandenburg. Rühstädt.
- Regionalförderung Prignitzland e.V. (o.J.a): LEADER+ und ILE in der Prignitz.
<http://www.leader-prignitz.eu/> (17.11.2014).
- Regionalförderung Prignitzland e.V. (o.J.b): Projektliste der LEADER-Region Storchenland Prignitz in der Förderperiode 2007-2013 (Stand: 30.05.2012). o.O. (*unveröffentlichtes Dokument*).
- Reidt, O. (2011): Regelungsmöglichkeiten und -grenzen in Raumordnungsplänen - dargestellt am Beispiel des Klimaschutzes. In: *DVBl. - Das Deutsche Verwaltungsblatt*, H. 13, S. 789-795.
- Repetto, R. (2008): The Climate Crisis and the Adaptation Myth. New Haven. (= Yale School of Forestry & Environmental Studies, Working Papers, Bd. 13).
<http://environment.research.yale.edu/documents/downloads/v-z/WorkingPaper13.pdf> (11.06.2012).
- Riechel, R.; Frommer, B.; Buchholz, F. (2009): Anpassung an den Klimawandel durch regionale Netzwerke - die unterschiedlichen Akteursrollen in der Netzwerkarbeit. In: Mörsdorf, F. L.; Ringel, J.; Strauß, C. (Hrsg.) (2009): *Anderes Klima. Andere Räume! Zum Umgang mit Erscheinungsformen des veränderten Klimas im Raum*. Norderstedt (= ISB, Institut für Stadtentwicklung und Bauwirtschaft, Universität Leipzig, Tagungsband, Bd. 19), S. 359-370.
- Riechel, R. (2011): Wissen auf dem Weg zur Umsetzung. Die Rolle von regionalen Akteursnetzwerken zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels. In: Frommer, B.; Buchholz, F.; Böhm, H. R. (Hrsg.) (2011): *Anpassung an den Klimawandel - regional umsetzen! Ansätze zur Climate Adaption Governance unter der Lupe*. München, S. 192-216.
- Ritter, E.-H. (2007): Klimawandel - eine Herausforderung an die Raumplanung. In: *Raumforschung und Raumordnung* 65, H. 6, S. 531-538.

- Ritter, E.-H. (2006): Strategieentwicklung heute - Zum integrativen Management konzeptioneller Politik (am Beispiel der Stadtentwicklungsplanung). In: Selle, K. (Hrsg.) (2006): Planung neu denken Bd. 1. Zur räumlichen Entwicklung beitragen. Konzepte. Theorien. Impulse. Dortmund, S. 129-145.
- RM ILE ZWG - Regionalmanagement ILE-Region Zwönitztal-Greifensteine (2014): Abschluss-evaluierung.
<http://www.zwoenitztal-greifensteine.de/files/Downloads/Evaluierung.pdf> (07.01.2015).
- RM ILE ZWG - Regionalmanagement ILE-Region Zwönitztal-Greifensteine (2013): Projekt-liste, Stand 11/2013. o.O. (*unveröffentlichtes Dokument*)
- RM SOL - Regionalmanagement Südliches Osnabrücker Land (2010a): Newsletter SOLidee 01/2010.
<http://www.ilek-sol.eu/downloads/protinnewslettersol20101.pdf> (28.06.2013).
- RM SOL - Regionalmanagement Südliches Osnabrücker Land (2010b): Newsletter SOLidee 02/2010.
<http://www.ilek-sol.eu/downloads/newsletterileksol022010download.pdf> (28.06.2013).
- RM SOL - Regionalmanagement Südliches Osnabrücker Land (2010c): Newsletter SOLidee 03/2010.
<http://www.ilek-sol.eu/downloads/protinnewslettersol201003.pdf> (28.06.2013).
- RM SOL - Regionalmanagement Südliches Osnabrücker Land (2011a): Newsletter SOLidee 01/2011.
<http://www.ilek-sol.eu/downloads/newslettersol12011web.pdf> (28.06.2013).
- RM SOL - Regionalmanagement Südliches Osnabrücker Land (2011b): Newsletter SOLidee 02/2011.
<http://www.ilek-sol.eu/downloads/newslettersol22011web.pdf> (28.06.2013).
- RM SOL - Regionalmanagement Südliches Osnabrücker Land (2011c): Newsletter SOLidee 03/2011.
<http://www.ilek-sol.eu/downloads/newslettersol32011web.pdf> (28.06.2013).
- RM SOL - Regionalmanagement Südliches Osnabrücker Land (2011d): Newsletter SOLidee 04/2011.
<http://www.ilek-sol.eu/downloads/newslettersol42011webgesamt.pdf> (28.06.2013).
- RM SOL - Regionalmanagement Südliches Osnabrücker Land (2012a): Newsletter SOLidee 01/2012.
<http://www.ilek-sol.eu/downloads/newslettersol12012webend.pdf> (28.06.2013).
- RM SOL - Regionalmanagement Südliches Osnabrücker Land (2012b): Newsletter SOLidee 02/2012.
<http://www.ilek-sol.eu/downloads/newslettersol22012webversion.pdf> (28.06.2013).
- RM SOL - Regionalmanagement Südliches Osnabrücker Land (2012c): Newsletter SOLidee 03/2012.

- <http://www.ilek-sol.eu/downloads/newslettersol32012rzwebend.pdf> (28.06.2013).
- RM SOL - Regionalmanagement Südliches Osnabrücker Land (2012d): Newsletter SOLidee 04/2012.
<http://www.ilek-sol.eu/downloads/newslettersol42012web.pdf> (28.06.2013).
- RM SOL - Regionalmanagement Südliches Osnabrücker Land (2012e): ILEK Südliches Osnabrücker Land. Projekte. Kurzbeschreibungen der vom Regionalmanagement begleiteten Projekte seit August 2009 (Stand: 12/2012). Bad Laer. (*unveröffentlichtes Dokument*)
- RM SOL - Regionalmanagement Südliches Osnabrücker Land (2013a): Newsletter SOLidee 01/2013.
<http://www.ilek-sol.eu/downloads/newslettersol12013web.pdf> (28.06.2013).
- RM SOL - Regionalmanagement Südliches Osnabrücker Land (2013b): Newsletter SOLidee 02/2013.
<http://www.ilek-sol.eu/downloads/newslettersol22013gesamt.pdf> (28.06.2013).
- RM SOL - Regionalmanagement Südliches Osnabrücker Land (2013c): Newsletter SOLidee 03/2013.
<http://www.ilek-sol.eu/downloads/newslettersol32013solweb.pdf> (08.12.2013).
- RM SOL - Regionalmanagement Südliches Osnabrücker Land (2013d): Newsletter SOLidee 04/2013.
<http://www.ilek-sol.eu/downloads/newslettersol42013es.pdf> (08.12.2013).
- RM SOL - Regionalmanagement Südliches Osnabrücker Land (2013e): Tätigkeitsbereich Regionalmanagement 2012. Bad Laer. (*unveröffentlichtes Dokument*)
- RM SOL - Regionalmanagement Südliches Osnabrücker Land (2014): Newsletter SOLidee 01/2014.
<http://www.ilek-sol.eu/downloads/newslettersol12014web.pdf> (08.12.2013)
- RM SOL: Telefonische Mitteilung bzgl. Interviews und Projektübersicht am 23.10.2012.
- Roggema, R. (2009): *Adaptation to Climate Change: A Spatial Challenge*. Dordrecht, Heidelberg, London, New York.
- RPIG Prignitz-Oberhavel - Regionaler Planungsverband Prignitz-Oberhavel (2003): Regionalplan Prignitz-Oberhavel. Sachlicher Teilplan „Windenergieplan“.
http://www.prignitz-oberhavel.de/fileadmin/dateien/dokumente/regionalplanung/ReP_Wind/plan_2003_satzung.pdf (04.03.2015).
- RPIG Prignitz-Oberhavel - Regionaler Planungsverband Prignitz-Oberhavel (o.J.a): Regionales Leitbild.
<http://www.prignitz-oberhavel.de/planwerke/regionales-leitbild.html> (04.03.2015).
- RPIG Prignitz-Oberhavel - Regionaler Planungsverband Prignitz-Oberhavel (o.J.b): Regionalplan „Rohstoffsicherung“.

- <http://www.prignitz-oberhavel.de/planwerke/regionalplan-rohstoffsicherung.html>
(04.03.2015).
- RPIG Prignitz-Oberhavel - Regionaler Planungsverband Prignitz-Oberhavel (o.J.c): Regionalplan „Freiraum und Windenergie“.
<http://www.prignitz-oberhavel.de/planwerke/regionalplan-freiraum-und-windenergie.html>
(04.03.2015).
- RPIG Prignitz-Oberhavel - Regionaler Planungsverband Prignitz-Oberhavel (o.J.d): Regionales Energiekonzept.
<http://www.prignitz-oberhavel.de/energiekonzept/zielstellung.html> (04.03.2015).
- RPIG Prignitz-Oberhavel - Regionaler Planungsverband Prignitz-Oberhavel (o.J.e): Zusammensetzung der Regionalversammlung Prignitz-Oberhavel.
<http://www.prignitz-oberhavel.de/energiekonzept/zielstellung.html> (04.03.2015).
- Ruhrmann, G.; Kohrmann, M. (1996): Staatliche Risikokommunikation bei Katastrophen. Informationspolitik und Akzeptanz. Bonn (= Zivilschutzforschung, Bd. 27).
- RV NSW - Regionalverband Nordschwarzwald (Hrsg.) (2007): Entwurf Teilregionalplan Regenerative Energien. Biomasse / Biogas, Geothermie, Photovoltaik, Wasserkraft, Windkraft.
http://www.nordschwarzwald-region.de/fileadmin/filemounts/redaktion/Bilder/2_Regionalplan/Regenerative_Energien/Teilregionalplan_Regenerative_Energien_Entwurf_Plansaetze.pdf (13.10.2014. (= Materialien zur Regionalentwicklung und Raumordnung, Nr. 122).
- RV NSW - Regionalverband Nordschwarzwald (Hrsg.) (2004): Regionalplan 2015 Nordschwarzwald.
http://www.nordschwarzwald-region.de/fileadmin/filemounts/redaktion/Bilder/2_Regionalplan/Regionalplan2015_satzung.pdf (13.10.2014).
- Schanze, J.; Daschkeit, A. (2013): Risiken und Chancen des Klimawandels. In: Birkmann, J.; Vollmer, M.; Schanze, J. (Hrsg.) (2013): Raumentwicklung im Klimawandel. Herausforderungen für die räumliche Planung. Hannover (= Forschungsberichte der ARL, Bd. 2), S. 69-89.
- Schaper, U. (2015): Klimawandel und Lebenswirklichkeit. Münster (= Wissenschaftliche Schriften der WWU Münster : Reihe VII, Bd. 16).
- Scharpf, F. W. (2000): Interaktionsformen. Akteurzentrierter Institutionalismus in der Politikforschung. Opladen.
- Scheck, C. (2012): Großräumige regionale Kooperationen zwischen unterschiedlich strukturierten Räumen. In: *RaumPlanung* 160, H. 1, S. 25-29.
- Scheele, M. (2014): Wirtschaftliche, ökologische und soziale Perspektiven für den ländlichen Raum. In: *LandInForm*, H. 2/2014, S. 12-13.

- Schimank, U. (2007): Institutionalismus und institutioneller Wandel. In: Benz, A. (Hrsg.) (2007): Grundlagen der Governance-Analyse. Hagen, S. 110-126 (= Fernuniversität Hagen, Bd. 33201).
- Schipper, E. L. F. (2006): Conceptual History of Adaptation in the UNFCCC Process. In: Schipper, E. L. F.; Burton, I. (Hrsg.) (2009): The Earthscan reader on adaptation to climate change. London, S. 359-376.
- Schleyer, C.; Bieling, C.; Plieninger, T. (2011): Marktbasierte Instrumente zur Förderung neuer Leistungen ländlicher Räume. Das Beispiel Klimaschutz. In: *Geographische Rundschau* 63, H. 2, S. 30-35.
- Schlipf, S.; Herlitzius, L.; Frommer, B. (2008): Regionale Steuerungspotenziale zur Anpassung an den Klimawandel. Möglichkeiten und Grenzen formeller und informeller Planung. In: *RaumPlanung*, H. 137, S. 77-82.
- Schmidt-Eichstaedt, G. (2011): Ebenen und Formen des Zusammenwirkens. In: ARL - Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.) (2011): Grundriss der Raumordnung und Raumentwicklung. Hannover, S. 625-633.
- Schneider, S.; Sarukhan, J.; Adejuwon, J.; Azar, C.; Baethgen, W.; Hope, C.; Moss, R.; Leary, N.; Richels, R.; van Ypersele, J. P. (2001): Overview of Impacts, Adaptation, and Vulnerability to Climate Change. In: McCarthy, J. J.; Canziani, O. F.; Leary, N. A.; Dokken, D. J.; White, K. S. (Hrsg.) (2001): Climate change 2001: Impacts, adaptation and vulnerability. Contribution of Working Group II to the third assessment report of the Intergovernmental Panel on Climate Change. Cambridge, S. 75-103.
- Schnell, R.; Hill, P. B.; Esser, E. (2011⁹): Methoden der empirischen Sozialforschung. München.
- Scholles, F. (2008a): Grundfragen der Bewertung. In: Fürst, D.; Scholles, F. (Hrsg.) (2008³): Handbuch Theorien und Methoden der Raum- und Umweltplanung. Dortmund, S. 516-532.
- Scholles, F. (2008b): Messung, Indikation. In: Fürst, D.; Scholles, F. (Hrsg.) (2008³): Handbuch Theorien und Methoden der Raum- und Umweltplanung. Dortmund, S. 317-323.
- Scholles, F. (2008c): Die verbal-argumentative Bewertung. In: Fürst, D.; Scholles, F. (Hrsg.) (2008³): Handbuch Theorien und Methoden der Raum- und Umweltplanung. Dortmund, S. 503-515.
- Schönwandt, W.; Jung, W. (Hrsg.) (2006): Ausgewählte Methoden und Instrumente in der räumlichen Planung. Kritische Sondierung als Beitrag zur Diskussion zwischen Planungswissenschaft und -praxis. Hannover (= Arbeitsmaterial der ARL, Bd. 326).
- Schönwiese, C.-D. (2007): Wird das Klima extremer? Eine statistische Perspektive. In: Endlicher, W.; Gerstengarbe, F.-W. (Hrsg.) (2007): Der Klimawandel. - Einblicke, Rückblicke und Ausblicke -. Berlin, Potsdam, S. 60-66.
- Schulze, S. (2010): Anpassung an den Klimawandel von zunehmender Bedeutung. In: *Wirtschaftsdienst* 90, H. 2, S. 125-131.

- Schuppert, G. F. (2011¹): Alles Governance oder was?. Baden-Baden (= Schriften des Münchner Centrums für Governance-Forschung, Bd. 4).
- Schuppert, G. F. (2008): Governance - auf der Suche nach Konturen eines „anerkannt uneindeutigen Begriffs“. In: Schuppert, G. Folke; Zürn, M. (Hrsg.) (2008¹): Governance in einer sich wandelnden Welt. Wiesbaden (= Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 41), S. 13-40.
- Schütz, A.; Luckmann, T. (2003): Strukturen der Lebenswelt. Konstanz.
- Scott, D.; Hall, C. M.; Gössling, S. (2012): Tourism and climate change. Impacts, adaptation and mitigation. London (= Contemporary Geographies of Leisure, Tourism and Mobility, Bd. 10).
- Scott, D.; Amelung, B.; Becken, S.; Ceron, J.-P.; Dubois, G.; Gössling, S.; Peeters, P.; Simpson, M. (2008): Climate Change and Tourism: Responding to Global Challenges. Madrid, Paris, Genf.
- Sedlacek, P. (2004): Evaluation in der Stadt- und Regionalentwicklung. Herausforderung für Wissenschaft und Praxis. In: Sedlacek, P. (Hrsg.) (2004¹): Evaluation in der Stadt- und Regionalentwicklung. Wiesbaden (= Stadtforschung aktuell, Bd. 90), S. 11-26.
- Seht, H. v. (2010): Eine neue Raumordnung: erforderlich für den Klimaschutz. Bedingungen und Chancen einer aktiven Unterstützung des Ausbaus erneuerbarer Energien. In: *Raum-Planung*, H. 153, S. 277-282.
- Seimetz, H.-J. (2009): Regional Governance - Voraussetzung für eine zukunftsweisende Regionalentwicklung. Antrittsvorlesung. Kaiserslautern (= Materialien zur Regionalentwicklung und Raumordnung, Bd. 28).
- Selle, K. (2013): Über Bürgerbeteiligung hinaus: Stadtentwicklung als Gemeinschaftsaufgabe?. Analysen und Konzepte. Detmold.
- Selle, K. (2005): Planen, Steuern, Entwickeln. Über den Beitrag öffentlicher Akteure zur Entwicklung von Stadt und Land. Dortmund.
- Selle, K. (2004a): Wovon reden Sie denn? Am Anfang der Wiederbelebung planungstheoretischer Diskussion steht die Frage nach ihrem Gegenstand. In: Altrock, U.; Güntner, S.; Huning, S.; Peters, D. (Hrsg.) (2004): Perspektiven der Planungstheorie. Berlin (= Edition Stadt und Region, Bd. 9), S. 143-160.
- Selle, K. (2004b): Kommunikation in der Kritik? In: Müller, B.; Löb, S.; Zimmermann, K. (Hrsg.) (2004): Steuerung und Planung im Wandel. Festschrift für Dietrich Fürst. Wiesbaden, S. 229-255.
- Selle, K. (2000): Was? Wer? Wie? Warum. Voraussetzungen und Möglichkeiten einer nachhaltigen Kommunikation. Dortmund.

- Selle, K. (1996²): Was ist bloß mit der Planung los? Erkundungen auf dem Weg zum kooperativen Handeln. Ein Werkbuch. Dortmund (= Dortmunder Beiträge zur Raumplanung, Bd. 69).
- Selle, K. (1995): Phasen oder Stufen? Fortgesetzte Anmerkungen zum Wandel des Planungsverständnisses. In: *RaumPlanung*, H. 71, S. 237-242.
- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin (Hrsg.) (2012²): Handbuch zur Partizipation. Berlin.
- Shortall, S.; Shucksmith, M. (1998): Integrated rural development: Issues arising from the Scottish experience. In: *European Planning Studies* 6, H. 1, S. 73-88.
- Shucksmith, M. (2010): Disintegrated Rural Development? Neo-endogenous Rural Development, Planning and Place-Shaping in Diffused Power Contexts. In: *Sociologia Ruralis* 50, H. 1, S. 1-14.
- Sick, W.-D. (1997³): Agrargeographie. Braunschweig.
- Siebel, W. (2006): Wandel, Rationalität und Dilemmata der Planung. In: Selle, K. (Hrsg.) (2006): Planung neu denken Bd. 1. Zur räumlichen Entwicklung beitragen. Konzepte. Theorien. Impulse. Dortmund, S. 195-209.
- Siedentop, S.; Hesse, M. (2005): Mobilität im suburbanen Raum. Neue verkehrliche und raumordnerische Implikationen des räumlichen Strukturwandels. Abschlussbericht des Forschungsvorhabens 70.716 im Auftrag des BMVBW, Forschungsprogramm Stadtverkehr. Dresden, Berlin.
- Siegrist, D.; Gessner, S. (2011): Klimawandel: Anpassungsstrategien im Alpentourismus. Ergebnisse einer alpenweiten Delphi-Befragung. In: *Zeitschrift für Tourismuswissenschaft* 3, H. 2, S. 179-194.
- Sinning, H.; Steil, C. (2011): Kommunalen Klimaschutz effektiv gestalten - Klimaschutzmanagement und finanzielle Anreizsysteme als Instrumente. In: *UVP-report* 25, H. 1, S. 21-27.
- Sinz, M. (2005): Raumordnung/Raumordnungspolitik. In: ARL - Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.) (2005⁴): Handwörterbuch der Raumordnung. Hannover, S. 863-872.
- Smit, B.; Pilifosova, O.; Burton, I.; Challenger, B.; Huq, S.; Klein, R. J. T.; Yohe, G. (2001): Adaptation to Climate Change in the Context of Sustainable Development and Equity. In: McCarthy, J. J.; Canziani, O. F.; Leary, N. A.; Dokken, D. J.; White, K. S. (Hrsg.) (2001): Climate change 2001: Impacts, adaptation and vulnerability. Contribution of Working Group II to the third assessment report of the Intergovernmental Panel on Climate Change. Cambridge, S. 877-912.
- Smit, B.; Burton, I.; Klein, R. J. T.; Wandel, J. (2000): An Anatomy of Adaptation to Climate Change and Variability. In: Schipper, E. L. F.; Burton, I. (Hrsg.) (2009): The Earthscan reader on adaptation to climate change. London, S. 63-87.

- Smit, B.; Burton, I.; Klein, R. J. T.; Street, R. (1999): The Science of Adaptation: A Framework for Assessment. In: *Mitigation and Adaptation Strategies for Global Change* 4, H. 3-4, S. 199-213.
- Smith, P.; Bustamante, M.; Ahammad, H.; Clark, H.; Dong, H.; Elsiddig, E. A.; Haberl, H.; Harper, R.; House, J.; Jafari, M.; Masera, O. (2014): Agriculture, Forestry and Other Land Use (AFOLU). In: IPCC - Intergovernmental Panel on Climate Change (Hrsg.) (2014): Climate Change 2014: Mitigation of Climate Change. Contribution of Working Group III to the Fifth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change. Cambridge, New York, S. 811-922.
- Smithers, J.; Smit, B. (1997): Human Adaptation to Climatic Variability and Change. In: Schipper, E. L. F.; Burton, I. (Hrsg.) (2009): The Earthscan reader on adaptation to climate change. London, S. 15-33.
- SMUL - Sächsisches Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft (2013a): Entwicklungsprogramm für den ländlichen Raum im Freistaat Sachsen 2007 - 2013. Genehmigte Fassung vom 17.10.2013. 7. Änderung.
http://www.smul.sachsen.de/foerderung/download/EPLR_-_Entwicklungsprogramm_fuer_den_laendlichen_Raum_7_Aenderung.pdf (05.12.2013).
- SMUL - Sächsisches Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft (2013b): Förderrichtlinien mit ILE-Vorrang (Stand: 29. Mai 2013).
http://www.smul.sachsen.de/foerderung/download/Richtlinien_mit_ILE_Vorrang_29_05_2013.pdf (03.01.2015).
- SMUL - Sächsisches Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft (2010): Bericht zur Halbzeitbewertung des Entwicklungsprogramms für den Ländlichen Raum im Freistaat Sachsen 2007 bis 2013.
http://ec.europa.eu/agriculture/rurdev/countries/de/mte-rep-de-saxony_de.pdf (12.02.2014).
- SMUL - Sächsisches Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft (Hrsg.) (2007): Integrierte ländliche Entwicklung. LEADER- und ILE-Gebiete im Freistaat Sachsen 2007 - 2013. Dresden.
- Soboll, A.; Schmude, J. (2011): Mensch-Umwelt-Systeme unter dem Einfluss des globalen Wandels - Ein Ansatz zur integrierten regionalen Global Change Forschung am Beispiel des Themenkomplexes Tourismus und Klimawandel. In: *Berichte zur deutschen Landeskunde* 85, H. 2, S. 127-150.
- Spieckermann, J.; Franck, E. (Hrsg.) (2014): Anpassung an den Klimawandel in der räumlichen Planung. Handlungsempfehlungen für die niedersächsische Planungspraxis auf Landes- und Regionalebene. Hannover (= Arbeitsberichte der ARL, Nr. 11).
- Spitzer, H. (1998): Planungsfälle im Vergleich. In: Ritter, E.-H.; Benz, A. (Hrsg.) (1998): Methoden und Instrumente räumlicher Planung. Handbuch. Hannover, S. 274-288.

- Spuller, G. (2014): Sachsen-Anhalt fördert fondsübergreifend. In: *LandInForm*, H. 2/2014, S. 24.
- SRU - Sachverständigenrat für Umweltfragen (2008): Umweltschutz im Zeichen des Klimawandels. Berlin (= Umweltgutachten, Bd. 2008).
- Stadt Iburg; Gemeinde Bad Laer; Gemeinde Bad Rothenfelde; Stadt Dissen aTW; Gemeinde Glandorf; Gemeinde Hilter aTW (2014): Homepage Integriertes Ländliches Entwicklungskonzept (ILEK) Südliches Osnabrücker Land.
<http://www.ilek-sol.eu/> (08.12.2014).
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2014a): Regionalatlas Deutschland.
<http://www.statistik-portal.de/Statistik-Portal/Regionalatlas/> (05.11.2014).
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2014b): Regionaldatenbank Deutschland.
<https://www.regionalstatistik.de/genesis/online> (06.11.2014).
- Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2014a): Erwerbstätige am Arbeitsort Jahreschnitt 2007.
<http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/SRDB/> (04.11.2014)
- Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2014b): Arbeitslosenquote Jahresdurchschnitt 2007 nach Kreisen.
<http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/SRDB/> (04.11.2014)
- Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (2008): Statistisches Jahrbuch 2008. 17. Jahrgang. Kapitel VIII Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt.
http://www.statistik.sachsen.de/download/300_Voe-Jahrbuch/2008_Kap_8.pdf
(05.01.2015)
- Steinke, I. (2010): Gütekriterien qualitativer Forschung. In: Flick, U.; Kardorff, E. v.; Steinke, I. (Hrsg.) (2010⁸): Qualitative Forschung. Ein Handbuch. Reinbek, S. 319-331.
- Steurer, R. (2010): Sustainable development as a governance reform agenda: Principles and challenges. In: Steurer, R.; Trutnigg, R. (Hrsg.) (2010): Nachhaltigkeit regieren. Eine Bilanz zu Governance-Prinzipien und -Praktiken. München, S. 33-52.
- Stock, M. (2013): Der Klimawandel: global und regional in Europa und Deutschland. In: Birkmann, J.; Vollmer, M.; Schanze, J. (Hrsg.) (2013): Raumentwicklung im Klimawandel. Herausforderungen für die räumliche Planung. Hannover (= Forschungsberichte der ARL, Bd. 2), S. 14-43.
- Stockmann, R. (2010a): 1. Kapitel: Rolle der Evaluation in der Gesellschaft. In: Stockmann, R.; Meyer, W. (Hrsg.) (2010): Evaluation. Eine Einführung. Opladen (= UTB, Bd. 8337), S. 15-53.
- Stockmann, R. (2010b): 2. Kapitel: Wissenschaftsbasierte Evaluation. In: Stockmann, R.; Meyer, W. (Hrsg.) (2010): Evaluation. Eine Einführung. Opladen (= UTB, Bd. 8337), S. 55-100.

- Stockmann, R. (2010c): Einleitung. In: Stockmann, R.; Meyer, W. (Hrsg.) (2010): Evaluation. Eine Einführung. Opladen (= UTB, Bd. 8337), S. 9-14.
- Stockmann, R. (2007): 2. Kapitel: Einführung in die Evaluation. In: Stockmann, R. (Hrsg.) (2007): Handbuch zur Evaluation. Eine praktische Handlungsanleitung. Münster (= Sozialwissenschaftliche Evaluationsforschung, Bd. 6), S. 24-70.
- Stoker, G. (1998): Governance as theory: five propositions. In: *International Social Science Journal* 50, H. 155, S. 17–28.
- Stratmann, U. (2008a): Klimaschutz und Klimaanpassung: Was bietet ELER? Was machen die Länder. In: *LandInForm*, H. 2/2008, S. 24.
- Stratmann, U. (2008b): Auswertung der Länderprogramme zur Entwicklung des Ländlichen Raums. Stand: nach Erstgenehmigung. Ergänzung zu dem Artikel "Klimaschutz und Klimaanpassung: Was bietet ELER? Was machen die Länder?" in *LandInForm* 2.2008.
http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/fileadmin/sites/ELER/Dateien/01_Hintergrund/Themen/Klima/LIF_0208_AuswertungEPLR.pdf (11.06.2012).
- Stratmann, U. (2008c): ELER in Deutschland: Auswertung der Länderprogramme zur Entwicklung des Ländlichen Raums. Schwerpunkt 4 - LEADER.
http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/fileadmin/sites/ELER/Dateien/01_Hintergrund/ELER-in-Deutschland/Themen/ELER_Leader.pdf (11.06.2012).
- Strauß, C. (2008): Integrative und kooperative Steuerung im klimatischen Wandel. Zur Koppelung neuer Planungsaufgaben im dem Stadtumbau. In: *RaumPlanung*, H. 137, S. 88-92.
- Tamásy, C. (2012): Agrarpolitik der EU. Im Spannungsfeld zwischen Globalisierung und nationalstaatlichen Interessen. In: *Geographische Rundschau* 64, H. 3, S. 10-16.
- The Environment Department Hampshire County Council (o.J.): ESPACE - Planning in a Changing Climate. Winchester
<http://www.espace-project.org/part1/publications/ESPACE%20Stategy%20Final.pdf> (04.11.2009).
- Thiemann, K.-H. (2007): Integrierte ländliche Entwicklungskonzepte - ILEK - ein Beitrag zur Wirtschaftsentwicklung ländlicher Räume. In: *fub - Flächenmanagement und Bodenordnung*, H. 1, S. 12-21.
- Thuesen, Annette Aagaard (2010): Is LEADER Elitist or Inclusive? Composition of Danish LAG Boards in the 2007–2013 Rural Development and Fisheries Programmes. In: *Sociologia Ruralis* 50 (1), S. 31-45.
- Thuesen, A. A. (2011): Partnerships as Associations: Input and Output Legitimacy of LEADER Partnerships in Denmark, Finland and Sweden. In: *European Planning Studies* 19, H. 4, S. 575-594.

- Tietz, A. (Hrsg.) (2007): Ländliche Entwicklungsprogramme 2007 bis 2013 in Deutschland im Vergleich. Finanzen, Schwerpunkte, Maßnahmen. Braunschweig (= Landbauforschung Völknerode : Sonderheft, Bd. 315).
- Tränkner, S. (2006): Regional Governance und integrierte ländliche Entwicklung - Begleitforschung zum Modellvorhaben Regionen Aktiv. In: *Raumforschung und Raumordnung* 64, H. 3, S. 213-221.
- Trawöger, L.; Steiger, R. (2009): Klimawandel und Wintertourismus. Möglicher Strukturwandel und Anpassungsmaßnahmen. In: Mörsdorf, F. L.; Ringel, J.; Strauß, C. (Hrsg.) (2009): *Anderes Klima. Andere Räume! Zum Umgang mit Erscheinungsformen des veränderten Klimas im Raum*. Norderstedt (= ISB, Institut für Stadtentwicklung und Bauwirtschaft, Universität Leipzig, Tagungsband, Bd. 19), S. 137-148.
- TU Darmstadt - Technische Universität Darmstadt (o.J.): Klimawandel im Netzwerk. <http://www.klara-net.de/home/klara-net> (15.02.2012).
- Turowski, G. (2005): Raumplanung (Gesamtplanung). In: ARL - Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.) (2005⁴): *Handwörterbuch der Raumordnung*. Hannover, S. 893-898.
- UBA - Umweltbundesamt (Hrsg.) (2008): *Umweltschutz im Planungsrecht. - Die Verankerung des Klimaschutzes und des Schutzes der biologischen Vielfalt im raumbezogenen Planungsrecht*. Forschungsbericht 363 01 176, UBA-FB 001123. Dessau-Roßlau (= Texte / Umweltbundesamt, Bd. 10/08).
- UBA - Umweltbundesamt (2005): *Klimawandel in Deutschland. Vulnerabilität und Anpassungsstrategien klimasensitiver Systeme*. Potsdam (= Climate Change, Bd. 2005/08). <http://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/publikation/long/2947.pdf> (23.04.2016)
- Vallée, D. (Hrsg.) (2012a): *Strategische Regionalplanung*. Hannover (= Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL, Bd. 237).
- Vallée, D. (2012b): Hintergrund und Ziele. In: Vallée, D. (Hrsg.) (2012): *Strategische Regionalplanung*. Hannover (= Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL, Bd. 237), S. 2-17.
- Wagner, S. (2013): Photovoltaik und Biomasse - Status quo, Standortsteuerung und Perspektiven aus der Sicht von Landesplanung und -entwicklung. In: Kufeld, W. (Hrsg.) (2013): *Klimawandel und Nutzung von regenerativen Energien als Herausforderungen für die Raumordnung*. Hannover (= Arbeitsberichte der ARL, Bd. 7), S. 50-77.
- Walk, H. (2008): *Partizipative Governance. Beteiligungsformen und Beteiligungsrechte im Mehrebenensystem der Klimapolitik*. Wiesbaden.
- Walkenhorst, O.; Stock, M. (2009): *Regionale Klimaszenarien für Deutschland. Eine Leseanleitung*. Hannover (= E-Paper der ARL, Bd. 6) http://shop.arl-net.de/media/direct/pdf/e-paper_der_arl_nr6.pdf (23.04.2016).

- Wanczura, S. (2010): Raumplanung und 'Risk Governance'. Indikatorensystem zur Messung einer effektiven und effizienten Koordination im 'Risk Governance' Prozess. <http://hdl.handle.net/2003/27319> (22.04.2014).
- Wanczura, Sylvia (2006): Assessment of Spatial Planning Approaches to Natural Hazards in Selected EU Member States. In: Fleischhauer, M.; Greiving, S.; Wanczura, S. (Hrsg.): Natural hazards and spatial planning in Europe. Dortmund, S. 175–184.
- WBGU - Wissenschaftlicher Beirat Globale Umweltveränderungen (2009): Welt im Wandel: zukunftsfähige Bioenergie und nachhaltige Landnutzung. Berlin.
- Wegener, M. (2007): Nachhaltige räumliche Stadtstrukturen - Müssen wir unsere Städte umbauen? Kurzfassung. <http://www.raumplanung.uni-dortmund.de/irpud/81/> (01.10.2014).
- Wehmeyer, A. (2014): Was LEADER bringt - ein Überblick. In: *LandInForm*, H. 2/2014, S. 25.
- Wehmeyer, A.; Bartelt, F. (2011): Was sich bei LEADER nach 2013 ändert. In: *LandInForm*, H. 4/2011, S. 46-47.
- Wehrheim, P. (2008): Neuen Herausforderungen begegnen: Die EU-Politik für den ländlichen Raum im Zeichen des Klimawandels. In: *LandInForm*, H. 02/2008, S. 24.
- Weick, T. (2012a): Einführung / Aufbau der Arbeit. In: Weick, T.; Germer, S.; Albrech, J.; Wernig, R. (Hrsg.) (2012): Koordinierte Regionalentwicklung: Zielorientierung von Entwicklungsprozessen. Hannover (= Arbeitsberichte der ARL, Bd. 4), S. 1-2.
- Weick, T. (2012b): Regionalplanung als integriertes System zur Koordination von Entwicklungsprozessen. In: Weick, T.; Germer, S.; Albrech, J.; Wernig, R. (Hrsg.) (2012): Koordinierte Regionalentwicklung: Zielorientierung von Entwicklungsprozessen. Hannover (= Arbeitsberichte der ARL, Bd. 4), S. 3-10.
- Weick, T.; Germer, S.; Albrech, J.; Wernig, R. (Hrsg.) (2012): Koordinierte Regionalentwicklung: Zielorientierung von Entwicklungsprozessen. Hannover (= Arbeitsberichte der ARL, Bd. 4).
- Weingarten, P. (2008): Labyrinth ländliche Entwicklung? Antworten aus der Wissenschaft. In: BMELV - Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Hrsg.): Zukunft ländlicher Räume. Beiträge der Konferenzreihe "Zukunft ländlicher Räume" des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Stuttgart (= Berichte über Landwirtschaft, Sonderheft 217), S. 202-207.
- Weischer, C. (2007): Sozialforschung. Konstanz (= UTB Soziologie, Bd. 2924).
- Wernig, R. (2012): 2.2 Ansätze in den Ländern. In: Weick, T.; Germer, S.; Albrech, J.; Wernig, R. (Hrsg.) (2012): Koordinierte Regionalentwicklung: Zielorientierung von Entwicklungsprozessen. Hannover (= Arbeitsberichte der ARL, Bd. 4), S. 18-32.
- Wickel, M. (2009): Potenziale der Raumordnung zur Steuerung regenerativer Energien. In: *RaumPlanung*, H. 144/145, S. 126-130.

- Widmer, T. (2006): Qualität der Evaluation - Wenn Wissenschaft zur praktischen Kunst wird. In: Stockmann, R. (Hrsg.) (2006³): Evaluationsforschung. Grundlagen und ausgewählte Forschungsfelder. Münster (= Sozialwissenschaftliche Evaluationsforschung, Bd. 1), S. 85-111.
- Wiechmann, T. (2011): Strategien zwischen Emergenz und Planung - Zur Angemessenheit von strategischer Planung bei regionalen Anpassungsstrategien an den Klimawandel. In: Frommer, B.; Buchholz, F.; Böhm, H. Reiner (Hrsg.) (2011): Anpassung an den Klimawandel - regional umsetzen! Ansätze zur Climate Adaption Governance unter der Lupe. München, S. 44-60.
- Wiechmann, T. (2008): Planung und Adaption. Strategieentwicklung in Regionen, Organisationen und Netzwerken. Dortmund.
- Wiechmann, T. (2005): Politisch prekär und methodisch limitiert? - Zur Evaluierung von Regionalen Entwicklungskonzepten. In: Rolfes, M.; Weith, T. (Hrsg.) (2005): Evaluation in der Praxis. Aktuelle Beispiele aus der Stadt-, Regional- und Umweltentwicklung. Potsdam (= Praxis Kultur- und Sozialgeographie, Bd. 33), S. 163-176.
- Wiechmann, T.; Beier, M. (2004): Evaluationen in der Regionalentwicklung. Eine vernachlässigte Herausforderung für die Raumplanung. In: *Raumforschung und Raumordnung* 62, H. 6, S. 387-396.
- Wiechmann, T.; Hutter, G. (2010): Strategische Planung - Zum Stand der Diskussion. In: Hutter, G.; Wiechmann, T. (Hrsg.) (2010): Strategische Planung. Zur Rolle der Planung in der Strategieentwicklung für Städte und Regionen. Berlin (= Planungslandschau, Bd. 18), S. 7-16.
- Wiechmann, T.; Hutter, G. (2008): Die Planung des Unplanbaren. Was kann die Raumplanung von der Strategieforschung lernen. In: Hamedinger, A.; Frey, O.; Dangschat, J. S.; Breitfuss, A. (Hrsg.) (2008¹): Strategieorientierte Planung im kooperativen Staat. Wiesbaden, S. 102-121.
- Wiechmann, T.; Mörl, K.; Vock, A. (2012): Evaluation von Modellvorhaben der Raumordnung. In: *Informationen zur Raumentwicklung*, H. 1/2, S. 79-90.
- Wigley, T.M.L. (1998): The Kyoto Protocol: CO₂, CH₄ and climate implications. In: *Geophysical Research Letters* 25, H. 13, S. 2285-2288.
- Wilson, E. (2009): Use of Scenarios for Climate Change Adaptation in Spatial Planning. In: Davoudi, S.; Crawford, J.; Mehmood, A. (Hrsg.) (2009): Planning for climate change. Strategies for mitigation and adaptation for spatial planners. London, S. 223-235.
- Wilson, E. (2006): Adapting to Climate Change at the Local Level: The Spatial Planning Response. In: *Local Environment* 11, H. 6, S. 609-625.
- Winterfeld, U. v. (2012): Partizipieren reicht nicht. Klimawandel und demokratische Kultur. http://www.dynaklim.de/dynaklim2pub/dms/templating-kit/themes/dynaklim/documents/3310_dynaklim-Publikationen/2012/Uta-v-

- Winterfeld_Partizipieren-reicht-nicht/Nr.%2032%20Dezember%202012%20Partizipieren%20reicht%20nicht%3B%20Klimawandel%20und%20demokratische%20Kultur.pdf (23.04.2016). (= dynaklim-Publikation, Bd. 32).
- WM - Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg (Hrsg.) (2002): Landesentwicklungsplan 2002 Baden-Württemberg - LEP 2002-. Stuttgart
http://mvi.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-mvi/intern/dateien/Broschueren/Landesentwicklungsplan_2002.PDF (28.01.2015).
- Woods, M. (2005): Rural Geography. Processes, responses and experiences in Rural Restructuring. London.
- Yin, R. K. (2014⁵): Case study research. Design and methods. Los Angeles.
- Yin, R. K. (2012³): Applications of case study research. Los Angeles.
- Zibell, B. (2008): Strategieorientierung in der Planung - eine neue Idee. In: Hamedinger, A.; Frey, O.; Dangschat, J. S.; Breitfuss, A. (Hrsg.) (2008¹): Strategieorientierte Planung im kooperativen Staat. Wiesbaden, S. 322-350.
- Zimmermann, K. (2010): Kollektives Lernen und strategische Planung oder: die verborgenen Anforderungen der Strategieentwicklung. In: Hutter, G.; Wiechmann, T. (Hrsg.) (2010): Strategische Planung. Zur Rolle der Planung in der Strategieentwicklung für Städte und Regionen. Berlin (= Planungsrundschau, Bd. 18), S. 143-160.
- Zimmermann, K.; Heinelt, H. (2012): Metropolitan Governance in Deutschland. Regieren in Ballungsräumen und neue Formen politischer Steuerung. Wiesbaden.
- Zink, R. (2013): Ländliche Entwicklung durch erneuerbare Energien. Das Beispiel Photovoltaik in Niederbayern. In: *Standort - Zeitschrift für Angewandte Geographie* 37, H. 3, S. 172-178.
- Zürn, M. (1998): Regieren jenseits des Nationalstaats. Globalisierung und Denationalisierung als Chance. Frankfurt a.M.
- Zwönitztal-Greifensteinregion e.V. (o.J.): Homepage der ILE-Region Zwönitztal-Greifensteine.
<http://www.zwoenitztal-greifensteine.de/> (05.01.2015).

Rechtsquellen

- Änderung ELER-VO Nr. 1312/2011 - Verordnung (EG) Nr. 1312/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates v. 19. Dezember 2011 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 des Rates hinsichtlich bestimmter Vorschriften zur finanziellen Abwicklung für bestimmte Mitgliedstaaten, die von gravierenden Schwierigkeiten in Bezug auf ihre finanzielle Stabilität betroffen oder bedroht sind (Abl. der Europäischen Union L339/1).
- Änderung ELER-VO Nr. 473/2009 - Verordnung (EG) Nr. 473/2009 des Rates v. 25. Mai 2009 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des

ländlichen Raums (ELER) und der Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 über die Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik (Abl. der Europäischen Union L144/3).

Änderung ELER-VO Nr. 74/2009 - Verordnung (EG) Nr. 74/2009 des Rates v. 19. Januar zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) 2009 (Abl. der Europäischen Union L30/100).

Änderung ELER-VO Nr. 146/2008 - Verordnung (EG) Nr. 146/2008 des Rates v. 14. Februar 2008 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003 mit gemeinsamen Regeln für Direktzahlungen im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik und mit bestimmten Stützungsregelungen für Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe und der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) (Abl. der Europäischen Union L46/1).

Änderung ELER-VO Nr. 2012/2006 -Verordnung (EG) Nr. 2012/2006 des Rates v. 19. Dezember 2006 zur Änderung und Berichtigung der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003 mit gemeinsamen Regeln für Direktzahlungen im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik und mit bestimmten Stützungsregelungen für Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) (Abl. der Europäischen Union L384/8).

Änderung ELER-VO Nr. 1944/2006 -Verordnung (EG) Nr. 1944/2006 des Rates v. 19. Dezember 2006 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) (Abl. der Europäischen Union L367/23).

Änderung ELER-VO Nr. 1463/2006 -Verordnung (EG) Nr. 1463/2006 des Rates v. 19. Juni 2006 zur Anpassung der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) aufgrund des Beitritts Bulgariens und Rumäniens zur Europäischen Union (Abl. der Europäischen Union L277/1).

BauGB - Baugesetzbuch i.d.F.d.B. v. 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Art. 1 d. G. v. 15. Juli 2014 (BGBl. I S. 954).

Beschluss 2009/61/EG - Beschluss des Rates zur Änderung des Beschlusses 2006/144/EG über strategische Leitlinien der Gemeinschaft für die Entwicklung des ländlichen Raums (Programmplanungszeitraum 2007-2013) (2009/61/EG) i.d.F.v. 19. Januar 2009 (Abl. der Europäischen Union L30/112).

Beschluss 2006/144/EG - Beschluss des Rates über strategische Leitlinien der Gemeinschaft für die Entwicklung des ländlichen Raums (Programmplanungszeitraum 2007—2013) (2006/144/EG) i.d.F.v. 20. Februar 2006 (Abl. der Europäischen Union L55/20).

ELER-VO - Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 des Rates v. 20. September 2005 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) (Abl. der Europäischen Union L277/1).

ELER-VO 2014-2020 - Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates v. 17. Dezember 2013 über die Förderung der ländlichen Entwicklung durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr.1698/2005 (Abl. der Europäischen Union L 347/487).

ELR - Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum Baden-Württemberg, Verwaltungsvorschrift vom 22.Mai 2012.

EnEV - Energieeinsparverordnung. Nichtamtliche Lesefassung zur Zweiten Verordnung zur Änderung der Energieeinsparverordnung vom 18. November 2013 (BGBl. I S. 3951).

Geschäftsordnung KK ILE Zwönitztal-Greifensteinregion - Geschäftsordnung des Koordinierungskreises für das ILE-Gebiet „Zwönitztal-Greifensteinregion“ in der Fassung vom 06. November 2011.

Geschäftsordnung LAG Prignitz - Geschäftsordnung des Beirates der Lokalen Aktionsgruppe (LAG) des Vereins Regionalförderung Prignitzland e.V. in der Fassung vom 19.02.2008.

Geschäftsordnung LAG NSW - Geschäftsordnung der LEADER-Aktionsgruppe Nordschwarzwald in der Fassung vom 19.02.2008, zuletzt geändert am 23.11.2011.

GSR-VO - Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates i.d.F.v. 17. Dezember 2013 (ABI. der Europäischen Union L 347/320).

Hauptsatzung RPIG Prignitz-Oberhavel - Regionale Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel. Hauptsatzung (nicht-amtliche Lesefassung).

ILE-LEADER-Richtlinie - Richtlinie des Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft über die Gewährung von Zuwendungen für die Förderung der integrierten ländlichen Entwicklung (ILE) und LEADER i.d.F.v. 05. Juli 2012, geändert am 11. Dezember 2012 und am 23. Dezember 2013.

LPIG BW - Landesplanungsgesetz Baden-Württemberg i.d.F. vom 10. Juli 2003 (GBl. 2003, S. 385), durch Artikel 6 des Gesetzes vom 3. Dezember 2013 (GBl. S. 329, 360)

- LPR - Richtlinie des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum Baden-Württemberg zur Förderung und Entwicklung des Naturschutzes, der Landschaftspflege und Landeskultur (Landschaftspflegeleitlinie) vom 14. März 2008.
- NROG - Niedersächsisches Raumordnungsgesetz i.d.F.d.B. vom 18. Juli 2012 (Nds. GVBl. 2012, S. 252), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 25.06.2014 (Nds. GVBl. S. 168).
- Organisationssatzung des Regionalverbandes Nordschwarzwald i.d.F. vom 27. Februar 2013.
- RegBkPIG - Gesetz zur Regionalplanung und zur Braunkohlen- und Sanierungsplanung, i.d.F.d.B. vom 8. Februar 2012 (GVBl.I/12), zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 11. Februar 2014 (GVBl.I/14).
- RL ILE/2011 - Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft zur Integrierten Ländlichen Entwicklung im Freistaat Sachsen (Förderrichtlinie Integrierte Ländliche Entwicklung – RL ILE/2011) i.d.F.d.B. vom 29. Dezember 2012 (SächsABl. SDR. S. S 923), geändert durch Ziffer V der VwV vom 11. Juli 2012 (SächsABl. S. 935, 938).
- RL MIL - Richtlinie des Ministeriums für Infrastruktur und Raumordnung des Landes Brandenburg für die Aufstellung, Fortschreibung, Änderung und Ergänzung von Regionalplänen vom 3. Juli 2009.
- ROG - Raumordnungsgesetz i.d.F.d.B. v. 22. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2986), zuletzt geändert durch Art. 9 d. G v. 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585).
- SächsLPIG - Gesetz zur Raumordnung und Landesplanung des Freistaates Sachsen (Landesplanungsgesetz) i.d.F.d.B. vom 11. Juni 2010 (Sächs. GVBl. S. 174), zuletzt geändert durch Art. 5 des Gesetzes vom 02. April 2014 (Sächs. GVB.. S. 234).
- Satzung PV RC - Satzung des Planungsverbandes Region Chemnitz (Verbandssatzung), i.d.F.d.B. vom 8. März 2010 (SächsAbl. Nr. 12/2010).
- Satzung des Regionalförderung Prignitzland e.V. in der Fassung vom 05. April 1995, zuletzt geändert am 29. Januar 2008.
- Satzung „Zwönitztal-Greifensteinregion e.V.“ in der Fassung vom 31. Januar 2008.
- ZILE-Richtlinie - Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur integrierten ländlichen Entwicklung (ZILE) laut RdErl. des ML v. 29.10.2007 (Nds. MBl, 44/2007).

11 Anhang

11.1 Kategorisierung ländlicher Räume und Einordnung der Fallstudien

Anlage 11.1.1: Abgrenzung ländlicher Räume nach unterschiedlichen Kriterien

Quelle: eigene Darstellung nach Anhang Nr. 2.4 Fußnote 1 BESCHLUSS 2006/144/EG; BBSR 2012, S. 14-15; BBSR O.J.B; BBSR O.J.C; EUROSTAT 2014; EUROSTAT O.J.; MIL 2014, S. 26-29; ML 2013, S. 4; MLR 2014, S. 166; MLR 2011, S. 15; SMUL 2013A, S. 4; WM 2002, S. 15

Abgrenzung nach:	Kategorien	Kriterien /Methodik	Verwendungszweck	
OECD- / Eurostat	<ul style="list-style-type: none"> überwiegend städtische Regionen intermediäre Regionen überwiegend ländliche Regionen 	<ul style="list-style-type: none"> Einteilung von Rasterzellen als städtisch oder ländlich nach der Bevölkerungsdichte Kategorisierung von Regionen nach dem Anteil der Bevölkerung in als ländlich definierten Rasterzellen (Berücksichtigung größerer Städte) 	statistische und deskriptive Zwecke der Europäischen Union	
ELER / Entwicklungsprogramme ländl. Raum	MEPL II (BW)	<ul style="list-style-type: none"> Ländlicher Raum nach Landesentwicklungsplan 2002 <ul style="list-style-type: none"> –Ländlicher Raum im engeren Sinne –Verdichtungsbereiche im Ländlichen Raum 	<ul style="list-style-type: none"> Siedlungsdichte Verflechtungen (Stadt-Umland) Freiraumanteil 	Definition der Förderkulisse „Ländlicher Raum“ (u.a. LEADER- und ILE-Förderung)
	EPLR BB	<ul style="list-style-type: none"> ländliche Räume dörfliche Siedlungsstrukturen Orte mit < 10.000 EW 	<ul style="list-style-type: none"> Bevölkerungsdichte, -zahl 	
	PROFIL (NB)	<ul style="list-style-type: none"> Gebiete mit überwiegend ländlicher Raumstruktur Orte mit < 10.000 EW 	<ul style="list-style-type: none"> Bevölkerungsdichte, -zahl 	
	EPLR SN	<ul style="list-style-type: none"> ländlicher Raum 	<ul style="list-style-type: none"> Bevölkerungszahl in Ortschaften < 30.000 EW 	
Raumordnung	Raumordnungsbericht 2011	<ul style="list-style-type: none"> Kernstädte verdichtetes Umland ländliches Umland ländlicher Raum 	<ul style="list-style-type: none"> Bevölkerungsdichte, -anteil (ähnlich OECD- / Eurostatkategorisierung) 	Raumbeobachtung
	Raumtypen 2010	Kombination der Merkmale: <ul style="list-style-type: none"> Siedlungsstruktur: <ul style="list-style-type: none"> –ländlich –teilweise / überwiegend städtisch Lagestruktur <ul style="list-style-type: none"> –sehr peripher / peripher –sehr zentral / zentral 	<ul style="list-style-type: none"> Besiedlung: Bevölkerungsdichte / Siedlungsflächenanteil Lage: potentiell erreichbare Tagesbevölkerung 	

Anlage 11.1.2: Räumliche Kategorisierung der Fallstudien

Quelle: eigene Darstellung nach EUROSTAT 2013; BBSR o.J.A; WM 2002, S. A6-A13; MIL 2014, S. 27; ML 2013, S. 4; SMUL 2013A, S. 4

Fallstudienregion	OECD-/Eurostat	Raumtypen 2010	EPLR
LEADER Nordschwarzwald	überwiegend ländlich (Lk Calw und Freudenstadt) intermediär (Lk Rastatt)	ländlich (peripher, zentral) teilweise / überwie- gend städtisch (peripher, zentral)	gemäß LEP 2002 Ländlicher Raum im engeren Sinne Randzonen um die Verdichtungsräume = ländlicher Raum gemäß MEPL II
LEADER Storchenland Prignitz	überwiegend ländlich	ländlich (sehr peripher) teilweise städtisch (sehr peripher)	gemäß EPLR BB: ländlicher Raum
ILE Südliches Osnabrücker Land	intermediär (Lk Osnabrück)	ländlich (zentral) teilweise städtisch (zentral) überwiegend städt- isch (zentral)	gemäß PROFIL: ländlicher Raum
ILE Zwönitztal- Greifensteinregion	intermediär (Erzgebirgskreis)	ländlich (peripher) teilweise städtisch (peripher) überwiegend städt- isch (peripher, zentral)	gemäß EPLR SN: ländlicher Raum

11.2 Zentrale Begriffe des akteurzentrierten Institutionalismus nach Mayntz und Scharpf

Quelle: eigene Darstellung nach MAYNTZ, SCHARPF 1995, S. 43-45; SCHARPF 2000, S. 77-78, 86-92, 95, 123 SCHIMANK 2007, S. 121-123

Begriff	Erläuterung
Institutionen	<ul style="list-style-type: none"> • enger Institutionenbegriff (d.h. keine Organisationen) • Institution = Regelsystem • keine determinierende Wirkungen, sondern Handlungskontext • formale Regeln und soziale Normen • abhängige und unabhängig Variable • wichtigste Einflussgröße
Akteur(e)	<ul style="list-style-type: none"> • Blick v.a. auf korporative Akteure (formale Organisationen) gerichtet, aber auch auf das Handeln individueller Akteure • = handlungsfähige Organisationen • verfügen über bestimmte Fähigkeiten, Wahrnehmungen und Präferenzen <ul style="list-style-type: none"> – Fähigkeiten der Akteure = Handlungsressourcen eines Akteurs (persönliche Merkmale, materielle / technologische Ressourcen u.ä.) – Wahrnehmungen und Präferenzen = Handlungsorientierungen (s.u.)
Akteurskonstellation	<ul style="list-style-type: none"> • Akteure als Teile von Akteurskonstellationen (reichen von wenig bis hoch komplex) • Entscheidungen interdependent, d.h. Entscheidung wird innerhalb einer bestimmten Konstellation von Akteuren getroffen
Handlungsorientierungen	<ul style="list-style-type: none"> • Wahrnehmungen und Präferenzen der Akteure • stabil oder Veränderung durch Lernen oder Argumente • Aktivierung durch bestimmtes Problem, „[...] beziehen sich auf die Bewertung eines Status quo, mögliche Ursachen des Problems, auf die Wirksamkeit und Wünschbarkeit möglicher Handlungsoptionen und der damit verbundenen Ergebnisse“ (Scharpf 2000, S. 87) • Beeinflussung durch institutionellen Kontext möglich
Interaktionsformen	<ul style="list-style-type: none"> • Interaktion erzeugt politische Entscheidungen • Unterscheidung verschiedener Formen <ul style="list-style-type: none"> – einseitiges Handeln – Verhandlung – Mehrheitsentscheidung – hierarchische Steuerung • von institutionellen Regeln und institutionellem Kontext beeinflusst

11.3 Indikatoren der Analyse

Quelle: eigene Darstellung

		Kriterien	Indikatoren
1. Thematische Ausrichtung und situative Rahmenbedingungen	thematische Ausrichtung	1.1 Inhaltliche Ausrichtung auf den Klimawandel: Zielebene (SWOT-Analyse, Leitbilder / Ziele)	Klimaschutz / Anpassung direkt thematisiert
			für Klimaschutz / Anpassung relevante Bereiche thematisiert
			Analyse der Auswirkungen des Klimawandels / Vulnerabilität
		1.2 Inhaltliche Ausrichtung auf den Klimawandel: Maßnahmenebene	Projekte / Aktivitäten zielen direkt auf Klimaschutz / Anpassung
			Projekte / Aktivitäten in klimaschutz- und anpassungsrelevanten Bereichen
			Kriterien zur Projektauswahl berücksichtigen Klimaschutz / Anpassung oder relevante Themen
	situative Rahmenbedingungen	1.3 Verhandlung des Klimawandels / Klimaschutz und Anpassung	Art der Projekte (baulich-investiv, Kommunikation / Information, konzeptionell)
			Thematisierung im REK
		1.4 Vorhandensein klimabezogener Strukturen / Aktivitäten	Thematisierung in Entscheidungsgremien, Arbeitskreisen etc.
			politisch-administrativ
			(Forschungs-) Projekte, Wettbewerbe, etc.
		1.5 Betroffenheit durch den Klimawandel	wissenschaftliche Einrichtungen / Beratung
Auswirkungen des Klimawandels auf die Region			
1.6 Allgemeine situative Rahmenbedingungen	Anfälligkeitstyp / Betroffenheitstyp nach BMVBS		
	Lage und Siedlungsstruktur		
	Bevölkerungsentwicklung		
	wirtschaftliche Struktur		
2. Akteure und Akteurskonstellationen	2.1 Akteurszusammensetzung (Gremien, Projektumsetzung)	naturräumliche Bedingungen	
		Akteursgruppen (thematisch-fachlicher / institutioneller Hintergrund)	
	2.2 Rollen der Akteure	individuelle / organisierte Akteure	
			Macht-, Prozesspromotor

			Fachpromotoren / Experten für Klimaschutz und Anpassung
			Mitläufer, Schläfer, Bremser
			Multiplikatoren
		2.3 Interessen der Akteure: Stellenwert von Klimawandel / Klimaschutz und Anpassung	vorrangig verfolgte Interessen
			Stellenwert von Klimaschutz und Anpassung
		2.4 Wissen und Wahrnehmung der Akteure	Wissensstand Klimaschutz / Anpassung
			Einschätzung der Betroffenheit
			Einschätzung der Wichtigkeit von Klimaschutz und Anpassung
		2.5 Machtverhältnisse (offen / geschlossen)	Zugänglichkeit Entscheidungsgremium
			Ansprache der beteiligten Akteure
		2.6 Präferierter Handlungsmodus bei Entscheidungen	Verhandlungen
			Mehrheitsentscheidungen
			hierarchische Steuerung
			einseitiges Handeln
		2.7 Umgang mit Interessenskonflikten	Diskussion / Abstimmung
			Ausweicheffekte
			einseitige Entscheidung
		3. Institutionelle Rahmenbedingungen	intern
	Organisationsform		
	Organisatorischer Aufbau / Gremien		
	Kompetenzen der Gremien		
3.2 Organisation der Beteiligung (nach Phasen des Prozesses)	Beteiligungsformen		
	Häufigkeit / Regelmäßigkeit		
3.3 Öffentlichkeitsarbeit	Zielgruppe(n)		
	genutzte Medien		
	verbreitete Informationen (Prozess / Themen)		
	Häufigkeit / Regelmäßigkeit		

	extern	3.4 Förderprogramme und Richtlinien: Zielebene (Leitbild, Ziele, SWOT)	Klimaschutz / Anpassung direkt thematisiert
			für Klimaschutz / Anpassung relevante Bereiche thematisiert
			Analyse der Auswirkungen des KW, Vulnerabilitätsanalyse
		3.5 Förderprogramme und Richtlinien: Maßnahmenebene	Fördermaßnahmen zielen direkt auf Klimaschutz / Anpassung
			Bezug der Fördermaßnahmen zu Klimaschutz / Anpassung
		3.6 Förderprogramme und Richtlinien: Regelungen zur Prozessorganisation	Akteursbeteiligung
Institutionalisierung			
Inhalte / Schwerpunktsetzungen			
4. Strategiebildung zwischen LEADER / ILE und Regionalplanung	4.1 Interdependenzen LEADER / ILE und Regionalplanung	Kooperation Regionalplanung / -entwicklung	
		administrative Strukturen	
		Akteure / Beteiligungsprozesse	
	4.2 strategische Kooperation LEADER / ILE und Regionalplanung	inhaltlich / thematische Ausrichtung	
		Klimaschutz- / Anpassungskonzept (u.a. Dokument, Leitbild, Projekt, etc.)	
		Austausch / Diskussionsrunden	
		gegenseitige Beteiligung im Prozess (Einbeziehung)	
		gegenseitige Beeinflussung: Regionalplan / regionales Leitbild o.ä., LEADER- / ILE-REK; Umsetzung	
		bei Entscheidungen: Bezug auf gemeinsame/s Konzept / Diskussionen	
		gemeinsame/s Projekt/e hinsichtlich Klimaschutz und Anpassung	

11.4 Analyisierte Dokumente

Quelle: eigene Darstellung

Analysebereich	LEADER Nordschwarzwald	LEADER Storchenland Prignitz	ILE Südliches Osnabrücker Land	ILE Zwönitztal-Greifensteinregion
Thematische Ausrichtung / Organisation / Beteiligung	<ul style="list-style-type: none"> Regionales Entwicklungskonzept (LAG NSW 2007) Projektliste, Stand: 02.07.2013; Projektbeschreibungen (LAG NSW 2013) Abschließender Sachstandsbericht (LAG NSW 2015) Bewertungsbögen für Projektanträge (LAG NSW o.J.) 	<ul style="list-style-type: none"> Gebietsbezogene Lokale Entwicklungsstrategie (GLES) (REGIONALFÖRDERUNG PRIGNITZLAND E.V. 2007) Projektliste, Stand: 05/2012 (REGIONALFÖRDERUNG PRIGNITZLAND E.V. O.J.B) 	<ul style="list-style-type: none"> Integriertes Ländliches Entwicklungskonzept (ILEK) SOL (PRO-T-IN 2008A) Tätigkeitsbericht Regionalmanagement 2012 (RM SOL 2013E) Projektübersicht, Stand: 12/2012 (RM SOL 2012e) Newsletter SOLidee (2010-2013) (RM SOL 2010A,B, 2011A-D, 2012A-D, 2013A-D, 2014) AK-Protokolle / -Mitgliederliste (PRO-T-IN 2008B, C) 	<ul style="list-style-type: none"> Integriertes Ländliches Entwicklungskonzept (ILEK) Zwönitztal-Greifensteinregion (inkl. Anlagen) (BFS 2007A-C) Projektliste, Stand: 11/2013 (RM ILE ZWG 2013) Projektpool (o.A. 2007) Projektvorschläge /-beschreibungen (BFS 2007M) Bewertungsschema für Projekte (BFS 2007D) Abschlussevaluierung (RM ILE ZWG 2014) AG-Protokolle / -Mitgliederlisten (BFS 2007E-L)
Organisation	<ul style="list-style-type: none"> Geschäftsordnung LAG NSW 	<ul style="list-style-type: none"> Geschäftsordnung LAG Prignitz Satzung Regionalförderung Prignitzland e.V. 	-	<ul style="list-style-type: none"> GESCHÄFTSORDNUNG KK ILE-ZWÖNITZTALREGION SATZUNG „ZWÖNITZTAL-GREIFENSTEINREGION E.V.“
Öffentlichkeitsarbeit	<ul style="list-style-type: none"> Homepage der LEADER-Region (LAG NSW 2014) 	<ul style="list-style-type: none"> Homepage der LEADER-Region (REGIONALFÖRDERUNG PRIGNITZLAND E.V. O.J.A) 	<ul style="list-style-type: none"> Homepage der ILE-Region (STADT IBURG ET AL. 2014) 	<ul style="list-style-type: none"> Homepage der ILE-Region (ZWÖNITZTAL-GREIFENSTEINREGION E.V. O.J.)
externe Rahmenbedingungen	<ul style="list-style-type: none"> Maßnahmen- u. Entwicklungsplan Ländlicher Raum 2007-2013 Baden-Württemberg (MEPL II), Stand: 03.05.2013 (MLR 2014) Broschüre zum MEPL II (MLR 2011) MEPL II-Zwischenbericht 2011 (MLR 2012) 	<ul style="list-style-type: none"> Entwicklungsplan für den ländlichen Raum Brandenburgs und Berlins 2007-2013, Stand: 08.01.2014 (MIL 2014) EPLR BB - Halbzeitbewertung (BONNEVAL ET AL. 2010) ILE-LEADER-RICHTLINIE 	<ul style="list-style-type: none"> Programm zur Förderung im ländlichen Raum Niedersachsen und Bremen 2007-2013 (PROFIL), Stand: 03.04.2014 (ML 2013) PROFIL-Halbzeitbewertung (FENGLER, RAUE 2010) 	<ul style="list-style-type: none"> Entwicklungsprogramm für den Ländlichen Raum im Freistaat Sachsen 2007-2013 (SMUL 2013A) EPLR SN -Halbzeitbewertung (SMUL 2010) RICHTLINIE ILE/2011 Förderrichtlinien mit ILE-Vorrang (SMUL 2013B)

	<ul style="list-style-type: none"> • MEPL II-Halbzeitbewertung (MLR 2010) • Richtlinie Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum (ELR) • Landschaftspflegerichtlinie (LPR) 		<ul style="list-style-type: none"> • Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur integrierten ländlichen Entwicklung v. 29.10.2007 (ZILE-RICHTLINIE) 	
<p>Kooperation mit Regionalplanung</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Landesplanungsgesetz Baden-Württemberg (LPLG BW) • Regionalplan 2015 Nordschwarzwald (RV NSW 2004) • Entwurf Teilregionalplan Regenerative Energien (RV NSW 2007) • ORGANISATIONSSATZUNG DES REGIONAL-VERBANDS NORDSCHWARZWALD 	<ul style="list-style-type: none"> • Richtlinie des MIL für die Aufstellung, Fortschreibung, Änderung und Ergänzung von Regionalplänen (RL MIL) • Gesetz zur Regionalplanung u. zur Braunkohlen- u. Sanierungsplanung (REGBKPLG) • Planwerke und Informationen zu in Aufstellung befindlichen Planwerken und Konzepten / Regionales Leitbild (RPLG PRIGNITZ-OBERHAVEL 2003, O.J.A, B, C, D) • Hauptsatzung der Regionalen Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel (HAUPTSATZUNG RPLG PRIGNITZ-OBERHAVEL) • Zusammensetzung der Regionalversammlung (RPLG PRIGNITZ-OBERHAVEL O.J.E) 	<ul style="list-style-type: none"> • Niedersächsisches Raumordnungsgesetz (NROG) • Regionales Raumordnungsprogramm 2004 des Landkreises Osnabrück inkl. Teilbereichs Energie (LK OSNABRÜCK 2004) • Integriertes Klimaschutzkonzept des Landkreises Osnabrück (LK OSNABRÜCK 2011) 	<ul style="list-style-type: none"> • Sächsisches Landesplanungsgesetz (SÄCHSLPLG) • Satzung Regionaler Planungsverband Region Chemnitz (SATZUNG PV RC) • Regionalplan inkl. Teilfortschreibungen (PV CE 2004, 2005, 2008) • Informationen zu Aktivitäten der Regionalentwicklung des Verbandes (PV RC 2015B) • Mitglieder der Verbandsversammlung (PV RC 2015c)

11.5 Leitfäden

Anlage 11.5.1: Leitfaden für die Akteure der LEADER- und ILE-Prozesse

Leitfaden für Experteninterviews

<i>Datum und Ort des Interviews:</i>	
<i>Dauer des Interviews:</i>	
<i>Interviewer/in:</i>	
<i>Interviewpartner/in:</i>	

Einstiegsfrage

Beschreiben Sie bitte Ihre Rolle in diesem LEADER- / ILEK-Prozess! / Wie sieht Ihre Tätigkeit als [...] aus?

Inhalt

Wie nehmen Sie (allgemein) das Thema Klimawandel wahr? Was verstehen Sie unter Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel bzw. Klimaanpassung?

Wie schätzen Sie Betroffenheit dieser Region ein? Vor welche Herausforderungen stellt der Klimawandel diese Region?

Welches sind die zentralen Themen dieser LEADER- / ILEK-Region?

- Ist das Thema Klimawandel hier von Bedeutung?
- Wenn ja, in welcher Form (z. B. Ziel, Arbeitskreis, Projekte; direkt oder indirekt) und in welchen Bereichen?

Was für Ergebnisse erzielen Sie in diesem Prozess / dieser Region?

- In welche (thematischen) Bereiche lassen sich diese einordnen?
- Welche Art von Projekten setzen Sie um? Welche Wirkungen gehen hiervon aus?
- Welche Verbindlichkeit erlangen die Ergebnisse ihrer Arbeit?

Worin liegen die Gründe, dass Sie sich (nicht) mit dem Thema Klimawandel beschäftigen?

- Was beeinflusst die thematische Ausrichtung dieser Region? (Förderprogramme, Akteure etc.)
- Könnten Sie sich vorstellen das Thema Klimawandel in den LEADER- / ILEK-Prozess aufzunehmen? Warum / Warum nicht?

Fühlen Sie sich ausreichend über die Anforderungen, die der Klimawandel an die Entwicklung der ländlichen Räume stellt, informiert?

- Wissen Sie, wo Sie Informationen bzw. Beratung erhalten können?

Prozessorganisation

Wie werden in dieser Region Entscheidungen über Ziele, Projekte, Themen etc. getroffen?

- Wer trifft die Entscheidungen?
- Wie setzt sich das Entscheidungsgremium zusammen? Wie wurde es gewählt / eingesetzt?

Welche Interessen verfolgen die unterschiedlichen Akteure in diesem Prozess?

- Gibt / gab es Interessenskonflikte?
- Wie wird / wurde mit Ziel- / Interessenskonflikten umgegangen?

Findet eine Abstimmung / Zusammenarbeit mit der Regionalplanung oder anderen Planungen oder regionalen Entwicklungsprozessen statt?

- Wenn ja, beschreiben Sie bitte diese Kooperationen (Struktur, Themen, Intensität...)?
- Wenn ja, was ist der Auslöser für diese Kooperation?
- Gibt es dieser Region Aktivitäten (Forschungsprojekte o.ä.), die sich mit dem Klimawandel beschäftigen? → Sind Sie / die LEADER- / ILEK-Region darin eingebunden?

Akteure und Akteurskonstellation

Wie bewerten Sie die Akteurszusammensetzung (fachlicher und institutioneller Hintergrund, soziodemographische Merkmale)?

Wie wurde die Beteiligung der Akteure / Bevölkerung und die Öffentlichkeitsarbeit organisiert? Welche Methoden wurden / werden angewendet?

- Wurden bestimmte Akteure gezielt angesprochen?
- Welche Faktoren hatten Einfluss auf die Akteurszusammensetzung?
- Intensität und Häufigkeit der Beteiligung: In welchen Phasen des Prozesses wird / wurde beteiligt?

Wie empfinden Sie die Zusammenarbeit der beteiligten Akteure?

- Gibt es Akteure, die die Zusammenarbeit / Kooperation dominieren bzw. besonders prägen? → Welche?
- Wer ist aktiv tätig, wer passiv?
- Welche Akteure hatten maßgeblichen Einfluss auf: Themenwahl, Durchsetzung von Entscheidungen, Prozessgestaltung? Welche Rollen nehmen die Akteure ein?
- Welches Wissen bringen die verschiedenen Akteure mit?

Ziehen Sie zu bestimmten Themen Experten zu Rate? Wenn ja: Zu welchen Themen, warum?

- Wenn nein: Warum nicht?

Abschlussfrage

Bitte fassen Sie zusammen: Denken Sie, dass LEADER / ILE ein geeignetes Instrument ist, um auf die Herausforderungen des Klimawandel reagieren zu können?

Postskriptum

<i>Gesprächsatmosphäre:</i>	
<i>Gesprächssituation (Besonderheiten, Störungen, ...):</i>	
<i>Problematische Stellen im Leitfaden:</i>	

Anlage 11.5.2: Leitfaden für die Akteure der Regionalplanung**Leitfaden für Experteninterviews (Regionalplanung)**

Datum und Ort des Interviews:	
Dauer des Interviews:	
Interviewer/in:	
Interviewpartner/in:	

Einstiegsfrage

Beschreiben Sie bitte Ihre Tätigkeit in der Regionalplanung!

Inhalt

Wie nehmen Sie das Thema Klimawandel wahr?

Was verstehen Sie unter Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel bzw. Klimaanpassung?

Welches sind die zentralen Themen, die Sie in der Regionalplanung beschäftigen / bearbeiten?

- Ist das Thema Klimawandel hier von Bedeutung?
- Wenn ja, in welcher Form? Werden Strategien erarbeitet?

Warum beschäftigen Sie sich / sich nicht mit dem Thema Klimawandel?

- Könnten Sie sich vorstellen das Thema Klimawandel aufzunehmen? Warum / Warum nicht?
- Was beeinflusst die thematische Ausrichtung dieser Region?

Fühlen Sie sich ausreichend über die Anforderungen, die der Klimawandel an die Entwicklung der ländlichen Räume stellt, informiert?

- Wissen Sie, wo Sie Informationen bzw. Beratung erhalten können?

Werden in die Regionalplanung auch informelle Instrumente einbezogen?

- Warum? / Warum nicht?
- Wenn ja, ist das Thema Klimawandel hier von Bedeutung?
- Gibt es dieser Region Aktivitäten (Forschungsprojekte o.ä.), die sich mit dem Klimawandel beschäftigen?

Findet eine Kooperation mit der ländlichen Regionalentwicklung (LEADER, ILEK) statt?

- Warum? / Warum nicht?
- Wenn ja, ist das Thema Klimawandel hier von Bedeutung?
- Wenn ja, beschreiben Sie bitte diese Kooperation (welche Themen, Arbeitsweisen, Akteure, etc.; persönliche Beteiligung)?
- Wenn nein, sehen Sie Möglichkeiten zur Kooperation mit der ländlichen Regionalentwicklung? Wo sehen Sie Chancen, wo Hemmnisse?

Wenn in LEADER / ILE einbezogen:

Welche Interessen verfolgen die unterschiedlichen Akteure in diesem Prozess?

- Gibt / gab es Interessenskonflikte?
- Wie wird / wurde mit Ziel- / Interessenskonflikten umgegangen?

Wie bewerten Sie die Akteurszusammensetzung (fachlicher und institutioneller Hintergrund, soziodemographische Merkmale)?

Wie wurde die Beteiligung der Akteure / Bevölkerung und die Öffentlichkeitsarbeit organisiert? Welche Methoden wurden / werden angewendet?

- Wurden bestimmte Akteure gezielt angesprochen?
- Welche Faktoren hatten Einfluss auf die Akteurszusammensetzung?
- Intensität und Häufigkeit der Beteiligung: In welchen Phasen des Prozesses wird / wurde beteiligt?

Wie empfinden Sie die Zusammenarbeit der beteiligten Akteure?

- Gibt es Akteure, die die Zusammenarbeit / Kooperation dominieren bzw. besonders prägen? → Welche?
- Wer ist aktiv tätig, wer passiv?
- Welche Akteure hatten maßgeblichen Einfluss auf: Themenwahl, Durchsetzung von Entscheidungen, Prozessgestaltung? Welche Rollen nehmen die Akteure ein?
- Welches Wissen bringen die verschiedenen Akteure mit?

Abschlussfrage

Wo sehen Sie die Aufgabe der Regionalplanung bei Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel?

Wie bewerten Sie die Kooperationsmöglichkeiten zwischen formalrechtlicher Raumplanung und informellen Planungsansätzen wie der Entwicklung des ländlichen Raumes?

Postskriptum

Gesprächsatmosphäre:	
Gesprächssituation (Besonderheiten, Störungen, ...):	
Problematische Stellen im Leitfaden:	

11.6 Interviewte Experten

Fallstudie	Regional- management	Regionalplanung	Sektor			Themenbereich						Interviewpartner Nr.*
			öffentlich	Verein Verband	Privat	Land- u. Forst- wirtschaft	Tourismus	Natur und Landschaft	Siedlung und Verkehr	Wirtschaft	Kultur und Soziales	
LEADER Nordschwarzwald	X											1
		X										2
			X									3
			X					X				4
			X									5
				X			X					6
				X			X					7
			X									8
				X				X				9
LEADER Stor- chenland Prignitz	X											10
	X											11
		X										12
		X										13
			X									14
			X	X					X		X	15
			X									16
			X					X				17
					X	X						18
			X			X						19
					X					X		20
ILE Südliches Os- nabrücker Land				X			X					21
	X											22
	X											23
		X										24
				X				X				25
					X	X				X		26
				X				X				27
			X									28
				X		X						29
			X					X				30
			X									31
				X			X					32
			X									33
			X									34

ILE-Region Zwönitztal- Greifensteine	X											35
	X						X					36
		X										37
		X										38
		X										39
			X					X	X			40
			X									41
				X			X					42
			X						X	X		43
					X	X						44

* Aus Datenschutzgründen stimmt die Nummerierung der Interviewpartner nicht mit der Nummerierung der zitierten Transkripte überein (Anonymisierung).

11.7 Maßnahmen des ELER nach dem Health Check

Quelle: eigene Darstellung nach ELER-VO (inkl. Änderungen)

Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER)		
Schwerpunkt 1	Schwerpunkt 2	Schwerpunkt 3
Maßnahmen zur Förderung der Kenntnisse u. zur Stärkung des Humanpotenzials	Maßnahmen zur Förderung der nachhaltigen Bewirtschaftung von landwirtschaftlichen Flächen	Maßnahmen zur Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft
Berufsbildung und Informationsmaßnahmen	Ausgleichszahlungen Berggebiete	Diversifizierung hin zu nicht-landwirtschaftlichen Tätigkeiten
Niederlassung von Junglandwirten	Ausgleichszahlungen Nicht-Berggebiete	
Vorruhestand	Agrarumweltmaßnahmen	Gründung und Entwicklung von Kleinunternehmen
Inanspruchnahme von Beratungsdiensten	Zahlungen im Rahmen von Natura 2000	
Aufbau von Betriebsführungs-, Vertretungs- und Beratungsdiensten	Tierschutzmaßnahmen	Förderung des Fremdenverkehrs
	Nicht-produktive Investitionen	
Maßnahmen zur Umstrukturierung u. Weiterentwicklung des Sachkapitals und zur Innovationsförderung	Maßnahmen zur Förderung der nachhaltigen Bewirtschaftung bewaldeter Flächen	Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum
Modernisierung landwirtschaftlicher Betriebe	Erstaufforstung landwirtschaftlicher Flächen	Dienstleistungseinrichtungen zur Grundversorgung
Verbesserung des wirtschaftlichen Wertes der Wälder	Ersteinrichtung von Agrarforstsystemen	
Erhöhung der Wertschöpfung der land- und forstwirtschaftlichen Erzeugnisse	Erstaufforstungen nicht-landwirtschaftlicher Flächen	
Zusammenarbeit bei der Entwicklung neuer Produkte, Verfahren und Technologien	Zahlungen im Rahmen von Natura 2000	Dorferneuerung und -entwicklung
Verbesserung und Ausbau der Infrastruktur	Waldumweltmaßnahmen	
Wiederaufbau von durch Naturkatastrophen geschädigtem Produktionspotenzial sowie vorbeugende Aktionen	Wiederaufbau des forstwirtschaftlichen Potenzials und vorbeugende Aktionen	Erhaltung und Verbesserung des ländlichen Erbes
	Nicht-produktive Investitionen	
Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität der landwirtschaftlichen Produktion und der landwirtschaftlichen Erzeugnisse		Ausbildung, Kompetenzentwicklung und Förderveranstaltungen
Anpassung an anspruchsvolle Normen		Ausbildung und Information

Lebensmittelqualitätsregelungen		
Erzeugergemeinschaften (Informations- und Absatzförderungsmaßnahmen)		
Übergangsmaßnahmen für CZ, EST, CYP, LV, LT, HU, MT, PL, SVK und SVN		
Schwerpunkt 4: LEADER (methodischer Ansatz)		
Umsetzung von lokalen Entwicklungsstrategien (Verwirklichung von Zielen der SP 1-3)		
Umsetzung von Projekten der Zusammenarbeit		
Arbeit der lokalen Aktionsgruppe, Kompetenzentwicklung und Sensibilisierung		

